

Schriften des Vereins für Socialpolitik

Band 115/XIX

Studien zur Entwicklung der ökonomischen Theorie XIX

Von

Jürgen G. Backhaus, Irwin L. Collier, Jr., Harald Hagemann,
Reginald Hansen, Jürgen Kromphardt, Heinz D. Kurz,
Karl Milford, Birger P. Priddat, Christian Scheer,
Dieter Schneider, H.-Peter Spahn

Herausgegeben von Erich W. Streissler



Duncker & Humblot · Berlin

Schriften des Vereins für Socialpolitik
Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften
Neue Folge Band 115/XIX

SCHRIFTEN DES VEREINS FÜR SOCIALPOLITIK

Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften

Neue Folge Band 115/XIX

Studien zur Entwicklung
der ökonomischen Theorie XIX



Duncker & Humblot · Berlin

Studien zur Entwicklung der ökonomischen Theorie XIX

John Stuart Mill

Von

Jürgen G. Backhaus, Irwin L. Collier, Jr., Harald Hagemann,
Reginald Hansen, Jürgen Kromphardt, Heinz D. Kurz,
Karl Milford, Birger P. Priddat, Christian Scheer,
Dieter Schneider, H.-Peter Spahn

Herausgegeben von Erich W. Streissler



Duncker & Humblot · Berlin

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

John Stuart Mill / Hrsg.: Erich W. Streissler. –
Berlin : Duncker & Humblot, 2002
(Studien zur Entwicklung der ökonomischen Theorie ; 19)
(Schriften des Vereins für Socialpolitik, Gesellschaft für
Wirtschafts- und Sozialwissenschaften ; N.F., Bd. 115)
ISBN 3-428-10872-8

Alle Rechte, auch die des auszugsweisen Nachdrucks, der fotomechanischen
Wiedergabe und der Übersetzung, für sämtliche Beiträge vorbehalten

© 2002 Duncker & Humblot GmbH, Berlin
Fremddatenübernahme und Druck:
Berliner Buchdruckerei Union GmbH, Berlin
Printed in Germany

ISSN 0505-2777
ISBN 3-428-10872-8

Gedruckt auf alterungsbeständigem (säurefreiem) Papier
entsprechend ISO 9706 ☉

Vorwort

In dem so geschichtsträchtigen Jahr 1848 erschienen *John Stuart Mills* „Principles of Political Economy – with Some of Their Applications to Social Philosophy“. Die 150. Wiederkehr dieses Ereignisses von nachhaltigem Einfluss auf das ökonomische, ja auf das gesellschaftspolitische Denken in Europa wie Amerika nahm der Dogmenhistorische Ausschuss des Vereins für Socialpolitik zum Anlass, sich 1998 mit dem Werk dieses großen englischen Denkers auseinander zu setzen.

„Es gibt in der modernen europäischen Geistesgeschichte nur wenige Gelehrte, auf deren Zugehörigkeit so viele Wissenschaften Anspruch erheben können, wie es bei John Stuart Mill der Fall ist. In erster Linie ist es die Philosophie, danach die Nationalökonomie, aber auch die Soziologie, die Sozialpolitik, die allgemeine Politik und nicht an letzter Stelle die Ethik. Um diesem Denker gerecht zu werden, müsste man ihn vom Standpunkte jeder dieser Wissenschaften darstellen“, schrieb der damals schon recht betagte Soziologe *Leopold von Wiese* (er hatte Mill fast noch erlebt) vor über vierzig Jahren im *Handwörterbuch der Sozialwissenschaften*. Bekanntlich gilt: „Die Welt ist alles, was der Fall ist“; und wenn so viel bei Mill wissenschaftlich „der Fall ist“, dann muss er eine ganze Welt für sich sein. Diese auszuloten war dem Dogmenhistorischen Ausschuss leider keinesfalls auch nur andeutungsweise möglich. Immerhin ist aber der erste Abschnitt des vorliegenden Bandes einer kontrapunktischen Analyse von Mill als *Wissenschaftstheoretiker* und als *Sozialphilosoph* vorbehalten.

Der zweite Teil unseres Bandes gilt einem von der Theoriegeschichte vernachlässigten Gebiet: nämlich J. St. Mill als *Finanzwissenschaftler*. Lange musste der Ausschuss um den zu diesem Thema vorliegenden einzigen, dafür aber um so gewichtigeren Beitrag ringen. Der Leser wird jedoch unzweifelhaft bestätigen, dass sich das Zuwarten mit der Publikation voll und ganz gelohnt hat.

Der längste, dritte Teil des Bandes befasst sich mit Mills *Makroökonomie*. Vielleicht ist es etwas zu anglozentristisch, wenn *Mark Blaug* schreibt: „All through the second half of the 19th century, Mill’s *Principles* . . . was the undisputed bible of economists . . . As late as 1900 Mill’s work was still the basic textbook in elementary courses in both British and American universities“. Der deutsche Sprachraum hatte seine eigene Tradition; und kaum anders der französische und italienische. Wohl aber war auch dort Mill zumindest ein zentraler Reibebaum. Für die USA hingegen gilt das Urteil von *Blaug* in noch verstärktem Maße, und wohl über das Jahr 1900 hinaus. Mills nachhaltiger Rezeption ist es wohl zu verdanken, dass noch ein halbes Jahrhundert später US-Ökonomen weit stärker vor allem produk-

tionstheoretisch argumentierten als am alten Kontinent. Auf alle Fälle aber gilt, um nochmals *Blaug* zu einem späteren Nobelpreisträger zu zitieren: „*Stigler* shows that, in terms of identifiable theories, Mill must rank as one of the most original writers in the history of economics“. Vielleicht zeigt Mills ökonomisches Gesamtkonzept manche Widersprüche und noch mehr Versuche, solche Widersprüche zu überbrücken. Doch die Fülle bahnbrechender Ansätze bleibt. Für den Ausschuss war es eine Freude und oft auch Überraschung zugleich, sich mit diesem großen und so vielfältigen Geist zu beschäftigen.

Gleichzeitig gibt uns das Studium von Mill Mut zum Weiterforschen. Denn Mill ist auch Beweis dafür, dass selbst die größten Ökonomen nichts für immer Abschließendes sagen können. So lautete etwa das Lieblingszitat aus Mills „Grundsätzen“ in den Couloirs der vormaligen Wiener Schule der Nationalökonomie: „Glücklicherweise ist in den Gesetzen vom Wert für einen heutigen oder zukünftigen Schriftsteller nichts geblieben, das er klären müsste; theoretisch ist der Gegenstand abgeschlossen“ (*Principles*, Buch III, Kap. 1, § 1; Ausgabe *Waentig*). Der Theoriegeschichtler weiß: Gerade zu behaupten, ein Thema sei abgeschlossen, gleicht einer Verwünschung. Immerhin behielt Mill jedoch fast ein Vierteljahrhundert recht, in der Wissenschaftsentwicklung schon eine kleine Ewigkeit, bis die Marginalistische Revolution und die Subjektive Wertlehre alles anders sahen.

Den Reigen der hier abgedruckten Referate eröffnet der sozialphilosophische Beitrag von *Birger P. Priddat*, „*John Stuart Mills Theorie der Freiheit*“. Priddats These lautet: In „seinen beiden Schriften zur Freiheit (1859) und zum Utilitarismus (1861)“ zeigt sich, „dass Mill in seiner Freiheitstheorie kein Utilitarist, sondern ein – moderner – Tugendethiker“ ist. „Beide Schriften – die über die Freiheit und die zum Utilitarismus – sind systematisch komplementär angelegt. Die Freiheitstheorie – eine Tugendlehre des selbstbewussten und unkonventionellen Individuums – bildet das Fundament einer utilitaristischen Moralphilosophie, ohne durchgehend utilitaristisch begründet zu sein.“ *Priddat* betont, dass Mills „Utilitarismusprogramm... das Freiheitsprogramm um einen positiven Beitrag erweitern will: Will letzteres nämlich nur andere nicht schädigen, so ersteres darüber hinaus anderen die happiness vergrößern“. Ein moralischer Mensch werde man erst, wenn „die eigene utility einen Beitrag zur social utility erbringt“. „Der Utilitarismus erscheint so als Lösung gewisser Aporien der Freiheitsschrift, jedenfalls dann, wenn man sozialen Fortschritt einführt, der aus der Gewährleistung der Freiheit alleine nicht entwickelbar ist.“ Jedoch betont *Priddat* abschließend: „Der Utilitarismus ist nicht für die ökonomische Theorie gedacht, sondern für die Politik.“ Das erkenne man auch an Mills Freihandelstheorie, die in Wahrheit nur auf Effizienzüberlegungen beruhe. „Freiheit und Utilität“ seien „nach Mill Probleme jenseits der Ökonomie“.

Priddat hat in der hier vorliegenden Endfassung seines Beitrages das utilitaristische Element im Gedankengut Mills stärker herausgearbeitet, als das ursprünglich der Fall war, wobei dies teilweise auf die kompetente Kritik seines Koreferenten, *Jürgen Kromphart*, zurückgehen mag. (Teilweise mag es sich auch nur um Miss-

verständnisse gehandelt haben: Man beachte, dass *Priddat* nur einschränkend sagt, „dass Mill in seiner *Freiheitstheorie* kein Utilitarist“ sei!). So kann sich das Koreferat von *Kromphardt* nunmehr vorwiegend darauf beschränken, an zahlreichen Beispielen aus Mills „Anwendungen“ zu zeigen, wie schwer sich Mills Einzelaussagen in seiner Schrift „über die Freiheit“ aus seinen allgemeinen Aussagen über Freiheit ableiten lassen. Wie so oft überrascht Mill auch hier.

Nichts vermag zu heftigeren Meinungsverschiedenheiten so sehr beizutragen wie methodologische Ausführungen zur Wissenschaftstheorie. Dem Herausgeber dieses Bandes fehlt als Historiker und als Jurist dafür freilich teilweise das Verständnis, ist doch gerade die Jurisprudenz so polyparadigmatisch, dass man sie manchmal schon fast als – im wissenschaftstheoretischen Sinne – methodenlos bezeichnen könnte. Als Historiker weiß der Herausgeber andererseits, dass erstaunlich oft das Wort nicht ganz unverständlich klingt, es gäbe Lügen, grobe Lügen und – methodologische Selbstcharakterisierungen! So wohl auch für Mill. Der Referent, *Karl Milford*, stützt sich in seiner Darstellung ausdrücklich nur auf die autorisierte alte deutsche Fassung von Mills methodologischem Hauptwerk, „*A System of Logic, Ratiocinative and Inductive*“, (1843), auf Englisch immerhin in 9 Auflagen erschienen. Diese Beschränkung ist ein „Auswahlproblem“ und erlaubt *Milford*, einigermaßen eindeutige Aussagen zu treffen, wobei freilich schon hier „viele von Mills Ausführungen ambivalent“ sind. Seinem Referat sind, wie *Milford* zu Recht schreibt, „sehr aufschlussreiche Ergänzungen“ von drei Wissenschaftlern in Form von zwei Koreferaten beigelegt. Dem ersten Koreferenten, *Dieter Schneider*, war es bei seiner umfassenden ökonomischen Bildung dann natürlich ein Leichtes, zu zeigen, dass Mill einerseits zeitlich vor dem genannten Werk, andererseits in späteren Arbeiten, insbesondere in den ja erst 1848 erschienenen *Principles*, ganz andere wissenschaftstheoretische Positionen einnahm.

Milford betont für das Werk aus (ursprünglich) 1843 wohl zu recht: „Mill ist paradigmatischer Induktivist“. Nach ihm sei „alle Deduktion... Induktion und spezifisch allgemeine Sätze sind Anweisungen zur Bildung singularer Sätze... (Es gebe) keine Verifikation spezifisch allgemeiner Sätze... (Diese seien) keine echten Sätze der Wissenschaft“. Bestenfalls seien sie das, was Mill „Hypothesen“ nennt, und diese „können... nur mit einem äußerst geringen Sicherheitsgrad – wenn überhaupt – als ‚wahr‘ klassifiziert werden“. Ein Teil der von *Milford* ausgelösten Kontroverse ließe sich vielleicht aufheben, würde man seine abschließenden Aussagen besonders beachten: „Für den Induktivisten Mill... stellt sich... insbesondere für die Politische Ökonomie die Frage, mit welchem Sicherheitsgrad die Wahrheit ökonomischer Theorien ausgestattet werden kann... (Kann) die Politische Ökonomie überhaupt als Erfahrungswissenschaft konstituiert werden?“

Welchen wissenschaftstheoretischen Stellenwert – so könnten wir fragen – hat etwa die bereits zitierte Aussage in den *Principles*: „Glücklicherweise ist in den Gesetzen vom Wert für einen heutigen oder zukünftigen Schriftsteller nichts geblieben, das er klären müsste; theoretisch ist der Gegenstand abgeschlossen.“

Durch Induktion gewonnen kann dieser Allsatz wohl nicht sein. Sollte es sich um eine „Hypothese“ handeln, die „nur mit einem äußerst geringen Sicherheitsgrad – wenn überhaupt – als ‚wahr‘ klassifiziert werden“ kann? Besonders verräterisch ist weiters Mills in den *Principles* immer wieder bemühte Behauptung von „Gesetzen“, die es schwer hätten, einem „paradigmatischen Induktivisten“ zu genügen, wie man aus der Lektüre von *Schneider* erkennt. Andererseits zitiert *Schneider* das Eingeständnis von Mill, „es sei gar ein hoffnungsloses Unterfangen... anzunehmen, dass wir in der politischen Ökonomie oder in irgendeinem anderen Bereich der Sozialwissenschaft die Wahrheit finden, indem wir die konkreten Tatsachen in all ihrer Komplexität betrachten“, was nichts anderes als ein Anathem auf die Chancen induktiven Forschens dort ist. *Schneider* schließt überzeugend: Für die *Grundsätze* gilt: „Sie zeigen keinen einheitlichen methodologischen Charakter, einige Teile verwenden Behauptungen a priori, deduzieren daraus abstrakt, andere geben Tatsachen wieder oder enthalten Schlüsse aus der Geschichte. Die Breite der behandelten Probleme, die Klarheit der Sprache und die uneitle Art der Darstellung lenken von dem Mangel an logischer Strenge ab.“ *Dieter Schneiders* Überlegungen werden durch das zweite Koreferat von *Jürgen Backhaus* und *Reginald Hansen* ergänzt. Die Autoren weisen unter anderem darauf hin, Mill hätte „durch ein induktives Verfahren“ „Gesetze der menschlichen Natur ermitteln wollen“. „Sie stellen erklärtermaßen introspektive Einsichten dar, die jedermann nachvollziehen könne... Die Verbindung dieser Lehren zur empirischen Realität ist... offensichtlich problematisch“. Speziell für die Geisteswissenschaften hätte andererseits Mill in der „Logik“ von 1843 eine „Rechtfertigung der ‚deduktiven Methode‘ weiter ausgebaut“. Die Autoren gehen dann auf die Rezeption der wissenschaftstheoretischen Positionen von Mill im deutschen Sprachraum ausführlich ein. Insbesondere wird auf *Schmoller* hingewiesen.

Christian Scheers Beitrag „John Stuart Mill als Steuerphilosoph“, kann nur ein eigenes – und sehr gewichtiges – Kapitel dieses Bandes ausmachen. „Gerade die normativ-grundsätzlichen Ausführungen in Mills Steuerkapitel (enthalten) manches ‚Rätsel‘, manchen (scheinbaren) Widerspruch, der schon Mills Zeitgenossen in der damaligen Steuerdiskussion und dann vielen späteren Ökonomen Kopfzerbrechen bereitet hat.“ *Scheer* geht der jeden Leser wohl erstaunenden Fülle der Beiträge zu Mills steuerphilosophischen Überlegungen nach und zeigt, dass die kritischen Fragen an Mill immer wieder einem Missverständnis von dem, was er sagen wollte, oder der Systematik seines Denkens entsprangen.

Ausführlich wird insbesondere gezeigt, dass Mills Opfertheorie der Besteuerung eben einfach etwas anderes war als das, was man später darunter verstand. Mill hätte nicht die Maximierung einer Benthamistischen sozialen Wohlfahrtsfunktion bei gegebenem Bruttoeinkommen vor Augen (gehabt), sondern einen Optimierungsansatz, in dem in der Art der modernen Theorie der optimalen Besteuerung Verteilungs- und Effizienzeffekte berücksichtigt werden. „Mit seinem ‚least sacrifice‘“ hätte weiters Mill „überhaupt nicht Opfer i. S. von Einkommensnutzern... vor Augen (gehabt), sondern... *ausschließlich* darauf (abgestellt), wie die Steuer-

pflichtigen eine Ungleichbehandlung durch das Steuerrecht empfinden“. „Das Millsche ‚least sacrifice‘ (sei) jedenfalls kaum i. S. Edgeworths oder der heutigen Standardtheorie... zu verstehen“.

Die etwa zwei Drittel des Scheerschen Beitrages ausmachenden, subtilen Überlegungen zu Mills Opfertheorie auf dem Hintergrund zeitgenössischen Denkens und späterer Überlegungen hätten jedem anderen wohl bereits für eine gewichtige Publikation genügt. *Scheer* zeigt aber auch noch, dass Mills Ausführungen zur Erbschaftsbesteuerung logisch ganz natürlich aus seiner Unterscheidung von Produktions- und Distributionsseite folgen. Schließlich argumentiert *Scheer*, dass meritokratische Elemente bei Mill auf die Überlegung zurückgingen „es gäbe ‚derzeit‘ noch verzerrte Wählerwahrnehmungen bezüglich der Steuerlast“.

Gewissermaßen eine Diskussion auf Metaebene zog sich durch die Überlegungen des Ausschusses: Man kann sagen, wie schon seit Jahrhunderten waren die einen der Meinung, Mill habe erstens Unrecht und sei zweitens obendrein widersprüchlich in seinen Aussagen, während die anderen betonten, er habe, richtig gelesen, durchaus recht mit seinen Theorien und sei obendrein auch noch sehr konsequent in seinen Schlussfolgerungen. Naturgemäß können sich diese zwei mal zwei Urteilsätze auch überschneiden. So etwa bei *Milford* und *Schneider*, wobei *Milford* die Position vertritt – natürlich bei der für seine These günstigen Beschränkung auf nur ein Werk –, Mill sei in seiner Wissenschaftstheorie konsequent gewesen, doch hätte er unhaltbar irrig argumentiert, während der in dieses Schema nicht ganz einzuordnende *Schneider*, Mill verteidigend, eher der Meinung zuzuneigen scheint, Mill sei zwar öfter inkonsequent gewesen, hätte jedoch manchmal den Nagel auf den Kopf getroffen. Auf dem Hintergrund seiner allgemeinen Aussagen zumindest für erstaunlich hält *Kromphardt* manche Schlüsse von *Mill*, während *Priddat* Mill eher in Schutz nimmt. *Scheer* ist in detaillierter Argumentation der Hauptvertreter der reinen Position, dass Mill sowohl konsequent war, wie gegen seine Kritiker recht hatte. Der extreme Gegenpol findet sich bei *Kurz*: Geradezu mitleidig gegenüber dem – in seiner Sicht – geistig eher „minderbemittelten“ Mill, zeigt er sowohl dessen Widersprüchlichkeit wie seine gravierenden Fehler auf. Der erste Autor im dritten Abschnitt des vorliegenden Werkes zum Thema *Makroökonomie*, *Harald Hagemann*, zählt in seinem Beitrag „*Zur Debatte um das Say'sche Gesetz: Mill als Krisentheoretiker*“ zu den Verteidigern von Mill gegen die Behauptung von „analytischen Widersprüchen und Inkonsistenzen“. Insbesondere richtet sich *Hagemanns* Verteidigung gegen einen bekannt tendenziösen Theoriegeschichtler, nämlich Keynes. Keynes habe „offenkundig die Arbeiten John Stuart Mills, dessen Auffassungen er ohne Einschränkungen mit denjenigen Ricardos gleichsetzt, nicht gut gekannt“. (Auch ohne vergleichende Lektüre hat ein solcher Keynes beurteilender Schluss natürlich viel für sich, fragt es sich doch, welchen von ihm selbst verschiedenen großen Ökonomen Keynes wirklich näher kannte, vielleicht mit Ausnahme von Marshall.) Natürlich hat *Keynes* das klassische Say'sche Gesetz fehlgedeutet, welches nur Vollbeschäftigung des Kapitals, nicht der Arbeit bedeutete. *Hagemann* zeigt jedoch darüber hinaus, dass Mill

bereits 1826 in einem wenig bekannten Werk „die *Konsequenzen der Rolle des Geldes als Wertaufbewahrungsmittel* im Kontext der General Glut-Debatte“ analysierte. „Es kann keinen Zweifel darüber geben, dass hier ein führender Vertreter der klassischen Wirtschaftstheorie anerkennt, dass ein temporäres, nichtsdestotrotz aber *allgemeines* Überangebot möglich ist, das mit einer gleichzeitigen Übernachfrage nach Geld verbunden ist.“ Freilich kann Überproduktion eben nur *kurzfristig* in Krisensituationen auftreten, wobei jedoch die Keynesche Frist bekanntlich auch nur kurzfristig ist. *Hagemann* zeigt, dass Mill sein Zugeständnis einer monetär bedingten kurzfristigen Überproduktion später keineswegs korrigierte. Auch Mills Lohnfondsthese erlaubt bei technischen Veränderungen zeitweise Beschäftigungsrückgänge. Bemerkenswert ist schließlich *Hagemanns* Feststellung, *Marx* sei in seinen Krisenüberlegungen „entscheidend durch Mill... beeinflusst worden“.

Das zweite Hauptreferat dieses Teils ist *H. Peter Spahn's „Profit und Zins bei John Stuart Mill“*. *Spahn* betont: Mill wäre auch als Theoretiker kein Dogmatiker gewesen: „Nicht alles, was der Autor seiner Leserschaft bieten wollte, ließ sich vereinbaren – dies gilt insbesondere für den Themenkreis ‚Zins und Profit‘“. *Spahn* zählt also eher zu den Konsistenzskeptikern bezüglich Mill. Er fährt fort: „Positiv gewendet heißt dies jedoch, dass gerade die Bruchstellen der Argumentation auf theoriegeschichtlich neue Wendungen hindeuten. Insoweit zeigt sich Mill als durchaus innovativer Autor.“ *Spahn* geht insbesondere der Abstinenztheorie bei Mill nach, „die dem Kern der Zeitpräferenztheorie entspricht“ und die „seiner Zeit um mehr als vierzig Jahre voraus“ war. Er sieht bei Mill sogar „Andeutungen zu einer Liquiditätspräferenztheorie des Zinses“, welche „erst mehr als hundert Jahre später von Keynes wieder aufgegriffen und weiterentwickelt“ wurde.

Das ursprünglich kurze Koreferat von *Heinz D. Kurz* ist inzwischen zu einem bedeutenden, eigenständigen dritten Beitrag in diesem Abschnitt unter dem Titel „*Surplus, Abstinenz und Lohnfonds – John Stuart Mill zur Theorie der Einkommensverteilung*“ angewachsen. Ausführlich zeigt *Kurz*: Das Millsche Werk spiegelt zwei verschiedene Aspekte wider: „die theoretischen Schwierigkeiten, die Ricardo nicht zu lösen vermocht hatte, und die den Anlass dazu gaben, durch partielle oder totale Abkehr von seiner Lehre eine theoretisch befriedigende Lösung zu suchen, und die politisch-ideologischen Auseinandersetzungen, in die die Wert- und Verteilungstheorie hineingezogen worden war“. Wie schon betont, ist *Kurz* der dezidierten Meinung, Mill sei der großen Aufgabe, die er sich setzte, geistig keineswegs gewachsen gewesen. Er schließt seine detailreiche Analyse mit dem Urteil: „John Stuart Mill ist ein Autor des Überganges. Seinem Selbstverständnis nach stand er ganz in der Tradition der Ricardoschen Verteilungs- und Werttheorie. Er wollte diese in eine verständlichere Sprache übersetzen und, wo nötig, präzisieren sowie marginal korrigieren. Betrachtet man seine Ausführungen jedoch im einzelnen, so stellt man fest, dass sein Verständnis dieser Theorie und ihrer Unvollkommenheiten sehr zu wünschen übrig lässt. Tatsächlich unterlaufen ihm grobe Fehler. Seine Korrekturen sind keine, denn entweder finden sich die für korrektur-

bedürftig gehaltenen Auffassungen so nicht bei Ricardo oder die vorgeschlagenen Änderungen sind nicht haltbar.“ Das professorale Urteil von Kurz über Mill lautet also: durchgefallen! Klarer und deutlicher kann man es nicht mehr sagen. Vielleicht war der Parlamentsabgeordnete Mill doch mehr Politiker als Theoretiker – und natürlich mit seinen 32 Auflagen der *Principles* allein in der englischen Sprache der beneidenswert erfolgreichste Lehrbuchschreiber der Ökonomie, den es je gab? Immerhin wurde Mill sicherlich also gelesen. Was für Schlüsse lassen sich daraus ziehen?

Das vierte Referat dieses Abschnittes entstammt der Feder von *Irwin L. Collier, Jr.* zum Thema „*John Stuart Mill's Nondismal Dynamics: An Interpretive Note*“. *Collier* geht bei Mill „the palpable absurdity... that money is synonymous with wealth“ nach, also einem durchaus noch aktuellen Thema. Er zeichnet Mills „magnificent dynamics“, fußend auf dem „Malthusian Law of Population“ analytisch nach und betont, nach der Besprechung von Bagehot sei Mill der erste englische Ökonom gewesen, der die Dauerhaftigkeit der Scheidung von Arbeitern und Kapitalisten bezweifelte, eine gute Einkommensverteilung für wichtiger hielt als die Höhe des Aggregates des Sozialproduktes und die Kräfte des Wettbewerbes durch soziale Institutionen für modifizierbar hielt. Mill glaubt, eine Erhöhung der Reallöhne könne durchaus auch nicht in vollem Ausmaß durch einen folgenden Anstieg der Bevölkerung wettgemacht werden. Dazu bedürfe es zum Beispiel einer nationalen Bildungspolitik oder aber der Auswanderung. „Shocks to the wage equation can have a long-term positive impact on wages.“ Interessanterweise verwendete *Mill* dabei einen Ansatz, der im Grunde die Lösung einer nicht trivialen Differenzgleichung zweiter Ordnung voraussetzt.

Vielleicht sind es also gerade bei dem zur reinen Intellektualität erzogenen Mill die wirklich großen Visionen, die zählen? Noch immer ist und bleibt er „a many splendoured thing“!

Erich W. Streissler

Inhaltsverzeichnis

I. Wissenschaftstheorie und Sozialphilosophie

John Stuart Mills Theorie der Freiheit Von <i>Birger P. Priddat</i> , Witten-Herdecke	17
John Stuart Mills Theorie der Freiheit – Korreferat zum Referat von Birger P. Priddat Von <i>Jürgen Kromphardt</i> , Berlin	43
Auf der Suche nach sicherem Wissen: Zur Wissenschaftstheorie von J. S. Mill Von <i>Karl Milford</i> , Wien	49
John Stuart Mills Wissenschaftstheorie der Wirtschaftswissenschaft – Kommentar zum Referat von Karl Milford Von <i>Dieter Schneider</i> , Bochum	89
Die Rezeption der Millischen Wissenschaftstheorie in Deutschland – Kommentar zum Referat von Karl Milford Von <i>Jürgen G. Backhaus</i> , Maastricht, und <i>Reginald Hansen</i> , Köln	97

II. Finanzwissenschaft und Steuerphilosophie

John Stuart Mill als Steuerphilosoph Von <i>Christian Scheer</i> , Hamburg	111
---	-----

III. Makroökonomie

Zur Debatte um das Saysche Gesetz: Mill als Krisentheoretiker Von <i>Harald Hagemann</i> , Stuttgart-Hohenheim	191
Profit und Zins bei John Stuart Mill Von <i>H.-Peter Spahn</i> , Stuttgart-Hohenheim	215

Surplus, Abstinenz und Lohnfonds: John Stuart Mill zur Theorie der Einkommens-
verteilung

Von *Heinz D. Kurz*, Graz 253

John Stuart Mill's Nondismal Dynamics: An Interpretive Note

By *Irwin L. Collier, Jr.*, Berlin 281

I. Wissenschaftstheorie und Sozialphilosophie

John Stuart Mills Theorie der Freiheit

Von Birger P. Priddat, Witten-Herdecke

John Stuart Mill¹ gilt als einer der großen Theoretiker des Liberalismus, aber er war ein Mann des 19. Jahrhunderts und zudem voller romantischer Ideen einer Art von vernünftigem Sozialismus. Man würde ihn, nach heutigen Kategorien, als einen Sozialliberalen bezeichnen müssen. Doch sind das ungenügende Schablonen, so wie auch Gray's Einschätzung, Mill sei ein typischer bürgerlicher Intellektueller der Mitte des 19. Jahrhunderts, ein „anomischer Bohemien der großen Weltstädte“.²

Mill war mit allen Fragen seiner Zeit beschäftigt: mit der Ökonomie, der Logik, der Frauenfrage, der Politik, dem Tierschutz; berühmt aber wurde er durch seine Schriften zur Freiheit (1859) und zum Utilitarismus (1861). Beide Themen stehen in enger Verbindung, aber ich möchte zeigen, daß Mill in seiner Freiheitstheorie kein Utilitarist ist, sondern ein – moderner – Tugendethiker. Beide Schriften – die über die Freiheit und die zum Utilitarismus – sind systematisch komplementär angelegt. Die Freiheitstheorie – eine Tugendlehre des selbstbewußten und unkonventionellen Individuums – bildet das Fundament seiner utilitaristischen Moralphilosophie, ohne durchgehend utilitaristisch begründet zu sein.

Mill „Über Freiheit“

Das Prinzip der Freiheit definiert Mill gleich im 1. Kapitel, in der Einleitung: „daß der einzige Grund, aus dem die Menschheit, einzeln oder vereint, sich in die Handlungsfreiheit eines ihrer Mitglieder einzumengen befugt ist, der ist: sich selbst zu schützen“.³ Der Grund, sich selbst zu schützen, wird einen Satz später präzisiert: Zwang ist nur dann legitim, um „die Schädigung anderer zu verhüten“. Um Zwang zu rechtfertigen, „müßte das Verhalten, wovon man ihn abbringen

¹ Der Artikel wurde auf der Tagung des Dogmenhistorischen Ausschusses am 29. – 30. 4. 1998 in Würzburg vorgetragen. Ich danke den Kollegen Streissler, Hagemann, Heuß, Häuser, Milford, Scheer, Rieter, Schmidt, Schefold, Schumann, Schneider und Kurz für ihre anregende Diskussion und ihre kritischen Anmerkungen.

² Gray 1988, 127.

³ Mill 1995, 16; auch 129.

will, darauf berechnet sein, anderen Schaden zu bringen. Nur insoweit sein Verhalten andere in Mitleidenschaft zieht, ist jemand der Gesellschaft verantwortlich“.⁴

Wir haben es hier, um in der Terminologie Isiah Berlins zu reden, mit dem Typus der ‚negativen Freiheit‘ zu tun.⁵ Despotismus ist gestattet, wenn man es mit einer Kultur unreifer Menschen zu tun hat.⁶ Allerdings zählt Mill auch einige „positive Handlungen zum Besten anderer“ auf, „zu deren Vollzug man mit Recht Zwang anwenden kann“.⁷ Damit sind vor allem öffentliche Güter gemeint. Zwang hat bei Mill die Dimensionen negativer und positiver Externalität.

Nach der Einleitung behandelt das 2. Kapitel die Gedanken-, Meinungs- und Diskussionsfreiheit. Es enthält eine Theorie des zivilisierten gesellschaftlichen Diskurses. Eine individuelle Meinung muß die Freiheit haben, anderen vorgetragen zu werden. Der freie öffentliche Diskurs zivilisiert Dogmatismus und Macht. Das wesentliche Resultat dieses Kapitels ist, daß gesellschaftliche Ziele im öffentlichen Diskurs entwickelt werden. Unter dem Vorwand, Toleranz neu zu begründen, wird hier eine Theorie der öffentlichen Wahl von gesellschaftlichen Zielen und Institutionen zu deren Erreichung entfaltet.

Das dritte Kapitel handelt von der Handlungsfreiheit, d. h. von der Freiheit, die Gedankenfreiheit in Handlungen umzusetzen. Meinungen sind unbedingt, Handlungen nur bedingt frei, weil sie die Handlungsmöglichkeiten anderer verletzen oder einschränken können.⁸ „Insofern muß man die Freiheit des einzelnen beschränken“.⁹ Wo aber keine Beeinträchtigung anderer geschieht, ist die individuelle Selbstbestimmung unbeschränkt zu fördern. Wer allerdings „etwas tut, weil es Sitte ist, wählt nicht. Er erlangt keine Übung, das Beste zu erkennen oder zu erstreben“.¹⁰

Rationalität ist in traditionellen und durch Konventionen bestimmten Gesellschaften nicht ausgebildet. Erst dort, wo die persönliche Individualität gefördert wird, kann sich die individuelle Urteilsfähigkeit ausbilden, die erst erlaubt, das Beste zu wählen. Mills Argumentation richtet sich gegen das passive Regelbefolgen aus Konvention und Urteilslosigkeit. Nur eine Person, die ihre individuellen Fähigkeiten voll entfaltet, kann individuelle Urteile fällen und Wahlentscheidungen ausüben.¹¹

⁴ Mill 1995, 16; auch 129.

⁵ Berlin 1969; Skinner 1984.

⁶ Mill 1995, 17.

⁷ Mill 1995, 18 f.

⁸ Mill 1995, 77.

⁹ Mill 1995, 77.

¹⁰ Mill 1995, 81.

¹¹ Mill 1995, 81; vgl. auch die Utilitarismusschrift: Mill 1985, 34 f.

Mills Freiheitstheorie ist eine Theorie der persönlichen Freiheit.¹² „In der Tat ist es von großer Bedeutung nicht nur, was die Menschen tun, sondern auch, was für eine Art von Menschen es sind, die etwas tun“.¹³ Man sieht leicht, daß Mill seine Freiheitstheorie der Individualität an starke personentheoretische¹⁴ und Tugend-Voraussetzungen knüpft¹⁵, die die Masse der Bevölkerung, wie er gerne auch etwas abschätzig redet, nicht erfülle. Freie und unabhängige Wahlakte zu vollziehen, ist für Mill ein normatives Programm einer aufgeklärten Gesellschaft selbstbewußter Bürger, die er im viktorianischen England seiner Zeit nicht vorzufinden meint. Die meisten Menschen sind für ihn konventionengesteuert, normengläubig und unaufgeklärt. „Es fällt ihnen gar nicht ein“, kritisiert Mill seine Zeitgenossen, „eine andere Neigung zu verspüren, außer zu dem, was üblich ist. . . sie gefallen sich in der Herde, sie treffen ihre Wahl nur unter Dingen, die man gewöhnlich tut, . . .“.¹⁶

Unter diesen Bedingungen ist die Einübung von Freiheit nicht nur die Einübung in Unkonventionalität, um sich den hergebrachten Normen zu entziehen, sondern zugleich ein Bildungsprogramm, um ein selbstbewußtes, sich selbst verwirklichen könnendes Subjekt zu werden. Freiheit wird mit individueller Selbstverwirklichung konnotiert.¹⁷ Mill vertritt dieses Position nicht nur in der Freiheitsschrift. Auch im Kap. 4 des Utilitarismusbuches werden das nicht-utilitaristische Ideal der „Selbstvervollkommnung“ und das des „edlen Charakters“ dominant: kein Lapsus, sondern eine systematische Kategorie in Mills System – im Freiheitsbuch¹⁸ wie im Utilitarismusbuch.¹⁹

Die Formulierung der Freiheit, „unser eigenes Wohl auf unsere eigene Weise zu erreichen, solange wir nicht versuchen, andere ihres Gutes zu berauben oder dessen Erwerb zu vereiteln“²⁰, bezieht sich nicht nur auf materielles Wohlergehen, sondern umfaßt auch alle moralischen, religiösen und andere ideelle Güter. Vor allem gehört zur Freiheit die Koalitionsfreiheit: „aus dieser Freiheit des einzelnen folgt diejenige, sich zusammenzuschließen, die Erlaubnis, sich zu jedem Zweck zu vereinigen, der andere nicht schädigt“.²¹

¹² Es gibt, wie Mill anmerkt, auch andere, anders als über persönliche Freiheit begründete Freiheitstheorien, z. B. die des Wirtschaftsliberalismus (*Mill* 1995, 131). Vgl. dazu das Schlußkapitel.

¹³ *Mill* 1995, 82.

¹⁴ Vgl. zu Mills Philosophie des Selbstbewußtseins *Hamilton* 1998; zu Mills Psychologie *Wilson* 1998.

¹⁵ Vgl. dazu auch die Utilitarismusschrift: *Mill* 1985, 20 f.

¹⁶ *Mill* 1995, 85.

¹⁷ *Taylor* 1992; *Donner* 1998, 273 ff.; „Mill’s concern with self-development and moral progress is a strand in his philosophy to which everything else is subordinate“ (*Ryan* 1988, 255).

¹⁸ Vgl. *Gray* 1988, 126 ff.

¹⁹ Vgl. *Birnbacher* 1985, 123; *Scarre* 1996, 89 f.

²⁰ *Mill* 1995, 21 f.

²¹ *Mill* 1995, 20.

Wenn freie Menschen sich zusammenschließen können, und wenn der Zusammenschluß nicht nur ein lose gekoppelter Verein ist, sondern Verbände, Institutionen etc. umfaßt, dann folgt daraus, daß ein durch den Zusammenschluß erwirktes commitment die Freiheit der sich so Zusammenschließenden einschränken kann. Dabei darf kein Schaden für andere, aber auch nicht für die sich so Zusammenschließenden entstehen. Das commitment muß als freie vertragliche Vereinbarung interpretiert werden. Die Freiheit, die sie sich gemeinsam beschränken, ist „by consent“ verabredet, weil sie neue Handlungsoptionen eröffnet, die die Individuen alleine nicht gehabt hätten.²²

Es wäre ungerecht zu behaupten, Mill würde in der Freiheitsschrift nicht die Thematik der sozialen Verpflichtung angesprochen haben. Aber er kann sie systematisch nur als Einschränkung der Freiheit einführen, als Aufgabe des Staates, die im Prinzip freien Bürger zu Handlungen zu zwingen, die sie freiwillig nicht getan hätten, um die Freiheit aller Bürger zu erhalten. Mill zählt in diesem Zusammenhang einige „positive Handlungen zum Besten anderer“ auf, „zu deren Vollzug man mit Recht Zwang anwenden kann“.²³ Dazu zählt Mill z. B. „Zeugenaussagen vor Gericht, seinen ehrlichen Beitrag leisten für die Landesverteidigung, oder auch die anderen gemeinsamen Aufgaben, die der Gemeinschaft, deren Schutz man genießt, förderlich sind“.²⁴ Das ist der klassische Katalog öffentlicher Güter.

Im Kapitel 4 der Freiheitsschrift werden diese Verpflichtungen ausführlicher behandelt. Mill spricht ausdrücklich von Pflichten, die man der Gemeinschaft gegenüber habe, wegen des Schutzes der Freiheit, die sie gewähre.²⁵ Mill verwendet ein Hobbessches Hintergrundschema.²⁶ Die Freiheit ist ein Recht, das die Gesellschaft den Individuen zugesteht, aber in Kompensation Pflichten zu erfüllen verlangt; deren vornehmste ist der Inhalt der Freiheitskonzeption: die Freiheit anderer nicht einzuschränken. Wir können es auch so formulieren: um die Freiheit allgemein zu erhalten, kann sie nur soweit ausgeübt werden, wie sie die Freiheit anderer nicht einschränkt. Um die Nichteinschränkung aufrecht zu erhalten, muß die Freiheit dort eingeschränkt werden, wo sie gegen den Grundsatz ver-

²² Vgl. dazu eine korrespondierende institutionenökonomische neue Freiheitsinterpretation bei I. Pies: „Wenn Individuen auf bestimmte Handlungsoptionen verzichten, können sie sich gemeinsam neue Handlungsmöglichkeiten erschließen. Daß die Einschränkung von Freiheit durch Zwang zu Nutzensteigerungen führen kann, zeigt sich bei der Überwindung sozialer Dilemmata. Hier läßt sich der Zwang als eine Investition in Freiheit auffassen, die zu einer pareto-superioren Zustandsverbesserung führt“ (Pies 1993, 300). „Mittels Zwang lassen sich Situationen transformieren, mit der Folge, daß individuelle Freiheiten durch Freiheitsbeschränkungen erweitert werden können“ (Pies 1993, 299; vgl. auch allgemeiner dazu Homann/Pies 1993).

²³ Mill 1995, 18 f.

²⁴ Dito; vgl. aber auch die Liste der zwangsstaatlichen Handlungen in der „Politischen Ökonomie“: Mill 1869, Bd. III, 5. Buch, 11. Kap.

²⁵ Mill 1995, 103.

²⁶ Vgl. dazu Homann/Pies 1993.

stößt.²⁷ Freiheit ist eine, individualtheoretisch untermauerte, soziale Kategorie.²⁸ Sie wird von Mill speziell für die Arbeiterschaft seiner Zeit in Anschlag gebracht.²⁹

Wenn man – wie Q. Skinner³⁰ – die liberalen Freiheitstheorien nach den Schemata (a) Freiheit „as the non-restriction of options“³¹ (Typus der „negativen Freiheit“) und (b) „freedom as a capacity to pursue alternatives“³² (Typus der „positiven Freiheit“) sortiert, hat Mill eine Neigung zur letzten Variante.

Mills System

Mill unterscheidet streng zwischen ‚privatem‘ und ‚öffentlichem‘ Zustand der Person. Diese Unterscheidung fällt in der englischen Kultur traditionell schärfer aus als auf dem Kontinent.

Die eben vorgestellte Freiheitsdefinition Mills läßt sich wie folgt präzisieren: jeder Mensch ist frei, solange er andere nicht schädigt. Dieser erlaubte Zustand ist ein privater, den Mill jedem öffentlichen Urteil entzogen sehen will. Deutlich macht er dies in seinen Ausführungen über das Lob der Exzentriker, denen dandyhafte Züge nicht abzuerkennen sind³³:

„Gerade weil die Tyrannei der öffentlichen Meinung so stark ist, daß das Exzentrische einem zum Vorwurf gemacht wird, ist es erwünscht, daß man exzentrisch ist, um diese Tyrannei zu durchbrechen. ... Daß so wenige wagen, exzentrisch zu sein, enthüllt die hauptsächlichste Gefahr unserer Zeit“.³⁴

²⁷ Vgl. Hayek: „Wir verdanken unsere Freiheit Beschränkungen der Freiheit“ (Hayek 1979, 221); vgl. auch Pies 1993, Kap. 5.4.

²⁸ Freiheit, verstanden als Verfügungsrecht, ist bereits in Mills Eigentumskapitel seiner „Politischen Ökonomie“ definiert: „Ferner kann in einem gesellschaftlichen Zustande . . . jegliche Verfügung über jene Dinge nur unter Zustimmung der Gesellschaft stattfinden, . . . Selbst dasjenige, was eine Person allein durch ihre eigene Bemühung ohne Beistand anderer hervorgebracht hat, kann sie nur mit dem Willen der Gesellschaft behalten“ (Mill 1881, Bd. I, 2. Buch, Kap. 1, 211).

²⁹ Mill 1869, Bd. III, 4. Buch, Kap. 7, § 5 und § 6. Vgl. Ten 1998.

³⁰ Skinner 1984.

³¹ Benn / Weinstein 1971, 201.

³² Oppenheim 1981, 63.

³³ Mill 1995, 20, 90, 93. Vgl. aber auch, unabhängig von der Thematik der Exzentrik, z. B. grundlegend Mill 1995, 19 f.

³⁴ Mill 1995, 93; in beinahe gleicher Formulierung steht dieser Satz bereits in der „Politischen Ökonomie“ Mills (Mill 1881, Bd. 1, 2. Buch, Kap. 1, 223; auch steht dort: „Kein Gesellschaftszustand, wo Exzentrizität an sich ein Gegenstand des Vorwurfs ist, kann gesund sein“). Gray grenzt diese Form des Liberalismus bei Mill gegen seinen utilitaristischen Ansatz in der Freiheitsschrift ab. Mill verwende zwei verschiedene Formen des Liberalismus; der hier benannte lehne sich eher an Burke, Toqueville und an die Schottische Aufklärung an (Gray 1988, 119, 126 ff.; vgl. auch Skinner über die zwei Grundschemas des Liberalismus

Wenn Mill den Mangel an Exzentrizität als „hauptsächliche Gefahr unserer Zeit“ tituliert, klingt das in unseren kontinentalen Ohren ‚very British‘; das Postulat der Exzentrizität ist aber nicht als exzentrische Aussage zu marginalisieren, sondern als eine systematische Aussage im Zentrum der Millschen Freiheitsschrift. Hier zeigt sich auch deutlich der Unterschied zu modernen Freiheitskonzeptionen, die eher die Freiheitsrechte als die persönliche Freiheitskompetenz betonen.³⁵ „His primary commitment, which ties in with the formative influence of classical Greek philosophy on his views, is to a way of life and character development. This is why his conception of human self-development is so much more carefully worked out and occupies more space in his writings than his views on action and rights“.³⁶

Erst wenn eine Schädigung oder Beeinträchtigung anderer eintritt, setzt sich das vordem ausschließlich private Handeln der öffentlichen Beurteilung und gegebenenfalls, der öffentlichen Verurteilung aus. Der öffentliche Zustand wiederum wird nach zwei Sanktionssystemen unterschieden:

- dem der öffentlichen Moral und
- dem des Rechtes.

Beide öffentlichen Beurteilungssysteme sind nicht identisch: eine moralische Beeinträchtigung muß keine rechtliche Verurteilung nach sich ziehen. Zwar spricht Mill von einem sozialen Faktum moralischer Normen, grenzt seinen Schädigungsbegriff aber auf rechtliche Fälle ein, so daß wir es mit drei sozialen Systemen zu tun haben, die eine besondere Konstellation eingehen:

1. das System der privaten Gedanken- und Handlungsfreiheit (non-institution),
2. das System der moralischen Öffentlichkeit, die Beeinträchtigung der Meinung und des Handelns anderer ahndet (informelle Institution), und
3. das System der rechtlich-öffentlichen Sanktion (formelle Institution).

Das 2. System, dem Mill viel Aufmerksamkeit schenkt, ist ein Zwischensystem, in dem System 1 und 3 sich überlappen. Mill hält das System der moralischen Öffentlichkeit für problematisch, da es die individuellen Freiheiten oft unterdrückt. Das wird ersichtlich, wenn man seine skeptische Analyse der Moral der öffentlichen Meinung liest, die er durchgehend als „Tyrannei der öffentlichen Meinung“³⁷ bzw. als „Tyrannei der Gewohnheit“ bezeichnet.³⁸ Er plädiert für starke, selbstbewußte Individuen, die nonkonform, d. h. gegen die herrschende öffentliche Meinung und Moral ihre Standpunkte vertreten. Den Konformismus, der durch die öffentliche Moral gefördert wird, hält er für zivilisationsschädlich. Die öffentliche

(Skinner 1984)). Berlin (*Berlin* 1969) und Berger (*Berger* 1984) stellen ebenfalls diesen Mill heraus.

³⁵ Vgl. die Ausnahme *Taylor* 1992.

³⁶ *Donner* 1998, 290. Zum Einfluß der klassischen Philosophie auf Mill vgl. *Irwin* 1998.

³⁷ *Z. B. Mill* 1995, 93.

³⁸ *Z. B. Mill* 1995, 97.

Moral versuche ständig, die private Freiheit nach moralischen Normen zu regeln und zu beugen. Gegen diesen Konformismus der Massen sollen freie, d. h. selbstbewußte Individuen anstehen. Die (asymmetrische) Unterscheidung von Individuen / Massen bleibt konstitutiv für das Werk. Die Freiheit der Individuen ist durch die kollektiv vorherrschende viktorianische Moral ständig bedroht.³⁹

Wenn aber die herrschende philisterhafte öffentliche Meinung freie, d. h. selbstbewußte und nonkonforme Individuen als Beeinträchtigung ihrer ‚moral codes‘ verdammt, dann haben wir es mit einem Typus von Beeinträchtigung zu tun, der aus Mills Freiheitsdefinition ausgeschlossen ist. Minderheitsmeinungen dürfen nicht beeinträchtigt werden; ihr Schutz ist zu gewährleisten, auch und gerade dann, wenn es den öffentlichen Normen widerspricht.

Das 2. moralische System ist zu reformieren, d. h. durch geeignetere Maßstäbe zu überwinden: In Konsequenz dessen schreibt Mill sein Utilitarismusbuch, das ein neues Kriterienangebot macht, d. h. neue Maßstäbe für die Moral.⁴⁰ Oder um es noch deutlicher zu formulieren: um das 2. System, die informelle Institution der öffentlichen Moral, wieder zu einem legitimen und wirksamen System zu gestalten, bedarf es der Auswechslung der Moral. Anstelle der repressiven Moral der Tyrannei der konventionellen Normen schlägt Mill eine kritische, unkonventionelle, aufgeklärte und aufklärende Moral vor: den Utilitarismus. Erst wenn die Bürger in moralischen Angelegenheiten utilitaristisch argumentieren, erreicht die öffentliche Meinung wieder eine Qualität, die ihre normative Kraft legitimiert.

In der Dekonstruktion des 2. Systems wird sichtbar, daß Mill über die unbedingte private Freiheit der Bürger hinaus ein Selbstbewußtsein dieser Freiheit in der und gegenüber der Öffentlichkeit anmahnt, das den Charakter einer Tugend erhält.⁴¹ Starke individuelle Freiheit ist bei Mill eine moderne Tugend, die selbstbewußt, notfalls nonkonform und gegen die öffentliche Meinung, vertreten werden soll.⁴² „According to the fundamental tenets of Mill’s utilitarianism, people have right

³⁹ Vgl. z. B. *Mill* 1995, 22.

⁴⁰ Bei Mill kann es keine Konsentheorie der gesellschaftlichen Ziele geben, weil er der öffentlichen Meinung nicht traut. Erst wenn der Wettbewerb der öffentlichen Meinung sich geschichtlich einmal etabliert hat, kann der Staat seine schützende Autorität verlieren (am Beispiel Amerikas, *Mill* 1995, 101 f.). Solange die Gefahr besteht, daß in der öffentlichen Meinung starre Normen und konventionelle Moralen dominieren, ist die Konkurrenz des Widerspruchs unbedingt zu fördern. Konsensus wäre unter diesen Bedingungen eine falsche Wahrheit. *Mill* entwirft ein System der Meinungskonkurrenz, das ähnlich wie auf dem Markt, immer wieder Innovatoren hervorbringt, die Meinungen hervorbringen, die die öffentliche Wohlfahrt verbessern helfen. Die Institution der Öffentlichkeit wird als Markt konfiguriert; *Mills* Theorie der persönlichen Freiheit kümmert sich insbesondere um die Ausbildung des starken Meinungsunternehmers, der gegen die öffentliche Meinung in eine neue Meinung zu investieren wagt.

⁴¹ Mill spricht in diesem Zusammenhang auch von der „Liebe zur Tugend“ (*Mill* 1995, 83).

⁴² Vgl. dazu Mill Konzeption der „starken“ bzw. „energiegeladenen Naturen“ (*Mill* 1995, 83 f.). Diese tugendtheoretischen Fundierungen finden wir in der Freiheitsschrift ebenso wie

to liberty of self-development and their rights are violated if their social circumstances bar them or do not provide adequate resources for them to attain and exercise self-development“.⁴³

Das ist mehr, als man heute von der Freiheit fordert. Freiheit als selbstbewußte Bürgertugend ist bei Mill mehr als die rein private Handlungsfreiheit, sondern hat ein expressives Moment. Das expressive Moment der Freiheit ist die Fähigkeit, unabhängig von der Meinung anderer zu sein, und andererseits seine eigene Meinung (und Handlung) deutlich zu vertreten. Mills „position in *On Liberty* followed from that in the *Logic*: all individuals must be free, and should be encouraged, to consider new opinions and to consult experience in their own lives, to conduct experiments in living – however unpopular, however much disliked by other people“.⁴⁴

Die expressive Freiheit wird bei Mill einem Typus zugeschrieben, den ich Freiheitsunternehmer nennen will⁴⁵; er soll andere von seiner Meinung oder Haltung überzeugen, d. h. die Öffentlichkeit positiv beeinflussen. Die moralischen Restriktionen, die die konventionellen öffentlichen Moralien darstellen, wird von Mill durch einen neuen, selbstbewußten freien Bürger ersetzt, der nicht mehr angewiesen ist auf die Handlungsstabilisierung durch moralische Normen und Konventionen. Individualität wird als moderne Tugend eingeführt. Das System 2 soll demnach durch eine Ausweitung der privaten Freiheiten in die selbstbewußte moderne Freiheitstugend allmählich abgelöst werden. Wenn die öffentliche Moral durch selbstbewußte freie Bürger bestimmt wird, ist sie nicht mehr freiheitsrepressiv. Daß die neue öffentliche Moral nach utilitaristischen Prinzipien gebildet wird, ist für das Freiheitsbuch 1859 sekundär, wird aber im Utilitarismusbuch 1861 nachgereicht.

Mill ist nüchtern genug, die Hoffnung nicht allzuhoch zu hängen. Wenn man aber das Ausmaß der Abneigungen und der Verdammung der gesellschaftlichen Konventionen in seinem Buch zusammenrechnet, wird deutlich, mit welcher Emphasis Mill das Ideal des selbstbewußten, freien Bürgers sich sehnlichst wünscht. Mill wünscht sich eine Republik erwachsener Bürger, die gebildet und vernünftig sind.⁴⁶ Wer diesen Status hat, ist in der Lage, für seine persönlichen

im Utilitarismusbuch. Scarre hält dies für einen neoaristotelischen Topos bei Mill (*Scarre* 1996, 90 und 138).

⁴³ Donner 1998, 278.

⁴⁴ Nicholson 1998, 470.

⁴⁵ Gray weist auf Hayek hin, der sich auf diese Millsche Tradition bezieht (*Gray* 1988, 128 f.; *Hayek* 1960).

⁴⁶ Die Vernunft, die Mill hier anvisiert, ist durchaus eine utilitaristische: „Die Stärkung der Gemeinschaftsbindungen und die Entwicklung des gesellschaftlichen Verkehrs bewirken nicht nur, daß der einzelne ein stärkeres Eigeninteresse daran hat, das Wohlergehen der andern in seiner Lebensführung zu berücksichtigen, sondern verhelfen ihm auch dazu, seine Gefühle mehr und mehr mit ihrem Wohl . . . im praktischen Handeln zu identifizieren“ (*Mill* 1985, 56).

Belange die Entscheidung selber zu tragen, *weil er in der Lage ist, die Folgen selbst zu tragen*.⁴⁷

Alle, die nicht in der Lage sind, die Folgen ihres Tuns auf sich zu nehmen, haben keine Freiheit: das gilt explizite für die Kinder und Jugendlichen, aber auch für weniger zivilisierte Völker. Das gilt aber implizite auch für die Bürger Englands, die unselbständig, normen- wie sittengeleitet ihre Verantwortung an die informelle Institution öffentliche Moral abgeben. „Wer etwas tut“, hatten wir Mill oben zitiert, „weil es Sitte ist, wählt nicht. Er erlangt keine Übung, das Beste zu erkennen oder zu erstreben“.⁴⁸ Die Übung, das Beste zu erkennen, ist eine Übung in utilitaristischem Denken. Wo sie fehlt oder unausgebildet ist, wird die Freiheit, das Beste zu wählen, überlagert von konventionellen Urteilen, d. h. von der Unfähigkeit, frei zu entscheiden. Frei ist, im Sinne Mills, nur der Bürger, der sich, quasi kantianisch, seines eigenen Verstandes bedienen kann. Freiheit, müssen wir Mill interpretieren, ist im England seiner Zeit eine Zukunftsvision.

Ist die Freiheitsschrift utilitaristisch fundiert?

Die Frage, ob Mill seine Freiheitskonzeption unabhängig von seiner utilitaristischen Einstellung entwickelt, ist nicht leicht zu entscheiden.⁴⁹ Natürlich verwendet Mill auch im Freiheitsbuch die Nutzenkategorie. „Ich betrachte Nützlichkeit (utility) als die letzte Berufungsinstanz in allen ethischen Fragen, aber es muß Nützlichkeit im weitesten Sinne sein (utility in the largest sense), begründet in den ewigen Interessen (permanent interests) der Menschheit als eines sich selbst entwickelnden Wesens (progressive being)“.⁵⁰ Der erste Satz ist prägnant, der zweite rätselhaft. Utilitaristen halten ihn für eine Verwässerung des Utilitarismus.⁵¹ Der aktuellen Nützlichkeit werden intelligible Nützlichkeiten gegenübergestellt, die die Myopie aufheben in den Raum eines unbestimmt erweiterten Kataloges menschliches Werte, wie das Prädikat der ‚permanent interests‘ bezeugt.

Andererseits spielt der Utilitarismus untergründig in der Freiheitsschrift seine Rolle dort, wo die Fähigkeit, rational das Beste wählen zu können, als Charakterauszeichnung selbstbewußter freier Individuen herausgestellt wird. Die utilitaristische Topik ist eindeutig, auch wenn Mill sie nicht benennt. Die Nutzenkategorie dient letztlich dazu, zwischen konventionellen und neu konstruierten, besseren Zuständen unterscheiden zu können. Der Nutzen-Term ist bei Mill, wie in der modernen Ökonomie, inhaltlich neutral, aber, im Gegensatz zur modernen Ökonomie, prozedural bestimmt über die Voraussetzung einer entwickelten und sozial kompe-

⁴⁷ Mill 1995, 114.

⁴⁸ Mill 1995, 81.

⁴⁹ Vgl. dazu Gray 1988.

⁵⁰ Mill 1995, 18.

⁵¹ Z. B. Ten 1988, 145.

tenten Person, die die Nutzen unterscheidet und wählt. In utility-terms zu denken, ist für Mill ein Privileg der Elite.⁵²

Den Nutzen von Normen, Sitten etc. beurteilen zu können, ist das radikale Angebot der utilitaristischen Komponente in Mills Freiheitskonzeption. Um Nutzenurteile einzuführen, bedarf es eines erweiterten Alternativenraumes, als den, der durch Konventionen, informelle Normen und die Sitte bestimmt ist. Wenn der Nutzen des Nutzens darin besteht, das Beste zu wählen, dann müssen die Individuen in der Lage sein, Alternativen zum vorhandenen Set an normativen Alternativen zu generieren. Es geht nicht darum, gegebene Alternativen danach zu beurteilen, welche die Beste davon ist, sondern um die Erfindung neuer *Alternativen, die ersteinmal immer nur Meinungen von Individuen sind, die in der Öffentlichkeit kommuniziert werden*. Die Meinungsfreiheit erweist sich hier als systematische Basis der Erfindung von Ideen der sozialen Reform, des institutionellen Rearrangements, der politischen Renovierung etc. Mill spricht, allgemeiner, von „besseren Handlungsweisen und der allgemeinen Verbreitung würdigerer Sitten“.⁵³

Freie Millsche Individuen optimieren nicht den Nutzen gegebener Alternativen; das expressive Moment ihrer Freiheit, das Mill so hervorhebt, dient der Produktion neuer Alternativen. Das Kapitel über die Öffentlichkeit und die Freiheit der Meinungsbildung lohnt sich als Produktionstheorie neuer Alternativen, Handlungsoptionen und sozialer Arrangements zu lesen. Wenn wir uns vergegenwärtigen, wie sehr Mill das konventionelle, normengeleitete Handeln kritisiert, muß ein Millscher Akteur davon ausgehen, daß das sozial Beste nicht in der Menge der gegebenen Handlungsoptionen bereits vorliegt. Das Beste ist ein Projekt, das a) individuell generiert, b) als Meinung in die Öffentlichkeit gebracht werden und c) dann erst, möglicherweise, allgemein akzeptiert und realisiert wird. Freiheit dient dazu, neue Handlungsoptionen zu eröffnen.⁵⁴ Normen wären dann Ergebnisse freier Entscheidungen, aber keine ungeprüfte konventionale Übernahme.

Diese These unterschätzt nicht die englische Vorliebe für individuelle, vor allem für Eigentumsfreiheit, die Mill selbstverständlich teilt.⁵⁵ Aber sie setzt Mill sogleich von den rein wirtschaftsliberalen Freiheitsvorstellungen ab, wie sie bei den Liberalen des 19. Jahrhunderts anzutreffen waren, und wie wir sie heute als Neo-

⁵² Das zeigt, wie wenig Mill sich späteren (grenznutzentheoretischen) Konzeptionen anschließen könnte. Entscheidungen in utility-terms sind, wegen der Exklusivität der utilitaristischen Moral, nicht jedermann zugänglich. Gossens und Jevons Schritt kann *Mill* gar nicht denken. Deshalb ist die ‚Political Economy‘ auch nicht auf eine utilitaristische Handlungstheorie gegründet.

⁵³ *Mill* 1995, 93.

⁵⁴ „Individuality is the capacity to discover our own unique mix of the generic capacities. Autonomy is the capacity to reflect critically upon, choose and endorse the character, projects and pursuits in harmony with our nature. . . . There are a range of options within our potential, and thus process is partly one of discovery and partly one of creation“ (*Donner* 1998, 276; *Gray* 1983, 80).

⁵⁵ Vgl. dazu *Mill* 1881, Bd. I, 2. Buch, Kap. 1 und 2 „Vom Eigenthume“.

liberalismus kennen. Die unbedingte Vorstellung der Freiheit des Individuums ist bei Mill eine *conditio* für die Freiheit, selbständig und unabhängig kollektive Formen der gesellschaftlichen Verbindung eingehen zu dürfen. Hier haben wir es mit dem utilitaristischen Impetus zu tun, der den Nutzen der einzelnen nur in Hinblick auf den Nutzen aller verstehen konnte. Doch ist die Freiheitsschrift nicht utilitaristisch aufgebaut.

Indem Menschen den Nutzen einer Handlung bewerten, machen sie sich frei und unabhängig von normativen Konventionen. Utilitarismus, kann man sagen, ist der Versuch einer kritischen, unkonventionellen Sozialphilosophie, die Neubewertungen von Handlungen und Handlungsfolgen unabhängig von konventionellen Deutungsmustern und -vorschriften möglich macht. Nutzenbewertungen von Handlungen brauchen keine kollektive Legitimation; sie können von Individuen gemacht werden. Nicht nur das Individuum muß seine Meinung verteidigen, sondern auch die Öffentlichkeit ihre.

Mill reaktiviert den Benthamschen Utilitarismus, dem er eine eigenständige Form gibt⁵⁶, um gegen den moralischen Konformismus der bürgerlich-viktorianischen Gesellschaft seiner Zeit ein neues, die Freiheit des Individuums stützendes moralisches Bewertungskriterium zu erhalten. Der ‚Utilitarismus‘⁵⁷ ist die moralphilosophische Fortsetzung (2 Jahre nach dem Freiheitsbuch) des Basisprinzips des Freiheitsschrift, daß jeder vernünftige Mensch die Folgen seines Handelns selber tragen können muß. Es ist natürlich unleugbar, daß Mill seit seiner Jugend Utilitarist war. In seiner ‚mittleren Phase‘ aber nahm er Abstand, insbesondere in Auseinandersetzung mit dem quantitativ kalukulierten strengen Utilitarismus‘ Benthams und seines Vaters James Mill.⁵⁸ Die spätere Wiederaufnahme des Utilitarismus in geläuterter Form war stark tugendbasiert; Mill zieht Bentham der Vernachlässigung anderer Ziele als der ‚pleasure‘, so „honour and personal dignity, beauty, order, action, power and the ‚love of loving““. ⁵⁹ In seinem neuen Ansatz unterschied Mill dann zwischen „higher and lower pleasures“, um den quantitativ argumentierenden alten Utilitarismus um qualitative Differenzierungen zu bereichern.⁶⁰

⁵⁶ Mills Utilitarismus ist gegenüber Benthams Konsequenz und Radikalität verwässert; Mill hält „schließlich jede moralische Regel für utilitaristisch gerechtfertigt (...), deren Befolgung geeignet ist, das Gesamtwohl zu fördern, und damit einen gewissen Nutzen verbürgt, gleichgültig, aus welchen Motiven sie befolgt wird“ (Birnbacher 1985, 123; vgl. auch Rees 1985, 49 und: Ten 1988, 161; vorsichtiger, aber in gleicher Diktion: Scarre 1996, chap. IV).

⁵⁷ Mill 1985.

⁵⁸ Scarre 1996, 82 ff.

⁵⁹ Vgl. die Zitate Mills in: Scarre 1996, 91.

⁶⁰ Vgl. West 1976; Scarre 1996, 90 ff., bes. 92; Donner 1998, 261 ff. „The superiority of higher pleasures is indeed quantitative, but only indirectly so; in choosing a higher pleasure over a lower one, we are ipso facto choosing a nobler character over a baser one, and its the pleasantness of the noble character, not of the higher pleasure itself, that provides the needed quantitative superiority“ (Long 1992, 279).

Keine öffentliche Meinung oder öffentliche oder kollektive Norm oder Moral kann dem Individuum diese Verantwortung abnehmen. Frei ist jemand, indem er die Folgen seines Handelns auf sich nehmen kann. Es ist offensichtlich, daß man Verantwortung für sein Handeln nur auf sich nimmt, wenn es einen individuellen Nutzen erbringt. Die utilitaristische Pointe dieses Verantwortungskonsequentialismus besteht darin, daß die Verantwortlichkeit für das, was man für den eigenen Nutzen will, auch auf die Nichtbeeinträchtigung oder Verbesserung des Nutzens anderer mit prüfen muß. Die utilitaristische Moral ist Nutzen für das Individuum plus sozialer Nutzen (social utility). Der soziale Nutzen ist zwar notwendiges Ziel, aber nicht Ergebnis kollektiver Bestimmung, sondern Resultat individueller Nutzenerwägungen in Hinblick auf den Nutzen anderer.⁶¹

Um aber diese Art der Nutzenerwägung einzuführen, bedarf es starker Persönlichkeiten, die frei und unabhängig – nämlich frei und unabhängig von starken normativen Einstellungen – argumentieren. Man muß sich vergegenwärtigen, daß Nutzenargumente ganze existierende Normensysteme in Frage stellen können, d. h. daß man mit öffentlichem Widerstand erheblicher Art zu rechnen hat, weil man mit der herrschenden öffentlichen Moral in Konflikt gerät.⁶² Dabei ist zu beachten, daß das Nutzenkriterium ersteinmal ein individuelles sein muß, weil es sich nicht auf konventionelle, d. h. kollektiv geltende Normen- und Nutzendeutungen berufen darf.

In diesem Sinne benötigt der von Mill ebenfalls propagierte (und durch Mill erst allgemeiner bekannt gewordene) Utilitarismus *eine vorgeschaltete Theorie der Freiheit*, die die Legitimation freier und unabhängiger individueller Urteile in der Öffentlichkeit, die bei Mill eine viktorianische, besonders moralistische Öffentlichkeit ist, liefert. Die utilitaristische Argumentationsweise legitimiert sich nicht selbst; sie steht im viktorianischen England in scharfer Konkurrenz zu anderen moralischen Sprachspielen. „Utilitarianism had never enjoyed a good press, and it had lately been subjected to unjust attack by the most prominent novelist of the day“.⁶³ Man betrachtete den Utilitarismus oftmals als „a system for turning out automata“ oder als eine „doctrine fit only for swines“.⁶⁴

Betrachten wir die Sache von der anderen Seite her: ohne eine in der Öffentlichkeit legitimierte Theorie der freien Meinungsäußerung und Toleranz muß ein Utilitarist zur Zeit Mills als unmoralischer Typus mißverstanden werden, der sich an-

⁶¹ Vgl. Mill 1985, 30 ff.

⁶² Wie Mill in den ‚Anwendungen‘ an etlichen Beispielen belegt (Mill 1995, Kap. 5). Ich möchte, für diesen Teil, Mills Freiheitsschrift neu interpretieren: freie Bürger fragen, ob sie mit ihren Handlungen andere schädigen. In Mills Sicht sind es selbstbewußte Bürger, die jede Handlung neu befragen. Indem sie so fragen, sind sie potentiell kritisch gegenüber jeder Konvention, weil das Schädigungsargument natürlich auch die Frage, was Schädigung im Einzelfall bedeutet, neu stellt. Die Millschen freien Bürger fordern Begründungen ein. Der Millsche Terminus für Begründungen / Gründe heißt ‚utility‘.

⁶³ Scarre 1996, 95.

⁶⁴ Scarre 1996, 95. Vgl. auch Nicholson 1998.

maß, anstelle von moralischen Normen lediglich die Effektivität von Handlungen zu betrachten. Der Utilitarist hätte gar keine Chance, seine Meinung vorzutragen, weil er, bevor er sozialen Nutzen erwägt, erst den eigenen erwägen muß. Deshalb muß eine Theorie der Freiheit vorgeschaltet werden, in der erklärt wird, daß Minderheitsmeinungen anzuhören sind. Utilitaristische Moral ist zu Mills Zeit Minderheitsmeinung.

Systematisch geht der Theorie des Utilitarismus eine Theorie der Freiheit voraus, die aber nicht utilitaristisch begründet wird, sondern sich

1. auf einen zivilisatorischen Stand der Vernunft beruft und
2. auf eine – ich nannte sie tugendartige – Theorie des non-konformen und selbstbewußten Individuums.⁶⁵

Ich darf das so pointiert hervorheben, um zu zeigen, daß der Utilitarismus Mills auf einer modernen Theorie der Bürgertugend beruht⁶⁶ und daß zweitens eine Freiheitstheorie nötig ist, um den Akteurstypus herzustellen, den u. a. auch die moderne Ökonomie wie selbstverständlich voraussetzt: das freie und unabhängige Individuum.

Wir sind heute gewohnt, zumindest als Ökonomen, den methodologischen Status von Individuen als selbstverständlich anzunehmen. Mill führt uns vor, daß es einer Produktionstheorie des Individuums bedarf (das wesentlich durch Erziehung und freie Öffentlichkeit hergestellt wird⁶⁷). Freie Individuen sind nur dann als frei und unabhängig zu bezeichnen, wenn sie frei sind von öffentlicher Meinung, und zwar frei im Sinne der Unabhängigkeit von herrschenden Normen und moralischen Bindungen. Freiheit ist vornehmlich Freiheit von Normen und Ideologien.⁶⁸

Bevor eine handlungskonsequentialistische Theorie wie der Utilitarismus Geltung erlangen kann, muß geklärt sein, daß die Idee, Handlungen alleine von ihren – individuellen und sozialen – Konsequenzen her zu betrachten, legitim ist. Das

⁶⁵ Gray zeigt, daß Mill in seiner Freiheitsschrift eine utilitaristische Begründung liefert, indem er das höchste Ziel die happiness nennt (und nicht die pleasure, wie Bentham). Happiness wird nicht als Überschuß der pleasure über die pain definiert, sondern als eine „condition in which persons flourish in the successful pursuit of self-chosen projects and activities. In this conception, which has clear Humboldtian and Aristotelian debts and affinities, the happiness of any person exhibits two features – the exercise of powers of autonomous choice and the expression of individuality. ... the liberalism of *On Liberty* (depends) on a flawed theory of progress“ (Gray 1988, 121 f.). Es zeigt sich, wie sich an Gray zeigt, daß Mill starke tugendartige Konstruktionen verwendet, die die Fähigkeit der Person, sein eigenes Leben selbst zu entscheiden und zu entwickeln, hervorheben (vgl. ebenfalls Berlin 1969; Berger 1984; Scarre 1996).

⁶⁶ Wie übrigens auch in John Rawls späteren Schriften (Rawls 1992; vgl. dazu auch *Pridat* 1995).

⁶⁷ Wilson 1998, 234.

⁶⁸ „Shared mental models“, wie Denzau/North 1994 die gemeinschaftlich geteilten Bedeutungen, Normen und Ideologien bezeichnen.

geht nur, wenn man, wie Mill, der Überzeugung ist, daß individuelle Meinungen Geltung beanspruchen können, weil sie meinungsbildend sein können für alle anderen, d. h. für die Öffentlichkeit.

Um das gewährleisten zu können, müssen Individuen unabhängig und frei sein, d. h. einer eigenen Meinung, Urteilsfähigkeit und Überzeugung fähig. Doch ist das noch nicht ausreichend, um utilitaristische Meinungen (gegen die vorherrschenden anderen Meinungen) durchzusetzen. Die utilitaristische Meinung – wenn wir annehmen, daß Mill als Autor der Freiheitsschrift zugleich auch Utilitarist sei – muß sich erst durchsetzen. Wenn Mill, als Autor der Freiheitsschrift, Utilitarist ist, können wir davon ausgehen, daß er davon ausgeht, daß die utilitaristische Sozialphilosophie als beste Sozialphilosophie sich im öffentlichen Diskurs durchsetzen wird. Wenn Mill, wie in der Freiheitsschrift, den öffentlichen Diskurs als die Durchsetzungsebene der besten Meinung benennt, dann ist die Öffentlichkeit der ‚Markt der Meinungen‘, auf denen die Wohlfahrtskonzeptionen in Konkurrenz stehen. Die utilitaristische Philosophie, als eine Moralphilosophie unter anderen, muß ihrem eigenen Kriterium genügen. Das kann sie aber nur, wenn die Freiheit der öffentlichen Meinungsbildung gewährleistet ist, und zwar unter Bedingungen, in denen die utilitaristische Philosophie erst eingeführt wird, d. h. noch nicht gilt.

Komplementarität von Freiheit und Utilitarismus

Während in der Freiheitstheorie das (römisch-rechtliche) *neminem laedere*: das Nichtschädigungsgebot, dominiert, was dazu führt, alle Handlungen unter dem Gesichtspunkt der privaten Utilität zu betrachten, wird in der Utilitarismusschrift das Komplementärprogramm entfaltet: nur solche Handlungen gelten zu lassen, die a) andere nicht schädigen *und* den b) anderen die happiness vergrößern.

(b) ist in (a) nicht enthalten, d. h. das Utilitarismusprogramm erweitert das Freiheitsprogramm um einen positiven Beitrag. Als Theorie der Nichtbeeinträchtigung (sowie deren Ausnahmen) kann die Freiheitstheorie keine sozialen Ziele begründen. Mills Freiheitsprinzip „ist grundlegend unvollständig. Es sagt uns, was wir nicht tun sollen, aber nicht, was wir tun sollen“.⁶⁹

Für die utilitaristische Moral reicht eine Nichtschädigung anderer nicht aus; erst dann, wenn sie die social utility der Gesellschaft durch die individuellen Handlungen verbessert, bietet sie eine positive Wohlfahrtstheorie an, die in der Freiheitstheorie nicht enthalten ist. Oder um es anders zu beleuchten:

- Die Millsche Freiheitstheorie erlaubt die individuelle Utilität als private Freiheit, und sichert sie gegen Beeinträchtigungen anderer.

⁶⁹ Gray 1988, 123.

- Die Millsche Utilitarismustheorie setzt die Millsche Freiheitstheorie voraus, geht aber über sie hinaus mit dem Wohlfahrtsargument, daß die Nichtbeeinträchtigung zwar die Freiheit sichert, aber keinen positiven Effekt der social utility produziert.

So kann man, als Millscher freier Mensch, zwar frei sein, und auch darauf achten, daß die eigene Freiheit nicht auf Kosten der Freiheit anderer freier Bürger erreicht wird. Als ein solcher bloßer freier Bürger ist man im Millschen Kontext noch kein moralischer Mensch. Das wird man erst durch die Metamorphose zum Utilitaristen, der nicht nur darauf achtet, andere nicht zu schädigen, sondern darauf, daß die eigene utility einen Beitrag zu social utility erbringt.

Wenn man diese Komplementarität einführt, gibt es allerdings einen Umstand, der die Freiheitskonzeption als bereits vollständige Erfüllung des utilitaristischen Programms auffassen läßt: wenn man den Zustand, daß Bürger andere Bürger nicht schädigen, bereits als social utility anerkennt. In seiner Utilitarismusschrift spricht Mill davon, daß „pleasure and freedom from pain, are the only things desirable as ends“.⁷⁰ Hier wird 1861 offensichtlich die Freiheitsdefinition in die Utilitarismuskonzeption aufgenommen. „Freedom from pain“ ist die Übersetzung in utilitaristische Terms, was in der Freiheitsschrift als Nichtschädigung anderer benannt ist (wenn man ‚pain‘ mit ‚harm‘ synonym setzt).

Doch führt Mill beide Ausdrücke getrennt: ‚pleasure‘ und ‚freedom from pain‘. Beide sind nicht identisch, denn die Freiheit von Unlust ist nur der Nullpunkt der ‚pleasure‘, die positiv erweitert werden kann. Freiheit als Nichtschädigung anderer ist demnach nur der Nullpunkt einer positiven Wohlfahrtskonzeption. Wenn die Absenz von Unlust als Lust beschrieben wird, fehlt das ganze Spektrum qualitativer Lust-Bestimmungen und ihrer Ausweitung. Die Freiheitstheorie Mills ist, wenn man so will, utilitaristisch konzipiert, aber auf dem niedrigsten Level des Utilitarismus. Ihr fehlt jede Extension der ‚pleasure‘. Sie ist, um es mit einem aperçu zu benennen, die ‚lustloseste‘ Variante des Utilitarismus auf der nach oben offenen Eudaimonismusskala.

Wenn man nur die Freiheitsschrift von Mill vorliegen hätte, und trotzdem Utilitarist sein wollte, müßte man die social utility auf Zustände der Nichtschädigung anderer begrenzen. Diese Form der reinen ‚negativen Freiheit‘, wie I. Berlin sie benannte, könnte keine positiven Zustände benennen, d. h. sie könnte kein Kriterium für sozialen Fortschritt angeben, wie es Mill als Utilitarist durchaus kann, wenn er „higher and lower pleasures“ gegeneinander abwägt.⁷¹

Der minimalistische Utilitarismus der Freiheitsschrift deckt sich nicht mit Mill utilitaristischem Vollprogramm. Er hat aber noch einen weiteren Mangel: Nichtschädigung ist identisch mit der Rekonstitution von privater Freiheit. Das kann man als social utility ausgeben, reduziert die social utility dabei aber auf die

⁷⁰ Zit. in: Scarre 1996, 91; vgl. Mill 1985, 13.

⁷¹ West 1976; Scarre 1996, 90 ff.

Rekonstitution von Privatheit, d. h. auf etwas, was sich programmatisch nicht deckt mit der social utility. Nichtschädigung ist die Aufhebung negativer Externalitäten, aber noch keine Produktion positiver Externalität.

Die Herstellung von nichtbeeinträchtiger Privatheit ist das Telos der Freiheitschrift; die Herstellung von social utility das Telos der Utilitarismusschrift. Utilitarismus, kann man Mill interpretieren, ist die Geltung von Privatheit (und damit privater Freiheit) unter der Bedingung nicht nur der Nichtschädigung anderer, sondern unter der zusätzlichen Bedingung positiver Wohlfahrt für andere (wenn nicht für alle).

Zwischen beiden Positionen vermittelt der expressive oder Freiheitsunternehmer, wie ich Mills selbstbewußten Bürger nannte, der die Öffentlichkeit von neuen sozialen Koordinationen überzeugen will. Der will ja nicht nur die Privatheit schützen, sondern ihre Meinung ändern bezüglich der öffentlichen Angelegenheiten. In der Öffentlichkeit wird die Privatheit immer wieder in Frage gestellt, herausgefordert.

Wenn Mill die Überzeugungen seiner „Politischen Ökonomie“ für die Freiheitskonzeption fruchtbar machen will, muß er Utilitarist werden, um eine Konzeption der Verbesserung der menschlichen Wohlfahrt vertreten zu können. Mit der Freiheitsschrift alleine wäre dies nicht zu leisten.

„Political Economy“

Die Freiheitsthematik kommt in der „Political Economy“⁷² an drei Stellen pointiert vor:

1. natürlich im Eigentumskapitel⁷³ und
2. im Kapitel zur Staatstätigkeit⁷⁴.

Im Kapitel zum internationalen Handel kommt das Wort Handelsfreiheit nicht vor, sondern vielmehr die produktiven Wirkungen des Handels und seine zivilisatorische Bedeutung.⁷⁵

Ich möchte noch die

3. Thematisierung betonen, die gewöhnlich nicht zum Freiheitsthema gerechnet wird, methodisch aber eine, für die Ökonomie, herausragende Bedeutung erhält: Mill strenge Unterscheidung zwischen Produktion und Distribution.⁷⁶

⁷² Mill 1869–81.

⁷³ Mill 1881, Bd. I, 2. Buch, Kap. 1 und 2.

⁷⁴ Mill 1869, Bd. III, 5. Buch.

⁷⁵ Mill 1885, Bd. II, Buch 3, Kap. XVII.

⁷⁶ Vgl. auch *Smith* 1985; *Wilson* 1998, 235 ff.; *Riley* 1998, 305 ff.

Die Produktion hält Mill für allgemeinen Gesetzen unterworfen, die Distribution hingegen frei für die menschliche Gestaltung. „Die Gesetze und Bedingungen der Vermögenshervorbringung haben etwas von dem Charakter physikalischer Wahrheiten; bei Ihnen findet sich nichts Freiwilliges oder Willkürliches. . . . Mit der Verteilung des Vermögens verhält es sich nicht so; diese sind ganz das Werk menschlicher Anordnung“.⁷⁷ Mill fährt fort: „Die Verteilung des Vermögens hängt daher von den Gesetzen und Gewohnheiten der Gesellschaft ab. Die Regeln, wonach sie bestimmt wird, sind der Art, wie die Meinungen und Gesinnungen des Gemeinwesens solche gebildet haben, und in verschiedenen Zeiten und Ländern sehr verschieden; wenn die Menschen es wollten, so könnten sie selbst noch verschiedener sein“.⁷⁸

Mills Proposition gehört, philosophisch gesehen, in die Determinismus/Freiheit-Debatte. Doch will ich dieses Thema hier nicht anschneiden. Die Freiheit, die sozialen Institutionen selbständig zu gestalten, ist zugleich auch, etwas moderner ausgedrückt, ein Thema der ‚institutional choice‘ (im Duktus D.C. North’s) bzw. der ‚constitutional choice‘ (im Duktus J.A. Buchanan’s). Wenn die Verteilung bei Mill von Regeln abhängt, haben wir es eindeutig mit Institutionen im Sinne der modernen institutional economics zu tun. Wenn die Regeln bei Mill erklärt werden als von ‚der Art, wie die Meinungen und Gesinnungen des Gemeinwesens solche gebildet haben‘, dann haben wir es zusätzlich mit der Northschen Interpretation der Institutionen/Regeln als ‚ideologies‘ bzw. als ‚shared mental models‘ zu tun.⁷⁹

Die Regeln/Institutionen, die Mill meint, beziehen sich auf Vermögensverteilungen. Seine Ausführungen sind ökonomisch etwas unschuldig gedacht, da sie die Rückwirkungen von Verteilungen auf die ‚Produktion‘, d. h. auf den ganzen Allokationsnexus unterschätzen. Diese vermeintliche Unschuld relativiert sich, wenn man einen utilitaristischen Hintergrund unterstellen könnte. Dann wären nur diejenigen Vermögensverteilungen legitim, die 1. die Nutzen aller Beteiligten befriedigten und 2. die social utility. Nach beiden Kriterien (1,2) dürfte keine Verteilung zugelassen sein, die den Zustand der utility aller und der social utility verschlechtert. Dieser Minimalstatus des social utility-Systems ist, wie wir oben ausführten, der Normalzustand des Freiheits-Systems bei Mill. Wir sehen zugleich, daß der Normalzustand des Freiheits-Systems (die reaktivierte römisch-rechtliche neminem laedere-Regel), als Minimalzustand des social utility-Systems synonym ist mit der Pareto-Regel: es sind alle Verteilungen erlaubt, die die social utility erhöhen, was impliziert, daß niemandes individuelle utility gemindert wird.

Daraus dürfen wir folgern, daß nur solche Verteilungen bzw. nur solche Regeln/Institutionen zulässig sind, die pareto-superiore Qualität haben. Diese Folgerung gilt allerdings nur, wenn wir die Geltung des Freiheits- und des social utility-

⁷⁷ Mill 1869–85, I, 210 f.

⁷⁸ Mill 1869–85, I, 211.

⁷⁹ Denzau/North 1994.

systems in Mills ‚Political economy‘ unterstellen dürfen. Weil Mill in den zitierten Passagen nicht explizit utilitaristisch argumentiert, kann er nicht ausschließen, daß seine Darlegung als willkürliche Gestaltungsfreiheit interpretiert werden kann. Folglich muß er gegen diese Interpretationsmöglichkeit selber Einwände bereithalten:

„Menschen können ihre eigenen Handlungen lenken, aber nicht die natürlichen Folgen ihrer Handlungen, weder in Bezug auf sich selbst noch in Bezug auf andere“.⁸⁰ Kritiker Mills sehen hier seine eigene Widerlegung der Möglichkeit, die Verteilung gestalten zu können. Die Freiheit, die individuellen und sozialen Ziele zu bestimmen, wird durch die Konsequenzen der Realisation dieser Ziele determiniert, muß man den Satz lesen. Wo bleibt die Gestaltungsfreiheit?

Am Beispiel der Differenz von Markt und Sozialismus macht Mill in seiner ‚Political Economy‘ deutlich, daß die Wahl von institutionell hoch unterschiedlichen Systemen möglich ist. In den beiden Eigentumskapiteln der ‚Politischen Ökonomie‘, in denen Mill vornehmlich das System des Privateigentums mit diversen kommunistischen und sozialistischen Gesellschaftsordnungen vergleicht, nennt er ein einfaches Kriterium, wonach die Qualität beider Systeme beurteilt werden kann. Nachdem er sehr vorsicht anmerkt, daß man zu seiner Zeit noch zu wenig Erfahrung habe, um angeben zu können, welches System in Zukunft gelten wird, fährt Mill fort:

„Wenn eine Vermutung gewagt werden darf, so scheint die Entscheidung hauptsächlich von der einen Erwägung abzuhängen: welches der beiden Systeme sich mit der größten Ausdehnung der menschlichen Freiheit und Entwicklung verträgt“.⁸¹

Man kann hier eine versteckte utilitaristische Argumentation vermuten, wenn man die ‚größte Ausdehnung der menschlichen Freiheit‘ mit der höchsten social utility konnotiert. Das aber liest sich nirgends so in Mills Freiheitsbuch. Wir können es höchstens so formulieren: dasjenige System gewinnt, *das die größere Menge an Handlungsoptionen bietet wird*.⁸² Nur dann entspricht es dem „Bedürfnis nach Freiheit“⁸³,

„jenen mannigfachen Unähnlichkeiten, jener Verschiedenheit der Neigungen und Talente, jener Mannigfaltigkeit der intellektuellen Auffassungen, welche nicht nur einen wichtigen Teil der Interessen des menschlichen Lebens bilden, sondern zugleich die Haupttriebfeder des geistigen und moralischen Fortschritts sind, indem dadurch die Geister in gegenseitig sich antreibende Berührung gebracht und dem einzelnen unzählige Begriffe vorgeführt werden, auf die er von selbst nie gekommen wäre“.⁸⁴

⁸⁰ Mill 1869, Bd. I, 212.

⁸¹ Mill 1881, Bd. I, 2. Buch, Kap. 1, 221.

⁸² Vgl. Pies 1993, 299: „Der Zwang (individueller Selbstbindung) ... dient einer Investition in zusätzliche Handlungsoptionen“ – als Konsequenz moderner institutionenökonomischer Analyse des Freiheitstopos’.

⁸³ Mill 1881, Bd. I, 2. buch, Kap. 1, 222.

⁸⁴ Mill 1881, Bd. I, 2. buch, Kap. 1, 223.

Diese zivilisatorische Leistung, so Mills Vermutung, wird das kommunistische System des Eigentums nicht bieten können. Ausgangspunkt unserer letzten Überlegungen war die Frage, wie die Gesellschaft frei gestaltet werden könne, wenn die natürlichen Folgen der eigenen Entscheidungen außerhalb der Verfügung der Individuen liegen. Mill bezweifelt die im Prinzip freie Entscheidung, den Sozialismus einzuführen. Die freie Wahl des sozialistischen Systems ist gegeben, aber das System selber würde wahrscheinlich dem Bedürfnis nach Freiheit durch ein geringeres Maß an Handlungsoptionen nicht entsprechen. Doch gibt Mill zu, daß für ein solches Urteil zu seiner Zeit einfach zu wenig Erfahrungen vorliegen⁸⁵. Nach seinem Maßstab, den er für den Institutionenvergleich anlegt, müßte sicher ausgeschlossen werden, daß der Sozialismus mehr Handlungsoptionen böte, als die Marktwirtschaft.

Für den Satz – „Menschen können ihre eigenen Handlungen lenken, aber nicht die natürlichen Folgen ihrer Handlungen, weder in Bezug auf sich selbst noch in Bezug auf andere“⁸⁶ – haben wir zwei Interpretationsmöglichkeiten. 1. können wir darauf verweisen, daß die natürlichen Folgen der Wahl von Systemen wie Markt oder Sozialismus tatsächlich vorab nicht vollständig einschätzbar sind; beide Systeme können möglicherweise die Handlungsoptionen erweitern. Mills kritischer Hinweis gegen den Sozialismus ist lediglich eine, wenn auch starke, Vermutung. 2. aber, und das ist die approbatere Interpretation, sagt Mill nichts weiter aus, als daß Individuen die Folgen ihres Handelns nicht vollständig abschätzen können. Das ist eine höchst kritische Bemerkung gegen die normative Forderung, die Folgen des eigenen Handelns abschätzen können zu sollen. Wenn aber Norm und Empirie konfliktieren, ist die Lösung ein institutionelles Rearrangement, das den Akteuren eine höheren Grad an Einschätzbarkeit der Folgen ihres Handelns gewährt.

Mill vertritt nicht eine die Akteure überfordernde Konzeption, sondern plädiert, implizite, für soziale Reform, die es den Individuen möglich macht, angesichts des Dilemmas, die Folgen ihres Handelns nicht vollständig zu überblicken, Institutionen einzurichten, deren Regeln ihnen die Last der Einschätzung abnehmen. Man kann nun sagen: natürlich können die Menschen die natürlichen Folgen ihres Handelns weder vollständig übersehen noch lenken, aber die Institutionen. Rule following behaviour entlastet die Individuen, alle Folgen ihres Handelns individuell abschätzen zu müssen. Das gerade soll die Regel leisten, auf deren Konsequenzen man sich einigen konnte.

Die Lösung dieses Dilemmas kann nur institutionenökonomisch erfolgen: es kann nicht darum gehen, die Verteilung zu ändern, sondern die Institutionen, die

⁸⁵ Im Prinzip, bei weiterem intellektuellen und moralischen Fortschritt, hält es Mill für möglich, daß der Sozialismus die größeren Möglichkeiten des Individualismus biete. Doch für die Gegenwart bleibt er skeptisch; der Sozialismus würde einen uniformen Lebensstil einführen (Riley 1998, 317 f.).

⁸⁶ Mill 1869, Bd. I, 212.

die Abschätzung der Verteilungsänderungen und ihre Allokationswirkungen sichtbar machen (Änderung der incentive-structure). Nur solche Institutionen überleben, die beiden Aspekten gerecht werden. Eine willkürliche Änderung würde instabil bleiben⁸⁷. Institutionen leisten für die Individuen neue Situationsbestimmungen. Die natürlichen Folgen, die die Individuen nicht einschätzen können, werden in institutionell arrangierte transformiert, die neue Erwartungshorizonte ausbilden lassen. Die Institutionen, die die Verteilungen regeln, müssen, um nicht beliebigen Meinungen und Kriterien zu unterstehen, utilitaristisches Design haben: sie können, durch die öffentliche Meinung und ihre politischen Prozeduren, frei bestimmt, aber nicht beliebig festgelegt werden.

Mill plädiert nicht für eine Freiheit als Willkür. Wir müssen unterstellen, daß Mill die Verteilungsinstitutionen bzw. – regeln, wie er sie selber nennt, utilitaristisch, d. h. unter der Bedingung der Erstellung eines social utility-Zuwachses interpretiert.

Gegen die Kritik, daß wir nicht wissen, ob Mill seine ‚Political Economy‘ systematisch utilitaristisch unterlegt, kann man nur antworten, daß seine utilitaristische Sozialphilosophie explizite auf solche Klassen von Problemen angelegt ist, wie sie das Verteilungsproblem in der ‚Political Economy‘ darstellt. Wenn Verteilungsprobleme Probleme der Sozial- und Wirtschaftspolitik sind, und wenn die Freiheit der öffentlichen Meinungsbildung wie die Kriterien der social utility dazu dienen, die besten Politikalternativen zu bestimmen, die Kriterien der individuellen und der social utility zugleich erfüllen, dann wäre es unerklärlich, warum gerade der politische Gestaltungsraum der Wirtschaft, der sich an den Verteilungsproblemen zeigt, vom Utilitarismus ausgeschlossen sein sollte. In seiner ‚Political Economy‘ führt Mill ein liberales Utopia vor, das sich nicht mehr mit der Allokation wirtschaftlicher Ressourcen befaßt, sondern mit einer ausgeweiteten Allokation aller Güter des Lebens.

„It is scarcely necessary to remark that a stationary condition of capital and population implies no stationary state of human improvement. There would be as much scope as ever for all kinds of mental culture, and moral and social progress. . . . Even the industrial arts might be as earnestly and successfully cultivated, with this sole difference, that instead of serving no purpose but the increase of wealth, industrial improvements would produce their legitimate effect, that of abridging labour“.⁸⁸

Spätestens hier wird deutlich, daß der ökonomische Wachstumszustand eines ‚stationary state‘ von Mill als Hochform der Zivilisation angesehen wird, die es ermöglicht, die unter dem ricardianisch inspirierten ‚law of distribution‘ angelegte

⁸⁷ Mill beschäftigt sich zwar mit der Wahl sozialer Regeln/Institutionen, aber es ist eher, wie an seinem Beispiel der Wahl zwischen privatwirtschaftlicher und kommunistischer Eigentumsordnung sichtbar, eine konstitutionelle Wahl. Hat man das private property system gewählt, gilt für Mill, der unter Ricardos einfluß steht, ein ‚law of distribution‘, das auf einen ‚stationary state‘ hinausläuft (vgl. *Riley* 1998, 305 ff.). Die Freiheit der Wahl von Verteilungsregeln ist beschränkt.

⁸⁸ *Mill* 1963–91. III. 756.

Einkommengleichverteilung endgültig aufzuheben. „... what is economically needed is a better distribution“ des Reichtums für die dann ebenfalls stagnierende Bevölkerung.⁸⁹

Wenn es eine Freiheit der Gestaltung von Verteilungen geben soll, muß sie 1. Mills Freiheitskonzeption genügen und 2. Mills Utilitarismuskonzeption. In der Freiheitskonzeption wird ausgeschlossen, daß Verteilungsregeln zugelassen werden, die irgend einen Akteur schädigen. Umverteilungen, die natürlich von Mill anvisiert werden, können nur dann legitimiert werden, wenn sie Schädigungen aufheben. In der Logik der Argumentation ist das Aufheben von Schädigungen eine notwendige Konsequenz der Freiheitskonzeption Mills.

Man kann darüber streiten, ob die Aufhebung von Schädigungen durch Umverteilungen bereits eine Verbesserung der social utility darstellt. Dann wäre unisono auch das Kriterium der utilitaristischen Sozialphilosophie erfüllt. Andernfalls müßten die Verteilungsregeln – zusätzlich zur Erfüllung des Freiheitskriteriums der Nichtschädigung – durch Nachweis positiver social utility ausgezeichnet werden.

Das läßt sich in Mills Kategorien nur so denken: wenn der aktuelle Vermögensstatus aller gewahrt bleibt (Freiheitsbedingung der Nichtschädigung), können Einkommenszuwächse neu verteilt werden. Dabei scheint das Problem auf, ob die Einkommenszuwächse den vorhandenen Vermögen zugerechnet oder neu, d. h. unabhängig von den vorhandenen Vermögen verteilt werden sollten. Auch hier muß Mill letztendlich das social utility-Kriterium anwenden: wenn durch den Zurechnungsautomatismus die social utility gemindert würde, muß das Eigentumsrecht geändert werden. Im 2. Eigentumskapitel seiner „Politischen Ökonomie“ macht Mill entsprechende Vorschläge.⁹⁰

Die Freiheit, die nur gilt, solange andere nicht geschädigt werden, ist eine institutionenkritische Regel, da sie alle geltenden Institutionen überprüfen läßt, inwieweit sie Schädigungen anderer für selbstverständlich hält, was aufzuheben ist. Die Gerechtigkeit, die hier walten muß, ist aber selber ein Terrain so unterschiedlicher Vorstellungen⁹¹, daß sie des Kriteriums der social utility bedarf, um entscheiden zu können, was gerecht sei. Das letzte Kapitel des Utilitarismusbuches – gleichsam der Schlußpunkt der Argumentation, die mit der ‚Political Economy‘ anfang und über die Freiheitsschrift führte – nimmt eine äußerst pragmatische Wendung. Wenn Gerechtigkeit Schädigungen anderer ausschließen will, muß sie in die Freiheit der Individuen eingreifen. Da Schädigungen nicht vollständig ausgeschlossen werden, sondern nur, durch Gerechtigkeit, relativiert werden können, kann die social utility, als ausschlaggebendes Kriterium, auch Redistributionen vorschlagen, die dadurch entstehenden Nachteile legitimieren wegen des größeren Nutzens der so erlangbaren social utility.

⁸⁹ Mill 1963–91, III, 755.

⁹⁰ Insbesondere für das Landeigentum (Mill 1989, Bd. I, Buch 2, Kap. 2).

⁹¹ Vgl. Mill 1985, Kap. 5.

Hier können wir nicht mehr, wie wir es zwischenzeitlich taten, die Pareto-Superiorität in Anschlag bringen. Diese liesse sich – im Millschen Kontext – nur anbringen, wenn wir Zustände der Freiheit hätten, die die Schädigung anderer ausschließen könnten. Da es aber immer Schädigungen gibt, weil das, was man früher für gerecht hielt, heute für ungerecht gehalten wird⁹², sind Redistributionen legitim, weil sie die Aufhebung aller Gerechtsame in neue Regeln bezeugen.

Zum Schluß dominiert der revidierte Utilitarismus, der die Komplementarität mit der Freiheitskonzeption schwächer auslegt. Wir müssen es so formulieren: wenn sich in der Öffentlichkeit die Meinung durchsetzt, daß überkommene Institutionen ungerecht sind, dann ändert sich die Schädigungsperspektive.⁹³ Was ehemals als Nichtschädigung gesehen wurde, wird jetzt als Schädigung interpretiert, die zurückgenommen werden muß, was Folgen hat für den Vermögens- und Einkommensverteilungszurechnungsstatus: social reform matters. Zugleich wird die social utility neu definiert.

Anstelle der Untersuchung der Wechselwirkungen von Allokation und Distribution setzt Mill auf die Vernunft des Utilitarismus, die social utility angemessen zu bestimmen. Man darf nicht vergessen, daß das sozial Beste – das Suprakriterium der utilitaristischen Sozialphilosophie – im Wettstreit der Meinungen in der öffentlichen Kommunikation festgelegt wird.⁹⁴ Man mag unterstellen, daß die Millschen Utilitaristen ökonomische Allokationszusammenhänge im Kopf haben, aber Mill reicht es, wenn sich im Wettstreit die beste Meinung durchsetzt, der natürlich die höchste social utility entsprechen soll. Weil er das nicht garantiert sieht (es können sich völlig andere Meinungen durchsetzen, z. B. weiterhin die üblichen herrschenden Normen), ist seine Konzeption auf eine Bildungs- und Tugendtheorie aufgebaut, die – in einer schwach durchleuchtenden evolutiven Weise – die Charaktere der öffentlichen Meinungsbildner so formt, daß ihnen der Utilitarismus selber als die beste Sozialphilosophie vorkommt.

Der Utilitarismus erscheint so als Lösung gewisser Aporien der Freiheitsschrift, jedenfalls dann, wenn man sozialen Fortschritt einführt, der aus der Gewährleistung der Freiheit alleine nicht entwickelbar ist. Retrospektiv – aus der Perspektive des geläuterten Utilitarismus von 1861 – müssen Freiheit und Utilitarismus kooperieren, um den sozialen Fortschritt durchzusetzen. Freiheit alleine stellt zwar die notwendigen Bedingungen für diesen Prozeß, aber erst der Utilitarismus entwickelt die hinreichenden.⁹⁵ So bleiben einige Aporien bestehen.

⁹² Vgl. *Mill* 1985, 110.

⁹³ *Mill* 1985, 110: „Die Geschichte des sozialen Fortschritts war insgesamt eine Folge von Übergängen, in der eine gesellschaftliche Norm und eine Institution nach der anderen von einer vermeintlich grundlegenden Notwendigkeit der gesellschaftlichen Existenz zu einer allseits gebrandmarkten Ungerechtigkeit und Tyrannei wurde“.

⁹⁴ Vgl. das 2. Kap. der Freiheitsschrift.

⁹⁵ Die Ökonomie schließlich entwickelt nur die materielle oder Wohlstandsbasis (vgl. *Riley* 1998, 313 ff.).

Denn die gewährleistete Freiheit kann in der öffentlichen Meinung auch dazu führen, die verkrustete viktorianische Moral weiter zu behalten. In einer solchen Welt hätten es Utilitaristen schwer.

Würde aber der Utilitarismus die allgemein dominante Meinung, wie Mill 1861 vorschlägt, könnte sie sich nur dann als nicht-repressiv, d. h. andere Meinungen und Sozialphilosophien nicht ausschließende Meinung erklären, wenn sie ein zusätzliches Argument ins Spiel brächte: daß der verallgemeinerte Utilitarismus identisch wäre mit einer aufgeklärten sozialen Vernunft. Mill tendiert in diese Richtung. Das übrigens wäre dann aber keine utilitaristische Begründung.

Andere Freiheitstheorien: Freihandel

Zuletzt noch eine Anmerkung zur Freiheitstheorie der Ökonomie, die Mill als „Freihandel“ bezeichnet. Im 5. Kapitel der Freiheitsschrift schreibt Mill:

„Handel ist ein sozialer Akt. ... Heute – allerdings erst nach langem Kampf – hat man erkannt, daß man sowohl für Billigkeit wie für gute Qualität der Gebrauchsgüter am wirksamsten sorgt, wenn man Herstellern und Verkäufern völlig freie Hand läßt, mit der Einschränkung allerdings, daß die Käufer gleiche Freiheit haben zu kaufen, wo sie wollen. Dies ist die sogenannte Lehre vom Freihandel, ...“⁹⁶

Die Lehre vom Freihandel, fährt Mill fort, indem er auf die eben zitierte Sätze bezug nimmt, beruht auf einer „anderartigen, wenn ebenso soliden Grundlage ... wie das in der Abhandlung verfochtene Prinzip der persönlichen Freiheit“.⁹⁷ Wir haben es mit zwei verschiedenen Freiheitstheorien zu tun. Die ökonomische Freiheitstheorie, wenn ich sie so nennen darf in Abgrenzung zu der von Mill selber vorgenommenen Abgrenzung zur Theorie der „persönlichen Freiheit“, ist eine Theorie der Vertragsfreiheit, die mit Effektivitätskriterien begründet wird. Die Vertragsfreiheit wird insbesondere für die Käufer reklamiert, was darauf schließen läßt, daß Mill davon ausgeht, daß sie Einschränkungen unterliegen. Das bezieht sich auf staatliche bzw. behörliche Regelungen bzw. Marktordnungen, d. h. gegen Staatsintervention auf Märkten (Mill spricht von der „polizeilichen Funktion“⁹⁸). Es sei „ceteris paribus stets besser ... , die Leute sich selbst zu überlassen, als sie unter Aufsicht zu stellen“.⁹⁹

Obwohl hier scheinbar die Frage der Nichtschädigung berührt wird, erklärt Mill noch einmal ausdrücklich, daß „das Prinzip der persönlichen Freiheit in der Lehre vom Freihandel nicht enthalten“ sei¹⁰⁰, was sich im Text so erklärt, daß die Frage

⁹⁶ Mill 1995, 130.

⁹⁷ Mill 1995, 131.

⁹⁸ Mill 1995, 131.

⁹⁹ Mill 1995, 131.

¹⁰⁰ Mill 1995, 131. Vgl. auch Riley 1998, 317.

der Intervention / Nichtintervention nicht nach Freiheitsprinzipien, sondern anhand von Effektivitätskriterien bestimmt wird. Die Beschränkungen seien nur darum „schlecht, weil sie das gewünschte Ergebnis nicht hervorbringen“.¹⁰¹ In der Umkehrung lautet dieser Satz: Handelbeschränkungen sind dann „gut“, wenn sie für „Billigkeit wie für gute Qualität der Gebrauchsgüter am wirksamsten“ sorgten. Die Erfahrung zeige, daß das *laisser-faire* die höchste Wirksamkeit zeige. Das ist aber eine empirische, keine systematische Aussage. Es sei nämlich „im Prinzip unbestreitbar“, ergänzt Mill, daß man die Leute „rechtmäßig zu diesem Zweck kontrollieren kann“.¹⁰²

Es ist von Bedeutung, daß die Theorie der Handelsfreiheit, die wir als genuin ökonomisch bezeichnen können, einer eigenen Klasse von Freiheitstheorien angehört, die aus der im Freiheitsbuch bei Mill behandelten Klasse der Theorien persönlicher Freiheit herausfällt. Eindeutig unterliegt der Handel bei Mill der Vertragsfreiheit, d. h. er bezeichnet persönliche bilaterale Beziehungen. Die Nutzen müssen die Akteure, als erwachsene Bürger, selber einschätzen können. Nur wo ihnen Informationen fehlen, sieht Mill staatliche oder gesellschaftliche Einschränkungsmöglichkeiten. Die Schädigung durch Betrug ahndet das Recht, die Schädigung durch Qualitätsdifferenzen niemand anderer als die Vertragskontrahenden selbst. Selbst dann, wenn die Qualität der Gebrauchsgüter darin besteht, daß sie giftig sind, soll der Staat nicht eingreifen, sondern nur den Kauf erschweren, um die Bedenklichkeit zu erhöhen.¹⁰³

Der Handel, und damit die Marktwirtschaftsinstitution, wird aus der Millschen Freiheitstheorie herausgenommen, weil er *sui generis* als Institution des wechselseitigen Vorteils (ökonomische Freiheit) betrachtet wird, d. h. nicht als ein Areal der Schädigung anderer. Nur wenn der Markt die Bedingung der gegenseitigen Vorteilnahme verletzt, tritt er in den Bereich der Millschen Freiheitstheorie, und kann sanktioniert werden. Wir können sagen, daß die ökonomische oder Handelsfreiheit für Mill erst dann ein Thema der Theorie der persönlichen Freiheit (und ihres staatlichen Schutzes) wird, wenn der Markt (und seine Freiheit) versagt.

Die Freiheitstheorie des Millschen Freiheitsbuches ist eine Theorie der Politik (der öffentlichen Meinung, Entscheidung und Moral); die Theorie des Freihandels hingegen ist eine ökonomische Theorie, die wiederum auf privatrechtlicher Vertragstheorie basiert. Die Pointe dieser Betrachtung läuft darauf hinaus, daß die ökonomische oder Freihandelstheorie der Freiheit ohne utilitaristische Konnotationen auskommt.¹⁰⁴

¹⁰¹ *Mill* 1995, 131.

¹⁰² *Mill* 1995, 131.

¹⁰³ *Mill* 1995, 131 ff.

¹⁰⁴ Dem korrespondiert Mills Werttheorie in der „Politischen Ökonomie“: sie ist ein Nachklang zur Produktionskostentheorie der Klassik, ohne Vorschein auf nutzentheoretische Programme (*Mill* 1885, Bd. 2, 3. Buch, Kap. I–VI). Mills Utilitarismus ist nicht auf ökonomisches Handeln angewandt, einzig auf politisches.

Man kann zwar sagen, daß die Akteure dann, wenn sie handelseinig sind, wechselseitigen Nutzen haben, aber, utilitaristisch interpretiert, müßte der wechselseitige Nutzen zugleich als social utility gesehen werden. Man könnte weiter folgern, daß dann, wenn der freie Handel den Kriterien der „Billigkeit“ und „guten Qualität“ nicht nur Rechnung trägt, sondern Verbesserungen erwirkt, einem social utility-Kriterium genügt. Aber Mill verzichtet auf diese Kombination. Der Utilitarismus ist nicht für die ökonomische Theorie gedacht, sondern für die Politik. In diesem Sinne ist die ökonomische Freiheitstheorie weder mit der Millischen Freiheitstheorie noch mit seinem Utilitarismus verbunden. Freiheit und Utilitarismus beginnen für Mill in der Ökonomie erst dort, wo der Bereich der Produktion und des Marktes verlassen ist, und der Bereich der Gestaltung der Verteilungen beginnt: das ist ein genuin (wirtschafts- und sozial-)politischer Bereich. Freiheit und Utilität sind, nach Mill, Probleme jenseits der Ökonomie (im engeren Sinne der Theorie der Marktwirtschaft). In einem weiteren Sinne sind Freiheit und Utilität Phänomene der Institutionen der Gesellschaft, d. h. sie gehören, wie man es heute sehen würde, in den Bereich der institutional economics, d. h. in die Sphäre der Verfassung der Freiheit.

Literatur

- Benn, Steven / Weinstein, Walt* (1971): Being free to act, and being a free man, S. 194 ff. in: *Mind*, vol. 80.
- Berger, Fred* (1984): *Happiness, Justice, and Freedom*, University of Los Angeles Press.
- Berlin, Isiah* (1969): Two concepts of liberty, S. 118–172 in: derselbe, *Four Essays on Liberty*, London.
- Birnbacher, Dieter* (1995): Nachwort, S. 117–126 in: Mill.
- Brennan, Geoffrey / Buchanan, James M.* (1993): *Die Begründung von Regeln*, Mohr-Siebeck, Tübingen.
- Buchanan, James M.* (1984): *Die Grenzen der Freiheit. Zwischen Anarchie und Leviathan*, Mohr-Siebeck, Tübingen.
- Denzau, Arthur T. / North, Douglas C.* (1994): Shared Mental Models: Ideologies and Institutions. *Kyklos*, 47 (1), S. 3–25.
- Gray, John* (1988a): Mill's and other Liberalisms, S. 119–141, in: Haakonssen.
- Haakonssen, Knud* (ed.) (1988a): *Traditions of Liberalism*, The Centre for Independent Studies, Australia.
- (1988a): *Liberal Traditions and the History of Ideas*, S. XI–XXI, in: Haakonssen.
- Hayek, Friedrich A.* (1960): *The Constitution of Liberty*, London.
- (1979): *Liberalismus*, Walter Eucken Institut, Vorträge und Aufsätze Nr. 72, Mohr-Siebeck, Tübingen.

- Homann, Karl / Pies, Ingo* (1993): Liberalismus: kollektive Entwicklung individueller Freiheit – Zu Programm und Methode einer liberalen Gesellschaftstheorie, in: *Homo Oeconomicus*, X (3 / 4).
- Mill, John Stuart*: Grundsätze der politischen Oekonomie, Fues's Verlag, Leipzig (3 Bde.: Bd. 1, 4. Aufl. 1881; Bd. 2, 4. Aufl. 1885; Bd. 3, 3. Aufl. 1869) (zuerst 1848).
- (1985): *Der Utilitarismus* (1861), Reclam, Stuttgart.
 - (1995): *Über die Freiheit (On Liberty. 1859)*, Reclam, Stuttgart.
- Nutzinger, Hans G.* (1984): Gerechtigkeit bei Marx und Mill, S. 118 – 140, in: *Ökonomie und Gesellschaft, Jahrbuch 2: Wohlfahrt und Gerechtigkeit*; Campus, Ffm. usw.
- Oppenheim, Fred* (1981): *Political Concepts*, Oxford.
- Pettit, Philip* (1988a): Liberalism and its Defence: A Lesson from J.S. Mill, S. 171 – 181, in: Haakonssen.
- Pies, Ingo* (1993): Normative Institutionenökonomik. Zur Rationalisierung des politischen Liberalismus, Tübingen, (Die Einheit der Gesellschaftswissenschaften, Bd. 78).
- Priddat, Birger P.* (1995): Stabilität, Konsens und Kontingenz: John Rawls' neuere Arbeiten, in: Pies, Ingo / Leschke, Martin (Hrsg.): *John Rawls' politischer Liberalismus*. Mohr-Siebeck, Tübingen, 195 – 218.
- Rawls, John* (1992): Die Idee des politischen Liberalismus. Aufsätze 1978 – 1898, Suhrkamp, Ffm.
- Rees, John C.* (1985): *John Stuart Mill's On Liberty*, Oxford.
- Rorty, Richard* (1988): *Solidarität und Objektivität*, Reclam, Stuttgart.
- Scarre, Geoffrey* (1996). *Utilitarianism*, Routledge, London.
- Schlenke, Manfred* (1995), Nachwort, S. 165 – 179 in: Mill.
- Sen, Armatya / Williams, Bernard* (eds.) (1984): *Utilitarianism and beyond*, Cambridge University Press, Cambridge.
- Skinner, Quentin* (1984): The idea of negative liberty, S. 193 ff. in: Rorty, R. / Schneewind, J.B. / Skinner, Q. (eds.): *Philosophy in History*, Cambridge.
- Taylor, Charles* (1992). Der Irrtum der negativen Freiheit, S. 118 – 144 in: derselbe, *Negative Freiheit?* Suhrkamp, Ffm.
- Ten, C.L.* (1980): *Mill on Liberty*, Oxford.
- (1988a): Mill's Defence of Liberty, S. 145 – 168, in: Haakonssen.

Korreferat zum Referat von Birger P. Priddat über John Stuart Mills Theorie der Freiheit

Von *Jürgen Kromphardt*, Berlin

Zum Verständnis und zur historischen Einordnung der Schrift von John Stuart Mill ist es hilfreich, sich in Erinnerung zu rufen, welche Entwicklungen Mill veranlaßt haben, dieses Buch zu schreiben. Es ist die Erkenntnis, daß die Freiheit des Einzelnen auch gegen eine vom Volke gewählte Regierung und gegen die „Tyrannei der Gesellschaft“ verteidigt werden muß, die in moralischem Druck und in der Ächtung unangepaßten Handelns zum Ausdruck kommt. Die Verteidigung der persönlichen Freiheit ist also nicht nur ein Problem in vordemokratischen, diktatorischen und tyrannischen Gesellschaften, sondern auch in der Demokratie, in der die Mehrheit im Rahmen der Verfassung das Recht hat, für die Gesamtheit und damit für alle Einzelnen bestimmte Gesetze mit Geltung gegen jedermann zu erlassen. Mill betont die Fortdauer der Aufgabe, die persönliche Freiheit auch in seiner Zeit, in der sich zumindest in England die Demokratie (wenn auch mit Einschränkung des Wahlrechts) etabliert hatte, zu verteidigen.

Die Forderung, die persönliche Freiheit müsse auch gegen die Mehrheit und gegen eine potentielle Tyrannei der Gesellschaft verteidigt werden, ist nur dann überzeugend, wenn man die Freiheit als positiven Wert begründen kann. Zu dieser Frage verweist *Mill* darauf (1859/1860, S. 14), „daß es für ihn einfach wäre, die Freiheit aus dem Begriff eines abstrakten, von der Vorstellung der Nützlichkeit unabhängigen Rechts abzuleiten“: Auf diesen Vorteil verzichtet er jedoch und schreibt: „Mir gilt die Nützlichkeit als der letzte Prüfstein aller ethischen Fragen; doch nur die Nützlichkeit in ihrem weitesten Sinne, sofern sie sich auf den nachhaltigen Vorteil des zur Vervollkommnung bestimmten Menschen gründet“ (ebenda).

Diese Nützlichkeit bezieht sich nicht nur auf die jeweilige einzelne Person, sondern auch auf die Gesellschaft; denn Mill hält die freie Entfaltung der Persönlichkeit für eine Grundbedingung des menschlichen Glücks und die eigentliche Grundbedingung des persönlichen und gesellschaftlichen Fortschritts:

„Wo nicht der eigene Charakter, sondern die Überlieferungen oder Gewohnheiten anderer Leute das Leben regeln, fehlt eine der Grundbedingungen des menschlichen Glücks und die eigentliche Grundbedingung des persönlichen und gesellschaftlichen Fortschritts“ (ebenda, S. 79).

John Stuart Mill ist offenbar der Ansicht, daß nur selbstbestimmte Persönlichkeiten unabhängig genug sind, Innovationen durchzusetzen und damit gesellschaftlichen Fortschritt zu erreichen.

Das zentrale Gewicht, das Mill der Nützlichkeit in seiner Beweisführung gibt, spricht dafür, daß Mill in seinem Buch „Über die Freiheit“ durchaus utilitaristisch argumentiert. Jedenfalls habe ich Schwierigkeiten mit der Aussage im Referat von Priddat, Mill sei in seiner Freiheitstheorie kein Utilitarist, sondern ein – moderner – Tugendethiker. Dies ist jedoch eine alte Streitfrage, die ich an dieser Stelle nicht vertiefen möchte, und ich beschränke mich, auf den Artikel von *Bogen/Farrell* (1951/1987) zu verweisen, die in ihrem Aufsatz zeigen wollen, daß „Mills Rechtfertigung der individuellen Selbstbestimmung nicht nur ein eindeutig utilitaristisches Plädoyer ist, sondern auch, daß seine Vorstellung des Guten wesentlich vielseitiger und komplexer ist, als die meisten Kommentatoren angenommen haben“.

Die Begründung, die Mill für die Forderung nach individueller Freiheit gibt, widerlegt m.E. die im Referat eher zustimmend zitierte Aussage von *Gray* (1988, S. 123), Mills Freiheitsprinzip sei „grundlegend unvollständig. Er sagt uns, was wir nicht tun sollen, aber nicht, was wir tun sollen.“ Ich meine dagegen, daß aus seiner Begründung eindeutig hervorgeht, daß mit seinem Freiheitsprinzip erstens die Grenzen der individuellen Freiheit gezogen werden, die nämlich nicht zu Schädigungen anderer Personen führen darf, daß aber zugleich angegeben ist, wozu man den durch das Prinzip gegebenen Spielraum nutzen soll, nämlich zur Entwicklung einer selbständigen Persönlichkeit, um damit zum persönlichen und gesellschaftlichen Fortschritt beizutragen.

Soviel zum Freiheitsprinzip selber, aus dem die Berechtigung der Gesellschaft abgeleitet wird, dann Zwang auszuüben, wenn eine Handlung einer Person eine andere Person schädigt. Dies ist nun eine sehr allgemeine Richtschnur, und ich halte es für besonders hervorhebenswert, daß Mill selber versucht, diese allgemeine Richtschnur auf konkrete Fragen anzuwenden. Diese Versuche sind Gegenstand des fünften und letzten Kapitels seiner Schrift „Über die Freiheit“, das die schlichte Überschrift „Anwendungen“ trägt.

In diesem Kapitel behandelt Mill mehrere Probleme, die es wert sind, in einer etwas anderen Systematik präsentiert und eventuell kommentiert zu werden. Mill stellt seiner Behandlung von Einzelfragen zwei Bemerkungen voran, die sich auf den generellen Umgang mit seinem Freiheitsprinzip beziehen und von denen die zweite für Ökonomen von besonderer Bedeutung ist.

Die erste Bemerkung bezieht sich auf den Umgang mit Handlungen eines Einzelnen, die nur seine eigene Person berühren, aber dennoch von der Gesellschaft eher mißbilligt als begrüßt werden. Zu solchem Verhalten schreibt Mill (S. 134):

„Guter Rat, Belehrung, Überzeugung und Meidung, sofern es andere für ihr eigenes Wohl für nötig halten, sind die einzigen Maßregeln, wodurch die Gesellschaft füglichweise ihren Widerwillen oder ihre Mißbilligung gegen diese Klasse von Handlungen ausdrücken darf.“

So ist zum Beispiel Trunkenheit durch Zwang nur dann zu unterbinden, wenn die betrunkene Person Gewalttätigkeiten auszuüben pflegt oder dazu neigt, dieses zu tun. Friedliche Quartalsäufer können dagegen nicht durch Zwang am Betrinken gehindert werden.

Zweitens weist Mill darauf hin, daß nicht bei allen Handlungen, bei denen die Gesellschaft aufgrund seines Freiheitsprinzips das Recht hat einzugreifen, ein Eingreifen immer geboten sei. Dafür nennt Mill zum einen den Wettbewerb in Prüfungen (S. 134):

„Wer immer in einem übersetzten Berufszweig oder als Wettbewerber in einer Prüfung Erfolg hat, wer immer in dem Wettkampf um einen beiderseitig gewünschten Gegenstand den Vorzug davon trägt, zieht einen Vorteil aus dem Verlust anderer, aus ihrer vergeblichen Anstrengung und getäuschten Hoffnung.“

Es gäbe jedoch keinen Grund, deswegen solche Wettbewerbe zu verbieten oder den unterlegenen Mitbewerber zu entschädigen, vorausgesetzt allerdings, daß keine Mittel angewendet werden, die „im Einklang mit dem allgemeinen Vorteil nicht gestattet werden können – nämlich Betrug oder Verrat und Gewalt“ (S. 135).

Der zweite Bereich ist nun für Ökonomen zentral. Mill formuliert ganz eindeutig (S. 135):

„Ebenso ist der Handel eine gesellschaftliche Handlung. Wer den Verkauf von irgendwelcher Art von Gütern unternimmt, berührt damit den Vorteil anderer und den der Gesamtheit im allgemeinen; seine Aufführung fällt so dem Grundsatz nach unter die gesellschaftliche Gerichtsbarkeit Gegenwärtig wird jedoch, obgleich erst nach einem harten Kampfe, zugestanden, daß man zugleich für die Wohlfeilheit und gute Beschaffenheit der Waren am besten sorgt, wenn man die Verfertiger und Verkäufer vollkommen frei gewähren läßt und ihnen keinen anderen Zügel auferlegt, als daß man den Käufern in gleicher Weise die Freiheit, sich bei beliebig wem zu versorgen, einräumt.“

Mill fügt dieser Überlegung an (ebenda):

„Das ist die sogenannte Freihandels-Lehre, die zwar nicht auf dem nämlichen, aber doch auf nicht minder festem Grunde beruht, wie der in dieser Untersuchung verteidigte Grundsatz der persönlichen Freiheit.“

Mill ist sich also vollkommen bewußt, daß die Forderung nach Freihandel mit seinem Freiheitsprinzip kollidiert, wonach man mit seinen Handlungen keinen anderen schädigen darf, und er spricht sich eindeutig dafür aus, den freien Handel von Eingriffen durch die Gesellschaft auszunehmen, auch wenn sie nach dem Freiheitsprinzip zum Eingreifen berechtigt wäre.

Bei den weiteren Anwendungsfällen macht Mill von den Eingriffsmöglichkeiten, die sein Freiheitsprinzip bietet, durchaus Gebrauch bzw. befürwortet den Einsatz von Zwang, wenn die Grenzen der persönlichen Freiheit durch bestimmte Handlungen verletzt werden. So schreibt er zum Verkauf von Giften oder alkoholischen Getränken (S. 137):

„Der Verkauf an Kinder und andere Personen, die in ihrer Urteilsfähigkeit eingeschränkt sind, soll verboten werden. Der Verkauf an Erwachsene dagegen nicht, es soll aber eine Deklarationspflicht bestehen, damit der Betreffende weiß, was er sich antut.“

Wendet man diese Regelung auf den Umgang mit Drogen an, so müßte der Handel mit Drogen verboten werden, weil der Verkauf von Drogen andere, nämlich die Drogenabhängigen, schädigt, der Drogenbesitz zum Eigenverbrauch müßte dagegen erlaubt sein, solange der Drogenabhängige nicht andere Personen schädigt.

Andererseits hält Mill es für gerechtfertigt, alkoholische Getränke besonders hoch zu besteuern (s. S. 144). Mill begründet dies damit, daß der Staat auf indirekte Steuern nicht verzichten kann und daß er deshalb die Waren besonders stark besteuern sollte, deren übermäßiger Verbrauch schädlich ist.

Zwei weitere Anwendungsfälle betreffen das Spannungsverhältnis von Freiheit und Selbstbindung. Im ersten Fall geht es um die Rechtmäßigkeit eines Vertrages, in dem sich jemand zum Sklaven eines anderen macht. Solche Verträge sollten nichtig sein, da die Freiheit nicht die Freiheit umfaßt, sich ihrer zu begeben. „Es ist nicht Freiheit, daß man sich seiner Freiheit entäußern darf“ (S. 146).

Für unsere Zeiten relevanter sind die Überlegungen zum Eingehen persönlicher Bindungen, durch die man seine Handlungsfreiheiten einschränkt. Dazu nimmt Mill folgende Position ein (S. 146):

„Der Grundsatz jedoch, der in Allem, was den Urheber allein angeht, eine unbeschränkte Freiheit des Handelns verlangt, erheischt nicht minder, daß eine Übereinkunft, die nur die Beteiligten angeht, auch von diesen jederzeit wieder gelöst werden kann“.

Wenn jemand eine persönliche Bindung eingeht, so muß diese Bindung also auflösbar sein. Dies gilt auch für die verbreitetste Bindung dieser Art – nämlich für die Ehe. Allerdings, so schreibt Mill (S. 147), könne er Wilhelm von Humboldt nicht zustimmen, der meinte, für die Auflösung der Ehe müsse eine einseitige Willenserklärung genügen. Dieser Forderung kann Mill nicht zustimmen, weil der Partner häufig durch die Auflösung geschädigt wird. Daher sei es gerechtfertigt, die Freiheit der Handlung einzuschränken und die Auflösung der Ehe an eine gemeinsame Willenserklärung oder an andere Bedingungen zu knüpfen.

Die Tatsache, daß Mill den Fall der Ehe im Anschluß an den Fall des Sklavenvertrages behandelt, ist weniger überraschend, wenn man berücksichtigt, daß John Stuart Mill die damals in England herrschenden eherechtlichen Bestimmungen scharf mißbilligte. Diese rechtlichen Regelungen brachten ihn dazu, in seiner Schrift „Die Unterdrückung der Frauen“ (1869) die Abhängigkeit der Frauen von den Männern in der Ehe als „die Fortdauer des primitiven Zustandes der Sklaverei“ zu bezeichnen (1869, S. 130, zitiert nach: *Shanley*, 1981/1987, S. 159). Mill kommt zu dieser Einschätzung, weil in England damals die verheiratete Frau weder über ihr Eigentum noch über die Einkünfte aus ihrem Eigentum verfügen konnte. Vielmehr ging dieses Recht auf den Ehemann über. Hinzu kam die

gewohnheitsrechtliche und gesetzliche Billigung von Gewalttätigkeiten in der Familie. Mill fühlte sich auch deswegen berechtigt, gegen diese Regelungen anzukämpfen, weil den Frauen in der damaligen Gesellschaft Bildungschancen verwehrt waren, so daß es für sie keine Alternative zur Ehe gab, wenn sie eine abgesicherte Stellung gewinnen wollten.

Auch hier muß wieder das Grundprinzip greifen, daß die Freiheit des Einzelnen begrenzt werden darf, wenn er anderen Schaden zufügt. Diese Regelung, so John Stuart Mill, muß auch innerhalb der Familie gelten. Daher dürfen die Eltern gezwungen werden, ihren Kindern eine anständige Erziehung zukommen zu lassen und dafür zu bezahlen.

Daraus folge aber nicht, so Mill, daß die schulische Ausbildung Aufgabe des Staates sein solle. Im Gegenteil: Dort würde nur die „Tyrannei der herrschenden Meinung“ verstärkt. Sein durchaus liberaler Vorschlag lautet: Es ist jedem Kind freigestellt, wo es seine Bildung bezieht. Jedes Kind muß sich aber einmal jährlich prüfen lassen, und zwar auf sein Wissen hin, nicht aber in bezug auf seine Überzeugungen. So könne zum Beispiel das Wissen des Kindes über das Alte und Neue Testament geprüft werden, nicht aber, ob das Kind diesen Inhalt glaube.

Der nächste (und letzte) Anwendungsfall ist m.E. am wenigsten überzeugend. Er bezieht sich auf Vorbedingungen für die Genehmigung einer Eheschließung. John Stuart Mill schreibt:

„Die Gesetze, die in vielen Ländern des Kontinents die Ehe untersagen, sofern die Beteiligten nicht genügend Mittel zum Unterhalt der Familie nachweisen, sind keine Überschreitung der dem Staate zukommenden Gewalt; und ob nun diese Gesetze wirksam sind oder nicht . . . , so liegt darin keine Verletzung der Freiheit. Solche Gesetze sind Eingriffe des Staates zur Verhinderung einer nachteiligen Handlung – einer Handlung, die anderen Schaden bringt und demgemäß von der Gesellschaft mißbilligt oder gebrandmarkt werden sollte, auch wenn man die Verschärfung durch die gesetzliche Bestrafung für nicht zweckmäßig hält.“

Das Argument von Mill ist allerdings nicht inkonsequent; denn wenn jemand eine Ehe eingeht und damit in damaliger Zeit Kinder in die Welt setzt, so wird er, wenn er die Familie nicht selber unterhalten kann, anderen oder der Gesellschaft zur Last fallen und trägt nicht allein die Folgen seiner Handlungen.

Literatur

Bogen, James / Farrell, Daniel (1951 / 1987): Freiheit und Glück in Mills Plädoyer für die Freiheit. Dt. in *Claeys* (1987), Engl. Original: 1951.

Claeys, Gregory (Hrsg.) (1987): *Der soziale Liberalismus John Stuart Mills*. Baden-Baden (Nomos);

Mill, John Stuart (1859/1860): *On Liberty*, London 1859. Deutsche Übersetzung von E. Pickford. Frankfurt am Main (Sauerländers Verlag) 1860.

Shanley, Mary (1981/1987): *Sklaverei und Freiheit in der Ehe: J.S. Mills Unterdrückung der Frauen*. In: *Claeys* (1987). Engl. Original v. 1981.

Auf der Suche nach sicherem Wissen: Zur Wissenschaftstheorie von J. S. Mill

Von Karl Milford, Wien

... nur ein überlegener Geist legt sich die Frage vor: welcher Thatsachen bedarf ich um zu einem sicheren Schlusse zu gelangen.
J. S. Mill

An der Erkenntnistheorie des Alltagsverstandes ist nahezu alles falsch. Vielleicht der Hauptfehler ist die Annahme wir seien mit dem beschäftigt, was Dewey die Suche nach Gewißheit nannte.

K. R. Popper

Einleitung

Als Mill sein Werk *A System of Logic Ratiocinative and Inductive*¹ 1843 veröffentlichte, war der Versuch Whewells die Wissenschaftstheorie als eigenständiges Fach im Kanon der akademischen Disziplinen zu begründen etwa 6 Jahre alt, je nachdem ob man Whewells 1837 erschienene Arbeit *History of Inductive Sciences*² oder sein 3 Jahre später erschienenenes Werk *The Philosophy of the Inductive Sciences*³ als expliziten Beginn dieses Versuchs anzusehen wünscht. Natürlich bewegt sich Whewell ebenso wie Mill in einer ganz bestimmten, bereits existierenden wissenschaftstheoretischen Tradition, die insbesondere mit den Namen Whately, Brewster, Herschel und Bacon verbunden ist. Aber mit Whewells Arbeiten beginnt die Behandlung wissenschaftstheoretischer Probleme in einem ganz neuen, wesentlich modernen, Sinn. Denn in seinen Werken geht es neben Untersuchungen zu Fragen des wissenschaftlichen Ethos und zu Fragen der Wissenssoziologie insbesondere um Probleme der rationalen Nachkonstruktion der Begründungszusammenhänge vorliegender wissenschaftlicher Theorien, und um eine Analyse ihres Fortschritts und Entwicklung. Diese Untersuchungen bedingen aber, daß Whewell, um überhaupt von wissenschaftlichem Fortschritt sprechen zu können, Standards entwickeln muss, nach denen wissenschaftliche Theorien von

¹ Mill (1843).

² Whewell (1837).

³ Whewell (1840).

anderen Ergebnissen der intellektuellen Aktivitäten der Menschen unterschieden und nach denen wissenschaftlicher Fortschritt beurteilt werden kann. Whewell bedarf demnach einer Lösung des sogenannten Abgrenzungsproblems sowie methodologischer Regeln die diese Abgrenzung sichern und wissenschaftlichen Fortschritt definieren. Er sucht diese Probleme unter anderem auch durch eine epistemologische Fundierung der Erfahrungswissenschaften zu lösen und entwirft eine aprioristische Lösung die ihrer Tendenz nach jener von Kant nicht unähnlich ist. Dabei lehnt er die klassische Verknüpfung der erkenntnistheoretischen Position des Empirismus mit dem logischen Verfahren der Induktion ab und betont, dass spezifisch allgemeine Sätze nicht allein durch Erfahrung zu begründen sind.⁴

Mills *A System of Logic Ratiocinative and Inductive* ist in weiten Bereichen eine Antwort auf die Position Whewells. Mill lehnt jede Form des Apriorismus oder Intuitionismus ab. Seiner Ansicht nach gibt es keine apriorisch begründete gültige Erkenntnis, und auch jene Wissenschaften die heute als Formalwissenschaften bezeichnet werden, finden die Grundlage ihres Wahrheitsanspruches in der Erfahrung. Seine Überlegungen, die die erkenntnistheoretische Position des radikalen Empirismus mit dem Verfahren der Induktion verknüpfen, versuchen zu zeigen, daß auf dieser Grundlage die (Erfahrungs)wissenschaft erkenntnistheoretisch einwandfrei konstituiert werden kann. Dies meint er durch die Einführung eines auf Erfahrung gegründeten Induktionsprinzips in Form des Kausalsatzes erreichen zu können.

Die vorliegende Arbeit beschäftigt sich primär mit Mills Lösungsvorschlag des Induktionsproblems, und in diesem Kontext insbesondere mit der von ihm als zentral angesehenen Frage des Sicherheitsgrades von Erkenntnis. Sie beschäftigt sich nicht mit dem überragenden ideengeschichtlichen Einfluss den Mills *Logik* auf die moderne wissenschaftstheoretische und wissenschaftsphilosophische Diskussion ausübte.⁵ Und sie beschäftigt sich auch nur sehr andeutungsweise mit Mills Ausführungen zur Wissenschaftstheorie der (theoretischen) Sozialwissenschaften. In diesem Sinne sind die beiden, von den Herrn Backhaus und Hansen und von Herrn Schneider verfassten, Kommentare zu dieser Arbeit sehr aufschlussreiche Ergänzungen. Backhaus und Hansen beschäftigen sich in ihrem Kommentar mit der Rezeption der Millschen Wissenschaftstheorie in Deutschland und somit mit ideengeschichtlichen Problemen; Schneider mahnt in seinem Kommentar vor allem die Bedeutung von Mills frühen methodologischen Untersuchungen ein, insbesondere dessen Arbeit „Über die Definition der Politischen Ökonomie und die ihr angemessenen Forschungsmethode.“⁶

Dass die vorliegende Arbeit sich primär mit Mills Lösungsvorschlag des Induktionsproblems auseinandersetzt und nicht etwa direkt mit seinen Untersuchungen

⁴ Butts (1989), S. 54.

⁵ Schlick (1925); Skorupski (1991); Schumacher (1994); Ryan (1974), (1987).

⁶ Vgl. hierzu die Arbeiten von von Backhaus und Hansen sowie von Schneider in diesem Band.

zur Wissenschaftstheorie der Sozialwissenschaften, liegt an einem Auswahlproblem. Mill behandelt in seinem umfangreichen wissenschaftstheoretischen und philosophischen Werk eine Fülle von Problemen, deren ausführliche Behandlung den Umfang dieser Arbeit zweifellos sprengen würde. Es kommt daher darauf an, vor allem jenes zentrale Problem und dessen Lösungsvorschlag zu erörtern, das den wissenschaftstheoretischen Überlegungen Mills zugrunde liegt. Dies gilt insbesondere auch für Mills Überlegungen zur Wissenschaftstheorie der Sozialwissenschaften im VI. Buch seiner *Logik*, das er explizit als Anhang zu den, in den vorangegangenen ersten fünf Büchern erörterten allgemeinen wissenschaftstheoretischen Prinzipien, bezeichnet.⁷ Darüber hinaus dürfte er seine frühen wissenschaftstheoretischen Ausführungen durch das VI. Buch der *Logik* als überholt betrachtet haben.⁸

Die zentrale Frage die Mill in den ersten fünf Büchern seiner *Logik* erörtert ist die Frage der Klassifikation vorliegender Behauptungen als wissenschaftliche Erkenntnis. Nach Mill besteht die Aufgabe der Wissenschaft ganz allgemein darin wahre und falsche Behauptungen zu trennen und die wahren in das Gebäude der Wissenschaft einzufügen. Dabei erweist sich eine befriedigende Lösung des Induktionsproblems von zentraler Bedeutung. Nach Mill kann die Frage der Klassifikation vorliegender Behauptungen als wissenschaftliche Erkenntnis, das heißt die Trennung von wahren und falschen Behauptungen, letztlich nur über den Umweg eines Beweisverfahrens geführt werden, da nur ein verifizierter Satz mit absoluter Sicherheit als „wahr“ klassifiziert werden kann. Um daher ein solches Beweisverfahren zu finden führt er im zweiten Buch seiner *Logik* Untersuchungen zur deduktiven Logik durch, deren Resultate jedoch negativ sind. Die deduktive Logik eignet sich nicht als Beweis- und damit auch nicht als Klassifikationsverfahren.⁹ Hieraus schließt Mill, dass ein entsprechendes Beweis- und Klassifikationsverfahren induktiv zu sein hat, und damit eine befriedigende Lösung des Induktionsproblems bedingt.

Unter der Voraussetzung eines gültigen Induktionsprinzips entwickelt Mill vor allem im dritten Buch seiner *Logik* ein als Beweisverfahren gedachtes Regelsystem, dessen Anwendung eine systematische Klassifikation von vorliegenden Behauptungen als wissenschaftliche Erkenntnis gestatten soll. Aus Gründen der materiellen Sicherheit bettet er dabei die gesamte Analyse in kausaltheoretische Überlegungen ein. Auf diese Weise entwickelt er zunächst die fünf Regeln der

⁷ *Schneider* ist hier offenbar anderer Ansicht; vgl. aber *Mill* (1968), Bd. 4, S. 233, zitiert in Fn. 74 dieser Arbeit.

⁸ Auch hier scheint *Schneider* ganz anderer Ansicht zu sein.

⁹ *Mills* Position ist somit dem Hypothesizismus oder Falsifikationismus diametral entgegengesetzt. Der Falsifikationismus ist ein deduktives Klassifikationsverfahren, das auf einer Trennung der Idee der objektiven Wahrheit und dem Konzept der Sicherheit beruht. Während die Idee der absoluten oder partiellen Sicherheit als Charakteristikum wissenschaftlicher Erkenntnis aufgegeben wird, wird die Idee der objektiven Wahrheit als regulative Idee beibehalten.

sogenannten kausalen Induktion, die er jedoch um eine Reihe von zusätzlichen Regeln erweitert, da er die Anwendungsmöglichkeiten der Regeln der kausalen Induktion vor allem auf experimentelle Wissenschaften beschränkt sieht. All diesen Regeln liegt dabei das zentrale Resultat von Mills Untersuchungen zur deduktiven Logik zu Grunde, wonach ein gültiger Beweis von Behauptungen infolge der in jedem deduktiven Schluss enthaltenen *petitio principii* stets induktiv sein muss. Mit welchem Sicherheitsgrad jedoch vorliegende Behauptungen als „wahr“ klassifiziert werden können, bestimmt sich nach den zur Anwendung gelangenden Regeln.

Da Mill in der Lösung des Klassifikationsproblems vorliegender Behauptungen als wissenschaftliche Erkenntnis das primäre wissenschaftstheoretische Problem erblickt, entwickelt er zunächst unter der Annahme einer befriedigenden Lösung des Induktionsproblems die Regeln der kausalen Induktion und deren Erweiterungen. Erst nach deren Diskussion widmet er sich dem Rechtfertigungsproblem des Induktionsprinzips.¹⁰ Dieses versucht er in Form eines (formalen) Kausalsatzes, der durch eine *inductio per enumerationem simplicem* aus der Erfahrung induziert und durch zusätzliche Erfahrung gestützt wird, zu konstituieren. Demnach ist das Induktionsprinzip keine bloße Verallgemeinerung aus der Erfahrung, sondern wird durch jedes genuin neue und entsprechend den Regeln der kausalen Induktion verifizierte einfache Kausalgesetz, erneut verifiziert. Diese zusätzliche Verifikation erhöht den Sicherheitsgrad mit dem das Induktionsprinzip als „wahr“ klassifiziert werden kann bis zur vollständigen Gewissheit.

Vor dem Hintergrund dieser Problemsituation, insbesondere vor dem Hintergrund von Mills Resultaten seiner Untersuchungen zur Frage der Eignung deduktiver Verfahrensweisen als Beweis- und Klassifikationsverfahren, sind auch seine Ausführungen zur Wissenschaftstheorie der Sozialwissenschaften zu sehen. Mill ist paradigmatischer Induktivist. Der Wahrheitsbeweis von Behauptungen, ihre Klassifikation als wissenschaftliche Erkenntnis mit absoluter oder bloß partieller Sicherheit, hat sich demnach stets auf die Prämissen deduktiver Schlussfolgerungen zu beziehen. Wenngleich zwar viele von Mills Ausführungen ambivalent sind und daher oft eine weites Spektrum unterschiedlicher Interpretationen zulassen, sollte eine Rekonstruktion der Argumente von Mill dessen Problemsituation berücksichtigen.¹¹ So etwa wurde, wie z. B. von Ryan, der Versuch unternommen deduktivistische Züge in Mills wissenschaftstheoretischen Ausführungen zu entdecken und sie gleichsam durch die Brille eines Popperschen Fallibilismus zu interpretieren.¹² Solche Versuche scheinen jedoch nur wenig der historischen Problemsituation, in der sich Mill befand, zu entsprechen. Dies gilt auch für die wissenschaftstheoretischen Ausführungen Mills zu den Sozialwissenschaften,

¹⁰ Mill (1968), Bd. 3, Kap. XXI.

¹¹ Zur Frage der vielfältigen Interpretationsmöglichkeiten bei Mill vgl. die besonders eindrucksvolle Arbeit von Scheer in diesem Band.

¹² Vgl. hierzu vor allem das erste Kapitel von Ryan (1987).

denn auch diesen liegt Mills These, dass alle Deduktion letztlich Induktion sei, zugrunde.

Nach Mill hängt die Gültigkeit seines induktiven Beweis- und Klassifikationsverfahren von der gültigen Rechtfertigung seines Induktionsprinzip ab. Fällt das von ihm als Kausalsatz eingeführte Induktionsprinzip, dann fallen auch die Regeln der kausalen Induktion sowie ihre Erweiterungen die vor allem in den Sozialwissenschaften von Bedeutung sind. Da sich Mills Lösungsvorschlag des Induktionsproblems somit als zentral erweist, beschränkt sich die vorliegende Arbeit vor allem auf eine Diskussion dieses Lösungsvorschlags und geht auf Mills Ausführungen zu einzelnen methodologischen Fragen in den Sozialwissenschaften nicht näher ein. Diese wurden z. B. von Popper¹³ und Hayek¹⁴ ausführlich kritisiert.

Aus den vorangegangenen Bemerkungen resultiert die folgende Struktur der vorliegenden Arbeit. Nach einer sehr gerafften Darstellung des Klassifikationsproblems, des zentralen wissenschaftstheoretischen Problems von Mill (1. Klassifikation und Sicherheit), folgen Mills Erörterungen zur deduktiven Logik und des Verfahrenstyps eines möglichen Beweis- und Klassifikationsverfahrens (2. Klassifikationsverfahren; Verfahrenstyp). Daran anschließend wird Mills Diskussion der Rechtfertigung induktiver Schlüsse dargestellt (3. Induktionsproblem), sowie seine Lösungsvorschläge des Induktionsproblems (4. Lösungsvorschläge des Induktionsproblems). Es folgt eine kurze Erwähnung der Regeln der kausalen Induktion. (5. Regeln der kausalen Induktion). Sektion 6 (Klassifikationsregeln und Sozialwissenschaften) beschäftigt sich mit den von Mill vorgeschlagenen methodischen Regeln für die Sozialwissenschaften, wobei auch auf einige Punkte der Kommentare von Schneider und von Backhaus und Hansen eingegangen wird. In den abschließenden Bemerkungen (7. Systematik) wird Mills Lösungsvorschlag des Induktionsproblems in eine Systematik verschiedener Lösungsvorschläge, die auch in der Geschichte der Wissenschaftstheorie der Sozialwissenschaften vertreten wurden, gestellt, und kritisch gewürdigt.

I. Klassifikation und Sicherheit

Wie Mill bereits in der Einleitung zu seinem *System der deduktiven und induktiven Logik*¹⁵ darlegt, besteht das Ziel und die Aufgabe der Wissenschaft darin echte Erkenntnis, das heißt Erkenntnis deren Wahrheit mit absoluter, zumindest aber mit möglichst hoher partieller Sicherheit, bewiesen ist, zu erlangen. Die zentrale Aufgabe der wissenschaftlichen und auch der praktischen Aktivitäten liegt seiner Ansicht nach in der Lösung eines Klassifikationsproblems, das darin besteht, wahre und falsche Behauptungen zu trennen, die wahren als Erkenntnis in

¹³ Popper (1969), (1966).

¹⁴ Hayek (1949)

¹⁵ Mill (1968), Bd. 2, 3, 4.

der Wissenschaft beizubehalten und die falschen zu eliminieren.¹⁶ Diese klassifikatorische Tätigkeit ist nach Mill nicht nur für die Wissenschaft sondern überhaupt für das gesamte menschliche Leben von außerordentlicher Bedeutung, da auf ihrem Erfolg letztlich auch der gesamte Erfolg des menschlichen Handelns beruht.¹⁷

Mill unterstreicht jedoch, dass die Lösung dieses Klassifikationsproblems durch die Erkenntnissituation des Menschen bestimmt wird. Die allgemeine Anforderung, die überhaupt an eine mögliche Lösung dieses Klassifikationsproblems zu stellen ist, resultiert seiner Ansicht nach ganz allgemein aus dem vermeintlichen Zusammenhang der bewiesenen Wahrheit einer Behauptung und ihrer entsprechenden Klassifikation. Da eine Behauptung deren Wahrheit mit absoluter Sicherheit bewiesen ist, mit Sicherheit als „wahr“ klassifiziert werden kann, besteht die Lösung jenes Klassifikationsproblems darin, die Wahrheit von Behauptungen mit absoluter, zumindest aber mit möglichst hoher partieller Sicherheit zu beweisen bzw. zu garantieren. Die einmal so bewiesenen Behauptungen können dann auch mit einem entsprechenden Sicherheitsgrad klassifiziert werden.

Diese Überlegungen sind jedoch nach Mill hinsichtlich der spezifischen Erkenntnissituation des Menschen zu qualifizieren. Dabei schließt er jede Form des Intuitionismus und Apriorismus¹⁸ aus und unterstreicht, daß nur die Erfahrung, als Erkenntnisquelle zu betrachten ist.¹⁹ Aber obgleich nach Mill die Erfahrung die einzig legitime Erkenntnisquelle ist, sind im Hinblick auf die Grundlage der Garantie der Sicherheit von Behauptungen zwei Erkenntnisbereiche zu unterscheiden. Während der eine Bereich über ein Wahrheitskriterium in Form der Erkenntnisquelle der Erfahrung verfügt, die die Wahrheit von Behauptungen direkt mit absoluter Sicherheit ausstattet²⁰, zeichnet sich der zweite und weitaus größere Bereich durch das Fehlen eines solchen Wahrheitskriteriums und damit durch die Notwendigkeit eines Klassifikationsverfahren aus. Obgleich die Erfahrung auch für diesen zweiten Bereich die einzig legitime Erkenntnisquelle ist, ist sie für diesen kein Wahrheitskriterium, sodass es eines Klassifikationsverfahrens bedarf, das die diesem Bereich zuzuordnenden Behauptungen systematisch in wahre und falsche trennt. Die Entwicklung solcher Regeln ist nach Mill die vornehmliche Aufgabe der Wissenschafts- und Erkenntnislogik,²¹ während Untersuchungen zur Frage von Wahrheitskriterien von ihm in den Bereich der Metaphysik verwiesen werden.²²

¹⁶ *Miller* (1994). S. 1 ff.

¹⁷ Mill erläutert dies am Beispiel der Tätigkeit eines Wundarztes. Vgl. dazu *Mill* (1884), S. 9.

¹⁸ *Mill* (1968), Bd. 2, S. 5.

¹⁹ *Mill* (1968), Bd. 2, S. 4, 5, Einleitung, Fußnoten.

²⁰ *Mill* (1968), Bd. 2, S. 5.

²¹ *Mill* (1968), Bd. 2, S. 9.

²² *Mill* (1968), Bd. 2, S. 7.

II. Klassifikationsverfahren; Verfahrenstypen

Nach Mill besteht somit die zentrale Aufgabe der Wissenschaft im Grunde darin wahre und falsche Behauptungen zu trennen, die wahren beizubehalten und die falschen zu verwerfen. Um dieses Ziel zu erreichen bedarf es eines systematischen Verfahrens dessen Anwendung die Durchführung einer solchen Klassifikation gestattet. Die Resultate dieser Klassifikation haben nach Mill mit absoluter bzw. mit möglichst hoher partieller Sicherheit ausgestattet zu sein, da andernfalls dem Gebäude der Wissenschaft die Dignität echter Erkenntnis fehlt und der Erfolg menschlicher Handlungen überdies in Frage gestellt wäre. Da aber nur ein verifizierter bzw. ein probabilifizierter Satz mit absoluter bzw. partieller Sicherheit als wahr klassifiziert werden kann, sucht Mill nach einem Verfahren das die Wahrheit von Wirklichkeitssätzen, insbesondere die von spezifisch allgemeinen, mit absoluter oder möglichst hoher partieller Sicherheit garantiert, das heißt sie beweist.

Ein solches Verfahren hat daher vor allem zwei Anforderungen gerecht zu werden. Zum einen muss es sich um ein Beweisverfahren handeln, da nur über diesen Umweg die Klassifikation von Sätzen mit absoluter bzw. mit möglichst hoher partieller Sicherheit durchgeführt werden kann. Zum zweiten aber muss dieses Verfahren auch die unbestreitbare Tatsache des wissenschaftlichen Fortschritts, die sich im Wachstum des zweiten, durch die Notwendigkeit eines Klassifikationsverfahren ausgezeichneten Bereichs äußert, aufklären können. Als Grundtypen möglicher Verfahren bieten sich dabei nach Mill induktive und deduktive an. Da deduktive Verfahrensweisen ganz besonders geeignet zu sein scheinen, die Anforderungen die an ein mögliches Klassifikationsverfahren zu stellen sind, zu erfüllen beginnt er mit einer Untersuchung dieses Verfahrenstyps. Deduktive Schlussweisen sind im Grunde dadurch ausgezeichnet, dass deren Prämissen logisch stärker, zumindest jedoch aber gleich stark, sind wie deren Schlussfolgerungen. Darüber hinaus handelt es sich um wahrheitsübertragende Schlussweisen, sodass die Wahrheit von z. B. spezifisch allgemeinen Wirklichkeitssätzen bei richtigem Schließen auf die Schlussfolgerungen, die z. B. besondere Sätze sein können, mit absoluter Sicherheit übertragen wird. Sind die Prämissen wahr, so sind nach Mill bei Befolgung der deduktiven Schlussregeln auch die aus ihnen gezogenen Schlussfolgerungen wahr. Der deduktive Verfahrenstyp scheint damit als Beweisverfahren der ersten Anforderung eines Klassifikationsverfahrens vollkommen gerecht zu werden.

Aber auch die zweite Anforderung des Klassifikationsverfahrens, die Aufklärung von Erkenntniswachstum, scheint der deduktive Verfahrenstyp zu erfüllen. Denn offenbar werden im Rahmen deduktiver Schlussweisen aus Sätzen die bisher bekannte Tatsachen beschreiben, Sätze abgeleitet die neue, bisher unbekannte Tatsachen behaupten. So etwa werden nach Mill durch deduktive Schlussweisen vielfach Prognosen bzw. Beschreibungen von bisher unbekanntem Tatsachen und Vorgängen abgeleitet, deren anschließende Verifikation zweifellos zum Wachstum und damit zum Fortschritt der Erkenntnis beiträgt. Damit scheinen die deduktiven Verfahrensweisen auch das Wachstum der Erkenntnis und den wissenschaftlichen

Fortschritt im Sinne einer Akkumulation von als wahr erwiesenen Sätzen oder Satzsystemen problemlos aufklären zu können.

Mill stellt jedoch im Rahmen seiner Untersuchung der Struktur deduktiver Schlüsse fest²³, dass deduktive Verfahrensweisen die beiden an ein Klassifikationsverfahren zu stellenden Anforderungen prinzipiell nicht erfüllen. Da die Schlussfolgerungen bei deduktiven Schlüssen logisch schwächer oder höchstens gleich stark sind wie die Prämissen, kann deren Wahrheit nur insofern als absolut gesichert gelten, als dies auch für die Prämissen zutrifft. Die Frage der absoluten Sicherheit der Wahrheit der Schlussfolgerungen verschiebt sich somit auf jene der Prämissen. Gerade dies zeigt, dass im Rahmen von deduktiven Schlussweisen die Schlussfolgerungen nur vermeintlich aus den Prämissen abgeleitet werden. Mit dem spezifisch allgemeinen Satz „Alle Menschen sind sterblich“ wird bereits über jedes konkrete Individuum gesprochen. Der Satz „John ist ein Mensch und sterblich“ ist nach Mill bereits in dem spezifisch allgemeinen Satz „Alle Menschen sind sterblich“ enthalten, da mit dem spezifisch allgemeinen Satz über alle individuellen Fälle und somit auch über „John“ gesprochen wird. Die Resultate dieser Untersuchung zeigen somit nach Mill, dass deduktiven Schlüssen, keine Beweiskraft zukommt, da sie eine *petitio principii* enthalten.

Aus demselben Grunde kann aber nach Mill ein deduktives Verfahren auch die Tatsache des wissenschaftlichen Fortschritts nicht aufklären. Das Argument der *petitio principii* deduktiver Schlüsse zeigt nämlich, dass bei deduktiven Schlüssen keine echten Folgerungen abgeleitet werden. Echte Folgerungen liegen nach Mill nur dann vor, wenn aus Sätzen die bekannte Tatsachen oder Vorgänge beschreiben, Sätze, die genuin neue Tatsachen oder Vorgänge beschreiben, gefolgert werden und hierdurch ein echter Zuwachs an Erkenntnis erfolgt. Da bei deduktiven Schlüssen aber die Schlussfolgerungen bereits in den Prämissen prinzipiell enthalten sind, ist deren Charakter bloß analytisch. Durch deduktive Schlussweisen kann somit keine echte neue Wirklichkeitserkenntnis erlangt und die nicht zu bezweifelnde Tatsache des Wachstums der Erkenntnis nicht aufgeklärt werden.²⁴

Eine Untersuchung der Struktur deduktiver Schlüsse zeigt nach Mill, dass deduktive Verfahrensweisen als mögliche Klassifikationsverfahren der Wissenschaft auszuscheiden sind. Allerdings zeigt sie auch die Umrisse des Charakters eines solchen Verfahrens. Da der analytische Charakter deduktiver Schlüsse den Erkenntniszuwachs nicht aufklären kann, bedarf es eines Verfahrens das gehalterweiternde Schlüsse kennt und überdies auch ein Beweisverfahren ist, das die Wahrheit der Prämissen auf die Schlussfolgerungen überträgt. Der entscheidende Schritt für die Entwicklung eines solchen Verfahrens liegt dabei nach Mill in einer Präzisierung des Begriffs der „Folgerung“. Dieser ist so zu formulieren, dass er im Gegensatz zu den bloßen „Schlussfolgerungen“ des Syllogismus, Folgerungen von Beschreibungen bekannter Tatsachen, Vorgänge oder Prozesse auf unbekannte zu-

²³ Mill (1968), Bd. 2, Buch 2.

²⁴ Vgl. dazu auch Schlick (1925).

lässt. Mill betont daher bereits in seiner Einleitung zur *Logik*, dass er „schließen“ oder „folgern“ in einer Bedeutung zu gebrauchen beabsichtigt, wonach mit „folgern“ jedes Folgern von neuen aus bereits anerkannten Wahrheiten gemeint ist. Nach Mill

[abounds] the word „Reasoning“ . . . like most other scientific terms in popular use, . . . in ambiguities. In one of its acceptations it means syllogizing; or the mode of inference which may be called . . . concluding from generals to particulars. In another of its senses, to reason is simply to infer any assertion from assertions already admitted; in this sense induction is as much entitled to be called reasoning as the demonstrations of geometry.

Writers on logic have generally preferred the former acceptation of the term: the latter, and more extensive signification, is that in which I mean to use it.²⁵

Ein Verfahren, das diesem Begriff des „Folgerens“ Rechnung trägt, gestattet gehalterweiternde Schlüsse im Sinne einer Ableitung von bisher unbekannte Tatsachen beschreibende Sätze, aus Sätzen die bekannte beschreiben. Wird ein solches Verfahren darüber hinaus als wahrheitstransformierend konzipiert, so scheint es, dass seiner Verwendung als Klassifikationsverfahren prinzipiell nichts im Wege steht. Als wahrheitstransformierendes Verfahren genügt es nach Mill der Anforderung ein Beweisverfahren zu sein und als Verfahren das gehalterweiternde Schlüsse zulässt der Anforderung den Erkenntnisfortschritt aufzuklären.

Aus diesen Überlegungen schließt Mill, dass nur ein induktives Verfahren die ein Klassifikationsverfahren charakterisierenden Anforderungen erfüllen kann. In seiner einfachsten Form behauptet ein solches Verfahren die Existenz von logisch gültigen, gehalterweiternden und wahrheitstransformierenden Schlüssen. Kernstück dieses, auch als induktive Methode bezeichneten, Verfahrens, ist der sogenannte Induktionsschluss, wonach es möglich ist spezifisch allgemeine, das heißt Raum-zeitlich unabhängige und empirische Sätze aus besonderen, singulären Sätzen abzuleiten. Demnach wäre es möglich logisch gültig z. B. von Sätzen der Art „An der Raum-Zeitstelle k/t befindet sich ein weißer und kein nichtweißer Schwan auf spezifisch allgemeine Sätze, sogenannte Allsätze, wie „Alle Schwäne sind weiß“ („Es gibt keinen nichtweißen Schwan“) zu schließen. Bei Schlüssen dieser Art wird die Wahrheit der singulären Wirklichkeitssätze (besondere Beob-

²⁵ Mill (1974), S. 4.

Diese Stelle wurde in die deutsche Übersetzung nicht aufgenommen, da offenbar die Verknüpfung der erkenntnistheoretischen Position des Empirismus mit dem „technischen“ Verfahren der Induktion vom Herausgeber für selbstverständlich gehalten wurde. Dies zeigt auch die Begründung die Gomperz für die Nichtaufnahme dieser Passage des Originals in die deutsche Werkausgabe angibt. Gomperz schreibt zum Begriff „schließen“: „Hier folgen im Original einige Bemerkungen über die Vieldeutigkeit des entsprechenden englischen Wortes (to reason), das der Verfasser nicht im engeren Sinne, als gleichbedeutend mit dem syllogistischen Verfahren, sondern in jener weitesten Bedeutung gebrauchen will, die jedes Folgern nur aus bereits anerkannten Wahrheiten, das induktive Verfahren daher nicht minder als die Ableitung geometrischer Lehrsätze in sich schließt – eine *Weite des Gebrauchs, die sich bei unserem „Schließen“ von selbst versteht.*“ Vgl. dazu Mill (1968), Bd. 2, SS. 2, 3; Fußnoten. Hervorhebung nicht im Original.

achtungssätze), deren Wahrheitsentscheid nach Mill erkenntnislogisch unproblematisch ist, erkenntnispsychologisch aber möglicherweise ein Problem darstellt, auf jene der spezifisch allgemeinen Wirklichkeitssätze übertragen. Ist die Wahrheit der besonderen oder singulären Beobachtungs- bzw. Wirklichkeitssätze mit absoluter Sicherheit erwiesen und wurden die spezifisch oder streng allgemeinen Sätze gültig, das heißt, entsprechend den Regeln der induktiven Methode aus den besonderen abgeleitet, so gilt deren Wahrheit als bewiesen: sie können daher mit absoluter Sicherheit als wahr klassifiziert werden.

Die Methode der Induktion scheint somit das zentrale Problem der Klassifikation von (wissenschaftlichen) Sätzen oder Satzsystemen einwandfrei lösen zu können. Darüber hinaus löst sie aber auch noch eine ganze Reihe von anderen Fragen. So etwa zeigt sie wie das seit der Antike vorherrschende Ideal der absolut sicheren Erkenntnis prinzipiell verwirklicht, wie die Idee der Erfahrungswissenschaft aufgeklärt und wie die Frage der rationalen Auswahl erfahrungswissenschaftlicher Theorien beantwortet werden kann.

III. Das Induktionsproblem

Wenn es ein Verfahren gibt, das den Anforderungen genügen kann, die an ein Klassifikationsverfahren zu stellen sind, dann ist dieses Verfahren induktiv. Dies ist das zentrale Resultat der Untersuchungen Mills zur Struktur deduktiver Verfahrensweisen und ihrer möglichen Eignung als Klassifikationsverfahren. Die Aufgabe der Wissenschaftslogik besteht daher nach Mill primär darin ein entsprechendes induktives Klassifikationsverfahren zu entwickeln und durch konkrete Verfahrensregeln zu beschreiben. Er betont jedoch, dass die Entwicklung eines solchen Verfahrens die Lösung zweier Probleme erfordert. Das erste betrifft die Frage der logischen oder formalen Gültigkeit induktiver Schlüsse selbst. Da induktive Schlüsse gehalterweiternde und wahrheitstransformierende Schlüsse sind, deren Prämissen logisch schwächer als deren Schlussfolgerungen sind, bedarf es der logischen Rechtfertigung solcher Schlüsse. Die zweite Frage betrifft das Problem der Beweisstärke und der materiellen Sicherheit induktiver Schlüsse, die sich auch dann stellt, wenn das erste Problem befriedigend gelöst werden kann. Erst nach der Lösung dieser beiden Probleme können nach Mill konkrete Regeln für ein induktives Klassifikationsverfahren entwickelt werden.²⁶

Induktive Schlüsse sind nach Mill logisch gültige Schlüsse von singulären Wirklichkeitssätzen auf spezifisch allgemeine.²⁷ Den rein logischen Charakter dieser

²⁶ In der *Logik* entwickelt Mill zunächst die Regeln seines Klassifikationsverfahrens, nämlich die sogenannten Regeln der kausalen Induktion und setzt dabei die Lösung des Induktionsproblems voraus. Erst nach der Entwicklung dieser Regeln geht er genauer auf die Lösung dieser beiden Probleme ein. Vgl. *Mill* (1968), Bd. 2, S. 359 ff.

²⁷ *Mill* (1968), Bd. 2, S. 359.

Schlussweise unterstreicht er dabei mit dem Hinweis, dass der Induktionsschluss vielfach schlecht auch als Schluss von der Vergangenheit auf die Zukunft, das heißt mit einer zeitlichen Dimension formuliert wird.²⁸

Doch gerade die Frage der logischen Gültigkeit induktiver Schlüsse ist zu problematisieren. Ähnlich wie andere Autoren vor ihm, aber ohne auf diese, wie etwa auf Hume, direkt einzugehen, formuliert auch Mill den logischen Einwand gegen induktive Schlüsse. Demnach ist es nicht möglich aus singulären Beobachtungssätzen vom Typus „An der Raum-zeitstelle k/t befindet sich ein weißer und kein nichtweißer Schwan“ spezifisch allgemeine Sätze vom Typus „Alle Schwäne sind weiß“ bzw. „Es gibt keinen nichtweißen Schwan“ logisch korrekt abzuleiten. Denn obgleich wir nach Mill

... immer die Neigung besitzen, eine constante Erfahrung zu verallgemeinern, so sind wir doch nicht immer dazu berechtigt. Bevor wir schließen dürfen, dass etwas durchgängig wahr ist, weil wir nie einen widersprechenden Fall kennen gelernt haben, müssen wir Grund haben zu glauben, dass wenn es in der Natur widersprechende Fälle gäbe, diese zu unserer Kenntnis gelangt wäre.²⁹

An einer anderen Stelle bettet Mill den rein logischen Einwand gegen induktive Schlüsse, also das logische Argument, in kausaltheoretische Überlegungen ein. Danach existiert eine Methode durch die aufgrund bisheriger Beobachtungen einwandfrei festgestellt werden kann, „... dass B in dem bestimmten Fall keine andere Ursache haben kann als A“³⁰. Aber,

... daraus zu schließen, dass A die Ursache war oder dass A bei anderen Anlässen B zur Folge haben wird, ... ist nur statthaft, wenn man

annimmt, dass B irgendeine Ursache haben muss, dass unter den Erscheinungen, die ihr in irgend einem einzelnen Falle vorgehen, sich eine finden muss, welche die Fähigkeit besitzt, sie auch ein anderes Mal hervorzubringen.³¹

Eine solche notwendige und hinreichende Voraussetzung würde nach Mill zwar logisch den Schluss von einem singulären, einen Kausalzusammenhang beschreibenden Satz, auf einen spezifisch allgemeinen rechtfertigen. „Aber“, so fragt Mill, „... ist diese Voraussetzung auch begründet?“³²

Damit formuliert Mill – wenngleich auch nicht sehr präzise – das klassische Rechtfertigungsproblem induktiver Schlüsse, dessen Lösung er als unabdingbar für die Entwicklung eines induktiven Beweis- und Klassifikationsverfahrens betrachtet. Mill resümiert daher:

²⁸ Mill (1968), Bd. 2, S. 360.

²⁹ Mill (1968), Bd. 2, S. 365.

³⁰ Mill (1968), Bd. 2, S. 294.

³¹ Mill (1968), Bd. 2, S. 294.

³² Mill (1968), Bd. 2, S. 295.

Was Induction ist und von welchen Bedingungen ihre Berechtigung abhängt, muss daher notwendig für die Hauptfrage der Wissenschaft der Logik gelten – für diejenige, die alle anderen in sich schließt.³³

IV. Lösungsvorschläge des Induktionsproblems

Bevor Mill sich dem Versuch widmet eine logisch einwandfreie und positive Lösung des Induktionsproblems zu entwickeln, betont er nachdrücklich, dass naturalistische oder psychologische Hinweise dieses erkenntnislogische Problem nicht lösen. Obgleich er der Ansicht ist, dass Menschen und auch Tiere tatsächlich induktiv vorgehen, lehnt er den naturalistischen Hinweis auf diese vermeintliche Tatsache als Lösung des *logischen* Problems der Induktion ab. Dem Argument der „metaphysische[n] Schule Englands“, die diese logische Rechtfertigungsfrage mit dem Hinweis zu beantworten versucht, dass der Glaube an Regelmäßigkeiten auf Instinkt zurückzuführen sei, hält er entgegen, dass die bloße Neigung, etwas zu glauben, auch wenn dies Instinkt wäre, keine Garantie für die Wahrheit des Geglauten ist.³⁴ Selbst wenn wir auf Grund unserer menschlichen Beschaffenheit nicht anders könnten als etwas Bestimmtes zu glauben, würde daraus nicht die Wahrheit des Geglauten folgen. Dies versucht Mill unter anderem durch die Diskussion einer Reihe von Beispielen zu demonstrieren, die zeigen sollen, dass vermeintlich auf Instinkt oder auf sogenannte Denkgesetze beruhende Behauptungen sich keineswegs als unveränderlich erweisen. Diese Argumentation dient ihm auch dazu psychologische Formen des Apriorismus und es Intuitionismus zu widerlegen.

Nachdem Mill klargestellt hat, dass weder psychologistische, naturalistische oder auch aprioristisch-intuitionistische Lösungsversuche des Induktionsproblems befriedigend sind, widmet er sich dem Versuch eine positive erkenntnislogische Lösung zu entwickeln. Die Resultate seiner Untersuchungen zur Frage der Struktur deduktiver Schlüsse erweisen sich dabei abermals als zentral. Demnach zeigt gerade der analytische Charakter deduktiver Schlüsse, dass diese im Grunde nur eine spezifische Darstellungsform von eigentlich induktiven Schlüssen sind. Betrachtet man nämlich die Funktion von spezifisch allgemeinen Wirklichkeitssätzen in deduktiven Ableitungszusammenhängen, wie z. B. bei der Ableitung einer Prognose, so zeigt sich, dass es sich hierbei eigentlich um einen direkten Schluss von einem singulären Satz, der beobachtete Tatsachen beschreibt, auf einen singulären Satz der genuin neue, noch nicht beobachtete Tatsachen beschreibt, handelt. Der Schluss mag zwar logisch gesehen über den Zwischenschritt eines spezifisch allgemeinen Satzes erfolgen, der in den Prämissen des deduktiven Schlusses als Obersatz fungierend, die vermeintlich deduktive Ableitung des singulären Satzes gestattet. Als logisch stärkerer Satz enthält jedoch der spezifisch allgemeine bereits die

³³ Mill (1968), Bd. 2, S. 331.

³⁴ Mill (1968), Bd. 3, S. 295, 296.

sen vermeintlich abgeleiteten singulären Satz. Hieraus schließt Mill, dass mit der Verallgemeinerung des spezifisch allgemeinen Satzes aus den vorliegenden singulären Sätzen, uno actu auch auf diesen vermeintlich aus ihm abgeleiteten besonderen Satz geschlossen wird. Die Beweiskraft dieses Schlusses liegt ausschließlich in den als wahr erwiesenen singulären Sätzen, da diese gleichermaßen die Prämissen für den generalisierenden Schluss auf den spezifisch allgemeinen Satz, wie aber auch für den vermeintlich aus diesem abgeleiteten besonderen Satz konstituieren. Mill schreibt:

Die Sterblichkeit des Hans, des Peter u.s.w. ist denn doch der einzige Beweisgrund, den wir für die Sterblichkeit des Herzogs von Wellington besitzen. Der Beweis wird durch die Einschlebung eines allgemeinen Satzes um kein Jota verstärkt. Da die einzelnen Fälle den ganzen Beweisgrund ausmachen, den wir besitzen, einen Beweisgrund, welchen keine logische Form, in die wir ihn gießen mögen, gewichtiger machen kann als er ist, und da dieser Beweisgrund entweder an sich zureichend, oder wenn unzureichend für den einen Zweck auch nicht zureichend für den anderen sein kann, so vermag ich nicht abzusehen, wie uns ein Machtgebot der Logiker verwehren kann, den kürzesten Weg von diesen zureichenden Prämissen zu dem Schlusssatz einzuschlagen, und warum wir gezwungen sein sollten, die ‚a priorische Heerstraße‘ einzuhalten. Ich kann nicht einsehen, warum es uns unmöglich sein sollte, von einer Stelle zu einer anderen zu gelangen, ohne einen Berg hinauf und dann wieder hinab‘ zu marschieren.³⁵

Die Beweiskraft eines (induktiven) Schlusses und damit einer echten Folgerung geht demnach stets von singulären auf andere singuläre Sätze. Dies aber bedeutet, dass spezifisch allgemeinen Sätzen in deduktiven Ableitungszusammenhängen eine andere Funktion zukommt, als dies von den Deduktivisten üblicherweise angenommen wird. Der Umstand, dass spezifisch allgemeinen Sätzen in deduktiven Ableitungszusammenhängen keine Beweiskraft zukommt und die Beweiskraft des vermeintlich deduktiven Schlusses letztlich in den Prämissen liegt aus denen der spezifisch allgemeine bzw. der in ihm enthaltene besondere Satz induktiv abgeleitet wurde, kann im Falle der direkten Ableitung singulärer Sätze zu hoch komplexen Situationen und damit zu Fehlschlüssen führen. Die Einführung von spezifisch allgemeinen Sätzen als Obersatz in einen vermeintlich deduktiven Ableitungszusammenhang hilft indes solche Fehlschlüsse zu vermeiden, da hierdurch die gesamte Ableitung an Übersichtlichkeit wesentlich gewinnt.

Die Funktion von spezifisch allgemeinen Sätzen besteht nach Mill in der Erhöhung der Übersichtlichkeit und Bequemlichkeit induktiver Ableitungen, nicht aber in der Erhöhung ihrer Beweiskraft und Sicherheit. Hinsichtlich der Beweiskraft induktiver Schlüsse ist es gleichgültig ob direkt von singulären auf singuläre Sätze, oder aber ob von singulären auf spezifisch allgemeine, die diese singulären Sätze enthalten, geschlossen wird. Die echte, das heißt die wahrheitsübertragende und gehalterweiternde Folgerung ist mit der direkten Ableitung des singulären Satzes ebenso zu Ende, wie mit der induktiven des spezifisch allgemeinen.

³⁵ Mill (1968), Bd. 2, S. 215.

Aus diesen Überlegungen folgt nach Mill, dass spezifisch allgemeine Wirklichkeitssätze erkenntnislogisch gesehen zwar echte Sätze der Wissenschaft sind, denen die Wahrheitswerte „wahr“ und „falsch“ zugeschrieben werden können, dass sie aber in deduktiven Ableitungszusammenhängen (die eigentlich induktiv sind), ihrer Funktion nach bloß pragmatische Gebilde darstellen. Die Vorgangsweise zunächst aus singulären Sätzen induktiv spezifisch allgemeine Wirklichkeitssätze abzuleiten und nach Beendigung dieses echten Folgerns dann scheinbar aus diesen weitere singuläre Sätze deduktiv zu schließen, ist bloß „... eine Sache unseres Beliebens; ... der Zeit, der Sicherheit und der Bequemlichkeit.“³⁶

Dies bedeutet aber, dass spezifisch allgemeinen Wirklichkeitssätzen im Rahmen der Ableitung von singulären Sätzen nur pragmatische Geltungswerte zugeschrieben werden können. Im Gegensatz zu ihrem erkenntnislogischen Charakter als echte Sätze der Wissenschaft ist die Funktion von spezifisch allgemeinen Wirklichkeitssätzen in deduktiven Ableitungszusammenhängen nach Mill die von Verzeichnissen die aus singulären Sätzen erstellt wurden. Ihre Funktion ist ähnlich der von Formeln, gemäß denen weitere singuläre Sätze gebildet werden können. Der Schlusssatz im Rahmen eines deduktiven Schlusses wird daher nach Mill nicht aus dem spezifisch allgemeinen Wirklichkeitssatz gezogen, sondern gemäß dieser Formel gebildet, wobei die wahren Prämissen dieser Folgerung die besonderen Sätze bilden aus denen der spezifisch allgemeine Satz gebildet wurde. Ihrer Funktion nach sind spezifisch allgemeine Wirklichkeitssätze ein „glücklicher Kunstgriff der Sprache“ gemäß dem wir Beobachtungen zusammenfassen um neue singuläre Sätze zu bilden, wobei bei der Bildung neuer singulärer Sätze spezifisch allgemeine Sätze gleichsam als „Anweisungen“, wie diese korrekt zu bilden sind, fungieren.³⁷

Alle Deduktion ist Induktion und spezifisch allgemeine Sätze sind Anweisungen zur Bildung singulärer Sätze; das ist Mills Resultat seiner Untersuchung zur Beweiskraft deduktiver Schlüsse und zur Funktion spezifisch allgemeiner Sätze in deduktiven Ableitungszusammenhängen. Hierin könnte man aber auch einen ersten Lösungsversuch des Induktionsproblems durch Mill erblicken. Denn Mills Frage nach der logischen Berechtigung induktiver Schlüsse heißt, dass es keine Verifikation spezifisch allgemeiner Sätze geben kann, solange die für induktive Schlüsse notwendige Voraussetzung, logisch nicht einwandfrei begründet ist. Und sie bedeutet weiter, dass die spezifisch allgemeinen Wirklichkeitssätze in der Erfahrung nicht die Grundlage ihres Wahrheitsentscheides besitzen. Wird die Rechtfertigungsfrage induktiver Schlüsse nicht gelöst, ist Mills Projekt der Entwicklung eines induktiven Beweis- und Klassifikationsverfahrens sowie seine empiristische Position auf das Schärfste bedroht.

Mills Charakterisierung von spezifisch allgemeinen Wirklichkeitssätzen als Anweisungen oder Formeln zur Bildung singulärer Sätze, die neue Tatsachen be-

³⁶ Mill (1968), Bd. 2, S. 215.

³⁷ Mill (1968), Bd. 2, S. 214. 222

schreiben, scheint indes einen Ausweg aus dieser Situation zu bieten. Anweisungen oder Formeln zur Bildung von singulären Sätzen sind weder spezifisch allgemein, noch empirisch, und können auch nicht die Wahrheitswerte „wahr“ oder „falsch“ annehmen. Sie gleichen vielmehr sogenannten Satzfunktionen bzw. Gleichungen bei denen durch Substitution der Variablen durch richtige Werte, wahre, durch die Substitution von falschen Werten, falsche, singuläre Sätze gebildet werden können. Spezifisch allgemeine Wirklichkeitssätze sind demnach keine echten Sätze der Wissenschaft. Die echten Sätze der Wissenschaft sind vielmehr die singulären Sätze, die in der Erfahrung die Grundlage ihres Wahrheitsentscheides besitzen.

Die Interpretation spezifisch allgemeiner Sätze als Anweisungen oder Formeln zur Bildung von singulären Sätzen umgeht somit das klassische Rechtfertigungsproblem induktiver Schlüsse und scheint überdies mit einer induktivistischen und empiristischen Position durchaus vereinbar zu sein. Mill zu Folge beginnt wissenschaftliche Tätigkeit mit der Formulierung von singulären Beobachtungssätzen³⁸ und endet auch damit³⁹, wodurch die Position des Empirismus erfüllt ist; aber auch jene des Induktivismus ist erfüllt, da es sich bei diesen Schlüssen um echte gehaltweiternde Folgerungen handelt, denen folgende methodologische Regel zugrunde liegt:

... wenn wir aus der Beobachtung gewisser bekannter Fälle schließen können, dass das, was wir bei diesen als wahr gefunden haben, auch bei irgendwelchen anderen wahr ist, so können wir diesen Schluss auch auf alle anderen Fälle übertragen, die von einer gewissen Beschaffenheit sind.⁴⁰

Ogleich man Mills Charakterisierung von spezifisch allgemeinen Sätzen als Anweisungen zur Bildung von besonderen Sätzen als Lösungsvorschlag des Induktionsproblems auffassen kann, ist festzuhalten, dass er diesen Ansatz nicht in diesem Sinne interpretiert. Zweifellos wäre er nicht bereit gewesen die Konsequenzen einer solchen Position zu akzeptieren, zumal er ja die Verknüpfung der induktiven Methode mit einer konsequenten empiristischen Position zu demonstrieren wünscht. Eine erkenntnislogische Charakterisierung von spezifisch allgemeinen Wirklichkeitssätzen als pragmatische Gebilde widerspricht aber einem solchen Versuch, da eine konsequente empiristische Position nicht nur singuläre, sondern auch spezifisch allgemeine Sätze als Wirklichkeitssätze, die in der Erfahrung die Grundlage ihres Wahrheitsentscheides besitzen, auffasst.

Jedenfalls ist Mills „zweiter“ und expliziter Lösungsversuch des Induktionsproblems diesem „ersten“ Versuch diametral entgegengesetzt. Den Ausgangspunkt dieser Untersuchungen bildet dabei die Diskussion von zunächst zwei Problemkreisen. Zum einen untersucht Mill die Problemsituation selbst, insbesondere, ob nicht bereits die Art der Fragestellung notwendig den unendlichen Regress des

³⁸ Mill (1968), Bd. 2, S. 222.

³⁹ Mill (1968), Bd. 2, S. 246.

⁴⁰ Mill (1968), Bd. 2, S. 246.

Rechtfertigungsproblems induktiver Schlüsse bedingt. Das Resultat dieser Analyse ist, dass erst die Änderung der Fragestellung und damit der Problemsituation selbst den scheinbar unvermeidlichen unendlichen Regress der Rechtfertigungsproblematik vermeidet und eine einwandfreie Konstituierung des Induktionsprinzips ermöglicht. Zum zweiten untersucht Mill die Anforderungen denen ein Induktionsprinzip zu genügen hat. Danach kann nur ein empirischer, spezifisch allgemeiner und verifizierter Satz in Form eines Kausalgesetzes diesen Anforderungen genügen.

Mills Untersuchung zur Frage einer Änderung der Problemsituation greift abermals, auf die Resultate seiner Überlegungen zur Struktur deduktiver Ableitungszusammenhänge zurück. Die Problemsituation hinsichtlich des unendlichen Regresses des Rechtfertigungsproblems spezifisch allgemeiner Sätze ist nach Mill ganz analog strukturiert. Der unendliche Regress der Rechtfertigung spezifisch allgemeiner Sätze oder von Induktionsprinzipien entsteht seiner Ansicht nach nur dann, wenn das Induktionsprinzip als Obersatz in einen deduktiven Ableitungszusammenhang, bei dem der zu rechtfertigende Satz den Schlusssatz bildet, eingeführt wird.⁴¹ In diesem Fall kann der als Induktionsprinzip verwendete spezifisch allgemeine Satz den Schlusssatz, der ebenfalls ein spezifisch allgemeiner Satz ist, nicht beweisen oder rechtfertigen. Denn ähnlich wie bei einfachen deduktiven Schlüssen verschiebt sich nach Mill auch hier die Frage des Beweises und damit der Rechtfertigung des Induktionsprinzips auf die der Prämissen aus denen es abgeleitet wurde. Der unendliche Regress des Rechtfertigungsproblems stellt sich daher nur in deduktiven Ableitungszusammenhängen, das heißt, wenn versucht wird, das als Obersatz eingeführte Induktionsprinzip durch ein Metaprinzip, das neuerlich als Obersatz in einem deduktiven Ableitungszusammenhang erscheint, zu begründen.

Dies bedeutet jedoch nach Mill, dass ein Satz, der als Induktionsprinzip Verwendung finden soll, induktiv zu begründen ist. Im Rahmen einer induktiven Begründung des Induktionsprinzips, bei dem das Induktionsprinzip durch gehalterweiternde und wahrheitsübertragende Schlussweisen aus logisch schwächeren Prämissen abgeleitet wird, verschwindet der unendliche Regress, da die Wahrheit des Schlusssatzes, aber auch die des als Obersatz verwendeten Induktionsprinzips, letztlich durch dasselbe Beweismaterial gesichert wird. Die logische Voraussetzung induktiver Schlüsse hat daher selbst das Resultat eines induktiven Verfahrens zu sein, was indes

... nur dann als eine Paradoxie [erscheint], wenn man an der alten Lehre des Syllogismus festhält, wonach die allgemeine Wahrheit oder der Obersatz der wirkliche Beweis für die besonderen Wahrheiten ist, welche angeblich aus ihm abgeleitet werden.⁴²

⁴¹ Mill (1968), Bd. 3, S. 305 ff.

⁴² Mill (1968), Bd. 3, S. 305. Vgl. dazu auch Mill (1968), Bd. 2, S. 359. „... so wird sich der Grundsatz der uns jetzt beschäftigt, der Satz von der Gleichförmigkeit des Naturverlaufs, als der letzte Obersatz aller Induction herausstellen und wird daher zu allen Inductionen in dem Verhältnis stehen, in welchem, wie wir so ausführlich gezeigt haben, der Obersatz eines

Nach Mill genügt es jedoch nicht nur die Art des Verfahrens zur einwandfreien Konstituierung eines Induktionsprinzips zu bestimmen. Es kommt vielmehr auch darauf an die Anforderungen, denen ein Induktionsprinzip zu genügen hat, näher aufzuklären. Diese Anforderungen sind zunächst die des „Empirismus“, der „spezifischen Allgemeinheit“, des „größtmöglichen Geltungsbereiches“ und der „Verifikation“. Das Induktionsprinzip muss empirisch, zumindest jedoch synthetisch, sein, das heißt eine Behauptung über die Funktionsweise oder Struktur der Welt darstellen, da seine Aufgabe darin besteht numerisch allgemeine Wirklichkeitssätze (empirische Gesetze) als spezifisch allgemeine Wirklichkeitssätze zu begründen. Wäre das Induktionsprinzip etwa eine Definition, so könnte es nicht spezifisch allgemeine Sätze, die auch empirisch sind, begründen, sondern würde sie ebenfalls zu Definitionen erklären. Die Anforderungen der spezifischen Allgemeinheit und des größtmöglichen Geltungsbereiches des Induktionsprinzips resultieren aus der Aufgabe des Induktionsprinzips alle spezifisch allgemeinen Sätze zu begründen, andernfalls die spezifisch allgemeinen Wirklichkeitssätze mit geringerem und oft sehr unterschiedlichem Geltungsbereich nicht auf dieses Prinzip zurückgeführt und hiedurch nicht gerechtfertigt werden könnten. Aus diesem Grunde muss auch die Wahrheit des als Induktionsprinzip verwendeten Satzes mit absoluter Sicherheit erwiesen sein. Mill resümiert seine Untersuchung zur Frage eines als Induktionsprinzip zu verwendenden Satzes:

Nehmen wir daher an, dass der Gegenstand irgend einer Verallgemeinerung ein so weit verbreiteter ist, dass es keine Zeit, keinen Raum und keine Combination von Umständen geben kann, die nicht ein Beispiel entweder ihrer Wahrheit oder ihrer Unwahrheit liefern muss, und man sie nie anders als wahr befindet: so kann ihre Wahrheit von gar keinen Combinationen abhängen, außer von solchen, die zu allen Zeiten und allen Orten vorhanden sind, und sie kann durch keinen entgegenwirkenden Einfluss aufgehoben werden, außer durch einen solchen, der tatsächlich niemals eintritt. Es ist daher ein empirisches Gesetz von gleichem Umfang mit aller menschlichen Erfahrung, ein Punkt, bei dem der Unterschied zwischen empirischen und Naturgesetzen verschwindet und der Satz seine Stelle unter den fest begründetsten und umfassendsten Wahrheiten einnimmt, die der Wissenschaft zugänglich sind.⁴³

Nach Mill behauptet ein als Induktionsprinzip verwendeter Satz, der den oben genannten Anforderungen genügt im Grunde nur „...es ist ein Gesetz, dass jeder Vorgang auf irgendeinem Gesetz beruht; es ist ein Gesetz, dass für alles ein Gesetz besteht.“⁴⁴ Die positive Lösung des Induktionsproblems besteht im induktiven Beweis eines empirischen, spezifisch allgemeinen und verifizierten Satzes von größtmöglichem Umfang. Dies aber bedeutet, dass der als Induktionsprinzip verwendete Satz durch gehalterweiternde und wahrheitstransformierende Schlussweisen

Syllogismus immer zu dem Schlußsatze steht: er trägt durchaus nichts zu dem Beweis bei, wohl aber ist er eine nothwendige Bedingung seiner Beweisbarkeit, da sich kein Schlußsatz beweisen läßt, für den man nicht einen gültigen Obersatz aufstellen kann.

⁴³ Mill (1968), Bd. 3, S. 303.

⁴⁴ Mill (1968), Bd. 3, S. 13.

aus logisch schwächeren Prämissen, deren erkenntnislogischer Status noch näher bestimmt werden muss, abzuleiten ist.

Zur Bestimmung des erkenntnislogischen Status der als Prämissen verwendeten Sätze führt Mill umfangreiche Untersuchungen durch. Um als Prämissen der induktiven Ableitung eines Induktionsprinzips überhaupt in Betracht zu kommen, muss deren Wahrheit mit absoluter oder sehr hoher partieller Sicherheit bewiesen sein. Da jedoch ein induktiv-wissenschaftliches Beweis- und Klassifikationsverfahren erst nach einer positiven Lösung des Induktionsproblems entwickelt werden kann, sind sie bloß durch einfache Induktion, durch eine *inductio per enumerationem simplicem*, zu konstituieren. Auf Grund dieses unwissenschaftlichen induktiven Verfahrens, wonach die wiederholte Beobachtung ähnlicher Fälle die Transformation von numerisch allgemeinen Sätzen in spezifisch allgemeine legitimiert⁴⁵, kann spezifisch allgemeinen Sätzen allerdings nur ein geringer Sicherheitsgrad zugeschrieben werden. Damit scheinen sie als Prämissen für die induktive Ableitung eines Induktionsprinzips nur wenig geeignet zu sein. Infolgedessen diskutiert Mill mögliche Strategien um den Sicherheitsgrad dieser Sätze zu erhöhen. Danach kann dieses Ziel durch eine Einbettung des logischen Problems induktiver Ableitungen in kausaltheoretische Überlegungen sowie durch zusätzliche Verifikationen spezifisch allgemeiner Sätze, die das Resultat einer *inductio per enumerationem simplicem* sind, erreicht werden.

Der Ausgangspunkt dieser Überlegungen ist, dass die Wissenschaft nicht bloß spezifisch allgemeine Sätze der Art „Alle Schwäne sind weiß“ sondern vor allem sogenannte einfache, das heißt nicht weiter ableitbare, Kausalgesetze der Form „A ist die Ursache von B“ aufstellt.⁴⁶ Mit „Ursachen“ sind dabei keine wirkenden sondern bloß physische⁴⁷ gemeint und somit Tatsachen die im Rahmen einer bestimmten Situation anderen Tatsachen als Antecedenz unbedingt vorangehen.⁴⁸ Aus den auf Grund von wiederholten Beobachtungen formulierten numerisch allgemeinen Kausalzusammenhängen werden durch die Anwendung der *inductio per enumerationem simplicem* spezifisch allgemeine Kausalgesetze abgeleitet. Als Folge der Anwendung dieses Verfahrens ist deren Wahrheit allerdings nicht als absolut gesichert anzusehen. Zusätzliche Verifikation erhöht jedoch nach Mill deren Sicherheitsgrad, ebenso wie eine Erweiterung ihres Geltungsbereichs, z. B. durch die Entdeckung neuer Bereiche für die sie Gültigkeit besitzen. Denn nach Mill

steht ... die Unsicherheit der Methode der einfachen Aufzählung in umgekehrten Verhältnis zu der Weite der Verallgemeinerung. Das Verfahren ist trügerisch und unzulänglich, genau in dem Maße, als der Gegenstand der Beobachtung eng und an Ausdehnung

⁴⁵ Mill (1968), Bd. 3, SS. 303; 309.

⁴⁶ In diesem Zusammenhang stellt Mill sofort klar, daß er keine metaphysische Erörterung zur Frage von Ursache und Wirkung zu führen gedenkt, zumal diese in das Gebiet der Meta-physik und nicht in das der Erkenntnislogik gehören. Vgl. dazu Mill (1968), Bd. 3, S. 13.

⁴⁷ Mill (1968), Bd. 3, S. 14.

⁴⁸ Mill (1968), Bd. 3, S. 30.

beschränkt ist. Je mehr der Kreis sich erweitert, wird auch diese unwissenschaftliche Methode weniger und weniger unzuverlässig.⁴⁹

Damit aber ist das Problem der induktiven Begründung eines Induktionsprinzips und somit das Induktionsproblem nach Mill gelöst. Als Satz dem der größte Geltungsbereich und die größte Allgemeinheit zugeschrieben wird hat das Induktionsprinzip die Form des Kausalsatzes, wonach

... jedes Ereignis oder der Anfang eines Phänomens eine Ursache haben muss, ein Antecedens, auf dessen Eintritt es unabänderlich und unbedingt erfolgt.⁵⁰

Dieser Kausalsatz wird durch eine *inductio per enumerationem simplicem* aus den einfachen Kausalgesetzen mit geringerem Umfang abgeleitet. Als Gesetz der Ursächlichkeit wird er „... durch diese Methode allein gehörig und befriedigend bewiesen und gestattet keinerlei anderen Beweis.“⁵¹ Und er ist stets gültig. Denn selbst wenn sich nach Mill herausstellen sollte, dass ein einfaches Kausalgesetz falsch ist, ist es doch wieder eine Ursache, wenngleich vielleicht auch eine andere, die mit einer entsprechenden Wirkung verknüpft ist. Nach Mill kennen wir

[v]on dem Gesetz der Ursächlichkeit ... nicht nur keine Ausnahme, sondern die Ausnahmen, welche die besonderen Gesetze einschränken oder anscheinend entkräften, sind soweit davon entfernt, dem allgemeinen Gesetz zu widersprechen, dass sie es vielmehr bekräftigen. Denn in allen Fällen, die unserer Beobachtung zugänglich genug sind, vermögen wir das abweichende Ergebnis entweder auf die Abwesenheit einer Ursache, die in den gewöhnlichen Fällen anwesend war, oder auf die Anwesenheit einer solchen zurückzuführen, die abwesend gewesen war.⁵²

Nach Mill ist das gesuchte Induktionsprinzip somit selbst das Resultat einer *inductio per enumerationem simplicem*, ein Verfahren, das in diesem speziellen Fall seiner induktiven Begründung absolute Gewissheit gewährleistet. Es ist jenes Prinzip, von dem Mill gefordert hat, dass es keine Zeit, keinen Raum und keine Combination von Umständen geben kann bei denen es sich als falsch erweist und das man daher nie anders als wahr befindet. Der als Induktionsprinzip verwendetet Kausalsatz wird einfach durch zusätzliche Erfahrung gestützt und mit jedem wahren einfachen Kausalgesetz erneut bewiesen womit es den Umfang der menschlichen Erfahrung bestimmt. Nach Mill ist das Induktionsprinzip ein synthetischer, spezifisch allgemeiner Satz mit größtmöglichem Geltungsbereich und daher von größter Allgemeinheit, dessen Wahrheit mit absoluter Sicherheit bewiesen ist und dessen Legitimation in der Erfahrung liegt.

⁴⁹ Mill (1968), Bd. 3, S. 302.

⁵⁰ Mill (1968), Bd. 3, S. 295.

⁵¹ Mill (1968), Bd. 3, S. 302.

⁵² Mill (1968), Bd. 3, S. 304.

V. Regeln der kausalen Induktion

Mit diesem Lösungsvorschlag des Induktionsproblems, meint Mill die Grundlagen für die Entwicklung des induktiven Klassifikationsverfahren geschaffen zu haben. Nach Mill ist

Die Induction ... Beweis, erschließen eines Unbekannten aus etwas Bekanntem; sie erreicht daher einen entsprechenden Prüfstein des Beweises, und diesen Prüfstein zu liefern ist die besondere Aufgabe der inductiven Logik.⁵³

Die Regeln, nach denen dieser Beweis geführt werden kann sind dabei die sogenannten Regeln der kausalen Induktion und deren Erweiterungen. Sie stellen im Grunde eine methodologische Umdeutung von Mills philosophischen und wissenschaftlichen Determinismus dar.⁵⁴

Nach Mill besitzen die von den Erfahrungswissenschaften aufgestellten grundlegenden spezifisch allgemeinen Sätze (Naturgesetze) die Form von einfachen, das heißt nicht weiter reduzierbaren, Kausalgesetzen. Diese streng allgemeinen Sätze der Form „A ist die Ursache von B“ können seiner Ansicht nach nun mit Hilfe von fünf Regeln, der „Methode der Übereinstimmung“, „der Differenzenmethode“, der „indirekten Differenzenmethode“, der „Methode der Rückstände“ und der „Methode der Begleitveränderungen“ als wahr bewiesen werden.⁵⁵ Der Sicherheitsgrad mit dem dabei die Wahrheit der durch diese Regeln bewiesenen Sätze ausgestattet ist,

⁵³ Mill (1968), Bd. 2, S. 357.

⁵⁴ Als philosophischer oder metaphysischer Determinist behauptet Mill, daß alle Ereignisse im Universum vorherbestimmt sind. Es gibt nach Mill „... in dem bekannten Theil des Weltalls kein Ding, das entsteht, kein Ereignis, das eintritt, welches nicht durch eine Gleichförmigkeit, durch eine unabänderliche Succession mit einem oder mehreren unter den ihm vorangehenden Phänomenen verknüpft ist, so daß es wieder auftreten wird, so oft jene Erscheinungen wieder eintreten und so lange keine andere Erscheinung, welche die Natur einer gegenwirkenden Ursache besitzt, damit zusammenbestehen wird.“ Mill (1968), Bd. 3, S. 38.

Diese philosophische Position, die eben nichts weiter behauptet, als daß alle Ereignisse vorherbestimmt sind, wird von Mill in eine weitaus stärkere, die eine Behauptung über die Erklärbarkeit solcher Ereignisse aufstellt, umgedeutet. Danach gibt es keine prinzipiellen Grenzen hinsichtlich der Erklärung von Ereignissen, sofern genügend Information vorhanden ist. Diese, als wissenschaftlicher Determinismus zu bezeichnende Position, eine Position die etwas über die Wissenschaft und nicht wie die Position des philosophischen Determinismus, etwas über die Struktur des Universums behauptet, formuliert Mill wie folgt: „Den Zustand des Weltalls in jedem Augenblicke halten wir für die Folge seiner Zustände im vorangehenden Augenblicke, so daß Jeder, der alle Agentien, die im gegenwärtigen Augenblick vorhanden sind, ihre Verteilung im Raume und ihre Eigenschaften, mit anderen Worten, die Gesetze ihrer Wirksamkeit kenne, die ganze Geschichte des Weltalls vorhersagen könnte ...“ Mill (1968), Bd. 3, S. 38. Vgl. dazu auch Popper (1983); (1982).

Diese beiden deterministischen Positionen bereiten Mill sehr große Schwierigkeiten bei seinen Ausführungen zur Wissenschaftstheorie der Sozialwissenschaften; fast könnte man hier von einem Altraum sprechen. Vgl. dazu z. B. das zweite Kapitel im VI. Buch der *Logik* mit dem Titel „Von Freiheit und Nothwendigkeit“, Mill (1968), Bd. 4, SS. 234 ff.

⁵⁵ Mill (1968), Bd. 3, Kap. VIII, XI, XIV.

ist jedoch nach Mill von der angewendeten Regel selbst abhängig. Im Grunde erweist sich hier die Differenzenmethode letztlich als die einzige nach der ein Kausalgesetz mit absoluter Sicherheit als wahr klassifiziert werden kann. Kausalgesetze, die nach den anderen Regeln bewiesen wurden, können nur mit geringerer Sicherheit als wahr klassifiziert werden. Neben diesen engeren fünf Regeln der kausalen Induktion entwickelt Mill noch eine Reihe von weiteren Klassifikationsregeln, die sogenannte „deduktive Methode“, die „Methode der Hypothesen“, die „inverse deduktive Methode“ und die „Methode der Erklärung oder Ableitung von Naturgesetzen“.⁵⁶ Die Notwendigkeit für die Entwicklung dieser Regeln folgt nach Mill aus dem Umstand, dass die Anwendbarkeit vor allem der fünf engeren Regeln der kausalen Induktion wesentlich von der Struktur und der Komplexität des zu untersuchenden Universums abhängt. Da Mill in dem Prinzip der Existenz ähnlicher Fälle und damit in der Möglichkeit der Wiederholung eine zentrale Voraussetzung für die Anwendbarkeit induktiver Verfahren erblickt, glaubt er, dass die fünf engeren Regeln der kausalen Induktion vor allem dort zur Anwendung gebracht werden können, wo tatsächlich Bedingungen herrschen, Beobachtungen wiederholt durchführen zu können. Dies gilt nach Mill primär für die so genannten experimentellen Wissenschaften, da hier die entsprechenden Situationen künstlich hervorgerufen werden können. Demgegenüber sind nach Mill diese Möglichkeiten wiederholter Beobachtungen in einer Reihe von anderen Wissenschaften nur in beschränktem Maße, oder überhaupt nicht gegeben. In diesen Wissenschaften wie etwa in der Psychologie und in der Sozialwissenschaft sind daher auch jene Klassifikationsregeln anzuwenden die Mill als Ergänzung zu jenen engeren Regeln der kausalen Induktion anführt.

Die Ausgangsbasis für die Anwendung dieser Regeln bilden dabei zunächst Beobachtungssätze, die die Aufeinanderfolge von bestimmten Ereignissen oder Vorgängen konstatieren. Ein Satz, der die beobachtete Aufeinanderfolge von Ereignissen oder Vorgängen beschreibt, stellt demnach einfach fest, dass auf bestimmte Umstände – dem Antecedens – gewisse andere Ereignisse oder Vorgänge – das Consequens – gefolgt sind. Nach Mill zeigt aber der Vergleich dieser von den empirischen Wissenschaften gesammelten Beobachtungssätze nicht nur, dass ein bestimmtes Antecedens einem zweiten niemals völlig gleicht, sondern darüber hinaus, dass bereits der kleinste Unterschied in den Antecedentien die größten Unterschiede in den Konsequenzen zur Folge haben kann. Diese Einsicht ist für ihn nun der zentrale Ausgangspunkt aller weiteren Überlegungen. Denn diese Einsicht zeigt, dass offenbar nicht sämtliche, ein Antecedens konstituierenden Umstände für den als Konsequenz zu beobachteten Vorgang gleichermaßen Relevanz besitzen. Wird das Ziel der Erfahrungswissenschaften in der Aufstellung von spezifisch allgemeinen Sätzen erblickt, d. h. von Sätzen die notwendig und unbedingt geltende Zusammenhänge beschreiben, so kommt es bloß darauf an, unter den ein Antecedens konstituierenden Umständen jenen zu ermitteln, der als spezifisches Antecedens notwendig das Consequens bedingt. Nach Mill haben die Erfahrungs-

⁵⁶ Mill (1968), Bd. 3, Kap. XI, XIV.

wissenschaften aus den vorliegenden Beobachtungssätzen durch die Anwendung der fünf Regeln der kausalen Induktion zunächst den unbedingten und gleichförmigen Zusammenhang eines bestimmten Antecedens und eines bestimmten Konsequens und somit Sätze der Form: „A ist das unbedingte Antecedens des Konsequens B“ zu bestimmen. Ist aber der materielle Wahrheitsbeweis – der formale wird durch den Kausalsatz geleistet – eines solchen notwendigen Zusammenhangs etwa durch die Durchführung von Experimenten geglückt, so sind diese als Kausalgesetze zu apostrophieren. Dabei dürfen nur solche Antecedentien als Ursache bezeichnet werden, deren Konsequens durch einen Induktionsschluss, das heißt nicht mit dem als Induktionsprinzip fungierenden Kausalsatz in Widerspruch stehend, als unbedingte und somit als deren Wirkung bewiesen wurde.

Schematisch kann dieses von Mill angegebene Verfahren für zwei Regeln exemplarisch wie folgt dargestellt werden: Nach Mill besagt die „Methode der Übereinstimmung“:

Wenn zwei oder mehr Instanzen des zu erforschenden Phänomens nur einen Umstand gemein haben, so ist der Umstand, in dem allein alle Instanzen übereinstimmen, die Ursache (oder Wirkung) des gegebenen Phänomens.⁵⁷

Aus den drei Beobachtungssätzen mit den Antecedentien (A, B, C, D), (A, E, F, G) und A, H, I, K) und dem jeweils auf diese Antecedentien folgenden Konsequens W, darf nach Mill geschlossen werden, dass „A die Ursache von W“ ist. Aus

A, B, C, D — W
 A, E, F, G — W
A, H, I, K — W

folgt: A ist die Ursache von W.

Demgegenüber besagt die „Differenzenmethode“:

Wenn eine Instanz, in der das zu erforschende Phänomen eintritt und eine Instanz, in der es nicht eintritt, jeden Umstand bis auf einen gemein haben, indem dieser eine nur in der ersten vorhanden ist: so ist der Umstand, in dem die beiden Instanzen von einander abweichen, die Wirkung oder die Ursache oder ein unentbehrlicher Theil der Ursache des Phänomens.⁵⁸

Aus dem Beobachtungssatz mit dem Antecedens (A ... P, Q) und dem Konsequens W, und dem Beobachtungssatz mit dem Antecedens (A ... P) und dem Konsequens NON W darf nach Mill geschlossen werden, dass Q die Ursache von W ist. Aus

A ... P, Q – W
A ... P, NON-W

folgt: Q ist die Ursache von W.

⁵⁷ Mill (1968), Bd. 3, S. 90.

⁵⁸ Mill (1968), Bd. 3, SS. 91, 92.

Die Wahrheit von Kausalgesetzen dieser Art gilt jedoch nach Mill nur dann als absolut sicher, wenn der materielle Beweis dieses Zusammenhangs über experimentelle Methoden geführt werden kann, und dieser Zusammenhang dem allgemeinen als Induktionsprinzip verwendeten Kausalsatz nicht widerspricht. Andernfalls sind Kausalgesetze dieser Art nur mit partieller Sicherheit als wahr zu klassifizieren.

Da hier nur das Prinzip der von Mill durch die Regeln der kausalen Induktion intendierten Beweisführung dargestellt werden sollte, und die von Mill zur Klassifikation von Sätzen entworfenen Klassifikationsregeln in modernen Büchern der Wissenschaftslogik kaum mehr Erwähnung finden, wird auf die restlichen drei Klassifikationsregeln nicht näher eingegangen.⁵⁹ Wie aber diese schematische Betrachtung zeigt, versucht Mill die Frage der Sicherheit induktiver Schlüsse gleichsam durch eine Trennung der notwendigen und hinreichenden Bedingungen unter denen Induktionsschlüsse gültig wären, zu lösen. Denn während die von ihm angegebenen Klassifikationsregeln gewissermaßen als die für den Wahrheitsbeweis eines Kausalgesetzes erforderlichen hinreichenden Bedingungen angesehen werden können, formuliert der Kausalsatz die notwendige. Als Induktivist, der in der notwendigen Bedingung des logischen Beweises für die Gültigkeit von Induktionsschlüssen kein unlösbares Problem erblickt, konzentriert sich Mill vor allem auf die hinreichenden Bedingungen des Wahrheitsbeweises. In diesem Zusammenhang könnte man auch gleichsam von einem formalen und von einem materiellen Induktionsprinzip sprechen.⁶⁰ Während der Kausalsatz die logische Gültigkeit gehaltesweiternder und wahrheitstransformierender Schlussweisen sicherstellt und nach Mill auch durch ein einfaches falsches Kausalgesetz nicht widerlegt werden kann, besteht die Aufgabe der Regeln der kausalen Induktion in der inhaltlichen Absicherung der einfachen Kausalgesetze um sie mit größtmöglicher Sicherheit als wahr zu klassifizieren.

Wie bereits erwähnt hängt nach Mill die Möglichkeit die Wahrheit einer Behauptung mit absoluter oder doch mit möglichst hoher partieller Sicherheit zu klassifizieren wesentlich von der vorliegenden ontologischen Struktur des zu untersuchenden Universums ab. Je stärker das zu untersuchende Universum durch „Wiederholung“, „Regelmäßigkeit“ oder „Naturkonstanz“ ausgezeichnet ist, umso größer ist nach Mill die Möglichkeit die Wahrheit von Behauptungen unter Anwendung der Regeln der kausalen Induktion mit absoluter oder größtmöglicher partieller Sicherheit zu klassifizieren. Zu beachten ist dabei, dass natürlich jene Regeln, die nicht zu dem engeren Bereich der fünf Regeln der kausalen Induktion zu rechnen sind, wie etwa die Methode der Deduktion oder die Methode der Hypothesen, ebenfalls dem Ziel dienen wissenschaftliche Behauptungen mit möglichst hoher partieller Sicherheit zu klassifizieren. Eine wichtige Regel, die nach Mill vor allem dann zur Anwendung kommt, wenn die Voraussetzungen für die Anwendung

⁵⁹ Eine Ausnahme bildet hier z. B., *Kahane* (1990).

⁶⁰ Vgl. z. B. *Heymans* (1915).

der fünf engeren Regeln der kausalen Induktion nicht gegeben sind, ist die Methode der Deduktion.⁶¹ Sie besteht aus drei verschiedenen Schritten, einem induktiven, einem deduktiven und einem verifizierenden. Im Rahmen des induktiven Schritts, werden dabei spezifisch allgemeine Sätze aus singulären Sätzen induktiv abgeleitet, wobei jedoch die Wahrheit dieser Sätze mit keiner sehr hohen partiellen Sicherheit ausgestattet werden kann, da die engeren Regeln der kausalen Induktion in diesen Fällen nicht zur Anwendung gelangen können. Entsprechend der Mill'schen Theorie über die Beweiskraft deduktiver Ableitungszusammenhänge liegt die Erklärung dieses geringen Sicherheitsgrades in der unsicheren Basis aus denen die spezifisch allgemeinen Sätze induktiv abgeleitet wurden und denen daher als Prämissen des deduktiven Ableitungszusammenhanges ebenfalls nur ein geringer Sicherheitsgrad zugeschrieben werden kann. Um daher Sätze dieser Art sicherer zu machen bedarf es eines zweiten deduktiven Schritts, der ihre Implikationen analytisch entfaltet. Diese analytische Entfaltung kann jedoch die Sicherheit der Klassifikation dieser Sätze keineswegs erhöhen, da die Sicherheit der Prämissen eines deduktiven Schlusses von jenen Sätzen abhängt aus denen sie induktiv abgeleitet wurden. Dennoch besteht nach Mill in diesem Fall eine Möglichkeit spezifisch allgemeine Sätze mit einer höheren als der ursprünglichen Sicherheit auszustatten. Nach Mill wächst die partielle Sicherheit spezifisch allgemeiner Sätze mit der Zunahme ihrer Verifikationen. Wird ein spezifisch allgemeiner Satz analytisch entfaltet und werden diese Implikationen verifiziert, so werden hiedurch zwar keine neuen Erkenntnisse gewonnen, doch wird die Geltung des Satzes für stets größer werdende Bereiche garantiert. Zunehmende Verifikation erhöht den Sicherheitsgrad mit dem solche Sätze als wahr klassifiziert werden können.⁶² Dies bedeutet aber nach Mill auch, dass in jenen Fällen in denen die aus einem spezifisch allgemeinen Satz abgeleiteten Ergebnisse keine Verifikation erfahren haben, der spezifisch allgemeine Satz bzw. diese Theorie nicht als widerlegt anzusehen ist. Der Sicherheitsgrad der vorliegenden Theorie oder des vorliegenden Satzes hat sich einfach nicht erhöht und die Theorie gilt weiterhin als unvollkommen und unzuverlässig. Mill schreibt:

Aber wenn unsere Deductionen zu dem Ergebnis geführt haben, dass aus einer bestimmten Vereinigung von Ursachen eine gegebene Wirkung hervorgehen würde: dann müssen wir in allen Fällen, wo wir wissen, dass diese Vereinigung bestanden hat, und wo die Wirkung doch nicht erfolgt ist, nachweisen (oder wenigstens mit Wahrscheinlichkeit vermuthen) können, was sie vereitelt hat; können wir das nicht, so ist die Theorie noch unvollkommen und unzuverlässig.⁶³

Eine Variante der Methode der Deduktion ist die Methode der Hypothesen, die dann zur Anwendung gelangt, wenn die Grundlage, das heißt die Beweiskraft der

⁶¹ *Mill*, (1968), Bd. 3, Kap. XI.

⁶² Zur Kritik eines solchen Ansatzes vgl. *Popper* (1984), neue Anhänge, Anhang *XVIII und *XIX.

⁶³ *Mill* (1968), Bd. 3, S. 176.

Prämissen, die dem induktiven Schluss zu Grunde liegt, geringer ist als im Falle der Methode der Deduktion. Andere Möglichkeiten den Sicherheitsgrad von Behauptungen zu erhöhen erblickt Mill etwa in der Methode der Ableitung von Gesetzen bei der spezifisch allgemeine Sätze oder auch nur empirische Gesetze aus Gesetzen, denen ein höherer Sicherheitsgrad zugeschrieben wird, abgeleitet werden. Tatsächlich handelt es sich hiebei, ähnlich wie im Falle der Regeln der kausalen Induktion, um die methodologische Umdeutung einer philosophischen oder ontologischen Position Mills, nämlich seines ontologischen Reduktionismus.⁶⁴

VI. Klassifikationsregeln und Sozialwissenschaften

Entsprechend der von ihm verfolgten allgemeinen Intention seines Werkes diskutiert Mill im VI. Buch seiner *Logik* insbesondere auch die Frage des Sicherheitsgrades mit dem sozialwissenschaftliche Behauptungen klassifiziert werden können. Dass die von ihm für die Sozialwissenschaften propagierten und adaptierten Regeln methodologische Umdeutungen seiner philosophischen Positionen sind, zeigt sich dabei mit besonderer Deutlichkeit. Da Mill die soziale Welt als Teil des gesamten die Welt bestimmenden Kausalzusammenhanges begreift, gibt es seiner Ansicht nach eigentlich kein autonomes soziales Universum und auch keine autonome Sozialwissenschaft.⁶⁵ Mill meint zwar, dass soziale Regelmäßigkeiten und Gesetze aus dem Zusammenspiel der Handlungen der Menschen resultieren, allerdings nicht, wie etwa der philosophische Individualismus und dessen methodologische Umdeutung behaupten, als ungeplante Regelmäßigkeiten. Da die Handlungen der Menschen aus ihrem Fühlen und Wollen entspringen sind diese zwar individualistisch zu erklären, jedoch nicht nach den Prinzipien des methodologischen Individualismus sondern psychologisch.⁶⁶

Nach Mill kommt im Rahmen der Sozialwissenschaften den Erkenntnissen der Psychologie die größte Sicherheit zu. Diese Sicherheit folgt zum Teil aus den Gesetzen der Physiologie zum anderen aber auch weil die Psychologie bis zu einem gewissen Grade als experimentelle Wissenschaft die Regeln der kausalen Induktion zur Anwendung bringen kann. Die Erkenntnisse der theoretischen Sozialwissenschaften im Sinne von theoretischen Gesellschaftswissenschaften sind jedoch nur mit geringerer Sicherheit ausgestattet, da in sozialen Situationen der Komplexitätsgrad wirkender Ursachen außerordentlich hoch sein kann. Während in manchen Wissenschaften wie z. B. der Ethologie⁶⁷, man die Gesetzmäßigkeiten mit einem ziemlich hohen Grad an Sicherheit ausstatten kann, da sie im wesentlichen aus den weitaus sicheren Gesetzmäßigkeiten der Psychologie abgeleitet werden

⁶⁴ Vgl. *Popper* (1966), S. 89 ff.

⁶⁵ Vgl. *Popper* (1966), S. 89.

⁶⁶ Vgl. *Hayek* (1949).

⁶⁷ *Mill* (1968), Bd. 4, S. 262.

können, ist dieser Sicherheitsgrad in den theoretischen Sozialwissenschaften nicht zu erreichen. Obgleich die Gesetzmäßigkeiten der theoretischen Sozialwissenschaften prinzipiell aus dem Zusammenspiel der psychologischen Gesetze resultieren, kann deren Wahrheit infolge der ungeheuren Komplexität wirkender Ursachen nicht mit absoluter Sicherheit klassifiziert werden.

Eine Möglichkeit die Sicherheit von als wahr behaupteten sozialen Regelmäßigkeiten zu erhöhen besteht nach Mill allerdings in der Anwendung der sogenannten inversen deduktiven Methode⁶⁸. Im Rahmen dieser Methode werden zunächst empirische Gesetze, das heißt numerisch allgemeine Sätze aufgestellt; diese empirischen Gesetze werden sodann aus mit Sicherheit als wahr erwiesenen Gesetzen anderer Disziplinen rekonstruiert, sodass deren Sicherheit sich auf jene der theoretischen Sozialwissenschaften überträgt. Allerdings meint Mill, dass empirische Regelmäßigkeiten kaum in gegebenen sozialen Situationen zu entdecken wären, da gerade in konkreten historisch gegebenen sozialen Situationen der hohe Komplexitätsgrad der wirkenden Ursachen und das Zusammenspiel einer Unzahl von Kausalgesetzen die Entstehung von Regelmäßigkeiten eigentlich verhindert.

Da in diesem Bereich die theoretischen Sozialwissenschaften keine empirischen Gesetze aufstellen können, sucht Mill Bereiche in denen dies eventuell gelingen könnte. Durch eine Analogie, die die Entwicklung der Gesellschaft mit jener eines Organismus vergleicht, schließt er, dass es auf sozialem Gebiet allgemeine Regelmäßigkeiten geben muss, die, ähnlich jenen, die die Zustände von Organismen, steuern, die verschiedenen Zustände von Gesellschaften bestimmen. Nach Mill besteht daher

„... das Grundproblem der Gesellschaftswissenschaft [darin], die Gesetze zu finden, nach denen ein Zustand der Gesellschaft denjenigen der ihm nachfolgt und an seine Stelle tritt, erzeugt.“⁶⁹

Empirische Regelmäßigkeiten dieser Art sind durch ein Studium der Geschichte zu entdecken. Können diese im Rahmen der inversen deduktiven Methode aus absolut sicheren Kausalgesetzen abgeleitet werden, wie z. B. aus jenen der Psychologie, so kann ihnen spezifische Allgemeinheit und ein hoher Sicherheitsgrad zugeschrieben werden. Wenn

[d]ie Geschichte, . . . , . . . umsichtig befragt wird, [bietet sie] empirische Gesetze des gesellschaftlichen Lebens dar. Und das Problem der *allgemeinen Gesellschaftswissenschaft* ist es, diese zu ermitteln und sie an die Gesetze der menschlichen Natur zu knüpfen, welche darthun, dass dies die Folge-Gesetze sind, welche auf Grund jener letzten Gesetze naturgemäß zu erwarten waren.“⁷⁰

Das zentrale Ziel der Sozialwissenschaften besteht demnach darin, jene Gesetzmäßigkeiten zu finden nach denen sich historische Epochen ablösen, wobei diese

⁶⁸ Mill (1968), Bd. 4, S. 323.

⁶⁹ Mill (1968), Bd. 4, S. 325.

⁷⁰ Mill (1968), Bd. 4, S. 329.

aus der Psychologie der Menschen abzuleiten sind, da sie hier durch mit größtmöglicher Sicherheit als „wahr“ klassifiziert werden können. Neben den Methoden oder Regeln der Deduktion und der inversen Deduktion, findet nach Mill in den Sozialwissenschaften – aber nicht nur in diesen – noch eine weitere Beweis- oder Klassifikationsregel Anwendung. Dies ist die Methode der Hypothesen.⁷¹ Wie alle anderen Beweis- oder Klassifikationsregeln dienen auch sie zur Bestimmung des Sicherheitsgrades mit dem spezifisch allgemeine Sätze als „wahr“ klassifiziert werden können. Bei dieser Methode handelt es sich um eine Variante der Methode der Deduktion, bei der jedoch, der induktive Schritt keine beweiskräftige Relevanz besitzt. Während bei der Methode der Deduktion im ersten, induktiven Schritt die Wahrheit von einfachen Kausalgesetzen durch die fünf Regeln der kausalen Induktion im engeren Sinne mit absoluter oder partieller Sicherheit bewiesen wird, ist diese Vorgangsweise nach Mill in den Sozialwissenschaften vielfach nicht möglich. In diesen Fällen ist man gezwungen auf Annahmen oder Hypothesen zurückzugreifen, deren Wahrheit jedoch weder mit absoluter noch mit partieller Sicherheit als bewiesen gilt. Ähnlich wie bei der Methode der Deduktion werden bei der Methode der Hypothesen Schlussfolgerungen deduktiv gezogen, die einfache Kausalgesetze darstellen. Während aber bei der Methode der Deduktion, aus einfachen Kausalgesetzen weitere Kausalgesetze deduktiv erschlossen werden, deren anschließende Verifikation den Sicherheitsgrad der als Prämissen verwendeten Kausalgesetze erhöht, fordert die Methode der Hypothesen eine zusätzliche Ableitung dieser Schlussfolgerungen, aus einfachen mit absoluter Sicherheit als wahr klassifizierten Kausalgesetzen die unter Umständen aus anderen Wissensgebieten stammen. Um die aus Annahmen oder Hypothesen in Form von einfachen Kausalgesetzen abgeleiteten Schlussfolgerungen als wissenschaftliche Erkenntnis klassifizieren zu können, bedarf es ihrer Rekonstruktion aus dem Zusammenspiel von einfachen Kausalgesetzen, deren Wahrheit mit absoluter Sicherheit bewiesen ist, wie z. B. aus jenen der Psychologie, sodass sich deren Sicherheit auch auf jene Schlussfolgerungen überträgt.

Sowohl die Methode der inversen Deduktion, die Methode der Deduktion mit ihren drei Schritten Induktion-Deduktion-Verifikation, wie aber auch die Methode der Hypothesen mit ihren Schritten Phantasie-Deduktion-Rekonstruktion (vollständige Induktion), wurde von Mill bereits in einer, vor der Veröffentlichung der *Logik* verfassten und publizierten Arbeit entwickelt, deren Bedeutung Schneider in seinem Kommentar einmahnt. Bei dieser Arbeit handelt es sich um einen Essay mit dem Titel „On the Definition of Political Economy; and the Method of Philosophical Investigation in that Science“, der 1836 in der *London & Westminster Review* veröffentlicht wurde. In einer überarbeiteten Version wurde diese Arbeit zusammen mit anderen unveröffentlichten, aber ebenfalls vor dem Erscheinen der *Logik* entstandenen Arbeiten, nach der Publikation der *Logik* mit dem Titel „Essays on Some Unsettled Questions of Political Economy“ veröffent-

⁷¹ Mill (1968), Bd. 3, S. 202 ff.

licht.⁷² Mill selbst dürfte allerdings die Bedeutung dieser Arbeit mit dem VI. Buch der *Logik* als überholt betrachtet haben. In der Einleitung zu diesem VI. Buch⁷³ der *Logik* hebt Mill insbesondere hervor, dass er diese Ausführungen zur Wissenschaftstheorie der Sozialwissenschaften im wesentlichen als eine Art Anhang zu den vorangegangenen fünf ersten Büchern ansieht, die eine allgemeine Wissenschaftslehre darstellen und daher auch für die Sozialwissenschaften gültig sind.⁷⁴ Das Hauptziel dieses Anhangs besteht demnach darin, die Frage der Anwendbarkeit, der in den ersten fünf Büchern der *Logik* entwickelten Beweis- und Klassifikationsregeln in den Sozialwissenschaften zu prüfen.⁷⁵ Aber auch die Korrespondenz zwischen Mill und Theodor Gomperz, dem Herausgeber der deutschen, von Mill autorisierten, Werkausgabe, scheint darauf hinzudeuten, dass Mill diese Arbeit als überholt betrachtet hat, da er sich nicht entschließen konnte sie in die deutsche Werkausgabe aufzunehmen.⁷⁶

In dem oben genannten überarbeiteten Essay der unter dem Titel „Über die Definition der politischen Ökonomie und die ihr angemessene Forschungsmethode“ auf deutsch 1976 erstmals publiziert wurde⁷⁷ und auf den sich Schneider primär bezieht, unterscheidet Mill zwei Arten der in den Sozialwissenschaften zur Anwendung kommenden Methoden, nämlich die „a-posteriori-Methode“ und die „a-priori-Methode“, die er wie folgt erläutert:

Die erste dieser beiden Methoden ist eine rein induktive Methode, die zweite eine Mischung aus Induktion und vernünftiger Schlussfolgerung.⁷⁸

Als radikaler Empirist grenzt Mill dabei die Bezeichnung „a-priori-Methode“ sofort auf seine bloß verfahrenstechnische Bedeutung ein, um so etwaigen Missverständnissen vorzubeugen, wonach er die Sozialwissenschaften im Rahmen der erkenntnistheoretischen Position eines Apriorismus zu begründen wünsche.⁷⁹ Im Anschluss daran charakterisiert Mill die a-priori-Methode teilweise im Sinne der

⁷² Vgl. hierzu *Mill* (1974), S. 229 ff.

⁷³ *Mill* (1968), Bd. 4, S. 229 ff.

⁷⁴ Mill schreibt: „Im Wesentlichen ist was in einem Werk wie das gegenwärtige für die Logik der moralischen Wissenschaften geschehen kann, bereits in den fünf vorhergehenden Büchern geleistet worden oder hätte dort geleistet werden sollen, so daß das gegenwärtige Buch nur eine Art von Anhang oder Ergänzung dazu bilden kann. Denn ist es mir gelungen die Methoden der Wissenschaft im Allgemeinen aufzuzählen und darzustellen, so müssen auch diejenigen, die sich auf die moralischen und sozialen Wissenschaften anwenden lassen, darunter bereits ihre Stelle gefunden haben.“ *Mill* (1968), Bd. 4, S. 233.

⁷⁵ *Mill* (1968), Bd. 4, S. 234.

⁷⁶ Vgl. *Nutzinger* (1976), S. 7.

⁷⁷ *Nutzinger*, (1976).

⁷⁸ *Mill* (1976), S. 166.

⁷⁹ „Wir sind uns dessen bewußt, daß dieser letztere Ausdruck gelegentlich dazu benutzt wird, eine angebliche Art des Philosophierens zu bezeichnen, die keinerlei Anspruch erhebt, sich auf Erfahrung zu gründen. Wir kennen jedoch keine Art des Philosophierens, ... auf die eine solche Beschreibung wirklich zutrifft.“ *Mill* (1976), S. 166.

Methode der Deduktion („Mischung aus Induktion und vernünftiger Schlussfolgerung“) und teilweise im Sinne der Methode der Hypothesen (schließen aus angenommenen Hypothesen), wie er sie später in der *Logik* entwickelt.

Mit a-priori-Methode meint Mill „... das Folgern von einer angenommenen Hypothese aus.“⁸⁰ Auch in dieser Arbeit erörtert er nun die Frage der Sicherheit mit der die aus den Hypothesen gefolgerten Resultate auszustatten sind. Dieses Problem erhebt sich vor allem in der Politischen Ökonomie, da die Hypothesen „... *angenommene* Prämissen [sind], ... Prämissen also, die möglicherweise keinerlei Grundlage in der Wirklichkeit haben, und von denen man auch nicht behauptet, dass sie völlig der Wirklichkeit entsprechen.“⁸¹ Da diese Prämissen auf Grund des mangelnden oder gar fehlenden Beweismaterials induktiv nicht gestützt sind, können sie mit nur einem äußerst geringen Sicherheitsgrad – wenn überhaupt – als „wahr“ klassifiziert werden. Für den Induktivisten Mill, für den es nur induktive Beweise gibt, stellt sich damit aber insbesondere für die Politische Ökonomie die Frage mit welchem Sicherheitsgrad die Wahrheit ökonomischer Theorien ausgestattet werden kann. Wenn ökonomische Theorien oder Modelle Annahmen verwenden, die nur wenig oder auch gar nicht realistischen Situationen entsprechen, so stellt sich nach Mill die Frage ob diese Theorien oder Modelle in irgendeinem Sinne überhaupt als „wahr“ und damit als wissenschaftliche Erkenntnis zu klassifizieren sind, das heißt ob die Politische Ökonomie überhaupt als Erfahrungswissenschaft konstituiert werden kann.

Mill versucht dieses Problem der induktiven Stützung ökonomischer Theorien durch sein Konzept der Tendenzen zu lösen. Entsprechend seinem kausalen Weltbild, betont er, dass die soziale Welt Teil des kausalen Gesamtzusammenhanges ist. In ihr wirken durch hochkomplexe Interaktion nicht bloß physikalische oder andere naturwissenschaftliche Faktoren, sondern ebenso psychologische, sodass sie gleichsam an der Spitze in der Hierarchie des Zusammenspiels der wirkenden Ursachen steht. Um soziale Ereignisse als Wirkung des Zusammenspiels dieser Vielzahl von zusammenwirkenden Ursachen zu erklären, bedarf es einer Abschätzung der relevanten und irrelevanten Einflussfaktoren, das heißt jener Kausalgesetze die für das Entstehen eines Ereignisses von Bedeutung und solcher die es nicht, oder nur in geringem Maße, sind. Mill versucht demnach soziale Ereignisse womöglich als Wirkung eines einzigen, oder aber eines einzigen Systems weniger Kausalgesetze, das die Abfolge von Ereignissen beschreibt, zu erklären. Einen solchen Kausalzusammenhang, der eine Abfolge von Ereignissen beschreibt nennt er dann Tendenz.

Natürlich weiß Mill, dass z. B. das Profitmotiv in sozialen Situationen nicht ausschließlich die Ursache menschlichen Handelns ist, sowie Naturwissenschaftler wissen, dass der Luftwiderstand in manchen konkreten Untersuchungssituationen vernachlässigbar, in anderen jedoch sehr wohl zu berücksichtigen ist. Und so wie

⁸⁰ Mill (1976), S. 166.

⁸¹ Mill (1976), S. 167.

die Naturwissenschaftler versuchen, irrelevante Faktoren von relevanten zu trennen und sie zu spezifizieren, so versucht Mill, eine entsprechende Methode für die Sozialwissenschaften, aber auch für andere Naturwissenschaften zu entwickeln, in denen keine Experimente durchführbar und die fünf engeren Regeln der kausalen Induktion nicht anwendbar sind. Dabei meint er die induktive Stützung der vielfach so realitätsfern erscheinenden Annahmen ökonomischer Theorien durch die Forderung zu erreichen, dass deren Konsequenzen durch einfache, als sicher geltende, Kausalgesetze wie z. B. aus jenen der Psychologie, rekonstruiert werden.⁸² Darüber hinaus ist nach Mill die a-posteriori-Methode, das heißt eine rein induktive Methode, zwar in den Sozialwissenschaften ungeeignet die Wahrheit einfacher Kausalgesetze durch gehalterweiterende und wahrheitstransformierende Schlussweisen mit absoluter oder partieller Sicherheit zu beweisen. Dennoch ist sie aber seiner Ansicht nach „... von großem Wert ... um die Wahrheit ... [von Behauptungen] ... zu verifizieren, [das heißt sie zu beweisen und damit] ... die Unsicherheit auf ein Minimum zu reduzieren ... , [die] ... aus der Komplexität jedes einzelnen Falles und aus der Schwierigkeit ... resultiert, *a priori* sicher zu sein, dass ... auch wirklich alle wesentlichen Umstände berücksichtigt ...“ wurden.⁸³

Mills zentrales Problem der *Logik*, die Frage der Sicherheit wissenschaftlicher Erkenntnis steht demnach auch in dieser frühen Arbeit im Mittelpunkt der methodologischen Diskussion, wobei die sogenannte a-priori-Methode, weitestgehend der in der *Logik* entwickelten und wesentlich präziser formulierten Methode der Hypothesen entspricht. Entgegen Schneider, wonach sich Mills Ausführungen zur Induktion nicht auf die Politische Ökonomie beziehen, da dieser im VI. Buch seiner *Logik* auf Überlegungen seiner früheren Arbeit „Über die Definition der politischen Ökonomie und die ihr angemessene Forschungsmethode“ zurückgreift, zeigt eine Rekonstruktion der Problemsituation und der internen Argumentation Mills somit ein etwas anderes Bild. Mills a-priori-Methode erscheint in der *Logik* als Methode der Hypothesen, die als induktive Beweis- oder Klassifikationsregel im dritten Buch der *Logik*- dem zentralen Buch zur Induktion – entwickelt wird.⁸⁴ Mills Problem besteht nicht darin die Verwendung von ceteris paribus Bedingungen zu erklären oder gar einen neoklassischen Rahmen vorwegzunehmen. Auch in seinen frühen Arbeiten besteht sein Problem darin Beweis- und Klassifikationsregeln zu entwickeln und zu zeigen wie Theorien, deren Prämissen keine oder nur wenig induktive Stützung besitzen, dennoch durch induktive Stützung sicherer gemacht werden können.

Schneider erblickt auch in Mills Idee der Tendenzen einen entscheidenden Beitrag zur Methodologie der Sozialwissenschaften. Interessanterweise geht er in diesem Zusammenhang nicht auf die Kritik dieser Idee ein.⁸⁵ Diese Kritik zeigt vor

⁸² Mill (1976), S. 171.

⁸³ Mill (1976), S. 174.

⁸⁴ Mill (1968), Bd. 3 insbesondere S. 208 ff.

⁸⁵ Popper (1969) Abschn. 27 und 28.

allem, dass diese Idee Mills logisch nicht haltbar ist und auf einen sehr unklaren Gebrauch nicht nur des Begriffs der „Ursache“, sondern auch generell auf den des Begriffs der „Annahmen“ in ökonomischen Theorien zurückzuführen ist.⁸⁶ Schneider scheint Mills methodologische Überlegungen zur Frage wirkender und störender Ursachen im Sinne von *spezifizierten ceteris paribus* Bedingungen zu deuten, das heißt, dass dann der Begriff der „Ursache“ im Sinne eines Einzelereignisses interpretiert wird. Wie eine Analyse der Struktur singulärer Erklärungen zeigt können die singulären Randbedingungen des Explanans, die Einzelereignisse beschreiben, auch als Ursache bezeichnet werden und das Explanandum (Prognose) als Wirkung. Die Falsifikation des Explanandums (Prognose) kann dann auf eine „störende Ursache“, z. B. auf die Falsifikation einer durch einen singulären Satz spezifizierten *ceteris paribus* Bedingungen zurückgeführt werden.⁸⁷

Aber neben dieser durchaus möglichen Interpretation von Mills Gebrauch des Begriffs „Ursache“ im Sinne eines Einzelereignisses, verwendet Mill „Ursache“ auch im Sinne von Gesetzmäßigkeiten. Gerade die Millsche Idee der „Tendenzen“ zeigt diese Verwendung. Mit „Tendenzen“ meint Mill die Abfolge einer Reihe von Ereignissen die durch *ein* Kausalgesetz beschrieben werden, nicht aber die Erklärung eines Einzelereignisses durch das Zusammenwirken von spezifisch allgemeinen Sätzen und singulären Randbedingungen. „Tendenzen“ im Sinne von Gesetzmäßigkeiten kann es jedoch, wie die Analyse der Struktur singulärer Erklärungen zeigt, nicht geben. „Ursache“ und „Wirkung“ werden stets nur durch singuläre Sätze formuliert, während spezifisch allgemeine Sätze die Form von universellen Es-gibt-nicht-Sätzen besitzen. Dabei kommt es nicht darauf an ob Tendenzen im Sinne einer zeitlichen Abfolge von Ereignissen oder als kausale Abfolge von Ereignissen interpretiert werden. Mills ambivalenter Gebrauch von „Ursache“ als Einzelereignis und als „Gesetz“ zeigt, dass die Idee der Tendenzen auf einer Verwechslung basiert, zwischen der logischen Form einer singulären Hypothese und der eines spezifisch allgemeinen Satzes.

Wenn „Ursache“ im Sinne einer spezifizierten Randbedingung, das heißt als singulärer Satz interpretiert wird und dazu dienen soll mögliche relevante und irrelevante Einflussfaktoren in einer konkreten Situation festzustellen, so ist dagegen nichts einzuwenden; wird hingegen „Ursache“ im Sinne eines Kausalgesetzes verwendet und diese gesetzmäßige Abfolge von Ereignissen als Tendenz bezeichnet, so ist diese Interpretation zwar im Sinne von Mill, jedoch aus logischen Gründen aufzugeben. Darüber hinaus sollte man bedenken, das selbst Mills Verwendung von „Ursache“ im Sinne einer spezifizierten Randbedingung nicht immer frei von Ambivalenzen ist. Betrachtet man die Struktur sozialwissenschaftlicher Modelle, so zeigt sich, dass sie im Gegensatz zur Struktur singulärer Erklärungen nicht aus singulären Randbedingungen und spezifisch allgemeinen Sätzen bestehen, sondern, da sie typisch wiederkehrende soziale Ereignisse, Tatsachen und Prozesse zu

⁸⁶ Musgrave (1981)

⁸⁷ Popper (1984), S. 31 ff.

erklären wünschen, aus typischen Randbedingungen, die die soziale Situation beschreiben, und spezifisch allgemeinen Sätzen, die diese Situation animieren. Während makroökonomische Modelle tatsächlich durch empirisch gehaltvolle, spezifisch allgemeine Hypothesen animiert werden, ist die Situation in mikroökonomischen Modellen nicht so klar. Hier spielt das sogenannte Rationalitätsprinzip zwar die Rolle eines empirisch gehaltvollen spezifisch allgemeinen Satzes, doch scheint sein erkenntnislogischer Status vielmehr der eines methodologischen Prinzips zu sein, und aus den methodologischen Forderungen des methodologischen Individualismus hinsichtlich der Frage einer befriedigenden Struktur theoretischer Erklärungen in den theoretischen Sozialwissenschaften zu resultieren.⁸⁸ Hinsichtlich der „Annahmen“ eines Modells ist jedoch entscheidend, dass Annahmen die logische Form von typischen Randbedingungen und nicht von singulären besitzen. Allerdings kann aus der logischen Form der Annahmen allein oft nicht entschieden werden, ob nun Annahmen im Sinne von spezifizierten Randbedingungen, und somit als Beschreibung eines Einzelereignisses, oder aber im Sinne von typischen Randbedingungen, die den Geltungsbereich eines Modells bestimmen, verwendet werden. Die Annahme, dass Individuen alle Preise kennen, kann heißen, dass die tatsächliche Unkenntnis der Preise irrelevant ist, da die Effekte der Unkenntnis aller Preise, keinen Einfluss auf das zu untersuchende Ereignis hat. Interessanterweise kann diese Annahme, aber auch genau das Gegenteil bedeuten. Als Behauptung über den Gültigkeitsbereich einer Theorie, kann sie die Gültigkeit der Theorie nur für den Bereich behaupten, wo alle Individuen auch Kenntnis aller Preise besitzen. Während im Falle der spezifizierten Randbedingung die Erklärungskraft des Modells erhöht wird, wird in diesem Falle die Erklärungskraft durch diese Annahme geschwächt. Obgleich Schneiders Interpretation von Annahmen als *spezifizierte ceteris paribus* Bedingungen durchaus möglich ist scheint sie mir in dieser Klarheit bei Mill nicht immer gegeben; Mills Idee der „Tendenzen“ ist jedoch, weil logisch nicht haltbar, gänzlich aufzugeben. Vor dem Hintergrund der induktiven Stützung von Prämissen, die keinen oder nur wenig Bezug zur Realität zu haben scheinen und der Vorstellung, dass die Aufgabe der Wissenschaft darin besteht Sätze mit größtmöglicher Sicherheit zu klassifizieren, werden aber diese Ideen durchaus erklärbar. Demgegenüber scheint Schneider apriorische⁸⁹ und deduktivistische Züge

⁸⁸ Popper (1994), S. 154.

⁸⁹ So schreibt Schneider: „Dabei meint er [Mill] mit A-priori-Methode Schlüsse aus vorausgesetzten Hypothesen, die nicht aus Einzelbeobachtungen verallgemeinert sind, sondern als *nicht zu bestreitende „Tatsachen“* angenommen werden (wie den nur nach Reichtum Strebenden), ja sogar ohne Begründung in den Fakten gesetzt sein können.“ Vgl. dazu Schneider, Kommentar in diesem Band. Hervorhebungen von mir. Mills Intentionen sind also gerade umgekehrt. Hypothesen sind nicht durch Induktion bewiesene Prämissen, die auch nicht im Sinne eines Apriorismus als a-priori gültig im Sinne von nicht zu bestreitenden Tatsachen postuliert werden, sondern Sätze deren Wahrheit erst mit möglichst hoher Sicherheit zu klassifizieren ist. Erst wenn die Folgerungen, die aus diesen Prämissen abgeleitet wurden, durch absolut sichere Kausalgesetze aus anderen Disziplinen (Psychologie, Naturwissenschaften) rekonstruiert wurden, dürfen diese Hypothesen als Sätze, deren Wahr-

bei Mill zu sehen, die vielleicht durch Mills ambivalente Behauptungen gestützt werden können, die aber den zentralen Punkt der Wissenschaftstheorie Mills und die historische Problemsituation zu wenig berücksichtigen.

VII. Systematik der erkenntnistheoretischen Positionen in der Ökonomie

Wie die Ideengeschichte zeigt, bildet das Induktionsproblem ein stets wiederkehrendes Grundproblem auch in der Erkenntnistheorie der Sozialwissenschaften. Seine Lösung steht bei Autoren wie etwa Roscher⁹⁰, Menger⁹¹, Mises⁹², Hayek⁹³, Mill⁹⁴, Jevons⁹⁵, J. N. Keynes⁹⁶, J. M. Keynes⁹⁷, Harrod⁹⁸ und anderen im Vordergrund des Interesses. Bedingt durch die Einsicht in den analytischen Charakter deduktiver Schlüsse und der veremeintlichen Einsicht, dass nur die Induktion neue Wirklichkeitserkenntnis schaffen kann, wird in der Methode der Induktion die Auszeichnung aller Erfahrungswissenschaft erblickt. Eine einwandfreie erkenntnistheoretische Konstituierung der Sozialwissenschaften als Erfahrungswissenschaft scheint demnach eine Lösung des Induktionsproblems und eine Aufklärung der Frage der Anwendung induktiver Methoden unabdingbar zur Voraussetzung zu haben.

Die erkenntnistheoretische Sprengkraft des Induktionsproblems resultiert aus dem logischen Einwand gegen die Gültigkeit induktiver Schlüsse. Die beiden die

heit mit absoluter oder partieller Sicherheit gilt, in das Gebäude der Wissenschaft aufgenommen werden.

An einer anderen Stelle schreibt *Schneider*: „Der Mill der ‚ungelösten Probleme‘ und der ‚Grundsätze‘ [hier folgt eine Fußnote] vertritt keinen naiven Induktivismus; schon deshalb nicht, weil er sein Vorgehen als A-priori-Methode“ bezeichnet, so daß eine Einordnung oder Abgrenzung zu den von *Milford* bezeichneten Aprioristischen Positionen nötig gewesen wäre.“ Aber die von mir – Popper folgend – als Naiver Induktivismus und Apriorismus bezeichneten Positionen sind erkenntnistheoretische Positionen, die Aussagen über die Frage der Vereinbarkeit der beiden die Erfahrungswissenschaft definierenden Forderungen der spezifischen Allgemeinheit und des Empirismus treffen. Vgl. dazu Abschnitt 7 dieser Arbeit. Demgegenüber legt Mill gerade in jener von Schneider herangezogenen frühen Arbeit über die „ungelösten Probleme“ sofort klar, daß er mit apriori keine erkenntnistheoretische Position sondern eher eine deduktive Verfahrenstechnik meint. Vgl. dazu Zitat in Fn. 79 dieser Arbeit.

⁹⁰ *Roscher* (1842), (1843).

⁹¹ *Menger* (1871), (1883).

⁹² *Mises* (1949), (1962).

⁹³ *Hayek* (1937), (1949a), (1949b), (1967a), (1967b), (1979).

⁹⁴ *Mill* (1968), (1976)

⁹⁵ *Jevons* (1874);

⁹⁶ *J.N. Keynes* (1891).

⁹⁷ *J.M. Keynes* (1926)

⁹⁸ *Harrod* (1933).

Erfahrungswissenschaft definierenden Anforderungen der „Grundthese des Empirismus“ einerseits und der „spezifischen Allgemeinheit“ andererseits scheinen dann nicht mehr miteinander vereinbar und die empirische Wissenschaft gegenüber anderen Bereichen der intellektuellen Tätigkeiten der Menschen nicht mehr ausgezeichnet zu sein. Kann eine Lösung des Induktionsproblems nicht gefunden werden, ist Humes negativer Skeptizismus die unausweichliche Konsequenz.

Ähnlich wie in der allgemeinen Erkenntnistheorie⁹⁹ werden in der Erkenntnistheorie der Sozialwissenschaften zwei große Gruppen von Lösungsversuchen vertreten: positive und negative. Positive versuchen eine positive Lösung des Induktionsproblems zu entwickeln, das heißt die Vereinbarkeit der beiden die Erfahrungswissenschaft definierenden Anforderungen in einem induktiven Rahmen zu demonstrieren. Ihnen liegt die Grundvoraussetzung aller induktivistischen Positionen zu Grunde, wonach die Sätze der empirischen Wissenschaft aus singulären Sätzen, die Beobachtungen oder persönliche Erlebnisse (Introspektion) beschreiben, abgeleitet werden. Negative Lösungsversuche des Induktionsproblems lehnen jedoch diese Grundthese des Induktivismus als unbegründet ab und suchen die Vereinbarkeit der beiden die Erfahrungswissenschaft definierenden Anforderungen in einem deduktiven Rahmen zu zeigen. Die durch den logischen Einwand gegen induktive Schlüsse aufgeworfene Problemsituation kann demnach durch fünf Prämissen beschrieben werden, aus denen dann die Lösungsversuche als „erkenntnistheoretische“ Positionen abgeleitet werden.¹⁰⁰

Die fünf Prämissen aus denen die positiven Lösungsversuche abgeleitet werden sind: (1) die Grundthese des Induktivismus: Wissenschaft beginnt mit singulären Sätzen aus denen alle anderen abgeleitet werden. (2) die Grundthese des Empirismus: Alle Wirklichkeitssätze besitzen die Grundlage ihres Wahrheitsentscheides in der Erfahrung. (3) Grundthese der spezifischen Allgemeinheit: Die „Gesetze“ der Erfahrungswissenschaften sind Raum-zeitlich unabhängige, spezifisch allgemeine Sätze. (4) Logischer Einwand: es gibt keine gültigen induktiven Schlüsse. (5) Volentscheidbarkeit: die Sätze der empirischen Wissenschaften sind als „wahr“ oder „falsch“ erweisbar.

Durch die Beibehaltung von (1) aber unter Zurückweisung von jeweils einer Prämisse aus (2), (3), (4) und (5), erhält man typische positive Lösungsvorschläge des Induktionsproblems. Mill z. B. versucht durch die Einführung eines auf Erfahrung gestützten Induktionsprinzips in Form des Kausalsatzes (4) zurückzuweisen. Diese Position wäre als „Naiver Induktivismus“ zu bezeichnen, da sie den durch (4) aufgeworfenen Gegensatz von (2) und (3) nicht zur Kenntnis und durch eine *inductio per enumerationem* zu überwinden sucht. Eine ähnliche Position hat auch Roscher entwickelt.¹⁰¹ Im Gegensatz zu Mill ist Menger nicht bereit (4) zurückzuweisen. Er gibt zunächst (3) auf und entwickelt die Variante eines „Strengen

⁹⁹ Popper (1979)

¹⁰⁰ Popper (1979);

¹⁰¹ Milford (1995)

Positivismus“ die er „empirisch realistische Richtung der theoretischen Forschung“ nennt.¹⁰² Eine ähnliche Position vertritt auch Hildebrand¹⁰³. Da diese Position jedoch transzendental scheitert und die Vereinbarkeit der beiden die Erfahrungswissenschaft definierenden Anforderungen nicht zeigen kann, versucht Menger durch die Zurückweisung von (2) und durch die Einführung eines a-priori begründeten Induktionsprinzips das Induktionsproblem zu lösen. Diese Position des „Apriorismus“ nennt er die „exacte Richtung der theoretischen Forschung“¹⁰⁴. Eine dem Geiste nach aprioristische Position wurde auch von Mises¹⁰⁵ vertreten. Positionen die (5) zurückweisen versuchen durch die Einführung eines zusätzlichen Geltungswerts, i.e. der „Wahrscheinlichkeit“ das Induktionsproblem zu lösen. „Wahrscheinlichkeitspositionen“ wurden z. B. von Jevons¹⁰⁶ und von Harrod¹⁰⁷, aber auch von J.M. Keynes¹⁰⁸ entwickelt. Die sogenannten „Scheinsatzpositionen“ weisen ebenfalls (5) zurück und behaupten, dass spezifisch allgemeine Sätze bloß pragmatische Gebilde sind, denen keine Wahrheitswerte, wohl aber pragmatische Geltungswerte zugeschrieben werden können. Diese Positionen finden sich z. B. bei Mill¹⁰⁹ und bei Schumpeter¹¹⁰.

Negative Lösungsversuche des Induktionsproblems lehnen (1) ab und teilen die Voraussetzung allen Deduktivismus, wonach es keine Induktion in der Logik der Forschung gibt. Die Prämissen (2), (3), (4) und (5) werden unverändert akzeptiert. Die Position des „Konventionalismus“, gibt (2) auf und erklärt spezifisch allgemeine Sätze zu Definitionen. Die Position des „Hypothetizismus“ variiert hingegen (5) und bestimmt den erkenntnislogischen Status spezifisch allgemeiner Sätze als teilsentscheidbare Vermutungen. Vertreter dieser Position sind etwa Popper¹¹¹ und Hayek¹¹².

Vor dem Hintergrund dieser Systematik ist Mills Position zweifellos als Naiver Induktivismus zu bezeichnen, obgleich er auch andere Positionen wie etwa die Grundzüge einer Scheinsatzposition sowie die einer Wahrscheinlichkeitsposition

¹⁰² Vgl. dazu Menger (1883), Milford (1989).

¹⁰³ Dagegen Schneider; Zweifellos ist die Position von Hildebrand ambivalent; so spricht er an mehreren Stellen von Regelmäßigkeiten im Sinne von Entwicklungsgesetzen und somit im Sinne von spezifisch allgemeinen Sätzen. Andererseits spricht er von der Erforschung des Entwicklungsganges einzelner Völker, also von der Aufstellung singulärer historischer Hypothesen. Vgl. z. B. Hildebrand (1848) S. 27 ff. und 34. Sowie (1863) S. 5 ff. und S. 137 ff.

¹⁰⁴ Menger (1883); Vgl. Milford (1989).

¹⁰⁵ Mises (1962).

¹⁰⁶ Jevons (1874);

¹⁰⁷ Harrod (1933).

¹⁰⁸ Keynes (1926).

¹⁰⁹ Mill (1968), Bd. 2, Buch 2.

¹¹⁰ Schumpeter (1908).

¹¹¹ Popper (1984), (1969).

¹¹² Hayek (1937), (1949a), (1949b), (1967a), (1967b), (1979). Eine genauere Darlegung der Position Hayeks findet sich in Milford (1993), (1997).

entwickelt. Sämtliche dieser Positionen sind jedoch aus logischen oder aber auch aus spezifisch erkenntnistheoretischen Gründen nicht haltbar. Sein Versuch das Induktionsproblem durch die Einführung eines auf Erfahrung gestützten Induktionsprinzips zu lösen, scheidet an der prinzipiellen Rechtfertigungsfrage und somit aus logischen Gründen. Der Versuch durch eine induktive Stützung des Induktionsprinzips diesem absolute Gewissheit zu sichern und auf diesem Umweg auch das Klassifikationsproblem zu lösen kann nicht erfolgreich sein, da es keine Verifikation spezifisch allgemeiner Sätze gibt. Darüber hinaus dürften Mills Formulierungen des Induktionsprinzips als Kausalsatz bzw. als universeller es-gibt- Satz nicht die Anforderungen erfüllen, die an ein Induktionsprinzip generell zu stellen wären.¹¹³ Da demnach ein spezifisch allgemeiner Satz nicht als „wahr“ bewiesen werden kann, kann dieser auch nicht mit absoluter Sicherheit als „wahr“ klassifiziert werden. Ähnliche Argumente gelten jedoch auch für den Versuch Mills spezifisch allgemeine Sätze mit bloßer partieller Sicherheit zu klassifizieren. Wird die partielle Sicherheit als Hypothesenwahrscheinlichkeit interpretiert, so erfordert dies, abgesehen von einer Klarstellung des Begriffs der Hypothesenwahrscheinlichkeit, die Einführung eines Induktionsprinzips und damit der Rechtfertigung jenes Satzes, der einer Hypothese Wahrscheinlichkeitswerte zuschreibt. Die Probleme die sich hinsichtlich der Einführung eines Induktionsprinzips im Rahmen des Naiven Induktivismus stellen, stellen sich somit ebenso im Falle der Wahrscheinlichkeitspositionen, die die Forderung der absoluten Sicherheit durch die der partiellen zu ersetzen und damit das Klassifikationsproblem der Wissenschaft durch diesen Umweg zu lösen versuchen. Während aber die Positionen des Naiven Induktivismus und die der Wahrscheinlichkeitspositionen von Mill als Lösungsversuch des Induktions- und Klassifikationsproblems zweifellos vertreten werden, ist dies hinsichtlich der Frage der Scheinsatzpositionen fraglich, da er sicher nicht bereits gewesen wäre, die spezifisch erkenntnistheoretischen Konsequenzen einer solchen Position zu akzeptieren. Diese sind mit Mills Empirismus unvereinbar. Mills Versuch im Anschluss an Bacon und Herschel die Wissenschaften durch eine Verknüpfung von Empirismus und Induktion erkenntnistheoretisch zu fundieren und auf dieser Basis das Klassifikationsproblem und damit das Problem der rationalen Auswahl wissenschaftlicher Theorien zu lösen, muss daher als gescheitert betrachtet werden. Allerdings war sein erkenntnislogisches Werk von überragendem Einfluss.¹¹⁴ Insbesondere formulierte es die Prinzipien jenes induktivistischen Rahmen in dem sich die verschiedenen induktivistischen Lösungsversuche des Induktionsproblem bewegen. Sein Lösungsversuch des Induktionsproblems wird dabei jedoch nicht als das stärkste Element seiner Philosophie gesehen.¹¹⁵ Dies gilt auch für die Sozialwissenschaften. In diesen scheint seine Bedeutung weniger in der von ihm entwickelten Wissenschaftstheorie der Sozialwissenschaften zu liegen als in den

¹¹³ Vgl. z. B. *Popper* (1979), Einleitung.

¹¹⁴ Vgl. Hierzu den Kommentar von *Backhaus* und *Hansen* in diesem Band; Zur Diskussion zwischen *Schmoller* und *Menger* vgl. auch *Milford* (1989).

¹¹⁵ Vgl. *Skorupski* (1991), Einleitung.

materiellen und oft sehr mutigen Beiträgen zur Theorie der Politik und der ökonomischen Theorie.

Literatur

Butts, R. E. (1989): *William Whewell, Theory of Scientific Method*, Cambridge, Mass.

Harrod, R. F. (1956): *Foundations of Inductive Logic*, London.

Hayek, F. A. v. (1949): *Individualism and Economic Order*, London.

– (1937): *Economics and Knowledge*, in: *Economica*, N. S. 4 (13), S. 33–54.

– (1949a): *Individualism: True and False*, in: F. A. v. Hayek, *Individualism and Economic Order*, London.

– (1949b): *The Facts of Social Sciences*, in: F. A. v. Hayek, *Individualism and Economic Order*, London.

– (1967a): *Degrees of Explanation*, in: F. A. v. Hayek, *Studies in Philosophy, Politics and Economics*, London.

– (1967b): *The Theory of Complex Phenomena*, in: F. A. v. Hayek, *Studies in Philosophy, Politics and Economics*, London.

– (1979): *The Counter-Revolution of Science: Studies on the Abuse of Reason*, Indianapolis.

Heymans, G. (1915): *Die Gesetze und Elemente des wissenschaftlichen Denkens*, Leipzig.

Hildebrand, B. (1848): *Die Nationalökonomie der Gegenwart und Zukunft*, Jena 1922.

– (1863): *Die gegenwärtige Aufgabe der Wissenschaft der Nationalökonomie*, *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik*, Bd. I.

Jevons, W. S. (1874): *Principles of Science*, London.

Kahane, H. (1990): *Logic and Philosophy*, Melbourne.

Keynes, J. M. (1926): *Über Wahrscheinlichkeit*, Leipzig.

– (1891): *The Scope and Method of Political Economy*, London.

Menger, C. (1871): *Grundsätze der Volkswirtschaftslehre*, Wien.

– (1883): *Untersuchungen über die Methode der Socialwissenschaften und der Politischen Oekonomie insbesondere*, Leipzig. Repr. *Hayek*, F. A. v. (Hg.), *Carl Menger, Gesammelte Werke*, Bd. II, Tübingen 1969.

Milford, K. (1995): *Roscher's epistemological and methodological position: its importance for the Methodenstreit*, in: *Journal of Economic Studies*, Voll 22, Numbers 3/4/5, Bradford.

– (1989): *Zu den Lösungsversuchen des Induktionsproblems und des Abgrenzungsproblems bei Carl Menger*, Wien.

– (1993): *In Pursuit of Rationality*, in: Birner, J. and van Zuij, R (eds.), *Hayek, Corordination and Evolution*, London.

– (1997): *A Note on Hayek's Analysis of Scientism*, in: S. Frowen (ed), *Hayek, Economist and Social Philosopher*, London.

- Mill, J. S.* (1843): *A System of Logic Rationcinative and Inductive*, London. Robson, J. M. (Hg.), *Collected Works of John Stuart Mill, Volume VII & VIII*, London/Toronto 1974.
- (1844): *Essays on Some Unsettled Questions of Political Economy*, London. Robson, J. M. (Hg.), *Collected Works of John Stuart Mill, Volume IV*, London/Toronto 1974.
 - (1884): *System der deduktiven und induktiven Logik*, Bd. 1, Leipzig. Repr. Gomperz, T. (Hg.), *John Stuart Mill, Gesammelte Werke*, Bd. 2, Aalen 1968.
 - (1885): *System der deduktiven und induktiven Logik*, Bd. 2, Leipzig. Repr. Gomperz, T. (Hg.), *John Stuart Mill, Gesammelte Werke*, Bd. 3, Aalen 1968.
 - (1886): *System der deduktiven und induktiven Logik*, Bd. 3, Leipzig. Repr. Gomperz, T. (Hg.), *John Stuart Mill, Gesammelte Werke*, Bd. 4, Aalen 1968.
 - (1976): *Einige ungelöste Probleme der politischen Ökonomie*, Nutzinger, H. (Hg.), Frankfurt.
 - (ohne Jahresangabe): *The Autobiography of John Stuart Mill*, Dolphin Books, New York.
- Mises, L.* (1949): *Human Action*, London.
- (1962): *The Ultimate Foundation of Economic Science*, New York.
- Musgrave, A.* (1981): *Unreal Assumptions in Economic Theory: The F-Twist untwisted*. In: *Kyklos*, Vol 34, Fasc. 3, S. 377–387.
- Nutzinger, H. G.* (1976): *John Stuart Mill, Einige ungelöste Probleme der politischen Ökonomie*, Frankfurt.
- Popper, K. R.* (1945): *The Open Society and its Enemies*, Volumes 1, 2, London. Rev. ed. London 1966.
- (1969): *Das Elend des Historizismus*, Tübingen.
 - (1984): *Logik der Forschung*, Tübingen.
 - (1983): *Realism and the Aim of Science*, London.
 - (1982): *The Open Universe: An Argument for Indeterminism*, London.
 - (1994): *The Myth of the Framework*. (M.A. Notturmo, ed.), London.
- Roscher, W.* (1842): *Leben, Werk und Zeitalter des Thukydides*, Göttingen.
- (1843): *Grundriß zu Vorlesungen über die Staatswirtschaft. Nach geschichtlicher Methode*, Göttingen.
- Ryan, A.* (1974): *J. S. Mill*, London.
- (1987): *The Philosophy of John Stuart Mill*, London.
- Schlick, M.* (1925): *Allgemeine Erkenntnislehre*, Berlin.
- Schumacher, R.* (1994): *John Stuart Mill*, Frankfurt/New York.
- Schumpeter, J. A. v.* (1908): *Wesen und Hauptinhalt der Nationalökonomie*, Berlin.
- Skorupski, J.* (1991): *John Stuart Mill*, London.

Whewell, W. (1837): *History of Inductive Sciences*, London.

- (1840): *The Philosophy of the Inductive Sciences, founded upon their their History*, London.
- (1844): *On the fundamental Antithesis of Philosophy*, in: *Transactions of the Cambridge Philosophical Society* 7, S. 170–181. Repr. Butts R. E., *William Whewell, Theory of Scientific Method*, Cambridge Mass. 1989, S. 54 ff.

Yeo, R. (1993): *Defining Science; William Whewell, natural knowledge and public debate in early Victorian Britain*, Cambridge GB.

John Stuart Mills Wissenschaftstheorie der Wirtschaftswissenschaft

Kommentar zum Referat von Karl Milford

Von *Dieter Schneider*, Bochum

I. Interessiert den Dogmengeschichtler Mills Beitrag zur Allgemeinen Wissenschaftstheorie oder zur Methodologie nach-ricardianischer Wirtschaftstheorie?

Milfords Erörterung der Wissenschaftstheorie von *J.S. Mill* beschränkt sich ausschließlich auf dessen „System der deduktiven und induktiven Logik“¹, und zwar als Beitrag zu einer philosophischen Teildisziplin einer Allgemeinen Wissenschaftstheorie. *Milford* hält *Mills* Vorgehen für „naiv“, weil er es in das Denkmuster induktiver Logik von *Hume* bis *Popper* einstuft. Damit wiederholt er nur das Urteil vieler, von ihm nicht zitierter früherer Autoren, die mitunter allerdings das Urteil modifizieren².

Ob eine Allgemeine Wissenschaftstheorie (Methodologie) jenseits der Wissenschaftsgeschichte einer *einzelnen* Erfahrungs- oder Formalwissenschaft ein fruchtbares Vorhaben ist, wird inzwischen selbst in Teilen der Wissenschaftstheorie in Frage gestellt³, von der Mißachtung ganz zu schweigen, die der Hauptstrom gegen-

¹ Im Original *John Stuart Mill: A system of logic, ratiocinative and inductive: Being a connected view of the principles of evidence and the methods of scientific investigation*. London 1843. Abgedruckt in: *Collected Works of John Stuart Mill*, Vol. VII, ed. by J.M. Robson. Toronto 1974.

² Vgl. z. B. *M.R. Cohen*, *E. Nagel: An Introduction to Logic and Scientific Method*. New York 1934, S. 249–272; *E. Nagel: John Stuart Mill's Philosophy of Scientific Method*. New York 1950; *A. Ryan: J.S. Mill*. London 1974; *S. Matawari: J.S. Mill's methodology of political economy*. In: *The Kaizai Gaku Annual Report of the Economic Society der Tohoku Universität*, Vol. 44, 2 (1982), S. 1–19; Vol. 45, 1 (1983), S. 1–21, 33–54; Vol. 45, 2 (1983), 21–36; *Mark Blaug: The Methodology of Economics*. 2nd ed., Cambridge 1992, S. 54–68; *Daniel M. Hausman: The inexact and separate science of economics*. Cambridge 1992, S. 142–147, 206–208, 224 f.

³ Ansatzweise bei *Wolfgang Stegmüller: Probleme und Resultate der Wissenschaftstheorie und Analytischen Philosophie*, Band II: Theorie und Erfahrung. 2. Halbband, Berlin-Heidelberg-New York 1973, S. 310; *Imre Lakatos: History of Science and Its Rational Reconstructions*. In: *Boston Studies in the Philosophy of Science*, ed. by R.C. Buck u. a. Vol. 8 (1971), S. 91–136, 174–182, deutsch als: *Die Geschichte der Wissenschaft und ihre rationalen Re-*

wärtiger Wirtschaftswissenschaft methodologischen Ausführungen gemeinhin entgegenbringt.

Milford fallen die methodologischen Erörterungen *Mills* zur nach-ricardianischen Wirtschaftstheorie unter den Tisch: So fehlt ein Hinweis auf *Mills* geniales Frühwerk zu „Einigen ungelösten Problemen der politischen Ökonomie“⁴, das man wohl als Methodologie zu *Ricardos* Hauptwerk verstehen darf, und dessen Kernaussagen in die „Logik“ (6.9.2, 6.9.3) übernommen sind: *Milford* vermeidet eine Stellungnahme zu *Mills* Sicht über die Nützlichkeitsethik („pain- and pleasure“-Lehre) bei *Bentham*, für die *Mill* später den farblosen Ausdruck „Utilitarismus“ einführt⁵. *Bentham* vereinfacht, um Charakterunterschiede zwischen Menschen auszuschalten, dahin, daß unter anderem jedes Vermögen einen Teil der menschlichen Glückseligkeit abbilde⁶. Diese Annahme schafft einen Ausgangspunkt für die Abstraktion bzw. Fiktion *Mills* eines rational entscheidenden, nur nach Reichtum strebenden Wirtschaftsmenschen⁷, der später homo oeconomicus genannt worden ist.

Milfords nur sporadische Ausführungen zur Wissenschaftstheorie der Wirtschaftswissenschaft enthalten (in der mir zugegangenen Manuskriptfassung) zwei falsch geschriebene Namen (Whately, S. 1, Hutchison, S. 9) und unvollständige sowie anfechtbare Zuordnungen in zwei Fußnoten: Der *Mill* der „ungelösten Probleme“ und der „Grundsätze“⁸ vertritt keinen naiven Induktionismus (S. 12¹⁵ des

konstruktionen. In: Kritik und Erkenntnisfortschritt, hrsg. von I. Lakatos, A. Musgrave. 3. Aufl., Braunschweig 1974, S. 271 – 311, hier S. 271.

Verstärkt bei *Paul Feyerabend*: Wider den Methodenzwang – Skizze einer anarchistischen Erkenntnistheorie. Frankfurt u. a. 1976, S. 73 f., für ihn lautet der „einzige Grundsatz, der den Fortschritt nicht behindert, . . . : Anything goes“, ebenda, S. 35 (Hervorhebung im Original); *Donald N. McCloskey*: The Rhetoric of Economics. In: Journal of Economic Literature, Vol. 21 (1983), S. 481 – 517; erweitert als Buch Madison 1985; *ders.*: Knowledge and persuasion in economics. Cambridge 1994; *Klaus Fischer*: Braucht eine Wissenschaft eine Theorie? In: Zeitschrift für die allgemeine Wissenschaftstheorie, Jg. 26 (1995), S. 227 – 257, hier S. 254.

⁴ Vgl. *John Stuart Mill*: Essays on Some Unsettled Questions of Political Economy. London 1844 (verfaßt ab 1829/30); deutsch: Einige ungelöste Probleme der politischen Ökonomie, hrsg. von H.G. Nutzinger. Frankfurt a.M./New York 1976.

Nassau William Senior war ihm in manchem vorangegangen, vgl. *ders.*: An introductory lecture on political economy, delivered before the University of Oxford 1826. London 1827, z. B. S. 26 f.

⁵ „The author of this essay has reason for believing himself to be the first person who brought the word utilitarian into use“, so *John Stuart Mill*: Utilitarianism. Reprinted from *Frasers Magazine*. London 1862, Nachdruck in: Utilitarianism, ed. by M. Warnock. Fontana 1962, S. 251 – 321, hier S. 257¹.

⁶ Vgl. *Jeremy Bentham*: Principles of the Civil Code (1830). Abgedruckt in: The Works of Jeremy Bentham, ed. by J. Bowring. Vol. I, Edinburgh 1838 – 1843 (Nachdruck New York 1962), S. 297 – 364, hier Part I, S. 301 – 326, insbesondere S. 306 f.; *ders.*: A Manual of Political Economy (1798). Abgedruckt in: The Works of Jeremy Bentham, ed. by J. Bowring. Vol. III, Edinburgh 1838 – 1843 (Nachdruck New York 1962), S. 31 – 84, hier S. 41 f.

⁷ Vgl. *Karl Pribram*: Geschichte des ökonomischen Denkens. Frankfurt 1992, S. 330 f.

⁸ Vgl. z. B. „The cost of production of the fruits of the earth increase, *caeteris paribus*, with every increase of the demand“, *John Stuart Mill*: Principles of Political Economy with

Manuskripts); schon deshalb nicht, weil er sein Vorgehen als „A-priori Methode“ bezeichnet, so daß eine Einordnung oder Abgrenzung zu den von *Milford* bezeichneten aprioristischen Positionen nötig gewesen wäre. *Hildebrand*, der die Nationalökonomie „zu einer Lehre von den ökonomischen Entwicklungsgesetzen der Völker umzugestalten“ beabsichtigte, aber in ethisch-kollektivistischen Bekenntnissen stecken blieb⁹, einem strengen Positivismus zuzuordnen, ist fraglich. Aprioristische Positionen werden bereits von *Say*, *Senior* und *Cairnes* vertreten¹⁰; Wahrscheinlichkeitspositionen mindestens bei den Modern Austrian Economics und *Loasby*¹¹. Ferner liegen (entgegen S. 14¹⁶ des Manuskripts) deduktivistische Positionen der gesamten mathematischen Wirtschaftstheorie zugrunde, während *Hayek* schon wegen seiner Betonung der spontanen Ordnung hierunter nicht uneingeschränkt einzuordnen ist.

„Auf der Suche nach sicherem Wissen“ zur *Wissenschaftstheorie der Wirtschaftswissenschaft* erscheint deshalb zu *Milfords* „Wissenschaftstheorie von *J.S. Mill*“ eine Ergänzung geboten.

II. Mills methodologische Sicht der „ungelösten Probleme“ nach-ricardianischer Wirtschaftstheorie

a) „Die Gesetze der Produktion derjenigen Güter, die Reichtum ausmachen, sind Gegenstand sowohl der politischen Ökonomie als auch nahezu aller Naturwissenschaften. Doch der Teil jener Gesetze, der rein die Materie betrifft, gehört zu den Naturwissenschaften, und zwar ausschließlich. Die übrigen, die Gesetze des menschlichen Geistes sind, und nur sie, gehören zur politischen Ökonomie ... Sie untersucht dann, welches die *geistigen* Phänomene sind, die bei der Produktion

some of their applications to Social Philosophy (1848). 7. Aufl., London 1871 (Reprint New York 1965), S. 702 (Hervorhebung im Original); deutsch: Grundsätze der politischen Ökonomie mit einigen ihrer Anwendungen auf die Sozialphilosophie. Jena 1921.

⁹ Vgl. *Bruno Hildebrand*: Die Nationalökonomie der Gegenwart und Zukunft (1848). Wiederabgedruckt in: Die Nationalökonomie der Gegenwart und Zukunft und andere gesammelte Schriften, hrsg. von H. Gehrig. Jena 1922; Zitat aus *ders.*: Die gegenwärtige Aufgabe der Wissenschaft der Nationalökonomie. In: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Bd. 1 (1863), S. 5 – 146, hier S. 145.

¹⁰ Vgl. *Jean Baptiste Say*: Traité d'économie politique, ou simple exposition de la manière dont se forment, se distribuent et se consomment les richesses. 2 Bde. 1. ed. Paris 1803, Discours préliminaire, S. 6, 13 (Nachdruck der 6. Aufl. von 1841, Osnabrück 1966); *Nassau William Senior*: An Outline of the Science of Political Economy. In: Encyclopaedia Metropolitana, Bd. 6 (1836), S. 26; *J[ohn] E[lliott] Cairnes*: The Character and Logical Method of Political Economy. 1. Aufl., London 1875, 2. Aufl. 1888 (Nachdruck 1965), S. 81 – 89.

¹¹ Vgl. *Ludwig M. Lachmann*: From Mises to Shackle: An Essay on Austrian Economics and the Kaleidic Society. In: The Journal of Economic Literature, Vol. 14 (1976), S. 54 – 62; vgl. auch *P.N. Rosenstein-Rodan*: Das Zeitmoment in der mathematischen Theorie des wirtschaftlichen Gleichgewichtes. In: Zeitschrift für Nationalökonomie, Bd. 1 (1930), S. 129 – 142; *Brian J. Loasby*: Choice, complexity and ignorance. Cambridge u. a. 1976.

und Verteilung ... mitspielen“, wobei *Mill* die Gesetze des Konsums ausdrücklich aus der politischen Ökonomie ausschaltet: Sie „können nicht anders aussehen als die Gesetze des menschlichen Genusses“¹².

Alle Handlungen werden so betrachtet, „als ergäben sie sich letztlich aus dem Streben nach Reichtum, obwohl viele davon einer Vielzahl von Motiven entspringen“. Jedoch ist selbst der oft als Erfinder des homo oeconomicus geltende *Mill*¹³ nicht so einseitig, verhaltenswissenschaftliche Motive bei seiner Eingrenzung der Politischen Ökonomie zu übersehen. Das folgt schon aus seiner Beschäftigung mit dem Utilitarismus¹⁴. Zum einen fügt *Mill* hinzu, die durch ihn gewählte Abstraktion von menschlichen Leidenschaften und Motiven schliesse jene Motive ein, die dem Streben nach Reichtumsmehrung widerstreiten, wie die Abneigung, zu arbeiten, oder den Wunsch nach gegenwärtigem Genuß von kostspieligem Luxus. Zum anderen betont er: „Nicht, daß jemals ein politischer Ökonom so töricht gewesen wäre, anzunehmen, die Menschheit sei wirklich so beschaffen, sondern vielmehr, weil dies die Art und Weise ist, wie eine Wissenschaft zwangsläufig vorgehen muß. Wenn eine Wirkung von der gleichzeitigen Wirksamkeit mehrerer Ursachen abhängt, so müssen diese Ursachen einzeln nacheinander untersucht und ihre Gesetze voneinander getrennt analysiert werden ... Hinsichtlich jener Bereiche menschlichen Verhaltens, bei denen Reichtum nicht einmal das Hauptziel ist, erhebt die politische Ökonomie nicht den Anspruch, daß ihre Schlußfolgerungen anwendbar sind“.

b) *Mill* behauptet, es bliebe „keine andere Wahl, als die A-priori-Methode oder die Methode der abstrakten Spekulation“. Dabei meint er mit A-priori-Methode Schlüsse aus vorausgesetzten Hypothesen, die nicht aus Einzelbeobachtungen verallgemeinert sind, sondern als nicht zu bestreitende „Tatsachen“ angenommen werden (wie den nur nach Reichtum Strebenden), ja sogar ohne Begründung in den Fakten gesetzt sein können. Jeweils sei zu beachten, daß eine wirtschaftstheoretische Gesetzmäßigkeit stets nur unter den Einschränkungen anderer Gesetzmäßig-

¹² *Mill*: Einige ungelöste Probleme der politischen Ökonomie (Fn. 4), hier Essay 5: Über die Definition der politischen Ökonomie und über die ihr angemessene Forschungsmethode, S. 142–184, hier S. 156 f., das folgende S. 162 f., 172 f., 171.

¹³ *Mill* verwendet den Ausdruck nicht. Der „homo oeconomicus“ ist vielmehr eine Verballhornung durch Autoren, die *Comtes* Sicht einer Sozialwissenschaft oder der Historischen Schule zuneigen, vgl. *Joseph Persky*: The Ethology of Homo Economicus. In: Journal of Economic Perspectives, Vol. 9 (1995), S. 221–231, hier S. 222. Den lateinischen Namen benutzt *Vilfredo Pareto*: Manuel d'économie politique. Lausanne-Paris 1909. Abgedruckt in: Vilfredo Pareto Œuvres Complètes, Tome VII, hrsg. von R. Dehem. Genf 1966, S. 17; *Joseph A. Schumpeter*: Geschichte der ökonomischen Analyse. Erster Teilband. Göttingen 1965, S. 213, nennt als Vorläufer L'économio Prudente des *B. Frigero* (1629), einer Ökonomik-schrift. Aber dann wären Vorläufer auch *Xenophon* und andere, die auf das Vernunftwalten bei Reichtumserhalt und -mehrung abstellen.

¹⁴ Vgl. ausführlich zu *Mills* im Zeitablauf wechselnder Beurteilung der Nützlichkeithethik bei *Bentham Samuel Hollander*: The Economics of John Stuart Mill. Oxford 1985, Vol. II: Political Economy, S. 602–676.

keiten zur Wirkung komme: Ein wirtschaftstheoretisches Gesetz äußere sich als „tendency“: als Kraft, die mit einer gewissen Stärke in eine Richtung ziele. Es gebe keine Ausnahmen von solchen Gesetzmäßigkeiten, vielmehr wirkten bei einer Nichtübereinstimmung zwischen Vorhersage und Beobachtung mehrere Gesetze als „Tendenzen“ zusammen¹⁵.

Eine Tendenz im Sinne *Mills* und vieler, die ihm folgen, bedeutet nicht eine zeitliche Abfolge, wie im umgangssprachlichen „die Tendenz der Heizölpreise letzte Woche war ansteigend“. In der Klassischen (und auch der Neoklassischen) Wirtschaftstheorie ist es eine *Fehldeutung*, eine *Tendenz-Behauptung als eine Wirkung auf lange Sicht auszulegen*, also als ein „Endergebnis“ im Kalenderzeitablauf, sofern keine Tatsachen- oder Erwartungsänderungen eintreten.

Vielmehr ist mit Tendenz eine quasi-physikalische Wirkung einer Kraft bei zur gleichen Zeit wirksamen anderen Kräften gemeint: Die Tendenz eines Planeten, gemäß der Gravitation in die Sonne zu stürzen, wird durch die Tendenz der Zentrifugalkraft gerade ausgeglichen und zwingt den Planeten in seine Umlaufbahn. „Tendency“ besagt also: In einer Betrachtung zweier Zustände während eines vorgegebenen Zeitraums (in einer komparativ-statischen Betrachtung) werden in einem ersten Zustand die Ursachen a bis e gesetzt, in einem zweiten a bis f. Das veränderte Ergebnis, z. B. in den Absatzmengen, beschreibt dann die „Tendenz“-Wirkung von f, allerdings nur unter den sonst gleichen Bedingungen a bis e und unter vermutlich noch anderen, nicht ausdrücklich im Modell gesetzten, aber bei der Beobachtung in der Wirklichkeit auftretenden Einflußgrößen. Tendenz heißt hier also ein *ceteris-paribus* auftretender Einfluß einer zu verändernden Einflußgröße.

Bevor die Bedingung „unter sonst gleichen Umständen“ kritisiert wird, ist zunächst vor dem Fehlschluß zu warnen, eine Analyse *ceteris paribus* sei eine Eigenschaft hauptsächlich der Wirtschaftstheorie. Im Gegenteil: Gerade Naturwissenschaften benutzen ein *ceteris-paribus*-Vorgehen. Weshalb sonst wohl die sorgfältigen Experimentvorkehrungen? Selbstverständlich sind Naturgesetze nur *ceteris paribus* gültig: *Galileis* quantitatives Fallgesetz geht von einem Vakuum aus, unterstellt also *ceteris paribus*, daß der Luftwiderstand oder gar Sturmböen, die nicht nur Blätter, sondern auch Hausdächer zeitweise in die Höhe wirbeln, beiseite gelassen werden: „*ceteris paribus* clauses are not exceptions, but the rule in science“¹⁶.

c) *Mill* stellt seiner Sicht der Methode des „a priori“ eine Methode des „a posteriori“ gegenüber, die besondere Erfahrungen (empirische Erhebungen) erfordert. Da es bei menschlichem Handeln keine kontrollierten Experimente geben könne, sei die Methode des a priori die einzig legitime in den Sozialwissenschaften.

¹⁵ Vgl. *Mill*: Über die Definition der politischen Ökonomie (Fn. 12), S. 176.

¹⁶ *Imre Lakatos*: Falsification and the Methodology of Scientific Research Programmes. In: *The Methodology of Scientific Research Programmes*, ed. by J. Worrall, G. Currie. Vol. I, Cambridge u. a. 1978, S. 8–101, hier S. 18 (im Original kursiv).

Gleichwohl bedarf es der induktiven Methode des a posteriori; freilich nicht, um neue Wahrheiten zu erkennen, sondern um die Grenzen für die Anwendung der „wahren“ theoretischen Ableitungen herzuleiten.

„Sollen die Grundsätze der politischen Ökonomie auf einen speziellen Fall angewandt werden, dann müssen alle einzelnen Umstände dieses Falles mitberücksichtigt werden . . . man muß auch untersuchen, ob in diesem Fall nicht möglicherweise andere Bedingungen hereinspielen, die . . . nicht in den Erkenntnisbereich dieser Wissenschaft fallen . . . Von dieser Art von Störfaktoren kann jeder Ökonom zahlreiche Beispiele anführen . . . hier wird der Ökonom . . . eine Niederlage erleiden, wenn er seine Wissenschaft auf die Praxis anzuwenden versucht“¹⁷. Leider wurde diese Warnung bei dem Drang zur Vermarktung wissenschaftlicher Erkenntnis immer und immer wieder verdrängt, sowohl von Wissenschaftlern als auch von Praktikern, die im Rückgriff auf wissenschaftliche Aussagen Munition für ihre Interessenkämpfe suchten und nicht wählerisch waren bzw. sein konnten. Demgegenüber gilt es zu beherzigen, daß es „ein hoffnungsloses Unterfangen ist anzunehmen, daß wir in der politischen Ökonomie oder in irgendeinem anderen Bereich der Sozialwissenschaft die Wahrheit finden, indem wir die konkreten Tatsachen in all ihrer Komplexität . . . betrachten“.

d) *Mill* steht 1841 – 1846 in Briefwechsel mit *Auguste Comte*, der seinen *Cours de philosophie positive* in 6 Bänden 1830–1842 veröffentlicht. Nach *Comte* durchläuft jede Wissenschaft drei Stadien: das theologische, das metaphysische und das positive. Dabei treten die einzelnen Wissenschaften in einer Entwicklungsreihe vom einfachsten zum komplizierten auf, beginnend mit Mathematik, Astronomie, Physik, Chemie, Biologie und Soziologie als allgemeine Lehre vom menschlichen Zusammenleben. Diese Gesellschaftslehre in das positive Stadium treten zu lassen, ist *Comtes* Ziel. Seiner „positiven Philosophie“ liegt der Gedanke zugrunde, daß durch Erfahrungen nur das erkannt werden kann, „wie“ Erscheinungen untereinander in Beziehung stehen, nicht warum sie bestehen oder entstehen. *Comte* unterscheidet eine soziale Statik und eine soziale Dynamik und behauptet, daß bei gesellschaftlichen Erscheinungen, wie bei jenen aus der Biologie, „das Ganze des Gegenstandes viel bekannter und tatsächlich unmittelbarer zugänglich ist“, als die einzelnen Teile hieraus¹⁸.

(1) Die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit *Comte* schlägt sich in *Mills* wissenschaftstheoretischer Monographie (Fn. 1) nur begrenzt nieder, denn deren Anfangsbücher beschäftigen sich mit naturwissenschaftlicher Erkenntnis (z. B. die Einführung eines Axioms von der Einheitlichkeit des Naturgeschehens in Buch III „Of Induction“). Die überaus scharfe Kritik an dem hypothetisch-deduktiven Vorgehen (das heute, anders als in *Mills* Sprachgebrauch, „a priori-Methode“ heißt)

¹⁷ *Mill*: Über die Definition der politischen Ökonomie (Fn. 12), S. 172 f.

¹⁸ Vgl. *Auguste Comte*: *Cours de philosophie positive*. 6 Bände, Paris 1830–1842; deutsch: *Soziologie*, Band 1: *Der dogmatische Teil der Sozialphilosophie*. 2. Aufl., Jena 1923, S. 261.

und die Lobpreisung der Induktion beziehen sich nicht auf die Politische Ökonomie; denn im Buch VI über die Logik der „moral sciences“ (Sozialwissenschaften) greift *Mill* auf seine Ausführungen in den „ungelösten Problemen“ zurück, was ihm mitunter als Inkonsistenz ausgelegt wurde¹⁹.

(2) Die Trennung statisch/dynamisch übernimmt *Mill* von *Comte*, während er dessen Hoffnung auf eine umfassende Sozialwissenschaft mit guten Gründen für unfruchtbar hält. *Comte* benutzt seine Soziologie, obwohl sie als positive Wissenschaft nur sein Wunschtraum war, zur Polemik gegen die aspektbezogenen Erkenntnisse der Politischen Ökonomie, wobei er „dieser angeblichen Wissenschaft“ nur eine „rein metaphysische Natur“ zuerkennt²⁰. Demgegenüber betont *Mill*, daß in der Sozialwissenschaft *Comtes* Konstruktion universeller Prinzipien an einer Unkenntnis der Gesetze menschlicher Charakterbildung scheitern müsse²¹. Schließlich kommt *Mills* Politische Ökonomie mit ihrer aspektbezogenen Sicht in *Comtes* Rangordnung der Wissenschaften nicht vor.

(3) *Mills* methodologische Vereinfachung, für die erklärende Wirtschaftstheorie rationales Reichtumsstreben vorauszusetzen, und eine zweite Behauptung: „Only through the principle of competition has political economy any pretension to the character of a science“²², nimmt den Rahmen vorweg, in dem sich nach Mitte des 19. Jahrhunderts die neoklassische mikroökonomische Theorie entwickelt: Die Nützlichkeithetik wird auf Reichtumsstreben verengt und für die soziale Regulierung des Egoismus sorgt die Konkurrenz. In der bekannten Fachkennzeichnung durch *Robbins*²³ ist diese Sichtweise später lehrbuchgängig geworden.

e) Allerdings ist *Mill* (nicht zuletzt durch den Einfluß seiner späteren Frau *Harriett Taylor*) gesellschaftspolitisch viel zu engagiert, um sich auf Reichtumsstreben und die Wirksamkeit der Konkurrenz zu verlassen. Er nähert sich sozialistischen Vorstellungen immerhin schon im Vorwort zur 3. Aufl. der „Principles“ (1852)²⁴, verurteilt aber der Sozialisten Tiraden gegen Wettbewerb: „They forget that wherever competition is not, monopoly is; and that monopoly, in all its forms, is the taxation of the industrious for the support of indolence, if not of plunder“.

Seine auf gesellschaftspolitische Anwendung zielenden Vorschläge zu einer Sozialreform: Umverteilung des Reichtums, z. B. durch Beschränkung des Erb-

¹⁹ Vgl. näher *Blaug*: Methodology (Fn. 2), S. 62–65.

²⁰ *Comte*: Soziologie (Fn. 18), S. 196; die Polemik reicht von S. 193–204.

²¹ Vgl. im einzelnen *Samuel Hollander*: The Economics of John Stuart Mill, Vol. I: Methodology. Oxford 1985, S. 90 f., 168–176.

²² *Mill*: Principles of Political Economy (Fn. 8), Book II, S. 242 (Hervorhebung im Original).

²³ „Economics is the science which studies human behaviour as a relationship between ends and scarce means which have alternative uses“, *Lionel Robbins*: An Essay on the Nature and Significance of Economic Science. 2. Aufl., London 1935 (Nachdruck 1962), S. 16.

²⁴ Vgl. *Schumpeter*: Geschichte (Fn. 13), S. 650 f., das folgende *Mill*: Principles of Political Economy (Fn. 8), S. 792.

rechts, Gleichberechtigung der Frau, Rechte der Arbeiter und Verbraucher²⁵, werden von seinen methodologischen Aussagen nur teilweise gedeckt, was jedoch schon der über die Theorie politischer Ökonomie hinausreichende Titel („with some of their applications to Social Philosophy“, Fn. 8) verständlich macht. Für die „Grundsätze“ gilt²⁶: Sie zeigen keinen einheitlichen methodologischen Charakter, einige Teile verwenden Behauptungen a priori, deduzieren daraus abstrakt, andere geben Tatsachen wieder oder enthalten Schlüsse aus der Geschichte. Die Breite der behandelten Probleme, die Klarheit der Sprache und die uneitle Art der Darstellung lenken von dem Mangel an logischer Strenge ab. „The *Principles* . . . would have been an inferior book . . . if Mill had thrown out all that was ambiguous and lacking in strict logical consistency“.

²⁵ Vgl. *Mill*: Principles of Political Economy (Fn. 8), Bücher IV, V; *ders.*: The Subjection of Women. London 1869 (Nachdruck in: *ders.*: On Liberty. London 1963, S. 425–578).

²⁶ Vgl. *Jacob Viner*: Bentham and J.S. Mill: The Utilitarian Background (1948). Reprinted in: *ders.*: The Long View and the Short. Glencoe 1958, S. 306–331, hier S. 329 f.

Die Rezeption der Millschen Wissenschaftstheorie in Deutschland

Kommentar zum Referat von Karl Milford

Von *Jürgen G. Backhaus*, Maastricht, und *Reginald Hansen*, Köln

Der dogmenhistorische Ausschuß des Vereins für Socialpolitik widmet sich keineswegs nur der deutschsprachigen Tradition in der Geschichte der Nationalökonomie. Das Thema der Würzburger Tagung zeigt dies sehr deutlich. Der Ausschuß veröffentlicht seine Ergebnisse aber in aller Regel in deutscher Sprache und richtet sich insofern auch vor allem an das deutschsprachige Publikum.

Unter diesem Gesichtspunkt erscheint es besonders wichtig, dem Einfluß der Millschen Wissenschaftstheorie auf die Methodendiskussion unserer Disziplin im 19. Jahrhundert nachzugehen.

Hier wurde nämlich nicht nur der frühe Mill, sondern – wenn auch zumeist unterschwellig – die Kritik an dessen Lehren von Seiten William Whewells bekannt. Die kritische Beschäftigung mit dieser Kontroverse, insbesondere mit den Bemühungen Mills, eine überzeugende Antwort auf die Whewellsche Herausforderung zu geben, hatte weitreichende Folgen für die Praxis der deutschen Nationalökonomie gegen Ende des 19. Jahrhunderts, die stark von der Suche nach Begründungen für die anstehende sozialpolitische Gesetzgebungspraxis geprägt wurde.

Die sozialpolitische Orientierung der deutschen Nationalökonomie bezog nämlich weitgehend ihr wissenschaftstheoretisches Fundament aus einer systematischen Auseinandersetzung mit den umfassenden und in sich widersprüchlichen Beiträgen John Stuart Mills.

Da dieser Aspekt in den Ausführungen Karl Milfords keine Behandlung fand, soll er hier skizziert werden.

I.

Die nachfolgenden Gedanken zur Bedeutung Mills können nur in knapper und somit unzulässiger Vereinfachung die teilweise sehr subtilen historischen Zusammenhänge zum Ausdruck bringen. Auf Wunsch hin können aber weitere Erläuterungen nachgeliefert und gegebenenfalls auch belegt werden.

Stichwortartig, in chronologischer Abfolge angeführt, erscheinen uns folgende Vorgänge bedeutsam:

John Stuart Mill, geboren 1806, wurde bereits im Knabenalter von George Grote (1794–1871) systematisch mit der aristotelischen Philosophie vertraut gemacht. Im übrigen übernahm er von seinem Vater James Mill die grundlegenden Thesen der nachklassischen Nationalökonomie und somit die Überzeugungen von Jeremias Bentham, in dessen Haus die Familie Mill zeitweise lebte und dessen umfangreiche Bibliothek nutzen durfte, die Denkfiguren von David Ricardo und die Lehren von Thomas R. Malthus.

Bereits nach Erreichen des Alters von 16 Jahren betätigte sich J. St. Mill dann als Begründer der „Utilitarian Society“, desgleichen eines Debattierclubs, als Redner in vielen öffentlichen Veranstaltungen, als Propagandist liberalistisch-utilitaristischer Überzeugungen und er veröffentlichte in der von ihm mitbegründeten „Westminster Review“ regelmäßig Artikel polemisch-politischen Inhalts. Auch seine spätere Mitarbeit in dem höchst einflußreichen, auf Initiative Ricardos von dem Vater James Mill 1821 mitbegründeten „Political Economy Club“ ist hier zu erwähnen.

Diesen Lehren, die John Stuart Mill radikal und emotionalisiert als Redner vertrat, suchte Mill 1829 einen systematischen Rahmen zu geben, um sie so in dem Gefüge der erfolgreich aufstrebenden Wissenschaften zu rechtfertigen (siehe: „On the Definition of Political Economy; and on the Method of Investigation proper to it“). Dabei suchte er in seiner Frühschrift zu zeigen, daß die Politische Ökonomie in systematischer Hinsicht als „abstrakte Wissenschaft“ zu beurteilen sei, für die allein die „a priori Methode“, also eine „deduktive“ Vorgehensweise in Frage komme. Er verglich in seinen Ausführungen die Politische Ökonomie mit der Geometrie. Diese folgere ebenso aus angenommenen Prämissen, die ebenfalls keinerlei empirisch beobachtbare Grundlage in der Realität haben. Diese Prämissen, die jeweils als Obersätze eines theoretischen Arguments in der nachklassischen Nationalökonomie dienten, werden nach Mill durch ein induktives Verfahren als „Gesetze der menschlichen Natur“ ermittelt. Sie stellen erklärtermaßen introspektive Einsichten dar, die jedermann nachvollziehen könne. Es handelt sich jedoch um Vorgänge der Erlebnissphäre, die jedenfalls einer interpersonellen Überprüfung im konkreten Fall nicht zugänglich sind.

Die Verbindung dieser Lehren zur empirischen Realität ist daher offensichtlich problematisch. Konkrete Prognosen, die jeweils an realen Vorgängen überprüfbar sind, kann eine so nach Mill konzipierte Politische Ökonomie nicht liefern. Dies bestätigte Mill denn auch. Die Wahrheit dieser Lehren einer ricardianischen Nationalökonomie wurde allerdings von Mill auch – ähnlich wie bereits die „Stoff-Form-Methaphysik“ des Aristoteles, die eine Verdoppelung der Welt in eine solche erklärbarer wesenhafter Essenzen einerseits und unerkklärbarer, zufälliger accidenteller Störfaktoren andererseits vorsah – unter Verzicht auf Überprüfbarkeit der Konsequenzen in der Realität dogmatisch vorausgesetzt.

In den Jahren nach 1823 engagierte sich der jugendliche Mill stark in solchen Vorträgen und Aufsätzen, die die Lehren des Vaters, Ricardos, Benthams und von Malthus zum Inhalt hatten und sich an seinen philosophischen Überzeugungen ausrichteten. Mill glaubte es daher notwendig, ihnen einen systematischen Leisten zu geben (*Essays on Some Unsettled Questions of Political Economy*).

II.

Nun erschienen zur selben Zeit Beiträge des in Cambridge lehrenden Mathematikers, Physikers und Geologen William Whewell (1794 – 1866)¹ in den „*Transactions of the Cambridge Philosophical Society*“ und später in weiteren wissenschaftlichen Publikationen, in denen dieser die wesentlichen Lehren der nachklassischen Nationalökonomie in knapper Form in mathematischer Fassung systematisierte. Whewell bemängelte darin deren Bezug zur Realität, stellte Widersprüche im Aussagenszusammenhang fest und verwarf letztlich wegen des Verzichts auf Nachprüfbarkeit der Ergebnisse deren wissenschaftlichen Charakter und damit die Fähigkeit zur Erklärung von Erscheinungen der wirtschaftlichen Wirklichkeit.

In verschiedenen Beiträgen unterstrich Whewell das Ungenügen der Ricardo-Millschen Nationalökonomie, der Mill zur selben Zeit in der Öffentlichkeit streng wissenschaftlichen Charakter beimaß. Der Anspruch der nachklassischen Nationalökonomie auf Anerkennung als wissenschaftliche Teildisziplin war offenbar für Whewell ein wichtiger Anstoß zu seiner nach 1830 lebenslang währenden Untersuchung der Bedingungen für die Erweiterung unseres Wissens und ebenso für dessen Rechtfertigung. Vorerst suchte er erst einmal in der Wissenschaftsgeschichte nach einem systematischen Überblick über die konkreten historischen Entdeckungsprozesse in den verschiedenen Wissenschaften. Seine Kritik an der vorherrschenden Nationalökonomie und seine Aktivitäten besprach er regelmäßig mit seinen engsten Studienfreunden, dem Professor für Nationalökonomie Richard

¹ Whewell, William (1794 – 1866), Wissenschaftshistoriker und Wissenschaftstheoretiker, Mathematiker, Geologe, Professor für Mineralogie, dann für Moralphilosophie, Vizekanzler der Universität Cambridge, Universalgelehrter. Hauptwerke: *History of the Inductive Sciences*, London 1837; *The Philosophy of the Inductive Sciences*, London 1840. Whewell besuchte seit 1829 viele Jahresversammlungen der „Gesellschaft Deutscher Naturforscher und Ärzte“. Er beherrschte die deutsche Sprache und stand mit vielen deutschen Gelehrten in Gedankenaustausch. Whewell war seit 1829 Mitglied der „Gesellschaft für Naturwissenschaft und Heilkunde“ in Heidelberg, der Kaiserlich-königlichen Geographischen Gesellschaft in Wien und vieler weiterer wissenschaftlicher Vereine. Er zeigte besonderes Interesse an der Philosophie Kants und an den spekulativen Lehren der nachkantischen deutschen idealistischen Philosophie, von deren Vertretern er sich aber nur inspirieren ließ. Zu recht war er besorgt, sein Interesse an deutscher Philosophie könnte dazu führen, ihn in England als spekulativen Metaphysiker und Vertreter des deutschen Idealismus zu desavouieren. Wegen des undogmatischen Gebrauchs, den er von der Philosophie Kants für die Erkenntnislehre machte, wurde er andererseits in Deutschland regelmäßig als „oberflächlicher Denker“ (so F. A. Lange u. a.) abgetan.

Jones (1790–1852), und dem Naturwissenschaftler John Frederic William Herschel (1792–1871).²

Herschel stand bald auch mit Mill in Gedankenaustausch und neigte sogar – unsicher Differenzen ausgleichend – zu dessen induktivistischer Wissenschaftsauffassung, so daß dieser über die Untersuchungen Whewells fortlaufend unterrichtet war.

Im Jahr 1837 erschien Whewells „Geschichte der inductiven Wissenschaften“; 1840 veröffentlichte Whewell sodann die aus der historischen Untersuchung fortentwickelten Ergebnisse als „Philosophie der inductiven Wissenschaften“. Weitere Beiträge vertieften die gewonnenen Überzeugungen. Als Resultat seiner Studien hielt Whewell fest, daß die Gewinnung und Rechtfertigung von Erkenntnissen in drei Stufen erfolge. Die erste Stufe dient der Problemabgrenzung und der sprachkritischen Suche nach einer fruchtbaren Begriffsbildung. In der zweiten Stufe erfolgt eine Suche nach geeigneten Erklärungseinfällen durch eine als „Colligatio“ bezeichnete Verknüpfung der Phänomene. In einer dritten Stufe erfolgt sodann eine Überprüfung der aus den zu generellen Hypothesen verarbeiteten Erklärungseinfällen und den konkret gegebenen Randbedingungen gefolgerten Prognosen mit der empirischen Realität. Dabei müssen dann offenbar unbrauchbare, weil falsche Erklärungseinfälle ausgemerzt werden. Aus geeigneten Erklärungseinfällen gefolgte bewährte generelle Hypothesen können sodann als richtige, oder besser bewährte Theorien übernommen und fernerhin als theoretische Erkenntnisse gewertet und dem Wissensstand hinzugefügt werden. Unser Wissen wächst demnach mit der Ausmerzung falscher Theorien und nicht mit einer Anhäufung gesicherter Erkenntnisse, wie Mill unterstellte. Mehr noch: Ein absolut gesichertes Wissen, auf das Mill als Ergebnis seiner „Inductiven Logik“ später abstellte, gibt es nach Whewell nicht. Es gibt nur bewährte generelle Hypothesen. Deren Wahrheitswert bleibt stets problematisch. Auf die Bedeutung, die das Studium der Philosophie Kants für Whewell einnahm, können wir nicht weiter eingehen.

Whewell hat sich zeitlebens durch viele wichtige Experimente darum bemüht, die Grenzen menschlichen Wissens hinauszuschieben. Zu nennen sind die Erforschung der Gravitätskonstanten, seine Berechnungen zur Gezeitenforschung, seine Beiträge zum Wärmeäquivalent, zur elektrischen Feldtheorie zusammen mit seinem Freund Faraday, etc. Anders als Mill ließ er es nicht bei spekulativer Introspektion und eifrigem Bücherstudium bewenden, sondern suchte durch seine, von

² a) Jones, Richard (1790–1855), Professor für Politische Ökonomie in London, ab 1835 Nachfolger von Th. R. Malthus als Professor für Politische Ökonomie und Geschichte am East India College at Halebury. Hauptwerk: *An Essay on the Distribution of Wealth and on the Sources of Taxation*, London 1831. Viele Aufsätze und Abhandlungen, die im Gegensatz zu der Millschen Nationalökonomie von einer historisch-induktiven Behandlung wirtschaftlicher Vorgänge Gebrauch machen.

b) Herschel, John Frederic William (1792–1871), Astronom, Präsident der Royal Astronomical Society. Wichtige Beiträge zur Wellentheorie des Lichts. Werk: *A preliminary Discourse on the Study of Natural Philosophy*, London 1831.

interpersonell nachprüfbar Experimenten ausgehende Forschungsmethode der Naturwissenschaften zur Erlangung von Erkenntnissen über die empirische Realität auch zur Bereitung einer methodologischen Grundlage für die „moral sciences“ beizutragen. Entsprechend ermutigte er seit 1825 Richard Jones fortlaufend, Beiträge zu einer empirisch und nicht abstrakt deduktiv ausgerichteten Nationalökonomie zu veröffentlichen. Ausgiebig würdigte er dann auch dessen Beiträge in Rezensionen.

So lobte er 1831 in einer längeren Rezension in einer weit beachteten Zeitschrift die von Jones in seinem Hauptwerk praktizierte Methodologie, die jeweils die historischen Umstände in die Untersuchung theoretischer Fragestellungen einbezog und damit völlig von der von Mill vertretenen deduktiven Vorgehensweise abwich und auch zu anderen Ergebnissen gelangte. Die politische Ökonomie ist, so hielt Whewell fest, eine induktive Wissenschaft. Und: Wenn Whewell feststellte, daß die Politische Ökonomie die Menschheit in die Lage versetzen sollte, „to predict and controll the future“, so suchte er damit ein völlig neuartiges Wissenschaftsmodell an die Stelle des noch aus der klassischen Philosophie fortentwickelten, von einer unterstellten Weltverdoppelung ausgehenden Millischen Weltbildes zu setzen.

Mehr noch: Nach Besuchen von Veranstaltungen der „Gesellschaft Deutscher Naturforscher und Ärzte“ wurde Whewell 1831 Initiator und Mitbegründer der diese kopierenden „British Association for the Advancement of Science“ und setzte sich sogleich gegen erheblichen Widerstand – maßgebliche Mitglieder wollten der Disziplin den wissenschaftlichen Charakter abgesprochen wissen – für die Einrichtung einer Sektion VI für Nationalökonomie und Statistik ein, in der er selbst und Richard Jones dann bereits 1833 als Mitglieder geführt wurden. Hier suchte er dann einer andersartig, nämlich historisch induktiv ausgerichteten ökonomischen Lehre eine institutionelle Grundlage zu schaffen. Daß Mill die Aktivitäten Whewells für eine neuartige Nationalökonomie stören mußten, liegt auf der Hand. So wird verständlich, daß er trotz dessen Anregungen lebenslang sorgfältig vermied, ihm jemals persönlich zu begegnen. Daß die Vorgänge in der „British Association“ weitestgehende Beachtung in der Öffentlichkeit fanden, zeigt der Umstand, daß der damalige Parlamentsberichterstatler Charles Dickens über die Gründung und Verhandlungen eine Satire voll beißender Ironie verfaßte. Daß die geistige Krise Mills um 1829 mit der zu dieser Zeit bekannt werdenden nachhaltigen systematischen Kritik Whewells an dessen dogmatisch vertretenen Überzeugungen zusammenhängt, muß wohl vermutet werden.

III.

Drei Jahre nach dem Studium von Whewells 1840 erschienener „Philosophie der induktiven Wissenschaften“ veröffentlichte Mill in Gegnerschaft zu ersterem sodann gewissermaßen als Antwort sein „System der induktiven und deduktiven

Logik“. Dieses Werk blieb ganz und gar der englischen empirischen Tradition, die von Autoren wie John Locke, Francis Bacon und David Hume bestimmt worden war, verhaftet.

Demnach ist die sinnliche Erfahrung die einzige Quelle aller Erkenntnis und bestimmt die einzig richtige Methode sämtlicher Disziplinen, also auch der mathematischen und geometrischen Wissenschaften. Selbst hinter dem Syllogismus der logischen Argumentation verbirgt sich für Mill eine induktive Vorgehensweise. Mill war überzeugt davon, daß das gesamte Wissen ein Ergebnis induktiver Verallgemeinerungen aus Beobachtung und Experimenten sei. Zur systematischen Suche nach gesichertem Wissen entwickelte er in seiner Logik vier Methoden der Induktion, die den Ansatz zur Forschung schematisieren und den Wahrheitswert gesicherter Erkenntnisse rechtfertigen sollten. Offensichtlich war ein wichtiger Grund für die Fertigung der induktiven Logik die gegen Whewells Lehren gerichtete wissenschaftliche Rechtfertigung der früh vertretenen ricardianischen Nationalökonomie.

Speziell für die Geisteswissenschaften fügte Mill seiner Logik denn auch ein längeres sechstes – letztes – Buch an, in dem er im Grunde die frühen Lehren der Zeit der Jahre um 1829 für die „moral or mental sciences“ übernahm und zur Rechtfertigung der „deduktiven Methode“ weiter ausbaute. Die Auffassung Mills, daß Experimente in den „moral or psychological sciences“ ausgeschlossen seien, veranlaßte ihn, für diese Disziplinen weiterhin die in den frühen Jahren vertretene „method a priori“ oder „deduktive“ Vorgehensweise vorzusehen, die von „conclusions correctly deduced“, also aus unmittelbar einsichtigen „causes“ als „laws of human nature“ ausgeht.

Im übrigen sah das sechste Buch für die Gesellschaftswissenschaften programmatisch die Aufgabe vor, „die Gesetze zu finden, nach denen ein gesellschaftlicher Zustand (jeweils) den ihm nachfolgenden und seine Stelle einnehmenden Zustand (ursächlich) erzeugt“ (s. Logik, Teil 2, B VI, Kap. 10, § 2). Es handelt sich bei dem Untersuchungsobjekt mithin um unterstellte globale Entwicklungsgesetze, und er sah sein Forschungsziel offenbar darin – ähnlich wie später Karl Marx, Adolph Wagner, Lujo Brentano, Karl Bücher und andere – die Kenntnisse zu erarbeiten, die die Geburtswehen bei der Fortentwicklung der sozialen Verhältnisse zu lindern geeignet sind, soweit „der natürliche Fortschritt . . . wohltätig ist“ (Logik Teil 2, B VI, Kap. 10, § 8).

Nachdem Mill 1843 seine „Logik“ veröffentlicht hatte, begann er erst 1845 mit der Fertigung seines allgemein bekannten Titels „Grundsätze der Politischen Ökonomie“, der 1847 abgeschlossen wurde. Offenbar hatte für Mill die „Logik“ dem Ziel gedient, die „nachklassische Nationalökonomie“ in einer streng empirisch orientierten Tradition wissenschaftlich zu rechtfertigen. Auch in den „Grundsätzen“ konnte Mill sich denn auch nicht von der Vorstellung freimachen, daß dem Nationalökonom von vornherein die wesentlichen Ursachen der wirtschaftlichen Erscheinungen durch Introspektion bekannt seien, aus denen er nur zu deduzieren

brauche. Die unter dem zunehmenden Einfluß seiner erst 1851 geheirateten Ehefrau Harriet Taylor nach 1845 verfaßten „Grundsätze“ und die späteren sozialpolitisch ausgerichteten Beiträge und Anregungen sind höchst beachtenswert, waren aber nicht bis zu Ende durchdacht. Eine tragfähige Verbindung zu den früheren methodologischen Beiträgen ist daher ohne Gewaltigkeiten oft gar nicht feststellbar.

Im übrigen gilt die Feststellung Seniors: „In the essays Political Economy is a hypothetical science, in the Principles it is a positive art“ (Edinburgh Review, Vol. LXXVIII, p. 304).

Tatsächlich weist Senior mit diesem Zitat auf eine Fülle von Widersprüchen hin, die hier im einzelnen nicht weiter erörtert werden sollen, da der Tenor unseres Kommentars sich auf die Bedeutung der Beiträge Mills für die weitere Entwicklung der deutschen Nationalökonomie richtet.

IV.

Die Rezeption der Auseinandersetzung zwischen Mill und Whewell im deutschen Sprachraum ist ein außerordentlich interessantes Kapitel der Geschichte der europäischen Ideenentwicklung. Die Bedeutung der Beiträge Mills kann nicht isoliert erfaßt werden. Der Name Whewells fand nämlich bei fast allen führenden deutschen Philosophen und Naturwissenschaftlern Erwähnung, mögen seine Thesen auch nur unterschwellig oder verborgen die Diskussion beeinflusst haben.

Nach der Jahrhundertwende bestimmte im deutschen Sprachraum vorerst die spekulative nachkantische Identitätsphilosophie das Bild des gesamten Wissenschaftsbetriebs. Zunehmend erklärten jedoch kritische Naturwissenschaftler Verständnislosigkeit, Bedenken, ja Abneigung gegen die Wissenschaftsauffassung der vorherrschenden dogmatisch spekulativen philosophischen Lehrmeinungen.

Mill hatte versucht, die wissenschaftskritischen Erkenntnisse Humes mit deren skeptischen Konsequenzen zu beachten, aber gleichwohl ein „Organon“ zu entwickeln, das es erlauben sollte, gesicherte Erkenntnisse unmittelbar aus der Sinneserfahrung streng logisch herzuleiten. „Nach meinem Verständnis gibt es so ein Ding wie Beweis“ (von Naturgesetzen), so führte er gegen Whewells fallibilistisch ausgerichtete Induktionslehre gelegentlich aus.

Die Lehren Mills konnten zur Kritik einer vorherrschenden spekulativen Wissenschaftslehre, die die Identität von Denken und Sein unterstellte, bei vielen erkenntniskritischen Naturwissenschaftlern zur Zeit der Spätromantik großen Zuspruch finden. Sie waren aber ebenso geeignet, im deutschen Sprachraum reichlich Verwirrung zu stiften. Dies gilt zumal für die von Justus von Liebig veranlaßte Übersetzung der „Logik“ Mills durch seinen Schüler J. Schiel aus dem Jahr 1849, die das den Geisteswissenschaften gewidmete letzte Buch völlig aussparte und

dem Titel obendrein eine von Mill autorisierte Einleitung hinzufügte, die die Auseinandersetzung mit Whewell zusammenfassend einseitig und entstellend wiedergab. Liebig war im übrigen gewiß, zwei Jahre seines Studiums sinnlos verloren zu haben, indem er sich ab 1820 intensiv den Schellingschen Vorlesungen und dessen Metaphysik hingegeben hatte. Er haderte nach 1822 mit dem, was er nun strikt ablehnte, und kehrte, von „seinem Traume erwacht“, entmutigt Erlangen den Rücken. Fortan stellte er dem Naturforscher die Aufgabe, Ursachen der Naturvorgänge ausschließlich in der Weise nachzuforschen, indem er die Tatsachen der sinnlich wahrnehmbaren Erscheinungen zusammenträgt, bevor er daraus irgendwelche spekulative erklärende Schlüsse zieht.

So wurde der einflußreiche Liebig früh ein strenger Anhänger extremer Thesen des Induktivismus von Mill, die dann später, nachdem er allzu große Einseitigkeiten längst überwunden hatte, von vielen Naturwissenschaftlern noch geteilt wurden, jedenfalls im deutschen Sprachraum in der Diskussion vorherrschten. So konnte man bald sogar dem an einer kritischen Auslegung der Lehren Kants orientierten Marburger Philosophen und Nationalökonom Friedrich Albert Lange folgend glauben, die nachklassische Nationalökonomie sei in ihrer modernen, von Mill aufbereiteten Form eine empirische, naturwissenschaftlich bestätigte Lehre, während sie doch nur mit großen Anstrengungen durch geeignete Gewänder pseudoempirisch herausgeputzt worden war. Bald machte dann sogar das Schlagwort vom „Sozialdarwinismus“ die Runde.

Welche Bedeutung kam John Stuart Mill für die weitere Entwicklung der Nationalökonomie im deutschen Sprachraum zu?

Sowohl Carl Menger als auch Gustav Schmoller erkannten die von Mills Induktivismus für die Nationalökonomie als Wissenschaft aufgeworfenen grundlegenden Problemstellungen und deren Lösungsversuche. Beide kritisierten Mill aber von genau entgegengesetzten Standpunkten aus. Menger suchte nach seinen eigenen Worten die klassische und nachklassische Nationalökonomie, gegen Schmoller gerichtet, „auf richtigere Grundlagen“ zu stellen. Er beklagte die Richtung, welche die Induktionslehre seit Francis Bacon für theoretische Erkenntnisse eingeschlagen habe, Er glaubte, die Grundgedanken der aristotelischen epagogischen Induktionslehre müßten wieder Beachtung finden. Von dieser Lehre ausgehend sei Mill durch die schwerpunktmäßige Betonung der systematischen Bedeutung des Experiments für die Erkenntnis nach den Empfehlungen Bacons auf Abwege geraten. So kündigte Menger 1883 und wiederholt 1884 die Fertigung einer Abhandlung über die eingeschränkte Bedeutung des Experiments für die Erkenntnis an, ein Versprechen, das er leider nicht einlöste.

Demgegenüber kritisierte Schmoller die Induktionslehre Mills, indem er sich die Kritik Whewells zu eigen machte. Dabei setzte er sich mit den Lehren der führenden Philosophen der Zeit, wie etwa der „Logik der Geisteswissenschaften“ des wenig älteren Landmanns Wilhelm Wundt ebenso auseinander, wie mit den Lehren von Christoph Sigwart, von Ernst Laas, Otto Liebmanns, Friedrich Albert

Langes und anderer³ (die Bedeutung einer kritischen Kantrezeption für die Diskussion muß unerörtert bleiben). Die Überzeugung, von der Schmoller sich leiten ließ, übernahm die leitenden Grundgedanken von Whewell, der zwar bei den genannten Gelehrten Berücksichtigung gefunden hatte, aber wegen der strengen, zu der Zeit als „Philosophenhaß“ bezeichneten Zurückweisung aller aus der spekulativen Identitätsphilosophie stammenden Denkfiguren hinter einer verständlichen Sympathie für die wissenschaftskritischen Argumente des Millsschen Empirismus jeweils zurücktreten mußte. Indem Schmoller in seinem Methodenaufratz von 1894 Auffassungen über die Induktionslehre vertrat, die der an Whewell angelehnten Lehre des Fries-Schülers Ernst Friedrich Apelt entsprachen, löste er sich völlig von den fragwürdigen Positionen des Millsschen Empirismus und vertrat die wesentlichen Grundgedanken einer heute modernen Wissenschaftslehre. Erwähnt werden mag noch, daß Menger 1883 die von Roscher eingeleitete neue Ausrichtung der deutschen Nationalökonomie bedauerte, während Schmoller 1888 glaubte, Roscher nicht als Vertreter, aber wegen seiner Lehren als Ansatzpunkt einer neuartigen Nationalökonomie würdigen zu können.

Von der Bedeutung der Methodenlehre für eine neuartige Nationalökonomie überzeugt, hielt Schmoller sofort nach seiner Berufung an die Berliner Universität ab dem Sommersemester 1883 Vorlesungen zur „Methodologie der Staatswissenschaften“. Er hielt dieses Lehrangebot angesichts der durch eine hastige Industrialisierung ausgelösten sozialen Probleme, für deren Meisterung die nachklassische Nationalökonomie keine geeignete Grundlage zu bieten vermochte, für notwendig. Während die Kollegen von der juristischen Fakultät feste Rezepte für die durch soziale Verwerfungen entstandenen Probleme aus den geltenden Rechtsvorschriften und der Gesetzgebungstradition herzuleiten vermochten, suchte Schmoller eine neuartige empirische Grundlage für die Erörterung von Gesetzesvorschlägen zur sozialen Einebnung der allgemein als unerträglich empfundenen Klassenspaltung der Gesellschaft und weiterer sozialpolitischer Zielvorgaben zu erarbeiten.⁴

³ a) von Liebig, Justus (1803–1873), Chemiker, Professor für organische Chemie in Gießen und später in München. Seine Experimente ermöglichten die Begründung der modernen Agriculturnchemie.

b) Sigwart, Christoph (1830–1905), Professor der Philosophie in Tübingen.

c) Laas, Ernst (1837–1885), Professor der Philosophie in Straßburg.

d) Liebmann, Otto (1840–1912), Professor der Philosophie in Jena.

e) Lange Friedrich Albert (1828–1875), habilitiert für Philosophie und Nationalökonomie, Professor für induktive Logik in Zürich, dann Professor der Philosophie in Marburg.

f) Wundt, Wilhelm (1832–1920), Philosoph und Psychologe, Interesse an Erkenntnistheorie. Ab 1858 Assistent von Helmholtz in Heidelberg, ab 1874 Professor für induktive Philosophie in Zürich, dann Professor der Philosophie in Leipzig. Werk u. a.: *Logik. Eine Untersuchung der Principien der Erkenntnis und der Methoden wissenschaftlicher Forschung*, 2 Bände, Stuttgart 1880–1883, darin „Logik der Geisteswissenschaften“.

⁴ Als Beispiel für Schmollers sozialpolitische Ausrichtung der Nationalökonomie mag auf den folgenden, in Kürze erscheinenden Aufsatz aufmerksam gemacht werden: *Backhaus, J.: The Kanitz-Proposal*, in: *Journal of Economic Studies*. Auch die von Herrn Kollegen Novy

Die wissenschaftstheoretischen und ökonomischen Beiträge Mills wurden im deutschen Sprachraum insbesondere von Schmoller und seinem engsten Mitarbeiter Wilhelm Hasbach intensiv verarbeitet. Schmoller hat für die Bearbeitung methodologischer Fragen in seinem Leben stets längere Forschungszeit verwendet und sich in drei längeren Abschnitten vor allem wissenschaftstheoretischen Studien gewidmet. Dadurch hat er sich, wie er später festhielt, eine feste wissenschaftstheoretische Überzeugung verschafft. Ähnliches gilt für Hasbach, der Philosophie studiert hatte. Die von Schmoller im Sommersemester 1883 in dreizehn Einzelveranstaltungen neben seiner Vorlesung über „Allgemeine oder theoretische Nationalökonomie“ vorgetragene „Methodologie der Staatswissenschaften“ war in Deutschland einzigartig und wurde von ihm mit kleinen Änderungen in Titel und Inhalt bis 1896 mehrfach gelesen.

Schmoller veröffentlichte dann seinen Beitrag zur Methodologie, den er selbst als sehr unvollkommen bezeichnete, da eine befriedigende Ausarbeitung sein ganzes Forscherleben erfordert hätte, im sechsten Band des Handwörterbuchs der Staatswissenschaften von 1894 (Seite 523 ff.). Für die spätere, 1911 erschienene 3. Auflage machte Schmoller Zusätze, die der aufgekommenen Kritik an der Sozialpolitik begegnen sollten. Sie verwässerten den ursprünglichen Gedankengang und müssen hier unerörtert bleiben.

Der Umstand, daß verschiedene Formulierungen in Schmollers Methodenaufsatz von 1894 mit Ausführungen Whewells von 1831 und späteren Beiträgen fast gleichlautend sind, bestätigt den hier dargelegten Zusammenhang. Schmoller suchte ebenso wie Whewell durch systematische Verarbeitung der Erscheinungen der ökonomischen Realität eine theoretische Grundlage für politische Entscheidungen zur Erreichung jeweiliger vordringlicher Zielvorgaben aufzubereiten. Dazu, so glaubten beide Wissenschaftler, war die nachklassische ricardianische Nationalökonomie ungeeignet.

Festzuhalten bleibt jedenfalls auch, daß Schmollers Methodenaufsatz die Millische Induktionslehre zurückweist, worauf Hasbach 1895 in „Schmollers Jahrbuch“ ausdrücklich hinweist, und sich zu den wissenschaftstheoretischen Lehren Whewells bekannte. So vertrat Schmoller die wesentlichen Elemente der Whewellschen Lehren, wie etwa dessen Empfehlungen zur Begriffsbildung, dessen Gesetzesbegriff, dessen fallibilistische dreistufige Induktionslehre, die Empfehlung zur Verwendung der Geschichtsforschung als Ersatz für Experimente, zur Konstruktion von Typenbegriffen und vieles mehr.

anlässlich seiner Berliner Präsentation für den Dogmenhistorischen Ausschuß vorgetragenen Berichte über die umfangreichen Planungsarbeiten an der TH Berlin zeigen die Verwurzelung in den Schmollerschen Vorstellungen über ein zweckmäßiges Theoriekonzept. Für eine praktische Umsetzung der in Schmollers Theoriekonzept formulierten Gesichtspunkte gibt zur Jahrhundertwende Heinrich Herkner ein gutes Beispiel, s. hierzu: *Backhaus, J./Hanel, J.: The Succession: An Essay on Heinrich Herkner, The Economist* (Die Nachfolge: Ein Versuch über Heinrich Herkner, den Volkswirt), Marburg 1994, Metropolis Verlag.

Vor allem aber ist Schmollers Zurückweisung holistischer Ablaufgesetze, für die Mills „Logik“ eine Grundlage bot, und wegen deren Bedeutung er sowohl mit Brentano, als auch mit Wagner, Bücher und anderen in Gegnerschaft stand, zu erwähnen. Ebenso ist die Beschränkung der sozialwissenschaftlichen Erforschung gesetzlicher Zusammenhänge auf die Suche nach raum-zeitlich eingeschränkten relativ-konstanten Wirkursachen in überschaubaren Bereichen der ökonomischen Realität hier anzuführen. Für Schmoller wurde hierfür der Begriff der „Detailuntersuchung“ geprägt, dem sich eine von ihm begründete Schriftenreihe bestimmungsgemäß intensiv widmete.

So wurden die Beiträge Mills nach unserem Erachten der Drehpunkt für eine wissenschaftstheoretische Auseinandersetzung angesichts der Anfänge einer neuartigen, empirisch fundierten Nationalökonomie mit sozialpolitischer Ausrichtung, so, wie sie von Gustav Schmoller begründet wurde.

II. Finanzwissenschaft und Steuerphilosophie

John Stuart Mill als Steuerphilosoph

Von *Christian Scheer*, Hamburg

John Stuart Mills „Principles of Political Economy with Some of Their Applications to Social Philosophy“, angefangen im Herbst 1845 und in der ersten Fassung bereits nach achtzehn Monaten vollendet (und dies, obwohl die Arbeit häufig durch andere Beschäftigungen unterbrochen werden mußte),¹ erwiesen sich gleich im ersten Jahr nach ihrem Erscheinen mit 1000 abgesetzten Exemplaren als ein verlegerischer Erfolg, obgleich der Titel zunächst im oberen Preissegment angesiedelt und für Normaleinkommen nahezu unerreichbar teuer war.² Der Erfolg des Buches – in England erschienen in fünfzig Jahren nicht weniger als 32 Auflagen³ – ist sicherlich zu einem wesentlichen Teil darauf zurückzuführen, daß Mill versuchte, gleichermaßen theoretische wie praktisch-wirtschaftspolitische Ansprüche zu erfüllen, daß er den Stand des ökonomischen Wissens seiner Zeit zusammenfassen und dieses Wissen auf die vieldiskutierten ökonomischen Fragen der Zeit anwenden wollte.⁴ Bekannt geworden ist Schumpeters Dictum von der „happy combination of scientific level and accessibility“,⁵ und nicht ganz zu Unrecht nennt *Groves* (1974) das Buch ein „storehouse of quotable material for subsequent scholars“⁶.

Diese Bemerkungen über Charakter und Ziel des Buches gelten in besonderem Maße für die steuerlichen Parteien. Die der öffentlichen Wirtschaft gewidmeten Parteien (Buch V „On the Influence of Government“) der „Principles“ machen, ge-

¹ *Packe* (1954), S. 295 f. u. 306 ff.

² Vgl. *de Marchi* (1974), S. 120.

³ *Packe* (1954), S. 310.

⁴ In seinem Brief vom 8. 11. 1844 an Henry S. Chapman charakterisiert Mill sein geplantes Buch: „I am thinking of saying out my say on all these things in a treatise on political economy, not in the abstract manner of Ricardo and my father, but in the practical and popular manner of Adam Smith. The whole science requires extremely to be recast . . . and such a book if one were able to do it well would at once supersede all the existing treatises, which are, one and all, effete and useless except as matter of history, and would give a right direction to the revived interest which begins to be felt in the study, and which languishes for want of a book at once free from gross error and *teaching the applications along with the principles*, which it is the beauty of Adam Smith's book that he did.“ *Mill* (1848b), S. 642 (Hervorhebung von mir).

⁵ Vgl. *de Marchi* (1974), S. 120.

⁶ *Groves* (1974), S. 26.

messen an der Seitenzahl, etwa 19% des Gesamtwerkes aus, und rund 41% dieser Partien wiederum nehmen die „Steuerkapitel“ (Kap. II bis VI) ein.⁷ Das ist eine Gewichtung, die im großen und ganzen der Struktur von Adam Smiths „Wealth of Nations“⁸ und von Jean-Baptiste Sais „Traité d'économie politique“⁹ entspricht. Mill behandelt in diesen Steuerkapiteln gleichermaßen grundsätzliche normative Fragen der Besteuerung wie technische Probleme der steuerpolitischen Umsetzung der vorgeschlagenen Grundsätze, und er nimmt überdies eine in vielem spürbar in der Tradition Ricardos stehende Analyse der Inzidenz der verschiedenen Steuerarten vor.¹⁰ Alles in allem enthalten die Steuerabschnitte der „Principles“ eine faszinierende Mischung aus ethisch-normativen, steuerpsychologischen, soziologischen, administrativen und wirtschaftstheoretischen Überlegungen – mit eindeutigem Schwergewicht des erstgenannten „philosophischen“ Elementes und ganz anders als etwa bei Mills pragmatischem Zeitgenossen McCulloch. Schon Harold Groves (1974) hat den jüngeren Mill als „Steuerphilosophen“ bezeichnet¹¹ und ihn damit begrifflich in eine Reihe mit Denkern wie etwa Fichte, Hegel und Bentham gestellt, die sich gleichfalls ausführlich vor allem mit grundsätzlichen normativen Problemen der Besteuerung befaßt haben und denen man ebenfalls die Bezeichnung „Steuerphilosoph“ verliehen hat.¹²

Freilich enthalten gerade die normativ-grundsätzlichen Ausführungen in Mills Steuerkapiteln auch manches „Rätsel“, manchen (scheinbaren) Widerspruch, der schon Mills Zeitgenossen in den damaligen Steuerdiskussionen und dann vielen späteren Ökonomen Kopfzerbrechen bereitet hat. Die folgenden Ausführungen sollen ihr Augenmerk vornehmlich auf die „steuerphilosophische“ Seite der Mill-schen Steuerkapitel richten und dabei prüfen, ob die vermeintlichen „Rätsel“ auch bei näherer Betrachtung Bestand haben; die Millschen Überlegungen insbesondere zur Analyse der Steuerwirkungen sollen demgegenüber zurücktreten. Mills Ausführungen zur „richtigen“ Besteuerung enthalten eine Reihe von Elementen, die den steuertheoretischen und den steuerpolitischen Debatten bis heute Anregungen und Diskussionsstoff geliefert haben, sei es wegen ihrer Eigenart und der Abweichung von der bis dahin „herrschenden Meinung“, sei es wegen der prägnanten Darstellung des Problems und der sorgfältigen Abwägung von pro und contra, sei

⁷ Errechnet nach dem Text der hier benutzten „Ashley-Ausgabe“ von 1909.

⁸ In der „Cannan-Ausgabe“ von 1904 umfaßt Book V („Of the Revenue of the Sovereign or Commonwealth“) 27% des Gesamttextes, und das „Steuerkapitel“ (Chap. II. Part II) macht davon 34% aus.

⁹ Errechnet nach der hier benutzten 5. Auflage (1826).

¹⁰ Vgl. hierzu *Shoup* (1960), S. 255 ff.

¹¹ *Groves* (1974). Freilich verleiht *Groves* diesen „Titel“ in seinem Buch recht freizügig (nur *Ricardo* wird der Ehrentitel ausdrücklich verweigert). Unter allen behandelten Autoren stellt *Groves* aber in dieser Hinsicht *Mill* an die Spitze, wenn er (S. 38) schreibt: „Even more than Smith (and unlike Ricardo) Mill was a philosopher-economist.“

¹² Vgl. für *Fichte* *Stadler* (1995, S. 151) („Gäbe es das Fach ‚Steuerphilosophie‘, Fichte wäre zweifellos einer seiner wichtigsten Ahnen“); für *Hegel* vgl. *Priddat* (1990) und für *Bentham* *Koch* (1975).

es wegen der Schärfe und unbeirrten Festigkeit, mit der Mill seine Überzeugungen in den aktuellen Debatten seiner Zeit als befragter „Steuerexperte“, als Publizist und als Unterhausabgeordneter vorgetragen und verteidigt hat. Zu nennen sind hier insbesondere die Definition von „Gleichmäßigkeit der Besteuerung“ als „Opfergleichheit“; die Feststellung, „Opfergleichheit“ bedeutete „Minimierung des Gesamtopfers“; das Eintreten für eine lineare Einkommensteuer mit einem Grundfreibetrag; die Forderung nach einer „konsumorientierten“ Einkommensbesteuerung bzw. nach differenzierten Steuersätzen für non-permanente und risikobehaftete Einkommen; das Plädoyer für eine progressive Erbschaftsteuer sowie die (vom Vater übernommene) Forderung nach einer Besteuerung der (zukünftigen) Wertzuwächse von Immobilien; und schließlich die Befürwortung von „Luxussteuern“ und die Idee einer „lastenfreien“ Steuer auf ostentativen Konsum.

I. Mills Beitrag zur Opfertheorie

Das vielleicht bedeutendste, jedenfalls mit Sicherheit meistzitierte und zugleich vielleicht problematischste Element der Millschen Steuerphilosophie stellt eine Passage aus der Einleitung des allgemeinen Steuerkapitels dar:

„As a government ought to make no distinction of persons or classes in the strength of their claims on it, whatever sacrifices it requires from them should be made to bear as nearly as possible with the same pressure upon all, which, it must be observed, is the mode by which least sacrifice is occasioned on the whole. If any one bears less than his fair share of the burthen, some other person must suffer more than his share, and the alleviation to the one is not, *caeteris paribus*, so great a good to him, as the increased pressure upon the other is an evil. Equality of taxation, therefore, as a maxim of politics, means equality of sacrifice. It means apportioning the contribution of each person towards the expenses of government so that he shall feel neither more nor less inconvenience from his share of the payment than every other person experiences from his.“¹³

Die Formulierung hat Anlaß vor allem zu zwei Fragen gegeben: War Mill der erste Befürworter einer Besteuerung nach dem Opferprinzip? Wie „verträgt“ sich Mills Opfergleichheitsgrundsatz mit dem „minimalen Gesamtopfer“? Eine Untersuchung beider Fragen muß gleichermaßen die heutige Theorie der Opfergleichheit und die Ideengeschichte der Besteuerung vor Mill im Auge behalten:

1. Die drei vermeintlich historischen Konzepte gleichen Opfers

Ist eine zur Finanzierung staatlicher Aktivitäten gedachte gegebene Steuer-summe auf eine Mehrzahl von potentiellen Steuerzahlern zu verteilen, werden dabei mit der Besteuerung selbst nicht zugleich distributive Absichten oder allokativen

¹³ Mill (1848a), S. 804.

Ziele (Lenkung der Einkommensverwendung, Minimierung der Excess Burden) verfolgt, orientiert sich die Steuerverteilung also ausschließlich am Ziel einer „gerechten“ Verteilung der Steuer(-zahl-)lasten, so werden heute prinzipiell zwei „Philosophien der Steuerverteilung“ unterschieden: (i) Das Äquivalenzprinzip (bei Mill: „quid pro quo principle“), das die Steuer als ein „Entgelt“ für die staatlichen Leistungen ansieht, postuliert, daß der individuelle Steuerbetrag sich nach dem individuellen Vorteil aus der Staatstätigkeit oder nach dem individuell zurechenbaren oder veranlaßten Anteil an den Kosten der Staatstätigkeit zu bemessen habe. (ii) Die Grundaussage des sog. „Leistungsfähigkeitsprinzips“ („ability-to-pay principle“) läßt sich demgegenüber am einfachsten als Negation des Äquivalenzprinzips charakterisieren:¹⁴ Die Steuer ist kein „Preis“ für Staatsleistungen, sondern eine Abgabe, die das Gemeinwesen kraft hoheitlicher Gewalt vom Individuum fordert. Dementsprechend hat sich die Höhe der individuellen Steuer(zahl)last nicht nach Art und Umfang der Staatsleistungen, sondern ausschließlich nach den ökonomischen Verhältnissen des Steuerzahlers, nach der „Leistungsfähigkeit“ i.S. der „Fähigkeit abzugeben“, zu richten.

Das Postulat „gerechter Besteuerung“ i.S. der aristotelischen *iustitia distributiva* umfaßt zweierlei Aspekte: „Horizontale Gerechtigkeit“ erfordert, „Gleiches“ „gleich“ zu behandeln, und „vertikale Gerechtigkeit“ verlangt, „Ungleiches“ „ungleich“ zu behandeln („Verhältnismäßigkeit“). Hinsichtlich der *horizontalen* Gerechtigkeit ist dem Leistungsfähigkeitsprinzip Genüge getan, wenn eine Steuerbemessungsgrundlage gewählt wird, die die „Leistungsfähigkeit“ reflektiert, und wenn diese Bemessungsgrundlage bei allen Individuen gleichermaßen der Besteuerung zugrundegelegt wird: Personen mit gleich großer „Leistungsfähigkeit“ werden dann unabhängig von der Gestalt des (für alle Steuerpflichtige identischen) Steuertarifes gleichsam „automatisch“ gleichbehandelt in dem Sinne, daß sie gleiche große Beträge entrichten müssen. Zu klären wäre freilich, wann „Gleiches“ bzw. „Vergleichbares“ vorliegt, d. h. welche ökonomische Größe der „richtige“ Indikator der individuellen „Leistungsfähigkeit“ ist: Einkommen, Konsum oder Vermögen. In Bezug auf die *vertikale* Gerechtigkeit, also hinsichtlich der Frage der Gestaltung des Steuertarifes, führt das Leistungsfähigkeitsprinzip „für sich allein“ indessen nicht weiter: „ungleich“ sind die (absoluten) Steuerbeträge von Individuen mit unterschiedlicher Leistungsfähigkeit auch dann, wenn ein einheitlicher (Durchschnitt-) Steuersatz zugrundegelegt wird, also¹⁵ ein proportionaler Steuertarif; mehr noch: ohne weitere steuerphilosophische Basis wäre das sozusagen natürliche Ergebnis der Leistungsfähigkeitstheorie ein proportionaler Steuer-

¹⁴ So schon *Myrdal* (1932), S. 158.

¹⁵ Im folgenden wird die „Progressionseigenschaft“ eines Steuertarifes anhand des spezifischen Progressionsmaßes „Veränderung des Durchschnittsteuersatzes“ definiert. Danach liegt ein progressiver Tarif vor, wenn der Durchschnittsteuersatz mit steigender Bemessungsgrundlage zunimmt. Bezogen auf die „ungekürzte Bemessungsgrundlage“ kann dies auch bei konstantem Grenzsteuersatz erreicht werden, indem dem positiven Grenzsteuersatz eine tarifliche „Nullzone“ oder ein (Grund-) Freibetrag vorgeschaltet wird („indirekte Progression“).

tarif, denn jeder andere (z. B. progressive) Steuertarif würde ja implizieren, daß die „Leistungsfähigkeit“ eben nicht proportional zur Steuerbemessungsgrundlage wächst, m.a.W.: daß die Größe, die als Steuerbemessungsgrundlage gewählt wurde, die Leistungsfähigkeit nicht unmittelbar oder nur unvollkommen verkörpert.

Anders ist dies, wenn bei der Lösung des Problems der vertikalen Gerechtigkeit eine *zusätzliche* Größe herangezogen wird,¹⁶ der subjektive Nutzenverlust, den ein zwangsweiser Kaufkrafttransfer an den Staat für das Individuum bedeutet, das „Opfer“, und wenn Besteuerung nach dem „Prinzip der Opfergleichheit“ postuliert wird. Streng genommen würde dieser Rückgriff auf Nutzengrößen anstelle von Einkommensgrößen freilich der Konsistenz halber auch hinsichtlich der horizontalen Gerechtigkeit die Verwendung von Nutzengrößen verlangen: Zwei Personen wären demnach dann gleich zu besteuern, wenn nicht ihr Einkommen (Vermögen, Konsum), sondern ihr Nutzen gleich wäre.¹⁷ Wäre also der individuelle Nutzen eine Funktion nicht nur des Einkommens, sondern z. B. auch der verfügbaren Freizeit, so würde steuerliche „Gleichbehandlung“ eine Besteuerung nicht nach dem tatsächlichen (von der individuellen Arbeitszeit-/Freizeit-Entscheidung abhängigen) Einkommen, sondern nach dem potentiellen Einkommen bzw. der „ability to earn“ erfordern. Solange aber angenommen wird, daß der individuelle Nutzen ausschließlich von der Einkommenshöhe abhängt, garantiert auch schon eine Besteuerung nach der Höhe des tatsächlichen Einkommens horizontale Gerechtigkeit auch in nutzenmäßiger Hinsicht, d. h., zwei Personen mit gleichem Nutzen werden gleich hoch besteuert.

Eine Forderung nach „Opfergleichheit“ bleibt aber inhaltsleer, wenn nicht definiert wird, wann zwei individuelle „Opfer“ als „gleich“ anzusehen sind. Seit *Cohen-Stuart* (1889) und *Edgeworth* (1897) werden regelmäßig drei Konzepte der „Opfergleichheit“ unterschieden. Danach liegt „Gleichheit“ der Opfer vor, wenn entweder (1) der absolute Betrag des Nutzenentgangs (kardinale Meßbarkeit vorausgesetzt) bei allen Individuen gleich ist („gleiche absolute Opfer“) oder (2) der

¹⁶ *Jean Jacques Rousseau* (1758), S. 405 ff., begründete die Notwendigkeit einer Steuerprogression nicht nur mit opfer- und äquivalenztheoretischen Argumenten, sondern auch mit dem Hinweis auf eine unterschiedliche „Leichtigkeit der Einkommenserzielung“ (bzw. „Steuereinhölung“): „Une autre attention non moins importante à faire, c'est que les pertes de pauvres sont beaucoup moins réparables que celles du riches, et que la difficulté d'acquérir croît toujours en raison du besoin. On ne fait rien avec rien; cela est vrai dans les affaires comme en physique; l'argent est la semence de l'argent, et la première pistole est quelquefois plus difficile à gagner que le second million.“ Später hat namentlich *Seligman* (1893), S. 133 ff., und (1908), S. 290 ff., diesen Gedanken aufgegriffen und zu einer sehr spezifischen Version des „Leistungsfähigkeitsprinzips“ ausgebaut. Im übrigen ist die Frage, ob das „Leistungsfähigkeitsprinzip“ das „Prinzip der Opfergleichheit“ notwendigerweise umfasse oder ob zwischen beiden „Prinzipien“ unterschieden werden müsse, ob also auch ein „Leistungsfähigkeitsprinzip“ denkbar sei, das ohne den Rückgriff auf das „Prinzip der Opfergleichheit“ auskommt, bis in die jüngere Vergangenheit Gegenstand mancher Debatten gewesen.

¹⁷ Vgl. Feldsteins bekanntes „tax design principle“; *Feldstein* (1976), S. 77 ff.

Vor-Steuer-Nutzen aller Individuen um denselben Prozentsatz verringert wird („gleiche relative“ Opfer“) oder (3) das „Grenzopfer“ bei allen Steuerzahlern gleich ist:¹⁸

gleiche absolute Opfer: $u_i(y_i) - u_i(y_i - t_i) = \text{const. für alle } i$

gleiche relative Opfer: $\{u_i(y_i) - u_i(y_i - t_i)\}/u_i(y_i) = \text{const. für alle } i$

„gleiche Grenzopfer“:¹⁹ $u'_i(y_i - t_i) = \text{const. für alle } i$

Steuerpolitisch sind derartige Überlegungen natürlich wenig hilfreich, denn zur Umsetzung in einen konkreten „gerechten“ Steuertarif müßten die individuellen Grenznutzenfunktionen²⁰ bekannt und interpersonell vergleichbar sein,²¹ und außerdem müßte die Steuerbemessung ausschließlich auf die Herstellung „gleichen Steuerdruckes“ ausgerichtet sein; d. h.: die Primärverteilung der Einkommen müßte als „richtig“ gelten. Eine aus dem Bemühen um Gleichheit des (relativen) Opfers der Steuerzahler hergeleitete Steuerprogression führt dann formal zwar zur Veränderung der Einkommensrelationen („Umverteilung“), sie verändert aber nicht die Verteilung der Individualwohlfahrt. Käme es dem Steuerpolitiker dagegen darauf an, die Primärverteilung der Einkommen (und Individualwohlfahrt) gezielt i.S. irgendeiner Definition von (Ergebnis-) Gerechtigkeit zu korrigieren, so wären Steuerbemessungsgrundlage und vor allem Steuertarif letztlich allein an diesem Ziel auszurichten. Es wäre überflüssig, sich sozusagen in einem „Zwischenschritt“ „zunächst“ einmal Gedanken über Opfergleichheit i.S. „gleich drückender“ Steuern zu machen; allenfalls wäre für diesen Fall an die Erhebung zweier Steuern zu denken, einer „Finanzierungssteuer“ nach dem Prinzip der „Lastengleichheit“ und einer „Umverteilungssteuer“.²²

Die Schwächen der Leistungsfähigkeitstheorie und der Forderung nach „Opfergleichheit“ hat wohl niemand schärfer kritisiert als *Henry Simons* (1938), einer der Mitbegründer der „Chicago School“:

¹⁸ i = Index für die einzelnen Individuen, y_i = gegebenes, von der Höhe der Steuerschuld unabhängiges individuelles Bruttoeinkommen, t_i = individuelle Steuerschuld; u_i = individueller Nutzen.

¹⁹ Das Postulat gleicher Grenznutzen der Einkommen nach Steuern ergibt sich (bei gegebenem Bruttoeinkommen und gegebenem Gesamtsteueraufkommen) als Bedingung 1. Ordnung aus dem Postulat der *Minimierung des Gesamtopfers* i.S. einer Benthamistischen sozialen Wohlfahrtsfunktion: $\sum [u_i(y_i) - u_i(y_i - t_i)] \rightarrow \min!$ unter der NB $T = \sum t_i$. Seit *Edgeworth* (1897) ist es üblich geworden, diese Bedingung gleicher Grenznutzen nach Steuern (nicht zuletzt wohl des Gleichklanges wegen) als „Prinzip des gleichen Grenzopfers“ zu bezeichnen. *Häuser* (1969), S. 349, hat zu Recht darauf hingewiesen, daß einer solchen begrifflichen Formulierung eigentlich die erste Ableitung des absoluten Opfers entsprechen würde: $u'_i(y_i - (y_i - t_i))$.

²⁰ Für eine Besteuerung nach dem Prinzip des gleichen relativen Opfers muß auch die Gestalt der Nutzenfunktion selbst bekannt sein.

²¹ Hierzu etwa *Seidl* (1983), Kap. 2.

²² Diesen Gedanken hat insbesondere *Haller* (1971, 1971/72) vertreten.

„One derives practical implications from the criterion of equality, or proportionality, of sacrifice precisely in proportion to one’s knowledge of something which no one ever has known, or ever will know, anything about. Perhaps this goes far toward explaining the popularity of these doctrines among academic writers.“²³

Vermutlich wird Simon nicht bewußt gewesen sein, daß bereits mehr als achtzig Jahre zuvor 1852 ein Zeitgenosse John Stuart Mills, der englische Jurist und Mathematiker George Wirgman Hemming, mit sehr ähnlichen Worten dem Leistungsfähigkeitsprinzip Inhaltsleere vorgeworfen hat:

„The rule that each should contribute to the State in proportion to his ability, bears upon its face the stamp of justice, and has been recognised as a fundamental principle by almost all speculators on the subject, from Adam Smith downwards. Unfortunately, this principle is as shadowy as it is true, and it is perhaps, to its ready adaptability to various systems, that it owes its general reception.“²⁴

Gleichwohl hat der Gedanke, daß für eine gerechte Besteuerung nicht auf die Geldbeträge (Steuerzahllasten) abzustellen ist, sondern auf die damit verbundenen Nutzenentgänge, ideengeschichtlich und auch finanzgeschichtlich eine große Rolle gespielt. Eine Heerschar von Autoren, Ökonomen gleichermaßen wie Philosophen, Rechtswissenschaftler und Laien, hat über diese Idee nachgedacht und diskutiert. Und letztlich ist es auf diese Idee zurückzuführen, daß namentlich in der zweite Hälfte des 19. Jhdts. – und zwar ohne daß dabei an eine distributive Korrektur der Marktverteilung gedacht wurde²⁵ – die Vorstellung von der Notwendigkeit einer progressiven Ausgestaltung des Einkommensteuertarifes ihren Siegeszug antrat, einen Siegeszug, der dann auch nicht dadurch aufgehalten werden konnte, daß schließlich *Cohen Stuart* (1889) und *Edgeworth* (1897) sowie später erneut *Ragnar Frisch* (1932) mathematisch nachwiesen, daß sinkender Grenznutzen des Einkommens zwar eine notwendige, nicht aber eine hinreichende Bedingung dafür darstellt, daß nur ein progressiver Steuertarif Gleichheit des (absoluten oder relativen) Opfers gewährleistet.

²³ *Simons* (1938), S. 7.

²⁴ *Hemming* (1852), S. 299 f.

²⁵ Besonders deutlich wird dies in Friedrich Julius Neumanns ausführlichem (gegen Adolf Held gerichteten) Plädoyer *zugunsten* einer progressiven Einkommensteuer: „Der Steuer ist die Aufgabe gestellt, der öffentlichen Gewalt zur Durchführung ihrer Zwecke *Mittel zuzuführen*. Ihr die Pflicht zuzuschreiben, sociale Uebelstände zu beseitigen, heißt jedenfalls durchaus Fremdartiges in sie hineinbringen, und zu welchen sehr bedenklichen *Consequenzen* es führen müßte, wenn in der That das als Hauptaufgabe der Steuer hingestellt würde, den Gegensatz von Arm und Reich geringer zu machen, liegt auf der Hand. ... Wie die Steuer nach dem vorhin Bemerkten nicht die *Aufgabe* hat, bestehende Vermögensungleichheiten zu nivellieren, so hat sie auch keineswegs die Pflicht, sie zu conserviren, sie als ein noli me tangere anzusehen. Die Steuer soll so eingerichtet sein, daß sie ihrem principalen Zwecke, *Mittel zu schaffen*, am besten und nachhaltigsten genügen kann und die hieraus hervorgehende *Last* in *gerechter* Weise vertheilt wird.“ *Neumann* (1874), S. 99 u. 101 (Kursivschreibungen im Original).

Die heute allgemein übliche, auf *Cohen Stuart* (1889) zurückgehende und dann von *Edgeworth* (1897) übernommene²⁶ Unterscheidung mehrerer „Konzepte gleichen Opfers“ hat zweifellos den Vorteil begrifflicher Klarheit. Bedenkenlos auf die Geschichte des steuerphilosophischen Denkens angewendet, kann sie sich freilich – ebenso wie die Zweiteilung in Äquivalenztheorie und Leistungsfähigkeitstheorie²⁷ – als ein Prokrustesbett erweisen und zu überaus fragwürdigen Klassifikationen führen: Das hängt mit zweierlei zusammen: (i) Bei allen Autoren vor *Cohen-Stuart* und *Edgeworth* ist eine sorgfältige Textanalyse erforderlich, weil diese Autoren sich aus der Sicht der heutigen Terminologie zur Opfergleichheit gewissermaßen „unklar ausgedrückt haben“ und „sich nicht an das begriffliche Dreierschema gehalten haben“; voreilige Schlüsse aus der bloßen Verwendung von Begriffen wie „Opfer“ oder „gleiches Opfer“ („equal sacrifice“) führen daher nicht selten in die Irre. (ii) Bei allen nach *Cohen-Stuart* und *Edgeworth* publizierten Aussagen zur „Opfergleichheit“ muß dagegen vor allem unterschieden werden zwischen Überlegungen zur Steuergerechtigkeit einerseits, also ethisch fundierten Definitionen von „Opfergleichheit“, und artifiziellen („möglichen“) Definitionen „gleichen Opfers“ andererseits, die lediglich als Grundlage für eine Analyse der steuerarbitrarischen Konsequenzen auf der Basis einer bestimmten Gestalt der Nutzenfunktion(nen) dienen. Berücksichtigt man diese spezifische ideengeschichtliche Problematik des Begriffes und des Konzeptes der „Opfergleichheit“, so kommt man zu Ergebnissen, die mit den gängigen Aussagen zur Geschichte der „Opfertheorie“ und ihren „drei Ausprägungen“ nur wenig vereinbar sind und die sich in den folgenden drei Punkten zusammenfassen lassen:

(1) Der „klassische“ Katalog der drei Konzepte von „Opfergleichheit“ ist weder „abstrakt-theoretisch“ (begriffslogisch) noch ideengeschichtlich abschließend, vielmehr sind weitere Konzepte der Opfergleichheit denkbar und auch vorgeschlagen worden: *Robert Meyer* (1884), heute von der finanzwissenschaftlichen Ideengeschichte sehr zu Unrecht vernachlässigt und seinerzeit Sektionschef im österreichischen Finanzministerium und Honorarprofessor der Wiener Universität, und der in der deutschsprachigen Literatur weitgehend unbekannt gebliebene²⁸ Norweger *Kristian Schönheyder* (1907/1911) haben von einer spezifischen gedanklichen Grundlage aus ein ganz anderes normatives Opferkonzept²⁹ postu-

²⁶ So ausdrücklich *Edgeworth* (1897), S. 238 Anm. 1. *Edgeworth* verweist auf Kap. 1 § 4 von *Cohen Stuart* (1889). Die hier benutzte auszugsweise englische Übersetzung des niederländischen Textes umfaßt lediglich das 3. Kapitel der Dissertation *Cohen Stuarts*.

²⁷ Vgl. hierzu weiter unten, S. 125 ff.

²⁸ Außer *Ritschl* (1925), S. 185 f., erwähnt ihn nur *Ragnar Frisch* (1932) kurz, aber *Frisch* ist lediglich an Schönheyders „Resultat“, an der andersartigen Definition des gleichen Opfers, interessiert, nicht aber an der gedanklichen Basis dieser spezifischen Forderung nach gleich großen relativen Veränderungen des Grenznutzens. *Hinterberger/Müller/Petersen* (1987) haben dann *Frischs* Hinweis auf Schönheyder (und Meyer) aufgegriffen, die Originaltexte Schönheyders (und Meyers) aber offensichtlich nicht konsultiert; auch diese beiden Autoren sind lediglich am Faktum einer „zusätzlichen Variante“ von „Opfergleichheit“ interessiert.

liert.³⁰ Und *Ragnar Frisch* (1932) hat das von Meyer und Schönheyder vorge-schlagene normative Konzept einer gleich großen *relativen Veränderung* des Grenznutzens zum Anlaß genommen, den Katalog der „denkbaren“ Konzepte der „Opfergleichheit“ noch um das Konzept der gleich großen *absoluten Veränderung* des Grenznutzens zu erweitern;³¹ den Anspruch, eine derartige neue „Opfergleichheit“ genüge einem Gerechtigkeitspostulat, hat Ragnar Frisch aber nicht erhoben, Frisch war lediglich an den Folgen des artifiziellen Konzeptes für den Tarifverlauf interessiert. Ein weiteres, jüngerer Beispiel einer gleichsam retorten-mäßigen „Konstruktion“ neuer Opfergleichheitskonzepte aus den Begriffsele-menten „absolut“, „relativ“ und „Nutzen“ liefern *Hinterberger/Müller/Petersen* (1987), die allen Ernstes „der Vollständigkeit halber“ anführen, „daß auch die Forderungen nach gleicher absoluter Änderung des *Durchschnittsnutzens* bzw. gleicher relativer Änderung des Durchschnittsnutzens *mögliche Gerechtigkeits-hypothesen* wären“.³²

(2) Beschränkt man sich auf den „klassischen“ Dreierkatalog der Opfergleich-heitskonzepte, so ist wenig einsichtig, warum ein betragsmäßig gleich großer Nut-zenentgang (gleiches absolutes Opfer) bei Personen mit unterschiedlich hohem „Ausgangsnutzen“ „gerecht“ sein sollte.³³ Schon bei Aristoteles war die „*proportio geometrica*“ ein Bestandteil der austeilenden Gerechtigkeit („*iustitia distributiva*“), und schon die Scholastiker und die Juristen des 16. und 17. Jahrhunderts haben regelmäßig hervorgehoben, daß steuerliche Gleichbehandlung nicht Gleichheit der Steuerbeträge bedeuten könne und daß es nicht auf den *Betrag* der Steuer selbst ankomme, sondern auf das *Verhältnis* dieses Betrages zu einer Bezugsgröße, wie z. B. der „*facultas*“.³⁴ Die Unterscheidung zwischen „*proportio arithmetica*“ und „*proportio geometrica*“³⁵ bildet dementsprechend ein zentrales Element im steuer-politischen Denken jener Zeit. Und in der Tat: Entgegen allen Lehrbuchdarstellungen läßt sich meines Wissens in der Geschichte des steuerphilosophischen Denkens seit dem 17. Jhdt. *kein einziger Autor* nachweisen, der ein gleiches absolutes Nut-

²⁹ Gleiche proportionale Änderung (bei sinkendem Grenznutzen: Zunahme) des Grenz-nutzens des Einkommens.

³⁰ Meyer (1884), S. 332: „... indem wir das Opfer nicht in der Intensität der in Folge der Steuer unbefriedigt bleibenden Bedürfnisse, sondern in dem Maße erblicken, in welchem die durchschnittliche Intensität der letzten zur Befriedigung gelangenden Bedürfnisse in Folge der Steuer erhöht wird.“ Zu Schönheyder (1907 u. 1911) vgl. weiter unten S. 138 ff.

³¹ Ragnar Frisch (1932), S. 127 ff., insbes. S. 135.

³² Hinterberger/Müller/Petersen (1987), S. 47 Anm. 11 (Hervorhebungen von mir). Vgl. auch Wolfram Richters Überlegungen zu einem „non-classical sacrifice concept“ und einer „generalized equal sacrifice prescription“; Richter (1983), S. 211 ff.

³³ Vgl. auch Häusers (1969, S. 352) Ausführungen speziell für den Fall individuell unter-schiedlicher Nutzenfunktionen.

³⁴ Vgl. etwa die Angaben bei Neumann (1880), S. 532 ff. u. 548 f.

³⁵ Später, bei Carl (1723) und Lith (1766), wird unter „*proportio geometrica*“ dann eine Besteuerung mit wachsendem Durchschnittsteuersatz (also Steuerprogression) verstanden; s. unten, Anm. 86.

zenopfer als Merkmal gerechter Besteuerung propagiert hätte!³⁶ Bezeichnenderweise werden in der steuertheoretischen und der steuergeschichtlichen Literatur, angefangen bei *Edgeworth* (1897),³⁷ auch nur äußerst selten Namen von (angeblichen) Vertretern eines solchen normativen Opferkonzeptes genannt. Und geht man den wenigen expliziten Hinweisen nach, so zeigt sich regelmäßig, daß die genannten Autoren entweder nur *allgemein* von „Gleichheit des Opfers“ (ohne nähere Spezifizierung) sprechen oder ein gleiches *relatives* Opfer meinen oder aber das Konzept gleichen absoluten Opfers lediglich zum Ausgangspunkt für Überlegungen nehmen, welche *Konsequenzen* eine solches Konzept hätte. Weder³⁸ *Friedrich Julius Neumann* (1874) noch *Albert Eberhard Schöffle* (1895) oder *Robert Meyer* (1884), weder *Henry Sidgwick* (1883), *James Burns* (1896), *C.P. Sanger* (1899) oder *Alfred Marshall* (1925) noch *Roy Harrod* (1930) oder *Elmer Fagan* (1938) und schon gar nicht *Arthur Cecil Pigou* (1947)³⁹ haben explizit behauptet, ein gleich großes absolutes Nutzenopfer sei interindividuell gerecht. Allein Emil Sax's Steuerverteilungstheorie könnte vordergründig den Anschein einer auf dem Postulat des gleichen absoluten Opfers basierenden Theorie erwecken,⁴⁰ aber es handelt sich allenfalls um eine Übereinstimmung „im Ergebnis“; die gedankliche Grundlage der Herleitung der „richtigen“ Steuerverteilung ist bei Emil Sax eine ganz andere, gewissermaßen eine äquivalenztheoretische Begründung⁴¹ sui gene-

³⁶ So auch schon *Seligman* (1893), S. 126 f., u. (1908) in seiner Kritik der „künstlichen“ Unterscheidung zwischen gleichem absoluten und gleichem relativen Opfer bei *Edgeworth*: „... the demand for absolutely equal sacrifice in the formal mathematical sense has never, so far as I know, been advanced by any one“ (S. 215 Anm. 16). „'Equal' sacrifice is ... merely a rough way of expressing the idea of 'proportional' sacrifice“ (S. 214). „Equality as used in taxation does not mean sameness, but relative proportionality“ (S. 215). In einer späteren Stellungnahme scheint *Edgeworth* (1910), S. 461 f., diese Kritik *Seligmans* anzuerkennen. Vgl. ferner *Fagan* (1938), S. 457 Anm. 2.

³⁷ *Edgeworth* (1897), S. 238, erklärt zwar, das Konzept des „equal [absolute] sacrifice“ sei „the commonest“ in Großbritannien, während für die holländische Literatur (gemeint sind *Cohen-Stuart* und sein Doktorvater *Pierson*) das Konzept des gleichen relativen Opfers typisch sei, aber *Edgeworth* nennt nicht einen einzigen englischen Autor! Ebenso bezeichnend ist die Formulierung bei *Frisch* (1932), S. 120, der zum Prinzip des gleichen absoluten Opfers zunächst schreibt: „it has been used by several eminent economists“, dann aber allein den Namen „Sax“ (s. unten) nennt. Auch bei *Musgrave/Musgrave/Kullmer* (1985), S. 33, heißt es: „... beim gleichen absoluten Opfer, das manche als die vernünftigste der drei Regeln betrachten“, ohne daß konkrete Namen genannt werden.

³⁸ Die im folgenden aufgeführten vermeintlichen Vertreter des Postulates gleich großer absoluter Opfer wurden zusammengestellt nach den Nennungen bei *Shehab* (1953), S. 203 Anm. 3, *Musgrave* (1959), S. 98, *Musgrave* (1976), S. 311, *Schmidt* (1970), S. 23, *Ulbrich* (1975), S. 68 Anm. 2 u. S. 135, *Seidl* (1988), S. 97 f., u. *Kiesling* (1992), S. 45.

³⁹ Vgl. unten Anm. 127.

⁴⁰ So schon *Seligman* (1908), S. 207 (in der 1. Aufl. von 1894 S. 148), und *Wicksell* (1896), S. 93 u. 96; vgl. auch *Haller* (1971), S. 83, u. *Haller* (1971/72), S. 470, sowie *Schmidt* (1960), S. 22.

⁴¹ Für *Haller* (1971/72), S. 470 f., stellt dies keinen Widerspruch dar; vielmehr sei geradezu umgekehrt die Forderung nach gleichem absoluten Opfer überhaupt nur auf äquivalenz-

ris⁴². Damit bleibt festzuhalten: Ideengeschichtlich ist das Konzept, Steuergerechtigkeit verlange gleich große *absolute* „Opfer“, ein Fabelwesen, eine *denkbare* Variante, die es „nie gegeben hat“.

(3) Ebenso wenig ist einzusehen, warum eine nicht redistributiv gedachte Lastenverteilung dann „gerecht“ sein sollte, wenn die „Grenzopfer“ (bzw. die Grenznutzen der nach Besteuerung verbleibenden Einkommen) gleich sind; bei sinkendem Grenznutzen und identischen individuellen Nutzenfunktionen liefe dies auf eine Nivellierung der (Nach-Steuer-)Einkommen hinaus.⁴³ „Equi-marginal sacrifice“ ist vielmehr schon bei *Edgeworth* (1897) keine steuerliche Norm „für sich“, sondern das Resultat eines ganz anderen und andersartigen steuerpolitischen Postulates, nämlich der dann auch von *Carver* (1895 u. 1904) und von *Pigou* (1947) vertretenen Forderung nach „Minimierung des Gesamtopfers“ bzw. der Forderung nach Maximierung der gesellschaftlichen „Wohlfahrt“, „Benthamistisch“ definiert als ungewichtete Summe der individuellen Nutzen nach Steuern. Damit ist das Postulat der Gleichheit der Grenznutzen kein „Opferprinzip“ i.S. der Forderung nach interindividueller Gerechtigkeit,⁴⁴ sondern Ausdruck eines welfaristischen Effizienzpostulats, bei dem der Blick auf ein Aggregat gerichtet ist; die interindividuelle Verteilung der „Opfer“ interessiert nur als Instrument, d. h. nur insofern, als sie den Umfang des Aggregates berührt.⁴⁵

2. Mills Ablehnung äquivalenztheoretischer Steuerverteilungsphilosophie

Dem Millschen Plädoyer für eine Besteuerung nach dem Prinzip der Opfergleichheit entspricht eine Zurückweisung der Äquivalenztheorie der Steuerverteilung. Diese Ablehnung wird mit dreierlei Argumenten begründet: (i) Die herkömmliche Äquivalenztheorie der Zeit stützte sich vornehmlich auf die Schutzfunktion des öffentlichen Gemeinwesens und propagierte mit dem Hinweis auf

theoretischer Grundlage zu rechtfertigen, auf der Grundlage der Vorstellung, „daß jeder gleichen Anteil an den über Steuern zu finanzierenden Staatsleistungen hat“: „Der Entzug einer gleichen absoluten Nutzengröße für alle kann doch wohl nicht als eine Belastung nach der Opferfähigkeit oder Belastungsfähigkeit bezeichnet werden ... Das Äquivalenzdenken ist einfach nicht aus der Lehre vom gleichen absoluten Opfer herauszuidividieren.“

⁴² Sax selbst hat aufs entschiedenste der Gleichsetzung seiner Steuerverteilungsregel mit dem Prinzip des gleichen absoluten Opfers widersprochen; vgl. hierzu *Scheer* (1994), S. 66 ff.

⁴³ Bei identischen und linearen Nutzenfunktionen (konstanten individuellen Grenznutzen) wäre jede Form der Steuerverteilung und damit der Nachsteuerverteilung „gerecht“ i.S. des Postulats des „gleichen Grenzopfers“; bei nicht identischen linearen Nutzenfunktionen wäre eine Gleichheit der Grenznutzen nicht realisierbar, und bei sinkenden Grenznutzen, aber individuell unterschiedlichen Nutzenfunktionen könnte die Forderung nach „gleichem Grenzopfer“ sogar zu regressiven Steuertarifen führen; vgl. auch *Häuser* (1969), S. 351.

⁴⁴ So wird es auch in *Edgeworths* späterem Aufsatz (1910, S. 470) deutlich.

⁴⁵ Vgl. auch *Musgrave* (1959), S. 90, 98, 110; *Seidl* (1988), S. 93 ff., 97 Anm. 1; *Seidl* (1983), S. 166 f.

diese Tätigkeit des Staates im allgemeinen eine proportionale Vermögensteuer mit einem pro-Kopf-Sockelbetrag. Eine derartige Argumentation aber ist, so wendet Mill ein, angesichts der Vielfalt der Funktionen und der Tätigkeit des modernen Staates nicht (mehr) zulässig. Darüber hinaus verbiete sich der gedankliche Ansatz der Äquivalenztheorie aber auch (ii) aus prinzipiellen Gründen:

„Government must be regarded as so pre-eminently a concern of all, that to determine who are most interested in it is of no real importance. If a person or class of persons receive so small a share of the benefit as makes it necessary to raise the question, there is something else than taxation which is amiss, and the thing to be done is to remedy the defect, instead of recognising it and making it a ground for demanding less taxes.“⁴⁶

Die große Schwäche jeder Leistungsfähigkeits- und Opfertheorie, die Nichtberücksichtigung der Verteilungswirkungen der Ausgabenseite des Budgets,⁴⁷ wird damit einfach zur Seite geschoben; Mill setzt hinsichtlich der Aufgaben- (bzw. Ausgaben-) Seite der Budgets sozusagen schon einen alle in gleichem Maße begünstigenden „Idealstaat“ voraus, und damit gibt die Anwendung einer Regel, die darauf abstellt, wer mehr oder weniger Vorteile aus der Staatstätigkeit zieht, keinen Sinn. Mill setzt seine Passage dann fort mit dem Vergleich mit einer freiwilligen Sammlung⁴⁸ „for a purpose in which all are interested“, um von dieser gedanklichen Basis aus (erneut) zu der Forderung nach Differenzierung der individuellen Zahlungen nach dem Prinzip des gleichen Opfers zu gelangen:

„As, in a case of voluntary subscription for a purpose in which all are interested, all are thought to have done their part fairly when each has contributed according to his means, that is, has made an equal sacrifice for the common object; in like manner should this be the principle of compulsory contributions: and it is superfluous to look for a more ingenious or recondite ground to rest the principle upon.“⁴⁹

Ersetzt man in dieser Formulierung die Ausdrücke „purpose . . .“ bzw. „common object“ durch den Begriff „öffentliches Gut“ (bzw. unterstellt man einen Staat, dessen Funktion ausschließlich in der Bereitstellung (reiner) öffentlicher Güter besteht), so könnte man in dieser Argumentation Mills beachtliche Gemeinsamkeiten mit dem „Mutualismus“ in jener bereits erwähnten verwickelten Steuerverteilungstheorie von Emil Sax entdecken, die nicht ohne weiteres dem Äquivalenz- oder dem Opferprinzip zugeordnet werden kann.⁵⁰

Freilich hindert Mill sein – ein wenig an Palmströms bekannten Schluß: „weil nicht sein kann, was nicht sein darf“ erinnerndes – Argument, ein „gutes“ Gemein-

⁴⁶ Mill (1848a), S. 805.

⁴⁷ Auf dieses Problem wies Erich Streissler in der Diskussion des Referates hin.

⁴⁸ Diesen Vergleich hat u. a. schon Carl Ludwig v. Haller (1820–1825, Bd. 6, S. 129 ff.), der „Staatsrechtslehrer der Restauration“, gezogen – um dann von dieser Basis aus die Steuerverteilung *äquivalenztheoretisch* zu begründen!

⁴⁹ Mill (1848a), S. 805.

⁵⁰ Vgl. auch oben, Anm. 40, sowie Scheer (1994), S. 66 ff.

wesen werde nicht einzelne Bürger bevorzugen oder benachteiligen, nicht daran, wesentlich später, in einem anderen Kapitel der „Principles“, die Argumentation gleichsam umzudrehen, und Gerichtsgebühren („law taxes“) unter Berufung auf Bentham⁵¹ mit der Begründung zu verurteilen, daß doch gerade diejenigen, die in die Lage kommen, die Gerichte anrufen zu müssen, von der Rechtsordnung bislang keinen Vorteil gehabt hätten und daß dieser Personenkreis deshalb nicht zu Zahlungen aufgefordert werden dürfte: „... those who are under the necessity of going to law are those who benefit least, not most, by the law and its administration. To them the protection which the law affords has not been complete ...“⁵².

Dies führt zu Mills drittem und interessantem Argument in der Art des Zero-Base-Budgeting: (iii) Kriterium für die Bemessung der individuellen Steuerhöhe müsse der individuelle Nutzen im Vergleich zu einem Zustand ohne Staat und Staatstätigkeit sein; nach einem solchen Vergleich aber müßte der Arme am meisten zahlen, denn er wäre ohne Staat hilflos allen Übergriffen ausgesetzt und würde am meisten unter einem Wegfall der staatlichen Schutzfunktionen zu leiden haben. Der Gedankengang war sicherlich nicht neu. Ähnlich war schon im April 1522 auf dem Reichstag zu Nürnberg bei der Beratung einer allgemeinen unmittelbaren Reichssteuer die geplante Höherbelastung der Geistlichkeit begründet worden: „dwil si doch des reichs friedens, schutz und schirm am höchsten notturftig sein ...“⁵³, und im deutschen Schrifttum des frühen 19. Jhdts. wurde das Argument dann schon von Julius v. Soden verwendet.⁵⁴ In England trug Mills Zeitgenosse, der als einer der „Väter des Computers“ gerühmte Mathematiker Charles Babbage, 1848 Vergleichbares vor, nur zog er andere Schlußfolgerungen: Babbage plädierte für eine proportionale Einkommensbesteuerung, ergänzte aber, der Steuerpolitiker müsse die Tatsache, daß der Reiche „eigentlich“ auch ohne den staatlichen Schutz auskommen könnte, durch geeignete „Aufklärungsarbeit“ den arbeitenden Klassen immer wieder deutlich machen.⁵⁵ Sieht man die nach dem Erscheinen der Mill-

⁵¹ Interessanterweise baut aber Benthams Kritik der „law taxes“ nicht auf einer derartigen „Umdrehung“ des Äquivalenzprinzips auf, sondern ist deutlich unkomplizierter begründet: „The worst is that tax ... which, as often as it acts as a prohibition, deprives a man of every thing, by depriving him of justice: the tax I mean upon *law proceedings*, by which the poor, that is the bulk of community, especially the oppressed and afflicted part of it, are put out of the protection of the law.“ *Bentham* (1804/1954) („Institute of Political Economy“), S. 369 (Kursivschreibung im Original); vgl. ferner *Bentham* (1802/1838a) („Civil Code“), S. 319.

⁵² *Mill* (1848a), S. 861 f.

⁵³ Reichstagsakten, Jüngere Reihe (1896–1905), Bd. 3, Nr. 25, S. 141 f.

⁵⁴ *Soden* (1811), S. 86.

⁵⁵ *Babbage* (1852), S. 211: „The Barings and the Rothschilds can with facility transfer their capital, or at least a large portion of it, to the protection of other states, the moment their keen practical eyes perceive the slightest commencing insecurity in the institutions of their own. The helpless vendor of apples at the corner of the street has no such resource. Without the protection of a powerful and expensive police, her humble store would be hopelessly exposed to the plunder of every passing vagabond. One most important step will have been made in the difficult art of government, when education shall have fully impressed this fact on the labouring classes of society.“

schen „Principles“ (1848) publizierten englischen Beiträge zur damaligen regen Debatte der 1842 wieder eingeführten Einkommensteuer durch, so kann man sich nicht des Eindruckes erwehren, unter allen von Mill gegen das Äquivalenzprinzip vorgebrachten Einwänden sei es gerade das „größte“ Argument, das Argument von den Armen als den größten Nutznießern des Staates, das Mills Zeitgenossen besonders beeindruckt hat.⁵⁶

Konzentrieren wir uns auf das zuerst genannte Argument, so beinhaltet die Mill-sche „Widerlegung“ des Äquivalenzprinzips ein weiteres „Rätsel“: Wenn eine praktische Umsetzung des Äquivalenzprinzips an der Unmöglichkeit der Berechnung von individuellen „Benefits“ aus der Staatstätigkeit scheitert, warum sollte dann das Opferprinzip besser geeignet sein, wenn seine Anwendung doch gleichfalls eine Reihe von Fragen (insbesondere zum Verlauf des Grenznutzens) aufwirft, zu denen die Antworten – wie Mill selbst dann immer wieder zugeben muß – offen bleiben müssen. *Kiesling* (1992) will diesen Widerspruch mit einer „normativ consensus hypothesis“ erklären:⁵⁷ Eine Steuerphilosophie, die auf politische Wirksamkeit abzielte, hätte, wenn sie auf dem Äquivalenzprinzip aufgebaut worden wäre, angesichts der zu erwartenden Meinungsunterschiede über Ausmaß und Verteilung der Ausgabenbenefits wenig Aussicht auf Erfolg gehabt. Betrachtet man freilich die damalige starke Position des Äquivalenzprinzips in der zeitgenössischen öffentlichen und fachwissenschaftlichen Diskussion auf dem Kontinent (Frankreich, Deutschland)⁵⁸, so überzeugt diese „Erklärung“ nicht so recht. Wie immer aber dieser Widerspruch in Mills Argumentation zu erklären ist, in jedem Fall steht fest, daß von Mill, nachdem er das „quid pro quo principle“ u. a. mit dem Hinweis auf Probleme der Umsetzung in die Praxis abgelehnt hat, bei der anschließenden Begründung eines *konkreten* Tarifvorschlages für die Einkommensteuer eigentlich besondere „Überzeugungsarbeit“ zu erwarten wäre:

3. Mills Philosophie der „Opfergleichheit“

Nicht wenige ältere und vor allem moderne finanzwissenschaftliche Autoren zögern nicht, Mill als den ersten Protagonisten des Prinzips der Opfergleichheit zu bezeichnen,⁵⁹ als denjenigen, der „Leistungsfähigkeit“ und Utilitarismus „zusam-

⁵⁶ So findet sich das Argument außer bei Babbage auch bei *George Wirgman Hemming* (1852), S. 298, und bei *John Coode* (1853), S. 73.

⁵⁷ *Kiesling* (1992), S. 63 f.

⁵⁸ Und selbst in den Unterhaus-Ausschüssen von 1852 und 1861 wurde Mill immer wieder danach gefragt, ob man nicht die Einkommensteuer nach dem Äquivalenzprinzip gestalten sollte.

⁵⁹ Vgl. *Genser* (1980), S. 20 Anm. 32; *Richter* (1983), S. 221; *Seidl* (1988), S. 97; *Homburg* (1997), S. 228 Anm. 185; *Reding/Müller* (1999), S. 48; und wohl auch *Musgrave/Musgrave/Kullmer*, Bd. 2 (1985), S. 30; wesentlich zurückhaltender, aber ebensowenig haltbar *Musgrave* (1976), S. 311: „... a more systematic interpretation of the [ability-to-pay]

menbrachte“,⁶⁰ indem er die objektive Bezugsgröße „Leistungsfähigkeit“, gemessen über das Einkommen, ersetzte durch das subjektive Opfer.⁶¹ Ob dies korrekt ist, wird nunmehr zu prüfen sein.

a) *Hat Mill als erster die Forderung nach „Opfergleichheit“ formuliert?*

(i) Es war oben schon bemerkt worden, daß die lehrbuchmäßige Unterscheidung zwischen drei Konzepten der Opfergleichheit als Begriffsraaster zur Einordnung ideengeschichtlich tatsächlich vertretener Opfergleichheitsgedanken kaum geeignet ist. Ähnliches gilt für die allgemeinere Unterscheidung zwischen Äquivalenz- und Leistungsfähigkeits- (bzw. Opfergleichheits-) Prinzip: Es ist wenig sinnvoll, die Vielfalt ideengeschichtlichen Aussagen in das Prokrustesbett einer derartigen lehrbuchmäßigen Gegenüberstellung zu pressen; die Steuerphilosophen vergangener Zeiten haben sich nur zu häufig nicht „an diese Zweiteilung gehalten“.⁶² So finden sich beispielsweise immer wieder Formulierungen der Form, daß die Steuer grundsätzlich äquivalenztheoretisch als „Preis“ interpretiert wird (Steuerrechtfertigung), daß aber zugleich für die Höhe der individuellen Steuerzahlungen (Steuerverteilung) eine „Preisdifferenzierung“ nach der Höhe der „Steuerleistungsfähigkeit“ („*facultas*“, „*vires*“) des Steuerpflichtigen verlangt wird, und zwar ohne daß dabei argumentiert wird – wie man es von einer „geschlossenen“ äquivalenztheoretischen Steuerrechtfertigung *und* -verteilungstheorie erwarten würde –, die Vorteile aus der Staatstätigkeit (bzw. die dem Staat verursachten Kosten) nähmen mit der Höhe der „*facultas*“ zu. Ob Antike (Platon, Demosthenes) oder 18. Jahrhundert (Montesquieu, Rousseau, Condorcet u. a.), Überlegungen i.S. des Leistungsfähigkeitsprinzips gehen häufig Hand in Hand mit äquivalenztheoretischen Gedanken.⁶³ Das bekannteste Beispiel⁶⁴ einer solchen „Vermischung“⁶⁵ von äquivalenztheore-

doctrine began only with John Stuart Mill.“ Etwas differenzierter *Koch* (1981), S. 219: „... aber den entscheidenden Durchbruch zu neuen Schulmeinungen muß man ihm zubilligen.“

⁶⁰ So *Kiesling* (1992), S. 41.

⁶¹ So z. B. *Weston* (1903), S. 187; ferner *Groves* (1974), S. 150: „... John Stuart Mill, who introduced the idea that equality of taxation is a matter of hedonistic sacrifice.“

⁶² Die Probleme einer schematischen „Einordnung“ der Steuerphilosophen vergangener Jahrhunderte werden besonders deutlich in den starren Klassifikationsschemata der älteren Arbeiten von *Grabein* (1895), *Weston* (1903), *Seligman* (1908) und (dagegen merklich abfallend) *Suret* (1909); wesentlich behutsamer in der Einordnung ist die namentlich für die antike Steuerphilosophie wohl wertvollste Untersuchung dieser Art, der Aufsatz von *Neumann* (1880). Ungeachtet dieser Schwächen sind alle genannten Arbeiten wegen ihres reichen Quellenmaterials natürlich noch heute unentbehrlich für jede Analyse der Ideengeschichte der Besteuerung.

⁶³ Vgl. hierzu etwa *Neumann* (1880), S. 568 ff., u. *Grabein* (1895), S. 41 ff.

⁶⁴ Ein weiteres eindrucksvolles Beispiel bieten *Graslins* Ausführungen in seiner Kritik der Physiokraten aus dem Jahre 1767; vgl. hierzu *Seligman* (1908), S. 194 f. u. 243 ff. Auch der bemerkenswerte und ideengeschichtlich so einflußreiche *John Craig* (1814), vol. 2, S. 264 ff.,

tischen und Leistungsfähigkeits-Gesichtspunkten bildet natürlich Adam Smiths (bereits von William Petty (1662) nahezu gleichlautend formulierte)⁶⁶ erste „Steuermaxime“⁶⁷, die von Legionen späterer Interpreten bald als Äußerung im Sinne der Äquivalenztheorie, bald als Äußerung im Sinne der Leistungsfähigkeitstheorie⁶⁸ gedeutet worden ist.

(ii) Aus eben diesem Grund ist auch die Frage, welches die *ältere* Steuerverteilungstheorie sei, die Leistungsfähigkeit- oder die Äquivalenztheorie,⁶⁹ wenig sinnvoll, und eine eindeutige Antwort auf diese Frage wäre wohl auch kaum möglich.⁷⁰ Auf jeden Fall muß der Analytiker historischer Texte bei der Interpretation

vol. 3, S. 23, „ergänzt“ seine opfertheoretischen Überlegungen wiederholt durch äquivalenztheoretische Argumente.

⁶⁵ Pfeiffer (1866), Bd. 1, S. 71 f., nennt die zeitgenössischen Versuche einer Verbindung der beiden Prinzipien verächtlich „Pastetenbäckerei“.

⁶⁶ Petty (1662), S. 91.

⁶⁷ „The subjects of every state ought to contribute towards the support of the government, as nearly as possible, in proportion to their respective abilities; that is, in proportion to the revenue which they respectively enjoy under the protection of the state.“ *Smith* (1776), book v, chap. ii, part ii, S. 350.

⁶⁸ So auch *Musgrave* (1976), S. 306, der dann aber hinzufügt: „But other passages suggest that he ranked the benefit principle in the primary role.“

⁶⁹ *Musgrave* (1959), S. 91, behauptet, die Leistungsfähigkeitstheorie sei die ältere „der beiden“ Steuerphilosophien. Ähnlich *Seidl* (1988), S. 93, der sogar in der von Gott befohlenen Kopfsteuer in Höhe von einem halben Schekel (2. Moses 30, 11 – 16) ein „naives Opferkonzept“ sieht. Unsinnig und ahistorisch ist die Feststellung bei *Franke* (1981), S. 32: „Etwa in der Mitte des 18. Jahrhunderts entstand das seitdem nie wieder verlorengegangene Leistungsfähigkeitstheorem“.

⁷⁰ So wie die spätmittelalterliche Diskussion der „Steuergerechtigkeit“ u. a. zwischen dem Zweck der Steuer („*causa finalis*“) und dem (tariflichen) Maß der Steuer („*causa formalis*“) unterschied, so wäre in einer Ideengeschichte der Besteuerung genaugenommen zu differenzieren zwischen der gedanklichen Rechtfertigung der staatlichen Steuer überhaupt (*Steuerrechtfertigungslehre*) und den Überlegungen zur gerechten Verteilung einer vorgegebenen Steuerlast (*Steuerverteilungstheorie*). Eine „konsistente“ Steuerphilosophie ließe erwarten, daß die Art der Steuerverteilungstheorie sich aus der Steuerrechtfertigungslehre herleitet, daß sie mit ihr harmoniert und daß sie sich damit letztlich aus der jeweiligen Deutung des Staates ergibt. In diesem Sinne würde die Äquivalenztheorie der Steuerverteilung nach dem Prinzip des „*quid pro quo*“ das Geschöpf einer individualistischen Sichtweise des Staates etwa i.S. der Vertragsstaatstheorie sein, während die Leistungsfähigkeitstheorie die logische Konsequenz überindividueller, universalistischer Staatsdeutungen wäre, denen zufolge „Rechtsgrund der Steuern ... schlechthin die Unterthanenschaft“ ist – wie es *Friedrich Julius Stahl* (1878, S. 577), Staatsrechtslehrer und Führer der Konservativen im preußischen Herrenhaus, formulierte. (Zu dem Zusammenhang zwischen Staatsdeutung und Steuerverteilungstheorie vgl. auch die ausdrucksstarken Formulierungen etwa bei *Eisenhart* (1868), S. 3 f.)

So gesehen spräche einiges dafür, daß die Äquivalenztheorie der Steuerverteilung als das Geschöpf individualistischer Staatsdeutungen das jüngere Konzept ist. Es sei aber noch einmal betont, daß sich das steuertheoretische Denken vergangener Epochen keineswegs immer an diese strenge Logik der Konsistenz von Steuerlehre und Staatsphilosophie gehalten hat.

Myrdal (1932), S. 159, und, ihm dann folgend, *Kiesling* (1992), S. 40 Anm. 22, wollen deshalb zwischen einer „Europäischen Variante“ des Leistungsfähigkeitsprinzips unterschei-

große Vorsicht walten lassen und sich davor hüten, aus der Verwendung bestimmter Begriffe vorschnell Rückschlüsse zu ziehen.⁷¹ Gewiß: Sowohl im Mittelalter als auch in der frühen Neuzeit kommt es recht häufig zu Formulierungen der Art etwa, die Besteuerung müsse juxta facultatem, pro viribus etc. erfolgen, damit gleiche onera auferlegt werden. Derartige Formulierungen dürfen aber keineswegs ohne weiteres schon als Zeugnisse einer Steuerphilosophie genommen werden, für die es bei der Bemessung der individuellen Steuerlasten allein auf die subjektive „Leistungsfähigkeit“ und nicht auf die Vorteile aus der Staatstätigkeit ankommt.⁷² Vielmehr kann es sich bei einer expliziten Unterscheidung zwischen „pecunia“ und „onus“ im Einzelfall durchaus „nur“ um die Forderung nach einer nach dem Einkommen bzw. dem Vermögen vorzunehmenden Preisdifferenzierung der äquivalenztheoretisch als Entgelte gedeuteten Steuerbeträge handeln. Als frühe Beispiele derartiger, lediglich dem Anschein nach opfertheoretischer Forderungen nach gleichen „onera“ seien etwa Formulierungen bei *Hobbes* (1652)⁷³ und *Pufendorf* (1672)⁷⁴ genannt.

(iii) Erste *Ansätze* opfertheoretischer Erwägungen i.S. einer Berücksichtigung des mit der Steuerzahlung verbundenen Nutzenentganges könnte man bei den Autoren sehen, die beim individuellen Einkommen zwischen dem Existentialbedarf und dem darüber hinausgehenden Konsum unterscheiden, die einen einheitlichen Steuersatz auf die Gesamteinkünfte (bzw. das Gesamtvermögen) des „Armen“ und des „Reichen“ insofern als ungerecht bezeichnen, als der Existentialbedarf beim Armen einen anderen Anteil der Gesamteinkünfte ausmache als beim Reichen, und die daher für eine Belastung allein der über den Existenzbedarf hin-

den, die sich aus einem organischen Staatsbegriff herleitet, und einer anderen Variante, „suitable to the English temperament“ (Kiesling), die mithilfe von hedonistischer Psychologie und utilitaristischem Kalkül auf einer individualistischen Philosophie aufbaue. Den (älteren) englischen Klassikern, die nicht auf das Nutzenopfer abstellen, „gleichwohl“ aber den Begriff der „Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit“ verwenden, wirft Myrdal (S. 159) dann kurzerhand vor, die „Leistungsfähigkeitstheorie“ „nur als eine formale Einkleidung der alten Interessentheorie [Äquivalenztheorie]“ zu verwenden.

⁷¹ Hierzu auch *Neumann* (1880), S. 548.

⁷² Ein sehr instruktives Beispiel ist eine sehr häufig als Beispiel früher opfertheoretischer Überlegungen zitierte Formulierung bei *Boxhorn* (1643), lib. 1 cap. 10, § 18 nr. ix (S. 187): „In tributis, aequalitatis maxima habenda ratio, quae in eo potissimum versatur, ut par sit eorum ratio, ac paria hic onera *sentiant*, quorum pares in diversis licet rebus positae, sitaeque; sunt opes“ (Hervorhebung von mir). „*Sentiant*“ läßt in der Tat zunächst an eine subjektive Opfertheorie denken; bei genauerem Hinsehen erweist es sich aber, daß es *Boxhorn* hierbei ausschließlich um die *horizontale* Gleichbehandlung gleich großer Vermögen geht!

⁷³ „Now in this place we understand an equality, not of money, but of burthens; that is to say, an equality of reason between the burthens and the benefits.“ *Hobbes* (1642), S. 173 f.

⁷⁴ „Et cum id, quod a ciuibus in publicum confertur, nihil aliud sit praeter emtae pacis pretium, rationis est, vt qui aequi de pace participant, aequas partes soluant . . .“ „Enimvero vt ista aequalitas recte inueniatur; accurate obseruandum est, non heic quaeri aequalitatem pecuniae, sed oneris . . .“ *Pufendorf* (1672), S. 423 f.

ausgehenden (modern gesprochen) „disponiblen“ Einkünfte plädieren; zu nennen sind hier in erster Linie Montesquieus „De l'esprit des lois“⁷⁵ sowie (deutlich unter seinem Einfluß) Rousseau⁷⁶ und Justi⁷⁷.

Folgten schon aus der Logik einer solcherart begründeten Forderung nach proportionaler Besteuerung allein der „freien“ Einkünfte steigende Durchschnittsteuersätze in bezug auf die Gesamteinkünfte (indirekte Progression),⁷⁸ so war es dann nur noch ein kleiner Schritt bis zur allgemeineren, auf der Annahme sinkenden Grenznutzens des Geldes beruhenden Aussage⁷⁹, daß ein größeres Einkommen einen bestimmten Prozentsatz „leichter“ hergeben könne und viel weniger „betroffen“ werde als ein kleineres Einkommen durch denselben Prozentsatz, und zur unmittelbaren Forderung nach mit dem Einkommen zunehmenden Durchschnittsteuersätzen. In England formuliert dies 1785 der Archdeacon William Paley in seinen „Principles of Moral and Political Philosophy“,⁸⁰ und auf ihn beruft sich noch fünfzig Jahre später so mancher Zeitgenosse Mills in der englischen Einkommensteuerdebatte;⁸¹ selbst im Unterhausauschuß zur Einkommensteuer wird Mill

⁷⁵ Montesquieu (1748), liv. xiii chap. vii, S. 295.

⁷⁶ Rousseau (1758), S. 405 ff.

⁷⁷ Vgl. das Zahlenbeispiel in Justi (1766), S. 363. Terence Hutchisons (1988, S. 404) überaus positiver Kommentar dieser Stelle („There seems to have been no similarly penetrating analysis of taxation by English or French writers at this time, or for some time to come“) ist wohl nicht ganz berechtigt.

⁷⁸ Montesquieu (1748) teilt den individuellen Konsum in „nécessaire physique“, „l'utile“ und „le superflu“, will das Existenzminimum freilassen und fordert für die beiden anderen Bereiche eine zunehmende Belastung. Inwieweit er damit neben einer indirekten Progression (als Folge der Freilassung des ersten Bereiches) zusätzlich eine direkte Progression im Auge hat, bleibt unklar. Schon Carl (1723) gliederte in „le nécessaire“, „le commode“ und „le superflu“ (siehe unten Anm. 85), und eine solche Dreiteilung wird noch von Craig (1814), vol. 2, S. 266 ff., aufgegriffen.

⁷⁹ Freilich bestehen auch in dieser Hinsicht häufig Interpretationsprobleme: Die zeitgenössischen Formulierungen lassen nicht immer klar erkennen, ob nur für eine Besteuerung allein des über „das Notwendige“ hinausgehenden Einkommens (also indirekte Progression bei einheitlichem Steuersatz) plädiert wird oder aber für (direkt) zunehmende Steuersätze auf das über „das Notwendige“ hinausgehende Einkommen.

⁸⁰ W. Paley (1785), Bd. 2, S. 419 f.: „... daß es vielmehr höchst wahrscheinlich ist, eine Taxe ... müsse von den niedern zu den höhern und reichern Ständen, nach einer viel größern Proportion steigen, als nach welcher das Einkommen derselben steigt. Die Sache auf welche gesehen werden muß, ist nicht, wie viel ein Mensch hat, sondern was er entbehren kann. Und es ist klar, daß ein Mann der des Jahrs tausend Pfunde Sterling einzunehmen hat, leichter hundert davon weggeben kann, als es einem Manne mit hundert Pfunden Einkünften wird, zehn davon zu verlieren. Ich will so viel sagen: diejenigen zur Gewohnheit gewordenen Bequemlichkeiten des Lebens, welche die Gegenstände unschuldiger und vernünftiger Begierden sind, und deren beständigen und sichern Genuß jeder der eine Familie errichten soll, auf die Zukunft muß hoffen können, werden durch den ersten Abzug viel weniger gestört als durch den zweyten.“

⁸¹ Vgl. Buchanan (1817), S. 131 f. (ohne Namensnennung), sowie den radikalen Unterhausabgeordneten James S. Buckingham (1835), S. 46. O'Brien (1999), vol. 5, S. IX, spricht in seiner Zusammenfassung der seinerzeitigen englischen Einkommensteuerdiskussionen

1852 vom Vorsitzenden des Committees, Joseph Hume, gefragt, wie er zu Paleys Vorschlag einer direkt progressiven Einkommensteuer stehe.⁸²

Nicht richtig ist es freilich, wenn *Kiesling* (1992) Paleys Äußerungen bewertet als „[perhaps] the earliest statement of the idea that a presumed existence of declining marginal utility provides a justification for progressive taxation“.⁸³ Eindeutig frühere *Ausprägungen* opfertheoretischer Überlegungen in dem Sinne, daß unter Hinweis auf den subjektiv empfundenen „Verlust“ ein direkt progressiven Steuertarif gefordert wird, formulieren nämlich schon lange vor Paley⁸⁴ der Florentiner Francesco Guicciardini (1483 – 1540),⁸⁵ der (anonym und in französischer Sprache publizierende) Markgräfllich Ansbachische und Bayreuthsche Gemeinschaftliche Rat Ernst Ludwig Carl (1723)⁸⁶ und – ihm folgend – der „Brandenburg-Onolzbachische wirkliche Hof-Regierungs- und Justiz- auch Consistorial-Rath“ Johann Wilhelm von der Lith (1766).⁸⁷ Und schon lange vor Mill bezeichnet Jeremy Bentham, John Stuart Mills zeitweiliger Mentor, in seinem „Institute of Political Economy“ (1804), im „Manual of Political Economy“ (1795) und im „Civil Code“ (1802) Steuern ausdrücklich als „Nutzenopfer“ („Taxes [are] sacrifices made of wealth and opulence at the expence of enjoyment . . .“)⁸⁸ bzw. als „Opfer“⁸⁹ („sacrifices of security to security“)⁹⁰. Auch John Craig charakterisiert in seinen

sogar von „Paley’s tired assertion that a percentage tax on large incomes obviously caused less pain than the same percentage on small incomes“ [Hervorhebung von mir].

⁸² Vgl. *Mill* (1852), S. 474.

⁸³ *Kiesling* (1992), S. 44.

⁸⁴ Allgemein zur Geschichte der Idee sinkenden Grenznutzens des Einkommens ist natürlich auch Daniel Bernoullis „Specimen theoriae novae de mensura sortis“ (1738) zu nennen.

⁸⁵ Der in seinem „Steuerdialog“ den Verteidiger der Steuerprogression sagen läßt: „Però la equalità di una gravezza non consiste in questo, che ciascuno paghi per rata tanto l’uno quanti l’altro, ma che el pagamento sia di sorte, che tanto si incomodi l’uno quanto l’altro.“ *Guicciardini* (1540), S. 198. Bereits *Ricca-Salerno* (1896), S. 75, bemerkt hierzu: „Viene implicitamente ammesso, come criterio di ripartizione delle imposte, il principio della eguaglianza di sacrificio in modo conforme alla dottrina del Mill.“

⁸⁶ „Car . . . en taxant par exemple tout le monde également au dixième de son revenue, le pauvre ne paye pas autant que le riche, dans la proportion arithmétique, il paye pourtant quelquefois plus que le riche dans la proportion Géométrique, quand le dixième lui ôte une proportion de son nécessaire *ou de son commode*, aulieu que chez le riche il n’attaque que fort legerement le superflu. Il est sensé de dire qu’un riche qui paye à l’Etat mille florins sur dix mille de revenue, n’est pas autant chargé que celui qui de cent florins de revenue en paye dix, quand leur condition est égale.“ *Carl* (1723), tom. 3, S. 131 (Hervorhebung von mir).

⁸⁷ Vgl. *Lith* (1766), S. 206.

⁸⁸ *Bentham* (1804/1954) („Institute of Political Economy“), S. 363; vgl. auch *Bentham* (1795/1839) („Manual of Political Economy“), S. 44 sowie S. 79, zur Besteuerung von Konsumgütern: „If the consumption be diminished, individuals are deprived of that portion of happiness which consisted in the use of this particular article of enjoyment.“

⁸⁹ Als Bezeichnung der Steuer kommt „Opfer“ schon früher vor, etwa bei *Raynal* 1780; vgl. *Seligman* (1908), S. 163.

⁹⁰ *Bentham* (1802/1838a) („Principles of the Civil Code“), S. 313.

„Elements of Political Science“ (1814) die Zahlung von Steuern als „sacrificing ... a proportion of ... enjoyments“⁹¹; er erläutert das „Opfer“ mit den Worten: „When a man is taxed ... the enjoyments which he relinquishes are the exact measure of his contribution“⁹², und seine Schlußfolgerung ist ein Plädoyer für einen progressiven (Einkommen-) Steuertarif, da eine proportionale Besteuerung des „wealth“ ungleiche Opfer bedeute und deshalb die Reichen begünstige.⁹³ Schließlich darf in diesem Zusammenhang auch Jean-Baptiste Say (1826) nicht unerwähnt bleiben mit seiner Bezeichnung der Steuer als „sacrifice“ und seiner Forderung nach progressiver Einkommensbesteuerung.⁹⁴

Weder in terminologischer noch in materieller Hinsicht kann Mill nach alledem als „Begründer“ des Opferprinzips der Besteuerung bezeichnet werden; zumindest die Überlegung, daß Proportionalität der Steuer entsprechend dem Einkommen (oder Vermögen) ungleiche „Opfer“ bedeute, ist schon lange vor Mill wiederholt und vielfach formuliert worden. Was das Besondere der Millschen Ausführungen ausmacht, ist vielmehr die Prägnanz, mit der diese Gedanken in der griffigen Formel „Equality of taxation means equality of sacrifice“⁹⁵ zusammengefaßt und dem Äquivalenzprinzip gegenübergestellt werden.

*b) Das Verhältnis von „least sacrifice on the whole“
zu „equal sacrifices“ bei Mill*

Das wohl größte Rätsel hat *Edgeworth* (1897)⁹⁶ und vielen Finanztheoretikern nach ihm die Frage aufgegeben, welches der drei (denkbaren) Opferkonzepte Mill wohl gemeint haben könnte.⁹⁷ Vordergründig ist die Diagnose der zu Beginn des Abschnitts zitierten Mill-Passage für den „modernen“ Steuertheoretiker klar: Wird soziale „Wohlfahrt“ definiert als ungewichtete Summe der Individualnutzen („Benthamistische soziale Wohlfahrtsfunktion“), ist ferner der individuelle Nutzen

⁹¹ *Craig* (1814), vol. 3, S. 23.

⁹² *Craig* (1814), vol. 3, S. 7.

⁹³ *Craig* (1814), vol. 2, S. 264 ff., insbes. 279 f.; *Seligman* (1931) hat Craig deshalb „the first Englishman to work out the equal sacrifice theory of taxation“ genannt.

⁹⁴ *Say* (1826), tom. 3, S. 144 ff., 165 ff. u. 294 f.: „L'impôt ne consiste pas dans la substance matérielle fournie par le contribuable ... , mais dans la valeur de cette substance. ... l'essentiel est la somme de richesses que l'impôt ravit sur le contribuable, ou, si l'on veut, la valeur de ce qu'on lui demande. Telle est la mesure du sacrifice qu'on exige de lui.“ (S. 145; Kursivschreibung i. Original). In der 1. Aufl. von 1803 und in der 3. Aufl. von 1817 verwendet Say den Begriff „sacrifice“ noch nicht.

⁹⁵ *Mill* (1848a), S. 804.

⁹⁶ Ansätze bereits in *Edgeworth* (1881), S. 118.

⁹⁷ Eigenartigerweise geht Mills „Kommentator“ *Hollander* (1985) in seinem großartigen 2bändigen Werk „The Economics of John Stuart Mill“ in den Steuerabschnitten auf den viel diskutierten „Widerspruch“ zwischen „least sacrifice on the whole“ und „equal sacrifice“ (ohne Spezifizierung im Sinne der Grenzopfer) überhaupt nicht ein.

eine Funktion lediglich des (verfügbaren) Einkommens, und sind die Bruttoeinkommen exogen gegeben (keine disincentive-Effekte der Besteuerung), so erfordert die Maximierung der Wohlfahrt (oder, was unter diesen Bedingungen äquivalent ist, die Minimierung der Summe der mit den Steuerzahlungen verbundenen individuellen Nutzenverluste, des „Gesamtopfers“), daß die Grenznutzen der Einkommen nach Steuer gleich sind. Das von Mill erwähnte „least sacrifice . . . on the whole“ wäre demnach gleichbedeutend mit „Gleichheit der Grenzopfer“, und das, so hatten wir gesehen, liefe bei sinkendem Grenznutzen des Einkommens und identischen individuellen Nutzenfunktionen auf eine Besteuerung der Einkommen „von oben her“ (progressiver Steuertarif mit einem maximalen Grenzsteuersatz von 100%) und auf eine Egalisierung der Einkommen nach Steuern hinaus. Mill spricht aber nicht von „Gleichheit der Grenzopfer“ (equal-marginal sacrifice), sondern er postuliert allgemein „equality of sacrifice“, und darüber hinaus lehnt er im weiteren Verlauf seiner Ausführungen einen direkt progressiven Einkommensteuertarif mit steigenden Grenzsteuersätzen ausdrücklich ab und tritt statt dessen für einen linearen Tarif mit konstantem Grenzsteuersatz ein. Wie läßt sich dieser „Widerspruch“ erklären? Denkbar sind *mehrere Interpretationen*:

(a) Wohl am einfachsten wäre es, einfach von *Inkonsistenz* zu sprechen, von einem *Fehler* oder, etwas milder ausgedrückt, von einem „Irrtum“⁹⁸, der sich daraus erkläre, daß Mill sich nicht mit der Differentialanalyse ausgekannt und nicht den Begriff des „Grenznutzens“ gekannt habe und daß er damit die Aufgabe der Minimierung des Gesamtopfer nicht korrekt i.S. der Gleichheit der Grenzopfer habe lösen können. Eine derartige „Erklärung“ des „Rätsels“ ist aber aus zweierlei Gründen wenig überzeugend: (i) John Stuart Mill war sehr wohl mit der Differentialrechnung vertraut, und er kannte darüber hinaus (ii) sicherlich die marginalanalytischen Überlegungen seines zeitweiligen Mentors Bentham zur Maximierung der gesamtwirtschaftlichen Wohlfahrt:

ad (i): Wir wissen, daß die Ausbildung des jungen John Stuart im Alter von drei Jahren nach dem Programm seines Vaters mit Unterricht im Griechischen begann, daß bald darauf die Grundlagen der Arithmetik folgten und daß John Stuart mit 12 Jahren „through trigonometry, conic sections and the differential calculus towards the study and the application of higher mathematics“ „galoppierte“, wie es sein Biograph Packe formuliert.⁹⁹ Mill charakterisierte diese frühen Studien der höheren Mathematik später in seiner Autobiographie freilich als „not thoroughly“ bzw. „far from thoroughly“.¹⁰⁰ Wir wissen aber weiterhin, daß der junge Mill während seines Aufenthaltes in Frankreich 1820/21 seine mathematischen Kenntnisse unter der Anleitung eines französischen Mathematikprofessors erweitert hat und dabei *Lacroix's* „*Traité du calcul différentiel et du calcul intégral*“ (1814), *Lagrange's*

⁹⁸ So Pigous Formulierung; *Pigou* (1947), S. 57; ähnlich *Myrdal* (1932), S. 167; wie *Pigou* auch *Shoup* (1960), S. 258. *Groves* (1984), S. 33, spricht von „confusion“.

⁹⁹ *Packe* (1954), S. 23.

¹⁰⁰ *Mill* (1873a), S. 14 f.

„Théorie des fonctions analytique“ (1813) und *Laplace's* „Exposition du système du monde“ (1813) durchgearbeitet hat.¹⁰¹ „[H]is mathematical education was sufficient to enable him to perceive possible applications of the distinction between a differential increment and a sum“, schreibt denn auch de Marchi (1972), der sich die Frage gestellt hat, warum nicht bereits Mill wie später dann Jevons zur grenznutzentheoretischen Analyse der individuellen Güternachfrage vorgestoßen sei. De Marchi formuliert denkbare Erklärungen, die für unser Problem aber nicht so recht zu überzeugen vermögen. Im Zusammenhang mit einer mikroökonomischen Analyse der Güternachfrage mögen (eventuelle) prinzipielle Einwände Mills gegen die Verwendung der Mathematik in den Sozialwissenschaften¹⁰² bedeutsam sein, kaum aber, wenn es „nur“ um eine solch „formale“ Aufgabe wie das hier betrachtete Problem der Maximierung der Summe der Nettonutzen bzw. der Minimierung des Gesamtopfers geht. Können aber mathematisches „Unvermögen“ und grundsätzliche „Abneigung“ gegen die Anwendung des mathematischen Kalküls nicht die Ursache dafür sein, daß die „korrekte Lösung“ i.S. der „Gleichheit der Grenzopfer“ nicht erwähnt wird, so muß die Frage gestellt werden, ob die Formulierung „minimales Gesamtopfer“ bei Mill vielleicht ganz anders als im heute üblichen Sinne einer additiven „Benthamistischen sozialen Wohlfahrtsfunktion“ zu verstehen ist.

ad (ii) Hinzu kommt, daß Mill – wenn ihm denn eine Benthamistische soziale Wohlfahrtsfunktion unterstellt werden könnte – aus *Jeremy Bentham's* Lehren eigentlich alle erforderlichen Bausteine „zur Verfügung“ standen, um zu der „mathematisch korrekten“ Schlußfolgerung i.S. der Gleichheit der Grenzopfer zu gelangen: (aa) Die Formulierung einer Zielfunktion in Gestalt der bekannten Formel von der „greatest happiness of the greatest number“,¹⁰³ (bb) die buchstäbliche (verbale) Anwendung der Differentialanalyse,¹⁰⁴ (cc) die Aussage, daß der Grenznutzen des Einkommens sinke:

„The effect of wealth in the production of happiness goes on diminishing, as the quantity by which the wealth of one man exceeds that of another goes on increasing: in other words, the quantity of happiness produced by a particle of wealth (each particle being of the same magnitude) will be less and less at every particle; the second will produce less than the first, the third than the second, and so on“.¹⁰⁵

¹⁰¹ *de Marchi* (1972), S. 345, Anm. 6.

¹⁰² Vgl. auch *Hollander* (1985), vol. 2, S. 936 ff., insbes. S. 943: „Mill warned only against the abusive use of mathematics, not mathematics per se.“ Allgemein zu Mills Vorstellungen über das Wesen und die Rolle der Mathematik vgl. *Kitcher* (1998).

¹⁰³ Vgl. hierzu insbesondere Bentham's „Introduction“ zum „Constitutional Code“, *Bentham* (1830/1841), S. 4 ff. Zu früheren Formulierungen der Formel vom „Größten Glück“ bei *Beccara* (1767) und *Helvetius* (1777) sowie bei *Hutcheson* (1725) vgl. die Bemerkungen des Herausgebers Bowring in *Bentham* (1834), S. 83 ff., sowie *Hottinger* (1998), S. 255, und die dort angegebene Literatur.

¹⁰⁴ Hierauf hat schon *Edgeworth* (1897), S. 245 Anm. 5, hingewiesen: „... he [Bentham] virtually employs the differential calculus: adding and subtracting ‚particles of wealth‘ as in *Pannomial Fragments* ...“

¹⁰⁵ *Bentham* (1831/1839b) („*Pannomial Fragments*“), S. 229.

„... Fortunes unequal: – by a particle of wealth, if added to the wealth of him who has least, more happiness will be produced, than if added to the wealth of him who has most.“¹⁰⁶

„But, how indubitable soever the title may be, of any object to be considered as belonging to the list of these same causes, the magnitude of the pleasure produced by it does not increase in so great a ratio as that in which the magnitude of the cause encreases. Take, for instance ... money. Take thereupon any individual: give him a certain quantity of money, you will produce in his mind a certain quantity of pleasure. Give him again the same quantity, you will make an addition to the quantity of his pleasure. But the magnitude of the pleasure produced by the second sum will not be twice the magnitude of the pleasure produced by the first“;¹⁰⁷

(dd) die Feststellung, daß *ceteris paribus*¹⁰⁸ bei sinkendem Grenznutzen des Einkommens eine Umverteilung „von oben nach unten“ eine Erhöhung der Gesamthappiness bedeuten würde, bis (bei identischen Nutzenfunktionen) die Verteilung gleich wäre (freilich nur, wenn man die negativen Anreizeffekte einer Gleichverteilung, „the effects of the second and those of the third order“, außer acht läßt):

„... Income of the rich looser, £100,000 a-year; – income of the less rich gainer, £10 a-year; – wealth lost by the richer, gained by the less rich, £1 a-year: – on the sum of happiness the effect will be on the side of gain. More happiness will be gained by the less rich gainer, than lost by the more rich looser.

Thus it is, that if the effects of the first order were alone taken into account, the consequence would be, that, on the supposition of a new constitution coming to be established, with the greatest happiness of the greatest number for its end in view, sufficient reason would have place for taking the matter of wealth from the richest and transferring it to the less rich, till the fortunes of all were reduced to an equality so little different from perfect equality, that the difference would not be worth calculating.“¹⁰⁹

(ee) die Interpretation der Steuer als „Opfer“ an „happiness“ (s. oben) und schließlich (ff) die Zielformulierung, es gelte, (bei gegebenen Staatsausgaben) das „Gesamttopfer“ zu minimieren:

First object of finance – to find the money without constraint – without making any person experience the pain of loss and privation [mit der Anm.: „This object can rarely be accomplished ...“]. *Second object* – to take care that this pain of constraint and privation be reduced to the lowest term.“¹¹⁰

¹⁰⁶ *Bentham* (1831 / 1839b) („Pannomial Fragments“), S. 229.

¹⁰⁷ *Bentham* (1822 / 1840) („Codification Proposal“), S. 540 f.

¹⁰⁸ Vgl. Benthams Hinweise auf die negativen Anreizeffekte einer Gleichverteilung und auf den Zielkonflikt mit dem obersten Ziel der „security“ (of property) in: *Bentham* (1802 / 1838a) („Principles of the Civil Code“), S. 303, 312; *Bentham* (1830 / 1841) („Constitutional Code“), S. 18; *Bentham* (1831 / 1839b) („Pannomial Fragments“), S. 230.

¹⁰⁹ *Bentham* (1831 / 1839b) („Pannomial Fragments“), S. 230.

¹¹⁰ *Bentham* (1802 / 1839) („General View of a Complete Code of Laws“), S. 204. Kursivschreibungen im Original.

„Taxes ought to have no other end than the production of revenue, with as light a burthen as possible.“¹¹¹

„All government is only a tissue of sacrifices. The best government is that in which the value of these sacrifices is reduced to the smallest amount“,¹¹²

„Of the distribution made of burthens, the proper object is that the sum of them be as small as possible“.¹¹³

(b) Eine andere, ideengeschichtlich freilich überaus fragwürdige „Auflösung“ des mit Mills „klassischer Passage“ zur Opfergleichheit verbundenen „Rätsels“ hat *Edgeworth* (1897) vorgeschlagen: Diese Lösung besteht in nicht weniger als der Unterstellung, Mill habe „eigentlich“ das Richtige gemeint und sich nur „*unschärf*“ oder „*mißverständlich*“ *ausgedrückt*: Mills „equal sacrifice“ sei „*simply a clause, a badly-transcribed clause, of the [utilitarian] code itself*“, „*a corrupt reading for equi-marginal sacrifice, the condition of minimum disutility*“.¹¹⁴ Das aber hieße, in die Dogmengeschichte sozusagen analog zur wirtschaftstheoretischen Annahme individuellen Rationalverhaltens eine Art „Widerspruchsfreiheit-Hypothese“ einzuführen und etwaige Inkonsistenzen oder Irrtümer der Autoren ex post durch „richtige Interpretation“ auszuschalten.¹¹⁵ Anhaltspunkte für seine These kann *Edgeworth* aus dem Werk Mills nicht zitieren. Vielmehr handelt es sich um eine höchst subjektive und willkürliche „Umdeutung“. Im übrigen würde Gleich-

¹¹¹ *Bentham* (1795 / 1839) („A Manual of Political Economy“), S. 78.

¹¹² *Bentham* (1802 / 1838a) („Principles of the Civil Code“), S. 313.

¹¹³ *Bentham* (1830 / 1841) („Constitutional Code“), S. 21.

¹¹⁴ *Edgeworth* (1897), S. 245.

¹¹⁵ *Edgeworth* geht sogar noch weiter: Es war schon erwähnt worden, daß erst *Cohen Stuart* (1889) und eben *Edgeworth* (1897) nachgewiesen haben, daß die Forderungen nach Gleichheit des absoluten Opfers oder nach Gleichheit des relativen Opfers nur bei ganz bestimmtem Verlauf der Nutzenkurve(n) einen progressiven (Einkommen-) Steuertarif implizieren. Daß aber schon vor dieser Präzisierung zahlreiche finanzwissenschaftliche Autoren (*Edgeworth* spricht von „high authorities“) einen progressiven Tarif mit dem Hinweis auf die Notwendigkeit einer (unspezifizierten) „Opfergleichheit“ begründet hatten, ohne über die Annahme sinkenden Grenznutzens des Einkommens hinaus Genaueres über die Gestalt der Nutzenfunktion auszusagen, stellt den Theoretiker *Edgeworth* erneut vor ein Dilemma, vor die Frage nämlich, ob es sich um unklare Formulierungen oder um unzulässige Verallgemeinerungen bzw. um unlogische Schlußfolgerungen handelte. *Edgeworth* löst auch dieses „Dilemma“ durch die Unterstellung, daß (auch) diese Autoren „unconsciously implicit“ utilitaristisch im Sinne des größten Glücks der größten Zahl bzw. der Minimierung des Gesamt- opfers gedacht hatten, sich aber nicht klar ausdrücken konnten: „But what if there was in the confused minds of these distinguished publicists not *equal [absolute] sacrifice* nor yet *proportional sacrifice*, but *equal-marginal sacrifice* (leading to *minimum sacrifice*)?“ Er rechtfertigt diese erneute und weitergehende gewaltsame Umdeutung zugunsten einer logisch konsistenten Ideengeschichte mit folgenden Worten: „It is true that this premiss is less consonant to their statements than the other. But then their conclusion really does follow from this premiss. Obligated as we are to make a compromise between obscure premisses and fallacious reasoning, may not the line of least confusion, so to speak, be – not the assumption that the premiss was somewhat obscure and the reasoning somewhat erroneous, but – that the premiss was quite confused and the reasoning quite exact?“ *Edgeworth* (1897), S. 246 f.

heit des Grenzopfers (bei identischen Nutzenfunktionen) ja einen (direkt) progressiven Tarif mit Grenzsteuersätzen bis zu 100% erfordern; Mill aber spricht sich im weiteren Verlauf explizit für einen linearen Einkommensteuertarif aus (s.u.).¹¹⁶ Edgeworth müßte also, wollte er Mill für seine Sache reklamieren, ihm bei den Aussagen zum Steuertarif erneut Inkonsistenz vorwerfen und ihm unterstellen, er habe „eigentlich“ einen (direkt) progressiven Tarif gemeint. Tatsächlich bemüht Edgeworth denn auch zum Beweis seiner These Mills Überlegungen zu einer progressiven Erbschaftsbesteuerung.¹¹⁷ Gerade dies aber ist unzulässig (siehe hierzu unten, Abschnitt III).

(c) Andere Autoren nach Cohen-Stuart und nach Edgeworth haben aus der (vordergründigen) Unvereinbarkeit der Millschen Formulierungen gewissermaßen den umgekehrten Schluß gezogen. Sie betrachten offenbar die Bemerkung vom „least sacrifice on the whole“ als eine Art nebensächliche Floskel oder als einen sprachlichen Lapsus, dem man nicht weiter nachzugehen braucht. Statt dessen stellen sie sich die Frage, was Mill wohl mit „equal sacrifice“ gemeint habe, ein absolut gleiches oder ein relativ gleiches Opfer.¹¹⁸ Sowohl das gleiche absolute Opfer¹¹⁹ als auch das gleiche relative Opfer¹²⁰ sind von den Autoren dieser Gruppe als das eigentlich Gemeinte „identifiziert“ worden. Unter all diesen „Deutungsversuchen“ ist durch seine dem Edgeworthschen Vorgehen vergleichbare Konsistenzunterstellung und seine „Umkehrung der Beweisführung“ der „bemerkenswerteste“ wohl der von Young (1988).¹²¹ Da Mill vom Postulat der Gleichheit der absoluten Opfer ausgegangen sei und da er einen linearen Einkommensteuertarif befürworte, müsse er eine Bernoulli-Nutzenfunktion für die individuellen Einkommen unterstellt haben.¹²² Daß Mill alle Spekulationen über der Verlauf des subjektiven Einkommensnutzens vehement ablehnte, wird bei dieser „Deutung“ souverän mißachtet. Überhaupt: Bei all diesen Versuchen der Interpretation der fraglichen Stelle

¹¹⁶ Nur bei linearer Nutzenkurve (konstantem Grenznutzen) wäre ein konstanter Grenzsteuersatz vereinbar mit dem Prinzip des minimalen Gesamttopfers; in diesem Fall würde aber auch jeder andere Tarifverlauf das Gesamttopfer minimieren.

¹¹⁷ *Edgeworth* (1897), S. 246.

¹¹⁸ Hierzu *Myrdal* (1932), S. 163, sarkastisch: „Spätere Ökonomen streiten sich darum, was ältere Autoren eigentlich gemeint haben, die nicht sophistisch genug waren, um die Notwendigkeit dieser Fragestellung überhaupt einzusehen, z. B. J.S. Mill.“

¹¹⁹ *Genser* (1980), S. 21; *Young* (1988), S. 5.

¹²⁰ *Seligman* (1894 . . .), 136; *Musgrave* (1976), S. 311: „... Mill called for equal proportional sacrifice, mistakenly thinking that this would result in least total sacrifice“

¹²¹ Am eigenartigsten wohl *Witte* (1981), S. 348, der von der „famous confusion of John Stuart Mill between equal and proportional sacrifice theories“ spricht!

¹²² Nur wenn der Grenznutzen in gleichem prozentualen Maße sinkt wie das Einkommen steigt, ergibt sich beim Prinzip des gleichen absoluten Opfers ein Tarif mit konstantem Durchschnittsteuersatz. Die Argumentation Youngs erinnert ein wenig an die Vorgehensweise moderner finanztheoretischer Autoren, die aus der Gestalt des tatsächlich geltenden Steuertarifes auf die (vermeintlichen) Vorstellungen der Parlamentarier zur Einkommensnutzenkurve schließen wollen.

Mills wird übersehen, daß Mill selbst sich an anderer Stelle mehrfach ganz eindeutig und explizit für eine Besteuerung nach dem Prinzip des gleichen proportionalen Opfers ausgesprochen hat, und zwar schon 1833 in einem Zeitungsartikel¹²³ („... equal taxation consists not in taking equal proportions from the *incomes* of individuals, but in taking equal proportions from their *enjoyments*“) und erneut dann vor dem Untersuchungsausschuß des Unterhauses von 1852: „I would rather say that the equitable principle of taxation is to require from each the *same proportional sacrifice* of his enjoyments.“¹²⁴

(d) Der Wortlaut der eingangs zitierten Passage Mills kann meines Erachtens auch zu einer ganz *anderen Interpretation* als der eines Irrtums oder ungenauer Ausdrucksweise Anlaß geben: Was wäre, so ist zu fragen, wenn John Stuart Mill an der fraglichen Stelle überhaupt nicht die Maximierung einer Benthamistischen Wohlfahrtsfunktion im heutigen Sinne vor Augen hätte, wenn er bei „least sacrifice“ gar nicht an entgangenen Einkommensnutzen dächte?

(aa) Denkbar wäre zunächst einmal, daß Mill von der Überlegung ausging, daß eine „ungleich“ verteilte Steuer, zumal wenn sie im Extrem bei einzelnen Steuerzahlern den Charakter einer Erdrosselungssteuer annimmt oder die Substanz besteuert, über die unweigerlich eintretenden negativen Anreize (disincentives) den Umfang des Gesamtproduktes verringern und auf diese Weise die Gesamtwohlfahrt schmälern könnte. Eine solch Interpretation würde bedeuten, daß Mill an der fraglichen Stelle nicht die Maximierung einer Benthamistischen sozialen Wohlfahrtsfunktion bei gegebenen Bruttoeinkommen vor Augen hatte, sondern einen Optimierungsansatz, in dem in der Art der modernen Theorie der optimalen Besteuerung Verteilungs- und Effizienzeffekte berücksichtigt werden.¹²⁵ „Equality of burden“ bei Mill wäre dann im Sinne einer unter allokativen Gesichtspunkten „richtig“ (anreizkompatibel) verteilten Last zu interpretieren, also i.S. der früher viel zitierten Äußerung des italienischen Staatsrechtlers *Filangieri* (1780) zum Zusammenhang zwischen Steuerlastverteilung und „Tragfähigkeit“ der Steuerpflichtigen, daß nämlich ein Mensch auf dem Rücken eine Zentnerlast tragen könne, er aber zusammenbreche, wenn man ihm ein Pfund an die Nase hänge.¹²⁶ Bisher

¹²³ *Mill* (1833), S. 553.

¹²⁴ *Mill* (1852), S. 479 (Hervorhebung von mir); ähnlich ebd. S. 472: „... I would endeavour so to regulate the sum taken from each, that each should be required to give up an equal share, not of their means, but of their enjoyments.“

¹²⁵ Explizit vertritt einen solchen Ansatz fünfzig Jahre später *Thomas Carver* (1895), S. 95, und insbes. (1904), S. 400, indem er zwischen dem „direkten Opfer“ des Steuerpflichtigen und einem „indirekten Opfer“ in Form der Allokationseffekte der Besteuerung unterscheidet und für eine Minimierung der Gesamtsumme aus beiden Opfern plädiert: „Any tax which represses a desirable industry or form of activity not only imposes a sacrifice on him who pays it, but also upon those who are deprived of the services or the products of the repressed industry. Taxes should therefore be apportioned in such a way as to impose the smallest sum total of sacrifice of these two kinds.“ Man könnte insofern Carver als „Urvater“ der Theorie der „optimal taxation“, wie sie sich in den 70er Jahren entwickelte, bezeichnen.

¹²⁶ Vgl. *Scheer* (1998), S. 167.

scheint lediglich Arthur Cecil Pigou mit einem derartigen Gedanken gespielt zu haben, daß Mill in seiner berühmten Passage zur Opfergleichheit und Opferminimierung nicht einfach „a serious error“ unterlaufen sei; freilich hat Pigou diesen Gedanken dann gleich wieder verworfen: „It is possible that in this passage Mill was taking into account something more than distributional consequences; though I do not think this is so.“¹²⁷

(bb) Wesentlich weiter ginge die Deutung, daß Mill das „Gesamtopfer“ nicht nur als Verlust an Einkommensnutzen im Sinne einer „einfachen“ Benthamistischen sozialen Wohlfahrtsfunktion versteht, sondern daß er davon ausgeht, daß der individuelle Nutzen eine Funktion nicht allein des eigenen Einkommens, sondern auch der interindividuellen Verteilung der Steuerlasten sei, daß in der individuellen Nutzenfunktion als Argument auch das (Nachsteuer-) Einkommen der anderen Steuerzahler bzw. ein Index der Gleichheit oder Ungleichheit der Steuerlastenverteilung vorkomme und daß Ungleichheit der Steuerlasten von den Betroffenen negativ (nutzenmindernd) empfunden werde.¹²⁸

(cc) Dieser Gedanke läßt sich noch weiterspinnen zu der These, daß Mill mit seinem „least sacrifice“ überhaupt nicht „Opfer“ i.S. von Einkommensnutzen und schon gar nicht eine Benthamistische soziale Wohlfahrtsfunktion im heutigen

¹²⁷ Pigou (1947), S. 57. Pigou hat sich an anderer Stelle seiner „Study in Public Finance“ mit dem Zusammenhang zwischen den steuerlichen Anreizwirkungen und der interindividuellen Steuerverteilung nach den „Opferprinzipien“ beschäftigt: Die Annahme, daß die Steuer keine Wirkung auf das individuelle Arbeitsangebot habe, erfordere, daß die Grenznutzen des Einkommens vor Steuer und des Einkommens nach Steuer (jeweils in bezug auf eine marginale Veränderung des Vorsteuereinkommens!) gleich sind; das aber ist gerade bei einer Besteuerung nach dem Prinzip des gleichen absoluten Opfers gegeben. Pigou unterstellt dabei, daß der Nutzen eine Funktion lediglich des Einkommens ist; Freizeit und Arbeitsleid kommen in der individuellen Nutzenfunktion nicht vor. Im übrigen will Pigou an dieser Stelle lediglich eine Eigenschaft des Prinzips des gleichen absoluten Opfers demonstrieren; es wäre unrichtig, hieraus ein „Eintreten“ Pigous für das Prinzip des gleichen absoluten Opfers abzuleiten, wie dies Seidl (1988), S. 97 f., und Musgrave (1976), S. 311, tun.

¹²⁸ Ein ähnliches Problem, nämlich die Zusammenhänge zwischen Neid, Opferprinzipien und Gestalt des (Einkommen-) Steuertarifs, untersuchen Bös/Tillmann (1983). Sie gehen aus von Foley's Definition von „Neid“. Danach ist A auf B „neidisch“, wenn A statt in der eigenen Position (P) lieber in der Position von B wäre: $U_A(P_A) < U_A(P_B)$. Bös/Tillmann messen den Grad des Neides sodann über Nutzendifferenzen, d. h. sie verwenden implizit eine „Supernutzenfunktion“, die vom eigenen Einkommen und von den bi-personellen Nutzen-differenzen abhängt, und können dann zeigen, daß Steuertarife, die nach dem Prinzip des gleichen proportionalen Opfers gestaltet sind, unabhängig davon, ob sie progressiv, proportional oder regressiv ausfallen, den *individuellen* Neid verringern. Soll nun aber *gesamtwirtschaftliche Neidminimierung* betrieben werden und legt man dabei ein kardinales *gesamtwirtschaftliches* Neidmaß zugrunde, so gelingt es nicht, „a priori eine eindeutige Zuordnung zwischen Gewichten einer utilitaristischen sozialen Wohlfahrtsfunktion ... und Gewichten der Neidminimierungsfunktion ... herzustellen“ (loc.cit. 652 f.), so daß sich nicht sagen läßt, daß der Ansatz, eine soziale Neidfunktion zu minimieren, der Maximierung einer sozialen Wohlfahrtsfunktion äquivalent ist: „Leider ist es daher auch unmöglich, über Analogie zu sozialen Wohlfahrtsfunktionen das Phänomen der Neidminimierung näher in den Griff zu bekommen“ (loc.cit., S. 653).

Sinne vor Augen hat, sondern daß er *ausschließlich* darauf abstellt, wie die Steuerpflichtigen eine Ungleichbehandlung durch das Steuerrecht empfinden.¹²⁹ Unter der Annahme „steigenden Grenzleides der Benachteiligung“ und „sinkenden Grenznutzens der Begünstigung“ würden sich die aus der Steuerverteilung herrührenden „Leiden“ und „Freuden“ (i.S. von Jeremy Bentham's Terminologie) einer Ungleichverteilung der Steuerlasten nicht zu Null addieren, und jede (wie auch immer definierte) „ungleiche“ Steuerlastverteilung würde damit das „Gesamtleid“ vergrößern, so daß insofern eine Minimierung dieses „Gesamtleides“ die steuerliche Gleichbehandlung aller i.S. eines (allgemeinen und allgemein akzeptierten) Kriteriums der Opfergleichheit („equal sacrifice“) erfordern würde.

Bevor wir diese Hypothese näher untersuchen, sei darauf hingewiesen, daß mehr als sechzig Jahre nach Mill und mehr als 10 Jahre nach Edgeworth's Analyse des („konventionell“ definierten) Prinzips des minimalen Gesamtopfers der Norweger *Kristian Schönheyder* (1907/1911) eine normative Steuerverteilungstheorie vorgestellt hat, die sich formal ebenfalls am Ziel „Minimierung des Gesamtopfers“ ausrichtet, die dabei wie bei unserer, noch zu prüfenden Hypothese „Opfer“ nicht als Verlust an Einkommensnutzen definiert und die von diesem Ansatz her zu Opfergleichheits-Formulierungen kommt, die Mills¹³⁰ Äußerungen verblüffend ähneln:

„Was eine ... Ordnung gerecht macht, ist ... gerade das, was der Grundsatz jeder wirtschaftlichen Tätigkeit ist, nämlich das Bestreben, den größten Nutzen oder die größte Bedarfsbefriedigung mit dem kleinsten Opfer [!] zu erreichen. Nicht etwa quantitativ das kleinste Opfer, denn das hieße alle Einkommen über eine gewisse Grenze zu konfiszieren, denn weil das Geld da den geringsten Wert hätte. *Das kleinste Steueropfer heißt, daß der Staat die Steuerlast so verteilt, daß der eine sie nicht drückender empfindet, als der andere.* Je mehr man die Steuerlast einzelnen aufbürdete, desto drückender wird sie empfunden. Je besser man sie verteilen kann, so daß sie die einen nicht drückender empfinden als die anderen, desto leichter ist das Gesellschaftsopfer zu tragen. Jeder muß fühlen, daß dies sich tatsächlich so verhält.“¹³¹

Des Rätsels Lösung besteht in *diesem* Fall darin, daß Schönheyder nicht auf die „Quantität“, sondern auf die „Qualität oder Fühlbarkeit des Opfers“ abstellen will, auf die „Fühlbarkeit der stattgehabten Verminderung“¹³²; „der einzige mathematische Ausdruck für diese Fühlbarkeit“¹³³ aber sei das „Verhältnis zwischen dem Grenznutzen nach und vor einer Verminderung“: „Daß zwei Individuen mit ver-

¹²⁹ In der neueren Steuerhinterziehungstheorie gibt es Ansätze, die die individuelle Hinterziehungsbereitschaft herleiten aus der Abweichung der eigenen Steuerbelastung von der vom Einzelnen im Vergleich mit anderen Steuerzahlern als „gerecht“ angesehenen Steuerbelastung.

¹³⁰ Den Schönheyder im übrigen ebensowenig wie Edgeworth erwähnt.

¹³¹ *Schönheyder* (1911), S. 445 (Hervorhebung von mir); im norwegischen Text: *Schøyder* (1907), S. 135.

¹³² *Schönheyder* (1911), S. 457; *Schönheyder* (1907), S. 148.

¹³³ *Schönheyder* (1911), S. 457; *Schönheyder* (1907), S. 149.

schiedener wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit ein Opfer gleich stark empfinden, sagt nicht, daß sie gleich große quantitative Werte opfern, sondern daß das Opfer ihre Grenzwerte im gleichen Grade oder Verhältnis steigen läßt.¹³⁴ Aus diesen Überlegungen folgt dann das bereits oben erwähnte Postulat der „Gleichheit der relativen Veränderung der Grenznutzen“. Sieht man einmal von der spezifischen Definition der „Fühlbarkeit“ ab, so hat Schönheyders Konzept des „minimalen Gesamtopfers“ im gedanklichen Ansatz einige Gemeinsamkeit mit der spezifischen Interpretation, die wir für die umstrittene Millsche Formulierung vorschlagen und deren Plausibilität nunmehr zu prüfen ist, daß nämlich „*minimum of sacrifice on the whole*“ bei Mill nicht im Sinne von *minimalem Opfer an Einkommensnutzen, sondern im Sinne der Minimierung des psychischen Leides bei ungleicher Steuer- verteilung zu verstehen ist:*

Frühe Ansätze einer derartigen Vorstellung von einer spezifischen individuellen „Beschweris“ durch ungleich verteilte Steuern lassen sich schon in Hobbes’ „*Philosophical Rudiments Concerning Government and Society*“ (1642) erkennen („... neither are men wont so much to grieve at the burthen itself, as at the inequality“¹³⁵), und schon David Hume sagt in seinem Essay „*Of Taxes*“ (1752) von willkürlichen Steuern: „They . . . , by their unavoidable inequality, are more grievous, than by the real burden which they impose.“¹³⁶ Für unsere Überlegungen wesentlich wichtiger ist aber, daß sich gerade bei den zwei Persönlichkeiten, von deren Denken der jüngere Mill jedenfalls zeitweilig stark beeinflusst wurde, nämlich bei Jeremy Bentham und bei John Stuarts Vater James Mill, Hinweise finden, die eine von der üblichen Interpretation des „Gesamtopfers“ ganz abweichende andere Sicht zu stützen vermögen.

Beginnen wir mit *Jeremy Bentham*: Benthams „happiness“¹³⁷ eines Individuum ergibt sich aus der Bewertung und Gegenüberstellung von „pleasures“ und „pains“.¹³⁸ Ein Staat, dessen Aufgabe „the greatest happiness of the greatest number“ ist, hat demzufolge „enjoyment of pleasures“ und „security from pains“ oder „absence of pains“ zu gewährleisten.¹³⁹ „Happiness“ („Nutzen“) ist aber keineswegs eine Funktion nur des Einkommens, wie die simplifizierende Schreib-

¹³⁴ Schönheyder (1911), S. 462; Schönheyder (1907), S. 153.

¹³⁵ Hobbes (1642), S. 173. Pufendorf übernimmt drei Jahrzehnte später dieses Argument von Hobbes: „Neque enim homines tam onus ipsum, quam inaequalitatem aegre ferre solent, ob dolorem iniuriae, aut invidia adversus immunes.“ Pufendorf (1672), S. 423.

¹³⁶ Hume (1752), S. 345.

¹³⁷ Bentham hat die Bezeichnung „happiness“ bewußt dem heute üblichen Begriff „utility“ vorgezogen; vgl. seine Anmerkung aus dem Jahre 1822 zum ersten Absatz der „*Introduction to the Principles of Morals and Legislation*“ (Bentham 1789, S. 1).

¹³⁸ „Sum up all the values of all the pleasures on the one side, and those of all the pains on the other. The balance, if it be on the side of pleasure, will give the good tendency of the act upon the whole, with respect to the interest of that individual person; if on the side of a pain, the bad tendency of it upon the whole.“ Bentham (1789) („*Introduction to the Principles*“), S. 6.

¹³⁹ Vgl. auch Bentham (1789) („*Introduction to the Principles*“), S. 35.

weise der „Benthamistischen sozialen Wohlfahrtsfunktion“ in der modernen Public Choice Theorie glauben machen könnte, sondern wesentlich komplexer: Jeremy Bentham hat mehrfach umfassende Kataloge der verschiedenen (unmittelbaren) Arten von „pleasures“ und „pains“ aufgestellt und erläutert.¹⁴⁰ „Pains“ können in erster Annäherung zunächst als „negative pleasures“ verstanden werden, also beispielsweise im Fall einer Einkommenskürzung als „Wegfall“ von Einkommensnutzen; umgekehrt wären dann vermiedene „pains“ als positive „pleasures“ zu betrachten.¹⁴¹ Ginge die Bedeutung von „pain“ aber nicht über den Verlust an „pleasure“ hinaus, dann wäre die von Bentham explizit geforderte „arithmetische“ Saldierung von „pleasures“ und „pains“ zur Errechnung der „happiness“¹⁴² bei komparativ-statischen Vergleichen nicht erforderlich, denn ein Verlust an „pleasure“ (z. B. bei einer Verringerung des Einkommens) gegenüber dem status-quo würde sich schon bei der Aufsummierung allein der noch verbleibenden „pleasures“ erkennbar machen.

Eine spezielle Kategorie des Schmerzes bilden diejenigen „pains“, die mit bestimmten „pleasures“ zusammenhängen; Bentham nennt sie „pains of privation“, und zu diesen gehören die „pains of regret“:

„A pain of privation takes the name of a pain of regret in two cases: 1. Where it is grounded on the memory of a pleasure, which having been once enjoyed, appears not likely to be enjoyed again: 2. Where it is grounded on the idea of a pleasure, which was never actually enjoyed, . . . but which might have been enjoyed (it is supposed) had such or such a contingency happened, which, in fact, did not happen.“¹⁴³

„Pains“, so führt Bentham weiter aus, müssen nun jedoch nicht nur in einem Verlust an „pleasure“ bestimmter Art bestehen,¹⁴⁴ Ähnlich wie ein „erster“ Schmerz weitere Schmerzen nach sich ziehen kann,¹⁴⁵ können „pains“ auch *zusätzlich* zu dem entsprechenden Verlust an „pleasure“¹⁴⁶ hinzutreten, wie Bentham

¹⁴⁰ *Bentham* (1789) („Introduction to the Principles“), S. 18 ff.; *Bentham* (1834) („Déontologie“), S. 22 f.; *Bentham* (1815) („A Table of the Springs of Action“), S. 195 ff.

¹⁴¹ „Qu'est-ce que le bonheur? C'est la possession du plaisir avec exemption de peine. Il est proportionné à la somme des plaisirs goûtés et de peines évitées.“ *Bentham* (1834) („Déontologie“), S. 10. „Ces plaisirs et ces peines peuvent être ou négatifs ou positifs, résultant ou de l'absence de l'une ou de la présence de l'autre.“ (Déontologie, S. 106). „... pleasure, and what comes to the same thing, immunity from pain . . .“ *Bentham* (1789) („Introduction to the Principles“), S. 14.

¹⁴² „Happiness is a word employed to denote the sum of pleasures experienced during that quantity of time which is under consideration, deduction made or not made of the quantity of pain experienced during that same quantity of time.“ *Bentham* (1831/1839b) („Pannomial Fragments“), S. 215; ähnlich *Bentham* (1789) („Introduction into the Principles“), S. 16.

¹⁴³ *Bentham* (1789) („Introduction to the Principles“), S. 19. Ähnlich: *Bentham* (1834) („Déontologie“), S. 23.

¹⁴⁴ Umgekehrt muß die Verringerung einer „pleasure“ nicht zwangsläufig gleichbedeutend sein mit der Erzeugung einer positiven „pain“ („pain of privation“); vgl. die Beispiele im „Constitutional Code“ (*Bentham* 1830/1841, S. 16).

¹⁴⁵ *Bentham* (1789) („Introduction to the Principles“), S. 16.

im „Civil Code“ bemerkenswerterweise gerade für den Fall ungleich verteilter Steuern beschreibt:

„We may consider under this point of view, *all mis-seated taxes*; for example, disproportional taxes, which spare the rich to the prejudice of the poor. The weight of this evil *is further aggravated* [Hervorhebung von mir] by a feeling of injustice, when one is obliged to pay more than would be required, if all others interested paid in the same proportion.“¹⁴⁷

Und schließlich konstatiert Bentham (wie vor ihm schon Adam Smith in der „Theory of Moral Sentiments“ bei der Schilderung der Lehren Epikurs¹⁴⁸): „Mankind in general appear to be more sensible of grief than pleasure from an equal cause“.¹⁴⁹ In unserem Zusammenhang würde dies bedeuten, daß (bei interpersonell identischen „Nutzen“funktionen) die „Freude“ des durch Ungleichheit der Steuerlasten Begünstigten geringer ist als der „Schmerz“ des Benachteiligten; darüber hinaus wäre es sogar möglich, diese Aussage im Sinne einer Irreversibilität der „Nutzenkurve in bezug auf zunehmende steuerliche Gleichbehandlung“ zu deuten.¹⁵⁰ Geht man also über die Betrachtung allein der steuerlichen Einkommensopfer hinaus und nimmt man eine spezifische Art von „pains“ an, die durch eine als ungleich empfundene Steuerverteilung entstehen, so ergäbe die Summe der „pains“ und „pleasures“ bei ungleicher Steuerverteilung einen Überhang der „pains“. Minimierung dieser „pains“ (i.S. von Beseitigung) würde die Beseitigung der Ungleichbehandlung erfordern, d. h. eine von den Beteiligten als „gerecht“ empfundene Verteilung der steuerlichen „Lasten“.

Vielleicht noch deutlichere Hinweise auf die Möglichkeit einer derartigen Definition von „minimum sacrifice on the whole“ finden wir bei John Stuart Mills Vater *James Mill*, und zwar in dessen erstmals 1817 erschienener „History of British India“, einem zwar bis heute vielerörterten, von ökonomischen Dogmenhistorikern aber so gut wie gar nicht berücksichtigten Werk, von dem man gesagt hat, in ihm bildeten die Gesellschaft und die Kultur Indiens für den älteren Mill gewissermaßen „a testing ground for some of Bentham’s theories“.¹⁵¹ Der Sohn war mit der „History of India“ wohlbekannt, er hatte als Elfjähriger dem Vater beim Korrekturlesen der Druckfahnen helfen müssen, und er beschreibt später in seiner Autobiographie das Werk als ein

¹⁴⁶ Dies wäre auch eine denkbare Erklärung des Beispiels IV 4 in den „Pannomial Fragments“ (*Bentham* 1831 / 1839b), S. 230; vgl. auch die Beispiele in der „Déontologie“ (*Bentham* 1834), S. 93 f.

¹⁴⁷ *Bentham* (1802 / 1838a) („Principles of the Civil Code“), S. 319.

¹⁴⁸ *Smith* (1759), part VII, chap ii. 2.6, S. 296.

¹⁴⁹ *Bentham* (1802 / 1838a) („Principles of the Civil Code“), S. 307.

¹⁵⁰ In den 20er Jahren des 20. Jahrhunderts formulierte Frank William Taussig Überlegungen zur Irreversibilität der (Grenz-) Nutzenkurve, wobei er zur Illustration auf die zum „standesgemäßen“ Luxus der europäischen Aristokratie gehörenden Konsumkategorien verwies: „Their loss would be more keenly felt than their presence is enjoyed.“ Vgl. hierzu *Fagan* (1938), S. 464.

¹⁵¹ Allgemein hierzu *Majeed* (1992), hier S. 125, sowie *Burns* (1976), insbes. S. 12 f.

„book which contributed largely to my education ... The number of new ideas which I received from this remarkable book, and the impulse and stimulus as well as guidance given to my thought by its criticisms and disquisitions on society and civilisation in the Hindoo part, on institutions and the acts of government in the English part – made my early familiarity with this book eminently useful to my subsequent progress.“¹⁵²

Kapitel V des II. Buches der „History of British India“ widmet sich dem Steuerwesens Indiens und seinen wünschenswerten Reformen, und dort heißt es zu Beginn:

„There are two primary qualities desirable in a system of taxation; and in them every thing is included.

The First is, to take from the people the smallest quantity possible of their annual produce.

The Second is, to take from them that which is taken with the smallest possible hurt or uneasiness.“

Zum zweiten Postulat führt James Mill dann aus:

„II. of the hurt and uneasiness *beyond the loss of what is taken away*, which a system of taxation is liable to produce, the causes seem to be; 1. Uncertainty; 2. Inequality; 3. Impediment to production; 4. injury to the good qualities, bodily or mental, of the people.“

Und zur „inequality“ schließlich findet sich dann die folgende Passage:

„2. Of the unequal partition of taxes, the necessary consequence is, a greater quantity of suffering than the same amount of taxes would produce, if more equally imposed; because the pain of the man who pays too much is out of all proportion greater than the pleasure of the man who pays too little. To make the burden of taxes equal, it should be made to press with equal severity upon every individual.“¹⁵³

Die Ähnlichkeit dieser Passage mit den Ausführungen des Sohnes zum „kleinsten Gesamtopfer“ und zur „Opfergleichheit“ ist nicht zu übersehen. Was der Vater „quantity of suffering“ nennt, ist beim Sohn „sacrifice ... on the whole“, und wenn James Mill von den Steuern verlangt, „to press with equal severity upon every individual“, fordert John Stuart Mill „as nearly as possible ... the same pressure upon all“. Die Benthamistischen Begriffe „pain“ und „pleasure“ allerdings, die James Mill verwendet, gebraucht der Sohn nicht, er bezeichnet neutral den „in-

¹⁵² Mill: Autobiography (1873a), S. 26 u. 28; ferner S. 16 (Early Draft).

¹⁵³ James Mill (1817), vol. 1, S. 202 f. [Hervorhebung von mir]. Das Verdienst, als erster auf die steuerlichen Partien der „History of India“ hingewiesen zu haben, kommt wohl Stern (1926) zu. Freilich hat Stern die Bedeutung der Millschen Formulierungen für die Interpretation des Prinzips des minimalen Gesamtopfers nicht erkannt, und seine Bemerkungen über das Verhältnis der Millschen Aussagen zu Bentham und Say sind fragwürdig. Im übrigen könnte das in der „History of India“ von James Mill anschließend formulierte Zahlenbeispiel dreier Einkommen, die durch einen einheitlichen Steuersatz ungleich belastet würden, als ein Plädoyer für einen *direkt* progressiven Tarif verstanden werden, was dann freilich im Widerspruch stünde zu James Mills in den „Elements of Political Economy“ (1826), S. 273, formulierter Ablehnung steigender Einkommensteuersätze.

creased pressure“ beim Mehrbelasteten als „an evil“ und „the alleviation“ beim minderbelasteten Steuerzahler als „a good“.

Wollten wir John Stuart Mills vordergründig „rätselhafte“ Formulierungen nicht mit Edgeworth und vielen nach ihm einfach als inkonsistent und widersprüchlich im Sinne der modernen Opfertheorie abtun, so eröffnete sich nach alledem eine nicht ganz unplausible Auflösung des „puzzles“ durch die Annahme, daß John Stuart Mill bei seiner Formulierung „least sacrifice on the whole“ die Minimierung der Summe der spezifischen „Steuerlastverteilungs-Unzufriedenheit“ vor Augen hatte.¹⁵⁴ Eine (wie auch immer definierte) gleichmäßigere Steuerverteilung würde den Schmerz über steuerliche Ungleichbehandlung mindern (und zwar stärker als die Freude der von der Ungleichverteilung Begünstigten), und *diese* spezifische Form von „disutility“ würde durch eine von den Besteuerten als „gerecht“ empfundene interindividuelle Verteilung der steuerlichen Einkommensopfer beseitigt („minimiert“) werden. Für Mill heißt „gerecht“ aber: Verteilung nach dem Prinzip des gleichen relativen Opfers.¹⁵⁵ „Least sacrifice on the whole“ und „equal sacrifice“ würden in dieser Interpretation folglich von unterschiedlichen Begriffen des individuellen „Opfers“ ausgehen: „Least sacrifice on the whole“, das Gesamtopfer, wäre im Sinne von „Ungleichbehandlungs-Leid“ zu verstehen, während die interindividuelle Gerechtigkeit, die Gleichheit der individuellen Opfer („equal sacrifices“), im (spätestens seit Cohen-Start und Edgeworth üblichen) Sinne der (bei Mill: relativen) Verluste an Einkommensnutzen nur indirekt Bestandteil der Definition des Gesamtopfers wäre, als Voraussetzung nämlich für die Abwesenheit von (zu minimierendem) „Ungleichbehandlungs-Leid“. „Equality of sacrifice“ (und nicht „equi-marginal sacrifice“) wäre damit die notwendige und hinreichende Bedingung für „least sacrifice on the whole“ – genau so, wie der jüngere Mill es formuliert.

Können wir aber das zu minimierende Aggregat „sacrifice on the whole“ wirklich so eng im Sinne von „disutility durch Unzufriedenheit“ interpretieren? Die zitierten Passagen aus Benthams verwinkeltem Gedankengebäude und aus der „History of India“ des älteren Mill vermögen die vorgeschlagene Interpretation zu stützen, einen „Beweis“ für unsere Hypothese können sie natürlich nicht darstellen. „Umgekehrt“ spricht jedenfalls alles gegen die herkömmlichen Deutungen der Millschen Passagen zum Opferprinzip, gegen die Vorwürfe „mathematischer

¹⁵⁴ Vgl. hierzu auch Pigou (1947), S. 6, der zur Begründung des „principle of equity“ (im Sidgewickschen Sinne der horizontalen Gleichbehandlung) ausführt, eine ungleiche Behandlung gleicher Tatbestände würde (bei sinkendem Grenznutzen des Einkommens nicht nur ein hohes Gesamtopfer (im modernen Sinne) bewirken: „Secondly . . . a sense of being unfairly treated will be created in the person who pays the larger amount; and this is in itself an evil.“ Hervorhebungen von mir.

¹⁵⁵ Siehe oben, S. 136. In allgemeiner Betrachtung, unabhängig von Mills Begriff der „Opfergleichheit“, könnte dann theoretisch auch eine Verteilung nach dem Prinzip des gleichen Grenzopfers das i.S. von „Steuerlastverteilungs-Unzufriedenheit“ verstandene kleinste „Gesamtopfer“ sichern, wenn nämlich eine *solche* „Opfergleichheit“ dem Gerechtigkeitsgefühl der Beteiligten entspräche.

Unfähigkeit“ oder eines „Irrtums“ bei der Ermittlung des Maximums einer Benthamistischen sozialen Wohlfahrtsfunktion:

Die verbreitete These von der Inkonsistenz der Millschen Passage und Edgeworths (Um-) Deutung des „least sacrifice on the whole“ stehen und fallen mit der Annahme, daß den Millschen Überlegungen zur Besteuerung (bzw. dem Book V „On the Influence of Government“) eine Zielfunktion im Sinne einer Benthamistischen sozialen Wohlfahrtsfunktion als ungewichteter Summe der individuellen Einkommensnutzen zugrunde liegt. Die Frage, ob dies wirklich angenommen werden kann, beinhaltet mindestens drei Teilaspekte: (i) Ist für (Bentham und) Mill der individuelle Nutzen (die individuelle „happiness“) eine Funktion allein des Einkommens? (ii) Wenn eine soziale Wohlfahrtsfunktion unterstellt werden kann, ermittelt sich die soziale Wohlfahrt durch einfache, ungewichtete Addition der jeweiligen individuellen Nutzen („happiness“)? (iii) Sind in einer etwaigen Millschen sozialen Wohlfahrtsfunktion die tatsächlich individuell empfundenen Nutzen anzusetzen oder (auch) „Soll-Nutzen“?

Daß die seit Edgeworth bei der Theorie des minimalen Gesamtopfers unterstellte sog. Benthamistische soziale Wohlfahrtsfunktion nur eine sehr stark vereinfachende Reduktion der komplexen Überlegungen Jeremy Benthams darstellt, macht – wie schon oben gezeigt worden war – die Lektüre der Schriften Benthams schnell deutlich: Individuelle „happiness“ ist für Bentham keineswegs allein von der Höhe des verfügbaren Einkommens oder Vermögens abhängig, sondern von einer Vielzahl denkbarer Formen von „pleasure“ und „pain“. Die oben zitierten marginalanalytischen Überlegungen Benthams, inwieweit theoretisch durch Umverteilung von „wealth“ eine Steigerung der „greatest happiness of the greatest number“¹⁵⁶ erreicht werden könne, sind insofern als eine (in der Diktion Benthams:) „caeteris paribus“-Betrachtung anzusehen, wie sie bei Bentham wiederholt zu finden ist. Inwieweit Bentham ferner „pleasure“ und „pain“ im Hinblick auf deren Dimensionen „intensity, duration, certainty, propinquity“¹⁵⁷ wirklich überhaupt für meßbar hielt, ist nicht unumstritten.¹⁵⁸ Auf jeden Fall hat er mehrfach durchaus auch skeptische Überlegungen zu den Annahmen identischer „Nutzenfunktionen“ und der Vergleichbarkeit und Aufrechenbarkeit der individuellen „happiness“ artikuliert. Im „Civil Code“ schreibt er: „The efficacy of any cause of

¹⁵⁶ Am Rande sei vermerkt, daß die altkluge „mathematische Kritik“ Edgeworths an Benthams Formulierung einer „zweifachen Maximierungsaufgabe“ recht „unfair“ ist: Bentham wußte sehr wohl zu unterscheiden zwischen Maximierung der „happiness“ bei gegebener Zahl von Individuen und Maximierung der „happiness“ bei gegebener Gesamtmenge an „wealth“. Vgl. hierzu etwa *Bentham* (1831/1839b) („Pannomial Fragments“), S. 299, Burtons „Introduction“ zur Ausgabe der Werke Benthams (*Burton* (1838), S. 18 f.), sowie das Nachwort des Herausgebers John Bowring in der „Déontologie“ (*Bentham* 1834), S. 83 ff., insbes. S. 93 f., zu der Geschichte der (von Bentham erstmals 1822 verwendeten) Formel von der „greatest happiness of the greatest number“.

¹⁵⁷ *Bentham* (1789) („Introduction to the Principles“), S. 16.

¹⁵⁸ Vgl. auch *Stark* (1946), S. 596 f.

happiness is always precarious; in other words, a cause of happiness may not produce its ordinary effect; nor the same effect upon every individual“,¹⁵⁹ und noch kritischer äußert er sich zur interpersonellen Vergleichbarkeit und zur einheitlichen Gewichtung in einem Fragment „Dimension of Happiness“.¹⁶⁰ Die Maximierung der einfachen Summe des individuellen Glücks, der vielzitierte „felicific calculus“, ist bei Bentham daher wohl nicht mehr als eine „working rule of legislation“, zu der Lionel Robbins schreibt:

„... this working rule was never actually made to bear the quantitative implications which have sometimes been read into it. There is much talk in the Benthamite literature of a felicific calculus; and the term naturally suggests a most pretentious apparatus of measurement and computation. But, in fact, this is all shop window. The mathematical exposition of such a calculus, its equations of second differentials and the like, with the implication that, given sufficient statistics, there exists here a guide to legislators, is something which comes much later. ... their [i.e. Bentham and his friends] use of the felicific calculus lay in quite another direction – ... in general estimates of the suitability of existing institutions or the desirability of other institutions to take their place.“¹⁶¹

Schon diese Feststellungen zur sog. Benthamistischen sozialen Wohlfahrtsfunktion erzeugen Skepsis gegenüber der Edgeworthschen These vom „mathematischen Irrtum“ Mills bei der Maximierung einer Benthamistischen sozialen Wohlfahrtsfunktion im modernen Sinne. Sehen wir uns aber noch John Stuart Mill selbst etwas näher an: Sein (wechselndes) Verhältnis zum „Benthamismus“ ist vielfach erörtert worden;¹⁶² hierauf ist hier nicht weiter einzugehen. Für unsere Hypothese interessiert vorrangig Mills Position gegenüber einer etwaigen „working rule of legislation“ in Form einer Benthamistischen Zielfunktion. Mills Kommentator Hollander formuliert ohne weiteres: „the greatest good of the greatest number as ultimate policy end is ever present as a governing consideration in policy analysis in Mill’s ‚Principles of Political Economy‘“,¹⁶³ und Kurer zögert nicht, explizit

¹⁵⁹ *Bentham* (1802/1838a), S. 305. Vgl. ferner den Appendix zum „Levelling System“: „If equality in point of wealth be desirable, it can only be so in the quality of an efficient cause of equality in point of happiness: at least in as far as the quantum of happiness depends on that of wealth. But of equality on point of wealth, nothing like equality in point of happiness can be the result: not even in so far as happiness depends on wealth. Equality in point of wealth, is equality in point of *means* of happiness: but what does equality of means, in favour of happiness, where equality in point of wants is wanting? The allotments in point of wealth, to be productive of equality in point of happiness, must be not equal, but proportional; not equal to one another, but all of them proportioned to men’s respective wants.“ Ebenda, S. 361 (Kursivschreibung i. Original).

¹⁶⁰ „’Tis in vain to talk of adding quantities which after the addition will continue distinct as they were before, one man’s happiness will never be another man’s happiness: a gain to one man is no gain to another: you might as well pretend to add twenty apples to twenty pears ...“ Zitiert nach *Robbins* (1978), S. 180; vgl. ferner *Hollander* (1985), vol. 2, S. 615.

¹⁶¹ *Robbins* (1978), S. 181.

¹⁶² Vgl. z. B. *Donner* (1998), S. 255 ff.

¹⁶³ *Hollander* (1985), vol. 2, S. 607. Vgl. ferner ebenda, S. 617 ff., insbes. S. 638 ff., zu „Mill’s position on the ‚greatest happiness‘ principle“. Freilich kommt, soweit ich das sehe,

von „Mill’s welfare function“ zu sprechen.¹⁶⁴ Eine solche Funktion wäre dann aber mehr als die einfache ungewichtete Summe der individuellen Einkommensnutzen, und wenn wir wirklich eine Zielfunktion im Sinne einer sozialen Wohlfahrtsfunktion bei J.S. Mill unterstellen können, so ist viererlei zu beachten: (i) Die „soziale Wohlfahrt“, das „general good“, ist, so betont Mill in seinem Artikel zu „Copleston“, „a very complex state of things, comprising as its component elements many requisites which are neither of one and the same nature, nor attainable by one and the same means ...“.¹⁶⁵ (ii) Die verschiedenen Formen der „pleasures“ sind für Mill keineswegs homogen, es gibt qualitative Unterschiede, manche Formen von „pleasures“ sind „more desirable“ als andere;¹⁶⁶ für die Anwendung der „rules of arithmetic ... to the valuation of happiness“¹⁶⁷ würde dies folglich das Problem aufwerfen, wie zu bewerten ist und wer die Bewertung vornimmt (vgl. auch weiter unten, Abschnitt IV, zu den meritorischen Elementen in Mills Steuerphilosophie). (iii) Die soziale Wohlfahrt hängt darüber hinaus von mehr als nur den jeweiligen *individuellen* Urteilen ab,¹⁶⁸ insofern wäre eine Millsche soziale Wohlfahrtsfunktion nicht eine „want-regarding welfare function“, sondern eine „ideal-regarding social welfare function“.¹⁶⁹ (iv) Die Gewichte der Komponenten einer solchen Millschen sozialen Wohlfahrtsfunktion sind unbekannt, aber jedenfalls wohl nicht gleich.¹⁷⁰

Nach alledem können wir mit einiger Sicherheit eine „negative“ Aussage formulieren, daß nämlich das Millsche „least sacrifice“ jedenfalls kaum i.S. Edgeworths oder der heutigen Steuertheorie, im Sinne einer Minimierung der Summe der individuellen absoluten Opfer $u_i(y_i) - u_i(y_i - t_i)$, zu verstehen ist. Was Mill aber tatsächlich mit seiner Formulierung gemeint hat, ob ein Minimum an negativen Anreizwirkungen oder ein Minimum an aus ungleicher Steuerverteilung erwachsendem „Leid“ oder ob er an der fraglichen Stelle nur die Passage aus der „History of India“ seines Vaters übernommen hat, all das können wir nicht entscheiden. Es

Jeremy Bentham’s Formel von der „greatest happiness of the greatest number“ in Buch V („On the Influence of Government“) der Millschen „Principles“ *explizit nicht* vor, und oben hatten wir gesehen, daß der jüngere Mill bei aller sonstigen Übereinstimmung in der Formulierung die vom Vater in der „History of India“ verwendeten Begriffe „pain“ und „pleasure“ sorgsam vermeidet.

¹⁶⁴ Kurer (1999), S. 202 ff.

¹⁶⁵ Mill (1840), S. 154.

¹⁶⁶ „... we are justified in ascribing to the preferred enjoyment a superiority in quality, so far outweighing quantity as to render it, in comparison, of small account.“ Mill (1861b), S. 211. Meist wird daher von Mills „qualitativem Hedonismus“ (im Unterschied zu Bentham’s „quantitativem Hedonismus“) gesprochen; vgl. etwa Donner (1998), S. 261 ff.

¹⁶⁷ Mill (1861b), S. 258.

¹⁶⁸ „Happiness therefore depends on the nature and degree of security, liberty and equality, on the adequate satisfaction of the lower pleasures, and thereafter mainly on the amount of higher pleasures consumed.“ Kurer (1999), S. 202.

¹⁶⁹ Kurer (1999), S. 204.

¹⁷⁰ Kurer (1999), S. 209.

fällt jedenfalls auf, daß in der Zeitspanne von dem Erscheinen der Millschen „Principles“ (1848) bis zu Edgeworths „Deutungsversuch“ aus dem Jahre 1897 offenbar *kein einziger* der zeitgenössischen deutschen – und vermutlich auch keiner der französischen¹⁷¹ – Autoren, die ansonsten Mills „Principles“ und sein Plädoyer für „equal sacrifices“ erwähnen (und nur um *diese* Autoren geht es), auch nur mit einem Wort auf den ominösen Millschen Nebensatz eingeht: „which, it must be observed, is the mode by which least sacrifice is occasioned on the whole“. Dies gilt etwa für *Umpfenbach* (1859),¹⁷² *Rau* (1864),¹⁷³ *Lehr* (1877),¹⁷⁴ *Meyer* (1884),¹⁷⁵ *Wagner* (1890)¹⁷⁶ und selbst für *Bergius* (1871) und *Pfeiffer* (1866),¹⁷⁷ die beiden deutschen Verfasser finanzwissenschaftlicher Monographien, die in ihren Überlegungen zur Steuerlehre John Stuart Mill sonst wörtlich (Bergius) oder zumindest inhaltlich (Pfeiffer) weitestgehend folgen. Diese Feststellung gilt ferner auch für die englische¹⁷⁸ Literatur nach Erscheinen von Mills „Principles“. ¹⁷⁹ Über die Gründe dieses Schweigens kann man nur spekulieren: War der Millsche Passus bis zu Edgeworths Darlegungen den zeitgenössischen Lesern unverständlich, wurde er als unwichtiger „Einschub“ empfunden oder aber billigte man nicht die (vermeintlich) dahinterstehende Idee einer utilitaristischen Definition von sozialer Wohlfahrt? Mir scheint der zweite der angeführten Gründe die plausibelste Erklärung zu sein.

Und noch eine bemerkenswerte Marginalie zu der hier vorgeschlagenen Neu-deutung des Millschen „least sacrifice on the whole“ sei abschließend erwähnt: Nur vier Jahre nach Edgeworths Aufsatz im „Economic Journal“ (1897) mit dem Plädoyer zugunsten des minimalen Gesamttopfers und nach Edgeworths „Umdeutung“ der Millschen Passage kam *Edwin Cannan* (1901) – heute noch bekannt vor

¹⁷¹ Vgl. *Parieu* (1866), tom. 1, S. 24 ff.

¹⁷² *Umpfenbach* (1859), S. 102 ff.

¹⁷³ *Rau* (1864), 1. Abtlg., S. 395; dort findet sich zwar auch die Behauptung, nach dem Vermögen abgestufte Steuern seien „zugleich in volkswirtschaftlicher Hinsicht die unschädlichsten“, aber dieser Satz kommt bereits in der 3. Aufl. von 1855 vor, in der die Millschen „Principles“ noch nicht erwähnt werden, und er ist wohl eher im o.a. Sinne des Filangieri-Zitates gedacht.

¹⁷⁴ *Lehr* (1877), S. 30.

¹⁷⁵ *Meyer* (1884), S. 66 f.

¹⁷⁶ *Wagner* (1890), S. 434.

¹⁷⁷ *Pfeiffer* (1866), Bd. 1, S. 80, Bd. 2, S. 17 f.

¹⁷⁸ Bemerkenswert ist auch, daß in der Befragung vor dem Unterhausauschuß 1852 Mill zwar die Frage nach der Bedeutung des Terminus „equal sacrifice“ gestellt wird, daß aber an keiner Stelle des Ausschußprotokolls der Begriff „least sacrifice on the whole“ auftaucht. *Mill* (1852), S. 467, 472 f. u. 490.

¹⁷⁹ Vgl. etwa die zeitgenössischen Aufsätze in *O'Brien* (1999), vol. 8. In dieses Bild „paßt“ es ferner, daß *Sanger* (1899) zwei Jahre *nach* *Edgeworth* (1897) das minimale Gesamttopfer erwähnt, *Burns* (1896) zwei Jahre *vor* *Edgeworth* (1897) dagegen nicht. Selbst die *nach* *Edgeworths* Aufsatz von 1897 erschienenen umfangreichen Zitatzusammenstellungen von *Weston* (1903), S. 187 f., und *Seligman* (1908), S. 214 u. 233, gehen in ihren Abschnitten zur Opfertheorie mit keinem Wort auf Mills Passage speziell zum „least sacrifice on the whole“ ein.

allem durch seine Ausgabe des „Wealth of Nations“ – in einem Aufsatz zur Reform der englischen Kommunal Finanzen gleichsam aus heiterem Himmel auf den (nicht unberechtigten) Vorwurf zu sprechen, Edgeworths Prinzip des minimalen Gesamtopfers vernachlässige Aspekte der interpersonellen Steuerverteilungsgerechtigkeit. Cannan formulierte damals eine Verteidigung, die erstaunlicherweise gerade das hier herausgestellte Moment des „Schmerzes über steuerliche Ungleichbehandlung“ herausstrich: „So far we have dealt with economy only, but the principle of *least aggregate suffering* by no means excludes considerations of equity. *A feeling of injustice is a form of suffering* which is often acute, and may too lead indirectly, by the disturbance, it causes, to more material forms of suffering. But economy must be put in the first place.“¹⁸⁰ Freilich ist Cannan diesem Gedanken eines wesentlich weiter als bei Edgeworth zu fassenden Opfer- (bzw. „suffering“-)Begriffes dann nicht weiter nachgegangen.

II. Mills Konzept „richtiger“ Einkommensbesteuerung: Linearer Tarif und Grundfreibetrag anstelle von direkter Progression; Steuerfreiheit gesparter Einkommensteile bzw. qualitative Differenzierung nach Einkunftsarten

Unmittelbar im Anschluß an sein Plädoyer für eine Besteuerung nach dem Prinzip des gleichen Opfers, noch in seinem Kapitel II („On the General Principles of Taxation“), erörtert Mill die Umsetzung dieser allgemeinen Norm im Rahmen einer Einkommensbesteuerung. Der besondere Reiz dieser ausführlichen und detailreichen Überlegungen besteht in dem „Aufeinandertreffen“ von generellem Gerechtigkeitspostulat und steuertechnischen Möglichkeiten und Grenzen. Wohl nicht zuletzt aus diesem Aufeinandertreffen und aus der zu Lebzeiten Mills intensiven Diskussion¹⁸¹ der nach 26jähriger Pause 1842 wieder eingeführten englischen Einkommensteuer erklärt sich, daß unter allen Ausführungen zu speziellen Steuern in den „Principles“ die Passagen zur wünschenswerten Gestalt der Einkommensbesteuerung von Auflage zu Auflage des Buches wohl die größte Zahl an textlichen Veränderungen erfahren haben.¹⁸² Mills Überlegungen umfassen mehrere Kernelemente: Tariform, Freilassung eines Existenzminimums (Grundfreibetrag) und Sparbereinigung bzw. qualitative Differenzierung der Steuerbelastung zwischen den verschiedenen Einkunftsarten („Differentiation“).

(a) Die, wie Mill selbst schreibt, „sehr populäre“¹⁸³ Idee eines direkt progressiven *Einkommensteuertarifs* wird abgelehnt, statt dessen plädiert Mill für einen

¹⁸⁰ Cannan (1901), S. 477.

¹⁸¹ Die bei *Shehab* (1953) und *Sabine* (1966) detailliert wiedergegebenen zeitgenössischen Diskussionen stellen noch heute eine faszinierende Lektüre dar.

¹⁸² Vgl. die Nachweise in der Ashley-Ausgabe; *Mill* (1848a).

¹⁸³ *Mill* (1848a), S. 806.

konstanten Grenzsteuersatz (zusammen mit einem Grundfreibetrag, s. unten). Bemerkenswert an dieser Ablehnung ist die „mehrschichtige“ Begründung: Die opfertheoretische Rechtfertigung einer direkten Progression mit der Annahme sinkenden Grenznutzens des Einkommens wird keineswegs brüsk zurückgewiesen. Im Gegenteil, Mill will nicht grundsätzlich ausschließen, daß die Annahme sinkenden Grenznutzens „wahr“ sei, sie sei nur „nicht wahr genug“, um die Grundlage für steuerpolitische Maßnahmen abgeben zu können; es fehle, modern gesprochen, an präzisiertem Wissen über den Verlauf der (möglicherweise) fallenden Kurve des Grenznutzens:

„... this doctrine seems to me too disputable altogether, and even if true at all, not true to a sufficient extent to be made the foundation of any rule of taxation. Whether the person with 10.000l. a year cares less for 1000l. than the person with only a 1000l. a year cares for 100l., and if so, how much less, does not appear to me capable of being decided with the degree of certainty on which a legislator or a financier ought to act“.¹⁸⁴

Mill nimmt damit in der Frage des Tarifes dieselbe Haltung ein wie wenig später in der Frage der qualitativen Differenzierung nach Einkunftsarten: Wenn allgemeine Überlegungen für eine individuell differenzierte steuerliche Behandlung sprechen, wenn aber nicht hinreichende Informationen über das konkrete Ausmaß der im Einzelfall notwendigen Differenzierung vorliegen, dann ist es besser und gerechter, zu einer „generellen“ Lösung zu greifen,¹⁸⁵ der wenigstens nicht der Vorwurf der Willkür und bewußten Ungleichbehandlung gemacht werden kann.¹⁸⁶ Man könnte diese Haltung vielleicht auch als eine Form des vielerörterten Millschen „practical eclecticism“ deuten, und im Grunde ist dies die Tarifphilosophie McCullochs, der 1833 in der „Edinburgh Review“ mit einer griffigen und in der Folge immer wieder gern zitierten Formulierung jede Abweichung vom Prinzip des einheitlichen (Grenz-) Steuersatzes mit einer Seefahrt ohne die Hilfsmittel eines Kompasses und eines Steuerruders verglichen hatte.¹⁸⁷ Die Millsche Kritik des Informationsdefizites hinsichtlich der Gestalt der individuellen Nutzenfunktionen und der richtigen Opferbemessung ist heute genauso berechtigt wie damals,

¹⁸⁴ Mill (1848a), S. 807; die Formulierung erschien erstmals in der 3. Auflage von 1852.

¹⁸⁵ Vgl. auch Lehrs spöttische Bemerkungen zu den Vertretern einer linearen Einkommensteuer mit Grundfreibetrag („Freieinkommensteuer“): „Die Freieinkommensteuer wird demnach in der That nach einem progressiven Steuerfusse umgelegt. Wenn sie trotzdem von einigen Gegnern des letzteren befürwortet wird, so geschieht dies doch wohl im wesentlichen aus dem Grunde, weil man in der Schablone und zwar in derjenigen, welche allein man auszusinnen im Stande war, einen Schutz gegen zu weit gehende Forderungen finden zu können hofft und im starren Festhalten an einer Formel eine gute Konsequenz erblickt.“ *Lehr* (1877), S. 194.

¹⁸⁶ Dies läßt auch die ältere Formulierung der relevanten Stelle in den ersten beiden Auflagen der „Principles“ erkennen; vgl. Mill (1848a), S. 807 Anm. 2. Gunnar Myrdals (1932, S. 162) böse Bemerkung, Mill hüte sich wohlweislich, eine bestimmte „Behauptung“ über den abnehmenden Grenznutzen aufzustellen, damit zwei von ihm als selbstverständlich erachtete Maximen (Proportionalität der Steuer und Gleichheit der Opfer) „zusammenpassen“, muß sich deshalb den Vorwurf fehlenden Verständnisses gefallen lassen.

¹⁸⁷ Vgl. die Nachweise bei Scheer (1988), S. 121 f.

nur haben viele Zeitgenossen Mills und so gut wie alle folgenden Generationen in dem Konflikt zwischen „certain injustice“ und „uncertain justice“¹⁸⁸ die gegenteilige Schlußfolgerung gezogen, mit großer Selbstverständlichkeit einen proportionalen oder gar regressiven Tarif der ersten Kategorie („certain injustice“) zugeordnet¹⁸⁹ und angenommen, jedenfalls progressiv müsse der Steuertarif sein. Lediglich ergänzend zu seinem Argument der ungenügenden Aussagekraft von Grenznutzenüberlegungen hebt Mill ferner hervor, daß auch eine tarifliche Progression zum Zwecke der Umverteilung abzulehnen sei, und zwar aus prinzipiellen Gründen: Jedes Bemühen um Verteilungsgerechtigkeit könne nur an den Startbedingungen ansetzen, nicht an den Ergebnissen des wirtschaftlichen Wettbewerbs, und deshalb komme für eine solche Politik nicht die Einkommensteuer, sondern nur die Erbschaftsteuer in Frage (s. unten, Abschnitt III).

(b) Buchstäblich „anstelle“ einer direkten Steuersatzprogression will Mill einen (*allgemeinen*)¹⁹⁰ steuerlichen *Grundfreibetrag in Höhe des „Existenzminimums“* sehen – der bei linearem Steuertarif natürlich zu einer indirekten Progression des Durchschnittsteuersatzes führt: In der unbestreitbaren Tatsache, daß es einen Unterschied mache, ob eine Steuer durch Verzicht auf „luxuries“ oder durch Verzicht auf „necessaries of life“ entrichtet werden müsse, liege „the portion of truth“, die die „populäre“ grenznutzentheoretische Progressionsbegründung enthalte. Nehme man deshalb einen Grundfreibetrag von der (Einkommens- und Verbrauchs-) Besteuerung aus, wie dies schon Jeremy Bentham empfohlen habe,¹⁹¹ dann genüge ein fester Steuersatz auf den verbleibenden Überschuß des Einkommens, um eine Besteuerung nach dem Prinzip der Opfergleichheit zu sichern.¹⁹²

¹⁸⁸ So die Formulierung bei *Taylor* (1948), S. 293.

¹⁸⁹ Auch wenn bei sinkendem Grenznutzen prinzipiell auch proportionale und sogar regressive Tarife mit dem Prinzip des gleichen proportionalen Opfers vereinbar sein können.

¹⁹⁰ Die 1848 geltende englische Einkommensteuer wies noch nicht einen allgemeinen Freibetrag, sondern eine Freigrenze auf.

¹⁹¹ Mill gibt keine Quellenangabe zu Bentham. Folgt man Treschs jüngst erschienener Monographie zum steuerlichen Existenzminimum (*Tresch* (1999), S. 141), so besteht in der ideengeschichtlichen Literatur von Seligman bis zur Gegenwart Unkenntnis, wo und wann Bentham die Forderung nach Steuerfreiheit des Existenzminimums aufgestellt habe. Ohne Benthams umfangreiches Werk auf diese für unser Thema nur am Rande liegende Fragestellung systematisch durchsucht zu haben, sei hierzu auf Benthams Katalog möglicher „mis-seated taxes“ in den „Principles of the Civil Code“ hingewiesen; dort werden u. a. „Taxes upon the necessaries of life“ aufgelistet; *Bentham* (1802/1838a), S. 319.

¹⁹² Vgl. *Mill* (1848a), S. 806 f. u. 829; *Mill* (1852), S. 497; *Mill* (1861a), S. 552. Wie Mill dann z. B. *Sidgwick* (1883), S. 566 f.

„It seems to me that the just claims to graduation are sufficiently satisfied by taxing only the surplus above the minimum allowance to cover necessities“, formuliert *Mill* (1852), S. 497. Es wäre aber wohl „zu modern“ gedacht, wollte man Mill unterstellen, er sei von der „grundsätzlichen“ Notwendigkeit einer progressiven Steuerbelastung überzeugt gewesen, er habe „Progression“ im Sinne von zunehmendem Durchschnittsteuersatz interpretiert, und er habe, ohne viel Federlesens zu machen, zu dem einfachsten Verfahren, eine so verstandene Progression herzustellen, gegriffen, zur Kombination aus Freibetrag und flat rate.

Dieses *Ergebnis*, die Forderung nach einer proportionalen Besteuerung des „Überschußeinkommens“, war sicherlich nicht revolutionär, ein solches Postulat hat so mancher Autor vor und auch nach¹⁹³ Mill formuliert. Die Millsche *Begründung* aber, die Behauptung, daß auf diese Weise der Forderung nach Opfergleichheit und dem (grenznutzentheoretischen) Argument genügt werde, daß nämlich ein gleicher Steuersatz für große Einkommen eine geringere Belastung bedeute als für kleine Einkommen, diese Begründung für die Forderung nach einem einheitlichen Steuersatz macht einen etwas zwiespältigen Eindruck, wenn man anderweitige Äußerungen Mills berücksichtigt: Der Wortlaut einer Millschen Antwort im „Kreuzverhör“ vor dem Hubbard-Ausschuß von 1861 läßt fast den Verdacht aufkommen, Mill akzeptiere durchaus die These vom sinkenden Grenznutzen des Einkommens auch jenseits des Existenzminimums, und ein direkt progressiver Einkommensteuertarif sei für ihn vor allem deswegen untragbar, weil von einem solchen Tarif negative Anreizeffekte zu erwarten seien und weil er zu einer (unzulässigen) Korrektur der primären Einkommensverteilung des Marktes führen würde.¹⁹⁴ Insofern hätte es überzeugender geklungen, wenn Mill sich allein auf die oben angeführte Argumentation berufen hätte, daß bei Fehlen der für eine Differenzierung nach dem Einzelfall notwendigen Informationen die unterschiedslose Anwendung einer einheitlichen Regel stets vorzuziehen sei.

Es ist einiges Aufheben gemacht worden¹⁹⁵ von der Tatsache, daß Mill im Laufe der Zeit für einen solchen Grundfreibetrag unterschiedliche Zahlen genannt hat. Hier interessiert nur Mills Maßstab für die Bemessung eines solchen Grundfreibetrages, denn auch in diesem Maßstab kommt ein Stück spezifischer Millscher Steuerphilosophie zum Ausdruck: Steuerlich freizulassen ist, so heißt es in den „Principles“ zunächst, ein Betrag „sufficient to provide *the number of persons ordinarily*

¹⁹³ Vgl. für England etwa *Shehab* (1953), S. 199 ff.; ferner *Schmidt* (1960), S. 55 ff.

¹⁹⁴ Vgl. *Mill* (1861a), S. 567: „... but supposing that there is an income tax of 10 per cent., it is a much easier thing, apart from conventions, from social necessities or social follies, for a rich person to bear a deduction of 10 per cent. from his income than for a poor person. I do not see how you can allow for this consideration. . . . but I do not see how you can, either with justice or policy, tax a person more heavily because he earns more, or because, after having earned more, he saves more. I do not think that you can lay a tax upon energy, or industry, or prudence. It seems to me that even upon the question of justice, apart from policy, there is no stronger or more valid principle than that of not giving any advantage to self-indulgence over industry and economy . . .“ Vgl. ferner ebenda, S. 552, die berühmte Charakterisierung der „graduated income tax“ als „a graduated robbery“.

Und als Mill 1861 befragt wurde, ob die von ihm als ideal bezeichnete Steuerbefreiung des Sparens nicht eine Benachteiligung der Armen bedeuten würde, führte er aus: „... the relief that you give in the case of the poor, is the relief of a much greater necessity. Though they save less, still what they do save costs them a much greater effort . . .“; *Mill* (1861a), S. 568. Interpretiert man „effort“ als Verzicht auf gegenwärtigen Konsumnutzen, so kann in dieser Äußerung Mills eine Anwendung des Arguments sinkenden Grenznutzens (der Konsumausgaben) „in reverse“ gesehen werden, wie *Ekelund / Walker* (1996), S. 564 Anm. 7, hervorgehoben haben.

¹⁹⁵ Vgl. etwa *Ekelund / Walker* (1996), insbes. S. 566.

supported from a single income with the requisites of life and health ...“.¹⁹⁶ In einer späteren Passage spricht Mill dann von jenem Betrag, „which suffices for the necessaries of the *existing population*“.¹⁹⁷ Und vor dem Unterhausausschuß von 1852 definiert Mill noch deutlicher die „richtige“ Höhe des Grundfreibetrages als den Geldbetrag, „[which] would provide an individual and an average family, or rather a *family just sufficient to keep up the population*, with necessaries of life“.¹⁹⁸

Während die zuerst zitierte Formulierung aus den „Principles“ zunächst starke Anklänge an die heute namentlich in der Steuerrechtswissenschaft vertretene Deutung des Leistungsfähigkeitsprinzips als Postulat einer Besteuerung nach dem individuellen „disponiblen“ Einkommen aufweist, sind die beiden anderen Mill'schen Formulierungen am makroökonomischen Subsistenzlohn der Arbeiterschaft als Ganzes ausgerichtet und entsprechen einer makroökonomischer „Reineinkommenstheorie“. Eher als interindividuelle Gerechtigkeitsgesichtspunkte dürften für diese beiden Formulierungen wohl Überlegungen zur gesamtwirtschaftlichen Steuerwirkung ausschlaggebend gewesen sein: Die Inzidenzpartien der „Principles“ zeigen, daß Mill hinsichtlich der makroökonomischen Inzidenz von Lohnsteuern nicht die „optimistische“ Sichtweise Ricardos teilt, derzufolge eine Besteuerung des Existenzminimums den natürlichen Lohn nicht nachhaltig senken und infolgedessen die Lohnbezieher (langfristig) nicht treffen kann. Mill kennt und akzeptiert vielmehr offensichtlich jene (vermutlich auf Craig zurückgehende und dann von McCulloch plagiierte¹⁹⁹) Auffassung, daß eine Besteuerung des Existenzminimums möglicherweise die Konsumansprüche der Lohnbezieher reduziere und das Existenzminimums absenke, dadurch also nicht mittelfristig Bevölkerungsrückgang und Lohnanstieg bewirke und auf diese Weise die Lohnbezieher dauerhaft treffe.²⁰⁰

Auch ein zu hoher Freibetrag i.S. einer Erhöhung des „normalen“ Grundfreibetrages um Zuschläge für weitere im konkreten Haushalt vorhandene Kinder muß in dieser makroökonomischen Sichtweise vermieden werden: In einem frühen Zeitungsartikel aus dem Jahre 1833 charakterisiert Mill den „richtigen“ steuerlichen Grundfreibetrag makroökonomisch als jenen Geldbetrag, ohne den „any man, with a family such as all men might have *without overstocking the labour market*, cannot exist, free from physical discomfort ...“.²⁰¹ In Mills Antworten zur Steuerbefreiung des „Vorsorgesparens“ vor dem Unterhausausschuß von 1861 wird dann aber deutlich, daß Mills Grundfreibetrag nicht nur durch Überlegungen zur makro-

¹⁹⁶ Mill (1848a), S. 806; Hervorhebung von mir.

¹⁹⁷ Mill (1848a), S. 830; Hervorhebung von mir.

¹⁹⁸ Mill (1852), S. 473; Hervorhebung von mir.

¹⁹⁹ Vgl. hierzu Scheer (1988), S. 138.

²⁰⁰ Vgl. Mill (1848a), S. 828: „... unless the tax has the much worse effect of permanently lowering the standard of comfortable subsistence in the minds of the poorest class.“

²⁰¹ Mill (1834), S. 553.

ökonomischen Steuerwirkung bestimmt ist und daß sein Freibetrag gedanklich weder der Begründung eines steuerlichen Existenzminimums in der (mikroökonomischen) Reineinkommenstheorie noch der modernen leistungsfähigkeitstheoretischen Rechtfertigung von Kinderfreibeträgen mit dem Hinweis auf eine ex post unabwendbare Einschränkung des disponiblen Einkommens der Eltern in ganzem Maße entspricht: Die Ausgestaltung einer Einkommensteuer müsse, so führt Mill 1861 aus, idealiter alle individuellen Umstände berücksichtigen, „that make it necessary for one person to save more than another, with the single exception of those circumstances which depend upon his own will. For instance, I would not admit large families as a ground, because it is not a necessity for anybody to have a large family; it is his choice, and I do not think any allowance should be made for it.“²⁰² Mit anderen Worten: Über den „normalen“ Familienumfang hinausgehender Kinderreichtum ist auch in ex post-Betrachtung keine *exogen* veranlaßte Minderung des disponiblen Einkommens. Die für diese „zusätzlichen“ Kinder notwendigen Ausgaben sind zwar für den Familienvater ex post zwingende Ausgaben (necessaries), sie entspringen aber einer ex ante „freiwillig begründeten Rechtspflicht“, sie stellen einen auf freier Willensentscheidung beruhenden Konsum dar und sind damit nach Mills Verständnis von „gerechter Besteuerung“ steuerlich unerheblich. In der ungemein bunten Vielfalt der im Verlauf der Ideengeschichte der Besteuerung für und wider steuerliche Grundfreibeträge und Kinderfreibeträge vorgetragenen Argumente stellt Mills Konzept eine spezifische Variante dar, eine Variante, die sich als folgerichtiges Resultat gleichermaßen seiner steuerphilosophischen Gedanken zur Gleichmäßigkeit der Besteuerung und zur individuellen „Opferfähigkeit“ und seiner bevölkerungspolitischen Ansichten²⁰³ darstellt.

(c) Das dritte – ideengeschichtlich wohl bedeutsamste und berühmteste – Kernelement der Millschen Einkommensteuerphilosophie ist die *Forderung nach Freilassung gesparter Einkommensteile*. Das Postulat tritt uns in den „Principles“ zunächst im Zusammenhang mit der Erörterung der zu Zeiten Mills in England viel diskutierten²⁰⁴ Forderung nach Differenzierung der steuerlichen Belastung permanenter und non-permanenter Einkommen (Forderung nach qualitativer Differentiation durch Kapitalisierung zukünftiger Einkommen) entgegen: Eine steuerliche

²⁰² Mill (1861a), S. 576 (Hervorhebung von mir). Vgl. auch Mill (1852), S. 472, zu seiner Unterscheidung zwischen freiwillig begründeten Rechts- bzw. Ausgabenpflichten und exogen begründeten „necessities“. Ähnlich (oder noch schärfer) in den späteren Auflagen der „Principles“ bei Gelegenheit der Diskussion einer Besteuerung der Ausgaben für Wohnraum; Mill (1848a), S. 835: „... having a large family is at a person's own choice: and, so far as concerns the public interest, is a thing rather to be discouraged than promoted.“ Vgl. hierzu ferner Mills getreue deutsche Adepten Bergius (1871), S. 436, und Pfeiffer (1866), Bd. 2, S. 45.

²⁰³ Vgl. hierzu etwa Mill (1848a), S. 351 ff. Es ist daher nicht einsichtig, warum Bastable (1903), S. 320 Anm. 1, Mill vorwirft, sein Konzept eines steuerlichen Grundfreibetrages „appears to be inconsistent with his views on population ...“, es sei denn, Bastable ginge selbst die Berücksichtigung der „normalen“ Kinderzahl zu weit.

²⁰⁴ Ausführlich hierzu Shehab (1953).

Unterscheidung nach Einkunftsarten sei – so Mill – in der Tat geboten, aber nicht wegen der üblicherweise vorgetragenen Argumente, sondern weil die Bezieher unterschiedlicher Arten von Einkünften in unterschiedlichem Maße gezwungen seien, durch Konsumverzicht Vorsorgeersparnisse zu bilden; nominell gleich große Einkommen seien deshalb „not equal for the payment of expenditure“²⁰⁵:

„The principle ... of equality of taxation, interpreted in its only just sense, equality of sacrifice, requires that a person who has no means of providing for old age, or for those in whom he is interested, except by saving from income, should have the tax remitted on all that income which is really and *bonâ fide* applied to that purpose.“²⁰⁶

„I do not conceive that the tax should be in proportion to the means only, but that it should take into consideration the means, and also the wants. I would therefore tax temporary or precarious incomes at a lower scale than permanent or certain incomes, ... because the possessor of those incomes has one want, which those who possess permanent incomes have not; they are liable to be called upon in most cases to save something out of that income ...“²⁰⁷

Neben dieses *spezielle* Postulat einer Berücksichtigung des „notwendigen“ Vorsorgesparens tritt sodann das *allgemeine* Postulat einer steuerlichen Freistellung aller gesparten Einkommensteile:

„If, indeed, reliance could be placed on the conscience of the contributors, or sufficient security taken for the correctness of their statements by collateral precautions, the proper mode of assessing an income tax would be to tax only the part of income devoted to expenditure, exempting that which is saved.“²⁰⁸ „No income tax is really just from which savings are not exempted ...“²⁰⁹

Dieses frühe²¹⁰ Plädoyer für eine konsumorientierte Einkommensbesteuerung in der Form der „Sparbereinigung“ baut auf Mills berühmter und vieldiskutierter „Doppelbesteuerungsthese“ auf;²¹¹ die Notwendigkeit einer solchen Sparbereini-

²⁰⁵ Mill (1861a), S. 553.

²⁰⁶ Mill (1848a), S. 813; (1852), S. 466. Als einfach zu praktizierende Annäherung an eine solche Steuerausgestaltung hatte Mill in den vor 1862 erschienenen Auflagen der „Principles“ den Abzug aller bona fide Zahlungen für Lebensversicherung und für den Kauf von deferred annuities vorgeschlagen. Die Einführung eben einer solchen Abzugsregelung (begrenzt auf ein Sechstel des Einkommens) gehörte 1853 zu den ersten Steuerreformmaßnahmen des neuen Schatzkanzlers Gladstone; vgl. Sabine (1966), S. 76, und Shehab (1953), S. 120 („This was practically Mill’s scheme ...“).

²⁰⁷ Mill (1852), S. 466.

²⁰⁸ Mill (1848a), S. 813.

²⁰⁹ Mill (1848a), S. 814; ferner Mill (1861a), S. 553.

²¹⁰ Zur Ideengeschichte vgl. Scheer (1999).

²¹¹ „Unless ... savings are exempted from income tax, the contributors are twice taxed on what they save, and only once on what they spend“; Mill (1848a), S. 813. „To tax the sum invested, and afterwards to tax also the proceeds of the investment, is to tax the same portion of the contributor’s means twice over“; ebenda, S. 814. Vgl. ferner Mill (1852), S. 476; Mill (1861a), S. 564 f.

gung begründet Mill nicht etwa nur mit der Ungleichbehandlung von „frühen“ und „späten“ Konsumenten bei der herkömmlichen Einkommensteuer, sondern auch mit den in der heutigen Diskussion der konsumorientierten Einkommensbesteuerung so heiß erörterten allokativen Gesichtspunkten: Eine Besteuerung gesparter Einkommensteile führe zu einer Verzerrung der intertemporalen Konsumentscheidung²¹² zuungunsten des volkswirtschaftlichen Spar- und Investitionsvolumens,²¹³ sie sei, so faßt Mill zusammen, „not only impolitic but unjust“.²¹⁴

Der *generellen* Forderung nach Steuerfreiheit des *tatsächlichen* Sparens, so führt Mill in den „Principles“ und im Unterhausauschuß von 1861 aus,²¹⁵ gebühre der Vorrang;²¹⁶ wäre es steuerpolitisch möglich, ihr zu genügen, so würde damit zugleich dem *speziellen* Postulat der Berücksichtigung unterschiedlicher *Sparerefordernisse* Rechnung getragen. Umgekehrt garantierte die Beachtung des speziellen Postulates nicht in jedem Fall die gleichzeitige Erfüllung des allgemeinen Postulates der Steuerbefreiung aller tatsächlichen Ersparnisse.²¹⁷ Da aber das generelle Postulat nicht verwirklicht werden könne – Mill hält wegen der niedrigen Steuermoral weder eine sparbereinigte Einkommensteuer noch die von seinem Zeitgenossen Revans (1847) vorgeschlagene persönliche Ausgabensteuer für praktikabel –, sollte als zweitbeste Lösung („as the next thing in point of justice“²¹⁸) im Rahmen der Einkommensteuer wenigstens differenziert werden nach den „necessities and obligations to save“.²¹⁹ Als einfach zu praktizierende

²¹² Das Sparen nicht von der Einkommensbesteuerung auszunehmen, bedeutet „to disturb, by artificial interference, the natural competition between the motives for saving and those for spending. ... the law disturbs this natural competition when it taxes savings ...“ *Mill* (1848a), S. 814.

²¹³ „... and all savings, speaking generally, are invested ...“ *Mill* (1848a), S. 813.

²¹⁴ *Mill* (1848a), S. 814; *Mill* (1861a), S. 564 f. Vgl. ferner Mills Antwort auf die Frage, ob er mit seiner Argumentation zugunsten einer sparbereinigten Einkommensteuer sagen wolle, daß Sparen volkswirtschaftlich wertvoller sei als Konsumieren; *Mill* (1852), S. 493.

²¹⁵ Vgl. *Mill* (1861a), S. 553, 560, 587.

²¹⁶ Zumindest im „Kreuzverhör“ vor dem Hubbard-Committee von 1861 scheint Mill nicht so ganz felsenfest zu dieser Rangordnung seiner Prinzipien zu stehen. Vgl. seine Antworten auf den Einwand, eine allgemeine Steuerbefreiung des Sparens benachteilige die Bezieher kleinerer Einkommen; *Mill* (1861a), S. 568 f.

²¹⁷ „Both of these are principles, and if you could satisfy them both you ought to do so. If you could satisfy the principle of not taxing income twice, the satisfaction due to the other principle would be included in that, because if you taxed everybody according to what he did save, you would by that very circumstance show the indulgence due to the necessities of the person who is obliged to save. If he himself has shown that he cares about these necessities, and if he has fulfilled the duty, he gets the advantage which you intend for him, and not otherwise. But as you cannot get at what he actually does save, you are obliged to found your system upon the other principle solely, only considering that former principle so far as to ascertain for your more complete justification, whether the ground on which you grant the exemption really exists; whether on the whole (since you cannot enter into individual cases) the class of persons whom you exempt have fulfilled the proper condition.“ *Mill* (1861a), S. 588.

²¹⁸ *Mill* (1848a), S. 815.

²¹⁹ *Mill* (1861a), S. 553 und 560; vgl. auch *Mill* (1848a), S. 814.

„pauschale“ second best Lösung schlug Mill vor, zwischen den beiden Kategorien „vererbliches Einkommen“ und „Einkommen auf Lebenszeit“ zu unterscheiden und bei Einkommen der letztgenannten Kategorie einen pauschalen Prozentsatz steuerfrei zu lassen.²²⁰ Darüber hinaus, so Mill weiter, erfordere der Grundsatz gleichmäßiger Besteuerung, daß „in consideration of its precariousness“ bei risikobehaftetem Unternehmereinkommen („professional incomes or incomes derived from trade and business“) neben dem beschriebenen Abzug für gesollte Vorsorgeaufwendungen ein *zusätzlicher* Abzug bei der Ermittlung der Steuerbemessungsgrundlage vorgenommen werde; auch hierfür schlägt Mill eine Pauschalregelung vor.²²¹

Mills Befragern in den Unterhausausschüssen von 1852 und 1861 bereitet die Unterscheidung zwischen einem first best „principle“ und einem second best „principle“ und zwischen Steuerbefreiung der tatsächlichen Ersparnisse einerseits („what a man does save“) und Steuerbefreiung der (vermutlich) „notwendigen“ Ersparnisse („what a man ought to save“) andererseits sichtlich Verständnisprobleme und läßt sie Inkonsequenz im Umgang mit „principles“ vermuten. Das „Kreuzverhör“ Mills mit den immer wiederkehrenden gleichen Fragen und Antworten ist für den Leser gleichermaßen ermüdend wie amüsierend. Zuweilen scheinen die Rollen vertauscht zu sein: In der Anwendung eines allgemeinen „principle“ auf die steuerliche Realität zeigt sich der Steuerphilosoph Mill „geschmeidiger“ und pragmatischer als die Parlamentarier:

„I do not think it would be possible to make nice distinctions in particular cases, but it seems to me that there would be more justice in drawing the line a little arbitrarily than in not drawing any line at all.“²²²

Die Politiker sind an einem Konzept interessiert, das praktikabel und für die Öffentlichkeit einsichtig und akzeptierbar wäre.²²³ Paradoxerweise ist es gerade der Versuch Mills, praktikable Lösungen zu entwickeln, der eine Flut von Einwänden und Fragen hervorruft; gerade bei Mills second best Lösung sehen die Ausschußmitglieder eine Fülle von (Abgrenzung-) Problemen im Einzelfall.

Was ist nun das „Gesamtergebnis“ von Mills ausführlichem Philosophieren über die „optimale“ Einkommensteuer? „I am laying this down merely as the theory of a perfectly just income tax. I am quite aware that it cannot be fully carried out“, erklärt Mill einmal im Verlauf der Befragungen im Hubbard-Committee

²²⁰ In den „Principles“ schlägt Mill ein Viertel vor, im Unterhausauschuß von 1861 wird von einem Drittel ausgegangen.

²²¹ *Mill* (1848a), S. 816 f. u. 829. Dies löst in den „Kreuzverhören“ Mills vor den Unterhausausschüssen von 1852 und 1861 erwartungsgemäß bei den Steuerpolitikern vielfache Fragen aus. Immer wieder wird auf die Abgrenzungsproblematik hingewiesen, und Mill werden zahlreiche Fallbeispiele vorgelegt: Hauseigentümer versus Schiffseigner, Arzt versus Bierbrauer usw.; vgl. *Mill* (1861a), S. 578 ff. u. 594 ff.

²²² *Mill* (1852), S. 471.

²²³ Vgl. Gladstone in *Mill* (1861a), S. 562 ff.

1861.²²⁴ Um so mehr Mühe wendet Mill in Wort und Schrift bei seinen Ausführungen zum Steuertarif und zur Behandlung des (Vorsorge-) Sparens auf, zweitbeste Lösungen zu entwickeln und zu verteidigen. Am Ende all dieser Modifikationen des Grundkonzeptes aber konfrontiert er seine Leser und auch seine Zuhörer (1852) dann mit der Feststellung, die Einkommensteuer sei im Hinblick auf die niedrige Steuermoral und die Hinterziehungsmöglichkeiten, „while apparently the most just of all modes of raising a revenue, . . . in effect more unjust than many others which are *primâ facie* more objectionable“; sie sollte daher nur als außerordentliches Instrument der Mittelbeschaffung in nationalen Notsituationen eingesetzt werden!²²⁵

III. Explizite und implizite Erbschaftsbesteuerung bei Mill und Bentham

Einen vieldiskutierten Teil der Millschen Steuerphilosophie (und einen zentralen Teil des Millschen „Reformprogramms“) bilden die im „Steuerkapitel“ der „Principles“ (book v chapter ii) und im Abschnitt zur Verteilung (book ii, ch. ii) entwickelten Gedanken zur (expliziten oder impliziten) Erbschaftsbesteuerung – einem Gegenstand übrigens, der in der damaligen deutschen Finanzwissenschaft nur wenig oder so gut wie gar nicht behandelt wird. Gerade seine Ideen zum intergenerationellen Vermögensübergang haben Mill bei einigen seiner Zeitgenossen den Ruf als „Volkswirtschaftslehrer einer gewissen extremen Färbung“²²⁶ eingetragen. Mill selbst hatte freilich mit einer viel heftigeren Reaktion der Öffentlichkeit, geradezu mit einem „Aufschrei“, gerechnet.²²⁷

Die Millschen Überlegungen umfassen drei Vorschläge:²²⁸ (i) Die Beseitigung des gesetzlichen Erbrechtes von Kollateralverwandten bei fehlendem Testament, d.h. ein allgemeines Heimfallrecht des Staates für den Fall, daß keine direkten

²²⁴ Mill (1861a), S. 553.

²²⁵ Mill (1848a), S. 831.

²²⁶ So der seinerzeitige Sektionschef im kaiserlich österreichischen Finanzministerium, Karl Freiherr von *Hock* (1863), in seinem Abschnitt zu den Erbschaftsgebühren (S. 236). Anders natürlich der getreue Abschreiber Mills, *Bergius* (1871), S. 409 f.

²²⁷ Vgl. die vielzitierte Bemerkung Alexander Bains: „[W]hat I remember most vividly of his talk pending publication of the work [The Principles] was his anticipating a tremendous outcry about his doctrines about property. He frequently spoke of his proposals as to Inheritance and Bequest, which if carried out would pull down all large fortunes in two generations. To his surprise, however, this part of the book made no sensation.“ Zitiert nach *Hollander* (1985), vol. 2, S. 879.

In seinem Brief vom 9. 3. 1847 an Henry S. Chapman hat Mill ganz allgemein für die im Entstehen begriffenen „Principles“ die Erwartung geäußert, mit dem Buch bei den Lesern auf mehr Widerspruch als Zustimmung zu stoßen: „. . . I fully expect to offend and scandalize ten times as many people as I shall please . . .“ *Mill* (1848b), S. 708.

²²⁸ Vgl. *Mill* (1848a), S. 221 ff. u. 808 ff.

Erben vorhanden sind;²²⁹ (ii) eine generelle Einschränkung des Erbrechts dem Betrage nach²³⁰ (und zwar auch für Kinder des Erblassers); (iii) eine progressive Erbschaftsteuer für Einkommen oberhalb einer Freigrenze. Freilich schränkte Mill an späterer Stelle der „Principles“ ein, mittelfristig sei wohl zunächst nur der erste Vorschlag realisierbar.²³¹

Es ist keine Frage, daß Mills Überlegungen zum Erbrecht und zur Erbschaftsbesteuerung unter dem Einfluß der Gedanken Benthams und der Saint-Simonisten stehen:²³² Jeremy Bentham hatte in seinem berühmten Pamphlet „Supply without Burden; or Escheat vice Taxation“ (1795) Einschränkungen des Erbrechtes und des Testierrechtes sowie eine korrespondierende Ausdehnung des staatlichen Heimfallrechtes („escheat“) vorgeschlagen; erbberechtigt sollten grundsätzlich nur „nahe“ Verwandte²³³ sein. Den besonderen Vorteil einer solchen Regelung sah Bentham in ihrer Anpassung an „the fundamental constitution of the human feelings“:²³⁴ Eine derartige Form staatlicher Mittelbeschaffung sei für die Individuen „unburthensome“, weil keinerlei Erwartungen enttäuscht würden. Enttäuschte Erwartungen würden „pains of disappointment“ bedeuten²³⁵ und damit „Lasten“ bzw. (bei einer Vermögensabgabe) „Opfer“:

... a most simple and indisputable principle in human nature – the feeling of *expectation*. In the case of acquiring or not acquiring – of retaining or not retaining – no hardship without previous expectation. *Disappointment* is expectation thwarted; in the distribution of property, no sense of hardship but in proportion to disappointment. ... In a word, in matters of property in general, and succession in particular, thus then stands the case: *hardship* depends upon *disappointment*; *disappointment* upon *expectation*; *expectation* upon the dispensations, meaning the *known* dispensations of the law.²³⁶

²²⁹ „I see, therefore, no reason why collateral inheritance should exist at all. ... Few will maintain that there is any good reason why the accumulations of some childless miser should on his death (as every now and then happens) go to enrich a distant relative who never saw him, who perhaps never knew himself to be related to him until there was something to be gained by it, and who had no moral claim upon him of any kind, more than the most entire stranger.“ *Mill* (1848a), S. 223.

²³⁰ Über den Betrag einer solchen Obergrenze hat sich Mill nie geäußert; in den „Principles“ spricht er allgemein von einem „amount of a moderate independence“ (1848a, S. 889).

²³¹ *Mill* (1848a), S. 889 f.

²³² Vgl. hierzu auch *Erreygers* (1997), S. 24 ff. u. 31 ff.

²³³ Neben dem überlebenden Ehegatten Personen, die in einem Verwandtschaftsverhältnis stehen, das nach dem Gesetz eine Heirat ausschließt (Abkömmlinge, Eltern, Abkömmlinge der Eltern); *Bentham* (1795) („Escheat“), S. 586.

²³⁴ *Bentham* (1795) („Escheat“), S. 589.

²³⁵ Vgl. auch *Bentham* (1831/1839b) („Pannomial Fragments“), S. 226: „Definition: When from any cause – human agency or any other – a mass of the matter of wealth, or of the matter of prosperity in any other shape, is made to go out of an individual’s possession or expectancy without his consent, the pain produced in his breast by contemplation of its non-existence, or say by the loss of it, call the *pain of disappointment*: he being disappointed at the thought of the good which, it having been in his possession or expectancy, he has thus lost.“

Ein Mensch, der nach dem Inkrafttreten der vorgeschlagenen Neuregelung des Erbrechtes²³⁷ geboren werde und der dementsprechend keinen gesetzlichen Erbanspruch habe und auch nicht damit rechnen könne, als Erbe eingesetzt zu werden, ein solcher Mensch könne dann auch keinerlei „pain of disappointment“ empfinden. Anders wäre dies, so Bentham, bei der (seinerzeit) bestehenden Rechtslage, wenn eine (explizite) Erbschaftsteuer eingeführt würde, die dem Erben etwas nimmt bzw. nicht zukommen läßt, worauf er sich Hoffnung machen konnte. Daraus ergibt sich ein (in der Benthamistischen Logik freilich nur scheinbares) Paradox: „a part taken, and a sense of burthen left; the whole taken, and no such effect produced; the effect of a part greater than the effect of a whole.“²³⁸ Die dermaßen begründete „Lastenfreiheit“ bildete für Bentham das zentrale Argument zugunsten einer derartigen „impliziten Steuer“. Lediglich ergänzend führte er ins Feld, der Vorschlag laufe auf eine (implizite) „tax on celibacy“ hinaus und „would be favourable to marriage, and in particular to prolific marriage“,²³⁹ außerdem, so argumentierte er gleichsam „meritorisch“, schütze eine solche Regelung die Bürger vor sich selbst, indem sie sie davor bewahre, wie unter dem existierenden Recht in langen und kostspieligen Prozessen um das Erbe entfernter Verwandter zu streiten („checking litigation“).²⁴⁰

Im Detail bestehen freilich bei Mill einige Unterschiede gegenüber den Vorschlägen Benthams – auf die Mill explizit Bezug nimmt²⁴¹ –, und in diesen Unterschieden manifestieren sich zugleich sehr deutliche Unterschiede zwischen der Millschen und der Benthamschen Erbschaftsteuerphilosophie:

(i) Bei allen Einschränkungen des Erbrechtes Hinterbliebener schließt Mill auf der anderen Seite (im Unterschied zu Bentham) (direkte) Einengungen der Testierfreiheit des Erblassers aus,²⁴² denn, so Mill, das Testierrecht ist ein Teil des „principle of private property“, ohne dieses Recht wäre das Eigentumsrecht unvollständig:

²³⁶ *Bentham* (1795) („Escheat“), S. 589 (Kursivschreibung im Original). Vgl. ferner *Bentham* (1830/1841) („Constitutional Code“), S. 16, zum aus dem Prinzip der „greatest happiness“ hergeleiteten „disappointment-preventing principle“.

²³⁷ Anders wäre dies während einer Übergangsphase bei Personen, die vor Einführung des „Escheat-Gesetzes“ ein Erbrecht hatten bzw. als Erbe eingesetzt werden konnten; Bentham hat dieses Problem der „Übergangsgerechtigkeit“ und des „steuerlichen Vertrauensschutzes“ durchaus gesehen (1795, S. 586) und hat für ähnliche Fälle von Rechtsänderungen denn auch die Möglichkeit von Kompensationszahlungen sowie eines „Grandfathering“ erörtert; vgl. *Bentham* (1831/1839a) („Equity Dispatch Court Bill“), S. 325; *Bentham* (1838) („Influence of Time and Place“), S. 181; *Bentham* (1802/1838a) („Civil Code“), S. 323.

²³⁸ *Bentham* (1795) („Escheat“), S. 589. Vgl. auch ebenda, S. 590: „... at the same time, pass, instead of the tax, a law of inheritance, giving the public fifty per cent, upon certain successions, the burthen may be next to nothing: pass a law of inheritance, giving the public the whole, the burthen vanishes altogether.“ (Kursivschreibung i. Original.)

²³⁹ *Bentham* (1795) („Escheat“), S. 591.

²⁴⁰ *Bentham* (1795) („Escheat“), S. 589 u. 591.

²⁴¹ *Mill* (1848a), S. 223 u. 809.

²⁴² Genauer gesagt: Bis auf einen Pflichtteil für Kinder; vgl. *Mill* (1848a), S. 889.

„Unlike inheritance *ab intestato*, bequest is one of the attributes of property: the ownership of a thing cannot be looked upon as complete without the power of bestowing it, at death or during life, at the owner's pleasure: and all the reasons, which recommend that private property should exist, recommend *pro tanto* this extension of it.“²⁴³

Im ersten Moment mag Mills unterschiedliche Behandlung des Erbrechtes der Verbliebenen und des Verfügungsrechtes des Erblassers eigenartig anmuten, weil ja Einengungen des Rechtes der einen auf eine indirekte Einengung des Rechtes der anderen hinausliefen.²⁴⁴ Tatsächlich aber entspricht diese „curious distinction“²⁴⁵ vollkommen der Logik der Millschen Unterscheidung zwischen der ökonomischen Sphäre der Produktion und der durch eigene Anstrengung erworbenen Einkommen und Vermögen einerseits und der Sphäre der Verteilung des Wohlstandes andererseits, einer Sphäre, für die eigene, von der Gesellschaft gesetzte Regeln gelten.²⁴⁶

(ii) Eine betragsmäßige Limitierung des Erbrechtes auch von Kindern und vor allem eine explizite Erbschaftssteuer kommen in Benthams Konzept nicht vor, solche Maßnahmen wären auch mit Benthams Überlegungen zum „disappointment-preventing principle“ und zur „Lastenfreiheit“ des „Escheat“-Projektes gar nicht vereinbar.²⁴⁷

(iii) Der zentrale Unterschied zwischen Benthams und Mills Erbschafts-„steuer“-Überlegungen liegt in den Motiven und den Zielsetzungen: Mill hat in erster Linie verteilungspolitische Ziele im Auge: „restraining the accumulation of large fortunes in the hands of those who have not earned them by exertion“²⁴⁸ und Herstellung einer fairen „Startgleichheit“²⁴⁹ im Sinne annähernd gleicher Möglichkeiten.

²⁴³ Mill (1848a), S. 226.

²⁴⁴ Vgl. aber Wicksell (1896), S. 34.

²⁴⁵ So Groves (1974), S. 34.

²⁴⁶ „The distribution of wealth ... depends on the laws and customs of society. The rules by which it is determined are what the opinions and feelings of the ruling portions of the community make them ...“ Mill (1848a), S. 200.

²⁴⁷ „Under a tax on successions, a man is led, in the first place, to look upon the whole in a general view as his own: he is then called upon to give up a part. His share amounts to so much – this share he is to *have*; only out of it he is to *pay* so much *per cent*. His imagination thus begins with embracing the *whole*; his expectation fastens upon the whole: then comes the law putting in for its *part*, and forcing him to quit his hold. This he cannot do without pain: if he could, no tax at all, not even a tax on property, would be a burthen ...“ Bentham (1795) („Escheat“), S. 590. – Wenn Sidgewick (1893) später argumentiert, auch eine explizite Erbschaftsteuer erzeuge, wenn sie erst einmal eingeführt worden ist, keine Lasten (vgl. Kiesling (1992), S. 52), so entspricht das nicht Benthams Argumentation im „Escheat“ und würde bedeuten, daß jedwede Steuer nach einer genügend langen Übergangsperiode keine „pains of disappointment“ hervorrufen würde.

²⁴⁸ Mill (1848a), S. 809. In seinem Brief an den italienischen Autor Costantino Baer vom 8. 1. 1873 beschreibt Mill wesentlich allgemeiner das Ziel seiner Erbschaftsteuerpläne als „le but de modérer l'inégalité de richesses“; Mill (1873b), S. 1932.

²⁴⁹ Mill (1848a), S. 808.

Die für Benthams Utilitarismus so typischen Argumente aus dem „Escheat“ dagegen spielen bei Mill *keine* Rolle.²⁵⁰ Mill spricht zwar an zwei Stellen²⁵¹ von „expectations“ der Kollateralverwandten (S. 223) und der Kinder (S. 225), aber dabei geht es allein darum, ob dieser Personenkreis ein „Recht“ i.w.S. („legitimate claim“ bzw. „moral claim“) habe, das durch die vorgeschlagene Neuregelung verletzt würde; von der Benthamschen „pain of disappointment“, dem Argument der „Lastenfreiheit“ und der Gewährleistung des „greatest happiness principle“ durch eine Politik gemäß dem „disappointment-preventing principle“ kann bei Mills Erbreformvorschlägen nicht die Rede sein.²⁵² Lediglich im Kapitel „On Property“ lassen sich vordergründig Andeutungen einer utilitaristischen Arithmetik („felicific calculus“) erkennen, wenn Mill begründet, daß eine betragsmäßige Einschränkung des Erbrechtes, also eine indirekte Einschränkung des Vererbungsrechtes, vom Testator wohl kaum als „burthensome restraint“ empfunden werden könne, wenn er gegeneinander abwäge, welch geringen weiteren Zuwachs an „enjoyment“ der Erbe habe, sobald dieser statt einer ansehnlichen Erbschaft eine sehr große Erbschaft erhalte, und welche „permanent benefits“ mit jedweder anderen Verteilung der Erbmasse verbunden seien:

„I do not conceive that the degree of limitation which this would impose on the right of bequest, would be felt as a burthensome restraint by any testator who estimated a large fortune at its true value, that of the pleasures and advantages that can be purchased with it: on even the most extravagant estimate of which it must be apparent to every one, that the difference to the happiness of the possessor between a moderate independence and five times as much is insignificant when weighted against the enjoyment that might be given, and the permanent benefits diffused, by some other disposal of the four-fifths.“²⁵³

Der weitere Verlauf dieser Textpassage macht indessen deutlich, daß es hier nicht um die Abwägung individueller Nutzenverluste und -gewinne im Sinne der Summe, der „greatest happiness of the greatest number“, geht: Mill führt vielmehr vor allem die mit einer breiteren „oberen Mittelschicht“ verbundenen gesellschaftlich-politischen Vorteile und die Erwartung intensiverer privater Stiftungstätigkeit ins Feld:

„If the restriction could be made practically effectual, the benefit would be great. Wealth which could no longer be employed in over-enriching a few, would either be devoted to

²⁵⁰ Die Behauptung von *Ekelund/Walker* (1996), S. 574 f. („Mill adopted Bentham’s sequence of inheritance-cum-utility-maximization theory as his own. His reasoning . . . exactly [!] parallels Bentham’s.“) ist maßlos übertrieben und schlichtweg unzutreffend. Einen falschen Akzent setzt auch Myrdals Behauptung (1932, S. 165), Mill greife „in der Motivierung der Erbschaftsbesteuerung zu Benthams Argument vom abnehmenden Nutzen [sic!] des Einkommens“; etwas zurückhaltender *Kiesling* (1992), S. 41 f.

²⁵¹ *Mill* (1848a), S. 223 u. 225.

²⁵² Wiewohl Mill grundsätzlich in ähnlicher Weise wie schon Bentham für Vertrauensschutzregelungen bei Gesetzesänderungen in Verbindung mit Reformmaßnahmen plädiert; vgl. *Riley* (1998), S. 321, 335.

²⁵³ *Mill* (1848a), S. 228.

objects of public usefulness, or if bestowed on individuals, would be distributed among a larger number. While those enormous fortunes which no one needs for any personal purpose but ostentation or improper power, would become much less numerous, there would be a great multiplication of persons in easy circumstances, with the advantages of leisure, and all the real enjoyments which wealth can give, except those of vanity; a class by whom the services which a nation having leisured classes is entitled to expect from them, either by their direct exertions or by the tone they give to the feelings and tastes of the public, would be rendered in a much more beneficial manner than at present. A large portion also of the accumulations of successful industry would probably be devoted to public uses, either by direct bequests to the State, or by the endowment of institutions ...“²⁵⁴

Demgegenüber spielen in Jeremy Benthams „Escheat“ die Argumente einer Ausglei­chung von Vermögensunterschieden oder einer Gewährleistung gleicher Startbedingungen keine Rolle, das zentrale Argument ist vielmehr die „Lastenfreiheit“ durch Vermeidung jedweder Form von „disappointment pain“. In diesem Zusammenhang muß man sich freilich vor Augen halten, daß Jeremy Bentham an anderen Stellen seines umfangreichen Gesamtwerkes nur zu oft auch über „equality“ als Aufgabe staatlicher Politik Überlegungen angestellt hat. Diese Überlegungen haben dann aber (wie oben gezeigt wurde) keinesweg jene einfache Gestalt und jenen radikalen Gehalt, wie sie der Maximierung einer Benthamistischen sozialen Wohlfahrtfunktion im heute verstandenen Sinne entsprechen würden: Bentham hat nicht nur die ökonomisch nachteiligen Folgen einer zu weit gehenden Politik der „equality“ warnend herausgestellt,²⁵⁵ sondern er hat auch auf den rechtlichen Zielkonflikt zwischen dem obersten Ziel der „security“ und dem Ziel der „equality“ warnend hingewiesen. In diesem Zielkonflikt, so schreibt Bentham im „Civil Code“ (1802), könne allein die Zeit vermitteln: Am Ende des Lebens einer Person biete sich dem Staat die geeignete Möglichkeit, einer zu großen Vermögensungleichheit entgegenzuwirken:

„Time is the only mediator between these contrary interests. Would you follow the counsels of equality without contravening those of security, wait for the natural period which puts an end to hopes and fears – the period of death.

When property is vacated by the death of the proprietors, the law may intervene in the distribution to be made, either by limiting in certain respects the power of disposing of it by will, with the design of preventing too great an accumulation of property in the hands of a single person, or by making the right of succession subservient to the purposes of equality, in case the deceased should not leave a husband, or wife, or relations, in the direct line, and should not have made use of his power of disposing of it by will.“²⁵⁶

Noch einmal deutet Bentham im Zusammenhang mit erbrechtlichen Regelungen in seinem „Civil Code“ den verteilungspolitischen Aspekt (neben dem Gesichts-

²⁵⁴ Mill (1848a), S. 229.

²⁵⁵ Insbesondere im Appendix „Of the Levelling System“ zu den „Principles of the Civil Code“; Bentham (1802/1838a), S. 358 ff. Vgl. ferner ebenda S. 311: „The establishment of equality is a chimera: the only thing which can be done is to diminish inequality.“

²⁵⁶ Bentham (1802/1838a) („Principles of the Civil Code“), S. 312.

punkt der „pain of disappointment“) an.²⁵⁷ Bei Benthams Konzept einer „impliziten“ Erbschaftsbesteuerung aber, im „Escheat“, also bei dem Vorschlag, auf den auch Mill Bezug nimmt, fehlt es an diesem Umverteilungsmotiv, dort steht die utilitaristisch-psychologische Logik der „Lastenfreiheit“ einer solchen Form staatlicher Mittelbeschaffung im Vordergrund – und davon wiederum ist bei Mills Plänen zur Regulierung des Erbrechtes und zur Besteuerung von Erbschaften nichts zu spüren.

(iv) Daß Mill für eine Erbschaftbesteuerung einen direkt progressiven Tarif – „though its application to general taxation would be ... objectionable“ – ausdrücklich befürwortet („seems to me both just and expedient“)²⁵⁸, ist bis heute von so manchem Autor als Widerspruch empfunden worden,²⁵⁹ da Mill doch bei der Einkommensteuer jede direkte Progression verurteilt. Ein solcher Einwand zeugt indessen von wenig Verständnis der Millischen (Steuer-) Philosophie: Die Einkommensteuer betrifft die Sphäre der Produktion und Einkommensentstehung. Ungleich hohe Einkommen aber – sieht man einmal von den Wertzuwächsen aus Immobilien ab, die Mill gesondert besteuern will – „arise from unequal industry, frugality, perseverance, talents, and to a certain extent even opportunities, are inseparable from the principle of private property, and if we accept the principle, we must bear with these consequences of it: but I see nothing objectionable in fixing a limit to what anyone may acquire by the mere favour of others, without any exercise of his faculties, and in requiring that if he desires any further accession of fortune, he shall work for it.“²⁶⁰ Dem Staat steht es also nicht an, das Resultat des ökonomischen Wettbewerbs durch eine progressive (Einkommens-) Besteuerung zu beeinflussen, das hieße „to lay a tax on industry and economy; to impose a penalty on people for having worked harder and saved more than their neighbours.“²⁶¹ Anders ist es mit etwaigen Startungleichheiten im Sinne von „unequal opportunities“, wie sie eben durch nicht selbst erarbeitete und aufgebaute Vermögen aus Erbschaften erzeugt werden; hier darf und muß der Staat umverteilend einwirken, und das heißt u. a. progressiv besteuern:

„I think you must allow people to retain the full advantage for their live of what they have acquired; but the State may deal with it on the occasion of succession. I certainly do think

²⁵⁷ „After the death of an individual, how ought his property to be disposed of? The legislature should have three objects in view: – 1st, To provide for the subsistence of the rising generation; 2dly, To prevent the pain of disappointment; 3dly, To promote the equalization of fortunes.“ *Bentham* (1802/1838a) („Civil Code“), S. 334; vgl. hierzu auch *Stark* (1941), S. 78.

²⁵⁸ *Mill* (1848a), S. 809. Diese Formulierung seit der 3. Aufl. von 1852; in der 1. und 2. Aufl. hieß es noch: „is quite unobjectionable“.

²⁵⁹ Vgl. etwa *Myrdal* (1932), S. 164 f. *Ekelund/Walker* (1996), S. 560, sprechen von „interesting puzzle.“

²⁶⁰ *Mill* (1848a), S. 228.

²⁶¹ *Mill* (1848a), S. 808.

it fair and reasonable that the general policy of the state should favour the diffusion rather than the concentration of wealth²⁶²

Schon zu seinen Lebzeiten, insbesondere²⁶³ in den Anhörungen der Unterhaus-ausschüsse von 1852 („Hume Committee“) und 1861 („Hubbard Committee“) zur Einkommensteuerreform, ist Mill „Inkonsequenz“ vorgeworfen worden, weil er eine direkte Progression bei der Einkommensteuer ablehne, bei der Erbschaftsteuer jedoch befürworte, und weil er gesparte Einkommensteile zu Lebzeiten von der Einkommensteuer ausnehmen, das vererbte Vermögen beim Erben dagegen voll, d. h. nicht „sparbereinigt“, besteuern wolle. Mill hat damals in seinen Entgegnungen deutlich zum Ausdruck gebracht, daß es für ihn nur bei der Einkommensbesteuerung um Lastengerechtigkeit i.S. von „Opfergleichheit“ gehe, während bei der Erbschaftsbesteuerung „a higher principle of morality“ zur Geltung komme:

„But I do not think that the principle of equality of taxation has any application to the case of taxes on succession. It seems to me that taxes on succession stand on a different foundation from all other taxes, and that the State is entitled, in reference to them, to consider public policy and general morality, abstractedly from the special rule of equality of taxation. If a person is allowed by the State to succeed to that which he has not earned, but has obtained without any exertion, that is a privilege which he owes to the existence of law and society, to which the State is entitled to annex conditions, and if those conditions are just, when tried by a higher principle of morality, no general principle of equality of taxation has any application to them.“²⁶⁴

Auch auf wiederholtes Rückfragen der Kommissionsmitglieder („Though you would not tax those savings during the lifetime of the man who saved them, you would, by means of the tax on succession, tax the man who succeed him?“ „Consequently you would mulct the son for the virtues of the father?“)²⁶⁵ hat Mill geduldig immer wieder seine Auffassung artikuliert, daß Produktion und Verteilung unterschiedliche Sphären darstellten, in denen unterschiedliche Maßstäbe gelten müßten. Es sei ein entscheidender Unterschied, ob Einkommen auf eigenen Anstrengungen beruhe oder aber auf einer Erbschaft; bei der Erbschaftsteuer gehe es darum, für die Nachfolgeneration so weit wie möglich „Startgleichheit“ herzustellen,²⁶⁶ ein (modern gesprochen) „interpersonelles Korrespondenzprinzip“ für die Besteuerung von Erblasser *und* Erben könne es also nicht geben, und nach dem Erbübergang müsse bei der nunmehr einsetzenden Einkommensbesteuerung des Erben für dessen Konsumverzichte von neuem die von Mill vorgeschlagene „Spar-

²⁶² Mill vor dem Unterhaus-Ausschuß 1861; *Mill* (1861a), S. 569.

²⁶³ Vgl. auch den „öffentlichen Brief“ des damaligen Direktors der Bank of England, John Gellibrand Hubbard, an den Schatzkanzler Disraeli; *Hubbard* (1852), S. 31.

²⁶⁴ *Mill* (1861a), S. 566; ähnlich *Mill* (1852), S. 491.

²⁶⁵ *Mill* (1852), S. 493.

²⁶⁶ *Kiesling* (1992), S. 42, sieht gar in Mills Konzept einer (direkt) proportionalen Einkommensteuer und einer progressiven Erbschaftsteuer „the earliest statement . . . of the twentieth century idea of separating allocation from distributive functions [of taxation]“.

berreinigung“ gelten. Und Mill hat bei dieser Gelegenheit der Einkommensteuerkommission überdies freimütig erklärt, daß für ihn der Höhe des Spitzensatzes einer Erbschaftsteuer allein durch etwa zu erwartende Abwehrreaktionen der Steuerpflichtigen Grenzen gesetzt würden.²⁶⁷

IV. Das meritorische Element in Mills Steuerphilosophie

Eine weitere Eigenart der Millschen Steuerphilosophie ist das wiederholte Auftauchen meritorischer Überlegungen, in denen das Argument „verzerrter“ individueller Präferenzen in ganz spezifischer Weise zum Ausdruck kommt. Geistesgeschichtlich ist die Idee „korrigierender“ meritorischer Besteuerung gewiß nicht neu, vor allem die kameralistischen Schriften durchzog die Vorstellung von dem Fürsten, der als wohlwollender Diktator – als „Gottes Amtmann und Stockmeister“ – die „unvernünftigen“ Untertanen mit Strenge und entsprechender Steuerpolitik zu ihrem eigenen Besten leitet und „zu ihrem Glück zwingt“. Die Haltung des Utilitarismus und der Klassischen Nationalökonomie gegenüber staatlichen Eingriffen in das Marktgeschehen ist in den zurückliegenden Jahrzehnten Gegenstand vieler Diskussionen und einer Fülle von Untersuchungen gewesen. Und so wie diese Diskussionen die Unhaltbarkeit der These einer bedingslosen *laissez faire*-Haltung in wirtschaftspolitischen Fragen erwiesen haben, so muß auch davon ausgegangen werden, daß die klassische ökonomische Tradition nicht uneingeschränkte Souveränität mündiger Nachfrager annahm, sondern stets auch paternalistische Elemente beinhaltete. Selbst vor diesem Hintergrund aber sind die wiederholt vorkommenden meritorischen Überlegungen in Mills Werk²⁶⁸ „eigenartig“ (im eigentlichen Sinne des Wortes), zumal wenn man sie etwa vergleicht mit Jeremy Benthams Umgang mit dem Gedanken eines Eingriffes in das Recht des Individuums, das gewünschte Maximum an subjektiv empfundener „happiness“ selbständig und in selbstbestimmter Form anzustreben.²⁶⁹

²⁶⁷ Vgl. etwa Mill (1852), S. 491: „[MILL:] It is unjust to tax a person because, by his own savings, he acquires a large fortune, and to tax him in a larger proportion than if he had squandered more and saved less; but there is no injustice in taxing persons who have not acquired what they have by their own exertions, but have had it bestowed them in free gift; and there are no reasons of justice or policy against taxing enormously large inheritances more highly than smaller inheritances. SIR C. WOOD: *You would impose in point of fact a graduated succession tax as a legacy duty?* [MILL:] I would do so to the utmost extent to which the means could be found for imposing it without its being frustrated. The larger the sum demanded by the tax, the more would people try to evade it; but that is the only limitation I would apply to the principle.“

²⁶⁸ Lionel Robbins (1978), S. 183, weist in diesem Zusammenhang darauf hin, man dürfe nicht vergessen, „that the two Mills, who were in many respects the most radical of all the Classical Economists in their emphasis on the individualistic norm, were also officials of the East India Company und were well acquainted with the special responsibilities of government in areas where the great body of the people could not by any stretch of imagination be conceived as being capable of being guided for their own good by reason and persuasion.“

(i) Bereits in dem, was man in bewußter Abgrenzung zu Benthams (vermeintlich) quantitativem Utilitarismus später als „qualitativen Hedonismus“ bezeichnet hat, in Mills Unterscheidung zwischen „einfachen“ pleasures und „more desirable and more valuable“ pleasures bzw. zwischen „higher“ oder „lower“ desires, kommt jener „höhere“ Gesichtspunkt zum Ausdruck, demzufolge es notwendig sein kann, „to overrule the judgement of individuals respecting their own interests“²⁷⁰, jener Gedanke, der später charakteristisches Merkmal der Lehre von den über den individuellen Präferenzen stehenden „Kollektivbedürfnissen“ in der deutschsprachigen Finanzwissenschaft und der Idee der „verzerrten“ individuellen Präferenzen im Musgraveschen Konzept der meritorischen Güter wird. Fraglos am allgemeinsten zeigt sich dieses Element in book V, chap. 11 („On the grounds and limits of the *laissez-faire* or non-interference Principle“) der „Principles“; hier diskutiert Mill Ausnahmen von der Regel, „that the consumer is a competent judge of the commodity“, und er entwickelt am Beispiel u. a. des Gutes „education“²⁷¹ eine Theorie der merit wants (und der externen Effekte)²⁷², die in der Ausführlichkeit der Erör-

²⁶⁹ Vgl. etwa die prinzipiellen Überlegungen in *Bentham* (1804/1954) („Institute of Political Economy“), S. 335 ff.: „Power, knowledge or intelligence, and inclination: where these requisites concur on the part of him on whom the production of the desirable effect in question depends, it is produced; when any one of them is wanting, it is not produced. . . . With few exceptions, and those not very considerable ones, the attainment [of] the maximum of enjoyment will be most effectually secured by leaving to each individual to pursue the attainment of his own particular maximum of enjoyment in proportion as he is in possession of the means. Inclination in this respect will not be wanting on the part of any one. Power, the species of power applicable to the case – [viz.] wealth, pecuniary power – could not be given by the hand of government to one, without being taken from another . . . The gain to be produced in this article by the interposition of government, respects principally the head of knowledge. There are cases in which, for the benefit of [the] public at large, it may be in the power of government to cause this or that portion of knowledge to be produced and diffused, which, without the demand for it produced by government, would either not have been produced, or would not have been diffused.“ Vgl. ferner den Abschnitt „Problem I. To divert the course of Dangerous Desires, and direct the inclination towards those amusements which are most conformed to the public interest“ in den „Principles of Penal Law“ (*Bentham* (1802/1838b), S. 539 f.), Benthams Rechtfertigung der Einschränkung des Erbrechtes von Kollateralverwandten im „Escheat“ (1795) (oben S. 158 ff.) sowie Benthams Spötteleien über die Ratschläge eines Ratgebers Friedrichs d.Gr., denen zufolge der Staat u. a. in der Erntesaison Wachtposten aufstellen solle, damit die Untertanen keine unreifen Früchte essen und sich den Magen verderben; *Bentham* (1795/1839) („Manual of Political Economy“), S. 75 Anm.

²⁷⁰ *Mill* (1848a), S. 963.

²⁷¹ In steuerlicher Hinsicht folgt hieraus bei Mill ein nachdrückliches Plädoyer gegen eine Besteuerung von Zeitungen: „There ought to be no taxes . . . which render this great diffuser of information, of mental excitement, and mental exercise, less accessible to that portion of the public which most needs to be carried into a region of ideas and interest beyond its own limited horizon.“ *Mill* (1848a), S. 861.

²⁷² Vgl. das Beispiel der Kolonisierung; *Mill* (1848a), S. 970 ff. Auch zu einer Art Besteuerung erschöpfbarer Ressourcen hat Mill sich befürwortend geäußert: Als 1868 Charles Hayes, ein Krämer aus Leeds, in einem Brief an Mill vorschlug, Kohle zu besteuern und aus dem Steueraufkommen die Staatsschuld abzutragen, pflichtete ihm John Stuart Mill in seinem Antwortschreiben bei: „. . . it would do good instead of harm to compel them [the iron

terung und ihrer Reichweite erheblich über Benthams entsprechende Überlegungen hinausgeht:

„But there are other things, of the worth of which the demand of the market is by no means a test; things, of which the utility does not consist in ministering to inclinations, nor in serving the daily uses of life, and the want of which is least felt where the need is greatest. This is peculiarly true of those things which are chiefly useful as tending to raise the character of human beings. The uncultivated cannot be competent judges of cultivation. Those who most need to be made wiser and better, usually desire it least, and if they desired it, would be incapable of finding the way to it by their own lights. It will continually happen, on the voluntary system, that . . . the supply called forth by the demand of the market will be anything but what is really required.“²⁷³

(ii) Speziell in der Millschen „Steuerphilosophie“ ist in diesem Zusammenhang zunächst einmal Mills Abwägung von direkter und indirekter Besteuerung hervorzuheben: Die Argumentation greift u. a. das spätestens seit dem „Akzisesstreit“ des ausgehenden 17. Jhdts. viel diskutierte Merkmal der größeren Transparenz der Steuerbelastung und des dementsprechend größeren Steuerwiderstandes bei direkten Steuern auf. Dies werde, so führt Mill aus, von „many friends of improvement“ (ganz im Sinne der heutigen, von Brennan und Buchanan entwickelten Überlegungen zur „Fesselung“ des „Leviathanstaates“) dazu benutzt, für eine überwiegend direkte Besteuerung zu plädieren, weil so „überflüssige“ Staatsausgaben und „öffentliche Verschwendung“ auf stärkeren Widerstand der Steuerzahler stoßen werden: „If all taxes were direct, taxation would be much more perceived than at present; and there would be a security which now there is not, for economy in the public expenditure.“²⁷⁴ Diesem dem modernen Leser nicht ganz ungewohnten Argument zugunsten einer höheren Steuerbelastungstransparenz und einer vorwiegend direkten Besteuerung stellt Mill zwei interessante Einwände entgegen: (a) Das Verständnis der tatsächlichen Steuerinzidenz nehme „mit jedem Tag“ zu,²⁷⁵ so daß die Haltung der Wähler gegenüber Steuern und Steuererhöhungen immer weniger durch das bloß technische Merkmal, wer die Steuer zu entrichten hat, beeinflusst werde. Man wird wohl nicht fehlgehen, wenn man in diesem Einwand gleichermaßen die allgemein der englischen Nationalökonomie der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts in so hohem Maße eigene Vorstellung von der Überzeugungskraft ihrer Lehren wie auch speziell ein selbstbewußtes Vertrauen des Autors Mill auf die Wirkung seines eigenen Buches sieht. Noch interessanter ist nun Mills zweiter Einwand: (b) Ein Wechsel von einer überwiegend indirekten Besteuerung zu einer alleinigen direkten Besteuerung werde „an extreme dissatisfaction“ der

manufacturers] by a tax to be more economical“. Brief vom 15. 2. 1868 in *Mill* (1868a), S. 1362.

²⁷³ *Mill* (1848a), S. 953.

²⁷⁴ *Mill* (1848a), S. 864.

²⁷⁵ „The real incidence of indirect taxation is every day more generally understood and more familiarly recognised . . .“ *Mill* (1848a), S. 865.

Steuerzahler bzw. Wähler bewirken, und „while men’s minds are so little guided by reason, as such a change of feeling from so irrelevant a cause would imply, so great an aversion to taxation might not be an unqualified good“²⁷⁶: Die Steuerzahler würden nur auf die Steuerforderung eines Budgetvorschlages sehen, nicht aber die damit zu finanzierenden Staatsleistungen, und sinnvolle Reformen, deren Kosten sich für die Gesellschaft „oft hundertfältig“ bezahlt machen würden, würden schließlich an der mangelnden Bereitschaft des Parlaments scheitern, zusätzliche Steuermittel zu bewilligen. Ein größeres Gewicht der direkten Steuern käme nach alledem den Gegnern von Reformen zugute, denen, „who profit by the misapplication of public money . . . at the expense of that which would only be useful to the public“²⁷⁷ – so folgert Mill für den Leser etwas überraschend,²⁷⁸ nachdem seine Formulierungen bis dahin gekennzeichnet waren durch ein eigentümliches Hin- und Herpendeln zwischen einerseits der Sorge um unzulängliche Steuereinnahmen und andererseits der wiederholten Versicherung, daß die vorhandenen Einnahmen ausreichen würden, wenn die öffentliche Hand sie nicht verschwendete („wasted under the mere pretence of public service“)²⁷⁹ und vernünftig verwendete („if applied to the proper purposes“).

Auf den ersten Blick ist diese Argumentation weit entfernt von den Lehren der modernen Public Choice Theorie und von Wicksells Plädoyer (1896) zugunsten des Äquivalenzprinzips und der Bekundung der Zahlungsbereitschaft der Wähler auf der Grundlage eines „Preiszettels“ in Form transparenter Steuerbelastungsvorschläge. Aber Mill geht es letztlich wohl – im Gegensatz zu manchem heutigen Befürworter „unsichtbarer“ indirekter Steuern – nicht darum, die „wahre Steuerbelastung“ zu verschleiern, für ihn liegt das Problem in „derzeit“ noch verzerrten Wählerwahrnehmungen bezüglich der Steuerlast, und insofern wäre für ihn eine „unvoreingenommene“ Wahl zwischen den Steuerarten (bei gleicher Gesamtlast) erst auf der Grundlage allgemein verbreiteter individueller Inzidenzkenntnisse möglich. Erst dann würden die nunmehr steuertheoretisch aufgeklärten Wähler nicht mehr auf die Form der Steuern, sondern nur noch auf das Preis-Leistungsverhältnis eines Budgetvorschlages schauen. Insofern kann die in einem Brief vom 17. 4. 1865 geäußerte Erwartung Mills, eine Ausdehnung des Wahlrechtes werde zu einer Einschränkung der „öffentlichen Verschwendung“ führen, sich „vorläufig“ eigentlich nur auf die Ausgabenseite des Budgets beziehen:

²⁷⁶ Mill (1848a), S. 865.

²⁷⁷ Mill (1848a) S. 866.

²⁷⁸ Der deutsche Finanzwissenschaftler *Bergius* (1871, S. 475 f. u. 483 f.), der im allgemeinen Mills Auffassungen bis ins Detail der Formulierung übernimmt, scheint sich bei *diesem* Argument nicht besonders wohl gefühlt zu haben. Jedenfalls schließt er der fast wörtlichen Wiedergabe der Millschen Ausführungen gleich mehrere wörtliche Zitate des Franzosen Frédéric Bastiat an, in denen genau umgekehrt die mangelnde Transparenz indirekter Steuern vehement angeprangert wird.

²⁷⁹ Mill (1848a), S. 865.

„I expect little improvement in this respect [...] until the increased influence of the smaller taxpayer on the government, through a large extension of the suffrage, shall have produced a stricter control over the details of public expenditures.“²⁸⁰

(iii) Bemerkenswert, wenngleich nicht ganz originell, sind auch Mills Überlegungen zur Luxusbesteuerung, einem Thema, das seit den Luxusgesetzen des Mittelalters viele Ökonomen beschäftigt hat: War es zunächst bis ungefähr 1600 die moralische Verwerflichkeit des Luxus, so traten später überwiegend ökonomische Argumente (etwa im Sinne der Verschwendung von Ressourcen und im Sinne „überflüssiger“ Importe) hinzu oder an ihre Stelle.²⁸¹ Mills Konzept eines „optimalen Steuersystems“ umfaßt neben einer Steuer auf die Ausgaben für Wohnraum,²⁸² einer Besteuerung der Wertzuwächse von Immobilien und einer Erbschaftsteuer nur eine begrenzte Zahl indirekter Steuern auf Konsumgüter, vorzugsweise solche auf „luxuries“. Und unter allen Arten von Luxuskonsum wiederum sollten, so Mill, in erster Linie jene Luxus Kategorien besteuert werden, „which have most connexion with vanity and least with *positive enjoyment*“.²⁸³ Derartigem „ostentativen Konsum“ werden die „real luxuries“ gegenübergestellt, „things which afford pleasure in themselves, and are valued on that account rather than for their cost“.²⁸⁴ Mill versichert zugleich dem Leser, daß er kein Asketentum predigen wolle und daß er den „wirklichen“ Luxuskonsum nicht „entmutigen“ wolle:

„I disclaim all asceticism, and by no means wish to see discouraged, either by law or opinion, any indulgence (consistent with the means and obligations of the person using it) which is sought from a *genuine* inclination for, and enjoyment of, the thing itself.“²⁸⁵

Es fällt schwer, diese Unterscheidung zwischen „vanity“ und „genuine inclination“ (oder zwischen „positive“ und „negative enjoyments“) mit ethischen Argumenten zu begründen und als Grundlage einer unterschiedlichen steuerlichen Behandlung zu akzeptieren, aber Mill unternimmt den Versuch einer solchen Erklärung auch gar nicht, sondern er rechtfertigt die Besteuerung des reinen ostentativen Konsums (conspicuous consumption) ganz anders, nämlich mit dem Argument der „Lastenfreiheit“ einer Steuer auf Güter, die für den Käufer keinerlei intrinsischen Nutzen haben, sondern allein im Hinblick auf den für den Erwerb notwendigen hohen Ausgabenbetrag gekauft werden, um der Umwelt die Zahlungskraft des

²⁸⁰ Brief an James Beal v. 17. 4. 1865; *Mill* (1868a), S. 1034.

²⁸¹ Vgl. statt vieler als Übersicht *Mason* (1998a).

²⁸² Die Mill als „one of the fairest and most unobjectionable of all taxes“ bezeichnet: „A house-tax is a nearer approach to a fair income tax than a direct assessment on income can easily be.“ *Mill* (1848a), S. 834. „... what a person spends in house rent is generally a fair criterion of what he can afford to spend altogether.“ *Mill* (1852), S. 489; ähnlich S. 496.

²⁸³ Hervorhebung von mir; Mill erläutert diese Kategorie durch den Zusatz: „such as the more costly qualities of all kinds of personal equipment and ornament“; *Mill* (1848a), S. 870.

²⁸⁴ *Mill* (1848a), S. 871.

²⁸⁵ Hervorhebung von mir; *Mill* (1848a), S. 869.

Käufers zu demonstrieren. Dieser (in der neueren Steuertheorie „wiederentdeckte“) Gedanke einer „lastenfreien“ Besteuerung der conspicuous consumption ist freilich nicht Mills Idee, sondern geht – wie Mill selbst in einem seiner wenigen expliziten Quellenbelege anmerkt – auf den (heute vor allem als Kapitaltheoretiker bekannten) Schotten John Rae (1834) zurück²⁸⁶ – der wiederum in seinen Vorstellungen zur Ökonomie des Luxus von Heinrich von Storch beeinflusst worden war.²⁸⁷ Bei einer steuerlich bewirkten (künstlichen) Verteuerung²⁸⁸ eines derartigen Gutes (Rae und Mill verwenden als Beispiel Perlen und Diamanten) würde der Käufer nur noch eine geringere Menge kaufen müssen, um den gewünschten Signaleffekt nach außen hin zu erzeugen. Eine solche Steuer – so schreibt Rae – „would not cost the society anything. If not abused in its application, it would be a clear addition of so much to the resources of the community“.²⁸⁹ Und Mill folgt ihm hierin: „it is a creation of public revenue by which nobody loses.“²⁹⁰

Wir hatten bei der Darstellung der erbschaftsteuerlichen Ideen Mills gesehen, daß Jeremy Bentham 1795 den Vorschlag einer in der utilitaristischen Logik „lastenfreien“ (impliziten) Erbschaftsteuer publiziert hat, und es ist wohl kein Zufall, wenn nun auch John Stuart Mill die Möglichkeit einer (freilich völlig anders definierten) „lastenfreien“ Steuer herausstellt. Bei konsequenter Anwendung der „utilitaristischen Arithmetik“ (entsprechend einer Benthamistischen sozialen Wohlfahrtsfunktion mit individuellen Statusnutzen) hätten sich allerdings Überlegungen zur sozialen Bewertung derartigen individuellen Konsumverhaltens hinzufügen lassen, wo doch ein Individuum, das durch erhöhten ostentativen Konsum in der Hierarchie „aufrückt“, damit zugleich in der Art eine Nullsummenspieles ein anderes Individuum in seinem Status zurücksetzt – und umgekehrt.²⁹¹

Und noch ein Stückchen spezifisch Millscher Steuerphilosophie verdient in diesem Zusammenhang hervorgehoben zu werden: So sehr Mill betont, nicht Askese und Genußeinschränkung predigen zu wollen, so sehr wird seine Verachtung für diejenigen Zeitgenossen deutlich, die nach der Maxime „mehr scheinen als sein“ leben und durch ihren Lebensstil den Eindruck eines höheren als tatsächlich gegebenen Wohlstandes erwecken wollen. Bereits zu Beginn des allgemeinen Steuerkapitels beklagt er sich über „falsche“ gesellschaftliche Wertmaßstäbe, über „the notion that social importance is or can be determined by amount of expenditure“ und über „the vulgarity of prizing them [i.e. riches; C.S.] for the pitiful vanity of being known to possess them, or the paltry shame of being suspected to be without

²⁸⁶ Rae (1834), S. 369 ff.; vgl. ferner Mason (1998a) und (1998b) zu Raes Vorschlag und zum Einfluß Raes auf Thorstein Veblens „Theory of the Leisure Class“ von 1899.

²⁸⁷ Vgl. hierzu Mason (1998b), S. 96 f.

²⁸⁸ Entsprechend könnte der Staat eine eingetretene Verbilligung infolge gesunkener Produktionskosten künstlich und zum Wohle des Fiskus wieder „rückgängig machen“.

²⁸⁹ Rae (1834), S. 371.

²⁹⁰ Mill (1848a), S. 869.

²⁹¹ Vgl. auch Mason (1998b), S. 100.

them, the presiding motives of three-fourths of the expenditure of the middle classes“.²⁹² Dieser Kritik begegnen wir erneut bei Mills zusammenfassender Bewertung der Einkommensteuer. Über Jahrhunderte hinweg hatten Ökonomen Kritik an jeder direkten persönlichen Besteuerung von Einkünften und Vermögen vor allem deshalb geübt, weil diese Form der Besteuerung zur Aufdeckung der wirtschaftlichen Verhältnisse des Steuerpflichtigen führe und gegebenenfalls „seinem Kredit“ schade. Nicht so Mill. So sehr er die Einkommensteuer wegen der Hinterziehungsfahr für „inpracticable“ hält, jene „klassische“ Kritik an der Einkommensteuer zählt für ihn kaum:

„The supposed hardship of compelling people to disclose the amount of their incomes, ought not, in my opinion, to count for much. One of the social evils of this country is the practice, amounting to a custom, of maintaining, or attempting to maintain, the appearance to the world of a larger income than is possessed; and it would be far better for the interest of those who yield to this weakness, if the extent of their means were universally and exactly known, and the temptation removed to expending more than they can afford, stinting real wants in order to make a false show externally.“²⁹³

(iv) Schließlich dürfen in diesem Zusammenhang die verstreuten Äußerungen Mills zur Besteuerung von „indulgences“ und insbesondere alkoholischen „Stimulantien“ nicht unerwähnt bleiben. Sie sind interessant vor allem deswegen, weil in ihnen ein gewisser Zwiespalt zwischen der Idee meritorischer Verbrauchs-„lenkung“ und der Befürwortung individueller Konsumentensouveränität zum Ausdruck kommt:

Hatte Mill zwei Seiten zuvor noch dem Leser versichert, er wolle kein Asketen-tum predigen und nicht „wirkliche“ Genüsse entmutigen, so plädiert er bei Erörterung der Rolle von „luxuries of general consumption“ in einem „optimalen Steuer-system“ dann dafür, vorzugsweise stimulierende Getränke zu besteuern, weil diese mehr als andere „luxuries“ „are . . . liable to be used in excess“. Er beeilt sich aber, sogleich hinzuzufügen: „though in themselves are legitimate indulgences as any others“.²⁹⁴ Gewiß: Mills weiter oben (siehe S. 169) angeführte Absage an „Asketentum“ und seine Verurteilung „wirklicher“ Genüsse erfährt durch den in Klammern den grundsätzlich nicht anzutastenden „indulgences“ nachgestellten Zusatz „(consistent with the means and obligations of the person using it)“ eine wichtige Einschränkung gerade für die Armen und den Arbeiter als Familienvater und läßt an das in vielen Reden und Flugschriften der Zeit angeprangerte Problem des

²⁹² Mill (1848a), S. 807 f.

²⁹³ Mill (1848a), S. 829 f. Freilich hat dies auch eine andere Seite, wie Mill den Leser sofort belehrt: Solange sich das Ansehen, das die Masse („the vulgar“) einer Person entgegenbringt, primär danach richtet, wieviel pekuniäre Mittel man bei jemand vermutet, solange würde eine steuerlich bewirkte Offenlegung der tatsächlichen wirtschaftlichen Verhältnisse möglicherweise „increase the presumption and arrogance of the vulgar rich, and their insolence towards those above them in mind and character, but below them in fortune.“ Loc.cit.

²⁹⁴ Mill (1848a), S. 871.

Alkoholismus und an die Idee einer steuerlichen Anti-Alkoholpolitik denken. Der Wortlaut des Millschen Plädoyers für eine Besteuerung stimulierender Getränke legt aber bei genauerer Analyse eher den Schluß nahe, daß für Mill eine derartige Besteuerung gar nicht dem Ziel dienen sollte, den („exzessiven“) Konsum alkoholischer Stimulantia einzuschränken, sondern daß für diese Besteuerung ausschlaggebend sei, daß die bei einer Konsumbesteuerung (und elastischer Nachfrage) in jedem Falle unvermeidliche Folge einer Verringerung der konsumierten Menge hier noch am wenigstens zu bedauern sei; Mill setzt nämlich den oben zitierten Satz fort: „... to be used in excess, so that the check to consumption, naturally arising from taxation, is on the whole better applied to them than to other things.“²⁹⁵

Diese Interpretation wird bestätigt durch andere Ausführungen Mills, etwa zur Höhe des „richtigen“ Freibetrages bei der Einkommensteuer: Ein solcher Freibetrag, so Mill in den „Principles“, müsse sich an den „notwendigen“ Ausgaben orientieren; „and the poor who, not having more than enough for necessaries, divert any part of it to indulgences, should like other people contribute their quota out of those indulgences to the expenses of the state.“²⁹⁶ Analog heißt es in einem frühen Zeitungsartikel im „Examiner“ (1833):

„... we are inclined to retain a few such taxes on luxuries, at any rate on stimulants, as might by possibility touch those lowest incomes. It is but just that the indulgence which we suppose the state to extend to a poor man, because all his income is required for actual necessaries, should be contingent upon his really so expending it; and that if he thinks fit to encroach upon his own or his family's necessaries, for the purchase of mere indulgences, he should contribute his share to the public revenue like the rest of the community.“²⁹⁷

Also nicht so sehr der meritorische Eingriff in die Konsumentenpräferenzen zum Wohle des Konsumenten rechtfertigt die Alkoholbesteuerung, sondern die Besteuerung von „indulgences“ der Armen ist vielmehr ein Gebot der Gerechtigkeit und Fairness²⁹⁸ gegenüber den anderen Steuerpflichtigen; nur das „wirkliche“ Existenzminimum i.S. der „notwendigen“ Ausgaben soll bei allen Staatsbürgern von der Einkommensbesteuerung ausgenommen werden. Und auch in einem Zeitungsartikel Mills aus dem Jahre 1846 zur „Malt Tax“ fehlt jeder Hinweis auf eine verbrauchslenkende Wirkung; statt dessen wird herausgestellt, daß Getränke-

²⁹⁵ Mill (1848a), S. 871.

²⁹⁶ Mill (1848a), S. 807.

²⁹⁷ Mill (1833), S. 554.

²⁹⁸ Vor dem Unterhaus-Ausschuß von 1852 formulierte Mill zum selben Gegenstand: „in that case I think it is just that those indulgences should be taxed.“ Mill (1852), S. 497; Hervorhebung von mir. Analog schreibt Mill an James Beal in einem Brief vom 17. 4. 1865, in dem er sein „Programm“ als Kandidat für einen Unterhaussitz erläutert, zum Fall des Arbeiters, der sein Geld für „luxuries“ in Form stimulierender Getränke ausgibt: „... I think it perfectly just that he sh^d be taxed on such expenditure“; von Verhinderung schädlichen Alkoholkonsums kein Wort. Mill (1868a), S. 1033; Hervorhebung von mir.

steuern bei geringer Preiselastizität der Nachfrage ideal im fiskalischen Sinne seien – sofern sie eben gerade *nicht* zur Prohibitivsteuer werden:

„There are no taxes so little objectionable as taxes on luxuries, and among luxuries none are such proper subjects of taxation as stimulants. All stimulants, whether those of the rich or of the poor, should be taxed as high as they will bear; at the highest rate which will not defeat the object by encouraging smuggling, – the rate, in short, which will yield the largest revenue.“²⁹⁹

Fairness und fiskalischer Ertrag, nicht so sehr meritorischer Einsatz der Besteuerung zur Bekämpfung des Alkoholismus,³⁰⁰ diese Akzentsetzung der Alkoholbesteuerung bei Mill hebt sich recht deutlich ab von Jeremy Benthams Lob einer Prohibitivsteuer auf Alkoholika (wenn sie denn wirkt³⁰¹):

„The *best* sort of indirect tax is that which, by its effect in the character of a prohibition, diminishes the consumption of an article the use of which is pregnant with future misery, the dregs of the cup of present pleasure. Such, above all, are the *pabula* of drunkenness. The fiscal is in this case crowned by a moral use.“³⁰²

Aber selbst die deutschen zeitgenössischen Finanzwissenschaftler, die ansonsten die kameralistischen Traditionen noch nicht vollständig abgeschüttelt haben, stimmten nicht etwa ein solches „Benthamistisches“ Loblied des verbrauchsteuern den Einsatzes von – wie man sie heute nennt – „sin taxes“ an. Mills getreuer Adept Bergius etwa stellt, bevor er Mills „Regeln für die indirekte Besteuerung“ fast wörtlich abschreibt, in aller Deutlichkeit klar, was wichtiger ist:

„Aber freilich wenn das Volk den Verbrauch gewisser besteueter, jedoch entbehrlicher Waaren freiwillig aufgibt, z. B. den Mässigkeitaposteln folgt, nicht mehr Branntwein trinkt, oder nicht mehr Taback raucht . . . , so wird die Staatskasse auch nicht gefüllt.“³⁰³

Und Rau (1855) mahnt gar:

„Die Besteuerung geistiger Getränke dient zugleich den übermäßigen Genuß derselben einigermäßen zu verhindern; dagegen ist es wünschenswerth, daß die zur Stärkung dienende Verzehrung der arbeitenden Classe schonend belastet werde. Man könnte daher eine

²⁹⁹ Mill (1846), S. 861.

³⁰⁰ Vgl. auch den Bericht der „Daily News“ vom 7. 7. 1865 über die Versammlung der Wähler zur Aufstellung des Kandidaten für Westminster (Mill 1868b, S. 31): Auf die Frage, ob er gegen die Malt Tax stimmen würde, antwortete Mill ähnlich, wie schon die mittelalterlichen Stadtväter die Unterhaltung städtischer Freudenhäuser rechtfertigten: Er sei gegen einen freien Handel mit „intoxicating drinks“ und für eine Regulierung der Vergabe von Wirtshauslizenzen, „because public-houses were very often a nuisance, and it was of great importance that nuisances should be out of way. (*Cheers.*) There must be such things, but they should be out of the way as much as possible consistent with public convenience [!]“.

³⁰¹ Bentham hebt zuvor in geradezu dramatischer Weise die Gefahr von Substitutionseffekten zu Lasten „wichtigerer“ Konsumgüter hervor: „By a tax upon gin, many a man, instead of being sobered, has been starved.“ Bentham (1804 / 1864) („Institute of Political Economy“), S. 368.

³⁰² Ebenda; Kursivschreibung im Original.

³⁰³ Bergius (1871), S. 479.

solche Höhe der Trancksteuern nicht billigen, welche ungeachtet des Anwachsens der Volksmenge den Verbrauch dieser Getränke im Ganzen verminderte oder auch nur auf der gleichen Höhe erhielt.“³⁰⁴

V. „General Principles“ versus „Applications in the Concrete“: Die Unvereinbarkeit des Steuerphilosophen mit dem Steuerreformer

Mill selbst hat seinerzeit seine projizierten „Principles“ charakterisiert als „a book to replace Adam Smith, that is, to attempt to do for political economy what A.S. did at the time when he wrote, to make a book which, while embodying all the abstract science in the completest form yet attained, incorporating all important improvements, should at the same time be essentially a book of applications exhibiting the principles of the science in the concrete“;³⁰⁵ in den Worten de Marchi: „he sought to combine the offices of theorist and practical man.“³⁰⁶ Daß eine solche Zielsetzung anspruchsvoll und problematisch ist, liegt auf der Hand, und erst recht bedarf es keiner weiteren Erläuterung, daß eine solche „duale“ Absicht gerade bei der durch „technische Details“ so komplizierten Materie der Besteuerung und der Einzelsteuern besondere Anforderungen stellt.

Nach dem Erscheinen der „Principles“, in der Zeitspanne von 1850 bis 1861, wurde Mill fünfmal von Ausschüssen des englischen Unterhauses als ökonomischer Sachverständiger hinzugezogen und um Stellungnahmen gebeten, darunter zweimal (1852 und 1861) zu Fragen der Steuerpolitik. Mill galt offensichtlich als Autorität in Fragen der Besteuerung; die Mitglieder des Parlamentskomitees kannten die „Principles of Political Economy“, sie zitierten aus ihnen, und sie stellten gezielt Fragen zu bestimmten Passagen in den „Principles“.³⁰⁷ Mills Bemühen, seine Auffassungen zu den Steuerfragen der Zeit geltend zu machen und die steuerpolitische Diskussion zu beeinflussen, war freilich nur schwer zu vereinbaren mit der zugleich eingenommenen Stellung des Steuerphilosophen, der losgelöst von den Details der Praxis allgemein über „general principles“ nachdenkt. Schon zu Mills Lebzeiten galt, daß gerade in steuerpolitischen Fragen das (steuer-) technische Detail, die „Machbarkeit“ und die „Akzeptanz“ diejenigen Faktoren sind, die die Diskussion bestimmen – und nicht das „Prinzipielle“ und nicht die wissenschaftliche Geschlossenheit der Argumentation. Schatzkanzler Gladstone fühlte sich denn auch in der Befragung von 1861 veranlaßt, Mill mahnend auf diesen Sachverhalt hinzuweisen: „... the difficulties of carrying the question through Parliament, and of making the measure acceptable to the country, which of course, as

³⁰⁴ *Rau* (1855), Bd. 2, S. 190.

³⁰⁵ *Mill* (1848b), S. 708.

³⁰⁶ *de Marchi* (1974), S. 139.

³⁰⁷ Vgl. *Mill* (1852), S. 465 u. 486; *Mill* (1861a), S. 587 u. 589.

we know very well, would not depend upon the degree of its scientific accuracy but in a much greater degree upon the feelings of men with regard to the relative mode of treatment.“³⁰⁸ Wenig später wurde der Schatzkanzler noch deutlicher: „It would be necessary, would it not, for any body of persons charged with the responsibility of conducting public affairs, to look carefully through, and to test all the various forms of difficulty that might be raised, and it would not be sufficient for them to say that they had prepared a plan of which the general outlines were so sound, that they felt assured that it would be carried, but they must be prepared to give an answer to every difficulty that might be stated?“³⁰⁹ Das Protokoll verzeichnet als Antwort Mills auf diese rhetorische Frage ein kurzes „Yes“.

Die Lektüre der Anhörungsprotokolle, aber auch mancher Briefe Mills vermittelt dem Leser einen ganz eigenartigen Eindruck: Nicht selten beantwortet Mill die ihm gestellten Fragen mit Formulierungen, die nahezu wörtlich seinen steuerlichen Ausführungen in den „Principles“ entsprechen, fast so, als ob er sich selbst zitierte. Fragen nach technischen Details und nach der Umsetzung in die steuerliche Praxis weicht er aus,³¹⁰ bzw. er entgegnet immer wieder, daß es ihm vorrangig um die „principles of general taxation“ gehe, und dies hält er unerschütterlich auch gegenüber hartnäckigen Fragestellern durch.³¹¹ Schon gleich zu Beginn der ersten Sitzung des „Select Committee on Income and Property Tax“ 1852, als der Vorsitzende Joseph Hume die Befragung mit den Worten eröffnet: „You have been given considerable attention to the subject of taxation, and have published your opinions upon the income and property tax?“, antwortet Mill bezeichnenderweise korrigierend: „On the general principles of the income and property tax.“³¹² Und im weiteren Verlauf der Diskussion entwickelt sich zwischen Hume und Mill der folgende kennzeichnende Dialog zu den „Principles“:

Hume: „You were asked to give your grounds for the opinion you have held; have you not published your opinions on the principles of general taxation; and did you not, before publishing those opinions, have the whole question of the several taxes of this country before you in order to enable you to judge?“

³⁰⁸ Mill (1861a), S. 562.

³⁰⁹ Mill (1861a), S. 563.

³¹⁰ Vgl. etwa Mills Reaktion auf die Fragen von Joseph Henley zur „Sparbereinigung“ der Einkommensteuer; Mill (1852), S. 492. Zuweilen leidet der Leser mit Mill, wenn dieser seine Antwort so vorsichtig wie möglich formuliert: „There is one reason, however, which inclines me to think that very likely the savings may in reality . . .“ (Mill 1861a, S. 560) oder: „I do not know that it [the distinction] is impossible; I am inclined rather to think that it might be drawn, but I find there is a general opinion that it is impossible.“ (ebenda, S. 580).

³¹¹ Besonders hübsch das eigenartige Frage- und Antwort-Duell zwischen Sir Stafford Northcote und Mill 1861, in dessen Verlauf die Diskussion der ursprünglichen Frage nach den Kriterien einer Klassifikation der Einkommensbezieher angesichts von Mills ausweichenden Antworten sich schließlich zu einer Diskussion über die angemessene Klassifikation von *Büchern* entwickelt („... supposing you were going to classify books . . .“). Mill (1861a), S. 576.

³¹² Mill (1852), S. 465.

Mill: „In the book which I published, my object was to give my view of the general principles of taxation, and to enter into the consideration of hypothetical taxes rather than into the complication of the taxes of any particular country, and I do not consider myself bound by the opinions which I have expressed on such details, in the same degree as on the general principles, because opinions upon particular taxes are liable to vary.“³¹³

Dem Steuerphilosophen Mill geht es vorrangig um „general principles“, insbesondere um „equality of taxation“. Dies hebt ihn ab von so manchem Zeitgenossen, für den „practicability“ der Test für eine „gute“ Besteuerung war.³¹⁴ Mill möchte aber zugleich, ganz im Sinne der eingangs dieses Abschnittes zitierten Zielsetzung der „Principles“, die Anwendung dieser allgemeinen Prinzipien „in the concrete“ demonstrieren, d. h. es geht ihm auch darum zu zeigen, welche Gestalt eine an den „general principles“ ausgerichtete „richtige“ Besteuerung haben müßte.³¹⁵ Daraus ergibt sich schon in den „Principles“ immer wieder eine Beschäftigung auch mit speziellen steuertechnischen Detailfragen, und daraus resultiert vor allem bei Mills Kontakten mit den „Praktikern“ ein eigenartiges Dilemma: Auf der einen Seite wird ihm gerade dann, wenn er im Interesse der steuerpolitischen „Machbarkeit“ die strenge Deduktion aus einem einzigen „scientific principle“ aufgibt und weitere Gesichtspunkte einführt, von seinem Interviewer (Sir Stafford Northcote 1861) triumphierend entgegengehalten, ein solches Vorgehen sei nicht „scientific“, sondern „arbitrary“.³¹⁶ Auf der anderen Seite muß der Steuerphilosoph Mill, konfrontiert mit spezifischen Beispielen, eingestehen, er könne nicht alle in der Praxis möglicherweise auftretenden Konstellationen voraussehen,³¹⁷ und er muß bei „Alltagsfragen“ der Steuertechnik und bei Vorbehalten hinsichtlich der „administrativen Realisierbarkeit“ bekennen, daß er keine Antwort weiß:

„I beg to be understood as speaking positively only on the claims of justice, and the scientific principles on which the tax should rest. On the question of practicability, or of the administrative difficulties which might arise in applying the principle, I must be understood as always speaking under correction from many who are much more competent than I to judge of those administrative difficulties. But in principle . . .“³¹⁸

Damit war zugleich der Wirkungsbereich des Steuerreformers Mill abgesteckt.³¹⁹ Zu seinen Lebzeiten wurde keine seiner großen Steuerreformideen ver-

³¹³ Mill (1852), S. 486.

³¹⁴ Unter den Ökonomen der Zeit ist hier in erster Linie an McCulloch zu denken; vgl. *McCulloch* (1852), S. 18.

³¹⁵ Auch *Shoup* (1960), S. 258, hebt den fundamentalen Unterschied insbesondere zu David Ricardo hervor: „... he [Mill] was strongly attracted to the type of technical question around which tax policy is constructed.“

³¹⁶ Mill (1861a), S. 577.

³¹⁷ Mill (1861a), S. 597.

³¹⁸ Mill (1861a), S. 554. Vgl. auch Mill (1852), S. 477: „I am not entering into the question of what is now practicable, but what would be necessary to make an income tax a strictly just tax“.

wirklicht, weder die progressive Erbschaftsteuer noch die Steuer auf Wertzuwächse bei Immobilien, und auch nicht die Sparvereinigung bei der Einkommensteuer bzw. die spezifische qualitative Differenzierung nach Einkunftsarten. Dem Steuerreformer Mill war bis zu seinem Tod (1873) wenig Erfolg beschieden.³²⁰ Aber auch der Steuerphilosoph Mill ist heute nur noch wenigen bekannt, viele moderne Lehrbücher der Finanzwissenschaft erwähnen noch nicht einmal Mills Namen. Dabei hat wohl kein anderer Autor der klassischen englischen Nationalökonomie sich derart intensiv mit den „allgemeinen“ Anforderungen an eine „gerechte“ Besteuerung beschäftigt und ihre steuerpolitischen Konsequenzen demonstriert wie Mill. Man vergleiche hierzu nur die geradezu lakonische Kürze des ersten Smithschen Steuergrundsatzes mit Mills ausführlicher Diskussion der Frage, was unter „equality of taxation“ zu verstehen sei. Soweit man heute überhaupt noch Mills Gedanken zur Besteuerung erwähnt, sind es ganz überwiegend seine Ausführungen zur „Opfergleichheit“, auf die hingewiesen wird. Aber gerade diesen Ausführungen wird vorgeworfen, sie seien inkonsequent oder gar fehlerhaft. Ohne Frage sind die steuertheoretischen und -politischen Passagen der „Principles“ nicht frei von Widersprüchen. Daß aber die seit Edgeworth übliche Kritik und „Umdeutung“ von Mills Eingangspassage zur „Opfergleichheit“ und zur „Minimierung des Gesamtöpfers“, gelinde gesagt, „leichtfertig“ ist und daß sich gerade diese vielzitierte und -kritisierte Fundamentalaussage des Steuerteils der Millschen „Principles“ durchaus als geschlossenes Gedankengebäude interpretieren läßt, das zu zeigen war ein zentrales Anliegen meines Beitrages.³²¹

³¹⁹ Es ist nicht ohne Reiz zu spekulieren, ob die „Wirkungsmöglichkeiten“ für einen Steuerphilosophen generell günstiger sind in einer Rechtskultur, die anders als der angelsächsische Rechtskreis eher auf der Formulierung von „principles“ als auf der Festlegung einer Vielzahl von „rules“ aufbaut. Vgl. hierzu Jones (1996).

³²⁰ Freilich haben auch viele englische Zeitgenossen Mills, die gleichfalls (aber mit andersartigen Argumenten) für eine qualitative Differentiation eintraten (z. B. Hubbard) oder die einen direkt progressiven Einkommensteuertarif forderten, nichts bewegen können. Erst Harcourts Budget von 1894 brachte eine progressive Erbschaftsteuer, und erst 1909 wurde durch die Einführung der „supertax“ eine direkte Progression bei der Einkommensteuer verwirklicht; hierzu ausführlich Sabine (1966), S. 125 ff., und Shehab (1953), S. 198 ff. u. 247 ff.

Shehab kommentiert Harcourts Budget von 1894 mit den Worten: „... [It] put into application the greater part of Mill's distributional theory“ (loc.cit. S. 198). Aber gerade von Mills fundamentaler steuerphilosophischer Unterscheidung zwischen Aufgabe und Prinzipien einer Besteuerung der Einkommen einerseits und einer Besteuerung der Erbschaften andererseits ist in den englischen Diskussionen um die Jahrhundertwende wenig zu spüren; so stellt etwa die Steuerreformkommission von 1906 ausdrücklich fest, income tax and death duties seien zusammen zu sehen als eine Form der Einkommensteuer (loc.cit. S. 244).

³²¹ Während der Drucklegung gelangte das Buch „The Uneasy Case for Progressive Taxation“ der beiden Chicagoer Rechtswissenschaftler Blum und Kalven (1953) in meine Hände. In einer Fußnote (S. 51 Anm. 128) gehen die Autoren auch auf Mills „Irrtum“ ein. Zunächst versuchen sie, einen etwas verwirrenden (und ein wenig an Edgeworths „Umdeutung“ erinnernden) Nachweis zu führen, daß Mill „kein Irrtum unterlaufen sein könne“. Unmittelbar anschließend kommt dann eine These, die viel Ähnlichkeit mit dem hat, was in Abschnitt I meines Beitrages hergeleitet worden ist: „But Mill's remark, we believe, was not concerned

Literatur

- Babbage*, Charles (1851): *Thoughts on the Principles of Taxation, with Reference to a Property Tax and its Exceptions*. 2nd ed. London 1851; repr. in: D.P. O'Brien (1999), vol. 5, S. 197 ff.
- Bastable*, C.[harles] F.[rancis] (1903): *Public Finance*, 3rd ed. revised and enlarged. London / New York 1903.
- Bentham*, Jeremy (1789): *An Introduction to the Principles of Morals and Legislation*. London 1789. Repr. in: *The Works of Jeremy Bentham*, ed. John Bowring, vol. 1. Edinburgh 1838, repr. New York 1962, S. 84 ff.
- (1795/1839): *A Manual of Political Economy*. In: *The Works of Jeremy Bentham*, ed. John Bowring, vol. 3. Edinburgh 1839, repr. New York 1962, S. 31 ff. [Es handelt sich um eine vom Herausgeber Bowring vorgenommene Kompilation aus Textstücken der Manuskripte „A Manual of Political Economy“ (1795) und „Method and Leading Features of an Institute of Political Economy“ (1804).]
 - (1795): *Supply without Burden; or Escheat vice Taxation: Being a Proposal for a Saving of Taxes by an Extension of the Law of Escheat, including Strictures on the Taxes on Collateral Succession Compromised in the Budget of 7th December, 1795*. Repr. in: *The Works of Jeremy Bentham*, ed. John Bowring, vol. 2. Edinburgh 1838, repr. New York 1962, S. 585 ff.
 - (1802/1838a): *Principles of the Civil Code*. In: *The Works of Jeremy Bentham*, ed. John Bowring, vol. 1. Edinburgh 1838, repr. New York 1962, S. 297 ff.
 - (1802/1838b): *Principles of Penal Law*. In: *The Works of Jeremy Bentham*, ed. John Bowring, vol. 1. Edinburgh 1838, repr. New York 1962, S. 367 ff.
 - (1802/1839): *A General View of a Complete Code of Laws*. In: *The Works of Jeremy Bentham*, ed. John Bowring, vol. 3. Edinburgh 1839, repr. New York 1962, S. 155 ff.
 - (1804/1954): *Method and Leading Features of an Institute of Political Economy (Including Finance)*, considered not only as a science but as an art. In: W. Stark (ed.): *Jeremy Bentham's Economic Writings. Critical edition based on his printed works and unprinted manuscripts*, vol. 3. London 1954, S. 303 ff.
 - (1815): *A Table of the Springs of Action: Shewing the several Species of Pleasures and Pains of which Man's Nature is susceptible: together with the several species of Interests, Desires, and Motives respectively corresponding to them: and the several sets of Appellatives, Neutral, Eulogistic, and Dyslogistic, by which each species of Motive is wont to be designated: to which are added, Explanatory Notes and Observations* London 1815. Repr. in: *The Works of Jeremy Bentham*, ed. John Bowring, vol. 1. Edinburgh 1838, repr. New York 1962, S. 195 ff.

with the utility of money but with a common sense notion about men's reaction to recognized injustice. In this sense it would be generally agreed [!] that the ‚evil‘ of being a victim of injustice is greater than the corresponding ‚good‘ of being even an innocent beneficiary of it.“ Eine ideengeschichtliche, textanalytische „Rechtfertigung“ ihrer These liefern Blum/ Kalven freilich nicht.

- (1822/1840): Codification Proposal Addressed by Jeremy Bentham to All Nations Professing Liberal Opinions. In: *The Works of Jeremy Bentham*, ed. John Bowring, vol. 4. Edinburgh 1840, repr. New York 1962, S. 535 ff.
 - (1830/1841): *The Constitutional Code*. In: *The Works of Jeremy Bentham*, ed. John Bowring, vol. 9. Edinburgh 1843, repr. New York 1962, S. 1 ff.
 - (1831/1839a): *Equity Dispatch Court Bill: Being a Bill for the Institution of an Experimental Judicatory under the Name of the Court of Dispatch, for exemplifying in Practice the manner in which the proposed Summary may be substituted to the so called Regular System of Procedure; and for clearing away by the experiment, the arrear of business in the Equity Courts*. In: *The Works of Jeremy Bentham*, ed. John Bowring, vol. 3. Edinburgh 1839, repr. New York 1962, S. 319 ff.
 - (1831/1839b): *Pannomial Fragments*. In: *The Works of Jeremy Bentham*, ed. John Bowring, vol. 3. Edinburgh 1839, repr. New York 1962, S. 211 ff.
 - (1834): *Déontologie ou science de la morale* (Jeremy Bentham. Œuvres, traduit par P.É.L. Dumont et B. Laroche, t. 4). Bruxelles 1834 (Nachdruck Aalen 1969).
 - (1838): *Essay on the Influence of Time and Place in Matters of Legislation*. In: *The Works of Jeremy Bentham*, ed. John Bowring, vol. 1. Edinburgh 1838, repr. New York 1962, S. 169 ff.
- Bergius*, Carl Julius (1871): *Grundsätze der Finanzwissenschaft mit besonderer Beziehung auf den Preussischen Staat*. 2. Aufl. Berlin 1871.
- Blum*, Walter J./*Kalven*, Harry (1953): *The Uneasy Case for Progressive Taxation*. 4th impr. Chicago/London 1963.
- Bös*, Dieter/*Tillmann*, Georg (1983): *Neid und progressive Besteuerung*. In: K.-H. Hansmeyer (Hrsg.): *Staatsfinanzierung im Wandel* (Schriften des Vereins für Socialpolitik, N.F. 134). Berlin 1983, S. 637 ff.
- Boxhorn*, Marcus Zuerius (1643): *Institutionum politicarum libri duo*. Editio secunda, Lipsiae 1665.
- Buchanan*, David (1817): *Observations of the Subjects Treated of in Dr Smith's Inquiry into the Nature and Causes of the Wealth of Nations*. Edinburgh 1817, repr. New York 1966.
- Buckingham*, James S. (1835): *Plan of an Improved Income Tax and Real Free Trade, with an Equitable Mode of Redeeming the National Debt, and Some Observations on the Education and Employment of the People – on Systematic Colonization – and on the Welfare of the Labouring Classes*. 2nd ed. London 1845; repr. in: D.P. O'Brien (1999), vol. 5, S. 23 ff.
- Burns*, James (1896): *A Graduated Income Tax*. In: *Westminster Review*, vol. 146 (1896), S. 555 ff.
- Burns*, J.H. (1976): *The Light of Reason: Philosophical History in the Two Mills*. In: J.M. Robson/M. Laine (eds.): *James and John Stuart Mill. Papers of the Centenary Conference*. Toronto/Buffalo 1976. S. 3 ff.
- Burton*, John Hill (1838): *Introduction to the Study of the Works of Jeremy Bentham*. In: *The Works of Jeremy Bentham*, ed. by John Browning, vol. 1. Edinburgh 1838, repr. New York 1962, S. 3 ff.

- Cannan*, Edwin (1901): Equity and Economy in Taxation. In: *Economic Journal*, vol. 11 (1901), S. 474 ff.
- Carl*, Ernst Ludwig (1723) [veröffentlicht unter dem Anonym „Mr. C.C.d.P.d.B. Allemand“]: *Traité de la richesse des princes; et de leurs états: et des moyens simples et naturels pour y parvenir*. 3 Bde. Paris 1723 (Nachdruck Hildesheim / Zürich / New York 2000).
- Carver*, Thomas Nixon (1895): The Ethical Basis of Distribution and Its Application to Taxation. In: *Annals of the American Academy of Political and Social Sciences*, vol. 6 (1895), S. 79 ff.
- (1904): The Minimum Sacrifice Theory of Taxation. In: *Political Science Quarterly*, vol. 19 (1904), S. 66 ff.; erweiterter Wiederabdruck in: T.N. Carver: *Essays in Social Justice*. Cambridge [USA] 1925, S. 392 ff.
- Cohen Stuart*, Arnold Jacob (1889): On Progressive Taxation [Auszugsweise engl. Übersetzung aus: *Bijdrage tot de theorie der progressieve inkomstenbelasting*]. In: *Musgrave / Peacock* (1958), S. 48 ff.
- [*Coode*, John] (1853): The Income Tax [Sammelrezension]. In: *Edinburgh Review*, vol. 97 (1853), S. 531 ff.; repr. in: D.P. O’Brien (1999), vol. 6, S. 57 ff.
- Craig*, John (1814): *Elements of Political Science*. 3 vols., Edinburgh 1814.
- Donner*, Wendy (1998): Mill’s Political Economy: Ricardian Science and Liberal Utilitarian Art. In: J. Skorupski (1998), S. 464 ff.
- Edgeworth*, F.[rancis] Y.[sidro] (1881): *Mathematical Psychics. An Essay on the Application of Mathematics to the Moral Sciences*. London 1881.
- (1897): The Pure Theory of Taxation. In: *Economic Journal*, 7 (1897), S. 46 ff., 226 ff., 550 ff.; repr. in: D.P. O’Brien (ed.) (1999), vol. 8, S. 191 ff. [Der Abdruck bei *Musgrave / Peacock* (1958) enthält etliche Textpartien des Originalaufsatzes nicht].
- (1910): The Subjective Element in the First Principles of Taxation. In: *Quarterly Journal of Economics*, vol. 24 (1910), S. 459 ff.
- Eisenhart*, Hugo (1868): *Die Kunst der Besteuerung*. Berlin 1868.
- Ekelund Jr.*, Robert B. / *Walker*, Douglas M. (1996): J.S. Mill on the Income Tax Exemption and Inheritance Taxes: The Evidence Reconsidered. In: *History of Political Economy*, vol. 28 (1996), S. 559 ff.
- Erreygers*, Guido (1997): Views on Inheritance in the History of Economic Thought. In: G. Erreygers / T. Vandevelde (eds.): *Is Inheritance Legitimate? Ethical and Economic Aspects of Wealth Transfers*. Berlin / Heidelberg / New York 1997, S. 16 ff.
- Fagan*, Elmer D. (1938): Recent and Contemporary Theories of Progressive Taxation. In: *Journal of Political Economy*, vol. 46 (1938), S. 457 ff.
- Feldstein*, Martin (1976): On the Theory of Tax Reform. In: *Journal of Public Economics*, vol. 2 (1976), S. 123 ff.
- Franke*, Siegfried F. (1981): *Entwicklung und Begründung der Einkommensbesteuerung*. Darmstadt 1981.
- Frisch*, Ragnar (1932): *New Methods of Measuring Marginal Utility* (Beiträge zur ökonomischen Theorie, hrsg. von Emil Lederer u. Joseph Schumpeter, 3). Tübingen 1932.

- Genser, Bernd* (1980): Lorenzgerechte Besteuerung. Ein normatives Konzept für einen neuen Steuertarif (Österreichische Akademie der Wissenschaften. Philosophisch-historische Klasse. Sitzungsberichte, Bd. 360). Wien 1980.
- Grabein, Max* (1895): Beiträge zur Geschichte der Lehre von der Steuerprogression. In: Finanz-Archiv, Bd. 12 (1895), S. 471 ff.; Bd. 13 (1896), S. 111 ff.
- Groves, Harold M.* (1974): Tax Philosophers. Two Hundred Years of Thought in Great Britain and the United States, ed. by D.J. Curran. Madison, Wisconsin 1974.
- Guicciardini, Francesco* (1540): Dialogo e discorsi del reggimento di Firenze. A cura de Roberto Palmarocchi. Bari 1932.
- Häuser, Karl* (1969): Gerechte Besteuerung. In: H.C. Recktenwald (Hrsg.): Finanztheorie. Köln u. Berlin 1969, S. 349 ff.
- Haller, Carl Ludwig von* (1820–1825): Restauration der Staats=Wissenschaft oder Theorie des natürlich=geselligen Zustands, der Chimäre des künstlich=bürgerlichen entgegengesetzt. 2. Aufl., 6 Bde. Winterthur 1820–1825.
- Haller, Heinz* (1971): Die Steuern. Grundlinien eines rationalen Systems öffentlicher Abgaben. 2. Aufl., Tübingen 1971.
- Haller, Heinz* (1971/72): Zur Diskussion über das Leistungsfähigkeitsprinzip. In: Finanzarchiv, N.F. 31 (1971/72), S. 461 ff.
- Harrod, Roy F.* (1930): Progressive Taxation and Equal Sacrifice. In: Economic Journal, vol. 40 (1930), S. 704 ff.
- Hemming, G.[eorge] W.[irgman]* (1852): A Just Income Tax – How Possible, Being a Review of the Evidence Reported by the Income Tax Committee and an Inquiry into the True Principles of Taxation. London 1852; repr. in: D.P. O'Brien (1999), vol. 5, S. 293 ff.
- Hinterberger, Friedrich/Müller, Klaus/Petersen, Hans-Georg* (1987): „Gerechte“ Tariftypen bei alternativen Opfertheorien und Nutzenfunktionen. In: Finanzarchiv, N.F. Bd. 45 (1987), S. 45 ff.
- Hobbes, Thomas* (1642): Philosophical Rudiments Concerning Government and Society (The English Works of Thomas Hobbes of Malmesbury, ed. by Sir William Molesworth, vol. 2). London 1841 (2nd repr. Aalen 1966).
- Hock, Carl Freiherr von* (1863): Die öffentlichen Abgaben und Schulden. Stuttgart 1863.
- Hollander, Samuel* (1985): The Economics of John Stuart Mill, 2 vols. Oxford 1985.
- Homburg, Stefan* (1997): Allgemeine Steuerlehre. München 1997.
- Hottinger, Olaf* (1998): Eigeninteresse und individuelles Nutzenkalkül in der Theorie der Gesellschaft und Ökonomie von Adam Smith, Jeremy Bentham und John Stuart Mill. Marburg 1998.
- Hubbard, John Gellibrand* (1852): How Should an Income Tax Be Levied? Considered in a Letter to the Right Honourable Benjamin Disraeli, M.P., Chancellor of the Exchequer. London 1852; repr. in: D.P. O'Brien (1999), vol. 6, S. 1 ff.

- Hume*, David (1752): *Essays, Moral, Politically, and Literary*. Rev. ed. Indianapolis 1987.
- Hutchison*, Terence (1988): *Before Adam Smith. The Emergence of Political Economy 1662 – 1776*. Oxford 1988.
- Jones*, John Avery (1996): *Tax Law: Rules or Principles*. In: *Fiscal Studies*, vol. 17 (1996), S. 63 ff.
- Justi*, Johann Heinrich Gottlob (1766): *System des Finanzwesens, nach vernünftigen aus dem Endzweck der bürgerlichen Gesellschaften, und aus der Natur aller Quellen der Einkünfte des Staats hergeleiteten Grundsätzen und Regeln ausführlich abgehandelt*. Halle 1766.
- Kiesling*, Herbert (1992): *Taxation and Public Goods. A Welfare-Economic Critique of Tax Policy Analysis*. Ann Arbor 1992.
- Kitcher*, Philip (1998): *Mill, Mathematics, and the Naturalist Tradition*. In: J. Skorupski (1998), S. 57 ff.
- Koch*, Woldemar (1975): *Jeremy Bentham als Steuer-Philosoph*. In: H. Sauermann/E.-J. Mestmäker (Hrsg.): *Wirtschaftsordnung und Staatsverfassung. Festschrift für Franz Böhm zum 80. Geburtstag*. Tübingen 1975, S. 285 ff.
- (1981): *Finanzwissenschaft I: Geschichte*. In: *Handwörterbuch der Wirtschaftswissenschaft*, Bd. 3. Stuttgart u. a. 1981, S. 212 ff.
- Kurer*, Oskar (1999): *John Stuart Mill: liberal or utilitarian?* In: *European Journal of the History of Economic Thought*, vol. 6 (1999), S. 200 ff.
- Lehr*, J.[ulius] (1877): *Kritische Betrachtungen zu den wichtigeren für und wider den progressiven Steuerfuss vorgebrachten Gründen*. In: *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik*, Bd. 29 (1877), S. 25 ff.
- Lith*, Johann Wilhelm von der (1766): *Neue vollständig erwiesene Abhandlung von denen Steuern und deren vortheilhaften Einrichtung in einem Lande, nach den Grundsätzen einer wahren die Verbesserung der Macht eines Regenten und die Glückseligkeit seiner Unterthanen wirkenden Staatskunst*. Ulm 1766.
- Majeed*, Javed (1992): *Ungoverned Imaginings. James Mill's The History of British India and Orientalism*. Oxford 1992.
- de Marchi*, Neil B. (1972): *Mill and Cairnes and the Emergence of Marginalism in England*. In: *History of Political Economy*, vol. 4 (1972), S. 344 ff.
- (1974): *The Success of J.S. Mill's Principles*. In: *History of Political Economy*, vol. 6 (1974), S. 119 ff.
- Marshall*, Alfred (1925): *Principles of Economics. An Introductory Volume*. 8th ed., London 1925.
- Mason*, Roger (1998a): *The Economics of Conspicuous Consumption. Theory and Thought since 1700*. Cheltenham 1998.
- (1998b): *John Rae ad Conspicuous Consumption*. In: O.F. Hamouda, C. Lee and D. Mair (eds.): *The Economics of John Rae*. London / New York 1998, S. 95 ff.
- McCulloch*, John R.[amsey] (1852): *A Treatise of the Principles and Practical Influence of Taxation and the Funding System*, 2nd ed. London 1852.

- Meyer*, Robert (1884): Die Principien der gerechten Besteuerung in der neueren Finanzwissenschaft. Berlin 1884.
- Mill*, James (1817): The History of British India. 5th ed. with notes and continuation, by H.M. Wilson, vol. 1. London 1857.
- (1826): Elements of Political Economy. 3rd ed. London 1826.
- Mill*, John Stuart (1833): Errors and Truth on a Property Tax. In: Examiner, 27. 1. 1833, S. 51 f.; repr. in: J.St. Mill: Newspaper Writings. Vol. 2: August 1831 – October 1834, ed. by A.P. Robson and J.M. Robson (Collected Works, ed. J.M. Robson, 23). Toronto 1986. S. 549 ff.
- (1840): Coleridge. In: London and Westminster Review, March 1840; repr. in: J.St. Mill: Essays on Ethics, Religion and Society (Collected Works, ed. J.M. Robson, 10). Toronto 1969, S. 151 ff.
 - (1846): The Malt Tax. In: Morning Chronicle v. 13. 1. 1846; repr. in: J.St. Mill: Newspaper Writings. Vol. 3: January 1835 – June 1847, ed. by A.P. Robson and J.M. Robson (Collected Works, ed. J.M. Robson, 24). Toronto 1986, S. 859 ff.
 - (1848a): Principles of Political Economy with Some of Their Applications to Social Philosophy, ed. Sir William Ashley (1909) (repr. Fairfield, NJ 1987).
 - (1848b): The Earlier Letters of John Stuart Mill 1812–1848. Vol. 2, ed. by F.E. Mineka (Collected Works, ed. J.M. Robson, 13). Toronto 1963.
 - (1852): The Income and Property Tax, in: Parliamentary Papers, 1852, IX, S. 780 f. u. 794 ff.; repr. in: J.St. Mill: Essays on Economics and Society (Collected Works, ed. J.M. Robson, 5). Toronto 1967, S. 465 ff.
 - (1861a): The Income and Property Tax, in: Parliamentary Papers, 1861, VII, S. 244 ff.; repr. in: J.St. Mill: Essays on Economics and Society (Collected Works, ed. J.M. Robson, 5). Toronto 1967, S. 551 ff.
 - (1861b): Utilitarianism; repr. in: J.St. Mill: Essays on Ethics, Religion and Society (Collected Works, ed. J.M. Robson, 10). Toronto 1969, S. 203 ff.
 - (1868a): The Later Letters of John Stuart Mill 1849–1873. Vol. 3, ed. by F.E. Mineka and D.N. Lindley (Collected Works, ed. J.M. Robson, 16). Toronto 1972.
 - (1868b): Public and Parliamentary Speeches, November 1850 – November 1868, ed. by J.M. Robson and B.L. Kinzer (Collected Works, ed. J.M. Robson, 28). Toronto 1988.
 - (1873a): Autobiography. In: Autobiography and Literary Essays, ed. by J.M. Robson and J. Stillinger (Collected Works, ed. J.M. Robson, 1). Toronto 1981, S. 1 ff.
 - (1873b): The Later Letters of John Stuart Mill 1849–1873. Vol. 4, ed. by F.E. Mineka and D.N. Lindley (Collected Works, ed. J.M. Robson, 17). Toronto 1972.
- Montesquieu* [Charles Secondat Baron de la Brède] (1748): De l'esprit des lois. Abgedruckt in: Œuvres complètes de Montesquieu. Paris 1837, S. 189 ff.
- Musgrave*, Richard A. (1959): The Theory of Public Finance. A Study in Public Economy. New York – Toronto – London 1959.
- (1976): Adam Smith on Public Finance and Distribution. In: T. Wilson/A.S. Skinner (eds.): The Market and the State. Essays in Honour of Adam Smith. Oxford 1976, S. 296 ff.

- Musgrave, Richard A./Peacock, Alan T.* (eds.) (1958): *Classics in the Theory of Public Finance*. 5th impr. London 1994.
- Musgrave, Richard A./Musgrave, Peggy B./Kullmer, Lore* (1985): *Die öffentlichen Finanzen in Theorie und Praxis*, Bd. 2. 3. Aufl. Tübingen 1985.
- Myrdal, Gunnar* (1932): *Das politische Element in der nationalökonomischen Doktrinfbildung*. Neuausgabe aufgrund der ersten deutschen Fassung, Hannover 1963.
- Neumann, Friedrich Julius* (1874): *Die progressive Einkommensteuer im Staats- und Gemeinde=Haushalt* (Schriften des Vereins für Socialpolitik, 8). Leipzig 1874.
- (1880): *Die Steuer nach der Steuerfähigkeit*. In: *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik*, Bd. 35 (1880), S. 511 ff.
- O'Brien, D.[enis] P.[atrick]* (1999) (ed.): *The History of Taxation*. 8 vols. London 1999.
- Packe, Michael St. John* (1954): *The Life of John Stuart Mill*. London 1954.
- Paley, William* (1785): *Grundsätze der Moral und Politik* [Principles of Moral and Political Philosophy, 1785]. Aus dem Englischen übersetzt. Mit einigen Anmerkungen und Zusätzen von C. Garve (Christian Garve. *Gesammelte Werke*, hrsg. von K. Wölfel, 3. Abtlg.: *Die kommentierten Übersetzungen*, Bd. XIII u. XIV). 2 Bde. Leipzig 1787 (Nachdruck Hildesheim/Zürich/New York 1986).
- Parieu, Esquirou de* (1866/67): *Traité des impôts, considérés sous le rapport historique, économique et politique en France et à l'étranger*. 2^{ème} éd., 4 tom. Paris 1866/67.
- [*Petty, William*] (1662): *A Treatise of Taxes & Contributions. Shewing the Nature and Measures of Crown-Lands. Assessments. Customs. Poll-Moneys. Lotteries. Benevolence. Penalties. Monopolies. Offices. Tythes. Raising of Coins. Harth-Money. Excize, &c. ...* London 1662; repr. in: *The Economic Writings of Sir William Petty*, ed. by C.H. Hull, Cambridge 1899 (repr. New York 1986), vol. 1, S. 1 ff.
- Pfeiffer, Eduard* (1866): *Die Staatseinnahmen. Geschichte, Kritik und Statistik derselben*, 2 Bde. Stuttgart/Leipzig 1866.
- Pigou, Arthur Cecil* (1947): *A Study in Public Finance*. 3rd (revised) ed., London/New York 1947.
- Priddat, Birger P.* (1990): *Hegel als Ökonom*. Berlin 1990.
- Pufendorf, Samuel* (1672): *De jure naturae et gentium*. Ed. G. Mascovius. Francofurti et Lipsiae 1759.
- Rae, John* (1834): *Statement of Some New Principles on the Subject of Political Economy, Exposing the Fallacies of the System of Free Trade, and of Some Other Doctrines Maintained in the „Wealth of Nations“*. Boston 1834.
- Rau, Karl Heinrich* (1864): *Grundsätze der Finanzwissenschaft*, 2 Abtheilungen. 5. Aufl. Leipzig/Heidelberg 1864.
- Reding, Kurt/Müller, Walter* (1999): *Einführung in die Allgemeine Steuerlehre*. München 1999.
- Reichstagsakten, Jüngere Reihe* (1896–1905): *Deutsche Reichstagsakten. Jüngere Reihe*. Bd. 2–4: *Deutsche Reichstagsakten unter Kaiser Karl V.*, bearb. von A. Wrede. Gotha 1896–1905.

- Revans*, John (1847): A Per Centage Tax on Domestic Expenditure, to Supply the whole of the Public Revenue: the customs, excise, stamp, legacy, assess, income, and all other government taxes, and tax establishments; together with the coast guard and the revenue cruisers to be abolished. By which two millions and a half will be annually saved in the cost of collection; and trade and production be rendered perfectly free. London 1847; repr. in: D.P. O'Brien (1999), vol. 5, S. 97 ff.
- Ricca-Salerno*, Giuseppe (1896): Storia delle dottrine finanziarie in Italia, col raffronto delle dottrine forestiere e delle istituzioni e condizioni di fatto. Seconda edizione Palermo 1896.
- Richter*, Wolfram F. (1983): From Ability to Pay to Concepts of Equal Sacrifice. In: Journal of Public Economics, vol. 20 (1983), S. 211 ff.
- Riley*, Jonathan (1998): Mill's Political Economy: Ricardian Science and Liberal Utilitarian Art. In: J. Skorupski (1998), S. 293 ff.
- Ritschl*, Hans (1925): Theorie der Staatswirtschaft und Besteuerung. Reine Theorie der Staatswirtschaft und allgemeine Steuerlehre. Bonn/Leipzig 1925.
- Robbins*, Lionel (1978): The Theory of Economic Policy in English Classical Political Economy. 2nd ed. London/Basingstoke 1978.
- Rousseau*, J.[ean] J.[acques] (1758): Discours sur l'économie politique. In: Collection complète des œuvres de J.J. Rousseau, tom. 1. Genève 1782, S. 361 ff.
- Sabine*, B.[asil] E.[rnest] V.[yvyan] (1966): A History of Income Tax. London 1966.
- Sanger*, C.P. (1899): Is the English System of Taxation Fair? In: Economic Journal, vol. 9 (1899), S. 10 ff.
- Say*, Jean-Baptiste (1826): Traité d'économie politique, ou simple exposition de la manière dont se forment, se distribuent et se consomment les richesses. 5ème édition, 3 tomes, Paris 1826.
- Scheer*, Christian (1988): Steuer, Steuerverteilung und Steuerinzidenz in der deutschen Finanzwissenschaft der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts und der Einfluß der britischen Nationalökonomie, in: Harald Scherf (Hrsg.): Studien zur Entwicklung der ökonomischen Theorie VI (Schriften des Vereins für Socialpolitik, N.F. 115 / VI). Berlin 1988, S. 105 ff.
- (1994): Die deutsche Finanzwissenschaft 1918–1933 – Ein Überblick, in: Heinz Rieter (Hrsg.): Studien zur Entwicklung der ökonomischen Theorie XIII (Schriften des Vereins für Socialpolitik, N.F. 115 / XIII). Berlin 1994, S. 1 ff.
 - (1998): Steuerpolitische Ideale – gestern und morgen. In: G. Krause-Junk (Hrsg.): Steuersysteme der Zukunft (Schriften des Vereins für Socialpolitik, N.F. 256). Berlin 1998, S. 155 ff.
 - (1999): Comment on Clemens Fuest: Constructive Income Taxation. A Modern Interpretation. In: H.-E. Loef/H.G. Monissen (eds.): The Economics of Irving Fisher. Reviewing the Scientific Work of a Great Economist. Cheltenham 1999, S. 130 ff.
- Schmidt*, Kurt (1960): Die Steuerprogression. Tübingen 1960.
- Schønheyder*, K.[ristian] (1907): Bør skattebyrden fordeles efter et progressivt beskatningsprincip? In: Statsøkonomisk Tidsskrift, vol. 1907, S. 107 ff.

- Schönheider* [sic], K.[ristian] (1911): Das Progressionsprinzip in der Besteuerung. In: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Bd. 96 (1911), S. 441 ff.
- Seidl*, Christian (1983): Gerechtigkeit und Besteuerung. In: D. Pohmer (Hrsg.): Zur optimalen Besteuerung (Schriften des Vereins für Socialpolitik, N.F. 128). Berlin 1983, S. 163 ff.
- (1988): Die Renaissance des Opfergleichheitsprinzips der Besteuerung. In: Steuer und Wirtschaft, Bd. 65 (1988), S. 93 ff.
- Seligman*, Edwin R.A. (1893): The Theory of Progressive Taxation. In: Political Science Quarterly, vol. 8 (1893), S. 220 ff.; hier zitiert nach dem Abdruck in: D.P. O'Brien (ed.) (1999), vol. 8, S. 109 ff.
- (1908): Progressive Taxation in Theory and Practice (American Association Quarterly, 3rd Series, vol. 9. No. 4). 2nd ed., completely revised and enlarged [1st ed. 1894]. Princeton 1908.
- (1931): Art. „Craig“. In: Encyclopaedia of the Social Sciences, vol. 4. New York 1931, S. 542 f.
- Shehab*, F.[akhri] (1953): Progressive Taxation. A Study in the Development of the Progressive Principle in the British Income Tax. Oxford 1953.
- Shoup*, Carl C. (1960): Ricardo on Taxation. New York 1960.
- Sidgwick*, Henry (1883): The Principles of Political Economy. 2nd ed. London 1887.
- Simons*, Herbert (1938): Personal Income Taxation. The Definition of Income as a Problem of Fiscal Policy. Chicago 1938.
- Skorupski*, John (ed.) (1998): The Cambridge Companion to Mill. Cambridge 1998.
- Smith*, Adam (1759): The Theory of Moral Sentiments, ed. by D.D. Raphael and A.L. Macfie (The Glasgow Edition of the Works and Correspondence of Adam Smith, 1). Oxford 1976.
- (1776): An Inquiry into the Nature and Causes of the Wealth of Nations, ed. by Edwin Cannan, 2 vols. London 1904 (repr. Chicago 1976).
- Soden*, Julius Graf von (1811): Die Staats=Finanz=Wirtschaft nach den Grundsätzen der National=Oekonomie. Ein Versuch (Die National=Oekonomie, Bd. 5). Leipzig 1811.
- Stadler*, Christian M. (1995): Johann Gottlieb Fichte und die Deduktion des staatlichen Steueranspruchs. In: Steuer und Wirtschaft, Bd. 72 (1995), S. 151 ff.
- Stahl*, Friedrich Julius (1878): Die Philosophie des Rechts, Bd. 2: Rechts- und Staatslehre auf der Grundlage christlicher Weltanschauung. 5., unveränderte Aufl. Tübingen 1878 (repr. Hildesheim 1963).
- Stark*, Werner (1941): Liberty and Equality or: Jeremy Bentham as an Economist. In: Economic Journal, vol. 51 (1941), S. 56 ff.
- (1946): Jeremy Bentham as an Economist. II. Bentham's Influence. In: Economic Journal, vol. 56 (1946), S. 583 ff.
- Stern*, Eugen (1926): James Mill als Anhänger der Steuerprogression. Eine Fussnote zur finanzwissenschaftlichen Dogmengeschichte. In: Finanzarchiv, Bd. 43 (1926), S. 483 ff.
- Suret*, Louis (1909): Théorie de l'impôt progressif. Thèse Paris 1909.
- Taylor*, Philip E. (1948): The Economics of Public Finance. New York 1948.

- Tresch, Corinna* (1999): Existenzminimum und Einkommensbesteuerung. Dogmengeschichte, Analyse der Besteuerungsprinzipien und Regelungsvorschlag. Aachen 1999.
- Ulbrich, Rudi* (1975): Das Leistungsfähigkeitsprinzip der Besteuerung: Eine kritische Würdigung seiner opfertheoretischen Grundlagen und Konsequenzen für die Steuerpolitik. Bern/Frankfurt a.M. 1975.
- Umpfenbach, Karl* (1859): Lehrbuch der Finanzwissenschaft, 2 Theile. Erlangen 1859.
- Wagner, Adolph* (1890): Finanzwissenschaft, 2. Theil: Theorie der Besteuerung, Gebührenlehre und allgemeine Steuerlehre (Lehr und Handbuch der politischen Oekonomie, 4. Hauptabtheilung). 2. Aufl., Leipzig 1890.
- Weston, Stephen F.* (1903): Principles of Justice in Taxation. Diss. New York 1903.
- Wicksell, Knut* (1896): Finanztheoretische Untersuchungen. Nebst Darstellung und Kritik des Steuerwesens Schwedens. Jena 1896 (Nachdruck Aalen 1969).
- Witte, John F.* (1981): Tax Philosophy and Income Inequality. In: R.A. Solo/C.W. Anderson (eds.): Value Judgements and Income Distribution. New York 1981. S. 340 ff.
- Young, H.P.* (1988): Equal Sacrifice in Taxation: An Empirical Study. Paper, Washington, D.C. 1988.

III. Makroökonmik

Zur Debatte um das Saysche Gesetz: Mill als Krisentheoretiker*

Von Harald Hagemann, Stuttgart-Hohenheim

I. Einführung

„Mill trod the narrow path between acceptance and rejection of the law.“ (*Morishima / Catephores* 1988, S. 24)

Bekanntlich kommt dem Sayschen Gesetz für die Theorie der Krisen eine erhebliche, wenn auch negative Bedeutung zu. Das mit dem Namen des französischen Ökonomen Jean-Baptiste Say verbundene „Gesetz der Absatzwege“ verneint die Möglichkeit einer allgemeinen Überproduktion („general glut“). Waren die Anhänger des Sayschen Gesetzes davon überzeugt, daß es – anders als bei einzelnen Gütern – keinen *allgemeinen* Nachfragemangel als dauerhafte Schranke für die Gesamtproduktion gibt, so ist für die Kritiker die Widerlegung des Sayschen Gesetzes äquivalent mit der Erkenntnis, daß eine Krise möglich ist. Obwohl sich von den frühen Anhängern (wie Ricardo) bis zu den schärfsten Kritikern (wie Marx und Keynes) nahezu alle bedeutsamen Ökonomen in den immer wieder aufflammenden Kontroversen intensiv mit diesem Thema auseinandersetzen, haben diese Debatten bis heute zu keinem eindeutigen Ergebnis über Inhalt, Stellenwert und Gültigkeit des Sayschen Gesetzes geführt (vgl. z. B. *Clower* und *Leijonhufvud* 1973).

Als besonders kontrovers in dieser Frage wird der Beitrag von John Stuart Mill eingeschätzt. Während seine Einsichten bezüglich des Unterschiedes einer Geldwirtschaft von einer Tauschwirtschaft von einigen Ökonomen als revolutionär angesehen werden, seine Darstellung der krisentheoretischen Zusammenhänge von führenden Dogmenhistorikern (Blaug, Schumpeter) zumindest als eine der klarsten bewertet wird, gilt er andererseits dem Verfasser des amerikanischen Standardwerks zum Sayschen Gesetz gar als Konterrevolutionär, der die Entwicklung der ökonomischen Theorie für fast ein Jahrhundert behindert habe:

„The long, unchallenged dominance of Mill’s *Principles* as the leading work in economics effectively put an end to the questioning of Say’s Law, and turned the clock back to a position which remained largely unchallenged by respectable economists until Keynes’ *General Theory*“ (*Sowell* 1972, S. 142).

* Ich danke den Teilnehmern der Sitzung des Dogmenhistorischen Ausschusses in Würzburg für wertvolle Anregungen und Hinweise in der Diskussion meines Referats.

Kahn¹ zufolge attackierte Keynes in seiner *General Theory* die beiden „Haupt-säulen“ der klassischen Theorie, das Saysche Gesetz und die Quantitätstheorie des Geldes, die zu jener falschen Dichotomie der ökonomischen Theorie in eine Werttheorie und eine Geldtheorie und zur Neutralität des Geldes führten. Keynes kritisierte das Saysche Gesetz auch deshalb so vehement, da für ihn dessen Gültigkeit mit der Vorstellung eines Gravitationszentrums bei Vollbeschäftigung verbunden war, eine Vorstellung, die er nicht nur neoklassischen Zeitgenossen, sondern auch der gesamten klassischen politischen Ökonomie unterstellte. Im vorletzten Abschnitt des zweiten Kapitels faßt er die Lehre der klassischen Ökonomen seit der Zeit von Say und Ricardo in der Aussage zusammen „that supply creates its own demand“ (*Keynes CW VII*, 1973, S. 18). Ihm folgt das für die *General Theory* zentrale dritte Kapitel zum Prinzip der effektiven Nachfrage, so daß es nicht weiter verwundert, daß in populärer Form die Keynesische Lehre bis heute auf die antithetische Aussage reduziert wird, daß sich jede Nachfrage ihr eigenes Angebot schaffe. Der Autor, der als Vertreter der „klassischen Doktrin“ vorrangig zitiert wird, ist John Stuart Mill als Verfasser der *Principles*. Allerdings hat Keynes offenkundig die Arbeiten John Stuart Mills, dessen Auffassungen er ohne Einschränkung mit denjenigen Ricardos gleichsetzt, nicht gut gekannt.²

Die Geschichte der ökonomischen Theorie von den Klassikern bis Keynes läßt sich als ein Wechsel von einem Paradigma, in dem das Saysche Gesetz gilt, zu einem anderen Paradigma, in dem es nicht gilt, verstehen.³ Keynes selbst, der auf der Suche nach Vorläufern des von ihm formulierten Prinzips der effektiven Nachfrage vehement Partei für Malthus in dessen berühmter Kontroverse mit Ricardo über die (Un-)Möglichkeit einer allgemeinen Überproduktion ergreift, hat eine derartige Interpretation nach Kräften gefördert. So beklagt er die erfolgreiche Durchsetzung der Position Ricardos, die England ebenso vollständig erobert habe wie die heilige Inquisition Spanien (*CW VII*, S. 32), und die nahezu vollständige Auslöschung des Forschungsansatzes von Malthus, die sich für ein Jahrhundert als ein Verhängnis für den Fortschritt der Wirtschaftstheorie erwiesen habe (*CW X*, S. 98). Das letzte Echo der Kontroverse zwischen Malthus und Ricardo, der gegenüber dem, was Malthus zu sagen hatte, „stocktaub“ (*CW VII*, S. 364) gewesen sei, finde sich bei John Stuart Mill, dessen Position von Keynes als eine rigide ricardianische verstanden wird.

Im nachfolgenden möchte ich daher zunächst auf die General-Glut-Kontroverse und ihren prägenden Einfluß auf John Stuart Mill als klassischen Wirtschaftstheoretiker eingehen (*Abschnitt II.*). Es ist eine weit verbreitete Vorstellung, daß sich Mills ökonomisches Werk durch analytische Widersprüche und Inkonsistenzen

¹ Vgl. die beiden ersten Kapitel in Kahn (1984).

² So übersieht Keynes ebenso wie Kahn Mills Essay „Über den Einfluß des Konsums auf die Produktion“. Darüber hinaus erhöhen die Ergebnisse der im *Economic Journal* geführten Debatte über „Keynes’s Misquotations of Mill“ (Davis et al.) sicherlich nicht die Reputation von Keynes als Dogmenhistoriker.

³ Vgl. Morishima und Catephores (1988).

auszeichne. Dies gilt in besonderem Maße für seine krisentheoretischen Ideen. So bescheinigt ihm z. B. Sowell „ambivalent or inconsistent treatment of the issues raised in the controversies over Say’s Law“ (1972, S. 149). Als Hauptgrund wird der vermeintliche Widerspruch angesehen, der zwischen Mills späterer Position in den *Principles* und seinem jugendlichen Essay ‚Über den Einfluß des Konsums auf die Produktion‘ bestehe. In diesem bereits 1830 verfaßten, aber erst 1844 erstmals veröffentlichten zweiten von fünf Aufsätzen über ‚Einige ungelöste Probleme der politischen Ökonomie‘, den Hicks m.E. zurecht als „perhaps the freshest of Mill’s economic writings“ (1983, S. 60) ansieht, thematisiert Mill erstmals die für die Kritik des Sayschen Gesetzes entscheidenden Konsequenzen der Rolle des Geldes als Wertaufbewahrungsmittel, die das zentrale theoretische Argument späterer Kritiker des Sayschen Gesetzes bilden sollten. Daher soll zunächst Mills Essay eingehender analysiert werden (*Abschnitt III.*), bevor anschließend auf seine Darstellung in den *Principles* und die Beantwortung der Frage nach möglichen Widersprüchen eingegangen wird (*Abschnitt IV.*).

Eine ähnliche Argumentation wie in Mills zweitem Essay findet sich im deutschen Sprachraum erstmals in Roschers bedeutsamer Abhandlung über die Produktionskrisen, die in jüngster Zeit von Streissler (1994–95) wieder in den Blickpunkt gerückt wurde. Roschers Ausführungen haben ebenso wie diejenigen von Mill auch Marx beeinflusst, dessen Position wiederum bei keinem anderen Thema eine größere Nähe zu Keynes aufweist als in der Zurückweisung des Sayschen Gesetzes bei der Abhandlung des Problems der Wirtschaftskrisen. Aus diesem Grunde sollen die krisentheoretischen Ausführungen bei Roscher, Marx und Keynes sowie ihre Nähe zu derjenigen von Mill reflektiert werden (*Abschnitt V.*), bevor eine abschließende Würdigung der Beiträge von Mill erfolgt (*Abschnitt VI.*).

II. Die Verneinung einer allgemeinen Überproduktion – Zur Verteidigung des Sayschen Gesetzes durch James Mill und David Ricardo und ihr Einfluß auf John Stuart Mill als klassischen Wirtschaftstheoretiker

„A general over-supply, or excess of all commodities above the demand, so far as demand consists in means of payment, is thus shown to be an impossibility.“ (*Mill* 1871, S. 558)

Interpretationen, die John Stuart Mill auch im Bereich der Krisentheorie als einen orthodoxen Vertreter der klassischen Lehren seines Vaters und dessen Freundes David Ricardo ansehen, berufen sich zumeist auf Passagen von Kap. XIV des Buches III der *Principles*, das den Titel trägt ‚Of Excess of Supply‘. Dieses Kapitel endet mit Schlußfolgerungen, die den frühen Kritikern des Sayschen Gesetzes wie Malthus, Chalmers und Sismondi fatale Irrtümer in ihrer Argumentation und konfuse Ideen bescheinigen. Auf der anderen Seite spricht John Stuart Mill neben dem

„klugen“ J. B. Say seinem Vater James Mill die Verdienste für das grundlegende Verständnis dieser Zusammenhänge zu und lobt die schlüssige Darstellung seines Vaters in *Elements of Political Economy* (1821) und die Kraft und Klarheit, mit der die richtige „Doktrin“ bereits in *Commerce Defended* (1808) verkündet worden sei (Mill 1871, S. 562 f.).⁴

Bezeichnenderweise zitiert Keynes in der *General Theory* auch aus dem zweiten Abschnitt dieses Kapitels, das den Titel trägt „The supply of commodities in general cannot exceed the power of purchase“.

„What. „constitutes the means of payment for commodities is simply commodities. Each person's means of paying for the productions of other people consist of those which he himself possesses. All sellers are inevitably, and by the meaning of the word, buyers. Could we suddenly double the productive powers of the country, we should double the supply of commodities in every market; but we should, by the same stroke, double the purchasing power. Everybody would bring a double demand as well as supply; everybody would be able to buy twice as much, because every one would have twice as much to offer in exchange.“ (Keynes, CW VII, S. 18; Hervorhebung von mir)⁵

Hier haben wir den harten Kern von Says Gesetz der Absatzwege: Die Produktion selbst ist es, die den Produkten Absatzmärkte eröffnet, da nur bei steigender Produktion auch entsprechend mehr Faktoreinkommen gezahlt werden und damit die notwendige Kaufkraft entsteht, die bei vollständiger Verausgabung im geschlossenen Kreislauf (und bei unverändertem Preisniveau) die gestiegene Produktion auch nachfrageseitig absorbieren kann. Wenn ein Land oder eine Region nur wenig produziert, entstehen auch entsprechend weniger Einkommen. Die Bedürfnisse mögen zwar groß sein, aber die Armut führt zu Absatzschranken. Die Nachfrage wird durch die Produktion beschränkt und diese kann nur bei entsprechender Kapitalakkumulation ausgeweitet werden. Es waren die Rolle der Ersparnisse sowie die Frage der Wirkungen der Kapitalakkumulation auf die allgemeine Profitrate und damit die Anreize für eine weitere Kapitalbildung, die in den hitzigen Debatten des frühen 19. Jahrhunderts über die (Un-)Möglichkeit einer allgemeinen Überproduktion im Zentrum standen. Die vorteilhafte Rolle der Ersparnisbildung als eine Quelle der Finanzierung von Investitionen war bereits von Turgot und Smith betont worden, die gegen krude unterkonsumtionstheoretische Ansichten ankämpften, wie sie z. B. in Mandevilles Bienenfabel vertreten wurden, wonach ein Anstieg der Ersparnisbildung automatisch zu einer Wirtschaftskrise führe, da die Konsumtion als einzige Ausgabenform angesehen wurde.⁶ Gegen diese Art Argumentation vertraten die klassischen Ökonomen, beginnend mit Adam Smith, die grundlegende Idee, daß Sparentscheidungen eine Kapitalakkumulation implizieren. Entweder werden Sparentscheidungen automatisch mit Investitionsentschei-

⁴ Einige moderne Autoren wie z. B. Blaug sehen in James Mill sogar den eigentlichen „Vater“ des nach Say benannten Gesetzes.

⁵ Vgl. Mill (1871), S. 557 f.

⁶ „Spending, of necessity, benefits community, and saving injures it.“ (Mandeville 1924).

dungen identifiziert oder der Zinsmechanismus wird als Regulator angesehen, der zu einem Ausgleich führt. Die Konsequenz ist, daß der Einkommenskreislauf aufrechterhalten wird und eine Überproduktion nicht auftreten kann. Für Smith ist die Ersparnisbildung eine Vorbedingung wirtschaftlichen Wachstums und damit eines steigenden Wohlstands der Nationen. Natürlich ist es nicht das Sparen als solches, sondern seine investive Verwendung, die das Wohlstandsniveau einer Volkswirtschaft erhöht. Smith geht jedoch wie andere klassische Ökonomen vom *Sparen-gleich-Investieren-Theorem* aus. So heißt es z. B. bei Ricardo, bei dem die Ersparnis ebenfalls die Kapitalbildung determiniert: „Es kann also nicht sein, daß in einem Land eine Summe Kapital akkumuliert worden ist, die nicht produktiv angelegt werden kann.“ (Ricardo 1994, S. 246).

Für Smith werden die Produktions- und Beschäftigungsmöglichkeiten einer Volkswirtschaft entscheidend durch das vorhandene Kapital begrenzt.⁷

„Die allgemeine Gewerbetätigkeit der Gesellschaft kann niemals größer sein, als das Kapital der Gesellschaft zu beschäftigen vermag. So wie die Zahl an Arbeitskräften, die sich von einer bestimmten Person in Beschäftigung halten läßt, in einem bestimmten Verhältnis zu ihrem Kapital stehen muß, so muß sich die Zahl jener, die von allen Mitgliedern einer großen Gesellschaft beständig beschäftigt zu werden vermag, in einem bestimmten Verhältnis zum gesamten Kapital jener Gesellschaft befinden und kann dieses Verhältnis niemals übersteigen.“ (IV.ii.3)

Die Kapitalakkumulation nimmt somit eine Schlüsselstellung im gesamten Wachstumsprozeß ein, die durch den von Smith hervorgehobenen positiven Zusammenhang mit dem Produktivitätswachstum akzentuiert wird.

„Weil die Akkumulation von Kapital der Natur der Dinge nach der Arbeitsteilung vorausgehen muß, deshalb kann die Arbeit nur in dem Maße immer weiter unterteilt werden, in dem vorher Kapital mehr und mehr akkumuliert wird.“ (II.3)

Allerdings stellt die Kapitalbildung ebensowenig eine exogene Variable dar wie die anderen Größen, da sie ihrerseits durch die Höhe des Mehrprodukts und das Ausmaß der Sparneigung bestimmt wird. Da für Smith Ersparnisse sowohl individuell wie im gesamtwirtschaftlichen Aggregat *per se* Investitionen darstellen, läßt die Smithsche Sequenz Produktion-Einkommen-Ausgaben-Produktion keine Störungen zu, die aus dem Ersparnis-Investitions-Mechanismus resultieren. Soweit vorhandenes Kapital nicht für die unmittelbare Konsumtion, sondern zur Schaffung zukünftigen Profites verwendet, d. h. gespart wird, verbleibt es entweder beim ursprünglichen Besitzer oder wird von diesem ausgeliehen.⁸

⁷ Auch dieser Gedanke zieht sich durch die klassische Politische Ökonomie. So lautet z. B. der erste der vier Lehrsätze von John Stuart Mill über die Rolle des Kapitals im Produktionsprozeß: „Industry is limited by capital.“ (Mill 1976, S. 63). Unter der bei Mill anklingenden Vorstellung fixer Produktionskoeffizienten und der Vollaustellungsannahme bedeutet dies, daß die Beschäftigung nur über eine zusätzliche Kapitalbildung erhöht werden kann.

⁸ „Ein Mensch müßte völlig verrückt sein, der bei Vorhandensein erträglicher Sicherheit nicht das *gesamte Kapital*, über das er verfügt – sei es nun sein eigenes oder das von anderen

„Was jährlich gespart wird, wird ebenso regelmäßig konsumiert wie das, was jährlich ausgegeben wird, und überdies fast in derselben Zeit. Aber es wird von einer anderen Klasse von Leuten konsumiert.“ (II.iii.18).

In dieser Schlüsselpassage versteht Smith unter der Ersparnis bzw. Investition (oder Kapitalakkumulation) einen Anstieg des Konsums durch produktive Arbeiter zu Lasten des unproduktiven Konsums. Die Grenze der Kapitalakkumulation wird daher durch den Hang zum Luxuskonsum auf seiten der Bezieher von Profit- und Renteneinkommen gesetzt.

Es ist im Smithschen System ausgeschlossen, daß eine überschüssige Ersparnis konjunkturelle Störungen verursacht, die zu keynesianischer Arbeitslosigkeit führen. Die Volkswirtschaft befindet sich im *dynamischen Gleichgewicht*: „Wachsende Produktivität ruft wachsende Beschäftigung und wachsendes Einkommen hervor und schafft sich damit ihre eigene Nachfrage.“ (Lowe 1968, S. 189). Zu Recht erkennt Streissler daher in Smith den „Adam des ... Sayschen Gesetzes“ (Streissler 1981, S. 51).

Die General Glut-Kontroverse erreichte ihren Höhepunkt mit der Debatte zwischen Ricardo und Malthus am Ende der napoleonischen Kriege.⁹ Den Ausgangspunkt des Streits bildete die Auseinandersetzung mit Smiths Analyse der Wirkungen der Kapitalakkumulation auf die Profitrate. Beide Kontrahenten teilten die Ansicht von Smith, wonach Kapital durch Sparsamkeit vermehrt wird. Nach Ansicht von Malthus gelte dies zwar in einem großen Maße, jedoch nicht unbegrenzt: „the principle of saving, pushed to excess, would destroy the motive to production“.¹⁰ Dies sei so, da die Kapitalakkumulation notwendigerweise eine Reduktion des ‚unproduktiven Konsums‘ der besitzenden Klasse impliziere. Eine zu große Kapitalakkumulation würde eine aggregierte Nachfrage beinhalten, die zu gering sei, um die Produktionskapazitäten normal auszulasten, was zu einer allgemeinen Überproduktion von Waren und zu einem fallenden Preisniveau gegenüber den Geldlöhnen und damit zu einem Fall der Profitrate führe. Ricardo wies Malthus’ Anschauung zurück auf der Basis, daß Malthus die allgemeine Sichtweise teilte, wonach jeder der spart, seine Ersparnisse benutzt, um produktive Arbeiter zu beschäftigen oder diese ausleiht an jemand anderen, der sie investiert. Folglich gebe es keine Diskrepanz zwischen der Produktionskapazität und der effektiven Nachfrage. Darüber hinaus benutzte Ricardo das Saysche Gesetz, um gegen die Smithsche Ansicht zu argumentieren, daß die Kapitalakkumulation aufgrund des steigenden Wettbewerbs der Kapitalien einen Fall der allgemeinen Profitrate bewirke und

Leuten geborgte –, auf die eine oder andere dieser drei Arten verwendet.“ (II.i.30; meine Hervorhebung). Die Smithsche Aussage schließt die Vollauslastungsbedingung als entscheidende Komponente des Sayschen Gesetzes ein. Vgl. auch *Eltis* (1984, S. 75). Die Smithsche Akzeptanz des Sayschen Gesetzes gilt allerdings nicht für ‚zurückgebliebene‘ Länder, in denen wegen mangelnder Sicherheit eine Tendenz zum Horten besteht.

⁹ Zur Ricardo-Malthus-Kontroverse vgl. ausführlich *Kurz* (1997).

¹⁰ *Ricardo*, Notes on Malthus, Works II, S. 7 f.

kritisierte Smith dafür, daß er unzulässigerweise den Fall eines einzelnen Marktes auf die Volkswirtschaft als Ganzes übertrage. Im System von Ricardo, der eine dauerhafte Wirkung der Nachfrage auf die Profite ausschloß, bestand der einzige Grund für einen tendenziellen Fall der Profitrate in den steigenden Produktionskosten der Nahrungsmittel (Korn) für eine wachsende Bevölkerung aufgrund von fallenden Erträgen in der Landwirtschaft. Wie Say und James Mill war er sich wohl bewußt, daß für einzelne Produkte Diskrepanzen zwischen den auf dem Markt angebotenen und nachgefragten Mengen auftreten können, die zu Profitrendifferenzialen führen.¹¹ Wettbewerb und intersektorale Mobilität des Kapitals führen jedoch dazu, daß es eine Tendenz zum Ausgleich der Profitraten gebe. Während er die Möglichkeit einer *partiellen* Überproduktion überhaupt nicht in Zweifel zog, sah Ricardo die Möglichkeit einer *allgemeinen* Überproduktion als unmöglich an, „da die Nachfrage nur durch die Produktion beschränkt wirkt“ (Ricardo 1994, S. 246).

Es ist zu betonen, daß es bei Ricardo um die Vollbeschäftigung des Kapitals“, nicht jedoch der Arbeit geht. Sein Glaube an die Unmöglichkeit allgemeiner Überproduktion impliziert keineswegs die Vollbeschäftigungsannahme für den Produktionsfaktor Arbeit. Dementsprechend verletzt seine Analyse, daß die Einführung verbesserter Maschinerie zur Freisetzung von Arbeitskräften und damit zu technologischer Arbeitslosigkeit führen kann, keineswegs das Gesetz der Absatzwege. Das in der dritten und letzten Auflage seiner Grundsätze neu hinzugefügte Maschineriekapitel ist der beste Beleg dafür, daß Ricardo keineswegs die Akzeptanz des Sayschen Gesetzes mit der Vollbeschäftigungsannahme verband.¹² Ricardos Version des Sayschen Gesetzes unterschied sich fundamental von Keynes' Version und der neoklassischen Auffassung, daß die Gültigkeit des Sayschen Gesetzes die Vollbeschäftigung der Arbeit impliziert.¹³ Vollbeschäftigung als Annahme oder makroökonomisches Ziel der Wirtschaftspolitik machte auch wenig Sinn in einer Zeit, in der ein nahezu vollkommen elastisches Arbeitsangebot existierte. Dieses wurde im wesentlichen aus zwei Quellen gespeist: dem hohen Bevölkerungswachstum und (für den sich industrialisierenden Sektor) durch Abwanderung aus der Landwirtschaft. Daß das Saysche Gesetz keineswegs mit Vollbeschäftigung assoziiert wurde, galt auch für die zeitgenössischen Kritiker und zeigt sich noch bei Marx. Für den Theoretiker der industriellen Reservearmee war es kein Widerspruch, zugleich die Aussage zu treffen: „Permanente Krisen gibt es nicht“ (Marx 1919, S. 497).

Marx's Aussage verdeutlicht zudem, daß es in der krisentheoretischen Debatte um das Saysche Gesetz um die Frage ging, ob eine *allgemeine* Überproduktion

¹¹ Die Anpassungsprozesse im Fall partieller Ungleichgewichte sind hervorragend beschrieben in *James Mills*, *Elements of Political Economy*, 3. Aufl., 1844, Kap. IV, Abschnitt 3: ‚Die Konsumtion ist von gleichem Umfang wie die Produktion‘.

¹² Vgl. auch *Garegnani* (1978, S. 338–341): Ricardo and Say's Law.

¹³ „Thus Say's Law ... is equivalent to the proposition that there is no obstacle to full employment“ (*Keynes*, CW VII, S. 26).

ebenso möglich ist wie eine *partielle* Überproduktion, nicht jedoch um die Frage, ob die Krise permanenter ebenso wie temporärer Natur sein kann. Wesentlich für das Ergebnis Says, James Mills und Ricardos, daß eine allgemeine Überproduktion nicht möglich sei, ist ihr spezifisches Verständnis der Rolle des Geldes, das auf seine Tauschmittelfunktion reduziert ist. So heißt es z. B. bei *Ricardo* (1994, S. 247): „Produkte werden immer von Produkten oder von Diensten gekauft. Geld ist lediglich der Vermittler, durch den der Tausch bewerkstelligt wird.“ In ähnlicher Weise betonen Say und James Mill, daß Geld nichts anderes sei als der Transportwagen des Wertes der Produkte und niemand Geld wolle, es sei denn zur Verausgabung für Güter, „denn das Geld, als Geld, kann keinem anderen Gebrauch dienen“ (Say, Kap. XV). Ein Vermögens- oder Spekulationsmotiv der Geldhaltung, das den entscheidenden Unterschied einer Geldwirtschaft von einer Tauschwirtschaft ausmacht, gibt es nicht. Das Gesetz der Absatzwege bezeichnet folglich die Behauptung, daß die monetäre Überschußnachfrage, aggregiert über alle Waren und Dienste außer Geld (Gut n), gleich Null ist und läßt sich in der folgenden Form fassen:

$$\sum_{i=1}^{n-1} p_i N_i = \sum_{i=1}^{n-1} p_i A_i, \quad \text{d. h.} \quad \ddot{U}N_n = 0.$$

III. Über den Einfluß des Konsums auf die Produktion: Zur Bedeutung von Mills frühem Essay

„Is this the voice of a classical economist, or . . . the voice of Keynes?“
(Hicks 1983, S. 62)

Die klassische Ökonomie war die Lehre, die John Stuart Mill als Jugendlichen von Ricardo und seinem Vater vermittelt wurde. Wie *Hollander* (1985, S. 487 ff.) verdeutlicht, war der 18jährige John Stuart Mill noch 1824 ein besonders orthodoxer Vertreter der Position, die später zu Keynes' Zeiten als ‚Treasury View‘ bezeichnet werden sollte. Dann setzte jedoch 1825, zwei Jahre nach Ricardos Tod, die erste einer Reihe schwerer Finanzkrisen (1836, 1847, 1857, 1866) ein, die zu gewaltigen Absatzproblemen der Unternehmen führte und Mill zu einer gründlichen Überprüfung seiner geld- und krisentheoretischen Aussagen veranlaßte. Ihren ersten Niederschlag fand die Finanzkrise von 1825 in Mills 1826 erscheinendem Aufsatz ‚Paper Currency and Commercial Distress‘, in dem er als „One of the chief peculiarities of a period of commercial distress“ konstatiert, „that everybody wishes to borrow, while nobody is willing to lend“ (1967, S. 108). Mills Auseinandersetzung mit dem Krisenphänomen reift aus in dem Essay ‚Über den Einfluß des Konsums auf die Produktion‘. Dieser im Alter von 24 Jahren verfaßte, aber erst 1844 veröffentlichte und noch heute – von einigen Ausnahmen wie Hicks – wenig beachtete Aufsatz stellt ein kleines Meisterwerk der Politischen Ökonomie dar. M.W. werden von Mill erstmals die *Konsequenzen der Rolle des Geldes als Wert-*

aufbewahrungsmittel im Kontext der General Glut-Debatte analysiert. In einer Schlüsselpassage heißt es bezüglich des Unterschiedes einer Geldwirtschaft von einer Tauschwirtschaft:

„Tauschhandel mittels Geld ist daher . . . im Endeffekt nichts anderes als ein Naturaltausch. Dennoch besteht ein Unterschied: im Falle des Tausches von Waren finden Verkauf und Kauf zu gleicher Zeit und als ein einziger Vorgang statt; man verkauft, was man hat, und kauft, was man haben will, in einem einzigen unteilbaren Akt, und man kann das eine nicht ohne das andere tun. Die Verwendung von Geld hat nun die Wirkung oder sogar den Vorteil, daß sie es möglich macht, diesen Tauschakt in zwei getrennte Akte oder Operationen zu unterteilen, von denen der eine sofort und der andere ein Jahr später oder wann immer es am geeignetsten erscheint, ausgeführt werden kann. Obwohl derjenige, der verkauft, dies tatsächlich nur deshalb tut, um zu kaufen, braucht er nunmehr nicht zum gleichen Zeitpunkt zu kaufen, in dem er verkauft. Er vergrößert daher nicht zwangsläufig die *sofortige* Nachfrage nach einem Gut, wenn er das Angebot eines anderen Gutes vergrößert. Wenn nun Kaufen und Verkaufen getrennte Operationen sind, kann sehr wohl der Fall eintreten, daß zu einem gegebenen Zeitpunkt eine sehr allgemeine Neigung besteht, mit möglichst geringer Verzögerung zu verkaufen, und daß diese Neigung begleitet wird von einer gleichen allgemein verbreiteten Tendenz, alle Käufe so lange wie möglich aufzuschieben. Dies ist tatsächlich immer in jenen Perioden der Fall, die als Zeiten allgemeinen Überschusses bezeichnet werden. Und niemand wird, nach ausreichender Erklärung, die Möglichkeit eines allgemeinen Überschusses in diesem Sinne des Wortes bestreiten. Der Zustand, den wir gerade beschrieben haben, und der gar nicht selten vorkommt, bedeutet ein solches allgemeines Überangebot.“ (Mill 1976, S. 91 f.)

Es kann keinen Zweifel darüber geben, daß hier ein führender Vertreter der klassischen Wirtschaftstheorie anerkennt, daß ein temporäres, nichtsdestotrotz aber *allgemeines* Überangebot möglich ist, das mit einer gleichzeitigen Übernachfrage nach Geld verbunden ist. Nachdem er noch einmal betont, daß eine derartige Absatzkrise nur von kurzer Dauer sei und die Erwartung einer Erholung die Anbieter veranlasse, möglichst wenig in der Krise mit dem einhergehenden Preisverfall der Produkte zu verkaufen, läßt er auf den verbleibenden drei Seiten keinen Zweifel daran, daß die Feststellung einer Übernachfragesituation für Geld in einer krisenhaften Situation keineswegs als Zugeständnis an die Kritiker des Sayschen Gesetzes wie Malthus und Sismondi zu werten sei. Einen säkularen Trend zur Überproduktion bzw. Unterkonsumtion kann es Mill zufolge nicht geben, der am Sayschen Gesetz als Gleichgewichtsbedingung für die lange Frist festhält.

„Das Argument gegen die Möglichkeit einer generellen Überproduktion ist völlig überzeugend, soweit es sich auf die Lehre bezieht, ein Land könne zu schnell Kapital akkumulieren, die Produktion im allgemeinen könne, indem sie schneller wachse als die Nachfrage, alle Produzenten in Not stürzen. . . . Nichts ist wahrer als daß die Produktion selbst den Markt für die Produktion darstellt, und daß jede Steigerung der Produktion . . . ihre eigene Nachfrage schafft oder diese vielmehr selbst darstellt. Dies ist die Wahrheit, wie sie diejenigen, die die These einer allgemeinen Überproduktion ablehnen, verstanden und durchgesetzt haben. Wir behaupten nicht, in dieser Untersuchung etwas hinzugefügt oder abgestrichen zu haben. . . . Die wesentlichen Aussagen der Lehre bleiben gewahrt, wenn man zugesteht, daß es keinen ständigen Überschuß an Produktion oder Akkumulation geben

kann, auch wenn man gleichzeitig feststellt, daß – ebenso wie es einen vorübergehenden Überschuß eines einzelnen Artikels geben kann – ein solcher Warenüberschuß auch allgemein möglich ist, und zwar nicht infolge Überproduktion, sondern vielmehr als Ergebnis eines mangelnden Vertrauens in den Handel.“ (*Mill* 1976, S. 93–95)

Hier wird unmißverständlich klar, daß Mill keinen Widerspruch zwischen der klassischen Lehre und dem Phänomen der Wirtschaftskrise sieht, letztere vielmehr in erstere zu integrieren versucht: Mill der „Versöhner“, der in übermäßiger Bescheidenheit auftritt, die falsch ist bezüglich der Konsequenzen des Geldes als Wertaufbewahrungsmittel, die von ihm jedoch nicht als wesentliche Korrektur des Gesetzes der Absatzwege verstanden wird bzw. verstanden werden will. Zweifelsfrei ist, daß Mill, der die Warenschwemme in der Krise nicht als Folge einer allgemeinen Überproduktion, sondern lediglich als Ergebnis einer Spekulationskrise ansieht, letztendlich nicht konsequent in eine keynesianische Richtung weitergeht. Die Schlußsequenz von Mills Essay mit ihrer Einbettung des Sayschen Gesetzes in einen explizit wachstumstheoretischen Kontext verdeutlicht noch einmal, daß die Vertreter der klassischen Doktrin an der langfristigen Methode festhielten, während ihre Kritiker wie Malthus, Sismondi und zuvor Lauderdale kurzfristige Ungleichgewichtsphänomene akzentuierten. Gleichwohl bleibt Mills Harmonisierungsversuch problematisch, da es in der General Glut-Kontroverse eben doch zentral um die (Un-)Möglichkeit einer allgemeinen Überproduktion und weniger um ihren vorübergehenden oder dauerhaften Charakter ging.

IV. Zur General Glut-Debatte: Mills Position in den Principles

„There cannot, in short, be intrinsically a more insignificant thing in the economy of society, than money.“ (*Mill* 1871, S. 488)

Mills Ausführungen in den *Principles*, die in der Aussage münden, daß es „nichts Unbedeutenderes als Geld“ gäbe, sind vielfach als Widerspruch zu den Ausführungen im zweiten Essay über einige ungelöste Probleme der Politischen Ökonomie angesehen worden, in denen er die Konsequenzen der Rolle des Geldes als Wertaufbewahrungsmittel analysiert. Dieser Eindruck ist auf den ersten Blick verständlich und wird durch die Lektüre der Passagen im Kapitel ‚Of Excess of Supply‘ verstärkt, auf die sich z. B. Keynes in der *General Theory* beruft. Dabei wird jedoch nicht nur übersehen, daß Mill im Essay wie Ricardo in langer Frist ein Anhänger des Sayschen Gesetzes bleibt, sondern auch, daß sich Mills Ausführungen in den *Principles* letztlich gar nicht wesentlich von denen im Essay unterscheiden. So heißt es z. B. in dem von Keynes übersehenen abschließenden § 4 (‚Origin and explanation of the notion of general oversupply‘), dessen Tenor von den ersten Paragraphen deutlich abweicht, daß eine ‚commercial crisis‘ durch folgende Elemente gekennzeichnet sei:

„At such times there is really an excess of all commodities above the money demand: in other words, there is an under-supply of money. . . . Almost everybody therefore is a seller, and there are scarcely any buyers; so that there may really be, though only while the crisis lasts, an extreme depression of general prices, from what may be indiscriminately called a glut of commodities or a dearth of money.“ (Mill 1871, S. 561)

Mill räumt hier ein, daß es Krisensituationen gibt, in denen ein Überangebot an allen Waren einem *Unterangebot an Geld* gegenübersteht. Zweifellos erkannte Mill die gesamtwirtschaftliche Bedeutung, die die Neigung, Geld zu halten statt es für Güter und Dienstleistungen auszugeben, erlangen kann. Allerdings beschränkte er diese Konstellation eines Unterangebots bzw. einer Übernachfrage nach Geld auf Krisensituationen und sah sie weniger als Ursache denn als *Folge* der Krise.

An dieser Stelle ist es angebracht, folgende Passage aus dem Essay 2 heranzuziehen:

„Um das Argument, demzufolge es unmöglich ist, daß ein Überschuß aller Waren besteht, auf den Fall anwenden zu können, in dem ein Tauschmittel benutzt wird, müssen wir das Geld selbst als Ware betrachten. *Es ist zweifellos richtig, daß es nicht gleichzeitig ein Überangebot aller anderen Waren und ein Überangebot an Geld geben kann.*“ (Mill 1976, S. 92; Hervorhebung von mir)

Angesichts dieser Ausführungen liegt es nahe, John Stuart Mill als den „eigentlichen“ Entdecker des Walrasschen Gesetzes im Sinne von Oskar Lange anzusehen.¹⁴

$$\sum_{i=1}^n p_i N_i \equiv \sum_{i=1}^n p_i A_i$$

$$\ddot{U}N_n \equiv N_n - A_n \equiv \sum_{i=1}^{n-1} p_i A_i - \sum_{i=1}^{n-1} p_i N_i$$

$$N_n = p_1 A_1 + p_2 A_2 + \dots + p_{n-1} A_{n-1} = \sum_{i=1}^{n-1} p_i A_i$$

(mit Preisen) bewertetes Güterangebot als *Geldnachfrage*

$$A_n = p_1 N_1 + p_2 N_2 + \dots + p_{n-1} N_{n-1} = \sum_{i=1}^{n-1} p_i N_i$$

(mit Preisen) bewertete Güternachfrage als *Geldangebot*

Mills Analyse in den *Principles* weicht nicht entscheidend von derjenigen im jugendlichen Essay ab. Seine Schriften zeigen,

¹⁴ Vgl. auch Wolfstetter (1977, S. 96 ff.), der betont: „sollte man nicht besser sagen: ‚John Stuart Mill’s Law‘“ (S. 102).

„that the notion of a demand for a stock of money to hold was not entirely absent from classical theory; although the fact that Mill viewed such a demand as a temporary phenomenon, arising only at times of financial crisis, does mean that the notion was peripheral to his version of the quantity theory of money.“ (Laidler 1991, S. 26)

Die Unterscheidung des Walrasschen vom Sayschen Gesetz sowie Mills Modifikation der klassischen Lehre zeigen auf, daß eine wichtige Frage darin besteht, welche Märkte in die Analyse einbezogen werden. Dies gilt in besonderer Weise für den Geldmarkt, aber, wie der Vergleich zwischen Keynes' und Ricardos Verständnis des Sayschen Gesetzes aufzeigt, auch für den Arbeitsmarkt. Zweifellos konnte Ricardo die Existenz temporärer oder auch langfristiger technologischer Arbeitslosigkeit mit der Gültigkeit des Sayschen Gesetzes verbinden. In diesem Sinne weist der klassische Ansatz Unterbeschäftigung trotz Sayschem Gesetz auf.¹⁵ Mill ist wie Ricardo der Ansicht, daß die aggregierte Nachfrage keine langfristige Barriere für die Produktion darstellen kann, wohingegen z. B. von Kaldor aufgezeigt wurde, daß das Keynesische Prinzip der effektiven Nachfrage in langfristiger Sicht nicht nur ausbaufähig ist, sondern auch erweitert werden sollte. Dies verweist auf die Rolle der Kapitalakkumulation, zumal Mill wie andere Klassiker beim Vollbeschäftigungsbegriff im Gegensatz zu Keynes eher „full employment of capital“ als „full employment of labour“ im Auge hatte. Die *Principles* beinhalten für unsere Fragestellung ein Dispositionsproblem, das von Hicks zurecht hervorgehoben wird:

„I do not now believe that Mill thought that in the two works he was saying anything substantially different. He always thought that there were two sides to the argument. In the essay they appear together; but in the *Principles* they are too widely separated. In III, 14 (‘Excess of Supply’) both are present; the ‘disequilibrium’ side is indeed underemphasised, but it should be remembered that this chapter is meant to be read along with the chapter on credit expansion (III, 12) which has just preceded it. What went wrong was the separation of these chapters in the third book from the chapters on capital (I, 4–5) in the first.“ (Hicks 1983, S. 63)

Diesen beiden Kapiteln gilt im Nachfolgenden unsere Aufmerksamkeit.

Mill übernimmt von Ricardo auch die beiden zentralen Gedanken der Maschineanalyse: Freisetzung durch eine Kapitalumlenkung (Lohnfondsthese¹⁶) und Kompensation über eine hinreichende Kapitalakkumulation. Im Gegensatz zu der nachfrage-theoretischen Argumentation von Malthus und Sismondi gab Ricardo der Freisetzungstheorie durch die Einführung des Kapital(umlenkungs)argumentes eine neue Begründung. Seiner Ansicht nach ist die Einführung neuer Maschinerie untrennbar mit einer Verringerung des Lohnfonds verbunden. Als Folge des Technikenwechsels steigt das Verhältnis des fixen zum zirkulierenden Kapital, wobei letzteres die periodisch vorgeschossenen Löhne, d. h. die Subsistenzmittel der

¹⁵ Vgl. Garegnani (1978) sowie Kurz/Kalmbach (1981, S. 294 ff.).

¹⁶ Die von Mill noch in den *Principles* vertretene Lohnfondstheorie wurde später von ihm widerrufen. Vgl. hierzu Abschnitt VI in dem Beitrag von Kurz in diesem Band.

Arbeiter, in ihrer Höhe festlegt. Während in der Konstruktionsphase der Maschine die Beschäftigung aufrechterhalten bleibt, sinkt mit Beginn der Nutzungsphase aufgrund der verringerten Produktion von Lohngütern in der Vorperiode die Beschäftigung. Veränderungen der Beschäftigung werden somit ausschließlich zurückgeführt auf Veränderungen in der physischen Zusammensetzung des Kapitalstocks, dessen Wert als gegeben und konstant unterstellt wird.

Da die Größe des Lohnfonds für die Beschäftigungsmöglichkeiten von Arbeitern entscheidend ist, führt eine Verringerung der produzierten Lohngüter zu einer Freisetzung von Arbeitern und/oder einem Fall des Reallohns. Bei Konstanz des Reallohns muß jede Verringerung des Lohnfonds Arbeitslosigkeit hervorrufen. Zwar identifiziert Ricardo das zirkulierende Kapital nicht unmittelbar mit dem Lohnfonds, jedoch unterstellt er eine direkte Proportionalität zwischen dem Beschäftigungsvolumen und dem zirkulierenden Kapital: „Die Nachfrage nach Arbeit hängt von der Vermehrung des zirkulierenden und nicht des fixen Kapitals ab“ (Ricardo 1994, S. 337). Das Beschäftigungsniveau bleibt auch bei Mill abhängig vom vorhandenen Lohnkapital. Allerdings geht er in einem wichtigen Punkt über Ricardo hinaus, indem er betont, daß zum zirkulierenden Kapital nicht nur Lohngüter gehören und daher auch von Veränderungen in der Struktur des zirkulierenden Kapitals Beschäftigungswirkungen ausgehen können:

„That the portion of capital consumed in the form of seed or material, though, unlike fixed capital, it requires to be at once replaced from the gross produce, stands yet in the same relation to the employment of labour as fixed capital does. What is expended in materials is as much withdrawn from the maintenance and remuneration of labourers, as what is fixed in machinery; and if capital now expended in wages were diverted to the providing of materials, the effect on the labourers would be as prejudicial as if it were converted into fixed capital“ (Mill 1871, S. 100).

Im Gegensatz zu Ricardo, der lediglich den zirkulierenden Teil des Marxschen variablen Kapitals berücksichtigt und von Roh- und Hilfsstoffen sowie Zwischenprodukten abstrahiert, berücksichtigt Mill – in Marxscher Terminologie – also auch den zirkulierenden Teil des konstanten Kapitals. Obwohl Mill Ricardos These vertritt, daß aus einer Verringerung des Lohnfonds negative Beschäftigungswirkungen resultieren, hält er diesen Fall praktisch für irrelevant „since there is probably no country whose fixed capital increases in a ratio more than proportional to its circulating“ (Mill, S. 97), zumal auch ein allein aufgrund der skizzierten Strukturveränderungen innerhalb des zirkulierenden Kapitals auftretender Beschäftigungseffekt „is a kind of change which seldom, if ever, takes place“ (S. 100).

Mill, der theoretisch immer wieder die Möglichkeiten der Arbeiterfreisetzung akzentuiert, ist mit Blick auf die Realität ein Kompensationsoptimist, da die potentielle technologische Arbeitslosigkeit in der Regel durch eine ausreichende Kapitalakkumulation kompensiert werde. Es ist vor allem diese theoretische Begründung der Freisetzungs- wie der Kompensationsvorgänge, aufgrund derer man Mill trotz seines Kompensationsoptimismus zu den Freisetzungstheoretikern zählen

muß. Dies zeigt sich auch daran, daß er die von den Kaufkraftkompensationstheoretikern vertretene These einer endogenen Kompensation zurückweist, wonach es über die mit der Einführung der Maschinerie verbundenen, die effektive Gesamtnachfrage stimulierenden Produktionskostensenkungen zu einer automatischen Wiederbeschäftigung der freigesetzten Arbeiter kommt, denn: „Demand for commodities is not demand for labour“ (*Mill* 1871, S. 79). In seinen berühmten vier „fundamental propositions respecting capital“ sowie dem anschließenden Kapitel über „circulating and fixed capital“ (Kapitel V und VI von Buch I, „Production“) arbeitet Mill seine Position heraus, bei der deutlich wird, daß er in der Nachfolge Ricardos primär kapitaltheoretisch argumentiert und die Beschäftigungsproblematik in eine Akkumulationstheorie einzubetten versucht.

Der erste der vier Millschen Lehrsätze über die Rolle des Kapitals im Produktionsprozeß beinhaltet, daß die Produktions- und Beschäftigungsmöglichkeiten durch das vorhandene Kapital begrenzt werden („Industry is limited by capital“). Unter der bei Mill anklingenden Vorstellung fixer Produktionskoeffizienten und der Annahme eines konstanten Auslastungsgrads bedeutet dies, daß die Beschäftigung nur über eine zusätzliche Kapitalbildung erhöht werden kann: „While on the one hand, industry is limited by capital, so on the other, every increase of capital gives, or is capable of giving, additional employment to industry“ (*Mill*, S. 66). Der für eine erfolgreiche Kompensation erforderliche Spar- und Investitionsprozeß (Lehrsatz 2: „Capital is the result of saving“) wird zweifelsohne dadurch begünstigt, daß die Unternehmerkapitalisten aus der Einführung arbeitsparender Maschinerie einen Vorteil ziehen, der sich in einem Anstieg der Profitrate äußert.

Indem er die „tendency of improvements in production to cause increased accumulation, and thereby ultimately to increase the gross produce“¹⁷, even if temporarily diminishing it“ (S. 98) akzentuiert, verdeutlicht Mill, daß die Einführung verbesserter Maschinerie über eine Anregung der Spar- und Akkumulationstätigkeit zugleich die Basis für eine erfolgreiche Absorption der freigesetzten Arbeiter in sich birgt. Während es somit an der langfristigen Vorteilhaftigkeit der Einführung technologischer Innovationen für die Arbeiter selbst in der existierenden Gesellschaft keinen Zweifel gebe, müßten die negativen Auswirkungen plötzlicher Innovationsstöße durch wirtschaftspolitische Maßnahmen des Staates gemildert werden, die auf eine Verminderung des Innovationstempos hinauslaufen (vgl. S. 99). Dieser für den potentiellen Fall einer eintretenden technologischen Arbeitslosigkeit

¹⁷ Wie bei Ricardo unterscheidet sich bei Mill das Bruttoprodukt bzw. Bruttoeinkommen durch den Lohnfonds vom Nettoprodukt bzw. Nettoeinkommen. Der über die Einführung neuer Maschinerie entscheidende Unternehmerkapitalist ist nicht am Bruttoeinkommen, d. h. (bei Abstraktion vom Rentenphänomen) der Summe aus Profiten und Löhnen – und damit für einen gegebenen Reallohnsatz indirekt am Beschäftigungsvolumen – interessiert, sondern ausschließlich am Profit, dem Nettoeinkommen. Ricardos Kapitalumlenkungsargument beinhaltet ein zunächst sinkendes Bruttoeinkommen bei steigendem Nettoeinkommen, dessen weitere Verwendung für die langfristig resultierende Beschäftigungsentwicklung von entscheidender Bedeutung ist.

befürwortete Interventionismus ist für einen liberalen Ökonomen alles andere als selbstverständlich und in der Folgezeit teilweise überrascht bis stirnrundelnd zur Kenntnis genommen worden. „And while Ricardo had frowned on state interference with the rate of technical advance, Mill does not hesitate to recommend public measures to moderate its rapidity. . . . No one went as far as Mill did, however, in suggesting direct interference with private decisions to introduce new machinery“ (Blaug 1985, S. 188 f.).

Im dritten Lehrsatz betont Mill, daß Kapital – obwohl Resultat des Sparens – im Produktionsprozeß konsumiert wird und dieser produktive Konsum gerade Voraussetzung seiner kontinuierlichen Reproduktion ist, dabei den Arbeitern entsprechende Beschäftigungsmöglichkeiten liefernd. Der kontroverseste und in der Folgezeit vieldiskutierte Lehrsatz ist der vierte, worin Mill hervorhebt, daß Nachfrage nach Gütern nicht gleichbedeutend ist mit Nachfrage nach Arbeitskräften, ein Zusammenhang, der nach allgemeiner Vorstellung zweifelsohne ein Paradoxon sei und daher einer intensiven Diskussion bedürfe¹⁸. Dieses vierte Prinzip steht im untrennbaren Zusammenhang mit dem ersten: So wie der Umfang der Produktion abhängig ist vom Kapital, so ist die Nachfrage nach Arbeitskräften abhängig von der Menge der vorhandenen Lohngüter. Ohne zusätzliche Kapitalbildung aus dem Nettoprodukt ist keine zusätzliche Nachfrage nach Arbeitskräften möglich. Mills vierter Lehrsatz ist die direkte Antithese zum Kaufkraftkompensationstheorem, dessen Inhalt man auch in dem Satz zusammenfassen kann: demand for commodities is demand for labour. Im Gegensatz dazu wird Mill nicht müde zu betonen, daß sich die Arbeitsnachfrage nicht aus der Güternachfrage konstituiert, die für Mill nur die Richtung bestimmt, in der Arbeit eingesetzt wird, d. h. die Verteilung eines Beschäftigungsvolumens, das allein vom Umfang des gebildeten Lohnkapitals determiniert wird. Die Bedeutung der Millschen Ausführungen liegt darin, daß er auf die unternehmerischen Spar- und Investitionsentscheidungen als notwendiger Vorbedingung einer Expansion der Produktion und Beschäftigung abstellt. Sie laufen auf die Vorstellung hinaus, daß das Beschäftigungsniveau eine direkte Funktion der Kapitalbildung ist. Dementsprechend ist die Einführung neuer Maschinerie immer dann unproblematisch – und dies ist für Mill der Regelfall –, wenn die Kapitalakkumulation im Verhältnis zum Umfang und Tempo des technischen Fortschritts groß genug ist, um via Bildung zusätzlichen (Lohn-)Kapitals eine Kompensation zu ermöglichen.

Obwohl Mill zurecht auf die Ausblendung des Produktionsprozesses als entscheidende Schwäche des Kaufkraftkompensationstheorems verweist, abstrahiert auch er von allen Problemen, die aus der Heterogenität der Kapitalgüter und der Arbeit resultieren. So setzt seine Argumentation, daß eine Veränderung der Nachfrage- und Produktionsstruktur keine Beschäftigungswirkungen zur Folge habe, die implizite Annahme identischer sektoraler Kapitalintensitäten voraus.

¹⁸ Vgl. Mill (1976, S. 78–90) sowie zur weitreichenden Rezeption dieses „Paradoxons“ Thompson (1975).

Das Verdienst von Mill liegt sicherlich darin, daß er die Kapitalfrage weiter verfolgt als Ricardo und die Analyse der Freisetzung- und Kompensationsproblematik konsequent in das generelle Bezugssystem der klassischen Triade von technischem Fortschritt, Akkumulation und Beschäftigung verweist. Mill arbeitet jedoch ebenfalls nicht deutlich genug heraus, daß eine erfolgreiche Kompensation nicht nur vom Lohnfonds, sondern vor allem auch vom neu zu schaffenden „fixen“ Kapital abhängt, ein Tatbestand, der erst bei Marx voll zur Geltung kommt.

V. Mill und die Kritik des Sayschen Gesetzes bei Roscher, Marx und Keynes

„Nicht besser sind übrigens die Ökonomen (wie J. St. Mill z. B.), die die Krisen aus diesen einfachen, in der Metamorphose der Waren enthaltenen Möglichkeiten der Krise – wie der Trennung von Kauf und Verkauf – erklären wollen. Diese Bestimmungen, die die Möglichkeit der Krise erklären, erklären noch lange nicht ihre Wirklichkeit.“
(Marx 1919, S. 502).

Deutliche Parallelen zu Mills krisentheoretischer Argumentation finden sich im Werk von Wilhelm Roscher, dessen langer Essay *Zur Lehre von den Absatzkrisen* ein Jahr nach Erscheinen der *Principles* publiziert wurde und in nur leicht veränderter Form in seinen *Ansichten der Volkswirtschaft aus dem geschichtlichen Standpunkte* (1861) Eingang fand.¹⁹ Der Begriff ‚Absatzkrise‘ ersetzte dabei den früher verwendeten Begriff ‚Produktionskrise‘, um den Kern der Krankheit, nämlich den Mangel an aggregierter Nachfrage, zu verdeutlichen. Während Schumpeter Roschers „verständige, wenn auch etwas flache, Theorie...“ nur „als Frikassee der meisten zu seiner Zeit gängigen Vorstellungen“ (1965, S. 904) empfand, gelangt Streissler zum abschließenden Urteil: „Hätte Keynes Roscher gelesen und beherzigt, so wäre nicht mehr viel Neues für seine *General Theory* übriggeblieben“ (1994, S. 121).

Lesen wir im Gegensatz zu Keynes Roscher etwas genauer, so finden wir in seiner kritischen Auseinandersetzung mit der klassischen Doktrin in der *General* Glut-Debatte u. a. folgende Aussage zur Rolle des Geldes:

„So ist unter Anderem schon durch die bloße Einführung des Geldverkehrs der strengen Sayschen Theorie gleichsam ein Strich durch die Rechnung gemacht. Als noch der ursprüngliche rohe Tauschhandel vorherrschte, traten sich Angebot und Nachfrage auf der Stelle gegenüber. Durch die Vermittelung des Geldes aber wird der Verkäufer in den Stand gesetzt, erst nach einiger Zeit zu kaufen, also die andere Hälfte des Tauschgeschäfts beliebig zu verzögern. Hiermit wird folglich auf den Märkten der Wirklichkeit das Angebot nicht immer eine entsprechende Nachfrage mit sich führen.“ (Roscher 1861, S. 297)

¹⁹ Vgl. auch Roscher (1854, Abschnitte 213–215) und Hagemann (1995).

Roscher betont hier die Konsequenzen der Funktion des Geldes als Wertaufbewahrungsmittel, die zu einer Trennung des Kaufs- vom Verkaufsakt führt. Das Argument, was auch im Zentrum der Kritik des Sayschen Gesetzes bei Marx und Keynes steht, weist eine große Nähe zu Mills Argumentation im zweiten Essay auf. Es bleibt offen, ob Roscher, der zweifellos die *Principles* sehr gut kannte, auch dieser Aufsatz von Mill bekannt war. Unbestreitbar bleibt die zeitliche Priorität Mills.

Die potentielle Trennung zwischen Verkauf und Kauf ist jedoch kein hinreichendes Argument, um das Saysche Gesetz zurückzuweisen. Bereits Smith hatte betont, daß die jährlichen Ersparnisse „von einer anderen Gruppe von Leuten“ produktiv konsumiert werden, und später entwickelte die klassische Wirtschaftstheorie den Zinsmechanismus, um Ersparnisse und Investitionen gesamtwirtschaftlich in Übereinstimmung zu bringen. John Stuart Mill selbst war an der Elaborierung dieses Theorieelements maßgeblich beteiligt. So betont er z. B. in den *Principles*: „The rate of interest will be such as to equalize the demand for loans with the supply of them.“ (Mill 1871, S. 637). Folglich muß ein Vermögensmotiv der Geldhaltung wie in der Keynesischen Liquiditätspräferenztheorie hinzugefügt werden. Streissler erkennt in Roschers Ausführungen eine Antizipation des Keynesischen Spekulationsmotivs, obwohl in realwirtschaftlicher und inverser Form (1994, S. 115). Roscher sieht Absatzkrisen – ebenso wie Mill – als Folge kommerzieller Überspekulation. Wenn Händler einen Preisanstieg erwarten, weiten sie ihre Lagerbestände aus und bewirken somit den Preisanstieg. Dieser Prozeß wird durch Kreditfinanzierung gefördert und früher oder später korrigiert, wenn die Umstände die „allgemeine Hoffnungsfreudigkeit“ gefährden.

„Jedermann treibt seine Forderungen ein und sucht seine Vorteile so rasch wie möglich zu ‚versilbern‘. Also Jeder will verkaufen, Niemand kaufen: was ist dieß anders, als eine allgemeine Absatzkrise?“ (Roscher 1861, S. 299 f.)

Der Keim der Krise war im Aufschwung bereits angelegt.

Marx ist ein Autor, der fraglos sowohl die Schriften Mills wie diejenigen Roschers gründlich studiert hat. Dies zeigt sich insbesondere auf dem Gebiet der Krisentheorie, auch wenn dies durch eine überzogene Kritik z.T. verdeckt wird. Im Unterschied zu „Wilhelm Thukydides Roscher“, dem „Vulgärökonomie“, „eklektische Professoralfaselei“ und ähnliche Qualitätsmerkmale bescheinigt werden, kommt Mill vergleichsweise gut weg:

„Zur Vermeidung von Mißverständnis bemerke ich, daß, wenn Männer wie J. St. Mill usw. wegen des Widerspruchs ihrer altökonomischen Dogmen und ihrer modernen Tendenzen zu rügen sind, es durchaus unrecht wäre, sie mit dem Troß der vulgärökonomischen Apologeten zusammenzuwerfen.“²⁰

Marxens Analyse der „Möglichkeit und Wirklichkeit der Krise“ im 17. Kapitel des zweiten Bandes der *Theorien über den Mehrwert* ist entscheidend durch Mill,

²⁰ Marx (1968, S. 231, 909, 107 und 638).

dessen Essays über *Einige ungelöste Probleme der politischen Ökonomie* er bereits 1845 studierte, beeinflusst worden.²¹ Dies kann auch durch dialektische Kunstgriffe nicht „wegräsoniert“ werden, eine Vorgehensweise, die Marx Ricardo bezüglich der Möglichkeit eines allgemeinen Überangebots attestiert. Insbesondere die positive Argumentation im Abschnitt 10 über die ‚Verwandlung der Möglichkeit der Krise zur Wirklichkeit‘ (S. 508 ff.) verdeutlicht die enge Anlehnung an Mill. Die Möglichkeit der Krise hängt entscheidend an der von Mill im Essay 2 betonten Trennung des Verkaufs- vom Kaufakt:

„Die Schwierigkeit, die Ware in Geld zu verwandeln, zu verkaufen, stammt bloß daher, daß die Ware in Geld, das Geld aber nicht unmittelbar in Ware verwandelt werden muß, also Verkauf und Kauf auseinanderfallen können.“ (S. 510)

Die vollständige Formel des Kreislaufs eines einzelnen Kapitals, verstanden als „Einheit von Zirkulation und Produktion“, lautet:

$$\begin{array}{ccc}
 G - & \left. \begin{array}{l} W \rightarrow AK \\ \rightarrow PM \end{array} \right\} \dots P \dots W' & - G + \Delta G \\
 \text{Zirkulationssphäre} & \text{Produktionssphäre} & \text{Zirkulationssphäre}
 \end{array}$$

Da der beschriebene Formwechsel des Kapitals zirkulär und fortlaufend ist, kann jede Phase analytisch als Startphase angesehen werden. Man erhält daher unterschiedliche Kreisläufe, je nachdem, wo man beginnt. Die oben beschriebene Sequenz ist die des *Geldkapitals*. Daneben existiert die des *produktiven Kapitals*: $P \dots W' - G' - W' \dots P$. Sie beginnt mit der Produktion und führt über die Phase des Verkaufs von Waren und des Kaufs neuer Waren erneut zur Produktion. Schließlich die Zirkulationsformel des *Warenkapitals*: $W' - G' - W' \dots P \dots W''$. Sie beginnt mit dem Tauschakt von Waren gegen Geld, setzt sich fort im Tauschakt von Geld gegen andere Waren, durchläuft die Produktionsphase und endet mit einem neuerlichen Warenoutput. Diese drei Formen des Kreislaufs beziehen sich auf verschiedene Aspekte der Bewegung des Kapitals und können auch als Beschreibung *dreier Kapitalfunktionen* aufgefaßt werden: Kapital als Geld, als Produktionsmittel und als Träger von (Tausch-)Wert. So unterschiedlich diese Funktionen auch sind, sie sind untrennbar miteinander verbunden, und der Kreislauf wird unweigerlich unterbrochen, wenn eine von ihnen nicht erfüllt wird. Das Resultat sind ökonomische Krisen, die die Gesellschaft erschüttern.

Interessanterweise beruft sich Keynes, dem generell keine große Nähe zu Marx bescheinigt werden kann, gerade bei der Diskussion des essentiellen Unterschiedes einer Geldwirtschaft von einer Tauschwirtschaft auf die Marxsche Kreislaufformel und stellt der Position der klassischen Theorie mit der Reduktion des Geldes auf

²¹ Balassa (1959b) spricht Marx diesbezüglich sogar jegliche Originalität ab: „if one abstracts from the Hegelian terminology there is considerable similarity between Marx’s and Mill’s exposition, of which Marx is aware“ (S. 157). Zu einer Marx-freundlicheren Sichtweise der ‚Ähnlichkeiten‘ mit Mill vgl. Shoul (1965).

die Zahlungsmittelfunktion, ausgedrückt in $W - G - W'$, die Formel $G - W - G'$ als die für die Geldwirtschaft bzw. ‚entrepreneur economy‘ adäquate gegenüber. Keynes bescheinigt Marx in diesem Zusammenhang eine „prägnante Beobachtung“ (vgl. *Keynes*, CW XXIX, 1979, S. 81 ff.).²²

VI. Schlußfolgerungen

„Mill adhered to the long-run implications of the quantity theory throughout his life. He began his career as a rigid Ricardian and ended it as a flexible one. . . . Mill’s views on monetary theory changed little after 1826 . . . it is clear that the only major transformation in Mill’s thought came between 1824 and 1826.“

(*Skaggs* 1994, S. 562)

Mills Begabung als großer Synthetisierer unterschiedlicher Theorien und sein Drang nach einer ausgewogenen Sichtweise zeigen sich gerade auch in seinen krisentheoretischen Ausführungen. Dies beinhaltet kaum vermeidbar die Gefahr Unvereinbares miteinander verbinden zu wollen und damit in der Argumentation widersprüchlich zu werden, ganz zu schweigen davon, daß eine solche Vorgehensweise von den Vertretern reiner (ricardianischer) Lehre wenig goutiert wird. Andererseits führten gerade Mills charakteristische Offenheit und sein Versuch neue realökonomische Entwicklungen theoretisch zu durchdringen, zu bemerkenswerten originellen Beiträgen. In der Geld- und Krisentheorie war es zweifellos die Krise des Jahres 1825, deren Analyse, wenn auch keinen grundsätzlichen Wandel, so doch eine deutliche Akzentveränderung im Millschen Denken bewirkt hat. Mill deutete die Krise vor allem als Korrektur vorangegangener überzogener Spekulationen. Zwar hatte es (neben den durch den Agrarzyklus hervorgerufenen Handelskrisen und kriegsbedingten Wirtschaftskrisen) auch schon früher, etwa in den Jahren 1674 und 1720, Spekulationskrisen gegeben; diese beschränkten sich jedoch weitgehend auf den Finanzbereich und waren nicht mit Produktionskrisen verbunden gewesen. Dies änderte sich in der entstehenden Industriegesellschaft, in der die Krise von 1825 nach Abschluß der napoleonischen Kriege die erste in einer Serie von Krisen war, die etwa jede Dekade auftraten und sowohl mit starken Preisschwankungen wie Outputschwankungen verbunden waren. Die zyklische Regularität der Krisen und der Tatbestand, daß diese ebenso durch reale wie durch monetäre Phänomene gekennzeichnet waren, wurden erst allmählich erkannt. „Thus, during the nineteenth century, a theory of financial crisis in due course evolved into a theory of the credit cycle, and eventually into a theory of the business cycle.“ (*Laidler* 1991, S. 20). John Stuart Mill, der vor dem Problem stand, daß in der theoretisch überlegenen Position Ricardos in der General Glut-Kontroverse, aber auch

²² Zu einem ausführlicheren Vergleich der Krisentheorien von Marx und Keynes siehe *Kenway* (1980).

in den Lehren seines Vaters und von Say, kurzfristige Probleme eher vernachlässigt worden waren und auch zeitbedingt das Problem zyklischer Fluktuationen theoretisch ungelöst geblieben war, nahm die veränderten Tatbestände als einer der ersten Ökonomen seiner Zeit wahr und stellte sich den neuen Herausforderungen. Die Ergebnisse des Jahres 1825 und ihre theoretische Verarbeitung in den Schriften seit 1826 führten zu einer „Wasserscheide“ in Mills Entwicklung.²³

Laidlers Feststellung, daß sich die klassische Geldtheorie primär mit einem ‚Kreditzyklus‘ und nicht mit einem Konjunkturzyklus befaßte, gilt in besonderem Maße für Mill. Die Argumentation, daß die entscheidende Ursache der Handelskrisen in einer endogenen kreditgestützten Spekulation liegt, zieht sich wie ein roter Faden von dem 1826 erschienenen Aufsatz ‚Paper Currency and Commercial Distress‘ bis zu den *Principles*. Dort wird die Rolle einer übermäßigen Kreditausweitung als wesentliches Charakteristikum und Nährstoff einer überzogenen Spekulation im dritten Abschnitt des zwölften Kapitels von Buch III in aller Schärfe herausgearbeitet.²⁴

„There is said to be a commercial crisis, when a great number of merchants and traders at once, either have, or apprehend that they shall have, a difficulty in meeting their engagements. The most usual cause of this general embarrassment is the recoil of prices after they have been raised by a spirit of speculation, intense in degree, and extending to many commodities. Some accident which excites expectations of rising prices, such as the opening of a new foreign market, or simultaneous indications of a short supply of several great articles of commerce, sets speculation at work in several leading departments at once. The prices rise, and the holders realize, or appear to have the power of realizing, great gains. In certain states of the public mind, such examples of rapid increase of fortune call forth numerous imitators, and speculation not only goes much beyond what is justified by the original grounds for expecting rise of price, but extends itself to articles in which there never was any such ground: these, however, rise like the rest as soon as speculation sets in. At periods of this kind a great extension of credit takes place. Not only do all whom the contagion reaches employ their credit much more freely than usual; but they really have more credit, because they seem to be making unusual gains, and because a generally reckless and adventurous feeling prevails, which disposes people to give as well as take credit more largely than at other times, and give it to persons not entitled to it. . . . Thus general prices, during a commercial revulsion, fall as much below the usual level as during the previous period of speculation they have risen above it: the fall, as well as the rise, originating not in anything affecting money, but in the state of credit; an unusually extended employment of credit during the earlier period, followed by a great diminution, never amounting, however, to an entire cessation of it, in the later.“ (*Mill* 1871, S. 527 f.)

Mills Darstellung des ‚Kreditzyklus‘ ist in verschiedener Hinsicht interessant. Die Expansion und Kontraktion von (Bank- und Handels-)Krediten generiert auch

²³ Vgl. *Hollander* (1985, S. 495).

²⁴ Dies schließt andere Ursachen nicht aus, wie sie von Mill beispielsweise mit dem Kapitalabfluß aufgrund eines hohen Baumwollpreises und stark gestiegener Nahrungsmittelimporte sowie des hohen Kapitalbedarfs für den Eisenbahnbau für die Krise von 1847 konstatiert werden.

unabhängig von Veränderungen des Geldangebots Preisschwankungen und wird als der entscheidende Propagationsmechanismus des Zyklus identifiziert. Ferner erscheint die Krise als unvermeidbare Folge der vorhergehenden Hausse, d. h. die spekulationsgetriebene, durch realökonomische Entwicklungen nicht gerechtfertigte übermäßige Kreditausweitung macht eine entsprechende Korrektur erforderlich.²⁵ Hier liegt ein vergleichsweise weit entwickelter Embryo des späteren Wicksellschen Kreditschöpfungsprozesses sowie wichtiger Elemente der Konjunkturtheorien von Mises und Hayek vor. Allerdings vermag es Mill nicht, eine befriedigende Erklärung des oberen Wendepunktes zu geben, eine Funktion, die in der Hayekschen Konjunkturtheorie dem Ricardo-Effekt zukommt.²⁶ Ferner findet sich bei Mill bereits in dem 1833 erschienenen Aufsatz ‚The Currency Juggle‘ die Idee, daß ein unerwarteter Anstieg des Geldangebots oder eine Kreditexpansion zu einer Verzerrung realer Produktionsstrukturen führt, wenn die Produzenten einen allgemeinen Anstieg des Preisniveaus als relative Preisänderungen fehlinterpretieren, die sie zu einer Ausweitung ihrer Produktion veranlassen.²⁷ Spätere Korrekturen sind damit unvermeidbar.

Mill konzediert, daß eine Krise mit einem zwar temporären, nichtsdestotrotz aber allgemeinen Überschußangebot an Waren verbunden ist. Dieses sei jedoch kein Zeichen einer allgemeinen Überproduktion.

„But it is a great error to suppose, with Sismondi, that a commercial crisis is the effect of a general excess of production. It is simply the consequence of an excess of speculative purchases. . . . its immediate cause is a contraction of credit, and the remedy is, not a diminution of supply, but the restoration of confidence.“ (*Mill* 1871, S. 561)

Eine kurzfristige Überproduktion sei zwar von Übel, liefere jedoch in keinerlei Hinsicht ein theoretisches Argument für die Existenz einer permanenten Überproduktion.²⁸ Zweifelsfrei bleibt Mill in langfristiger Sicht ein Anhänger des Sayschen Gesetzes wie der Quantitätstheorie. Damit verharrt er in der klassischen Tradition, in der seit Adam Smith – mit zunächst stark antimerkantilistischer Stoßrichtung – die vorteilhaften Wirkungen der Kapitalakkumulation akzentuiert wurden.²⁹ In diesem Sinne gilt: Über längerfristige Zeiträume hinweg werden selbst enorme Steigerungen der Produktion durch entsprechende Steigerungen der Nachfrage absorbiert.³⁰

²⁵ Zu diesem Aspekt der Millschen Krisentheorie vgl. auch *Kromphardt* (1989, S. 10–13).

²⁶ Vgl. *Hagemann und Trautwein* (1998).

²⁷ Vgl. *Mill* (1833, in *Robson* (1967, IV), insbes. S. 191; *Humphrey* (1991, S. 11 ff.) und *Cesarano* (1996).

²⁸ „Mill does convincingly justify the key distinction between production as such, which is not the culprit, and breaks in the expenditure stream under certain conditions where the problem lies.“ (*Hollander* 1985, S. 509).

²⁹ Die Problematik einer langfristig fallenden Profitrate soll an dieser Stelle nicht näher behandelt werden.

³⁰ Vgl. auch *Baumol* (1977, S. 152 f.).

Wie aufgezeigt werden konnte, gibt es keinen Widerspruch zwischen der von Mill im Essay und in den *Principles* vertretenen Position, da er die infolge der Krise von 1825 erstmals 1826 artikuliert modifizierte Sichtweise in der Nachfolge beibehielt. Dies bedeutet jedoch nicht, daß diese Position in sich völlig schlüssig ist. Wie *Schumpeter* (1954, S. 758) betont, wurde von den klassischen Ökonomen und Say die Wertaufbewahrungsfunktion des Geldes weitgehend vernachlässigt. In Mills jugendlichem Essay wird sie einschließlich der daraus resultierenden Komplikation m.W. erstmals als temporäres Phänomen analysiert. Dies stellt zweifelsohne eine wichtige innovative Leistung Mills dar, bildet diese Problematik doch den harten Kern aller späteren Kritik des Sayschen Gesetzes, von Marx bis Keynes. Allerdings finden wir bei Mill kein entwickeltes Vermögensmotiv der Geldhaltung und nirgendwo macht er die Wertaufbewahrungsfunktion und die daraus resultierenden Probleme zur ‚Regressionslinie‘ seines Denkens.³¹

Literatur

- Balassa*, B. (1959a): John Stuart Mill and the Law of Markets, *Quarterly Journal of Economics*, Bd. 73, S. 263–274.
- (1959b): Karl Marx and John Stuart Mill, *Weltwirtschaftliches Archiv*, Bd. 94, S. 147–165.
- Baumol*, W.J. (1977): Say’s (at Least) Eight Laws, or What Say and James Mill May Really Have Meant, *Economica*, Bd. 44, S. 145–162.
- Becker*, G.S./*Baumol*, W.J. (1952): The Classical Monetary Theory: The Outcome of the Discussion, *Economica*, Bd. 19, S. 355–376.
- Blaug*, M. (1985): *Economic Theory in Retrospect*, 4. Aufl., Cambridge.
- Cesarano*, F. (1996): On the Effectiveness of Changes in Money Supply: The Puzzle of Mill’s View, *History of Political Economy*, Bd. 28, S. 459–473.
- Clower*, R./*Leijonhufvud*, A. (1973): Say’s Principle, What it Means and Doesn’t Mean, *Intermountain Economic Review*, S. 1–16, wiederabgedruckt in: *Leijonhufvud*, A.: *Information and Coordination*, Oxford 1981, S. 71–101 und in: *Clower*, R.W., *Money and Markets*, Cambridge 1984, S. 145–165.
- Davis*, J.R./*Casey*, F.J./*Patinkin*, D./*Bridel*, P. (1977–79): Debate on Keynes’s Misquotations of Mill, *Economic Journal*, Bd. 87, 1977, S. 329–330; Bd. 88, 1978, S. 341–342; Bd. 89, 1979, S. 658–662.
- Eltis*, W. (1984): *The Classical Theory of Economic Growth*, London.
- Garegnani*, P. (1978): Notes on Consumption, Investment and Effective Demand I, *Cambridge Journal of Economics*, Bd. 2, S. 335–353.
- Hagemann*, H. (1995): Roscher and the Theory of Crisis, *Journal of Economic Studies*, Bd. 22, S. 171–186.

³¹ i.S.v. Patinkins Diskussion möglicher Antizipationen von Keynes (vgl. *Patinkin* 1982).

- Hagemann, H./Trautwein, H.-M.* (1998): Cantillon and Ricardo effects: Hayek's contributions to business cycle theory, *The European Journal of the History of Economic Thought*, Bd. 5, S. 292 – 316.
- Hicks, J.* (1983): „From classical to post-classical: the work of J.S. Mill“ in Hicks, J. (Hrsg.), *Classics and Moderns, Collected Essays on Economic Theory*, Bd. III, Oxford, S. 60 – 70.
- Hollander, S.* (1985): *The Economics of John Stuart Mill*, 2 Bände, Toronto.
- Humphrey, T.M.* (1991): Nonneutrality of Money in Classical Monetary Thought, *Federal Reserve Bank of Richmond Economic Review*, Bd. 11, S. 3 – 15.
- Kahn, R.* (1984): *The Making of Keynes' General Theory*, Cambridge.
- Kenway, P.* (1980): Marx, Keynes and the Possibility of Crisis, *Cambridge Journal of Economics*, Bd. 4, S. 23 – 36.
- Keynes, J.M.* (1971 – 1989): *The Collected Writings of John Maynard Keynes*, Bd. I-XXX, London.
- Kromphardt, J.* (1989): Die Konjunktur- und Krisentheorie der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts, in: B. Schefold (Hrsg.), *Studien zur Entwicklung der ökonomischen Theorie VII*, Berlin, S. 9 – 34.
- Kurz, H.D.* (1997): Ricardo vs. Malthus zur Möglichkeit einer allgemeinen Überproduktion, Ms., Graz.
- Kurz, H.D./Kalmbach, P.* (1981): Elemente einer neuklassischen Analyse von Verteilung, Wert, Akkumulation und Beschäftigung: eine Skizze, in: W.J. Mückl und A.E. Ott (Hrsg.), *Wirtschaftstheorie und Wirtschaftspolitik. Gedenkschrift für Erich Preiser*, Passau, S. 283 – 311.
- Laidler, D.* (1991): *The Golden Age of the Quantity Theory*, New York und London.
- Lange, O.* (1942): „Say's law: a restatement and criticism“, in Lange, O.: *Studies in Mathematical Economics and Econometrics*, Chicago, S. 49 – 68.
- Lowe, A.* (1968): *Politische Ökonomik*, Frankfurt und Wien.
- Malthus, T.R.* (1820): *Principles of Political Economy*, 2. Aufl. 1836, Reprint New York 1986.
- (1827): *Definitions in Political Economy*, London.
- Mandeville, B.* (1714, 1729): *The Fable of the Bees: or Private Vices, Publick Benefits*, Oxford 1924.
- Marx, K.* (1867): *Das Kapital, Kritik der politischen Ökonomie*, Bd. I: Der Produktionsprozeß des Kapitals, 4. Aufl. Berlin 1890, Frankfurt 1968.
- (1919): *Theorien über den Mehrwert*, Band II, Stuttgart.
- Mill, J.* (1808): *Commerce Defended*, London.
- (1821): *Elements of Political Economy*, 3. Aufl., London 1844.
- Mill, J.S.* (1826): Paper Currency and Commercial Distress, *Parliamentary Review*, Session of 1826, S. 630 – 662, wiederabgedruckt in: Robson, J.M. (Hrsg.), *Collected Works of John Stuart Mill*, Bd. IV, Toronto und London 1967, S. 71 – 123.
- (1844): *Essays on Some Unsettled Questions of Political Economy*, dt.: *Einige ungelöste Probleme der politischen Ökonomie*, hrsg. von H.G. Nutzinger, Frankfurt 1976, S. 66 – 95.

- (1848): *Principles of Political Economy*, 7. Aufl., London 1871, Reprint New York 1976.
- Morishima, M./ Catephores, C.* (1988): Anti-Say's law versus Say's law: a change in paradigm, in: Hanusch, H. (Hrsg.), *Evolutionary Economics. Applications of Schumpeter's Ideas*, Cambridge, S. 23–70.
- Patinkin, D.* (1982): *Anticipations of the General Theory? And Other Essays on Keynes*, Chicago.
- Ricardo, D.* (1817, 1821³): *Über die Grundsätze der Politischen Ökonomie und der Besteuerung*, Marburg 1994.
- (1951–55): *The Works and Correspondence of David Ricardo*, Vols. I–X, hrsg. von P. Sraffa in Zusammenarbeit mit M.H. Dobb, Cambridge.
- Roscher, W.* (1849): Die Produktionskrisen mit besonderer Rücksicht auf die letzten Jahrzehnte, in: *Die Gegenwart. Eine encyklopädische Darstellung der neuesten Zeitgeschichte für alle Stände*, Bd. 3, Brockhaus, Leipzig, S. 721–758.
- (1854): *Die Grundlagen der Nationalökonomie*, Stuttgart.
- (1861): *Ansichten der Volkswirtschaft aus dem geschichtlichen Standpunkte*, Leipzig und Heidelberg.
- Say, J.-B.* (1821): *A Treatise on Political Economy*, 4. Aufl., Reprint, New York 1971.
- Schumpeter, J.A.* (1954): *A History of Economic Analysis*, London, dt.: *Geschichte der ökonomischen Analyse*, 2 Bde, Göttingen 1965.
- Shoul, B.* (1965): Similarities in the Work of John Stuart Mill and Karl Marx, *Science and Society*, Bd. 29, S. 270–295.
- Skaggs, N.T.* (1994): The Place of J.S. Mill in the Development of British Monetary Orthodoxy, *History of Political Economy*, Bd. 26, S. 539–567.
- Smith, A.* (1776): *An Inquiry into the Nature and Causes of the Wealth of Nations*, 2 Bde, Chicago 1976.
- Sowell, T.* (1972): *Say's Law. An Historical Analysis*, Princeton.
- Spahn, H.-P.* (1997): Zins und Profit bei John Stuart Mill. Diskussionsbeiträge aus dem Institut für Volkswirtschaftslehre der Universität Hohenheim, Nr. 155, Stuttgart.
- Streissler, E.W.* (1981): Adam Smith – Der Adam oder nur Wachstum? Paradoxa einer wissenschaftlichen Revolution, in: Neumark, F. (Hrsg.), *Studien zur Entwicklung der ökonomischen Theorie I*, Berlin, S. 43–52.
- (1994): Wilhelm Roscher als führender Wirtschaftstheoretiker, in: Schefold, B. (Hrsg.), *Wilhelm Roscher und seine „Ansichten der Volkswirtschaft aus dem geschichtlichen Standpunkte“*, Düsseldorf, S. 37–121.
- (1995), Wilhelm Roscher. Zur Lehre von den Absatzkrisen. Oder: Gibt es in der relevanten Konjunkturtheorie und -politik in den letzten 140 Jahren etwas Neues?, in: Matzner, E./ Nowotny, E. (Hrsg.), *Was ist relevante Ökonomie heute? Festschrift für Kurt W. Rothschild*, Marburg, S. 111–121.
- Thompson, J.H.* (1975): Mill's fourth fundamental proposition: a paradox revisited, *History of Political Economy*, Bd. 7, S. 174–192.
- Wolfstetter, E.* (1977): *Wert, Profitrate und Beschäftigung*, Frankfurt.

Profit und Zins bei John Stuart Mill*

Von H.-Peter Spahn, Stuttgart-Hohenheim

„Herr John St. Mill exzerpiert (...) auf der einen Seite Ricardos Profittheorie und annexiert auf der andren Seniors 'remuneration of abstinence'. So fremd ihm der Hegelsche 'Widerspruch', die Springquelle aller Dialektik, so heimisch ist er in platten Widersprüchen.“
Karl Marx¹

I. Einleitung

Die Beschäftigung mit John Stuart Mill ist reizvoll, weil seine Lehre bereits auf der Grenze zwischen klassischer und neoklassischer Ökonomie steht und somit deutlich wird, an welchen Punkten sich neue Positionsbestimmungen abzeichnen. Stavenhagens Redeweise von der „Vollendung des klassischen Systems durch John Stuart Mill“ deutet ebenso den Umbruch an wie Blaug's Einschätzung, Mills „Principles“ sei die „Bibel“ der Ökonomen in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts gewesen; denn ohne die Einbeziehung subjektivistischer Elemente in eine im Grundsatz noch klassische Theorie hätte dem Werk in dieser Zeit vielleicht nicht ein solcher Erfolg beschieden sein können. Blaug zufolge wollte Mill mit seinem Werk keinen Anspruch auf Originalität erheben, sondern „lediglich“ eine Neufassung von Smith's „Wohlstand der Nationen“ schreiben. Mills Werk läßt sich auch als eklektisch bezeichnen; höflicher als der oben erwähnte Marx konstatiert Blaug, daß Mill „die verschiedensten theoretischen Ansätze nebeneinander an[-führte], ohne auch nur den Versuch zu unternehmen, sie miteinander in Einklang zu bringen“.²

Die Beschäftigung mit John Stuart Mill ist deshalb aber auch schwierig, weil der Bezugspunkt einer theoretischen Beurteilung uneindeutig ist. Gleichwohl wird in Abschnitt II eine ricardianische Version der klassischen Ökonomie dargestellt, die den Ausgangspunkt der Arbeit bilden soll – ohne damit den Anspruch zu ver-

* Überarbeitete Fassung des vor dem Dogmenhistorischen Ausschuß gehaltenen Referats. Für kritische und konstruktive Hinweise danke ich insbesondere den Kollegen Binswanger, Caspari, Collier, Hagemann, Kurz, Rieter, Schneider, Schumann, Streißler und Trautwein.

¹ Marx (1890: 623 n.).

² Blaug (1968: 71; eckige Klammern innerhalb eines Zitats sind hier und im folgenden vom Autor eingefügt); vgl. Stavenhagen (1969: 87).

binden, daß diese rigoros vereinfachte Skizze den vielschichtigen Positionen aller Klassiker stets gerecht wird. Vor diesem Hintergrund werden dann in den Abschnitten III und IV Mills Überlegungen entwickelt, wobei es zweckmäßig ist, zunächst einige Grundgedanken aus Mills frühem „Essay“ über Profit und Zins vorzustellen und anschließend die Thematik ausführlicher anhand der „Principles“ zu behandeln. Abschnitt V liefert dann eine kritische Diskussion des Millschen Beitrags mit Blick auf die allgemeine Entwicklung der Kapital- und Verteilungstheorie. Abschnitt VI enthält ein abschließendes Resümee.

II. Klassische Kapitaltheorie: Der Freiheitsgrad in der Verteilung

Die klassische Ökonomie entwickelt sich aus der Kritik des Merkantilismus und der Physiokratie. Damit sind nachhaltige Änderungen der Begriffe des Kapitals sowie der Produktivität verbunden:

- Die merkantilistische Vorstellung des Kapitals als Geldvorschuß, der für jedes unternehmerische Projekt unabdingbar ist, wird wegen der damit angeblich verbundenen Geldillusion zurückgewiesen. Statt dessen wird Kapital nun mit den Produktionsmitteln identifiziert, eben weil es unter den historischen Bedingungen möglich schien, durch ihren physischen Einsatz einen (Wert-) Überschuß zu erwirtschaften.³
- Die bei den Physiokraten anklingende Wertschöpfungsqualität des Bodens wird wieder auf eine bloß technische Produktivität reduziert, so daß die Rente nicht als Entgelt für eine eigenständige ökonomische Leistung gedeutet werden konnte, sondern lediglich ein Reflex ökonomischer Knappheit darstellte, die vom Bodenbesitzer ausgenutzt wurde.⁴

Aus klassischer Sicht wirft der Produktionsprozeß einen Profit als Überschuß des Outputwertes in Relation zu den bewerteten Inputfaktoren ab, wobei im einfachsten Fall unterstellt ist, daß alle Inputfaktoren zu konstanten Kosten in beliebiger Menge vom System selbst erzeugt werden können. Auch Arbeitskraft gilt als ein solcher Inputfaktor, der – wie alle anderen – mit einem konstanten, technisch bestimmten Kostenpreis entlohnt wird. Knappe, d. h. nicht zu konstanten Kosten reproduzierbare Ressourcen stellen in diesem System gleichsam einen Störfaktor dar: Sind sie zur Produktion unverzichtbar und nicht (hinreichend) substituierbar, so bewirkt eine steigende Nachfrage nach diesen Gütern in Zuge des Wachstumsprozesses eine relative Steigerung ihres Preises, so daß sich die Besitzer bzw. Anbieter dieser Güter langfristig den gesamten Überschuß des Systems als Renteneinkommen aneignen können.

³ Vgl. *Schumpeter* (1954: 409 f., 418 f.).

⁴ Vgl. *Mill* (1871: 26).

Der einfachste Fall von Ricardos Kornmodell läßt sich durch folgendes Gleichungssystem ausdrücken: Das Ein-Gut Y kann unter proportionalem Einsatz von Arbeit und Saatgut, gemessen in N , auf einem gegebenen Boden \bar{B} mit abnehmenden Grenzerträgen produziert werden. Der Kapitalvorschuß K besteht aus der Lohnsumme W , die wiederum vom fixen Reproduktionslohn \bar{x} abhängt. Die Rente R pro Beschäftigungseinheit ergibt sich durch die Differenz zwischen Durchschnitts- und Grenzprodukt, der Profit Q ist die Produktmenge, der übrig bleibt, nachdem Lohn und Rente gezahlt sind. Die Profitrate r ist dann gleichsam technisch durch das Verhältnis von zwei Kommengen bestimmt und sinkt auf Null, wenn das Grenzprodukt gerade noch dem Subsistenzlohn entspricht.

$$\begin{aligned}
 Y &= f(N, \bar{B}) \\
 K &= W = \bar{x}N \\
 [1] \quad R/N &= Y/N - Y'_N \\
 Q &= Y - W - R \\
 r &= Q/K = Y'_n/\bar{x} - 1
 \end{aligned}$$

Grundsätzlich besteht ein Freiheitsgrad in der Einkommensverteilung: Profitrate und Reallohn stehen zwar in einer inversen Beziehung, jedoch bleibt zunächst offen, wie und bei welchem Wert dieser Verteilungsantagonismus fixiert wird. Zwei Alternativen stehen offen; in beiden wird die Profitrate zu einer abhängigen Größe:

- Einem machttheoretischen Ansatz zufolge wird der Reallohn im „Verteilungskampf“ zwischen Arbeitern und Unternehmern ausgehandelt. Indem die Lohnpolitik somit die Profitrate bestimmt, setzt sie indirekt auch eine Obergrenze für den Zinssatz, der sich aus einer „nachgelagerten“ Verhandlungsrunde zwischen Kapitalisten und Unternehmern ergibt.
- Wenn hingegen die Profitrate außerhalb des güterwirtschaftlichen Systems [1] festgelegt wird, z. B. durch den Zins⁵, so bestimmt die Profitrate ihrerseits den Reallohn. Der Arbeitsmarkt hat dann keinen (wesentlichen) Einfluß auf die Einkommensverteilung, sondern lediglich (via Lohn-Preis-Mechanismus) auf das Preisniveau.

Allgemein wird deutlich, daß unter der Bedingung einer gegebenen Technik keine unabhängigen Determinanten für Reallohn *und* Profitrate angeführt werden können, weil dann das System überbestimmt wäre. Die klassischen Ökonomen neigten im allgemeinen zur ersten Lösung: Die durchweg niedrigen Reallöhne, die kaum eine Freiheit bei der Einkommensverwendung ließen, und der allgemeine Vorbehalt gegen die empfundene Überbetonung der Finanzsphäre in der merkan-

⁵ Dies war die von *Sraffa* (1960: 56) erwähnte Variante, die damit eine Brücke zur keynesianischen Kapitaltheorie schlug, auf die unten noch einzugehen sein wird. Berücksichtigt man einen Einfluß der Geldpolitik auf den Zins, so kann man auch von einer „Zentralbanktheorie der Profitrate“ sprechen (*Schefold* 1976: 204).

tilistischen Ära gaben den Ausschlag zugunsten der Ansicht einer Abhängigkeit der Profitrate vom Reallohn. Mehr noch aber als durch eine potentielle Verknappung und Verteuerung des Faktors Arbeit schien allerdings die Profitrate – bei kräftigem Bevölkerungswachstum und noch niedriger Produktivität in der Landwirtschaft – durch eine mit Bodenverknappung verbundene Rentensteigerung gefährdet. „Doubling labour does not double the produce“ – dies ist laut Mill „the most important proposition in political economy.“⁶ Die These vom tendenziellen Fall der Profitrate durchzieht – unbeschadet noch zu thematisierender Differenzen zwischen Smith, Ricardo und Mill – die gesamte klassische Ökonomie. Dies ist nach Schumpeter ein merkwürdiges Phänomen, da die Klassiker am Beginn einer Phase eines beispiellosen industriellen Take-off lebten und doch das Herannahen der Stagnation, d. h. das Erlahmen der Akkumulation aus Mangel an Profit, für unausweichlich hielten.⁷ Aus wirtschaftstheoretischer Sicht ist diese Prognose weniger merkwürdig; denn sie ist ein indirektes Eingeständnis dafür, daß den klassischen Ökonomen schon die Profiterklärung für „normale“ Phasen der Wirtschaftsentwicklung mißlingt, weil sie seine Realisierung an historisch zufällige Markt-konstellationen binden, in denen knappe Ressourcen keine Rolle spielen.

Die klassische Verteilungstheorie, die mit den Kategorien der Subsistenz, der Knappheit und des Überschusses drei verschiedene Prinzipien der Einkommensbestimmung in sich vereint, hat mit der Auffassung des Profits als einer vom Reallohn abhängigen „Restgröße“ indirekt auch dem Zinssatz und damit den Vorgängen im finanziellen Bereich nur eine untergeordnete Rolle zugeordnet. Formal ist dem Zins durch die insoweit gegebene Profitrate ein maximaler Anspruch zugewiesen, der dann je nach den Angebots-Nachfrage-Konstellationen auf den Kreditmärkten durchgesetzt werden kann. Die Bedienung des Zinsanspruchs der Geldgeber erscheint als eine eher lästige Verpflichtung und das Finanzkapital tendenziell als ein Parasit des industriellen Kapitals. Am deutlichsten wird dies bei Marx, der sich der verbreiteten Forderung (!) nach Unterordnung des zinstragenden Kapitals unter das industrielle Kapital anschließt und den Klagen der Geschäftswelt beipflichtet, die die Peelsche Bankakte von 1844 als eine „recht geschickte Einrichtung“ ansahen, „um die Profite der Industrie in den Geldsack des Wucherers zu bringen“.⁸

⁶ Mill (1871: 177).

⁷ Schumpeter (1954: 697).

⁸ So zitiert bei Marx (1894: 577; vgl. 616). Fassungslos konstatiert Marx die verkehrte Welt einer „Ausbeutung des schaffenden Kapitals“ durch die Geldvermögensbesitzer und schreibt: „Das Kreditsystem, das seinen Mittelpunkt hat in den angeblichen Nationalbanken und den großen Geldverleihern und Wucherern um sie herum, (...) gibt dieser Parasitenklasse eine fabelhafte Macht, nicht nur die industriellen Kapitalisten periodisch zu dezimieren, sondern auf die gefährlichste Weise in die wirkliche Produktion einzugreifen – und diese Bande weiß nichts von der Produktion und hat nichts mir ihr zu tun. Die Akte von 1844 und 1845 sind Beweise der wachsenden Macht dieser Banditen, an die sich die Finanziere und stock-jobbers anschließen“ (Marx 1894: 560; vgl. dazu Spahn 1984).

III. Profit und Zins als „ungelöste Probleme der politischen Ökonomie“

Mill eröffnet seinen vierten „Essay“ mit der programmatischen Erklärung: „Die Kapitalgewinne sind der Überschuß, der dem Kapitalisten verbleibt, nachdem er sein Kapital ersetzt hat.“⁹ Dies markiert den Anknüpfungspunkt zu Ricardos Surplustheorie des Profits, die zugleich den analytischen Gehalt der Marxschen Ausbeutungstheorie bildet. Die Arbeit wird als das primäre Produktionsmittel angesehen; sie bildet auch die Substanz anderer Werkzeuge und Rohstoffe. Danach gelangt man „zu Ricardos Grundsatz, daß die Profite von den Löhnen abhängig sind, daß sie steigen, wenn die Löhne fallen, und fallen, wenn die Löhne steigen“ – und zur Prognose einer fallenden Profitrate bei zunehmenden Schwierigkeiten bei der Produktion von Lohngütern.¹⁰

Im weiteren führt Mill zwei Punkte an, mit denen er explizit Ricardos Theorie nicht widerlegen, sondern lediglich verbessern und so vor Mißverständnissen schützen will.

- Zum einen gilt der strikte Antagonismus von Lohn und Profit nur bei gegebenem Arbeitsertrag; so könne der Lohn durchaus ohne Beeinträchtigung des Profits steigen, wenn nur die Produktivität entsprechend zunimmt – ein Gedanke, der in der modernen Effizienzlohntheorie aufgegriffen wurde.¹¹
- Zum anderen lassen sich die gekauften Vorprodukte des Produktionsprozesses nicht vollständig in Arbeitseinheiten auflösen. Da sie zugleich Endprodukte anderer Unternehmen darstellen, enthält ihr Preis ebenfalls den „üblichen“ Profit. Folglich sind zur Berechnung der Profitrate die Gewinne nicht zu den Löhnen, sondern allgemeiner zu den *Produktionskosten* in Beziehung zu setzen, die neben den Löhnen auch die Profite vorgelagerter Produktionsstufen enthalten. Damit nähert sich Mills Preistheorie wieder dem bei Smith erkennbaren Adding-up-Theorem an. Ein Problem dieser Modifikation der ricardianischen Lehre ist, daß der Überschußprofit über einen unendlichen historischen Regreß bezogen erscheint auf einen selbst nicht erklärten „Kostprofit“ der jeweiligen Vorperiode.¹²

⁹ Mill (1844: 117). Die „Essays“ wurden bereits in den Jahren 1829/30 geschrieben. Viele Aussagen dieser „Essays“ wurden – wie durch die Verweise in den folgenden Fußnoten deutlich wird – auch in die „Principles“ übernommen.

¹⁰ Mill (1844: 121, 130).

¹¹ Mill (1844: 122 ff.); vgl. Mill (1871: 419 f.). Diese Klarstellung ist – wie das obige Gleichungssystem [1] zeigt – eigentlich trivial: Die gegenläufige Bewegung von r und \bar{x} gilt nur bei gegebenem Y'_N .

¹² Mill (1844: 124 ff.); vgl. Mill (1871: 418, 462). Dobb (1973: 143 ff.) interpretiert Mills Modifikation der ricardianischen Profittheorie als eine Konsequenz der Berücksichtigung des konstanten Kapitals: Die Profitrate sei kleiner, wenn die Proportion des fixen zum zirkulierenden Kapital zunehme. Aber dies trifft nicht den Punkt: Die „Belastung“ des Ressourceneinsatzes in der Produktion durch einen Profitaufschlag tritt bei allen Inputs auf, die selbst

In diesem so entstehenden theoretischen Vakuum ist nun die Rolle des Zinssatzes zu verorten. Grundsätzlich stellt der Zins im Rahmen des Surplusansatzes einen Abzug vom realwirtschaftlich bestimmten Profit dar. Mill wandte sich gegen Smiths Vorstellung eines engen quantitativen Zusammenhangs zwischen Zinssatz und Profitrate und postulierte, daß beide Größen durchaus unterschiedlichen Einflüssen unterliegen. Zugleich war ihm klar, daß die Vermögensmarktkonkurrenz zwischen Finanz- und Sachkapital zu einem tendenziellen Ausgleich ihrer Renditen führen würde. Dabei ist freilich in Rechnung zu stellen, daß Realinvestitionen i.d.R. ein relativ höheres Risiko aufweisen und daß auch die unternehmerische Arbeit im Bruttoprofit entlohnt werden muß. Die beiden zuletzt genannten Aspekte werden in einer Variablen zusammengefaßt, die in ihrer Dimension auf den Kapitaleinsatz und nicht auf den unternehmerischen Arbeitseinsatz bezogen ist. So gilt

$$[2] \quad \textit{Profit} = \textit{Zins} + (\textit{Risikoprämie} + \textit{Unternehmerlohn})$$

Die Allokation der Aktivitäten von Finanz- und Unternehmerkapitalisten sieht Mill nun nicht zuletzt durch individuelle Präferenzen bestimmt. Der Profit wird dabei – dem Surplusansatz folgend – als gegeben betrachtet; zu verteilen sind Zins und Risikoprämie bzw. Unternehmerlohn. Verspüren die Geldvermögensbesitzer wenig Neigung, selbst industriell tätig zu werden, wird das Fremdkapitalangebot entsprechend zunehmen, der Zins wird sinken und den Unternehmen fällt eine relativ hohe „Aktivitätsrente“ zu. Die umgekehrte Verteilung ergibt sich, wenn immer mehr Geldvermögensbesitzer selbst ins aktive Geschäft drängen.¹³

Mill schildert dann in einer für einen klassischen Ökonomen ungewöhnlichen Weise den eigenständigen Einfluß der Geldsphäre auf das realwirtschaftliche Geschehen. So betont er das Geld- und Kreditschöpfungspotential der Banken, das über ein Zwangssparen die Akkumulation des Kapitals fördern könne. Die Neigung, Geld zu borgen, sei im Prinzip unbeschränkt; jedoch würden seitens der Kreditanbieter Sicherheiten verlangt. Damit deutet sich eine dominante Stellung der Geldvermögensbesitzer und Banken an: „Es ist nicht unmöglich, daß die Geldverleiher eher bereit sind, das Geldverleihen aufzugeben, als eine auch noch so geringe Senkung des Zinssatzes hinzunehmen.“¹⁴

Eine monetäre Angebotsbeschränkung in Form der Liquiditätspräferenz sieht Mill auch in Zeiten einer Wirtschaftskrise, in der die Akteure „infolge einer all-

Output eines kapitalistischen Produktionsprozesses sind, also auch bei zirkulierendem Kapital. Der Unterschied zu Ricardo ist vielmehr, daß dieser in seinem einfachen Kornmodell als zirkulierendes Kapital nur Arbeit – als nicht produzierten Input – einsetzt. Die formale Logik eines klassischen Surplusmodells in einer Mehrsektorenökonomie ist erst später durch Sraffa präzisiert worden.

¹³ Mill (1844: 131 ff., 137); vgl. Smith (1786: 115).

¹⁴ Mill (1844: 139; vgl. 134, 140 f.).

gemeinen Erwartung, plötzlich auftretende Bedürfnisse befriedigen zu müssen, gewöhnlich vorzogen, Geld zu besitzen statt eine andere Ware. Geld war folglich sehr begehrt, und im Vergleich zu Geld gerieten alle anderen Waren in Mißkredit. In Extremfällen wird Geld in großen Mengen gesammelt und gehortet (...). Das Ergebnis ist jedoch, daß alle Waren im Preis fallen oder unverkäuflich werden.“¹⁵ Dieser monetäre Aspekt einer Wirtschaftskrise wird auch später in den „Principles“ betont, wobei der Zinseffekt einer steigenden Liquiditätspräferenz, der nach Keynes eine „Stockung so ungefügtig macht“, nicht wie bei diesem durch eine steigenden Geldnachfrage, sondern durch ein zurückgehendes Kreditangebot der Geldbesitzer bewirkt wird; dabei schimmert methodisch ein walrasianischer Ansatz durch, bei dem Geldangebot und -nachfrage als Spiegelbild der Transaktionen auf anderen Makromärkten erscheinen. Wirtschaftspolitisch erwartete er nicht (allein) eine Abhilfe von der Notenbank, sondern durch eine Rückkehr des Vertrauens der privaten Anleger.¹⁶

Damit zeigt sich Mill schon in seinem Frühwerk als ein „vielseitiger“ Ökonom, der mit einer gewissen Unbefangenheit paradigmatisch unterschiedliche Theoriebausteine miteinander zu verknüpfen suchte: Man kann eine monetäre Zinstheorie als einen Fremdkörper in einem ansonsten realwirtschaftlich fundierten Surplusansatz empfinden. Im folgenden wird die These vertreten, daß Mill selbst dieses Spannungsverhältnis als störend empfand und einen Weg suchte, seine Position zu vereinheitlichen. Eine Schlüsselrolle sollte dabei Seniors „Outline of Political Economy“ spielen, der 1836 veröffentlicht wurde. Die hier propagierte Abstinenztheorie bot Mill die Möglichkeit, den Zins als aus einer Güterleihe entstehend zu interpretieren. Damit wollte er sich der reifen klassischen Lehre nähern und zugleich die Kohärenz seines eigenen Ansatzes verbessern. Die dogmengeschichtliche Ironie bestand jedoch darin, daß Mill mit diesem Schritt unbeabsichtigt den klassischen Surplusansatz aushöhlt und den Weg für die neoklassische Theorie bahnt.

¹⁵ Mill (1844: 93).

¹⁶ „At such times there is really an excess of all commodities above the money demand: in other words, there is an under-supply of money [!]. From the sudden annihilation of a great mass of credit, every one dislikes to part with ready money, and many are anxious to procure it at any sacrifice. Almost everybody therefore is a seller, and there are scarcely any buyers. (...) But it is a great error to suppose, with Sismondi, that a commercial crisis is the effect of a general excess of production. It is simply the consequence of an excess of speculative purchases. (...) Its immediate cause is a contraction of credit, and the remedy is, not a diminution of supply [of goods], but the restoration of confidence [!]“ (Mill 1871: 561; vgl. 490 f., 641; Keynes 1936: 268).

IV. Profit und Zins in den „Grundsätzen der politischen Ökonomie“

1. Kapital als vorgeschossener Lohnfonds

Der Praxis der übrigen Klassiker folgend definiert Mill in den „Essays“ wie in den „Principles“ Kapital über seine Eigenschaft als Produktionsmittel: als „stock, previously accumulated, of the products of former labour“, der zur Durchführung eines Produktionsprozesses *bestimmt* ist. Mit dieser letztgenannten Abweichung von einer rein physischen Definition wird der Entscheidungsaspekt der Ressourcenverwendung hervorgehoben: „The distinction, then, between Capital and Not-capital, does not lie in the kind of commodities, but in the mind of the capitalist.“¹⁷ In ähnlicher Weise wie Adam Smith betont Mill nun den Zeitaspekt des Produktionsprozesses, der es notwendig mache, einen Subsistenzfonds für die Arbeitskräfte bereitzustellen; aus diesem Gütervorrat wird ihr Unterhalt gespeist, bis die Neuproduktion verfügbar wird. Die heute Beschäftigten leben somit von der Produktion der Vorperiode. Die Güternachfrage der laufenden Periode bestimmt allein die Struktur, nicht das Niveau der Beschäftigung, das vielmehr von der Investition abhängt. Zumeist geht Mill von einer fixen Relation zwischen Sachkapital und Arbeitsinput aus, jedenfalls hängt das Faktoreinsatzverhältnis nicht von den Faktorpreisen ab. Im einfachsten Fall besteht das Kapital nur aus einem Lohngüterbestand, so daß dieser aufgesparte Vorrat einen „produktiven“ Konsum ermöglicht. „The labourers are always subsisted from capital.“¹⁸

Dies ist die fabulöse Lohnfondstheorie, die auf den ersten Blick sowohl die vermögenswirtschaftlichen Gegebenheiten wie die technischen Anforderungen des zeitgenössischen Produktionsprozesses ausdrückt. Dieses Vorschubkonzept bezieht seinen Realismus offensichtlich aus dem Bild einer landwirtschaftlichen Produktionsweise: Wenn die Ernte erst am Ende des Jahres anfällt, müssen die Arbeitskräfte bis zu diesem Zeitpunkt aus einem zuvor aufgesparten Bestand an Lebensmitteln ernährt werden. Mit diesem Sachverhalt wird sodann ein – gleichsam an einem Solidarprinzip ausgerichtetes – Lohntheorem verbunden: Der verfügbare Lohngüterbestand wird zu gleichen Teilen an die einzelnen Arbeiter verteilt. „Wages, then, depend (...) on the proportion between population and capital.“¹⁹ Die Redeweise von „Löhnen“ darf dabei nicht von dem konsequent güterwirtschaftlichen Charakter der Argumentation ablenken; es geht im Kern um eine Verteilung von *Realeinkommen*.

¹⁷ Mill (1871: 54 ff.); vgl. Mill (1844: 118).

¹⁸ Mill (1871: 58; vgl. 70 ff., 79 ff., 88, 163); Smith (1786: 84); Schumpeter (1954: 783 ff.); Blaug (1968: 74 ff., 86). Ricardos Kapitaldefinition (1821: 81) wirkt zunächst neutraler: „Kapital ist der zur Produktion verwendete Teil des Reichtums eines Landes, der aus Nahrungsmitteln, Kleidung, Werkzeugen, Rohstoffen, Maschinerie usw. besteht, Dingen, die nötig sind, damit die Arbeit Resultate erzielt“; aber die Zeitstruktur seines Kornmodells weist Kapital ebenfalls in „natürlicher“ Weise als primären Lohnvorschub aus.

¹⁹ Mill (1871: 343; vgl. 688).

Interessant ist, daß Mill mit diesem Lohnfondsansatz den Reallohn keineswegs in „typisch“ klassischer Manier auf einem bestimmten Niveau als Subsistenzlohn fixiert. Er weist auf große Schwankungen im Lebensstandard der Arbeiter hin und geht davon aus, daß die Nominallöhne den Lohngüterpreisen nur indirekt folgen. Der Anpassungsmechanismus wirke nur langfristig, indem nachhaltige Preisbewegungen die Größe der Arbeitsbevölkerung beeinflussen, was dann bei einem konstanten Lohnfonds eine ausgleichende Lohnänderung nach sich ziehe.²⁰ Nun ist das Theorem des Subsistenzlohns auch von anderen Klassikern niemals streng verstanden worden; häufig war von einer Art „sozialem Existenzminimum“ die Rede. Allerdings lief dies darauf hinaus, den jeweils herrschenden Lohn als institutionelles Datum zu akzeptieren, und implizierte analytisch, daß damit auch die Logik der Profitbestimmung als Überschuß in der Luft hing.²¹

Mill versucht demgegenüber, den Lohn aus einer Marktinteraktion zu bestimmen. Nach einer Interpretation von Schumpeter – illustriert in Abbildung 1 – trifft eine kurzfristig vertikale Arbeitsangebotskurve N^s (weil der Lohn-Bevölkerungs-Mechanismus etwa 15 Jahre Anpassungszeit benötige) auf eine am Ende der Vorperiode gesparte Lohngütersumme \bar{X} (gezeichnet als „constant-outlay curve“) und bestimmt den Reallohn in Punkt A. Langfristig ist der Reallohn dann von der relativen Entwicklung des Bevölkerungswachstums und der Spar- bzw. Akkumulationsrate abhängig.²²

Beschäftigungstheoretisch liefert dieser Ansatz ein unvollständiges Bild. Es bleibt außer Betracht, daß die Bereitstellung eines solchen Fonds kaum je ohne eine Vorstellung von dem mengenmäßig gewünschten Arbeitsvolumen und den Lohnkosten je Beschäftigungseinheit erfolgen wird.²³ Offenbar werden die Arbei-

²⁰ Mill (1871: 346 ff.).

²¹ „It is impossible precisely to define a surplus of production over the necessities of subsistence, because it is impossible precisely to define subsistence“ (Robinson 1970: 25; vgl. Schumpeter 1954: 812).

²² Schumpeter (1954: 810, 813 f.). Die als klassisch bekannte Sichtweise postuliert dagegen eine horizontale, durch den Subsistenzlohn bestimmte Angebotsfunktion, so daß die Beschäftigungsmenge N zur unmittelbaren Variablen wird. Zu beachten ist in diesem Zusammenhang, daß der industrielle Arbeitsmarkt wirtschaftshistorisch auch durch Wanderungsströme zwischen Stadt und Land geprägt war; Schumpeters vertikale Kurve läßt dies außer acht. Mill (1871: 65) weist in diesem Zusammenhang darauf hin, daß der Lohnfonds auch durch „Gastarbeiter“ genutzt werden kann – was ebenfalls eher auf eine elastische Arbeitsangebotsfunktion hindeutet.

²³ Denkbar ist ein zweistufiger Charakter der Investitionsentscheidung: Die prinzipielle Festsetzung eines *potentiellen* Investitionsvolumens \bar{X} in $t-1$ kann in t durchaus nach unten korrigiert werden, wenn die dann aktuelle Arbeitsmarktlage über geänderte Opportunitätskosten doch wieder ein höheres Konsumniveau als erwünscht erscheinen läßt. Der am Ende der Vorperiode gesparte Lohnfonds wird nur dann vollständig an die Arbeitskräfte verteilt, wenn der Lohn angebotsseitig fixiert bleibt (Abbildung 1, Punkt A). Dies wäre analog auch bei einem reallohnabhängigen Arbeitsangebot N^s möglich (Punkt D), aber nur dann zwingend, wenn die Arbeitgeber als Eigentümer des Fonds keine Alternativverwendung dafür haben. Halten sie die Entlohnung auf dem Subsistenzniveau, erhalten sie

ter entlohnt, weil man sie (aus sozialer Verantwortung?) ernähren *muß* – und nicht, weil man sie aus produktionstechnischen Gründen benötigt. Mills Bemerkung, das Kapital in Form des Lohnfonds könne durch eine Reallohnsenkung vermehrt werden²⁴, trägt weiter zur Verwirrung bei, weil dies impliziert, daß das Kapital nun in Beschäftigungs- und nicht in Gütereinheiten gemessen werden müßte.

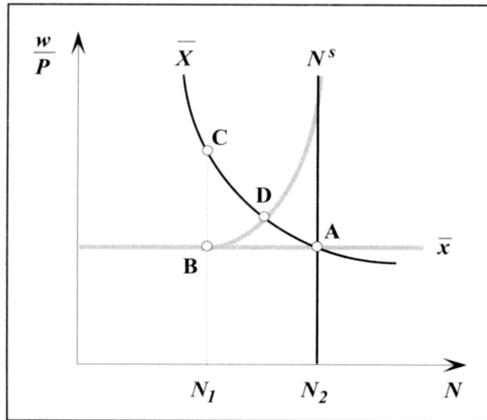


Abbildung 1: Lohnfonds und alternative Formen des Arbeitsangebots

Die Theorie des Lohnfonds wirft jedoch auch grundsätzlichere Fragen auf: Gerade der volkswirtschaftlich als sinnvoll erscheinende Gedanke, daß Konsumgüter zum Lebensunterhalt bis zur Ernte vorrätig sein sollten, läßt keine adäquate einzelwirtschaftliche Fundierung erkennen. Bezeichnenderweise wirbt Blaug um Verständnis für die Lohnfondstheorie mit der Empfehlung, man solle sich „die gesamte Wirtschaft als ein einziges Riesenunternehmen vorstellen“, in der die notwendige Versorgung der Mitarbeiter sicherzustellen sei.²⁵ Damit aber erweist sich die Lohnfondsidee als ein Produkt planwirtschaftlichen oder – wenn man den wohlfahrtsstaatlichen Aspekt einer Mindestversorgung hervorhebt – normativen Denkens. Myrdal hat die seiner Meinung nach in allen nationalökonomischen Doktrinen verbreitete „Vorstellung einer Marktwirtschaft, die alle Aktivitäten auf einen Zweck hin orientiert, und eines gesellschaftlichen Systems wirksamer Wirtschaftsführung“ treffend als „kommunistische Fiktion“ bezeichnet.²⁶

zwar eine geringere Arbeitsmenge, können jedoch konsumtiv über die Gütermenge N_1 bis N_2 verfügen.

²⁴ Mill (1871: 65). Zu den beschäftigungstheoretischen Aspekten der Millschen Lohnfondstheorie siehe auch die Kontroverse zwischen Pigou (1949) und Johnson (1949).

²⁵ Blaug (1968: 81).

²⁶ Myrdal (1976: 113, 141 f.).

Faktisch ist die güterwirtschaftliche Sicherstellung eines „notwendigen“ Konsums in einer Marktwirtschaft keine direkte Aufgabe von Einzelunternehmen als Güteranbietern. Auf der anderen Seite zahlen die Unternehmen als Arbeitsnachfrager Geld-, aber keine Reallöhne. Es bleibt unklar, wie die Kongruenz zwischen einem zu Periodenanfang (von wem?) bereitgestellten realen (!) Güterfonds und einer kontinuierlich ausbezahlten nominalen Lohnsumme hergestellt wird. Schumpeter hielt die Lohnfondsidee zwar für logisch nicht falsch und erkenntnistheoretisch nützlich, aber „in der Praxis ‚dingt‘ der Arbeitgeber den Arbeiter – oder er ‚kauft‘ die Dienste des letzteren – aber er schießt ihm nichts vor“; es sei eine „kuriose Vorstellung“, daß „die kapitalistischen Arbeitgeber Kraut und Schuhe lagern sollen, um sie ihren Arbeitern zu verkaufen“.²⁷

Die Lohnfondstheorie ließ sich im politischen Raum zur Disziplinierung von Gewerkschaftsansprüchen funktionieren, weil sie „wissenschaftlich“ zu beweisen schien, daß lohnpolitisch erreichte Einkommensverbesserungen einer Gruppe von Arbeitern an anderer Stelle zu Einbußen führen mußten. Als Reaktion auf eine entsprechende Kritik widerruft Mill diese Theorie 1869 im Rahmen einer Buchbesprechung. Jedoch führte dies zu keinen Revisionen in der folgenden Auflage der „Principles“. Schumpeter zufolge war dies auch unnötig, da Mill den Lohnfonds nun lediglich als Obergrenze des an die Arbeiter Verteilbaren darstellte (so daß in Punkt B der Abbildung 1 durchaus Raum für eine auf C zielende Lohnpolitik bleibt).²⁸ Tatsächlich aber war Mills Widerruf weitergehend: Der Lohn wird nicht länger als eine aus Investition und Arbeitsangebot resultierende Größe dargestellt; vielmehr bestimmt er nun umgekehrt seinerseits (als offenbar nur noch machttheoretisch faßbare Variable) die Aufteilung des Einkommens zwischen Unternehmer und Arbeiter. Er beeinflusst sowohl die Beschäftigungsentscheidung als auch – über seine indirekte Anreizwirkung – die Sparentscheidung des Unternehmers und findet seine Grenze erst in seiner Wirkung auf Profit und Unternehmensbankrott.²⁹

Mill damit hat unbewußt die spätere Kritik an der allgemeinen klassischen Profiterklärung vorweggenommen. Die Frage, warum produzierbare Kapitalgüter im Gleichgewicht einen permanenten Reinertrag abwerfen sollen, ist in systematischer Form erst von Böhm-Bawerk gestellt worden. Wenn es keine anderweitigen Angebotsbeschränkungen gibt, so wäre zu erwarten, daß die Unternehmer bei der Jagd um den „Mehrwert“ solange Ressourcen nachfragen, bis der Überschuß „wegkonkurriert“, d. h. an die Besitzer knapper Faktoren verteilt ist.³⁰

²⁷ Schumpeter (1954: 689, 692 n.; vgl. 817).

²⁸ Schumpeter (1954: 818); vgl. Marshall (1920: 679); Stavenhagen (1969: 93); Blaug (1968: 84).

²⁹ Mill (1871: 992 f.); vgl. Dobb (1973: 148 ff.).

³⁰ Vgl. Schumpeter (1954: 795 ff.); Böhm-Bawerk (1900).

2. Sparen und Kapitalakkumulation: Die Abstinenztheorie

Die Lohnfondstheorie verwischt schließlich auch, daß – solange es eine Substitutionsmöglichkeit zwischen Finanz- und Realinvestitionen gibt – unternehmerische Projekte aus vermögenswirtschaftlicher Sicht ihren Ausgangspunkt stets in einem Geldbetrag und nicht in einem Ressourcenbestand haben. Eben dieser güterwirtschaftliche Ausgangspunkt ist hingegen für Mill zentral. Produktion und Beschäftigung seien durch das Kapital, d. h. durch einen Bestand an Lohngütern begrenzt; und dieser Kapitalstock wiederum entstehe aus dem Konsumverzicht. So wird Kapital geschaffen durch Arbeit und Abstinenz. „All capital is the product of saving, that is, of abstinence from present consumption.“³¹

Blaug betrachtet die Abstinenztheorie als logische Schlußfolgerung – besser wäre: als Voraussetzung – der Lohnfondstheorie; der Zins erscheint als Belohnung für diejenigen, die auf die heutige Nutzung potentieller Konsumgüter verzichten und sie als Lohngüter zur Produktion bereitstellen. Mill übernimmt diese Zinsbegründung explizit von Senior, bezieht aber im Gegensatz zu diesem die Abstinenz nicht auf die Einkommensverwendung, sondern auf einen Güter-, d. h. Vermögensbestand. „If a person has a store of food, he has it in his power to consume it himself in idleness, or in feeding others to attend on him, or to fight for him, or to sing or dance for him. If, instead of these things, he gives it to productive labourers to support them during their work, he can, and naturally will, claim a remuneration from the produce. He will not be content with simple repayment. (...) He will expect his advance of food to come back to him with an increase, called in the language of business, a profit. (...) The return for abstinence is Profit.“³²

Die Verwendung des *Profit*begriffs an diesen Stellen ist mißlich, geht es doch um eine eindeutig *zinstheoretische* Argumentation. Möglicherweise handelt es sich nur um ein Zugeständnis an Sprachgewohnheiten der Geschäftspraktiker. Wahrscheinlicher ist hingegen Mills Bestreben, die Äquivalenz der Kategorien Profit und Zins für eine Naturalwirtschaft hervorzuheben. Eine positive Profitrate ist als ein im Unternehmen zu erwirtschaftendes Kostenelement bestimmt, wenn die Vermögensbesitzer ihre Geld- oder Gütervorschüsse an die Unternehmer knapp halten, d. h. wenn ihre Konsumwünsche nur durch eine Zinszahlung beschränkt werden können. In diesem Sinne gelangt Mill zu einer eindeutigen Profiterklärung durch den Zins, wobei – wie im folgenden Zitat implizit unterstellt – Vermögensbesitzer (Kapitalist) und Unternehmer auch *eine* Person sein können: „The profits of the capitalist are properly, according to Mr. Senior’s well-chosen expression, the remuneration of abstinence. They are what he gains by forbearing to consume his capi-

³¹ Mill (1871: 163; vgl. 63 ff., 218 f.). Weil das Kapital jedoch nur aus Lohngütern besteht, fließt die Ersparnis (mit der Verzögerung von einer Periode) wieder in den (produktiven) Konsum (ebd. 70 f.).

³² Mill (1871: 32, 462); vgl. Blaug (1968: 74 ff., 93 ff.).

tal for his own uses, and allowing it to be consumed by productive labourers for their uses.“³³

Das bei Mill im Hintergrund stehende Periodenmodell trägt dazu bei, den Unterschied zwischen Einkommensverwendung und Vermögensaufteilung zu verwischen, weil die Ernte als Ertrag des laufenden Produktionsprozesses als „point output“ anfällt und das Einkommen somit einen diskreten Bruttovermögenszuwachs darstellt. Wenn man sinnvollerweise eine Haltbarkeit des Produkts von einer Periode annimmt und zur Vereinfachung von langfristigen Kreditbeziehungen absieht, entspricht dieser Zuwachs dem gesamten Vermögensbestand. Da Mill – als ein nun „erwachsener“ Klassiker – in den „Principles“ im Kern stets eine Naturalwirtschaft unterstellt, in der Geld nicht existiert bzw. nicht wesentlich ist, kann dieses Vermögen nur zwischen Konsum und Sparen aufgeteilt werden. In diesem Fall ist die Zinserklärung via Konsumverzicht trivial, weil zeit- und liquiditätspräferenztheoretische Aspekte zusammenfallen. Das Zinsproblem ist nun im Rahmen der Kredittheorie näher zu betrachten.

3. Kredit, Geld und Zins

In den „Principles“ wird der Kredit in klassischer Manier wesentlich als eine Güterleihe geschildert. Kapital werde dadurch nicht geschaffen, sondern lediglich übertragen, wobei Geld als Instrument dieses Transfers fungieren kann. Dabei unterstellt Mill zumeist – explizit oder stillschweigend – Vollbeschäftigung, d. h. genauer: es gibt keine ungenutzten Ressourcen. Dies ist in Mills einfachem Modell wiederum trivial, da Güter praktisch nur zum Konsum der Kapitalisten oder zum aufgesparten Konsum der Arbeiter genutzt werden können und andernfalls gar nicht erst produziert werden. Der Kredit ermöglicht insoweit nur die Beseitigung von Friktionen, indem Ressourcen effizienter ausgelastet werden, oder ihre Umstrukturierung zugunsten einer produktiveren Verwendung.³⁴

Die Vollauslastungsthese wird allerdings nicht streng durchgehalten. Mill erwähnt neben temporär unverkauften Güterbeständen auch „funds that have not yet found an investment“; zudem könnte bei kreditfinanzierten Staatsausgaben die ansonsten unvermeidliche Zinssteigerung dann ausbleiben, wenn dabei auf ein Mittelangebot zurückgegriffen werden könne, das andernfalls überhaupt nicht im

³³ Mill (1871: 405). Anzumerken ist hier, daß Mill formal zwar völlig korrekt wahltheoretisch argumentiert, indem er die Neigung des Vermögenseigentümers, sein *Kapital* zu konsumieren, als Grund für die Knappheit des Lohnfonds darstellt; jedoch gerät er damit in Widerspruch zu seiner eigenen Kapitaldefinition (s.o.), die gerade auf die Verwendung der Ressourcen zur Akkumulation abstellt.

³⁴ Eine protektionistische Industrieförderung, wie sie von den Merkantilisten praktiziert wurde, sei deshalb nutzlos, weil sich dann an anderer Stelle ein Kapitalmangel zeigen und die Produktion eingeschränkt werden müsse (Mill 1871: 64, 489, 511 ff.; vgl. Blaug 1968: 101).

Inland investiert worden wäre³⁵ – womit offenbar Kapitalimporte gemeint sind. So schwenkt Mill doch wieder auf die Behandlung von Finanzkapital und Geldkrediten über, analysiert aber an keiner Stelle seines Werkes in systematischer Form, daß in einer Geldwirtschaft Investitions- und Sparprozesse in anderer Weise ablaufen als in einer Naturalwirtschaft; insbesondere der Mechanismus des Zwangsparens, bei dem sich Investoren Ressourcen über nachfragebedingte Preissteigerungen aneignen können, bleibt unterbelichtet. Da Mill oft versucht, monetäre Größen als abgeleitete Formen realer Größen zu behandeln, verschließt er sich teilweise den Zugang zu bestimmten Marktprozessen. So sieht er Banken im Gegensatz zu seiner Position in den „Essays“ jetzt nur noch als Kreditvermittler und simuliert gleichsam eine vorhergehende Ersparnis des Publikums, wenn Banken bei der Kreditschöpfung den Schuldner Depositen einräumen oder eigene Noten aushändigen.³⁶

Auch in bezug auf das Geld folgt Mill nun der allgemeinen klassischen Position, nach der eine eigenständige Geldhaltung, z. B. aus dem Vermögensmotiv, als wenig sinnvoll gilt. „Money, as money, satisfies no wants.“³⁷ Andererseits gelangt er insbesondere in den späteren Auflagen der „Principles“ bei monetären Themen durchaus zu wieder zu differenzierten Einsichten. Dies ist auf den Einfluß von Cairnes zurückgeführt worden, der in merkantilistischer Manier den Kredit ausdrücklich als eine Geldleihe darstellte, das Preisniveau als Wert des Geldes in Relation zu den Gütern innerhalb einer Periode und den Zins als „Eigenwert“ des Geldes zu sich selbst in unterschiedlichen Perioden bezeichnete. Cairnes kritisierte Mills nun eher ricardianische Kredit- und Zinstheorie, worauf dieser dem Kritiker brieflich dankte und seine volle Übereinstimmung mit dessen monetärer Position ausdrückte.³⁸

Damit war Mill wieder „umgefallen“. Er bemühte sich nun, ab der 6. Auflage Cairnes' Kritik nachzukommen; er sah sich jedoch außerstande, die durch Seniors Impuls angeregte Verknüpfung seiner Zinstheorie mit der güterwirtschaftlichen ricardianischen Lehre vollständig wieder aufzugeben. Die Konsequenz dieser Halbherzigkeit ist, daß Mill sich bei der Einschätzung der Rolle des Geldes in ein Dilemma verstrickt: Auf der einen Seite fühlt er sich dem Dogma der realwirtschaftlichen klassischen Ökonomie verpflichtet, nach dem Güter „letztlich“ mit Gütern bezahlt werden. „It is not with money that things are really purcha-

³⁵ Mill (1871: 65, 76 ff., 643); vgl. Blaug (1968: 77 f., 127).

³⁶ „A bank which lends its notes, lends capital which it borrows from the community, and for which it pays no interest. A bank of deposit lends capital which it collects from the community in small parcels“ (Mill 1871: 639 f.). Anzumerken ist hier allerdings, daß die Erkenntnis der Möglichkeit einer Kreditschöpfung „aus dem Nichts“ generell erst zu Anfang des 20. Jahrhunderts ihren Eingang in die ökonomische Theorie fand – und auch dann nur unter kräftigen Geburtswehen, die im Falle von L. A. Hahn bis zur Selbstverleugnung reichten.

³⁷ Mill (1871: 6).

³⁸ Die gesamte Episode ist ausführlich dokumentiert bei Hunter (1959) und Hollander (1985: 531 ff.).

sed.“³⁹ Nicht Geld, sondern Güter – als die eigentliche Kaufkraft – werden im Kredit übertragen, „because the purpose for which (...) money is borrowed, is to acquire a purchasing power over commodities.“ Auf der anderen Seite behält Mill durchaus eine Ahnung von der besonderen Geldfunktion im Vermögensmarkt; bei der Kreditrückzahlung benötige nämlich der Schuldner „not purchasing power, but legal tender, or something which a creditor will accept as equivalent to it. His need is specifically for money, not for commodities or capital.“⁴⁰

Diese künstliche Unterscheidung zwischen „purchasing power“ und „legal tender“ – künstlich, weil sie lediglich die Zahlungsmittelfunktion des Geldes im Güter- und im Vermögensmarkt benennt – holt Mill aber im nächsten Moment wieder ein. Die „Waffenstillstandslinie“ zwischen Natural- und Geldwirtschaft bricht zusammen, wenn er als ein durchaus aufgeklärter Theoretiker der Geldpolitik in Zeiten einer Liquiditätskrise eine vermehrte Kreditvergabe und Notenausgabe empfiehlt und dann konstatieren muß, daß diese Geldmengenerhöhung eben doch ganz unprogrammgemäß wie ein „wirklicher“ Kredit wirkt: „But although, in this case, it is not capital, or purchasing power, that the borrower needs, but money as money, it is not only money that is transferred to him. The money carries its purchasing power with it wherever it goes [!]; and money thrown into the loan market really does, through its purchasing power, turn over an increased portion of the capital of the country into the direction of loans. Though money alone was wanted, capital passes; and it may still be said with truth that it is by an addition to loanable capital that the rise of the rate of interest is met and corrected.“⁴¹

Die für die klassische Ökonomie typische Abqualifizierung der Rolle des Geldes wird von Mill mitgetragen; die Zurückweisung populärer Verkürzungen merkantilistischen Denkens ist auch bei ihm stets präsent.⁴² Jedoch erkennt Mill durchaus

³⁹ Mill (1871: 487). Eine vollständige Übernahme der monetären Kredit- und Zinstheorie von Cairnes hätte Mill auch zu einer Revision der auf einer Güterleihe beruhenden Abstinenztheorie sowie der Lohnfondstheorie gezwungen.

⁴⁰ Mill (1871: 644). Diese Ab- bzw. Ausgrenzung des rein finanziellen Kreditkontrakts von der wesensmäßig bewirkten Güterleihe findet sich übrigens auch bei Marx (1894: 360), der das „Weggeben von Geld unter der Bedingung der Rückerstattung“ als bloß juristische Transaktion behandelt, die scheinbar nichts mit Ökonomie zu tun habe.

⁴¹ Mill (1871: 645). Diese doppelte Bestimmung des Geldes – als vertretendes Medium für „Kapital“ auf dem Gütermarkt, als „Zeichen“ in der Symbolwelt des Finanzmarktes – ist nicht zu verwechseln mit der Kontroverse um den unterschiedlich weit gefaßten Geldbegriff zwischen Banking- und Currency-Theoretikern, die Mill hier auch nicht anspricht. Er weist in der o.g. Textstelle vielmehr – unfreiwillig – auf die Fragwürdigkeit der klassischen Vorstellung des Kredits als einer Güterleihe hin.

⁴² „There cannot, in short, be intrinsically a more insignificant thing, in the economy of society, than money“ (Mill 1871: 488; vgl. 2, 578 f.). Geld sei kein Kapital, da es kein Produktionsfaktor sei (ebd. 54) – allerdings hatte dies auch niemand behauptet. Gemäß seines verwendungsorientierten Kapitalbegriffs betrachtet Mill einen geliehenen Geldbetrag, der zum Konsum eingesetzt wird, nicht als Kapital (ebd. 59 ff.) – eine fragwürdige Konstruktion, weil dies den Zugang zum Zinsanspruch des Finanzkapitals auf dem Vermögensmarkt versperrt.

die besondere Qualität des Geldes als „command over the general fund of things“, notiert nach wie vor einen „keynesianischen“ Zinseffekt der Liquiditätspräferenz in der Krise und konnte sich als wirtschaftspolitischer Ökonom schließlich auch der Erkenntnis eines Einflusses der Geldpolitik auf den Zins nicht verschließen. Dabei weist er zunächst das den Merkantilisten zugeschriebene Argument zurück, eine bloße Erhöhung der umlaufenden Geldmenge sei volkswirtschaftlich nützlich, indem dadurch eine Zinssenkung bewirkt werde. Der Zins hänge vielmehr von der Angebots-Nachfrage-Konstellation auf dem Kreditmarkt ab. „Therefore, are bank notes supposed to produce effects as currency, which they only produce as loans.“⁴³

Dies ist freilich eine Scheinkontroverse, weil auch den Merkantilisten der Unterschied zwischen einer erwünschten höheren Transaktionskasse und einem vergrößerten Angebot an Geldkrediten durchaus geläufig war. Letzteres senkt den Preis des Geldes auf dem Vermögensmarkt – den Zins – und fördert somit eine realwirtschaftliche Expansion, die dann den Preis des Geldes auf dem Gütermarkt – das Preisniveau – erhöhen kann. Ganz analog dazu konstatiert Mill, daß etwa Goldfunde den Zins im Verhältnis zur Profitrate senken, und liefert damit einen Ausblick auf die spätere Zinsspannentheorie Wicksells.⁴⁴

Faßt man zusammen, so kann man Mill durchaus als einen Loanable-Funds-Theoretiker sehen. Der „natürliche“ Zins hänge einerseits von Geldvermögensbildung und Kreditangebot und andererseits von unternehmerischer Aktivität und Kreditnachfrage ab. Fragwürdig bleibt daran nur die „Natürlichkeit“ und die damit suggerierte Rigidität dieses Zinses; er kann kaum einen Fixpunkt des Systems darstellen, da Mill selbst die starken Schwankungen im „desire of accumulation“, keynesianisch: in den „animal spirits“, betont.⁴⁵ Der Kreditmarkt ist auch der Ort, an dem die Geldpolitik ihre gesamtwirtschaftliche Wirkung entfaltet und so die Zinseffekte der Abstinenz verstärkt oder konterkariert. Dies gilt in expansiver wie in kontraktiver Richtung. Somit ergab sich für Mill ein Ansatzpunkt für eine kritische Auseinandersetzung mit der Politik der Bank von England.

Ganz wie ein „Banker“ der Londoner City verteidigte Mill trotz der damit verbundenen Aufwertung der Staatsschuld die (mit der ersten Peelschen Bankakte

⁴³ Mill (1871: 647; vgl. 4, 6, 645). Mill beschreibt den temporär realwirtschaftlich wirkenden Effekt einer Geldmengenerhöhung auf die Preise in einer an Hume erinnernden Weise. Dabei nimmt er die Aussage der neuklassischen Lucas-Angebotsfunktion vorweg: Die Anbieter werden die Produktion nur dann erhöhen, wenn die Geldmengensteigerung mit der Erwartung eines höheren Realeinkommens verbunden ist. Gleichwohl ist Mill kein Currency-Theoretiker: Praktisch würden die Käufe durch Kredite, d. h. durch eine steigende Umlaufgeschwindigkeit „finanziert“, der Anstieg der Geldmenge *folgt* häufig erst dem Preisanstieg. Bei seiner Bezugnahme auf die Quantitätstheorie hielt Mill es offenbar für nötig, mehrfach darauf hinzuweisen, daß die gehortete Geldmenge keine Wirkung auf das Preisniveau ausübe (1871: 491 f., 496, 524 ff., 550, 651 ff.). Mills Position in der Currency-Banking-Debatte ist behandelt bei Skaggs (1994); zum allgemeinen Verhältnis von Geld- und Konjunkturtheorie siehe auch Laidler (1991: 7 ff.).

⁴⁴ Mill (1871: 642); vgl. Binswanger (1982).

⁴⁵ Mill (1871: 165 ff., 638, 643).

von 1819 vollzogene) Rückkehr zur Goldbindung, weil dies im Interesse der Vertrauenspflege auf Seiten der Geldanleger geboten sei. In stabilitätspolitischer Hinsicht stimmte Mill jedoch einer offenbar verbreiteten Einschätzung zu, derzufolge die Bank durch ihre Zinspolitik sämtliche Wirtschaftskrisen vergangener Jahrzehnte verursacht oder doch zumindest verschärft habe. Vor der zweiten Peelschen Bankakte von 1844 zögerte sie eine gebotene monetäre Restriktion im Falle von Reserveverlusten lange hinaus, indem sie die Noten, die ihr auf dem Wege von Goldverkäufen zufließen, auf dem Kreditwege wieder herausgab. Die Wirkungslosigkeit der so praktizierten sterilisierten Devisenmarktintervention – eben weil weder die Preise nachgaben noch der Zins anstieg – zwang sie dann später, als die Konvertibilität gefährdet war, zu einer umso schärferen Kontraktion. Das neue System brachte jedoch im Hinblick auf die makroökonomische Stabilität auch keine Verbesserung, weil es die Bank zu einer unsinnigen Parallelpolitik mit der Geldmenge bei zufälligen Goldbewegungen veranlaßte und kaum noch Lender-of-last-resort-Aktivitäten erlaubte. Mill erwies sich als ein weitsichtiger Theoretiker der Geldpolitik, indem er schon früh prognostizierte, daß die Peelsche Akte häufig würde aufgehoben werden müssen. Wie auch Goschen und Bagehot empfahl er eine diskretionäre Zinspolitik zur Sicherung des externen Gleichgewichts, da dies über die Beeinflussung der Kapitalbewegungen eine sehr viel schnellere Stabilisierung versprach als das Zuwarten auf eine Preisniveausenkung, die der Humeschen Theorie zufolge durch effektive Goldverluste und induzierte Geldmengenverringereungen bewirkt werde.⁴⁶

4. Surplus und Abstinenz: Überbestimmtheit des Vermögensmarktgleichgewichts?

Nach diesen Wendungen der Millschen Zinstheorie ist nun der Blick wieder auf den Profit zu richten. In den „Principles“ modifiziert Mill die Profitgleichung [2] aus dem „Essay“ zu

$$[3] \quad \textit{Profit} = \textit{Zins} + \textit{Unternehmerlohn} + \textit{Risikoprämie}$$

Bei einem homogenen und wettbewerbsintensiven Finanzmarkt wird Mill zufolge ein uniformer Zinssatz herrschen, der letztlich den reinen Konsumverzicht bei der Kreditvergabe an produktive Unternehmungen widerspiegeln. Unternehmerlohn und Risikoprämie werden nun als getrennte Größen behandelt und können je nach den Marktgegebenheiten verschieden sein. Damit wäre ein Gleichgewicht auch mit unterschiedlich hohen Profitraten vereinbar. Sieht man hingegen von derartigen Marktbesonderheiten ab, verlangt ein Gleichgewicht letztlich auch übereinstimmende *Profiterwartungen*, wobei der Angleichungsprozeß durch eine fortlaufende Reallokation des Kapitals, unterstützt durch Änderungen in der Richtung

⁴⁶ Mill (1871: 553 ff., 648, 660 ff., 670 ff.); vgl. Goschen (1861); Bagehot (1873).

der Kreditkanäle vorangetrieben wird. Der Profit i.S. von [3] wird in Produktionspreisen kalkuliert und am Markt durchzusetzen versucht. Er könne durchaus im Zeitablauf großen Schwankungen unterliegen; wird aber eine jeweils gegebene Untergrenze unterschritten, so werde das Kapital unproduktiv konsumiert, bis dadurch die Profitrate wieder ansteige.⁴⁷

Die entscheidende Frage ist nun, ob der Profit im Sinne eines Adding-up-Konzepts als endogene Größe zu verstehen ist oder aber eine eigenständige Bestimmung aufweist. Einerseits entwickelt Mill eine Argumentation, bei der Preise und (Normal-) Profite durch die Kosten von Arbeit und Abstinenz bestimmt sind. Andererseits schreibt er im Rahmen einer Kritik der damals offenbar verbreiteten Vorstellung, Profite entstünden über Preisaufschläge im Handel: „The cause of profit is, that labour produces more than is required for its support. (...) Profit arises, not from the incident of exchange, but from the productive power of labour.“⁴⁸ Zwar ist diese Passage erst in die 4. Auflage der „Principles“ (1857) aufgenommen worden; aber da Mill sich bereits in den „Essays“ zum Surplusansatz bekennt, kann die obige Passage nur bedeuten, daß Mill an diesem Konzept nachdrücklich festhalten möchte.

Blaug hingegen bestreitet dies: Die Aussage bezöge sich lediglich auf die physische Produktivität der Arbeit, allein wegen des Angebotspreises der Abstinenz habe der Faktor Arbeit nicht den Anspruch auf das Gesamtprodukt; die klassische Profittheorie sei „im Grunde nichts weiter als eine Zinstheorie“.⁴⁹ In die gleiche Kerbe schlägt Conard mit seiner Empfehlung, überhaupt in den Werken der Klassiker stets den Begriff „Profit“ durch „Zins“ zu ersetzen – um kurz darauf verwundert zu fragen: „How can it be that the classical writers following Smith could have disregarded so much that was valid in earlier thought, and developed in contrast to these theories a much narrower and less inconclusive doctrine. Specifically, why did they omit monetary elements and develop a nonmonetary theory of interest?“⁵⁰

Die letzte Frage läßt sich leicht beantworten. Zunächst einmal ist festzuhalten, daß sich durchaus Fragmente einer monetären Zinstheorie bei den Klassikern fin-

⁴⁷ Mill (1871: 406 ff., 411 ff., 451 f.). Mit der Metapher einer „Konsumtion des Kapitals“ gerät Mill wiederum mit seiner eigenen Kapitaldefinition in Konflikt; auch der Mechanismus des Wiederanstiegs der Profitrate bleibt im dunkeln. Zur Millschen Profittheorie siehe auch Dobb (1973: 138, 142 ff.).

⁴⁸ Mill (1871: 416 f.). Er führt an gleicher Stelle weiter aus: „The reason why capital yields a profit, is because food, clothing, materials, and tools, last longer [sic!] than the time which was required to produce them; so that a capitalist supplies a party of labourers with things, on condition of receiving all they produce, they will, in addition to reproducing their own necessaries and instruments, have a portion of their time remaining, to work for the capitalist.“ Marx (1890: 539) bezeichnet dies als „alte Leier“ – die doch den Grundgedanken seiner eigenen Mehrwerttheorie bildet! – und kritisiert hieran zurecht, daß Mill die Dauer der Arbeitszeit mit der Dauerhaftigkeit ihrer Produkte verwechselt.

⁴⁹ Blaug (1968: 89, 91 f.).

⁵⁰ Conard (1959: 13, 17).

den, vor allem bei Mill und Marx. Aber deren geringer Stellenwert folgt aus der paradigmatischen Dominanz des surplustheoretischen Ansatzes bei der Profiterklärung. Unter diesen Bedingungen *kann* der Zins letztlich kein monetäres Phänomen, sondern allenfalls ein monetärer Ausdruck für den physischen Ertrag des Sachkapitals sein.⁵¹ Eine eigenständige Zinstheorie erübrigt sich nicht nur; sie ist sogar analytisch unzulässig, weil die Freiheitsgrade der Verteilungsgleichung [3] des Vermögensmarktes damit überschritten wären: Wenn die Risikoprämie als Erwartungsgröße exogen und der Unternehmerlohn vom Arbeitsmarkt bestimmt ist, so führen zwei unabhängige Theorien für Profitrate und Zinssatz – Überschub bzw. Abstinenz – zur *Überbestimmtheit* des Modells. Dies ist kein Widerspruch zum oben postulierten *Freiheitsgrad* in der Verteilung aus der Gütermarktperspektive: Denn welcher Profit auch immer vom Lohn „übriggelassen“ wird – er darf nicht bereits durch den Zins determiniert sein. Anders formuliert: Wenn die Profitrate durch den Zins bestimmt wird, kann der Reallohn nicht subsistenztheoretisch erklärt werden.

Entgegen der Meinung von Blaug ist die klassische Profittheorie deshalb im allgemeinen *keine* Zinstheorie. Aber da „Mill niemals etwas sagte, ohne das Gegenteil zu sagen“⁵², ist seine Position genauer zu betrachten. Mehrere Wege zur Auflösung der postulierten Überbestimmtheit des Verteilungssystems sind denkbar.

Erstens könnte man (da wohl die Risikoprämie weiterhin als exogene Erwartungsgröße gegeben bleiben muß) den Unternehmerlohn wie schon in den „Essays“ als endogenen Puffer konzipieren, der sich invers zu Bewegungen des Zinssatzes ändert. Mill deutet eine solche Lösung auch hier an; andererseits gibt er jedoch auch Hinweise auf eine Substitution zwischen unternehmerischer Arbeit und der Tätigkeit angestellter Manager sowie auf erforderliche Humankapitalqualifikationen bei der Unternehmensführung.⁵³ All dies weist darauf hin, daß der Unternehmerlohn nicht von der Lohnentwicklung auf dem Arbeitsmarkt, insbesondere für „qualifizierte“ Arbeit, abgekoppelt werden kann. Deshalb ist es zweifelhaft, ob auf diese Weise der fehlende Freiheitsgrad gewonnen werden kann.

Zweitens könnte eine dynamische Interpretation der Lohnfondstheorie einen Ausweg bieten, bei der der Lohn nicht strikt durch Investition und Arbeitsangebot determiniert ist, sondern – wie Mill selbst andeutete – zumindest teilweise machtpolitisch bestimmt ist und dabei Rückwirkungen auf Sparneigung und Zinssatz ausübt. Fügt man dem Bild die verstreuten Hinweise auf Skalenerträge⁵⁴ hinzu, so wäre letztlich ein interaktives Modell unter Einschluß flexibler Faktorproportionen vorstellbar, in dem der oben genannte Widerspruch aufgelöst werden kann. Nur gibt es kaum Anhaltspunkte dafür, daß Mill in dieser Richtung gedacht hat.

⁵¹ Vgl. Schumpeter (1954: 790 f.).

⁵² Schumpeter (1954: 649).

⁵³ Mill (1871: 407, 409, 637).

⁵⁴ Mill (1871: 130, 142).

Drittens ergäbe sich dann ein Ausweg, wenn sich die Aussagen zum Profit nur auf einen den Zins als Mindestprofit *übersteigenden* Überschuß beziehen würden. Bei Mill ist davon zumindest explizit nicht die Rede. Immerhin findet sich im Rahmen seiner Behandlung der langfristigen Entwicklung eine Passage, die in dieser Richtung interpretiert werden kann: Mill geht von dem dreiprozentigen Zins auf englische Staatsschuldpapiere im Jahre 1848 aus, der eine völlig risikofreie und bequeme Rendite darstelle. Unternehmerische Investitionen müßten entsprechend mehr abwerfen. Er nimmt dann an, daß langfristig eine Minimum-Profiträte von einem Prozent ausreiche, „that will induce the people (...) to accumulate savings, and to employ those savings productively“, und daß eine Fortführung der Kapitalakkumulation um wenige Jahre „would suffice (...) to reduce the rate of net [!] profit to one per cent“. Blaug gibt diese Stelle dahingehend wieder, daß der dreiprozentige Bondzins auf ein Prozent sinken werde.⁵⁵ Aber das sagt Mill so direkt nicht. Denkbar ist auch eine Lesart, nach der nur der den Zins übersteigende Nettoprofit auf sein Minimum sinkt.

Glücklicherweise findet sich eine Passage, die diesen Punkt klärt. Ebenfalls mit Blick auf die langfristige Entwicklung spricht Mill ganz in ricardianischer Tradition vom „fall of profits and [!] interest which naturally takes place with the progress of population and production. The cause of this decline of profit is the increased cost of maintaining labour, which results from an increase of population and of the demand for food, outstripping the advance of agricultural improvement.“⁵⁶

Faktisch postuliert Mill damit eine vom Zins unabhängige Profitabilität des Kapitals, deren produktionswirtschaftliche Bedingungsfaktoren auch auf den Zins ausstrahlen. Wenn die Bewegung einer surplustheoretisch bestimmten Profiträte den Spielraum für den Zinssatz festlegt, ist der Stellenwert der Abstinenztheorie zumindest stark eingeschränkt. Wird zugleich der Anspruch auf eine unabhängige Zinstheorie beibehalten, so muß die Vermögensmarktgleichung [3] als überbestimmt angesehen werden und es bestätigt sich insoweit die schon verschiedentlich geäußerte Kritik an Mills „mehrdeutiger“ Zins- und Profittheorie. So schreibt Mill in einer Passage zunächst, daß die Aussicht auf Gewinn Ersparnis und Investition antreiben, und stilisiert sodann eben diese Akkumulation zu einem Opfer, das eine Entschädigung verlangt⁵⁷ – d. h. zunächst wird die Existenz eines Überschusses vorausgesetzt und danach wird eben dieser Profit durch einen zeitpräferenztheoretisch fundierten Zins erzwungen. Aufgrund der widersprüchlichen Erklärungen für den Kapitalgewinn, die mit einer Mischung aus Produktivitäts-, Ausbeutungs- und Enthaltensamkeitsargumenten einen Produktionsüberschuß zu einem Produktions-

⁵⁵ Mill (1871: 728, 731); Blaug (1968: 123 f.). Der tendenzielle Fall der Profiträte wird ausführlicher im folgenden Abschnitt behandelt.

⁵⁶ Mill (1871: 561). Eine entsprechende Formulierung findet sich bei Ricardo (1821: 94).

⁵⁷ „The greater the profit that can be made from capital, the stronger is the motive to its accumulation. (...) All accumulation involves the sacrifice of a present, for the sake of a future good“ (Mill 1871: 164 f.).

opfer machen, befand Böhm-Bawerk die „Mill'sche Lehre vom Capitalzinse“ als die „übelgelungenste Partie seines Werkes“.⁵⁸

5. Die langfristige Entwicklung: Verknappung der Arbeit als verteilungspolitische Strategie

Beim „klassischen“ Thema des tendenziellen Falls der Profitrate folgt Mill grundsätzlich der Linie Ricardos. Völlig zu Recht kritisiert er die Position von Smith, der von dem deflationären Preis- und Gewinneffekt einer vermehrten Investition und Produktion in einem Partialmarkt auf einen analogen Profitverfall in der Gesamtwirtschaft schloß, mit dem Argument, daß bei einer allgemeinen Ausweitung des Produktionsangebots eben auch die Lohngüter billiger werden.⁵⁹ Mill erkennt in diesem Zusammenhang jedoch nicht, daß eine allgemeine Investitions- und Produktionssteigerung auch Einkommen und Nachfrage erhöht, so daß der behauptete Preisverfall gar nicht eintreten muß.

Anknüpfend an die zentrale Erkenntnis „the rate of profit and the cost of labour vary inversely“ nimmt er an, daß die Ernährung einer wachsenden Bevölkerung aufgrund sinkender Grenzerträge in der Landwirtschaft nur zu steigenden Kosten möglich ist und darüber die Profitrate absenkt. Er führt eine Vielzahl von entgegenwirkenden Faktoren an, die vom „progress of agricultural knowledge, skill, and invention“ bis zum Nahrungsmittelimport und zur Emigration reichen. Er berücksichtigt auch, daß sich der Warenkorb durch sinkende Kosten aufgrund von Skalenerträgen bei industriellen Produkten relativ verbilligt. Dennoch hält er ein Szenario von steigenden Renten und sinkenden Profiten für wahrscheinlich. Methodisch fragwürdig an dieser Prognose ist, daß Mill sie auch auf geänderte Konsumgewohnheiten gründet: Die Arbeitskosten würden auch dann steigen, wenn etwa die Arbeiter Weizen statt Kartoffeln wünschten.⁶⁰ Steigende Ansprüche aber lassen sich nicht umstandslos in gleicher Weise wie Verschlechterungen der technischen Produktionsbedingungen als scheinbar unausweichliche Elemente der wirtschaftlichen Entwicklung deuten.

Mill hat dies vermutlich weniger streng gesehen. Gerade in die Beschreibung der langfristigen Entwicklung fließen einige normative Elemente ein, die insgesamt vor allem darauf abzielen, die Stellung der Arbeitnehmer im wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben zu verbessern. Die relative Verknappung des Bodens, die den Grundbesitzern ein steigendes Einkommen bescheren würde, brachte ihn auf die Idee, die Verteilungsposition der Lohnarbeiter auf analoge Weise, nämlich durch eine strategische Verknappung, zu stärken. Der Ansatzpunkt dazu war in sei-

⁵⁸ *Böhm-Bawerk* (1900: 575 ff.); vgl. *Stavenhagen* (1968: 94) und das Eingangszitat zu dieser Arbeit von Marx.

⁵⁹ *Mill* (1871: 725 f.); vgl. *Smith* (1786: 114).

⁶⁰ *Mill* (1871: 183, 191 ff., 693, 700 ff., 713, 723 f.); vgl. *Dobb* (1973: 152); *Blaug* (1968: 123).

nen Augen eine entsprechende Bevölkerungspolitik, aber im Zuge des kulturellen Fortschritts auch die wachsende Einsicht der Menschen selbst in den Zusammenhang von Kapitalbildung, Arbeitspotential und Pro-Kopf-Einkommen: Die Lohnentwicklung hänge insofern von der „prudence of the labouring people“ ab. Hierbei steht die Vorstellung eines Überschusses im Hintergrund, der je nach relativer Knappheit an die originären Faktoren Arbeit und Boden verteilt wird und selbst damit tendenziell verschwindet. „The surplus, after replacing wages and paying rent, constitutes Profits.“⁶¹

Da Mill beim Faktor Arbeit (im Gegensatz zum Boden) keine Grenzproduktivitätstheoretischen Zusammenhänge anspricht, muß in diesem Prozeß der Abschöpfung des Profits wiederum die Lohnfondstheorie im Hintergrund stehen. Sie zeigt, daß ein im Wachstumsprozeß steigender Lohngüterbestand eine ebenfalls wachsende Arbeiterklasse ernähren kann (Abbildung 2, A → B), bei konstantem Arbeitsangebot hingegen zu einer individuellen Verbesserung im Lebensstandard führt (A → C). Somit erwies sich die Lohnfondstheorie auch für langfristige Überlegungen und verteilungspolitische Strategien als analytisch nützlich; dies mag erklären, warum Mills trotz aller Kritik an diesem Ansatz festhielt.

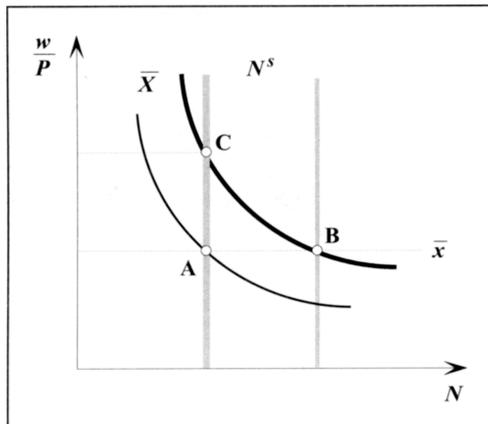


Abbildung 2: Wachsender Lohnfonds
bei alternativem Arbeitsangebot

Es bleibt zu klären, wie die Unternehmenseite auf diesen knappheitsbedingten Lohndruck reagieren kann und wie weit der Profitverfall gehen wird. Zum ersten Punkt ist zu bemerken, daß Mill wie die übrigen Klassiker Lohnänderungen stets als *Reallohnänderungen* begreift. Eine Überwälzung von allgemeinen Nominallohnsteigerungen wird kategorisch ausgeschlossen, so daß die Profite abnehmen

⁶¹ Mill (1871: 689 ff.; vgl. 358).

müssen.⁶² Diese starre Position überrascht zunächst, eben weil Mill den Reallohn gerade nicht als „technisches“ Datum vorgibt. Denkbar ist, daß sich Mill auf die Produktionskostentheorie des Geldes in einem reinen Warengeldsystem stützt, in dem es praktisch nur relative Preise gibt und so ein allgemeiner Preisanstieg logisch ausgeschlossen ist. Andererseits war er sich über den gefährdeten nominalen Wertstandard in Papiergeldsystemen durchaus im klaren; die Möglichkeit eines Staates, seine eigenen Schuldpapiere als Zwangsgeld in beliebiger Höhe zu emittieren, war für Mill ein „intolerable evil“.⁶³ Aber faktisch hat die Bremse der Golddeckung historisch die Entwicklung des Preisniveaus in Schranken gehalten; der moderne Lohn-Preis-Mechanismus setzte erst mit dem Übergang von der Gold- zur Lohnwährung ein (Abbildung 3). Wenn somit das Preisniveau im klassischen System zumindest mittel- und langfristig „vorgegeben“ war, so hätte eine expansive Lohnpolitik Verteilungseffekte nach sich ziehen müssen. Damit bleibt die zweite Frage nach der Grenze eines Profitverfalls.

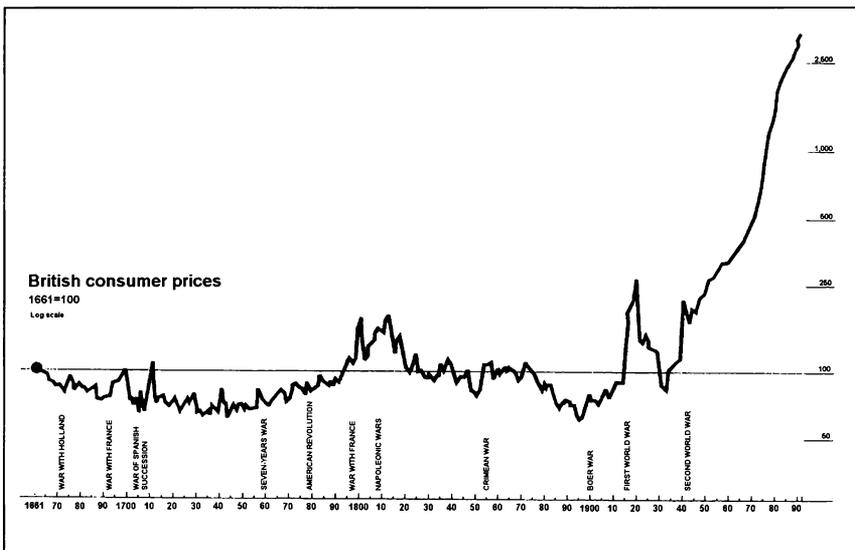


Abbildung 3: Der historische Bruch in der Preisentwicklung
(The Economist, 22. 2. 1992, 68)

Schon Ricardo hatte angedeutet, daß die Profitrate praktisch nicht bis auf Null fallen werde, weil der Anreiz zur Akkumulation mit fortlaufender Verringerung des Profits abnehme und diese ganz zum Erliegen komme, wenn eine angemessene Entschädigung für Mühe und Risiko nicht länger gegeben wäre. Auch bei Mill fin-

⁶² Mill (1871: 460, 684, 692 f.).

⁶³ Mill (1871: 488, 501 ff., 542 ff., 552, 558).

det sich dieser Gedanke einer Mindestprofitrate, bei der durchaus noch eine weitere Akkumulation stattfinden kann. Diese Profitrate sei insbesondere abhängig von der Stärke des „desire of accumulation“, was Mill mit einer relativen Wertschätzung von „future interests when weighed against the present“ gleichsetzt. Damit stößt man wiederum auf den zentralen Widerspruch: Die Profitrate kann allein aufgrund der Verknappung von Boden und Arbeit nicht beliebig sinken, weil eine unabhängige, eigenständige Begründung für den Zins in Form der Abstinenz postuliert wird. Aber es macht den Charme der „Principles“ aus, daß ihr Autor eher beiläufig eine Auflösung dieses Widerspruchs anbietet: Parallel zur Verknappung der Faktoren bewirke der gesellschaftliche Fortschritt eben auch eine Abnahme der Zeitpräferenz (was den Zins nachgeben läßt): „Mankind become less the slaves of the moment, and more habituated to carry their desires and purposes forward into the distant future.“⁶⁴

6. Zur „Politischen Ökonomie“ der Einkommensverteilung

Die klassische Ökonomie neigt dazu, die Distributionssphäre als weitgehend unabhängig von der allgemeinen Analyse des Marktsystems darzustellen. Auch Mill behandelt „die Verteilungsfrage“ getrennt von Problemen des Produktionsprozesses. Während hier nahezu physikalische Gesetzmäßigkeiten herrschten, hänge die Einkommensverteilung von gesellschaftlichen Institutionen und Normen ab. „Unlike the laws of Production, those of Distribution are partly of human institution.“⁶⁵ Diese Differenzierung ist in der Literatur von allen Seiten eher kritisch aufgenommen worden, weil damit die Einheitlichkeit des analytischen Prinzips „Wirtschaften“ – ein permanenter Prozeß der Marktbewertung, der sich in Preisen ausdrückt – nicht zum Ausdruck komme und die Simultaneität der Bildung von Produkt- und Faktorpreisen nicht gesehen werde. Myrdal wirft dem klassischen Liberalismus allgemein vor, der Illusion einer Unabhängigkeit der Verteilung von der Produktion in einer Marktwirtschaft zu erliegen; Mills Werk leide an einem „Mangel an Logik“ und repräsentiere die „Krisis der klassischen Schule“; es werde versucht, die ungeklärten Widersprüche zwischen individualistischer Ordnung und sozialer Reform mit verteilungspolitischem Voluntarismus zuzudecken.⁶⁶

Schumpeters Bemerkung schließlich, Produktion und Verteilung seien nur im Sozialismus voneinander zu trennen, stellt einen Bezug zu Mills wohlwollender Haltung gegenüber sozialistischen Zielsetzungen her. Nach Dobb wurde Mill durch die Begegnung mit seiner späteren Frau Harriett Taylor zum „selbsternann-

⁶⁴ Mill (1871: 730; vgl. 728 ff.); Ricardo (1821: 105).

⁶⁵ Mill (1871: 21; vgl. 199 ff.).

⁶⁶ Myrdal (1976: 109 f., 120 ff.); vgl. Blaug (1968: 73 f.). Schon Marx (1890: 906) hatte Mill als „Vulgärricardianer“ charakterisiert, der die Harmonie zwischen den Profitinteressen der Bourgeoisie und den Lebensinteressen der Arbeiterklasse predige und die Widersprüche des Kapitalismus durch Reform der Verhältnisse überwinden wollte.

ten Sozialisten“. Schon früh argwöhnte man, daß diese Einbindung normativer Aspekte der theoretischen Klarheit des Millschen Werkes eher geschadet habe (dies ist freilich ein allgemeines Phänomen, das in der Dogmengeschichte häufiger zu beobachten ist). Während Marshall noch zurückhaltend anmerkt, Mills Bestreben, die menschliche und soziale Seite des Wirtschaftssystems zu betonen, führe zu Unvollständigkeiten in der Analyse, stellt Böhm-Bawerk ihn als einen vom sozialistischen Gedankengut verwirrten Eklektiker dar.⁶⁷

Tatsächlich hat Mill z. B. das Ertragsgesetz in der Landwirtschaft als ein „physikalisches“ Gesetz betrachtet, das in allen Wirtschaftsordnungen gültig ist. Andererseits wendet sich insbesondere das 2. Buch der „Principles“ alternativen Wirtschaftsformen zu, die sich in der Tat in ihren Verteilungsmodi unterscheiden. Damit entsteht zunächst der Eindruck, daß Mill keine beliebigen Verteilungsverfahren *innerhalb* des kapitalistischen Systems postuliert; es geht ihm offenbar darum, die *Konsequenzen* dieser Ordnung auf die Verteilung zu analysieren.⁶⁸ Jedoch vermischen sich z. B. im Rahmen des Lohnfondsansatzes positive und normative Aspekte. So entsteht der Verdacht, daß Mill mögliche Rückwirkungen institutioneller und politischer Änderungen auf die produktionstheoretischen Zusammenhänge ausblendet und sich somit doch einer voluntaristischen Position im Hinblick auf die verteilungspolitischen Spielräume innerhalb einer Privateigentumsordnung nähert.

Daß allgemein bei den Klassikern – und Mill ist hier letztlich keine Ausnahme – die Verteilung eine Sonderrolle spielt, hat analytisch mit dem eingangs skizzierten Freiheitsgrad zwischen Lohn und Profit zu tun, der die klassische Ökonomie gegenüber machttheoretischen und machtpolitischen Ansätzen anfällig machte. Ein derartiger Freiheitsgrad kann als Ausdruck einer wünschenswerten Offenheit der ökonomischen Theorie gegenüber historisch alternativen Wirtschaftsformen interpretiert werden⁶⁹ oder aber als Konsequenz einer mangelnden Spezifikation des

⁶⁷ Schumpeter (1954: 650 f., 663 f., 693); Dobb (1973: 140); Marshall (1920: 678); Böhm-Bawerk (1900: 574 ff.).

⁶⁸ „We have here to consider, not the causes, but the consequences, of the rules according to which wealth may be distributed. Those, at least, are as little arbitrary, and have as much the character of physical laws, as the laws of production. Human beings can control their own acts, but not the consequences of their acts either to themselves or to others. Society can subject the distribution of wealth to whatever rules it thinks best: but what practical results will flow from the operation of those rules must be discovered, like any other physical or mental truth, by observation and reasoning“ (Mill 1871: 200 f.). Bemerkenswert ist auch, mit welcher Weitsicht er die Rolle von Konventionen und das Wechselspiel von „competition and custom“ in privaten Verteilungsaueinandersetzungen beschrieben hat; dabei erkennt er, daß Fairneß- und Effizienzüberlegungen zu langfristigen Kontrakten mit fixen Preisen führen können (ebd. 242 ff.) – ein Thema, das erst wieder hundert Jahre später in Rahmen von institutionsökonomischen Ansätzen aufgegriffen wurde.

⁶⁹ „Die Existenz eines solchen Freiheitsgrads wird als Aufforderung an die Theoretiker begriffen, der jeweiligen historischen Situation Rechnung zu tragen und die historisch-spezifische Besetzung des Freiheitsgrads zu studieren“ (Kalmbach/Kurz 1983: 74).

zugrundeliegenden Modells einer bestimmten Wirtschaftsform, nämlich der kapitalistischen. Bei Mill bleiben diese „metatheoretischen“ Probleme unterbelichtet. Dies korrespondiert mit dem Vorwurf der Oberflächlichkeit, der ihm gegenüber erhoben wurde. Schumpeters Urteil ist schonungslos: „Mills Fassungsvermögen drang niemals tiefer als in bestimmte Schichten (...) und sein Verstand konnte bestimmte Hindernisse nie überwinden. Jene Bereiche, in die er nicht vordrang oder die jenseits jener Grenzen lagen, stellte er mit Hilfe jener bekannten im Unterbewußtsein arbeitenden Waffe der Selbstverteidigung als Unsinn hin.“⁷⁰

Das Problem in Mills Werk sind aber eigentlich nicht etwaige Leerstellen; vielmehr hat er mit intuitivem Gespür eine ganze Reihe von Bausteinen zusammengetragen, die in der Geschichte der Kapital- und Verteilungstheorie nachgefragt oder genutzt wurden. Zwar passen diese Elemente bei Mill oft nicht gut zusammen; wirft man aber einen Blick auf diese gesamte, oft verworrene Debatte, so verwundert es allerdings nicht, daß es Mill nicht gelang, aus diesen Bausteinen ein tragfähiges Bauwerk zu errichten.

V. Der Beitrag von Mill zur Entwicklung der Kapital- und Verteilungstheorie

1. Kapital als volkswirtschaftliche Budgetbeschränkung: Vom Merkantilismus bis zu Mill

„Die Lohnfondstheorie war eine schlechte Lohntheorie, doch enthält sie die Zutaten zu einer guten Kapitaltheorie.“⁷¹ Gleich ob man diese Einschätzung Blaug akzeptieren oder umkehren möchte – festzuhalten ist, daß der Lohnfondstheorie in Mills Werk ein zentraler Stellenwert zukommt. Sie taucht wie erwähnt erst in den „Principles“ auf und erfüllt die Funktion, die ursprünglich eher monetäre Zins- theorie an die klassische Lehre einer Güterleihe heranzuführen. Mill tritt damit als Vertreter der „Vorschußlehre“ auf, die im Gegensatz zur „Synchronisationslehre“ das Bild einer Wirtschaft zeichnet, die als Produktionsfaktoren jeweils in der Vorperiode gesparte Ressourcen und nicht Güter aus laufender Produktion verwendet.⁷²

Diese Konzepte können nicht allein im Hinblick auf ihren produktionswirtschaftlichen Realismus beurteilt werden. Das für sich genommen etwas umständlich erscheinende Vorschußkonzept drückt jenseits der eher „technischen“ Zusammenhänge auch eine Vorstellung über eine systematische Angebotsbeschränkung und den gleichsam logischen Anfangspunkt des Wirtschaftsprozesses in der betreffenden Volkswirtschaft aus. Untersucht man unter diesem Gesichtspunkt die wich-

⁷⁰ Schumpeter (1954: 647).

⁷¹ Blaug (1968: 85).

⁷² Vgl. Schumpeter (1954: 690); Hollander (1985: 387 ff.).

tigsten Theorieschulen der Dogmengeschichte, so lassen sich markante Unterschiede ausmachen (dabei werden in Tabelle 1 paradigmatisch nur idealtypische Positionen und markttheoretisch Gleichgewichtskonstellationen unter Vernachlässigung von Friktionen betrachtet).

Im Merkantilismus herrscht noch das Bild einer von Handelsgeschäften dominierten Ökonomie vor. Das offenkundige Interesse von Gelehrten und Politikern an Handelsgewinnen und Bankengründungen deutet auf das Problem der Finanzierung privater und öffentlicher Aktivitäten hin. Die überragende Bedeutung, die dem Gold als „Basisgeldmenge“ zuerkannt wurde, beruhte auf der Erkenntnis seiner Funktion als Bankreserve, die in einer Zeit noch unterentwickelter nationaler Geldpolitik zweckmäßigerweise durch einen Exportüberschuß zu vermehren war. Unter Kapital verstand man eine in ein Geschäft eingebrachte Geldsumme. „Was die Merkantilisten fasziniert, ist das Geld, das dem Erwerb von mehr Geld, also der Erzielung einer Rente oder eines Gewinns dient. Geld ist Reichtum oder trägt zum Reichtum bei, indem es kapitalisiert, d. h. auf Zins ausgeliehen wird.“⁷³

Tabelle 1

Bausteine der Kapitaltheorie in der Dogmengeschichte

Theorieschule	Knapper Faktor	Kapital	Zins	Profit
Merkantilismus	Geld (Gold)	Geldsumme	monetär	Handelsgewinn
Physiokratie	Boden	(Geldsumme)	(Bodenertrag)	Bodenertrag
Klassik	– (Boden, Arbeit)	Produktionsmittel(-wert)	Abzug vom Profit	Produktionsüberschuß
Neoklassik	Arbeit, Konsumverzicht	Kapitalgüter	Zeitpräferenz	Zinskosten
Keynes	(Geld)	Kapitalwert	Liquiditätspräferenz	Zinskosten

Die Physiokratie markierte ein – eher regional begrenztes – Intermezzo, in dem anstelle des Handels die Landwirtschaft die führende Rolle spielte und folglich der Boden als Angebotsbeschränkung gesehen wurde. Dabei wurde gegenüber der bloßen Warenzirkulation der produktive Aspekt einer *Wertschöpfung* betont; Turgots „Fructifikationstheorie“ blieb allerdings unzulänglich, da sie einen wertmäßigen Kapitalertrag auf der Grundlage einer physischen Produktivität des Bodens zu erklären suchte.⁷⁴

⁷³ Binswanger (1982: 102); vgl. Keynes (1936: 284 f.). Ahnungsvoll merkte Schumpeter (1954: 409) dazu an: „Wieviel verworrene, unfruchtbare und geradezu einfältige Kontroversen wären uns erspart geblieben, wenn die Ökonomen vernünftig genug gewesen wären, bei diesen monetären und buchhaltungstechnischen Bedeutungen zu bleiben, anstatt an ihre ‚Vertiefungen‘ zu gehen.“

⁷⁴ Vgl. Böhm-Bawerk (1900: 73 ff.).

Auch die klassische Ökonomie baute auf einem Vorschubkonzept auf und verallgemeinerte den produktionstheoretischen Ansatz der Physiokraten zu einer Wertschöpfungslehre der (industriellen) Arbeit. Bereits 1660 hatte Petty Boden *und* Arbeit als Quellen produktiver Wohstandsmehrung herausgestellt. „Im Gegensatz zu den Physiokraten aber machten die ‚Klassiker‘ die Kapitalisten zur alleinigen Quelle dieser Vorschüsse, und der Wert der vorgeschossenen *Güter* wuchs bei ihnen im industriellen Prozeß, anstatt allein in der Landwirtschaft.“⁷⁵ Die Wendung zur Idee eines *realen* Vorschusses reflektiert sicherlich auch den historischen Umstand, daß das bei den Merkantilisten virulente Problem der Finanzierung ökonomischer Unternehmungen in institutioneller Hinsicht als gelöst gelten konnte.⁷⁶ Analytisch drückt sie jedoch die Zwitterstellung der klassischen Kapitaltheorie aus: Einerseits wird der Profit als Produktionsüberschuß gefaßt, andererseits zu meist auf den *Wert* der Produktionsmittel bezogen. Insbesondere Marx hielt trotz seiner im Kern klassischen Profiterklärung mittels der Diskrepanz zwischen Gebrauchs- und Tauschwert der Arbeitskraft an einem monetären Kapitalbegriff fest; seine Redeweise von G-W-G' unterstreicht, daß eine nominale Geldsumme in merkantilistischer Manier den Anfangs- und Endpunkt des Produktions- und Verwertungsprozesses bildet.

Eine Besonderheit des klassischen Ansatz bestand weiter darin, daß im Prinzip alle Inputs selbst produzierbare Güter darstellten. In Kontrast zu Streißlers Diktum, Ökonomie sei die „Wissenschaft strikt positiver, aber endlicher Knappheit“, ist in der reinen abstrakten Form, in der Sraffa die Logik der Klassik wiedergegeben hat, die Knappheit eliminiert; hervorgehoben werden die Strukturen eines ökonomischen Systems, dessen Skalierung offen bleibt.⁷⁷ Das Auftreten knapper Faktoren wurde seitens der Klassiker als eine Gefährdung der Systemstabilität wahrgenommen und folglich in durchaus konsequenter Weise mit der Prognose der Stagnation bzw. des Zusammenbruchs „verarbeitet“.

Während somit bei den Merkantilisten das Geld und bei den Physiokraten der Boden „knapp“ waren, bringt Mill den Gedanken einer Knappheit der Arbeit – gekoppelt an ein entsprechendes Vorschubkonzept – in die „normale“ Funktions-

⁷⁵ Schumpeter (1954: 689).

⁷⁶ „Die letzte Ökonomen-Schule, die ernstlich befürchtete, das wirtschaftliche Wachstum der alten Welt könne am Geld- und Kreditmangel – bzw. seinen hohen Kosten – scheitern, die der Merkantilisten, starb um 1750 aus. Nicht die Argumente der Klassiker brachten sie zum Verstummen, sondern die Fakten. Die Merkantilisten gaben auf, weil sich ihr Problem erledigt hatte: Es gab genügend Geldkapital und Kredit, um alle marktwirtschaftlichen vernünftigen Projekte zu finanzieren, dank der Ausweitung, Effizienz und Vernetzung der nationalen und später internationalen Kreditapparate. Das neue geld- und kredittheoretische Paradigma von Klassik und Neoklassik lautet darum folgerichtig auch nicht Mangel an Geld und Kredit, sondern Überfluß: vulgo Inflation“ (Hankel 1993: 441).

⁷⁷ Streißler (1980: 10); Sraffa (1960). In der Weiterentwicklung der neoricardianischen Schule wurde dann Knappheit als eine neoklassische Kategorie dargestellt, die auf einer analytisch mangelhaften Erfassung ökonomischer Funktionsbeziehungen basiere (vgl. Pasinetti 1977).

weise der klassischen Ökonomie ein. Die Zeitstruktur des Wirtschaftsprozesses, die bei den Merkantilisten durch die analytische Einbettung von Handel und Produktion in einen vermögenswirtschaftlichen Rahmen angedeutet war, erscheint nun bei Mill in Gestalt eines landwirtschaftlich-technischen Sachzwangs. Lohnfonds und Arbeitsangebot sind dabei von zentraler Bedeutung:

- Mit dem Abrücken vom Bild eines vollständig elastischen Arbeitsangebots wird die spätere neoklassische Position vorbereitet. Die Angebotsverknappung beruht jedoch nicht auf einer individuellen Arbeits-Freizeit-Entscheidung, sondern auf einem moralisch-politischen Appell.
- Der Lohnfonds fungiert als güterwirtschaftliche Angebotsbeschränkung und kapitaltheoretische Budgetbeschränkung, von der das Ausmaß der gesamtwirtschaftlichen Wirtschaftsaktivität abhängt. Böhm-Bawerks Begriff des Substanzfonds knüpfte später hier an.⁷⁸
- Mill löst sich (teilweise) von den „Eierschalen“ des klassischen Surplusansatzes, indem die Knappheit der Arbeitskraft nicht länger eine Erosion des Profits bewirkt – zumindest dann nicht, wenn Lohnfonds und Investition präferenztheoretisch über die Abstinenz, d. h. den Zins bestimmt sind.
- Damit wird die spätere neoklassische Theorie vorgezeichnet: Der Profit wird zum Kostenzins; seit Marshall wird der Zins als Normalgewinn in die Kosten eingerechnet. Die Abstinenztheorie des Zinses ist als Vorläufer der von Böhm-Bawerk und Fisher vertretenen Zeitpräferenztheorie zu sehen. Es lassen sich jedoch auch Spuren einer Liquiditätspräferenztheorie erkennen.

Charakteristisch für Mill ist, daß sich „moderne“, d. h. nachklassische Aspekte in seinem Werk noch als Ungereimtheiten und Zweideutigkeiten darstellen. Dies war der Preis, den er (unbewußt) für die Offenheit gegenüber theoretischen Innovationen zahlte. Allerdings zeichnet sich auch die spätere Kapital- und Verteilungstheorie nicht gerade durch Widerspruchsfreiheit aus. Diese Entwicklung nach Mill wird im folgenden weiter zunächst anhand von Tabelle 1 betrachtet.

2. Kapital als volkswirtschaftliche Budgetbeschränkung: Von Böhm-Bawerk bis Keynes

Die Neoklassik dreht die Logik der klassischen Ökonomie insofern herum, als nicht eine „Warenproduktion mittels Waren“, sondern die Vorgabe *knapper* Ressourcen zum allgemeinen Prinzip der Allokations- und Verteilungstheorie wird. Diese Angebotsbeschränkung wird dann entscheidungstheoretisch unterfüttert, indem Arbeitsangebot und Konsumverzicht zu den wesentlichen Bestimmungsfaktoren für Niveau und Struktur des Einkommens werden. Die Entwicklung einer Produktionsfunktion mit einem preisabhängigen Faktoreinsatzverhältnis erlaubt

⁷⁸ Vgl. *Dobb* (1973: 151); *Blaug* (1968: 85).

eine simultane Lösung des Allokations- und Verteilungsproblems. Schon früh erkannte man jedoch das Problem der Definition eines aggregierten Kapitalwertes als Bezugsgröße einer vom Vermögensmarkt geforderten einheitlichen Ertragsrate auf Realkapital. Die makroökonomische Grenzproduktivitätstheorie ist insoweit als Konzept zur Begründung eines Kapitalzinses nicht aufrechtzuerhalten.⁷⁹

Böhm-Bawerks Argument einer Umwegproduktivität von „längeren“ Produktionsprozessen übersieht, daß „Zeit“ in diesem Zusammenhang nur ein Rentefaktor wie „Raum“ ist: Güter mögen sich in ihrer zeitlichen wie räumlichen Verfügbarkeit unterscheiden; dies wird ihre relativen Preise berühren, liefert jedoch kein Argument für den Zins. Generell mag es zahllose Gründe geben, warum Investoren einen positiven Kapitalertrag erwarten und deshalb (Geld-) Kapital nachfragen; die entscheidende Frage ist, welche Knappheit auf der Angebotsseite des Vermögensmarktes besteht, die verhindert, daß Investitionen in Realkapital bis zur Grenze des Nullprofits vorangetrieben werden. Anders formuliert: Der Zins kann nicht als Ertrag eines physisch knappen Produktionsfaktors Kapital aufgefaßt werden, weil eben diese Knappheit zunächst zu begründen ist. „The question why capital is scarce is (...) best regarded as being, in the long run, the same question as why the rate of interest exceeds zero.“⁸⁰

Marshall hatte für den Verweis auf die mangelnde Logik von Böhm-Bawerks „Umwegsargument“ gerade noch eine Fußnote übrig. Keynes hat sich später mit gleichlautenden Worten dieser Kritik angeschlossen. Es kennzeichnet die Oberflächlichkeit der Rezeption von Keynes' kapitaltheoretischer Position ungemein, daß Hansen als selbsternannter „Führer durch das Keynessche Hauptwerk“ in diesem Punkt Keynes geradezu auf den Kopf stellt: Keynes schreibt, daß Kapital *knappgehalten* wird „wegen des Wettbewerbs um den Zinsfuß auf Geld. Wird das Kapital weniger knapp, so vermindert sich das überschüssige Erträgnis, ohne daß

⁷⁹ In einer Produktionsfunktion können allein physische Faktoren aufgeführt werden, z. B. Arbeitsstunden N und Kapitalgüter X . Der Wert des Kapitals ist zu verzinsen. Sieht man zur Vereinfachung von den Abschreibungen ab (unendliche Lebensdauer), so ergeben sich mit $Y = Y(N, X)$ aus der Gewinnmaximierung die Bedingungen

$$Y'_N = \frac{w}{P} \quad \text{und} \quad Y'_X = \frac{p_X}{P} r$$

Hierbei bezeichnet w den Nominallohn, P das Preisniveau und p_X den Preis homogener Kapitalgüter. Der Vergleich zur Entlohnung von Arbeit zeigt, daß Grenzproduktivitäten als technische Eigenschaften die Faktorpreise (relativ zum Preisniveau) bestimmen, im Falle von „Kapital“ die Maschinenpreise, nicht den Zins. Dies macht auch Sinn aus der Perspektive des Produktionskalküls: Der Unternehmer vergleicht den marginalen Vorteil durch Einsatz eines Kapitalgutes mit seinen Kosten, wobei sich letztere durch den speziellen Anschaffungspreis und das allgemeine Verzinsungsgebot zusammensetzen. Letzteres bezieht sich auf alle Kapitalgüter und drückt ein Kostenelement des Vermögensmarktes, nicht der Produktion aus. Nur in einer Ein-Gut-Ökonomie, in der Y und X qualitativ gleich sind, scheint das physische Grenzprodukt des Kapitalgutes gleich dem Zins zu sein.

⁸⁰ Keynes (1934: 456); vgl. Schumpeter (1954: 805). Zur Kritik der Vorgabe eines „knappen“ Subsistenzfonds bei Böhm-Bawerk siehe auch Weizsäcker (1962: 31).

es – wenigstens im stofflichen Sinne – weniger produktiv geworden ist. (...) Langwierige Verfahren sind nicht stofflich leistungsfähig, weil sie lang sind.“ Hansen macht daraus: „Keynes behauptet, das Kapital habe Wert, weil es knapp ist. Und das Kapital ist knapp, weil es langwierige oder Umwegprozesse mit sich bringt. Es ist der Umwegprozeß, der das Kapital so knapp hält, daß die Summe seiner erwarteten zukünftigen Erträge (jährliche Gewinne oder Renten) die Produktionskosten überschreiten wird.“⁸¹

Die mangelnde Würdigung von Keynes' Beitrag zur Kapitaltheorie ist kein Zufall. Er wurde primär als Beschäftigungstheoretiker gesehen; eine bloße Theorie der Unterauslastung von Ressourcen vermag jedoch kein neues Paradigma zu begründen, sondern verbleibt im Status einer Ungleichgewichtstheorie. Keynes' Betonung der *Nachfrage* (auf Güter- und Geldmarkt) erwies sich im Hinblick auf seine theoretischen Ambitionen als Bumerang. Eine Kapitaltheorie muß die Angebotsseite des Vermögensmarktes thematisieren; diese hatte er jedoch mit dem Streichen des Kreditmarktes aus seinem Modell eliminiert. Folglich blieb stets ein Mißtrauen gegen seine „monetäre“ Zinstheorie. Der allgemeine Tenor war, daß diese eben nur bei Unterbeschäftigung gelte. Man sollte diesen Vorbehalt nicht mit dem trockenen Verweis auf die empirische Universalität von Arbeitslosigkeit zu kontorn versuchen – die Logik einer Zinstheorie sollte vielmehr unabhängig vom Beschäftigungsgrad gelten. Eben deshalb ist der theoretische „Waffenstillstand“ zwischen Neoklassikern und Keynesianern analytisch unbefriedigend, wonach Zeitpräferenz als die wesentliche, real fundierte und langfristig gültige Zinsklärung anzusehen sei, während Liquiditätspräferenz ein eher oberflächliches, kurzfristiges Phänomen beschreibe. Damit ist es angebracht, noch einmal zu den Ursprüngen der Zinsklärung zurückzukehren.

3. Abstinenz, Zeitpräferenz und Liquiditätspräferenz

Die von Senior und Mill propagierte Abstinenztheorie war von Anfang an umstritten. Es verwundert nicht, daß Marx diesen Ansatz kritisierte. Doch selbst Böhm-Bawerk argwöhnte, die Popularität dieser Idee beruhe weniger auf ihren theoretischen Vorzügen als darauf, daß sie „den Bedürfnissen der Zeit, dem hart angegriffenen Capitalzinse eine Stütze zu bieten, günstig entgegenkam“.⁸² Aus heutiger Sicht läßt sich die vermögentheoretische Einordnung des Abstinenzgedankens vorbehaltloser prüfen. Als ein analytisch denkbarer Ansatz zur angebotsseitigen Erklärung der Kapitalknappheit besagt die Abstinenztheorie, daß ein besonderes Entgelt notwendig ist, um die Wirtschaftssubjekte dazu zu veranlassen, ihr Einkommen oder Vermögen nicht vollständig bzw. sofort konsumtiv zu verwenden. Gesamtwirtschaftlich ist letzteres i.d.R. nicht möglich, weil eine allgemeine Ten-

⁸¹ Keynes (1936: 179); Hansen (1959: 154); vgl. Marshall (1920: 485 n.); Blaug (1968: 84).

⁸² Böhm-Bawerk (1900: 345); vgl. Blaug (1968: 93, 95).

denz, die Haltung von (Geld-) Vermögen aufzugeben, bei Existenz von Angebotsbeschränkungen in einer Geldwirtschaft zu Preissteigerungen und damit zum Auftreten unverteilter Gewinne führt, die eine unfreiwillige Neuentstehung von Vermögen bedeuten.⁸³ Jedoch schließt dieser gesamtwirtschaftliche Zusammenhang nicht die Möglichkeit aus, daß alle Einzelakteure den *Wunsch* zum sofortigen Konsums ihres Einkommen oder Vermögens haben.

Während in Mills einfachem Lohnfondsmodell wie erwähnt die Stock- und Flow-Ebenen zusammenfielen, müssen sie nun getrennt behandelt werden; zudem ist zwischen Natural- und Geldwirtschaft zu unterscheiden. Das nur für eine Güterwirtschaft angemessene Modell eines intertemporalen Tausches ist im Hinblick auf eine Analyse des Zinssatzes wenig hilfreich: Man *kann* zwar das System intertemporaler Preise als Zinsvektor *definieren*; jedoch führt dies nicht zu einer einheitlichen Ertragsrate eines Vermögensaktivums „Kapital“. Zudem stellt die zur Ableitung eines positiven Zinses in diesem Rahmen notwendige Unterstellung einer *Nettozeitpräferenz* (die unabhängig von der individuellen Einkommensentwicklung in der Zeit ist) eine verhaltenstheoretisch starke Annahme dar, deren Rationalität zweifelhaft ist: Stets bereut man heute, was man gestern entschieden hat.⁸⁴ Generell widerspricht die Verwendung derartiger Annahmen dem Gebot ökonomischer Theoriebildung, so wenig wie möglich mit dem Verweis auf Präferenzen zu erklären. Es ist aus methodologischer Sicht fragwürdig, wenn die ökonomische Theorie ihre Basisannahmen aus einer „fremden“ Disziplin wie z. B. der Psychologie bezieht.

In einer Geldwirtschaft wirkt die Zeitpräferenz unmittelbar auf die Konsumneigung; ihre Veränderung hat aber keinen unmittelbaren Effekt auf die relativen Preise, der sich als Zinseffekt deuten ließe, sondern vielmehr einen direkten Einkommenseffekt. Der begleitende Zinseffekt ergibt sich aus der Einkommenselastizität der Geldnachfrage bei gegebener Geldmenge; er tritt bei jeder Nachfrageänderung auf und hat primär nichts mit der veränderten Gegenwartsvorliebe zu tun.

Zweifellos übt die Zeitpräferenz über die Ersparnis eine (negative) Wirkung auf die Vermögensbildung aus. Zwei Dinge dürfen dabei jedoch nicht übersehen werden:

- Zum einen sollte man sich vor dem tradierten Irrglauben hüten, das faktische Vermögenswachstum sei allein auf den Konsumverzicht zurückzuführen. „Kapitalistische Vermögen [werden] üblicherweise nicht durch das Sparen und An-

⁸³ Marx polemisiert gegen das „von der Vulgärökonomie bisher hartnäckig bewahrte Geheimnis“, wie ein Kapitalbestand überhaupt konsumiert werden könne (1890: 624; vgl. 620 ff.); er führt diese Kritik jedoch nicht weiter aus.

⁸⁴ „There is literally no ‚sense‘ in the notion of an inherent reluctance to postpone, or preference to future enjoyment, as a general principle embedded in human nature, rational or sentimental. Jevons saw this clearly“ (Knight 1934: 272 n.; vgl. Lutz/Niehans 1980; Richter 1990: 46 f.).

sammeln verdienter Dollars gebildet, sondern durch die Schaffung neuer Quellen für Erträge, deren kapitalisierter Wert dann ein ‚Vermögen‘ darstellt“.⁸⁵

- Zum anderen kann man bestreiten, daß die Aussicht auf Zinseinkommen überhaupt notwendig ist, um die Individuen zur Vermögensbildung zu veranlassen. Zwar ist es ein Grundaxiom der ökonomischen Theorie, daß der Sinn und Zweck allen Wirtschaftens letztlich im Konsum bestehe. Aber ist es nicht unplausibel anzunehmen, daß die Wirtschaftssubjekte neben diesem Ziel auch die institutionellen Gegebenheiten des Wirtschaftens in ihrer Nutzenfunktion berücksichtigen. In einem Wirtschaftssystem mit individualisiertem Existenzrisiko kann sinnvollerweise von einem Bedürfnis nach ökonomischer Sicherheit ausgegangen werden, das die Akteure auch ohne Aussicht auf eine Zinszahlung zu einer positiven Ersparnis bzw. zu einer Vermögenshaltung bewegen wird. Bei Mill selbst wird indirekt deutlich, daß die Vermögenshaltung an sich eine Annehmlichkeit in Form eines *Optionsrechts* verschafft, die dann durch das Zinseinkommen lediglich ergänzt wird: „But while he [der Kapitalist] retains it [den Lohngüterbestand] undiminished, he has always the power of consuming it if he wishes or needs; he can bestow it upon others at his death; and in the meantime he derives from it an income.“⁸⁶

Die Existenz eines Zinssatzes belegt somit selbst in Mills einfachem güterwirtschaftlichen Szenario nicht, daß eine Zeitpräferenz im Hinblick auf den Konsum seine Ursache ist. Eine dazu alternative Hypothese wäre, daß unter der Annahme eines eigenständigen Bedürfnisses nach Vermögenssicherung⁸⁷ erst der temporäre und graduelle Verzicht auf diese Sicherheit eine Zinszahlung verlangt: Wenn die aufgesparten Ressourcen auf dem Wege eines Kredits einem Dritten verfügbar gemacht werden, tauscht der Vermögensbesitzer eine „primäre“ Vermögensreserve gegen die Forderung auf Rückerstattung dieses Aktivums ein.

Rekonstruiert man das einfache Millsche Periodenmodell als einen Ansatz mit drei Akteursgruppen und drei Aktiva (Konsumgüter, Geld und Kreditforderungen), so wird klar, daß die Bereitschaft zur Abstinenz keineswegs mit einem Kreditangebot bzw. einer Investition einhergehen muß.⁸⁸ Die *Geldbesitzer* entscheiden sich

⁸⁵ Schumpeter (1954: 701); vgl. Blaug (1968: 95).

⁸⁶ Mill (1871: 405).

⁸⁷ „The permanent and cumulative saving and investment we actually and typically find in the world cannot be explained in any degree through comparison between present and future enjoyment, or ‚waiting‘ and being paid for waiting. (...) The only possible basis for interest theory is simply to assume some indifference curve between current income as consumption and as increase in wealth. Wealth, viewed socially and objectively, is perpetual income capitalised, but what it means psychologically to the individual accumulator is a problem outside the sphere of the price theorist“ (Knight 1934: 272 n.). Eine postkeynesianische Begründung der Geldhaltung aus einem Vermögenssicherungsmotiv findet sich z. B. bei Dillard (1987).

⁸⁸ Ein derartiges Modell, das den Gedanken eines monetären Vorschusses aufgreift, ist vor kurzem – freilich ohne explizite Bezugnahme auf Mill – von Hahn und Solow (1995) als Grundlage einer neuen Makroökonomie vorgeschlagen worden (vgl. Spahn 1998).

zu Beginn der Periode zwischen diesen drei Aktiva. Die *Unternehmer* fragen von ihnen einen Geldkredit nach, um damit die Lohnsumme für die laufende Produktion (lagerfähiger) Konsumgüter zu finanzieren. Die *Arbeiter* kaufen die am Ende der vorangegangenen Periode fertiggestellten Güter. Alles Geld fließt am Periodenende durch die Kredittilgung wieder an die Vermögensbesitzer zurück; sie schließen den Kreislauf durch den Konsum ihres Zinseinkommens. Das Preisniveau wird durch die Güternachfrage bestimmt; das Angebot ist „nach der Ernte“ fixiert. Der Reallohn ist eine endogene Größe; es gibt keinen „bereitgestellten“ Fonds von Lohngütern. Der Zins ergibt sich durch Kreditnachfrage und -angebot. Letzteres ist kein bloßer Reflex der Konsumententscheidung der Geldbesitzer, wenn und weil es ein Bedürfnis nach direkter Geldhaltung gibt.

Mills Abstinenztheorie läßt sich somit in eine Theorie der Einkommensverwendung und eine Theorie der Vermögenshaltung aufspalten:

- Erstere richtet sich auf eine Analyse der Sparneigung, wobei die Zeitpräferenz allerdings nur ein Erklärungsmoment neben anderen darstellt.
- Letztere befaßt sich mit der Portfoliowahl, wobei neben Ertrag, Fristigkeit und Risiko nicht zuletzt der Liquiditätsgrad alternativer Aktiva eine Rolle spielt. Bei einer einfachen „klassischen“ Modellstruktur geht es letztlich um die Wahl zwischen dem Halten von Geld und Kreditforderungen. Bei den Klassikern dominierte dabei im allgemeinen die *Geldanlage*: „Während der Schatzbildner nur der verrückte Kapitalist, ist der Kapitalist der rationale Schatzbildner.“⁸⁹ Mill hat allerdings bereits in seinen „Essays“ auf eine liquiditätstheoretisch motivierte Vermögenssicherung in Form einer Geldhaltung hingewiesen, die sich insbesondere in Krisenzeiten manifestiert. Später wurde dann noch *vor* Keynes die Liquiditätsprämie als preistheoretischer Reflex eines Optionsrechts dargestellt, das mit der Haltung geldlicher Vermögenswerte verbunden ist.⁹⁰

Aber allein aufgrund dieser Andeutung einer monetären Angebotsbeschränkungen im Bereich des Finanzkapitals kann Mill in theoretischer Hinsicht kaum zu einem (Vor-) Keynesianer stilisiert werden. Nur während einer wirtschaftlichen Störung, nicht im Gleichgewicht erkannte er ansatzweise den Zins als Optionspreis

⁸⁹ *Marx* (1890: 168).

⁹⁰ Pigou spricht vom „advantage of holding money as security against possible difficulties in meeting obligations shortly to fall due“ (1912: 424). Lavington schließt sich an mit der These, daß „resources (...) held as stock of currency yield a return of convenience and security“ (1921: 30). Die Kategorie einer Liquiditätsprämie des Geldes läßt sich durch ein einfaches Gedankenexperiment verdeutlichen: Bei konstantem Preisniveau (um das Argument der Geldillusion auszuschalten) werden Wirtschaftssubjekte zumeist einen bestimmten Geldbetrag einer Gütermenge von gleichem Wert vorziehen, weil ersterer die Option auf eine Andersverwendung enthält. Anders formuliert: Die Deflationierung einer nominalen Geldsumme bewirkt vermögenstheoretisch keine wertmäßige Gleichstellung mit einer Ressourcenmenge, die dann eine generelle Analyse in güterwirtschaftlichen Einheiten erlauben würde. Zur Kritik der realwirtschaftlichen Zinsbegründung und zum Ansatz einer monetären Zinstheorie siehe weiter *Riese* (1986: 52 ff.) und *Spahn* (1993).

sowie als Preis für Zahlungsfähigkeit. Theoriegeschichtlich war es noch ein weiter Weg bis zu der Erkenntnis, daß der Zinssatz auf Kreditforderungen kein intertemporaler Preis eines neoklassischen Tauschgleichgewichts darstellt, sondern eine Steuergröße für die Haltung von Vermögensbeständen, „wobei es gegen zusätzliche Geldhaltung letztlich keine dominanten nutzentheoretisch faßbaren Widerstände gibt, weil der Zins nicht in dem Überschuß bei der Verwertung von Vermögen wurzelt, sondern in dessen Unsicherheit“.⁹¹ Als Wirtschaftspolitiker hätte Mill jedoch zweifellos dem im Kern keynesianischen Gedanken (der zeitweise in Kreisen des Sachverständigenrates propagiert wurde) zugestimmt, daß die Liquiditätspräferenz der Geldvermögensbesitzer eine gesamtwirtschaftlich relevante Angebotsbeschränkung darstellt: „Die Anlageneigung der über Geld disponierenden Leute – der potentiellen Investoren in Sachvermögen ebenso wie in Finanzanlagen – muß man heranpflegen. Sie (. . .) ist im angebotspolitischen Konzept die zentrale Kategorie, soweit es um die Finanz- und Vermögenmärkte geht.“⁹²

VI. Ein Schlußwort

Wie im politischen Bereich war Mill auch als Theoretiker kein Dogmatiker, sondern ein Reformier. Seine Offenheit gegenüber ökonomischen Problemen und Denkfiguren verlangte stellenweise die Preisgabe analytischer Konsistenz. Mills Beitrag zur politischen Ökonomie blieb eklektisch; nicht alles, was der Autor seiner Leserschaft bieten wollte, ließ sich vereinbaren – dies gilt insbesondere für den Themenkreis „Profit und Zins“. Positiv gewendet heißt dies jedoch, daß gerade die Bruchstellen in der Argumentation auf theoriegeschichtlich neue Wendungen hindeuten. Insoweit zeigt sich Mill als ein durchaus innovativer Autor. Auch Widersprüche können erkenntnistheoretisch fruchtbar sein.

Auf Mehrdeutigkeiten in Mills Werk ist in der Literatur schon häufig hingewiesen worden. Zuweilen sind sich selbst die Interpreten nicht einig: Während Schumpeter verkündete, die „Principles“ stellten keinen Ricardianismus mehr dar, und von einer Linie „Smith-Mill-Marshall“ sprach, resümierte Blaug, daß Mill in allen wichtigen Punkten, insbesondere in der Verteilungstheorie, Ricardos Position übernahm.⁹³ Es macht die Eigentümlichkeit von Mills Werk aus, daß in gewisser Hinsicht beide Interpreten recht haben: Angetreten, um die klassische Surplustheorie zu perfektionieren, gelangt Mill im Zuge seiner Arbeit zu Ansätzen, die über die klassische Ökonomie hinausweisen. Die ebenfalls bereits konstatierte Oberflächlichkeit des Autors Mill zeigt sich darin, daß er sich dieser „Grenzüberschreitung“ kaum bewußt wird und die analytischen Widersprüche zwischen einer klassischen und einer neoklassischen Zinstheorie nicht zu bemerken scheint (auch Ricardos

⁹¹ Sievert (1979: 813 n.).

⁹² Sievert (1997: 13); vgl. Sievert (1979).

⁹³ Schumpeter (1954: 648 f.); Blaug (1968: 134).

Problem der Definition eines unveränderlichen Wertmaßstabs der Verteilung hat ihn offensichtlich nicht beschäftigt). Aber in für ihn typischer Weise findet Mill eher beiläufig eine Bedingungskonstellation, unter der der „rardianische“ Fall der Profitrate mit einer präferenztheoretischen Zinserklärung vereinbar wird.

Im Hinblick auf die Profittheorie beginnt bei Mill die bis heute herrschende Lehre einer Begründung des Normalprofits durch den Zins. Mit der von Senior übernommenen Abstinenztheorie, die im Kern der Zeitpräferenztheorie entspricht, war Mill – wie Blaug lobend vermerkt – seiner Zeit um mehr als vierzig Jahre voraus.⁹⁴ Seine Andeutungen zu einer Liquiditätspräferenztheorie des Zinses sind erst hundert Jahre später von Keynes wieder aufgegriffen und weiterentwickelt worden. Die von Mill wohl angestrebte Einheitlichkeit der Theorie des Kapitaleinkommens ist nach Keynes' und Sraffas Kritik der klassischen und neoklassischen Lehre bis heute nicht erreicht.

Literatur

- Bagehot*, W. (1873): *Lombard Street – A Description of the Money Market*. Westport 1979.
- Binswanger*, H. C. (1982): Geld und Wirtschaft im Verständnis des Merkantilismus – Zu den Theorien von John Locke, 1632–1704, und John Law, 1671–1729. In: Neumark, F., Hg.: *Studien zur Entwicklung der ökonomischen Theorie II*. Schriften des Vereins für Socialpolitik, 115/II, Berlin, 93–129.
- Blaug*, M. (1968): *Systematische Theoriegeschichte der Ökonomie*. Bd. 2, München 1972.
- Böhm-Bawerk*, E. von (1900): *Capital and Capitalzins*. Bd. 1: *Geschichte und Kritik der Capitalzinstheorien*. 2. Aufl. Innsbruck.
- Conard*, J. W. (1959): *An Introduction to the Theory of Interest*. Berkeley/Los Angeles 1963.
- Dillard*, D. (1987): Money as an Institution of Capitalism. *Journal of Economic Issues*, 21, 1623–1647.
- Dobb*, M. (1973): *Wert- und Verteilungstheorien seit Adam Smith – Eine nationalökonomische Dogmengeschichte*. Frankfurt 1977.
- Goschen*, G. J. (1861): *Theorie der auswärtigen Wechselkurse*. In: Diehl, K./Mombert, P., Hg.: *Vom Gelde*. Frankfurt u. a. 1979, 141*–193*.
- Hahn*, F. H./*Solow*, R. M. (1995): *A Critical Essay on Modern Macroeconomic Theory*. Oxford.
- Hankel*, W. (1993): Geld – der Entwicklungsmotor. In: Stadermann, H.-J./Steiger, O., Hg.: *Der Stand und die nächste Zukunft der Geldforschung*. Berlin, 439–448.
- Hansen*, A. H. (1953): *Keynes' ökonomische Lehren – Ein Führer durch sein Hauptwerk*. Villingen 1959.
- Hollander*, S. (1985): *The Economics of John Stuart Mill*. Bd. 1 und 2, Oxford.

⁹⁴ *Blaug* (1968: 135).

- Hunter*, L. C. (1959): Mill and Cairnes on the Rate of Interest. In: Wood, J. C., Hg.: John Stuart Mill – Critical Assessments. Bd. 4, London u. a. 1987, 127 – 150.
- Johnson*, H. G. (1949): Demand for Commodities Is *Not* Demand for Labour. *Economic Journal*, 59, 531 – 536.
- Kalmbach*, P./*Kurz*, H. (1983): Klassik, Neoklassik und Neuklassik. In: *Ökonomie und Gesellschaft*, Jahrbuch 1: Die Neoklassik und ihre Herausforderungen. Frankfurt/New York, 57 – 102.
- Keynes*, J. M. (1934): The Propensity to Invest. In: Moggridge, D., Hg.: The Collected Writings of John Maynard Keynes, Bd. 13: The General Theory and After, Teil I: Preparation. London/Basingstoke 1973, 450 – 456.
- (1936): Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes. Berlin.
- Knight*, F. H. (1934): Capital, Time, and the Interest Rate. *Economica*, 1, 257 – 286.
- Laidler*, D. (1991): The Golden Age of the Quantity Theory – The Development of Neoclassical Monetary Economics 1870 – 1914. New York u. a.
- Lavington*, F. (1921): The English Capital Market. London.
- Lutz*, F. A./*Niehans*, J. (1980): Faktorpreisbildung II – Zinstheorie. Handwörterbuch der Wirtschaftswissenschaften, Bd. 2, Stuttgart, 530 – 548.
- Marshall*, A. (1920): Principles of Economics. 8. Aufl., London/Basingstoke 1982.
- Marx*, K. (1890): Das Kapital. Bd. 1, 4. Aufl., Marx-Engels-Werke, Bd. 23, Berlin 1962.
- (1894): Das Kapital. Bd. 3, Marx-Engels-Werke, Bd. 25, Berlin 1973.
- Mill*, J. S. (1844): Einige ungelöste Probleme der politischen Ökonomie. Frankfurt/New York 1976.
- (1871): Principles of Political Economy. 7. Aufl., Fairfield 1987.
- Myrdal*, G. (1976): Das politische Element in der nationalökonomischen Doktrinbildung. 2. Aufl. Bonn – Bad Godesberg.
- Pasinetti*, L. L. (1977): Lectures on the Theory of Production. London/Basingstoke.
- Pigou*, A. C. (1912): Wealth and Welfare. London.
- (1949): Mill and the Wage Fund. *Economic Journal*, 59, 171 – 180.
- Ricardo*, D. (1821): Über die Grundsätze der Politischen Ökonomie und der Besteuerung. 3. Aufl., Marburg 1994.
- Richter*, R. (1990): Geldtheorie – Vorlesung auf der Grundlage der Allgemeinen Gleichgewichtstheorie und der Institutionenökonomie. 2. Aufl. Berlin u. a.
- Riese*, H. (1986): Theorie der Inflation. Tübingen.
- Robinson*, J. (1970): Freedom and Necessity. New York.
- Schumpeter*, J. A. (1954): Geschichte der ökonomischen Analyse. Bd. 1, Göttingen 1965.
- Schefold*, B. (1976): Nachworte. In: Sraffa, P.: Warenproduktion mittels Waren. Frankfurt, 129 – 226.

- Sievert, O.* (1979): Die Steuerbarkeit der Konjunktur durch den Staat. In: Weizsäcker, C. C. von, Hg.: Staat und Wirtschaft. Schriften des Vereins für Socialpolitik, 102, Berlin, 809–846.
- (1997): Währungsunion und Beschäftigung. In: Deutsche Bundesbank, Auszüge aus Presseartikeln, Nr. 9, 14. 2. 97, 6–14.
- Skaggs, N. T.* (1994): The Place of J. S. Mill in the Development of British Monetary Orthodoxy. *History of Political Economy*, 26, 539–567.
- Smith, A.* (1786): Eine Untersuchung über Wesen und Ursachen des Volkswohlstandes. 4. Aufl., Buch I. Bd. 1, Jena 1923.
- Spahn, H.-P.* (1984): Marx – Schumpeter – Keynes: Drei Fragmente über Geld, Zins und Profit. *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik*, 199, 237–255.
- (1993): Liquiditätspräferenz und Geldangebot – Schritte zu einer keynesianischen Kreditmarkttheorie des Zinses. In: Stadermann, H.-J. / Steiger, O., Hg.: Der Stand und die nächste Zukunft der Geldforschung. Berlin, 245–255.
- (1998): Moderne Makroökonomie nach Hahn und Solow – Ein Bericht. *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik*, 217, 359–378.
- Sraffa, P.* (1960): Warenproduktion mittels Waren. Frankfurt 1976.
- Stavenhagen, G.* (1969): Geschichte der Wirtschaftstheorie. 4. Aufl. Göttingen.
- Streißler, E. W.* (1980): Die Knappheitsthese – Begründete Vermutungen oder vermutete Fakten? In: Siebert, H., Hg.: Erschöpfbare Ressourcen. Schriften des Vereins für Socialpolitik, 108, Berlin, 9–36.
- Weizsäcker, C. C. von* (1962): Wachstum, Zins und optimale Investitionsquote. Basel/Tübingen.

Surplus, Abstinenz und Lohnfonds

John Stuart Mill zur Theorie der Einkommensverteilung*

Von *Heinz D. Kurz*, Graz

I. Alternative Ansätze in der Verteilungstheorie

Wir können zwei grundsätzlich verschiedene Ansätze in der Wert- und Verteilungstheorie unterscheiden. Der eine bestimmt eine Einkommensart residual, der andere versucht für jede Art von Einkommen eine eigenständige Erklärung zu liefern. Im einen Fall ist es definitorisch wahr, daß die Anteile der verschiedenen Einkommen, wie sie von der Theorie bestimmt werden, zusammengenommen das Produktionsergebnis gerade ausschöpfen. Im anderen Fall handelt es sich bei dieser Bedingung um eine von der Theorie zu erfüllende Konsistenzforderung: Die Theorie muß zeigen, daß die gegebenen Erklärungen wechselseitig in dem Sinn miteinander vereinbar sind, daß die aggregierten Einkommensansprüche weder die Produktion übersteigen noch einen unerklärten Rest zurücklassen.

Der erstgenannte Ansatz findet sich im frühen ökonomischen Schrifttum und kann „klassisch“ genannt werden. Wir begegnen ihm u. a. im Werk William Petty und in den Abhandlungen der Physiokraten sowie der klassischen Ökonomen von Adam Smith bis David Ricardo. Residual bestimmt werden grundsätzlich Nichtarbeits- bzw. Besitzeinkommen – bei Petty und Quesnay die Grundrente der Bodeneigentümer, bei den klassischen Ökonomen Grundrente und Kapitalprofit. Diese Einkommen sind Teil des gesellschaftlichen Überschußprodukts oder „Surplus“, den man erhält, wenn man von den Gesamtproduktionsmengen der verschiedenen Waren, die während eines Jahres erzeugt worden sind, alle im Zuge der Produktion (ganz oder teilweise) verbrauchten und daher wiederzueretzenden Produktionsmittel sowie die notwendigen Unterhaltungsmittel der (produktiven) Arbeitskräfte abzieht.

John Stuart Mill ist ein Autor des Übergangs, in dem sich die allmähliche Abkehr vom „klassischen“ Ansatz ankündigt. Dies soll im folgenden gezeigt werden.

* Ich danke den Teilnehmern der Sitzung des Dogmenhistorischen Ausschusses in Würzburg für die nützliche Diskussion im Anschluß an mein Referat. Christian Gehrke hat freundlicherweise das Manuskript gelesen und mir wertvolle Kommentare gegeben. Des weiteren danke ich den Teilnehmern und insbesondere Pierangelo Garegnani für hilfreiche Hinweise anläßlich eines Gastvortrags zum Thema an der Universität Rom III im Mai 1999.

Abschnitt II faßt kurz die wesentlichen Elemente der klassischen, insbesondere Ricardoschen Wert- und Verteilungstheorie zusammen. Abschnitt III enthält einige Bemerkungen zu den Gründen für die allmähliche Abkehr von letzterer. Damit ist der Boden bereitet, um in den folgenden Abschnitten Mills Beiträge zu dieser Entwicklung genauer zu betrachten. Wir beginnen in Abschnitt IV mit einer kritischen Sichtung des vierten der *Essays on Some Unsettled Questions of Political Economy*, Mills frühem Werk. Abschnitt V wendet sich seinen Auffassungen in den *Principles of Political Economy* zu. Abschnitt VI geht kurz auf die Theorie des Lohnfonds ein, die Mill zunächst vertrat, später aber verwarf. Die Lohnfondstheorie stellt einen bedeutenden Markstein auf dem Weg hin zur marginalistischen Theorie dar, die gegen Ende des letzten Jahrhunderts zur Reife gelangte. Abschnitt VII, der Exkurscharakter besitzt, zeigt, daß sowohl Lohnfondstheorie als auch langfristige neoklassische Verteilungstheorie vor der unüberwindlichen Schwierigkeit stehen, die verfügbare „Kapitalmenge“ einer Wirtschaft in einer Weise zu spezifizieren, die unabhängig von der Einkommensverteilung und den relativen Preisen ist. Abschnitt VIII enthält eine Schlußbetrachtung.

II. Der „klassische“ Ansatz

Methodisch konzentriert sich der „klassische“ Ansatz auf *langfristige* Positionen des ökonomischen Systems unter den Bedingungen freier Konkurrenz, d. h. der Abwesenheit nennenswerter Markteintritts- und -austrittsschranken. Diese Positionen sind charakterisiert durch einen der Tendenz nach einheitlichen Ertragssatz auf das eingesetzte Kapital und einheitliche Vergütungssätze für alle an der Produktion beteiligten Primärfaktoren, wie z. B. verschiedene Qualitäten von Arbeit oder Boden.

Untersucht man die Schriften der klassischen Autoren daraufhin, von welchem Datensatz aus sie die Frage nach der Verteilung des Produktionsergebnisses angehen, so läßt sich – trotz allen Unterschieden im einzelnen zwischen verschiedenen Autoren – schematisch folgendes sagen. Sie behandeln in der Wert- und Verteilungstheorie als *unabhängige Variable*

- (a) die Produktionsmengen der verschiedenen Waren, die während eines Jahres erzeugt werden;
- (b) die technischen Verfahren, die den Produzenten zur Verfügung stehen, um die verschiedenen Waren zu erzeugen;
- (c) die verfügbaren Mengen an natürlichen Ressourcen, insbesondere an kultivierbaren Böden; sowie
- (d) den Reallohnsatz für einfache Arbeit.

Gegebene Produktionsmengen und gegebene technische Alternativen zu ihrer Erzeugung, d. h. Daten (a) und (b), spiegeln den erreichten Entwicklungsstand der

Ökonomie wider. Datum (c) drückt die Ausstattung der betreffenden Wirtschaft mit natürlichen Ressourcen aus; insoweit es sich dabei um erschöpfbare Ressourcen handelt, reflektiert das betreffende Datum den aktuellen Wissensstand über die Lagerstätten dieser Ressourcen und den Stand ihrer Ausbeutung. Datum (d) spiegelt die Kräfteverhältnisse in der Auseinandersetzung um die Verteilung des Produkts zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen Klassen wider. Die Annahme eines gegebenen Reallohnsatzes verweist auf eine *asymmetrische* Behandlung der Verteilungsvariablen. Sie ist selbst begründet in den in einem anderen Teil der ökonomischen Analyse gelieferten Argumenten zugunsten einer permanenten Tendenz zu einem Angebotsüberschuß an Arbeit. Einige Autoren rekurrieren hierbei auf eine Bevölkerungsdynamik (Smith, Ricardo), andere auf die arbeitsfreisetzende Wirkung des technischen Fortschritts (Ricardo, Marx). Smith führt obendrein Asymmetrien zwischen „masters“ und „workmen“ auf dem Arbeitsmarkt zugunsten eines sich an einem sozialen und historischen Subsistenzminimum orientierenden Reallohnsatzes an (vgl. hierzu *Kurz und Salvadori*, 1995, Kap. 15, Abschnitt 1).

Sind die technischen Verfahren bekannt, mittels derer das Produktionsergebnis erstellt wird, dann kennen wir die Beschäftigungsmengen in den verschiedenen Sektoren der Wirtschaft sowie die Mengen der benötigten Produktionsmittel. Diese Verfahren können entweder als gegeben oder als Ergebnis eines Auswahlprozesses kostenminimierender Produzenten begriffen werden. Bekannt sind damit die gesamtwirtschaftlichen „Kosten“ der Produktion im Sinne der erforderlichen Quantan an Produktions- und Subsistenzmitteln. Zieht man diese von den insgesamt erzeugten Produktionsmengen ab, so erhält man den „Surplus“, der in Form von Grundrente und Profit (bzw. Zins) verteilt wird.

Es empfiehlt sich, die charakteristischen Merkmale des klassischen Ansatzes am Beispiel der Ricardoschen Analyse zu illustrieren, nicht zuletzt deshalb, weil Mill Ricardos Theorie zum Ausgangspunkt seiner eigenen Überlegungen wählen sollte. Im Zentrum des Ricardoschen Interesses stand die Verteilungsfrage, die sich, nachdem er mittels der Theorie der Differentialrente den Einfluß knapper natürlicher Ressourcen glaubte angemessen erfaßt zu haben, auf die Frage nach den konkurrierenden Ansprüchen der Kapitaleigner und der Arbeiter auf das Produkt (abzüglich der Rente) konzentrierte. Diese Ansprüche sind Ricardos Auffassung nach grundsätzlich antagonistisch, was die Lohn-Profitraten-Beziehung zum Ausdruck bringt. Er war – wie sich zeigen sollte: zurecht – davon überzeugt, daß diese gegenläufige Beziehung für gegebene technische Alternativen der Produktion ganz allgemein gilt. Wie er jedoch im Verlauf seiner Studien entdeckte, gibt es verschiedene Momente, die ihr Verständnis verdunkeln. In einer einfachen „Korn-Ökonomie“ mit Korn als einzigem Input, der als Kapital- oder als Lohngut in allen Sektoren der Ökonomie Verwendung findet, ist die Lohn-Profitraten-Beziehung im getreideproduzierenden Sektor durch einen reinen Mengenvergleich zu ermitteln: Je höher der Getreidelohn, desto niedriger die Profitraten in der Getreideproduktion, und damit, bei freier Konkurrenz, in der Wirtschaft insgesamt.

Berücksichtigt man nun den offensichtlichen Tatbestand, daß in der Produktion aller Waren heterogene Inputs Verwendung finden, so können diese nur über eine Bewertung kommensurabel gemacht werden. Werden als Werte die direkt und indirekt zur Produktion der verschiedenen Waren benötigten Arbeitsmengen verwendet, so erhält man neuerlich ein einfaches Bild: Je höher der Lohn, desto größer der Teil der geleisteten Gesamtarbeit, der in die Produktion der Lohngüter eingeht, desto niedriger die Profitrate. Ricardo neigte bekanntlich dazu, an der Arbeitswerttheorie selbst dann noch festzuhalten, nachdem er herausgefunden hatte, daß auf Grund unterschiedlicher *Proportionen* von Produktionsmitteln verschiedener Dauerhaftigkeit zu direkter Arbeit in den diversen Zweigen bei positiver Profitrate die relativen Preise notwendig von den relativen Arbeitswerten abweichen. Dieses Festhalten erklärt sich nicht zuletzt aus der Transparenz des Verteilungszusammenhangs, die sich bei Verwendung der Arbeitsmengen zur Bewertung der verschiedenen Waren ergibt. Ricardo versuchte den diese Transparenz störenden Einfluß der Verteilung auf die relativen Preise mittels des Konzepts eines „verteilungsunabhängigen Wertmaßes“, definiert als Ware oder Warenaggregat, das unter *mittleren* Proportionen hergestellt wird, zu neutralisieren. Bei seiner Suche nach dem fraglichen Wertmaß gelangte er in den *Principles* zum Ergebnis, daß die Produktion von Gold dem Kriterium der mittleren Proportionen vermutlich am nächsten kommt. Da Ricardo überdies Grund zur Annahme sah, daß zur Produktion von einer Unze Gold ein über die Zeit hinweg annähernd konstantes Quantum an Arbeit benötigt wird, könne man alternativ die Geldware Gold oder Arbeit als Wertmaß der Waren nehmen.

Fassen wir zusammen: Sinkt der Lohnsatz und steigt korrespondierend hierzu die Profitrate, so das Ergebnis der Ricardoschen Überlegungen, dann verteuern (verbilligen) sich – ausgedrückt im verwendeten Wertmaß – alle Waren, die mit über (unter) dem Durchschnitt liegenden Proportionen von Produktionsmitteln zu Arbeit erzeugt werden. Der relative Preisanstieg der „kapitalintensiv“ erzeugten Produkte ist demnach nicht, wie z. B. von Böhm-Bawerk meinte (vgl. von *Böhm-Bawerk*, [1884] 1921, S. 83 f.), Reflex eines der Produktion mit Kapital entspringenden besonderen „Mehrwerts“, sondern schlicht Reflex der sich bei niedrigerem Lohnsatz ergebenden höheren Profitrate und des Zinseszinseseffektes auf die relativen Preise der Waren. Der Profit entsteht nicht dadurch, daß zum reinen Arbeitswert ein zusätzlicher, der Mitwirkung des Kapitals geschuldeter Wert *hinzutritt*. Dies ergibt sich schon daraus, daß bei *positiver* Profitrate die Preise einiger Waren, ausgedrückt im invariablen Wertmaß, *unterhalb* ihrer Arbeitswerte liegen.¹

¹ Selbstverständlich ließe sich unter gewissen Umständen ein Wertmaß finden, in dem ausgedrückt die Preise *aller* anderen Waren bei positiver Profitrate immer *über* ihren Arbeitswerten liegen. Beim fraglichen Wertmaß handelt es sich um ein Produkt, wie es von Malthus in der Wertmaßdebatte mit Ricardo vorgeschlagen worden ist. Das fragliche Produkt wird nur durch direkte Arbeit, ohne jegliche Mitwirkung von Kapitalgütern welcher Art auch immer, erzeugt. (Malthus nennt als Beispiel am Strand aufgelesene, von einem Schiffswrack stammende Goldstücke.) Es wäre jedoch irrig zu glauben, daß die Frage nach den Bestimmungsgründen der relativen Preise über die Wahl des Wertausdrucksmittels entschieden werden könnte. Dies hat die Debatte zwischen Ricardo und Malthus nachdrücklich aufgezeigt.

III. Die Abkehr von Ricardos Theorie

Die Geschichte der Politischen Ökonomie, vor allem in der Zeit nach Ricardos Tod im Jahre 1823, kann als eine Geschichte des Wandels im Begriff der „Kosten“ und parallel dazu in demjenigen des „Surplus“ begriffen werden.² Tatsächlich beobachten wir zunächst eine immer weitere Ausdehnung des Kostenbegriffs, begleitet von einer allmählichen Zurückdrängung seiner objektivistischen Bestimmung zugunsten einer subjektivistischen, und eine entsprechende Einschränkung des Surplusbegriffs. Der Fluchtpunkt dieser Entwicklung sind Theorien, in denen schließlich unter normalen ökonomischen Bedingungen alle Arten von Einkommen eine eigenständige Erklärung erfahren und zugleich das Überschußprodukt der ökonomischen Klassik zum Verschwinden gebracht worden ist. Jedes erzielte Einkommen gründet sich entweder auf einen positiven Beitrag eines Produktionsfaktors zum Produktionsergebnis oder auf einen zu vergütenden Aufwand oder ein zu kompensierendes „Opfer“. Für nichts gibt es nichts, so die Quintessenz der Botschaft, die in dieser Entwicklung zum Ausdruck kommt.

In Abkehr von Ricardos surplusstheoretischer Erklärung kam es zur Entwicklung (bzw. Weiterentwicklung) von Zinstheorien, die dem Kapital bzw. seinem Bildner – ganz analog zur Arbeit bzw. dem Arbeiter – wertschöpfende Potenz zusprachen, die im Profit (Zins) ihre Vergütung finde.³ Einer Klassifikation Eugen von Böhm-Bawerks folgend (*Böhm-Bawerk*, [1884] 1921; vgl. auch *Kurz*, 1994), können wir u. a. folgende zinstheoretischen Ansätze unterscheiden: „Produktivitätstheorien“, „Arbeitstheorien“, „Nutzungstheorien“, „Abstinenztheorien“ und „Ausbeutungstheorien“. Die Produktivitätstheorien des Profits versuchen den Profit aus der die Produktivkraft der Arbeit steigernden Wirkung des Kapitals abzuleiten. Die Arbeitstheorien begreifen den Zins als Lohn einer vom Kapitalisten geleisteten besonderen Art der Arbeit. Die Nutzungstheorien gehen aus von der Idee, daß das dauerhafte Kapital zwei getrennte Güter mit Wert darstellt: zum einen die konkreten Kapitalgüter selbst, zum anderen deren Gebrauch oder Nutzung. Der Profit wird als Vergütung der Nutzung begriffen. Die Abstinenztheorien deuten den Profit als Entschädigung für ein gebrachtes „Opfer“, den Konsumverzicht bzw. -aufschub der Kapitalbildner. Die Ausbeutungstheorien führen den Profit auf die Exploitation der Arbeiter zurück: Die von diesen insgesamt geleistete Arbeit sei größer als jene Arbeit, die in den Waren enthalten ist, die den Reallohn konstituieren. Die Differenz wird erklärt durch Asymmetrien auf dem Arbeitsmarkt zu Ungunsten der Arbeiter.

Einer der Gründe für die Abkehr von Ricardos Theorie der Verteilung und des Werts waren die offenkundigen Mängel seiner arbeitswerttheoretischen Basis.

² Vgl. hierzu insbesondere das bislang unveröffentlichte Vorlesungsmanuskript Piero Sraffa zu den von ihm 1928–1931 an der Universität Cambridge (U.K.) gehaltenen „Lectures on Advanced Value Theory“ (*Sraffa*, 1928–31). Das Manuskript findet sich im literarischen Nachlaß Sraffas, der in der Wren Library des Trinity College eingesehen werden kann.

³ Im folgenden werden Zins und Profit synonym gebraucht.

Ricardo war selbst im Verlauf seiner Studien zum Ergebnis gelangt, daß man nicht davon ausgehen könne, die verschiedenen Waren tauschen sich nach Maßgabe der in ihrer Produktion direkt und indirekt aufgewendeten Arbeitsmengen. Vielmehr wichen die relativen Preise im allgemeinen systematisch von den relativen Arbeitsquanta ab. Ricardo war es indes nicht vergönnt, den Zusammenhang vollends zu klären. Ihm war bewußt, daß die relativen Preise außer im uninteressanten Spezialfall identischer Proportionen von produzierten Produktionsmitteln und Arbeit sowie identischer Dauerhaftigkeit der verwendeten fixen Kapitalgüter nicht nur von den technischen Bedingungen der Produktion, sondern auch von der Höhe der Profitrate (bzw. des Reallohnsatzes) abhängen. Aber eine präzise Fassung dieser Abhängigkeit ist ihm nicht gelungen. Mit dem arbeitswerttheoretischen Fundament ist schließlich auch die Distributionstheorie Ricardos in Mißkredit geraten.

Ein anderer Grund war die Verwendung der Ricardoschen Theorie durch die sogenannten „ricardianischen Sozialisten“, allen voran Thomas Hodgskin und William Thompson, die die Theorie ausbeutungstheoretisch faßten und ein Recht der Arbeiter auf den „vollen Arbeitsertrag“ reklamierten (vgl. *Pashkoff*, 1998). Die sozialrevolutionäre Verwendung der Ricardoschen Theorie rief zahlreiche Ökonomen auf den Plan, die bestrebt waren, den Angriff auf die geltende Gesellschaftsordnung durch Aufdeckung inhärenter Mängel in dessen Begründung sowie die Entwicklung einer alternativen Erklärung des Zinsphänomens zu kontern.

Das Millsche Werk spiegelt beide Aspekte wider: die theoretischen Schwierigkeiten, die Ricardo nicht zu lösen vermocht hatte, und die den Anlaß dazu gaben, durch partielle oder totale Abkehr von seiner Lehre eine theoretisch befriedigende Lösung zu suchen, und die politisch-ideologischen Auseinandersetzungen, in die die Wert- und Verteilungstheorie nolens volens hineingezogen worden war. Mill versucht den angetroffenen Spannungen durch eine entschiedene Haltung des Sowohl-als-Auch zu begegnen. Ricardos Profiterklärung, so Mills Ausweg, sei zwar grundsätzlich richtig, aber eben nicht vollkommen. Sie müsse in der einen oder anderen Hinsicht korrigiert und ergänzt werden. Betrachtet man die von Mill vorgenommenen Korrekturen und Ergänzungen im einzelnen, so sieht man, daß einige davon auf Mißverständnissen beruhen, während andere die Theorie ihres Charakters berauben. Tatsächlich setzt Mill in seinen *Principles* an die Stelle der Ricardoschen surplusstheoretischen Profiterklärung eine solche, die surplusstheoretische mit abstinenz-, arbeits- und ausbeutungstheoretischen zu verbinden versucht. Und in der sozialpolitischen Frage nach der Gerechtigkeit der sich marktmäßig ergebenden Einkommensverteilung vertritt er die Auffassung, daß die Gesetze der Distribution einen anderen Charakter aufweisen als diejenigen der Produktion und durch menschliche Institutionen mitgestaltet werden können. Der sich immer deutlicher stellenden Sozialen Frage sei u. a. durch Verteilungspolitik zu begegnen, so Mill.

Im folgenden sehen wir der Einfachheit halber im allgemeinen vom Problem der Grundrente ab, unterstellen also, daß es sich beim Boden um ein „freies Gut“ handelt. Auf diese Weise konzentriert sich die ganze Aufmerksamkeit auf die Bestim-

mung des Kapitalprofits. Dies geschieht in Anlehnung an das Werk John Stuart Mills, der sich selbst allenfalls hinsichtlich der Präzisierung der Ricardoschen Profittheorie gewisse Verdienste zuschreibt, ansonsten seine Aufgabe jedoch im wesentlichen darin sieht, Ricardos Theorie einer breiteren Leserschaft nahezubringen. Ebenso sehen wir im folgenden von der Heterogenität der Arbeit ab. Wir lassen des weiteren alle Gründe außer acht, die von Mill in Anlehnung an Adam Smith und David Ricardo für systematische Unterschiede in der Kapitalverzinsung ins Feld geführt werden. Das Problem des Geldzinssatzes und dessen Verhältnis zur Profitrate werden uns im folgenden gleichfalls nicht beschäftigen. Wir beginnen mit Mills Frühwerk, den *Essays on Some Unsettled Questions of Political Economy*. Unser Interesse gilt dem vierten der Essays. Anschließend befassen wir uns mit den *Principles*.

IV. Der vierte der *Essays on Some Unsettled Questions of Political Economy*

Im vierten seiner bereits 1829 und 1830 verfaßten, aber erst 1844 veröffentlichten *Essays on Some Unsettled Questions of Political Economy* (Mill, 1844), der dem Thema Profit und Zins gewidmet ist, heißt es einleitend:

Die Kapitalgewinne sind der Überschuß, der dem Kapitalisten verbleibt, nachdem er sein Kapital ersetzt hat. Das Verhältnis des Überschusses zum Kapital selbst ist die Profitrate. (Mill, 1976, S. 117)

Gegen die verbreitete Ansicht, daß die Profitrate von der „Produktivkraft des Kapitals“ abhängt, wendet der noch nicht Fünfundzwanzigjährige ein: „Kapital im engeren Sinne hat keine Produktivkraft. Die einzige Produktivkraft ist die Arbeit; sie wird allerdings zweifellos von Werkzeugen und den bearbeiteten Materialien unterstützt“ (ibid., S. 118). Er begründet diese Sicht damit, daß das Kapital, d. h. Werkzeuge, Gebäude und Rohstoffe, „ihrerseits wieder das Resultat von Arbeit sind, und daß die einzige Ursache dafür, daß sie überhaupt einen Wert haben (Fälle von Monopol ausgenommen), die Arbeit ist, die zu ihrer Erzeugung eingesetzt werden muß“ (ibid., S. 120 f.). Kapital ist demnach reduzierbar auf Arbeit. Arbeit, so Mill, ist daher, wenn schon nicht die einzige Quelle von Gebrauchswert, so doch die einzige Quelle von Tauschwert.

Betrachtet man Mills Argument näher, so stellt man fest, daß er in Essay 4 die Produktion in der später als „österreichisch“ charakterisierten Weise als einen unidirektionalen Prozeß begreift, der mit der Verausgabung von Arbeitskraft pur beginnt und dann über verschiedene Zwischenprodukte hinweg mit der Erstellung des Endprodukts endet. Die Produktion ist „linear“ und nicht „zirkulär“. Dies ist auch der Grund dafür, daß sich das Kapital Mill zufolge ohne Rest in Arbeit auflösen läßt. Genauer gesagt: Es lasse sich in Löhne auflösen, so Mill in einer plötzlichen Wendung, die ihm von Marx nicht ohne Grund als Inkonsistenz angekreidet

wird (vgl. *Marx*, 1968, S. 190 ff.). Tatsächlich ändert Mill unter der Hand die Perspektive: Zunächst war implizit die Rede von einem selbständigen Produzenten, einer Art Robinson Crusoe, der das fragliche Endprodukt über alle Produktionsstufen hinweg selbsttätig erzeugt; jetzt ist die Rede von einem Kapitalisten, für den als Kostenfaktor nicht die geleistete Arbeit, sondern nur die gezahlten Löhne zählen. Wir lesen:

Letzten Endes erweist sich also die Arbeit als die einzige notwendige Bedingung der Produktion. Die Wiederbeschaffung des Kapitals ist nichts anderes als die Wiederbeschaffung der für Arbeit gezahlten Löhne. (Mill, 1976, S. 121)

Dies bedeutet nicht, wie Marx irrtümlich anzunehmen scheint, daß das Kapital auf jeder Produktionsstufe nur aus Lohnkapital besteht – d. h. in letzter Konsequenz: daß jeder Produktionsprozeß nur eine elementare Zeitperiode lang dauert – und mithin der von Marx „konstant“ genannte, aus produzierten Produktionsmitteln bestehende Kapitalteil vollständig abwesend ist. Es bedeutet lediglich, daß auf der jeweils ersten Stufe des zeitlich gestaffelten Prozesses zur Erzeugung eines Endproduktes keine produzierten Produktionsmittel zur Anwendung kommen. Auf allen folgenden Stufen hingegen kommen Kapitalgüter zum Einsatz, die auf vorgelagerten Stufen erzeugt worden sind. Allerdings gibt Mill durch seine eigenen Formulierungen reichlich Anlaß zu Mißverständnissen. So schreibt er:

Folglich ist der gesamte nach Wiederbeschaffung der Löhne verbleibende Überschuß Profit. Hieraus scheint zu folgen, daß das Verhältnis der Löhne für eine Arbeit und dem Produkt dieser Arbeit die Profitrate ergibt. Und so gelangen wir zu Ricardos Grundsatz, daß die Profite von den Löhnen abhängig sind, daß sie steigen, wenn die Löhne fallen, und fallen, wenn die Löhne steigen.

Er fährt fort:

Um diesen Satz (die vollkommenste Form, in der das Profitgesetz bisher ausgedrückt worden zu sein scheint) vor Mißverständnissen zu schützen, sind ein oder zwei erläuternde Bemerkungen erforderlich. (Ibid., S. 121)

Bevor wir uns Mills Versuch zuwenden, den Satz vor Mißverständnissen zu „schützen“, sind zunächst Mißverständnisse Mills zu nennen. Die Aussage, daß die Löhne umso höher sind, je niedriger die Profite sind, und umgekehrt, ist für gegebene Produktionsmengen und gegebene technische Bedingungen trivial. Was Ricardo entdeckt, aber nicht einwandfrei zu beweisen vermocht hatte, war die inverse Beziehung zwischen der *Rate* des Profits und derjenigen des Reallohnes. Die Profitrate ist auch nicht das von Mill angegebene Verhältnis, sondern, wie er eingangs richtig festgestellt hatte, das Verhältnis von Profit zu Kapital, wobei letzteres die Arbeitslöhne miteinschließt. Angesichts von Mills Formulierungen verwundert es nicht, daß Marx ihm (aber auch Ricardo) die Verwechslung von Mehrwert- und Profitrate vorwerfen konnte.

Aber in welcher Hinsicht könnte Ricardos „Profitgesetz“ (noch) mißverstanden werden? Wir gehen gleich auf jene Bemerkungen Mills ein, die nicht bloß – wie er

meint – einer richtigen Deutung des Gesetzes gelten, sondern die dazu dienen sollen, die „Profittheorie“ Ricardos „von einigen Schwierigkeiten zu befreien, unter denen sie immer noch leidet, und die, auch wenn es sich bei ihnen überwiegend um nur scheinbare und nicht um wirkliche Schwierigkeiten handelt, dennoch nicht als völlig fiktiv abgetan werden können“ (ibid., S. 124). Das Hauptproblem, so Mill, bestehe in folgendem: Der Gesamtwert der Kapitalgüter ist entgegen der eingangs aufgestellten Behauptung nicht gleich dem Quantum an Arbeit, das insgesamt in ihrer Produktion aufgewendet worden ist, ja, er ist nicht einmal gleich den „Löhnen der Arbeiter . . . , von denen sie erzeugt worden sind“ (ibid., S. 124), wie es kurz darauf geheißen hatte. Vielmehr ist der Wert des in einem Produktionsprozeß eingesetzten Kapitals gleich den insgesamt über alle Produktionsstufen hinweg gezahlten Löhnen plus den über alle Produktionsstufen mit Ausnahme der letzten hinweg gezahlten Profiten. Denn bei arbeitsteiliger Produktion wurden die Löhne der jeweils vorgelagerten Produktionsstufe „von einem [anderen] Kapitalisten gezahlt, und dieser Kapitalist muß aus seinem vorgeschossenen Kapital denselben Gewinn ziehen wie jeder andere Kapitalist. Wenn er also das Werkzeug oder die Rohstoffe verkauft, so muß er vom Käufer nicht nur die Löhne erstattet bekommen, die er bezahlt hat, sondern darüber hinaus noch so viel, wie nötig ist, damit er die übliche Profitrate erzielt“ (ibid., S. 124). Mill schließt:

Wenn Kapital ausgegeben wird, so geschieht dies zum Teil, um Löhne zu zahlen oder zu erstatten, und zum anderen Teil, um die Profite anderer Kapitalisten zu bezahlen, deren Mitwirkung für die Erstellung der Produktionsmittel erforderlich war. (Ibid., S. 125)

Mill stößt damit auf die Ricardo geläufige Tatsache, daß für den Kapitalvoranschub eines gegebenen Gewerbes, der im allgemeinen Waren verschiedener Art – Produktions- wie Subsistenzmittel – umfaßt, der Tendenz nach „normale“ oder „natürliche“ Preise zu zahlen sind. Diese enthalten Profit zu einheitlicher Rate auf alles im ökonomischen System vorgeschossene Kapital. Allein, diese Beobachtung ist ihm nicht Anlaß, der Frage nachzugehen, wie sich der Zusammenhang zwischen Profitrate und Reallohnsatz unter Berücksichtigung der Verteilungsabhängigkeit der Tauschverhältnisse darstellt, also jenes Problem zu erörtern, das Ricardo bekanntlich selbst noch auf dem Sterbebett bewegt hatte. Vielmehr wendet er sich der gänzlich anderen Frage zu, was wäre, wenn der fragliche Kapitalist „entweder ganz oder zum Teil ohne jenen Teil der Ausgaben [auskommen würde], der aus vorangegangenen Profiten besteht“ (ibid., S. 125). Mills Antwort lautet, daß in diesem Fall „ganz offensichtlich mehr als der Profit des Endproduzenten übrigbleiben [würde]“; er fährt fort:

da aber die Menge der zur Produktion einer gegebenen Warenmenge erforderlichen Arbeit sowie die Menge der für jene Arbeit gezahlten Produktion unverändert bliebe, würde andererseits offenbar das Verhältnis zwischen dem Preis der Arbeit und ihrem Ertrag dasselbe bleiben wie zuvor, die Produktionskosten der Löhne [gemeint sind die Produktionskosten der den Reallohn konstituierenden Quanta an Lohngütern] blieben gleich, und dennoch wären die relativen Löhne und daher auch die Profite sehr verschieden. (Ibid., S. 125)

Diese Schlußfolgerung überrascht und ist nicht zu halten, denn unter den genannten Bedingungen, die technologische Invarianz zu implizieren scheinen, kann es sich nur um den Fall einer vertikal integrierten Unternehmung handeln, die – anders als der zuvor betrachtete Produzent auf der letzten Produktionsstufe – ihre Anlagen, Gerätschaften usw. nicht von Vorlieferanten bezieht, sondern auf jeder Stufe selbst erstellt und auf der folgenden Stufe einsetzt. Die Gesamtprofite einer vertikal integrierten Firma, die alle Stufen der zeitlich gestaffelten Produktion umfaßt, sind natürlich größer als diejenigen einer Firma, die nur auf einer Stufe tätig ist, aber proportional größer ist auch der Kapitaleinsatz. Am Zusammenhang zwischen Lohnhöhe und Profitrate ändert eine vertikale Integration, die nicht zugleich mit technischen Änderungen verbunden ist, überhaupt nichts.⁴

In der Begründung seiner These, daß die Profitrate „ganz offensichtlich“ gestiegen sei (ibid., S. 126), führt Mill jedoch en passant, „um einen Extremfall zu konstruieren“ (ibid.), eine technische Änderung ein. Er spricht von „Methoden . . . , mit denen ohne den Einsatz von Anlagekapital und ohne den Verbrauch von Saatgut oder anderer Rohstoffe . . . dieselbe Menge Produkt erreicht werden kann“, und schließt:

Wir können also nicht umhin, den Schluß zu ziehen, daß Ricardos Theorie einen Mangel aufweist: daß nämlich die Profitrate *nicht* ausschließlich von dem Wert der Löhne in seiner Definition abhängig ist, nämlich von der Menge Arbeit, deren Produkt die Löhne des Arbeiters sind; daß sie *nicht* ausschließlich von den proportionalen Löhnen abhängig ist, von dem Anteil, den die Arbeiter zusammen an dem Gesamtprodukt haben oder von dem Verhältnis zwischen dem Lohn eines einzelnen Arbeiters und dem Ertrag seiner individuellen Arbeit. – So weit waren also jene politischen Ökonomen im Recht, die nie mit Ricardos Lehre übereingestimmt haben . . . (Ibid., S. 127)

Diese Kritik entbehrt jeder Grundlage, denn selbstverständlich war Ricardo bewußt, daß technischer Fortschritt in der Produktion von Lohngütern bzw. in der Erzeugung von darin direkt oder indirekt eingesetzten Produktionsmitteln für gegebenen Reallohnsatz zu einem Anstieg der Profitrate führt. Mill ist die Frage nach der Abhängigkeit der Profitrate vom Reallohnsatz für eine *gegebene Technik* unter der Hand zur Frage nach der Abhängigkeit der Profitrate von der Technik für einen *gegebenen Reallohnsatz* geworden.⁵

Ricardos Profittheorie mag richtig oder falsch sein, aber die von Mill vorgenommene Berichtigung derselben läuft ins Leere. Der vorgenommenen „geringfügigen Änderung“ der Ricardoschen Lehre, um diese „vollkommen richtig werden zu lassen“, bedarf es nicht, – im Gegenteil: sie läßt diese falsch werden. Mills Begrün-

⁴ Vgl. hierzu Marx, der kommentiert: „Übrigens ist diese ganze Variation in der Profitrate nur scheinbar und nur ein transfer von einem Rechnungsbuch in das andre“; und: „Dieses Sparen auf frühere Profite, wenn es nicht mit Sparen von Arbeitszeit, also auch mit Sparen von Arbeitslohn zusammenfällt, daher bloße delusion“ (Marx, 1968, S. 212 und S. 214; vgl. auch S. 194).

⁵ Am Rande sei erwähnt, daß Mill mit seinem Argument das Marxsche Konzept des „relativen Mehrwerts“ antizipiert.

derung offenbart ein Mißverständnis: „Es ist also möglich, daß ein Gut das Produkt derselben Arbeit ist wie zuvor und daß sich dennoch die Produktionskosten des Gutes verringern, wenn nämlich irgendein Teil der Profite, die der letzte Produzent dem vorangehenden Produzenten erstatten muß, eingespart werden kann“ (ibid., S. 127). Wenn Profite, die bislang an die Lieferanten der Vorleistungen geflossen sind, jetzt vom Weiterverarbeiter eingestrichen werden, dann ändert das – wie bereits gesagt – an der *Gesamtsumme* der Profite nichts, es kommt lediglich zu einem Austausch zwischen verschiedenen Produzenten. Infolgedessen kann auch die normale Profitrate ohne technologische Änderungen nicht steigen, wie Mill annimmt. Er vermerkt den Verteilungszusammenhang für *gegebene* technische Verhältnisse mit einer Änderung dieses Zusammenhangs infolge sich *ändernder* technischer Verhältnisse. Was das zweite Problem anbelangt, so wiederholt er lediglich Einsichten, die wir bereits bei Ricardo antreffen.

Mill schließt seine Betrachtung mit einer Formulierung des „Profitgesetzes“, die den Anspruch erhebt, auf alle Fälle anwendbar zu sein: „Die einzige allem Anschein nach richtige Formulierung des Profitgesetzes lautet, daß die Gewinne abhängig sind von den Produktionskosten der Löhne. Dies muß als das zugrunde liegende Prinzip anerkannt werden“ (ibid., S. 130). Bei Ricardo lesen wir, die Profitrate hänge vom Reallohnsatz ab und von den Bedingungen der Produktion in jenen Sektoren der Wirtschaft, die direkt oder indirekt an der Produktion der Lohngüter beteiligt sind (vgl. *Ricardo, Works*, Bd. I, S. 132 f.).

Der junge Mill hatte sich an der großen Aufgabe erproben wollen, Ricardos Wert- und Distributionstheorie zu präzisieren und, wo nötig, zu korrigieren. Dies war ein löbliches Unterfangen, dem gewiß das prinzipielle Wohlwollen seines Vaters James sicher war. Daß John Stuart dabei Mißverständnisse unterlaufen würden und er gelegentlich mit vorschnellen Urteilen aufwarten würde, sollte angesichts seines Alters einerseits und der Schwierigkeit der Materie andererseits nicht sonderlich überraschen. An dieser Materie hatten sich weit erfahrenere Ökonomen versucht, mit, wie wir wissen, dürftigem Erfolg. Wie jedoch steht es um die Urteilskraft des Autors der *Principles of Political Economy with Some of Their Applications to Social Philosophy* in wert- und verteilungstheoretischer Hinsicht?

V. Die *Principles of Political Economy*

Eine der Hauptaussagen der erstmalig 1848 veröffentlichten *Principles* lautet:

Unlike the laws of Production, those of Distribution are partly of human institution: since the manner in which wealth is distributed in any given society, depends on the statutes or usages therein obtaining. (*Mill*, [1848] 1965, S. 21)

Während die Produktion ausschließlich den „physical laws of nature“ unterliege, existiere in der Verteilungsfrage ein Freiheitsgrad. Dieser könne innerhalb gewisser Grenzen, die in den *Principles* untersucht werden sollen, von Regierungen

bzw. Nationen vermittels der Einrichtung bestimmter Institutionen besetzt werden. Wir unterstellen im folgenden mit Mill zunächst die Existenz eines derartigen Freiheitsgrades und damit die Möglichkeit der Veränderung der Einkommensverteilung, d. h. der Profitrate und des Reallohnsatzes, ohne daß dies notwendigerweise Rückwirkungen auf die Produktion hat. Derartige Rückwirkungen (insbesondere über das Problem der Technikwahl kostenminimierender Produzenten) werden damit nicht grundsätzlich ausgeschlossen, sondern an dieser Stelle, Mill folgend, nur zurückgestellt.

Die Millschen Vorstellungen zur Verteilungstheorie finden sich vor allem, aber nicht nur in Buch II, „Distribution“. Der Zusammenhang von Wert und Verteilung wird in Buch III, „Exchange“, und dort vor allem in den Kapiteln III–VI erörtert. Wir konzentrieren uns hier vor allem auf Kapitel XV von Buch II, „Of Profits“.

1. Zur Abstinenztheorie des Profits

Mill beginnt das Kapitel im ersten Abschnitt mit der Feststellung, daß die Bruttoprofitrate der verbleibende Teil der Erlöse seien, die dem Eigentümer des Fonds, aus dem die Löhne gezahlt werden, übrigbleibt. Die Nettoprofitrate ergeben sich dann, indem man von den Bruttoprofiten eine Risikoprämie und ein für die Leitung des Unternehmens zu zahlendes Einkommen abzieht. Wir sehen im folgenden von diesen beiden Komponenten ab. Der (Netto-) Profit, so will es scheinen, wird daher wie im vierten *Essay* als Residuum begriffen, dessen Erklärung ganz in der Erklärung der Höhe der gezahlten Löhne ruht: Sind letztere bestimmt, so liegt für gegebene technische Bedingungen der Produktion auch der Profit fest. Soweit scheint alles beim alten zu sein. Aber bereits im nächsten Abschnitt wird deutlich, daß Mill nicht länger an seiner früheren asymmetrischen Sicht des Distributionsproblems festhält:

As the wages of the labourer are the remuneration of labour, so the profits of the capitalist are properly, according to Mr. Senior's well-chosen expression, the remuneration of abstinence. They are what he gains by forbearing to consume his capital for his own uses, and allowing it to be consumed by productive labourers for their uses. For this forbearance he requires a compensation. (Ibid.)

Der Kapitalist mag eine Vergütung verlangen, aber wird er sie auch erhalten, und warum?

Mill schlägt sich ganz auf die Seite der Seniorschen Profiterklärung, modifiziert sie indes in einer bedeutenden Hinsicht. Bei Senior bezog sich das „Opfer“ der Abstinenz auf die Bildung von Kapital, d. h. die Ersparnis (und Investition). Wer spart, verbraucht nicht sein gesamtes Einkommen konsumtiv und nimmt auf diese Weise ein Opfer auf sich. Was aber, wenn es sich um bereits gebildetes Kapital handelt, welches z. B. auf einen Erben übergeht? Auch letzterer erhält ein Einkommen, was Senior zufolge jedoch nicht Profit darstellt, sondern Rente. Profit gibt es

seiner Sicht zufolge nur, wenn und weil netto gespart wird. Mill bezieht die Abstinenz im Unterschied zu Senior nicht auf die Ersparnis, sondern auf das Kapital. Im Profit werde der Verzicht auf den Konsum des existierenden Kapitals seitens seines Eigentümers vergütet. Wer sein Kapital erhält, der beschäftigt „produktive“ Arbeiter. Die aus dem Kapital für letztere vorgeschossenen Löhne werden von diesen zwar ganz oder zum größeren Teil konsumtiv verwendet – „produktiv konsumiert“ –, aber in der Zeit ihrer Beschäftigung erzeugen diese Arbeiter Waren, deren Verkauf dem Kapitaleigner unter normalen Bedingungen nicht nur die Löhne und sonstigen Vorschüsse zurückerstattet, d. h. das Kapital zu erhalten erlaubt, sondern ihm darüber hinaus noch einen Profit abwirft.⁶ Über das Maß der Profitrate sagt Mill: „The remuneration which is obtained in any country for mere abstinence, is measured by the current rate of interest on the best security“ (ibid., S. 400 f.).

Die Abstinenztheorie ist von Beginn ihrer Existenz an scharf attackiert worden. Nicht nur sozialistisch gesinnte Autoren warfen ihren Vertretern leicht durchschaubare apologetische Absichten vor. In einem langen Besprechungsaufsatz von Seniors *Political Economy* aus dem Jahr 1836 wendet Hermann gegen Seniors Konzept der Abstinenz ein, „daß dem Käufer eines Products die *Enthaltbarkeit* des Capitalisten ebenso gleichgültig ist, als die Bemühung des Arbeiters. Ihm liegt lediglich daran, daß in Folge jener Abstinenz er . . . etwas Brauchbares erhalte, das er, weil es nicht überall zu haben ist, vergilt.“ Hermann fügt hinzu: „Diese *objektive* Mitwirkung des Kapitals bey der Production, nicht die *subjective* Abstinenz des Kapitalisten, vergilt man im Gewinn“ (Hermann, 1836, S. 222 f.; Hervorhebungen hinzugefügt). Im Hermannschen Argument wirft die spätere Grenzproduktivitätstheorie ihren Schatten voraus. Von anderen Autoren, darunter Eugen von Böhm-Bawerk, wird eingewandt, daß auf diese Weise nicht die konkurrenzwirtschaftliche, d. h. tendenziell einheitliche Profitrate erklärt werden könne, da es keinen Grund zur Annahme gebe, daß der Profit als eine Art „Lohn der Enthaltung“ proportional zum Opfer (Ersparnis bzw. Kapital) ist. Schließlich, so ein weiterer in der Literatur anzutreffender Einwand, unterliege das Argument einem Zirkelschluß, da die Größe der Abstinenz nur über den Gesamtwert der nicht verbrauchten Konsumgüter erfaßt werden könne. Dies bedeutet indes, daß die Werte der Konsumgüter als bereits bekannt vorausgesetzt werden müssen, obgleich sie doch erst unter Rückgriff auf die auf die Abstinenz zurückgehenden Wertanteile bestimmt werden sollen.

Die Abstinenztheorie ist in ihren beiden ursprünglichen Varianten, der von Senior bzw. Mill vertretenen, nicht sehr erfolgreich gewesen. Ein ihr zugrundeliegendes Moment hat indes in verschiedenerlei Gestalt Eingang in zinstheoretische Erklärungen gefunden. Das fragliche Moment betrifft die Vorstellung, daß jemand, der sein Vermögen nicht aufbraucht, deshalb eine Belohnung verdient, weil allen

⁶ Würde der Kapitaleigner hingegen seinen gesamten Profit verbrauchen und darüber hinaus weitere „unproduktive“ Arbeiter (Diener, Köche usw.) beschäftigen, dann käme es im Ausmaß der aus dem Kapital gezahlten Löhne zu „unproduktivem Konsum“ und damit zu einem Verzehr von Kapital.

Menschen eine mehr oder weniger große Zeitpräferenz im Konsum zu eigen sei. Eine schwache Andeutung in dieser Richtung findet sich bereits bei Mill, wenn er schreibt, daß der Zinssatz den relativen Wert messe, der in einer gegebenen Gesellschaft „auf Gegenwart und Zukunft gelegt wird“ (vgl. *Mill*, [1848] 1965, S. 402). *Mark Blaug* (1997, S. 187) hat darauf aufmerksam gemacht, daß es sich bei der Abstinenztheorie des Zinses um einen Versuch handelt, zu erklären, warum Kapital „knapp“, und hierüber, warum der Zinssatz positiv ist.⁷ Die Abstinenztheorie kann demnach als Unterfall der Knappheitstheorie des Zinses gedeutet werden.

Mill ist sich der Gebrechen der Abstinenztheorie anscheinend nicht bewußt. Ihm scheint auch nicht klar zu sein, daß die Einführung dieser Variante der Knappheitstheorie des Profits im Widerspruch zu seiner vordem vertretenen Surplusstheorie steht. Er verläßt, ohne es selbst zu merken, den klassischen Boden und begibt sich auf Neuland. Seine Erfolge bei der Vermessung desselben sind jedoch recht bescheiden und den Leistungen anderer Autoren unterlegen.⁸

Im zweiten Abschnitt befaßt sich Mill mit der Frage nach der Untergrenze, unter die die Profitrate nicht fallen kann. Diese Untergrenze werde durch die Summe der Untergrenzen der drei die Bruttoprofitrate konstituierenden Komponenten festgelegt. Dies bedeutet insbesondere mit Blick auf die Abstinenzkomponente: „it must afford such an equivalent to the owner of the capital for forbearing to consume it, as is then and there a sufficient motive to him to persist in his abstinence.“ Mill fügt hinzu: „How much will be required to form this equivalent, depends on the comparative value placed, in the given society, upon the present and the future: (in the words formerly used) on the strength of the effective desire of accumulation“ (ibid., S. 402). Die Abstinenzkomponente, so Mill, sei eine „äußerst variable“ Größe, „[which] differs widely in different states of society and civilization“ (ibid.). Angesichts dieser Ausführungen kommt man wohl nicht umhin, der Abstinenztheorie im Millschen Werk lediglich den Status einer rhetorischen Formel ohne harten analytischen Kern zuzubilligen.

Im dritten Abschnitt befaßt sich Mill mit den Gründen für anhaltende Profitratendifferentiale und verweist u. a. auf die Tatsache der unterschiedlichen Risikoträchtigkeit verschiedener Gewerbe. Seine Analyse geht nicht über das hinaus, was man bereits in Smiths *Wealth of Nations* findet (siehe *Smith*, [1776] 1976, Buch I, Kap. X; vgl. hierzu auch *Kurz und Salvadori*, 1995, Kap. 11). Ähnliches läßt sich über die im vierten Abschnitt behandelte Tendenz zur Einheitlichkeit der Nettoprofitrate sagen. Mill folgt *Ricardo* (*Works*, Bd. I, S. 89–91) darin, daß ein entwickeltes Geld- und Kreditsystem diese Tendenz unterstützt.

⁷ Er unterstellt jedoch unzutreffenderweise, daß jegliche Zinstheorie auf die „Knappheit des Kapitals“ zurückverweise. In einem trivialen Sinn ist dies zutreffend. Wie jedoch bereits Mills ursprüngliche, an Ricardo angelehnte Profittheorie belegt, gilt dies für die surplusstheoretische Erklärung nicht.

⁸ Zu nennen sind u. a. die beiden deutschen Ökonomen Friedrich Benedikt Wilhelm Hermann und Johann Heinrich von Thünen; vgl. *Kurz* (1998a, Teil IV).

Nach diesen Vorüberlegungen wendet sich Mill, beginnend mit dem fünften Abschnitt, der Frage nach der Höhe der allgemeinen Profitrate zu.⁹

2. Die Bestimmungsgründe der Profitrate

Eingangs setzt sich Mill mit einer verbreiteten Fehlmeinung über die Faktoren, die das Niveau der „üblichen“ oder normalen Profitrate bestimmen, auseinander: „To popular apprehension it seems as if the profits of business depended upon prices. A producer or dealer seems to obtain his profits by selling his commodity for more than it cost him. Profit, altogether, people are apt to think, is a consequence of purchase and sale. . . . Demand – customers – a market for the commodity, are the cause of the gains of capitalists“ (ibid., S. 410). Mill wendet dagegen ein: „This, however, is looking only at the *outside surface of the economical machinery of society*“, und fährt fort:

The cause of profit is, that labour produces more than is required for its support. The reason why agricultural capital yields a profit, is because human beings can grow more food, than is necessary to feed them while it is being grown, including the time occupied in constructing the tools, and making all other needful preparations. . . . We thus see that profit arises, not from the incident of exchange, but from the productive power of labour; and the general profit of the country is always what the productive power of labour makes it, whether any exchange takes place or not. (Ibid., S. 411; Hervorhebungen hinzugefügt)

Wir haben, so scheint es jedenfalls, die Welt Seniors wieder verlassen und sind in diejenige Ricardos zurückgekehrt. Sollten die Arbeiter eines Landes – so Mills Begründung seiner Aussage, daß die Profite nicht von den Preisen der Waren abhängen – zwanzig Prozent mehr an Unterhaltungsmitteln erzeugen, als ihre Löhne ausmachen, „profits will be twenty per cent, whatever prices may or may not be“ (ibid.). Wer glaubt, durch einen Blick auf den Tausch bzw. den Kauf und Verkauf oder die Nachfrage und den Markt Aufschluß über die Ursache des Profits zu erhalten, erliege dem Schein der Dinge und übersehe deren Wesen. Wie es bei Ricardo geheißen hatte: „the great questions of Rent, Wages and Profits . . . are not essentially connected with the doctrine of value“ (*Works*, Bd. VIII, S. 194). Und wie es später bei Marx heißen sollte: Der Profit entsteht in der Produktions-, nicht in der Zirkulationssphäre.

Die Millsche Formulierung steht in Widerspruch zu seinen sonstigen, an Ricardo angelehnten Formulierungen, wonach die Produktion im allgemeinen ein zeitraubender, mehrere Stufen umfassender Prozeß ist. Im obigen Zitat ist von Werkzeugen die Rede, die auf vorgelagerten Produktionsstufen erzeugt worden sind, um dann in der Getreideproduktion eingesetzt zu werden. Mills Beispiel erinnert insofern an die Argumentation Ricardos im *Essay on Profits* (vgl. *Works*, Bd. IV, S. 9–41), als alle Kapitalvorschüsse in der Produktion des repräsentativen Unter-

⁹ Im folgenden ist immer die Nettoprofitrate gemeint, wenn von der Profitrate die Rede ist.

haltsmittels, Getreide, in Getreideeinheiten gemessen werden und die Profitrate infolgedessen über einen reinen Mengenvergleich dargestellt wird. Dies bedeutet nicht, daß das Kapital ausschließlich aus Getreide besteht, sondern nur, daß es in Getreideeinheiten ausgedrückt wird. Das Austauschverhältnis zwischen Werkzeug und Getreide wird als bereits bekannt vorausgesetzt.

Wir können dem zur Diskussion stehenden Sachverhalt schärfere Konturen geben, indem wir Mills Argument für den Fall überprüfen, in dem es nur ein Werkzeug gibt, das der Einfachheit halber als zirkulierendes Kapitalgut konzipiert ist. Wir haben es mit anderen Worten mit einer „Kornökonomie“ zu tun, in der Korn mittels eines Werkzeugs produziert wird. Das Werkzeug seinerseits werde annahmegemäß direkt von Arbeit, ohne Mithilfe von Gerätschaften, hergestellt. In diesem Fall gibt es nur zwei Produktionsstufen: Auf der vorgelagerten Stufe werden mittels L_{-1} Stunden Werkzeuge erzeugt, die dann auf der sich anschließenden Stufe unter Anwendung von L_0 Stunden in die Menge Q an Getreide transformiert werden. Wir unterstellen der Einfachheit halber, daß die Dauer der Produktionsprozesse auf den beiden Stufen gleich lang ist, d. h. gehen von einheitlichen Produktionsperioden aus. Drücken wir die Löhne und alle anderen Wertgrößen in Getreideeinheiten aus, so erhalten wir folgende Gleichung, die den Wert des erzeugten Getreides auf datierte Arbeitsmengen zurückführt:

$$(1) \quad Q = (1+r)wL_0 + (1+r)^2wL_{-1} ,$$

mit w als Getreidelohnsatz und r als Profitrate.¹⁰ Wir können auch schreiben

$$Q = wL + rwL_0 + r(2+r)wL_{-1}$$

bzw.

$$(2) \quad Q = wL + rK = W + P ,$$

mit

$$(3) \quad L = L_0 + L_{-1}$$

und mit

$$(4) \quad K = w[L_0 + (2+r)L_{-1}] = wL + (1+r)wL_{-1} .$$

Bei wL_{-1} handelt es sich offenbar um den Lohnfonds der „ersten Stufe“ und bei $K = wL_0 + (2+r)wL_{-1}$ um den gesamten Kapitalfonds bzw. -vorschuß der „zweiten Stufe“. In einer wohlproportionierten stationären Wirtschaft, in der peri-

¹⁰ Die Behandlung der Löhne als vorgeschossenes Kapital bedeutet, daß sie *ante factum*, d. h. zu Beginn der jeweiligen Produktionsperiode gezahlt und entsprechend aufgezinset werden.

odisch die verbrauchten Werkzeuge und das Lohnkapital gerade reproduziert werden, stellt K den Wert des gesamtwirtschaftlichen periodischen Kapitalvorschusses dar. W und P bezeichnen die insgesamt gezahlten Löhne bzw. Profite.

Gleichung (1) ist für gegebene produktionstechnische Verhältnisse eine Gleichung in zwei Unbekannten, w und r . Unterstellt man einen gegebenen Reallohnsatz, dann erlaubt diese Gleichung die Bestimmung der Profitrate. Die obige Reduktionsgleichung legt jedoch für gegebenen Reallohnsatz auch das Preisverhältnis zwischen den hergestellten Werkzeugen und dem Getreideoutput fest. Da der Preis der Werkzeuge gleich $(1+r)wL_{-1}$ ist, ergibt sich für das Preisverhältnis $(1+r)wL_{-1}/Q$.

Mill ist offenbar nicht klar, daß Profitrate und relative Preise *simultan* festliegen, sobald der Reallohnsatz in einem gegebenen System der Produktion fixiert wird. Er spezifiziert auch die Profitrate falsch. Gemäß Gleichung (2) gilt

$$(5) \quad r = \frac{Q - wL}{K} .$$

Mill hingegen behauptet, daß die Profitrate gleich dem Überschuß des Outputs über die Löhne im Verhältnis zu den Löhnen ist, d. h. gleich $m = (Q - wL)/wL$. Ausgehend von diesem Ausdruck erhält man jedoch

$$(6) \quad m = \frac{Q - wL}{wL} = r \left[1 + \frac{(1+r)L_{-1}}{L} \right] .$$

Mills Spezifikation wäre offenbar nur dann richtig, wenn es keine vorgelagerte Produktionsstufe gäbe, d. h. $L_{-1} = 0$ ist. In diesem Fall wäre $m = r$. Dies ist jedoch nur dann der Fall, wenn es nur Lohnkapital, aber keine Werkzeuge gibt. Marxens Vorwurf, Mill verwechsle *Mehrwert-* und *Profitrate*, ist daher begründet (vgl. Marx, 1968, S. 191). Tatsächlich gilt Mills Beispielsrechnung nur dann, wenn es, in Marxscher Begrifflichkeit, nur „variables“, aber kein „konstantes“ Kapital (Arbeitsgegenstände und Arbeitsmittel) gibt. In diesem Fall ist das Verhältnis von gesamtwirtschaftlichen Profiten zu Löhnen gleich der Profitrate.¹¹

Mill bietet dem Leser noch eine andere „Form des Theorems“ an. Während er die Profitrate zunächst auf der Grundlage einer Getreiderechnung dargestellt hat, schlägt er jetzt – als Alternative hierzu – eine Arbeits(zeit)rechnung vor:

the reason why capital yields a profit, is because food, clothing, materials, and tools, last longer than the time which was required to produce them; so that if a capitalist supplies a

¹¹ Mills Schnitzer sprechen, wie Marx (ibid., S. 190) anmerkt, „an und für sich nicht sehr vorteilhaft für sein Verständnis der Ricardoschen Theorie, die er zu lehren vorgibt.“ Die „Wegunterstellung“ des konstanten Kapitals kommentiert Marx wie folgt: „Damit hat Herr Mill also, um den Ricardo zu rechtfertigen, seine Grundanschauung aufgegeben und ist tief hinter Ricardo, A. Smith und die Physiokraten zurückgefallen“ (ibid., S. 200).

party of labourers with these things, on condition of receiving all they produce, they will, in addition to reproducing their own necessaries and instruments, have a portion of their time remaining, to work for the capitalist. (Ibid., p. 411)

Die Millsche Schlußsentenz erinnert an das Marxsche Konzept der „Mehrarbeit“. Allerdings sollte beachtet werden, daß die Millsche Ermittlung der vom Arbeiter für den Profit des Kapitalisten geleisteten Arbeit Unfug ist. Letztere ist nicht gleich der Differenz zwischen der Summe der (durchschnittlichen) Lebensdauern der Lohngüter und jener Arbeitszeit, die direkt und indirekt in die Erzeugung der Lohngüter eingeht, sondern sie ist gleich der Differenz zwischen der Gesamtarbeitszeit des Arbeiters und der zweitgenannten Größe.

3. Lohnsatz und Profitrate

Die Abschnitte 6 und 7 des Kapitels dienen der Ergänzung und Präzisierung des Gesagten. Im sechsten Abschnitt wiederholt Mill eingangs die seinen Ausführungen zugrundeliegende Annahme, „that the capitalist advances the whole expenses, including the entire remuneration of the labourer“ (ibid., S. 411). Diese Annahme sei indes nur für die Subsistenzkomponente der Löhne zwingend. Da die Löhne der Arbeiter diese Komponente jedoch übertreffen können, sei der Arbeiter grundsätzlich imstande, selbst Fonds anzuhäufen. Insofern sei der Arbeiter „wirklich ein Kapitalist“, und ein Teil seiner Einkünfte bestehe aus am Ende der Produktionsperiode anfallenden Zinsen bzw. Profiten. Mill entscheidet sich indes für die einheitliche Behandlung der Löhne und unterstellt *ante factum*-Zahlung.

Worin also bestehen die vom Kapitalisten getätigten Vorschüsse? Mill unterstellt der Einfachheit halber, daß es sich beim Boden bester Qualität um ein freies Gut handelt, so daß keinerlei Rente gezahlt wird. Letztere scheidet mithin als Vorschuß aus. Was verbleibt? Einzig und allein die Löhne, so seine Antwort: Die gesamten Vorschüsse lassen sich auf Löhne zurückführen. Zur Untermauerung seiner These betrachtet Mill den bereits aus dem *Essay* bekannten Fall einer vollständig vertikal integrierten Unternehmung – er spricht von „a type of the productive industry of the whole country“ (ibid., S. 412). Bei allen in der Unternehmung verwendeten produzierten Produktionsmitteln, wie Rohmaterialien, Werkzeugen und Gebäuden, handele es sich um selbsterstellte Stoffe bzw. Anlagen, deren Produktionskosten letztlich nur aus Löhnen bestehen. Würden einige dieser Produktionsmittel statt dessen von anderen Firmen gekauft, so müßten in den Preisen auch die Profite der Lieferanten enthalten sein. Mill bestreitet dies nicht, fügt lediglich hinzu, daß der fragliche Profit von der vertikal integrierten Firma selbst eingestrichen werde, und insistiert:

The fact, however, remains, that in the whole process of production, beginning with the materials and tools, and ending with the finished product, all the advances have consisted in nothing but wages; except that certain of the capitalists concerned have, for the sake of general convenience, had their share of profit paid to them before the operation was com-

pleted. Whatever, of the ultimate product, is not profit, is repayment of wages. (Ibid., S. 412)

Die Gleichungen (1) und (2) formalisieren für den äußerst einfachen Fall einer nur zweistufigen Produktion mit ausschließlich Einzelproduktion das Gesagte. Mill hat, wie auch seine sonstigen Ausführungen in der Sache belegen¹², seit dem *Essay* diesbezüglich nichts dazugelernt.

Im siebten Abschnitt versucht Mill zu präzisieren, wovon die Höhe der Profitrate abhängt. Er schreibt:

It thus appears that the two elements on which, and which alone, the gains of the capitalists depend, are, first, the magnitude of the produce, in other words, the productive power of labour; and secondly, the proportion of that produce obtained by the labourers themselves; the ratio, which the remuneration of the labourers bears to the amount they produce. These two things form the data for determining the gross amount divided as profit among all the capitalists of the country (ibid., S. 413).

Übersetzt in die Notation unseres kleinen Modells, lautet Mills Aussage: die Profite hängen ab von Q/L sowie von W/Q . Aus (2) erhalten wir $P = Q - W = qL - \omega Q$, mit $q = Q/L$ als der gesamtwirtschaftlichen (Netto-)Arbeitsproduktivität und $\omega = W/Q$ als der Lohnquote. Viel ist damit nicht gewonnen. Mill fährt fort:

but the *rate* of profit, the percentage on the capital, depends only on the second of the two elements, the labourer's proportional share, and not on the amount to be shared. (Ibid.)

Diese Aussage ist offenbar nur dann richtig, wenn Mills Definition der Profitrate, wie sie Gleichung (6) wiedergibt, gilt. Wir können dann schreiben $m = (1 - \omega)/\omega$. Aber dieser Spezialfall ist, wie gesehen, nicht derjenige, den Mill mit seiner Erörterung erfassen wollte. Er wollte eine allgemeine(re) Bestimmung der Profitrate vorlegen – eine, die nicht auf den Fall beschränkt ist, in dem die Produktion ohne jegliche produzierte Produktionsmittel erfolgt. Ein solcher allgemeinerer Fall mit zwei Produktionsstufen führt zu Gleichung (5), die umgeformt werden kann zu

$$(7) \quad r = \frac{q - w}{k} = \frac{q(1 - \omega)}{k},$$

mit $k = K/L$.¹³ Es zeigt sich, daß die Profitrate von drei Größen abhängt: erstens der gesamtwirtschaftlichen Arbeitsproduktivität q , zweitens der Lohnquote und drittens dem Verhältnis des Wertes des vorgeschossenen Kapitals zur Gesamt-

¹² Vgl. insbesondere die neuerliche Diskussion der Reduzierbarkeit der Kosten auf Löhne sowie der Verhältnisse im Fall einer vertikal integrierten Unternehmung (ibid., S. 477 ff.).

¹³ Es sollte dem Leser nicht schwerfallen, das Argument auf den Fall mit $n(n > 2)$ Produktionsstufen zu erweitern. Der Fall mehrerer Endprodukte in einem System unidirektionaler Produktionsprozesse wird u. a. behandelt in *Kurz und Salvadori* (1995, Kap. 6 und 14).

beschäftigung k . Letztere Größe ist nicht unabhängig vom Reallohnsatz und der zeitlichen Struktur des Arbeitseinsatzes in der Getreideerzeugung, d. h. der Aufteilung von L auf L_{-1} und L_0 (vgl. Gleichung (4)).

Wir lesen weiter: „We thus arrive at the conclusion of Ricardo and others, that the rate of profit depends on wages; rising as wages fall, and falling as wages rise“ (ibid.). Es sei jedoch – ganz im Sinne Ricardos – eine Korrektur dieser Formulierung nötig, indem man statt auf die Löhne auf die „*cost of labour*“ abstellt. Mill erläutert: „Wages, and the cost of labour, or what labour brings in to the labourer, and what it costs to the capitalist, are ideas quite distinct, and which it is of the utmost importance to keep so.“ Zunächst ist nicht klar, was wirklich gemeint ist. Mill sieht die Notwendigkeit, den Unterschied zwischen Löhnen und „Kosten der Arbeit“ genauer zu fassen. Er behauptet, hohe Löhne und hohe Kosten der Arbeit gingen nicht miteinander einher. „The reverse of this would be oftener the truth: the cost of labour is frequently at its highest where wages are lowest“ (ibid.). Dies sei aus zweierlei Gründen möglich. Der erste Grund betreffe die Effizienz, mit der gearbeitet wird. So seien in manchen Ländern zwar die Löhne niedrig, aber wegen niedriger Arbeitsproduktivität seien die Kosten der Arbeit dennoch hoch. Der zweite Grund betreffe die Kosten der Produktion der Lohngüter. Seien letztere niedrig, „wages, in the sense which is of importance to the labourer, may be high, and yet the cost of labour may be low“ (ibid., S. 414). Mill schließt:

The cost of labour, then, is, in the language of mathematics, a function of three variables: the efficiency of labour; the wages of labour (meaning thereby the real reward of the labourer); and the greater or less cost at which the articles composing the real reward can be produced or procured. . . . These, therefore, are also the circumstances which determine the rate of profit; and it cannot be in any way affected except through one or other of them. (Ibid.)

Zur Vermeidung möglicher Mißverständnisse sei wiederholt, was sich bereits bei Ricardo findet: Die Profitrate hängt ab vom Reallohnsatz sowie den technischen Bedingungen der Produktion in den Lohngüterindustrien („*necessaries*“) sowie den diese Industrien direkt und indirekt beliefernden Produktionsmittelindustrien. Die technischen Bedingungen der Produktion in den sogenannten „*Luxusgüterindustrien*“ sowie den diesen vorgelagerten Industrien spielen für die Höhe der Profitrate indes keine Rolle.

4. Cairnes' Kritik an der Millschen Verteilungs- und Werttheorie

Cairnes hat in *Some Leading Principles of Political Economy Newly Expounded* (1874) Mills Ausführungen scharf kritisiert. Er warf Mill insbesondere vor, zwei ihrer Natur nach unterschiedliche, wenn nicht sogar antithetische Dinge zu vermengen – mit höchst schädlichen Folgen für Mills praktische Schlußfolgerungen. Gemeint sind die in Kauf zu nehmenden „Opfer“ einerseits und die Vergütung der erbrachten Leistungen andererseits. Mill werfe die beiden zusammen, wenn er

sagt, daß die Opfer ihre Entsprechung in den gezahlten Löhnen und Profiten finden, d. h. jenen Einkommen, mit denen die Leistungen vergütet werden.

Sollte Mills Analyse akzeptiert werden, dann ist der Schluß unausweichlich, daß die Kosten der Erzeugung einer gegebenen Menge von Waren für die Industrie als Ganze nicht geändert werden können, wie groß auch immer die Fortschritte in den verwendeten Produktionsmethoden sein mögen. Denn die „Kosten“ der Erzeugung einer Tonne Eisen (oder eines Hektoliters Wein) betragen immer gerade eine Tonne Eisen (bzw. einen Hektoliter Wein) – egal, wie sehr sich die Produktionsmethoden verbessern. Nehmen wir z. B. an, die Produktivität einer Industrie steige, so daß nur noch die Hälfte der zuvor benötigten Mengen an Arbeit und „Abstinenz“ erforderlich sind, um die gleiche Produktmenge zu erzeugen. Das Nationaleinkommen, d. h. der Fonds, aus dem die Löhne und Profite gezahlt werden, verändert sich daher nicht. Die Löhne und Profite in Effizienzeinheiten würden genau in dem Ausmaß des Anstiegs der Produktivität der Industrie steigen. Infolgedessen blieben die Produktionskosten einer Einheit des Produkts genau die gleichen wie vorher. Es würden zwar weniger Arbeit und Abstinenz eingesetzt werden, aber diese geringeren Mengen würden höher bezahlt werden, weshalb die Produktionskosten der Ware unverändert blieben. Die Schlußfolgerung lautet, daß sich die Produktionskosten unter keinen Umständen ändern könnten und immer und überall die gleichen bleiben müßten. Infolgedessen könnten sich auch die relativen Preise der Waren niemals ändern.

Diese Überlegungen muten kurios an. Tatsächlich wurde jedoch zur Zeit der Entdeckungen der Goldvorkommen in Kalifornien und Australien unter Berufung auf die Millsche Theorie argumentiert, daß die Kosten der Goldproduktion infolge dieser Entdeckungen nicht gesunken seien. Als Beweis wurde angeführt, daß die Löhne und Profite in der Goldproduktion in dem Umfang gestiegen seien, in dem die in der Erzeugung einer Unze Gold benötigten Mengen an Arbeit und Abstinenz gesunken sind. Denn für jede Unze an gefördertem Gold seien insgesamt immer exakt eine Unze an Gold in Form von Löhnen und Profiten gezahlt worden.

VI. Die Lohnfondstheorie und Mills Widerruf

1. Mills Position in den *Principles*

In den *Principles* vertritt Mill eine Version der u. a. von seinem Vater James Mill, John Ramsay McCulloch and Nassau W. Senior entwickelten Lohnfondstheorie (vgl. auch *Stirati*, 1998). Er begreift den Lohnfonds als Kapital bzw. als Ersparnisse, die seitens der Kapitaleigner zur Beschäftigung von Arbeitskräften verwendet werden. Es sei die Entscheidung der Kapitaleigner und nicht, wie von einigen anderen Vertretern der Lohnfondstheorie behauptet, die Art der aus der Vorperiode stammenden Güter – inwieweit es sich dabei um Lohngüter handelt oder nicht –, die über die Größe des Lohnfonds entscheidet. Sobald die Größe des zur Anheue-

rung von Arbeitskräften verwendeten Kapitals entschieden sei und dieses nachfragewirksam werde, würde für eine gegebene Arbeiterzahl der Reallohnsatz bestimmt. Zwar könne nicht ausgeschlossen werden, daß kurzfristig der Strom an produzierten Lohngütern und der sich ergebende Bedarf daran voneinander abweichen, aber diese Diskrepanz werde durch Anpassungen in der Zusammensetzung der Produktion seitens gewinnorientierter Produzenten relativ geschwind beseitigt.

Mit der Lohnfondstheorie wird dem Kapital der Status eines eigenständigen Produktionsfaktors zugewiesen, dessen *relative Knappheit* – relativ zur Zahl der Arbeitskräfte, die Beschäftigung suchen – die Verteilung bestimmt. Wir können den Zusammenhang wie folgt fassen. Bezeichnen wir den Lohnfonds mit F und die gegebene Arbeiterzahl – das Arbeitsangebot – mit L , so ergibt sich der Reallohnsatz w als

$$(8) \quad w = \frac{F}{L} .$$

Je größer der Lohnfonds, desto höher der Reallohnsatz und desto niedriger *ceteris paribus* die Profitrate. Die Lohnfondstheorie impliziert eine inverse Beziehung zwischen der Beschäftigungsmenge (die gleich der Vollbeschäftigung ist) und dem Reallohnsatz. In graphischer Abbildung erhalten wir eine gleichschenkelige Hyperbel, die umso weiter vom Ursprung entfernt ist, je größer der Lohnfonds ist. Den von Mill zunächst postulierten Freiheitsgrad in der Verteilungsfrage gibt es in der Lohnfondstheorie nicht. Konsistenz der Argumentation ist, wie bereits gesagt, Mills Sache nicht.

Die Lohnfondstheorie kann als krude Vorläuferin der späteren marginalistischen Beschäftigungstheorie begriffen werden. Letztere leitet bekanntlich eine Nachfragefunktion nach Arbeit in Abhängigkeit vom Reallohnsatz aus dem kostenminimierenden Verhalten der Produzenten in einer Situation der vollständigen Konkurrenz ab. Hier wie dort wird die verfügbare „Kapitalmenge“ einerseits und das Arbeitsangebot andererseits jeweils als gegeben betrachtet. Während in der Lohnfondstheorie jedoch das gesamte Kapital aus vorzuschießenden Löhnen besteht und sich daher die Frage nach der Substitution zwischen Arbeit und einem davon getrennten Faktor Kapital nicht stellt, geht die marginalistische Theorie, wie wir ihr beispielsweise bei K. Wicksell oder J. B. Clark begegnen, von zwei Faktoren – Arbeit und (Real-) Kapital – aus, die einander in gewissem Umfang wechselseitig zu ersetzen imstande sind: Je größer unter sonst gleichen Umständen das Arbeitsangebot (die Kapitalausstattung) ist, desto kleiner sind die relative Knappheit des Faktors Arbeit (Kapital) und die Grenzproduktivität dieses Faktors, desto kleiner ist der den Arbeitsmarkt (Kapitalmarkt) räumende Reallohnsatz (Zinssatz), und umgekehrt. Beide Theorien gelangen daher, obgleich auf unterschiedliche Weise, zu einer inversen Beziehung zwischen der relativen Ausstattung der Wirtschaft mit Arbeit und Kapital einerseits und dem Lohn-Zins-Verhältnis andererseits.

2. Mills Widerruf

Die Lohnfondstheorie war in den sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts schweren Angriffen u. a. durch *W. T. Thornton* (1869) ausgesetzt, die Mill zu einem Widerruf seiner früheren Auffassung bewegen (vgl. *Mill*, [1869] 1967).¹⁴ Er schreibt:

The demand for labour consists of the whole of circulating capital of the country, including what is paid in wages for unproductive labour. The supply is the whole labouring population. If the supply is in excess of what the capital can at present employ, wages must fall. If the labourers are all employed, and there is a surplus of capital still unused, wages will rise. This series of deductions is generally received as incontrovertible. They are found, I presume, in every systematic treatise on political economy, my own certainly included. I must plead guilty to having, along with the world in general, accepted the theory without the qualifications and limitations necessary to make it admissible. (*Ibid.*, S. 643)

Seine neue Sicht läßt sich wie folgt kurz zusammenfassen. Der Widerruf bezieht sich auf die Nachfrageseite des Arguments und nicht auf die Angebotsseite. Er konzidiert, daß es einen in der kurzen Frist fix gegebenen „Lohnfonds“ und damit eine unverrückbare Lage der (isoelastischen) Arbeitsnachfragefunktion nicht gebe. Infolgedessen sei der Lohnsatz nicht eindeutig bestimmt. Der sich ergebende Freiheitsgrad lasse innerhalb gewisser Grenzen unterschiedliche Lösungen zu. Welche der Lösungen zum Tragen komme, hänge von der institutionellen Ausgestaltung der betrachteten Wirtschaft, insbesondere vom gewerkschaftlichen Organisationsgrad der Arbeiter ab. Letztere hätten daher Einfluß auf die allgemeine Lohnhöhe, ohne notwendigerweise über ausbedungene höhere Löhne Arbeitslosigkeit zu verursachen.

Im einzelnen argumentiert er wie folgt. Er geht aus von Thorntons Angriff auf die Angebots- und Nachfragetheorie und streicht heraus, daß es keinen Grund zur Annahme gebe, Marktgleichgewichte seien immer eindeutig. Vielmehr gelte in einer nicht geringen Zahl von Fällen: „several prices are consistent with carrying off the whole supply“ (*ibid.*, S. 642). Niedrigere Preise führen Mill zufolge damit nicht notwendigerweise zu einem größeren Absatz bzw. – angesichts der von Unternehmern in der Vergangenheit tatsächlich gemachten entsprechenden Erfahrungen – zu größeren Absatzerwartungen. Für (kurzfristig) gegebene Absatzerwartungen (im Sinne von mengenmäßigen Punkterwartungen) liegt daher die Nachfrage nach Arbeitskräften fest und ist innerhalb gewisser Grenzen, die in Korrespondenz

¹⁴ In der Literatur ist vereinzelt bestritten worden, daß Mill jene Auffassung, der wir in der ersten Auflage der *Principles* begegnen, überhaupt zurückgenommen habe. Andere Kommentatoren wiederum vertreten die Auffassung, daß sein Widerruf ohne bessere theoretische Einsicht ausschließlich aus persönlichen und politischen Motiven erfolgt sei. Obzwar einiges dafür spricht, daß der Aufstieg der Gewerkschaftsbewegung ein bedeutendes historisches Randmoment des Millschen Auffassungswandels darstellte – ohne neue theoretische Überlegungen wäre es zu letzterem wohl nicht gekommen. Dies argumentiert überzeugend *Kurer* (1998), der damit auch die beiden erwähnten Deutungen zurückweist.

zum Bereich zulässiger markträumender Preise zu definieren sind, völlig unabhängig vom Lohnniveau. Unter diesen Bedingungen ist klar, daß der Arbeitsmarkt in Widerspiegelung der Verhältnisse auf den Gütermärkten nicht länger die gewöhnlich unterstellte Eigenschaft aufweist, „that demand increases with cheapness“ (ibid.). Vielmehr sind verschiedene Lohnniveaus mit der gleichen Beschäftigungsmenge vereinbar. Die Implikation für das Konzept des Lohnfonds liegt auf der Hand. Für gegebene Absatzerwartungen und die daraus abgeleitete Nachfrage nach Arbeitskräften hängt die Investitionssumme bzw. der Lohnfonds, den ein Unternehmer anzubieten hat, vom tatsächlich geltenden Lohnsatz ab: je kleiner (größer) der zu zahlende Lohnsatz ist, desto kleiner (größer) ist der Lohnfonds.¹⁵

Wovon hängt nun aber die Höhe des Lohnsatzes in einer gegebenen Wirtschaft ab? Um diese Frage zu beantworten, seien institutionelle Gegebenheiten, die bislang aus der Analyse ausgeklammert worden sind, zu berücksichtigen. Bekanntlich hatte Adam Smith argumentiert, daß die Lohnhöhe von der relativen Stärke der einander gegenüberstehenden Parteien – „masters“ und „workers“ – abhängt. Auf Grund ihrer größeren Zahl, ihrer geringen Mittel, um in Verteilungskonflikten auszuhalten, und des damaligen Verbots von Streiks usw. seien die Arbeiter jedoch im Nachteil, mit der Konsequenz, daß der Lohn unter normalen Umständen auf ein historisch und sozial definiertes Subsistenzniveau gedrückt werde. Mill bestätigt indirekt die Smithsche Sicht für den genannten Fall der Abwesenheit einer wirksamen Interessensvertretung der Arbeiterschaft: In diesem Fall würden die Löhne von Faktoren bestimmt, „which operate strongly against the labourer, and in favour of the employer“. Erst „a close combination among the employed can give them even a chance of successfully contending against the employer“ (ibid., S. 643). Um seine These vom Einfluß der Arbeiter auf die Lohnhöhe zu untermauern, ruft Mill den Extremfall an, in dem alle Arbeiter eines Landes annahmegemäß gewerkschaftlich organisiert sind (ibid., S. 646). Solange die von den Gewerkschaften durchgesetzten Löhne innerhalb der oben genannten Grenzen zu liegen kommen, sei mit keinen nachteiligen Folgen für das Beschäftigungsniveau zu rechnen. Was sich ändert, ist die Verteilung des Einkommens auf Löhne und Profite.

Mit seinem Widerruf der Lohnfondstheorie rückt Mill ein gutes Stück von der von ihm in den *Principles* vertretenen Knappheitstheoretischen Sicht des Verteilungsproblems ab und nähert sich wieder der machttheoretischen Sicht eines Adam Smith an. Die Verteilung wird nicht von einem vorgegebenen Lohnfonds und einem gegebenen Arbeitsangebot bestimmt. Der Lohnfonds ist vielmehr eine *endogene* Größe, die von der geltenden – die Machtbalance der Vertragsparteien auf dem Arbeitsmarkt reflektierenden – Höhe des Lohnsatzes abhängt. Der Lohnsatz ist nicht länger jene Größe, die den Kapital-Arbeits-Markt ins Gleichgewicht bringt. Es gibt keinen Grund zur Annahme, daß Lohnsatz und Beschäftigungs-

¹⁵ Für *Kurer* (1998, S. 525 f.) läuft Mills Auffassungswandel in dieser Hinsicht im Kern auf eine Abkehr vom Bestandskonzept gegebener, aus der Vorperiode stammender Lohngüterquanta und die Hinwendung zu einem Stromkonzept hinaus.

menge einander gegenläufig zugeordnet sind. Für gegebene institutionelle Verhältnisse ist der Lohnsatz als gegeben zu betrachten. Verteilungsfrage und Beschäftigungsfrage, der Lohnfondstheorie zufolge unauflöslich miteinander verbunden, können analytisch getrennt angegangen werden.

VII. Lohnfonds und „Kapitalmenge“ (Exkurs)

In der Lohnfondstheorie deutet sich in höchst kruder Weise ein Dilemma an, das in der späteren marginalistischen Theorie der langen Frist auf einem weit höheren Niveau analytischer Verfeinerung neuerlich virulent werden sollte.¹⁶ Das Problem dieser Theorie bestand darin, daß man neben den Anfangsausstattungen der Wirtschaft mit den originären Faktoren Arbeit und Boden die „Kapitalmenge“ vorzugeben hatte, um Lohnsatz, Rentsatz und den konkurrenzwirtschaftlich einheitlichen Zinssatz knappheits- bzw. grenzproduktivitätstheoretisch zu bestimmen, ohne daß die „Kapitalmenge“ selbst von der erst gesuchten Verteilungslösung abhängt. Das Kapital einer Wirtschaft besteht jedoch im allgemeinen aus heterogenen Gütern. Der Versuch Böhm-Bawerks, diese mittels des Konzepts der „durchschnittlichen Produktionsperiode“ unabhängig von den relativen Preisen und damit von der Einkommensverteilung zu einer skalaren Mengengröße zu aggregieren, war fehlgeschlagen. Knut Wicksell zog daraus den Schluß, die Anfangsausstattung einer Wirtschaft mit Kapital als eine Wertgröße (in Einheiten eines Numeraires, im allgemeinen eines Konsumguts) vorzugeben.¹⁷ Die physische Zusammensetzung des Kapitals war dann Teil der Gleichgewichtslösung des Systems und nicht eines seiner Daten.

Wir können Wicksells Ansatz und dessen Problematik im Rahmen des oben vorgestellten einfachen Modells der Produktion von Getreide mittels eines zeitgestaffelten Prozesses veranschaulichen. Im Unterschied zum obigen Modell und im Einklang mit Wicksell wird jetzt jedoch unterstellt, daß zwischen den Arbeitsmengen auf den beiden Produktionsstufen Substitutionsbeziehungen bestehen. Wir gehen m. a. W. von einer Produktionsfunktion

$$(9) \quad Q = Q(L_0, L_{-1})$$

aus. Bei *ante factum*-Zahlung der Löhne erhalten wir

$$(10) \quad \frac{\partial Q}{\partial L_0} = (1+r)w \quad \text{und} \quad \frac{\partial Q}{\partial L_{-1}} = (1+r)^2w ,$$

¹⁶ Die folgende Überlegung geht auf eine Diskussion des Verfassers mit Ian Steedman zurück, dem an dieser Stelle gedankt sei.

¹⁷ Vgl. hierzu die ausführliche Darstellung der Wicksellschen Kapital- und Verteilungstheorie in *Kurz* (1998b, 2000).

mit r als Zinssatz. Bei linearer Homogenität gilt das Ausschöpfungstheorem

$$(11) \quad Q = \frac{\partial Q}{\partial L_0} L_0 + \frac{\partial Q}{\partial L_{-1}} L_{-1} = (1+r)wL_0 + (1+r)^2 wL_{-1} .$$

Wiederum erhalten wir

$$(12) \quad Q = wL + rK ,$$

mit

$$(13) \quad L = L_0 + L_{-1}$$

und

$$(14) \quad K = w[L_0 + (2+r)L_{-1}] .$$

In einem an die klassische Theorie angelehnten Ansatz bereitet es keine Schwierigkeiten, das Modell zu schließen, indem man w (oder r) von außen vorgibt (vgl. Datum (d) in Abschnitt II). Dies war auch, wie gesehen, das Vorgehen des „klassischen“ Mill, wie wir ihn nennen können, der von einem gegebenen Reallohnsatz ausgegangen ist.

Wicksell schließt das Modell jedoch anders. Er gibt K von außen vor. Was indes bedeutet es in seinem neoklassischen Ansatz, die „Kapitalmenge“ in Gestalt eines in Einheiten eines Numerairegutes (oder -güterbündels) *gegebenen Kapitalwert* vorzugeben – unabhängig von den relativen Preisen der Güter und dem Stand der Einkommensverteilung? Um welche Art von Datum handelt es sich hierbei, das im obigen Modell die Variablen w , r , L_0 und L_{-1} beschränkt? Dies ist völlig unklar. Einer vergleichbaren Unklarheit sind wir in der Lohnfondstheorie begegnet, die die Verteilung durch einen vorgegebenen Lohnfonds F zu bestimmen suchte. Was indes stellt F dar, und kann diese Größe als unabhängig vom Lohnsatz begriffen werden? Der späte Mill hat dies, wie gesehen, bestritten. Es zeigt sich, daß ein von der Lohnfondstheorie nicht gelöstes Problem in der auf dem Grenzproduktivitätsgedanken basierenden Theorie der langen Frist, wie sie – in unterschiedlichen Varianten von Böhm-Bawerk, Wicksell, Clark, Cassel, Marshall und vielen anderen – vertreten worden ist, wiederkehrt – nach wie vor ungelöst und, wie wir heute wissen, nicht befriedigend lösbar.

VIII. Schlußbetrachtung

John Stuart Mill ist ein Autor des Übergangs. Seinem Selbstverständnis nach stand er ganz in der Tradition der Ricardoschen Verteilungs- und Werttheorie. Er wollte diese in eine verständliche Sprache übersetzen und, wo nötig, präzisieren

sowie marginal korrigieren. Betrachtet man seine Ausführungen jedoch im einzelnen, so stellt man fest, daß sein Verständnis dieser Theorie und ihrer Unvollkommenheiten sehr zu wünschen übrig läßt. Tatsächlich unterlaufen ihm grobe Fehler. Seine Korrekturen sind keine, denn entweder finden sich die für korrekturbedürftig gehaltenen Auffassungen so nicht bei Ricardo oder die vorgeschlagenen Änderungen sind nicht haltbar. Mills mangelndes Verständnis der Ricardoschen Theorie drückt sich auch darin aus, daß er diese (bzw. das, was er dafür hielt) in den *Principles* mit anderen Theorien zu verbinden trachtet, die mit der Ricardoschen unvereinbar sind. Die Rede ist von Seniors Abstinenztheorie einerseits und der Lohnfondstheorie andererseits. Beide Theorien laufen in letzter Instanz auf den Versuch einer Knappheitstheoretischen Erklärung der Profitrate hinaus, die der surplusstheoretischen Erklärung Ricardos entgegensteht. Mill gibt damit auch die bei Ricardo anzutreffende asymmetrische Behandlung der Verteilungsvariablen auf und verflucht eine symmetrische. Die von ihm zunächst übernommene, aber später wieder verworfene Lohnfondstheorie impliziert einen inversen Zusammenhang zwischen der relativen „Ausstattung“ der Wirtschaft mit Arbeit und Kapital einerseits und dem Lohn-Zins-Verhältnis andererseits. Sie nimmt daher in kruder Form den von der späteren marginalistischen Theorie auf der Grundlage substitutionaler Beziehungen zwischen den Produktionsfaktoren abgeleiteten Zusammenhang vorweg. In beiden Theorien hängt die Einkommensverteilung von der verfügbaren „Kapitalmenge“ ab, die in einer Welt mit heterogenen Waren indes nur als Wertsumme gefaßt werden kann. Was jedoch bedeutet die Vorgabe einer derartigen Wertsumme unabhängig von der Höhe des Reallohnsatzes bzw. der Profitrate und damit unabhängig von den relativen Preisen? Es ist Mills Verdienst, daß er in seiner Kritik der Lohnfondstheorie diese Frage aufwarf und mangels einer befriedigenden Antwort darauf die betreffende Theorie verwarf. Mill, so können wir abschließend sagen, war in fortgeschrittenem Alter auf gutem Wege, schließlich doch noch das zu werden, was er als Ökonom immer sein wollte: ein guter Ricardianer.

Literatur

- Blaug, M. (1998): *Economic Theory in Retrospect*, 5. Aufl., Cambridge.
- Böhm-Bawerk, E. v. (1921): *Positive Theorie des Kapitals*, Erste Abteilung: *Geschichte und Kritik der Kapitalzins-Theorien* (1. Aufl. Innsbruck 1884), 4. Aufl., Jena.
- Cairnes, J. E. (1874): *Some Leading Principles of Political Economy Newly Expounded*, London.
- Hermann, F. B. W. (1836): *Besprechung von Nassau W. Senior, An outline of political economy* (London 1936) und von *Principes fondamentaux de l'économie politique, tirés de leçons éditées et inédites de Mr. N. W. Senior etc. par le Cte. Jean Arrivabene* (Paris 1836), *Gelehrte Anzeigen*, Bd. II, Spalten 193–198, 201–206, 209–214 und 217–248.
- Kurer, O. (1998). „Mill's Recantation of the Wages-Fund Doctrine: Was Mill Right, after All?“, in *History of Political Economy*, Bd. 30, S. 515–536.

- Kurz, H. D. (1994): „Auf der Suche nach dem ‚erlösenden Wort‘: Eugen von Böhm-Bawerk und der Kapitalzins“, in B. Schefold et al. (Hrsg.), Eugen von Böhm-Bawerks ‚Geschichte und Kritik der Kapitalzins-Theorien‘. Vademecum zu einem Klassiker der Theoriegeschichte, Düsseldorf, S. 45 – 110.
- (1998a): Ökonomisches Denken in klassischer Tradition. Aufsätze zur Wirtschaftstheorie und Theoriegeschichte, Marburg.
 - (1998b): „Über das ‚Perpetuum mobile des Volkswirtschaftsmechanismus‘ und eine ‚theoretische Verkehrtheit‘“, in E. W. Streissler (Hrsg.), Knut Wicksell als Ökonom. Studien zur Entwicklung der ökonomischen Theorie XVIII, S. 131 – 186.
 - (2000): „Wicksell and the Problem of the ‚Missing‘ Equation“, *History of Political Economy*, Bd. 32:4, S. 765 – 788.
- Kurz, H. D./Salvadori, N. (1995): *Theory of Production. A Long-Period Analysis*, Cambridge.
- (Hrsg.) (1998): *The Elgar Companion to Classical Economics*, zwei Bände, Cheltenham.
- Marx, K. (1968): *Theorien über den Mehrwert*, Teil 3, Frankfurt am Main.
- Mill, J. St. (1844): *Essays on Some Unsettled Questions of Political Economy*, London.
- (1965): *Principles of Political Economy with Some of Their Applications to Social Philosophy*, 1. Aufl. 1848, 7. Aufl. 1871, Bd. II und III der *Collected Works of John Stuart Mill*, herausgegeben von J. M. Robson et al., eingeleitet von V. W. Bladen, Toronto.
 - (1976): *Einige ungelöste Probleme der politischen Ökonomie*, deutsche Übersetzung von Mill (1844), herausgegeben von H. G. Nutzinger, Frankfurt am Main.
 - (1967): „Thornton on Labour and its Claims“, Teil I, *Fortnightly Review*, Mai 1869. Wiederabdruck in Bd. V der *Collected Works of John Stuart Mill*, hrsg. von J. Robson et al., Toronto.
- Pashkoff, S. (1998): „Ricardian Socialists“, in Kurz/Salvadori (1998), Bd. II, S. 308–314.
- Ricardo, D. (1951 – 1973): *The Works and Correspondence of David Ricardo*, hrsg. und eingel. von P. Sraffa unter Mitarbeit von M. H. Dobb, Cambridge, 11 Bände. Zitiert als Works, Band-Nummer.
- Smith, A. (1976): *An Inquiry into the Nature and Causes of the Wealth of Nations*, 1. Aufl. 1776, *The Glasgow Edition of the Works and Correspondence of Adam Smith*, hrsg. von R. H. Campbell und A. S. Skinner, Oxford.
- Sraffa, P. (1928 – 1931): *Lectures on Advanced Value Theory*, unveröffentlichtes Manuskript, Cambridge. Sraffas Vorlesungsmanuskript findet sich im literarischen Nachlaß Sraffas, der in der Bibliothek des Trinity College, Cambridge, aufbewahrt wird.
- Stirati, A. (1998): „Wage Fund Doctrine“, in Kurz/Salvadori (1998), Bd. II, S. 522–528.
- Thornton, W. T. (1869): *On Labour. The Wrongful Claims and Rightful Dues. Its Actual Present and Possible Future*, London.

John Stuart Mill's Nondismal Dynamics: An Interpretive Note

By *Irwin L. Collier, Jr.*, Berlin

It often happens that the universal belief of one age of mankind – a belief from which no one *was*, nor without an extraordinary effort of genius and courage, *could* at that time be free – becomes to a subsequent age so palpable an absurdity, that the only difficulty then is to imagine how such a thing can ever have appeared credible. (*Principles*, Preliminary Remarks)¹

Introduction

The palpable absurdity that John Stuart Mill had in mind as he wrote the above lines was the doctrine that money is synonymous with wealth, a belief that while not universal in either Mill's day or our own has proved itself to be nevertheless surprisingly robust. Such difficult leaps of imagination are demanded not just of the contemporary reader of mercantilist tracts of past or present, but even for the sympathetic reader of John Stuart Mill, who reads with the benefit of well over an additional century of accumulated historical hindsight and analytical advance. One of the lumps that makes arguments of Mill and so much of classical economics difficult for the modern reader to swallow is the Malthusian Law of Population. This is even true for Mill's smoother, gentler version of the Law of Population that allows for an endogenous 'level of habitual comfort' that is the subject of this note.

The core of the Malthusian Law of Population remains for Mill at the center of his theory of wages:

It is but rarely that improvements in the condition of the labouring classes do anything more than give a temporary margin, speedily filled up by an increase of their numbers. The use they commonly choose to make of any advantageous change in their circumstances, is to take it out in the form which, by augmenting the population, deprives the succeeding generation of the benefit. *Principles* I.10.3

¹ The edition of the *Principles of Political Economy* consulted is the Augustus M. Kelley Publishers (1969) reprint of Mill's seventh edition (1871) as edited by Sir William Ashley (1909).

While the old Law of Population is absent from the core of modern theories of wages, a reconstruction of Mill's way of thinking about the practical task of improving the lot of those at the bottom of the income distribution requires that we put the Law of Population in its rightful place in the Millsian system. This done, the 'magnificent dynamics' of classical economics, to recall the felicitous phrase of William Baumol, can be fully appreciated for its genuine analytic magnificence.²

Interestingly enough it was precisely what Mill had to say regarding the condition of the labouring classes that was selected by a contemporary reviewer (Walter Bagehot!) of the first edition of his *Principles of Political Economy* "not only because of its own intrinsic interest, but also because it contains a large proportion of Mr. Mill's peculiar and characteristic ideas." In Bagehot's reading it was worthy of note that i) Mill was the first great English economist to question the division of the industrial community into labourers and capitalists as a permanent state of affairs, ii) that a good distribution of income is more important than the mere increase of aggregate production, iii) that national welfare could be as high in an economy without economic growth as in one that grows the wrong way, iv) that social institutions can and do modify the workings of unrestrained competition, v) that agriculture based upon peasant proprietors (independent family farms) is a desirable form of land tenure, and vi) large-scale emigration was a policy option that could benefit those who remain, not just as a transitory matter but even for the long-term as well.

No less a fan of John Stuart Mill than Mark Blaug in his reader's guide to Mill's *Principles* actually waves off the curious reader when it comes to discussing the chapters on land tenure systems (and later when Mill discusses systems of industrial cooperation) as if there were little there of interest to the contemporary reader and with no indication what Mill must have been thinking when he included those chapters.³ The purpose of this note is to show that Mill's contributions v) and vi) as scored by Walter Bagehot follow quite naturally from his modification of the Malthusian Law of Population.

Components of Mill's Nondismal Dynamics

We begin with a *demand for labour* specification that is approximately neoclassical but that has been selected for its ability to mimic a characteristically classical property. The classical wages-fund theory assumes an inelastically supplied fund

² The title of Part I of his *Economic Dynamics. An Introduction* (3rd ed., 1970). See, esp. Chapter 2, "The Classical Dynamics".

³ Blaug (1985), p. 191. "Chapters 6 and 7 [of Book II] take up the issue of peasant proprietorship, a cause that Mill made his own. The topic has no contemporary interest and may be skipped. The same holds true of the next three chapters, which discuss other systems of land tenure."

of working capital (\overline{wf}) that through the competition of workers and capitalists is divided by the number of inelastically supplied workers (n) to determine the average wage (w), i.e. the wage-employment relationship is characterized by a rectangular hyperbola:

$$\overline{wf} = w \cdot n$$

This can be rewritten using logarithms (and to simplify notation we use upper case characters to signify the natural logarithm of a variable: $W_t \equiv \ln(w_t)$, $\overline{WF}_t \equiv \ln(\overline{wf}_t)$, $N_t \equiv \ln(n_t)$)

$$W_t = \overline{WF}_t - N_t$$

Alternatively, we could assume $f(n)$ to be an approximately neoclassical production function that links output (y) to the labour input n :⁴

$$y = f(n) = \alpha \ln n = \alpha \cdot n$$

with the parameter α assumed positive. Assuming that the real wage (w) is set equal to the marginal product of labour, we have for this specification

$$w = f'(n) = \frac{\alpha}{n},$$

which can be expressed in natural logarithms at a point in time t

$$(1) \quad W_t = \ln \alpha_t - N_t.$$

This specification opens a door for productivity improvements (increases in the parameter α) in addition to generating the rectangular hyperbola relationship between wages (w) and employment (n) for a given level of productivity as captured in α .

The *Malthusian Law of Population* can be specified as the rate of growth of the population being positively related to the percentage deviation of last period's wage from last period's 'natural rate of wages' or 'the Zero-Population-Growth wage rate' but what is best captured in Bagehot's words 'the habitual standard of comfort' (w^*).⁵ For convenience we assume that the population is indeed equal to

⁴ One notes with approval that the marginal product of labour is positive in this specification and falls with increases in n . The technical reason for the designation 'approximately' neoclassical is that this specification implies zero output for one unit of labour and negative output for a fraction thereof. An econometrician would have no trouble running in here where an economic theorist might fear to tread. We assume the approximation works for large n and avoid that dangerous neighbourhood of small n .

⁵ Here and below we will employ the useful approximation for a small percentage change or difference in a variable X : $\ln X_t - \ln X_{t-1} = \ln(X_t/X_{t-1}) = \ln(1 + \Delta X/X_{t-1}) = \Delta X/X_{t-1}$.

employment, i.e. two hands to work = one mouth to feed. Again using upper case letters to designate the natural logarithms of variables (e.g. $W_{t-1}^* \equiv \ln(w_{t-1}^*)$) and adding a residual term (ε_t) for all other determinants of population change,

$$(2) \quad N_t - N_{t-1} = \beta (W_{t-1} - W_{t-1}^*) + \varepsilon_t .$$

This specification channels the determinants of population growth into three broad channels:

- (i) the *imprudence parameter* β ; that captures the outcome of the struggle between brute instinct and self-control at the individual level (imprudence and foresight) as well as the impact of institutions (e.g. laws that only permit marriage upon proof that the contracting parties have ‘the prospect of a comfortable support’) on multiplication;⁶
- (ii) the *percentage gap* ($\approx W_{t-1} - W_{t-1}^*$) between actual wages and the habitual standard of comfort⁷ which provides for a dependency upon the historical course of wages as well as upon the evolution of the habitual standard of comfort to be specified more precisely below;
- (iii) the residual ε that can include a trend population growth rate (when constant, though assumed zero here for expositional convenience) together with intended or unintended population shocks from, e.g., famine or migration.

The final key component required for understanding Mill’s dynamic analysis is a *Law of Habitual Standards of Comfort*, i.e. a specification that converts the classical subsistence minimum, w^* , from a biological constant to a changing social fact of life.

... the conclusion which Mr. Ricardo draws ... , namely, that wages in the long run rise and fall with the permanent price of food, is, like almost all his conclusions, true hypothetically, that is, granting the suppositions from which he sets out. But in the application to practice, it is necessary to consider that the minimum of which he speaks, especially when it is not a physical, but what may be termed a moral minimum, is itself liable to vary.

Principles II.11.2

⁶ One spoke not of ‘sexual reproduction’ but rather ‘animal multiplication’. Mill would probably have preferred to have β dependent upon the difference between the habitual standard of comfort and the biological subsistence level. “But the conduct of human creatures is more or less influenced by foresight of consequences, and by impulses superior to mere animal instincts: and they do not, therefore, propagate like swine, but are capable, though in very unequal degrees, of being withheld by prudence, or by the social affections, from giving existence to beings born only to misery and premature death. In proportion as mankind rise above the condition of the beasts, population is restrained by the fear of want rather than by want itself.” *Principles I.10.3*

⁷ A regional variation is easy to imagine in biological subsistence levels due to variations in climate and natural fertility of land but Mill focussed on the time varying “habitual standard of comfortable living” to persistent improvement or deterioration of experienced standards of living.

A simple way to express what Mill intended is to specify that the *percentage gap* between this period's standard of comfort and last period's standard of comfort ($\approx W_t^* - W_{t-1}^*$) will depend upon a moving average of the *percentage gaps* between the wages of previous periods and the respective standards of comfort ($\approx W_{t-1} - W_{t-1}^*$, $\approx W_{t-2} - W_{t-2}^*$).

$$(3) \quad W_t^* - W_{t-1}^* = \frac{\gamma}{2} ((W_{t-1} - W_{t-1}^*) + (W_{t-2} - W_{t-2}^*)) .$$

Keeping things simple, we assume an unweighted average, i.e. each gap on the right hand side of (3) has a 50% weight which is the reason for dividing by two. Finally, the magnitude of the nonnegative parameter γ captures how much of sustained improvements in living standards will get passed along into a new habitual standard of comfort.

The motivation behind a moving average specification is to allow transitory wage shocks (e.g. from good harvests and bad harvests in different periods) to cancel each other out on average and hence have little or no impact on the level of the standard of comfort.

I cannot, therefore, agree in the importance so often attached to the repeal of the corn laws, considered merely as a labourers' question . . . Things which only affect them a very little, make no permanent impression upon their habits and requirements, and they soon slide back into their former state. To produce permanent advantage, the temporary cause operating upon them must be sufficient to make a great change in their condition—a change such as will be felt for many years, notwithstanding any stimulus which it may give during one generation to the increase of people.

Principles II.11.2

In contrast a permanent shift in wages, i.e. one that persists for two periods in a row in (3), will get passed on at least in part into the future standard. For all his optimism regarding the feasibility of positive reform, John Stuart Mill did not regard this a ratchet upwards by any means – what could go up could also go down:

. . . the circumstances of the agricultural labourers in England have more than once in our history sustained great permanent deterioration, from causes which operated by diminishing the demand for labour, and which, if population had exercised its power of self-adjustment in obedience to the previous standard of comfort, could only have had a temporary effect: but unhappily the poverty in which the class was plunged during a long series of years brought that previous standard into disuse; and the next generation, growing up without having possessed those pristine comforts, multiplied in turn without any attempt to retrieve them.

Principles II.11.2

For the special cases of a purely biological standard or a world of utter uncertainty, in which it would make little sense to interpret the signals of deviations from the standard of comfort as information that the standard itself has changed, the parameter γ would have a value of zero. But it is indeed Mill's belief that $\gamma > 0$ that provides hope that an improvement in the conditions of labour could at least in part survive an erosion in wages due to a subsequently induced increase in population.

Mill's Positive Policy Proposals

Policies can be grouped into those that one expects to generate positive net benefits and those expected to do more harm than good. Mill devotes significant attention to criticizing policies that would only increase the numbers of the poor in the long run without increasing the standard of living of the labouring classes and that would eat up the economic surplus Mill saw as the mainspring of civilization and progress.⁸ In criticizing labour market policy proposals Mill shares a classical dismal dynamics that regarded such policies as unsustainable.⁹ The focus of this note is instead on those policies Mill regarded as sustainable. The keys to progress were in raising the threshold of habitual consumption and in reducing the Malthusian feedback from rising living standards to population growth.

For the purpose therefore of altering the habits of the labouring people, there is need of a twofold action, directed simultaneously upon their intelligence and their poverty. An effective national education of the children of the labouring class, is the first thing needful [for the β parameter in the law of population (2)]; and, coincidentally with this, a system of measures which shall (as the Revolution did in France) extinguish extreme poverty for one whole generation [through (3)].

Principles II.13.3

One such measure to extinguish extreme poverty for a generation that Mill hoped would work for Ireland was massive emigration.

... a judiciously conducted emigration is a most important resource for suddenly lightening the pressure of population by a single effort – and ... in such an extraordinary case as that of Ireland under the threefold operation of the potato failure, the poor law, and the general turning out of tenant throughout the country, spontaneous emigration may at a particular crisis remove greater multitudes than it was ever proposed to remove at once by any national scheme...

Principles I.13.4

To trace out the impact of such a change emigration policy we return to equation (2).

$$(2) \quad N_t - N_{t-1} = \beta (W_{t-1} - W_{t-1}^*) + \varepsilon_t$$

At time t there is a one-time exogenous change in population, e.g. through emigration ($\varepsilon_t < 0$), while $\varepsilon_{t'} = 0$ for $t' > t$. Using the demand for labour equation (1) and assuming constant productivity over time, we substitute out the logarithm of population (N) to obtain

$$(\ln \alpha - W_t) - (\ln \alpha - W_{t-1}) = -(W_t - W_{t-1}) = \beta (W_{t-1} - W_{t-1}^*) + \varepsilon_t$$

⁸ Examples: the discussion of a legal minimum wage with a tax-transfer safety net for those without work at the increased wages, *Principles* II.12.1; wage subsidies in II.12.3; in-kind income from gardens leased to workers, the so-called Allotment system, in II.12.4.

⁹ For a taste of Mill's dismal science consider this conclusion taken from his discussion of a minimum wage with a public jobs scheme: "... everything which places mankind above a nest of ants or a colony of beavers, having perished in the interval." *Principles* II.12.2.

which is rearranged to give

$$(4) \quad W_t = W_{t-1} - \beta (W_{t-1} - W_{t-1}^*) - \varepsilon_t .$$

This wage equation together with equation (3), the endogenous habitual standard of comfort, will be solved for steady state wages that ultimately follow the population shock. However first we permit a short aside to demonstrate how a permanent increase in productivity would also generate the same wage equation (4) so that the Nondismal Theorem below can do double duty for emigration policy and structural reform policy.

It is easy to see how a one-period population shock would be equivalent to a one-time permanent shift in the efficiency of production, ν , by re-deriving (4) for the case of a shift in production efficiency:

$$\underbrace{(\ln \alpha + \nu - W_t)}_{\text{shock to technology}} - (\ln \alpha - W_{t-1}) = -(W_t - \nu - W_{t-1}) = \underbrace{\beta(W_{t-1} - W_{t-1}^*)}_{\text{no shock to law of population}}$$

which we can rewrite to obtain

$$(4') \quad W_t = W_{t-1} - \beta(W_{t-1} - W_{t-1}^*) + \nu$$

For all later periods t' (assuming no further increase in production efficiency) we have:

$$(\ln \alpha + \nu - W_{t'}) - (\ln \alpha + \nu - W_{t'-1}) = -(W_{t'} - W_{t'-1}) = \underbrace{\beta(W_{t'-1} - W_{t'-1}^*)}_{\text{no shock to law of population}}$$

$$W_{t'} = W_{t'-1} - \beta (W_{t'-1} - W_{t'-1}^*) + \underbrace{\nu_{t'}}_{\text{assumed zero, } t' > t}$$

Thus John Stuart Mill's advocacy of a large scale emigration ($\varepsilon_t < 0$) and the considerable attention he showered upon the cause of furthering peasant proprietorships ($\nu > 0$) are two sides of a positive one period shock to equation (4). It is shown in the Appendix that such shocks to the wage equation can have a long-term positive impact on wages.

The Nondismal Theorem

Assume the economy characterized by equations (1), (2) and (3) has achieved a long-run steady state. A population change of $\varepsilon_t < 0$ per cent will result in an increase in the steady state wage of approximately $-\left(\frac{1}{1+\beta/\gamma}\right) \cdot \varepsilon_t$ per cent.

Proof: See appendix.¹⁰

From this nondismal theorem we can easily calculate that a 10% reduction in population would be expected to result in a 5% higher long run steady state wage for the special case that $\beta = \gamma$. Further it is immediate that the size of this policy multiplier is larger the less imprudence in the population (smaller β) and for a greater sensitivity of the habitual standard of comfort to differences between achieved and habitual standards of comfort (greater γ). Thus Mill's faith in the effectiveness of increasing education for the poor and labouring to increase prudence would by itself not increase long run wages but would permit a greater share of positive shocks to wages to be permanent, whether induced through a policy of emigration or through a policy that improves the production efficiency. Also immediately clear from the nondismal theorem is the special (and dismal) case of a constant habitual standard of comfort ($\gamma = 0$), when a population or productivity shock would make no difference for long run wages.

It only remains to remind the reader that the actual policy relevance of this theorem is of course completely dependent upon the appropriateness of its assumed hypotheses. Still there is something impressive about the economic imagination of a John Stuart Mill that could so clearly see the solution to what turns out to be a nontrivial second-order difference equation.

Conclusion

We began this reconstruction of John Stuart Mill's nondismal dynamics by pointing to the distance between classical and modern economics as measured by the abandonment of the Law of Population *cum* Endogenous Level of Habitual Comfort as a foundation for a theory of wages. We know that Mill was eminently reasonable and would have understood both that the world had changed much and that the human race he genuinely cared about would have learned something from experience. Trying to see the world from Mill's perspective however does not exclude our sneaking a peak through a modern lens to check his conclusions. Who would not trade a pound of difference equations for an ounce of Mill's insight? While insight is difficult if not impossible to teach, an economics student of today can be trained to recognize such insight and appreciate the magnificent dynamics of a John Stuart Mill without losing sight of the enormous distance between the economics of our time and his.

¹⁰ Incidentally for those who trust their spreadsheets more than they trust other people to solve difference equations for them, it is not at all difficult to use equations (3) and (4) to trace out the implication of a demographic shock for (stable!) values of β and γ ($0 < \beta, \gamma < 2$).

References

Bagehot, Walter (1848): “[Review of] Principles of Political Economy, with some of their applications to Social Philosophy. By J. S. Mill,” in *The Prospective Review*, (IV, 16), 460–502.

Baumol, William J. (1970): *Economic Dynamics: An Introduction*, 3rd ed., with a contribution by Ralph Turvey. Toronto: The Macmillan Company.

Blaug, Mark. (1985): *Economic Theory in Retrospect*, 4th ed. Cambridge, UK: Cambridge University Press.

Appendix

The long-run impact on wages of a one period change in population in a model with an endogenous habitual standard of comfort

Our first step to derive the ultimate impact on wages of a population shock in period t is to subtract the standard of comfort equation (3) from the law of population (2).

$$\begin{aligned}
 W_t &= W_{t-1} - \beta (W_{t-1} - W_{t-1}^*) - \varepsilon_t \\
 W_t^* &= W_{t-1}^* + (\gamma/2)((W_{t-1} - W_{t-1}^*) + (W_{t-2} - W_{t-2}^*))
 \end{aligned}$$

$$(A1) \quad (W_t - W_t^*) = (1 - \beta - \gamma/2)(W_{t-1} - W_{t-1}^*) - (\gamma/2)(W_{t-2} - W_{t-2}^*) - \varepsilon_t$$

We can simplify this slightly by defining a new variable ($Z_t \equiv W_t - W_t^*$) for the deviation between the logarithm of actual wage and the logarithm of the standard of comfort in each period:

$$(A1') \quad Z_t = (1 - \beta - \gamma/2)Z_{t-1} - (\gamma/2)Z_{t-2} - \varepsilon_t .$$

We combine equation (A1') with the identity $Z_{t-1} = Z_{t-1}$ in a matrix equation that provides an expression for the evolution of the deviation between actual wage and standard of comfort in terms of its recent history (Z_{t-1}, Z_{t-2}) and the current population shock (ε_t)

$$(A2) \quad \begin{bmatrix} Z_t \\ Z_{t-1} \end{bmatrix} = \begin{bmatrix} (1 - \beta - \gamma/2) & -(\gamma/2) \\ 1 & 0 \end{bmatrix} \begin{bmatrix} Z_{t-1} \\ Z_{t-2} \end{bmatrix} - \begin{bmatrix} \varepsilon_t \\ 0 \end{bmatrix}$$

The population shock occurs in time t that follows a steady-state, $Z_{t-1} = Z_{t-2} = 0$, i.e. wages had fully adjusted to the previous habitual standard of comfort:

$$(A3) \quad \begin{bmatrix} Z_t \\ Z_{t-1} \end{bmatrix} = \underbrace{\begin{bmatrix} (1 - \beta - \gamma/2) & -(\gamma/2) \\ 1 & 0 \end{bmatrix}}_{\equiv A} \begin{bmatrix} 0 \\ 0 \end{bmatrix} - \begin{bmatrix} \varepsilon_t \\ 0 \end{bmatrix} = \begin{bmatrix} 1 & 0 \\ 0 & 1 \end{bmatrix} \begin{bmatrix} -\varepsilon_t \\ 0 \end{bmatrix} = I \cdot \begin{bmatrix} -\varepsilon_t \\ 0 \end{bmatrix}$$

We have designated the matrix that depends on the imprudence (β) and habitual-comfort-endogeneity (γ) parameters as A to condense notation as we trace the impact of ε_t through subsequent periods.

For the period $(t + 1)$ that follows the population shock we have

$$(A4) \quad \begin{bmatrix} Z_{t+1} \\ Z_t \end{bmatrix} = A \cdot \begin{bmatrix} Z_t \\ Z_{t-1} \end{bmatrix} + \underbrace{\begin{bmatrix} 0 \\ 0 \end{bmatrix}}_{\varepsilon_{t+1}=0} = A \cdot \begin{bmatrix} -\varepsilon_t \\ 0 \end{bmatrix}$$

where we substitute in the expression from (A3).

The development over the next several periods and into the distant future is as follows:

$$\begin{bmatrix} Z_{t+2} \\ Z_{t+1} \end{bmatrix} = A \cdot \begin{bmatrix} Z_{t+1} \\ Z_t \end{bmatrix} + \underbrace{\begin{bmatrix} 0 \\ 0 \end{bmatrix}}_{\varepsilon_{t+2}=0} = A^2 \cdot \begin{bmatrix} -\varepsilon_t \\ 0 \end{bmatrix}$$

$$\begin{bmatrix} Z_{t+3} \\ Z_{t+2} \end{bmatrix} = A \cdot \begin{bmatrix} Z_{t+2} \\ Z_{t+1} \end{bmatrix} + \underbrace{\begin{bmatrix} 0 \\ 0 \end{bmatrix}}_{\varepsilon_{t+3}=0} = A^3 \cdot \begin{bmatrix} -\varepsilon_t \\ 0 \end{bmatrix}$$

$$\begin{bmatrix} Z_{t+T-1} \\ Z_{t+T-2} \end{bmatrix} = A \cdot \begin{bmatrix} Z_{t+T-2} \\ Z_{t+T-3} \end{bmatrix} + \underbrace{\begin{bmatrix} 0 \\ 0 \end{bmatrix}}_{\varepsilon_{t+T-0}=0} = A^{T-1} \cdot \begin{bmatrix} -\varepsilon_t \\ 0 \end{bmatrix}$$

$$\begin{bmatrix} Z_{t+T} \\ Z_{t+T-1} \end{bmatrix} = A \cdot \begin{bmatrix} Z_{t+T-1} \\ Z_{t+T-2} \end{bmatrix} + \underbrace{\begin{bmatrix} 0 \\ 0 \end{bmatrix}}_{\varepsilon_{t+T}=0} = A^T \cdot \begin{bmatrix} -\varepsilon_t \\ 0 \end{bmatrix}$$

Adding up this entire future course of history gives an expression on the right hand side that can be recognized as analogous to an expression that results in determining the gross outputs for an input-output system corresponding to an arbitrary vector of final demands.

$$(A5) \quad \sum_{t'=t}^{\infty} \begin{bmatrix} Z_{t'} \\ Z_{t'-1} \end{bmatrix} = (I + A + A^2 + \dots + A^T + \dots) \cdot \begin{bmatrix} -\varepsilon_t \\ 0 \end{bmatrix}$$

Assuming that $\lim_{T \rightarrow \infty} A^T = \mathbf{0}$, i.e. that the system will converge to a new steady state (which happens to be the case when $0 < \beta, \gamma < 2$), we can write the right hand side of (A5) much more simply¹¹

$$(A6) \quad \sum_{t'=t}^{\infty} \begin{bmatrix} Z_{t'} \\ Z_{t'-1} \end{bmatrix} = (I - A)^{-1} \cdot \begin{bmatrix} -\varepsilon_t \\ 0 \end{bmatrix}$$

Next we multiply both sides of (A6) by the negative of the imprudence parameter and substitute back in for the deviation between logarithm wage and the logarithm of the (changing) habitual standard of comfort.

$$(A7) \quad \sum_{t'=t}^{\infty} \begin{bmatrix} -\beta (W_{t'} - W_{t'}^*) \\ -\beta (W_{t'-1} - W_{t'-1}^*) \end{bmatrix} = -\beta (I - A)^{-1} \cdot \begin{bmatrix} -\varepsilon_t \\ 0 \end{bmatrix}$$

This last expression can be rewritten so the left hand side is in terms of population shocks and real wage changes (using equation (4) from the text), carefully noting the shift in the beginning period index due to the fact that the deviation of wages from the habitual standard of comfort has its impact on population in the *following* period.

$$(A8) \quad \sum_{t'=t+1}^{\infty} \begin{bmatrix} (W_{t'} - W_{t'-1}) + \varepsilon_{t'} \\ (W_{t'-1} - W_{t'-2}) + \varepsilon_{t'-1} \end{bmatrix} = -\beta (I - A)^{-1} \cdot \begin{bmatrix} -\varepsilon_t \\ 0 \end{bmatrix}$$

Now we examine more closely the first element in the vector sum on the left hand side (again assuming convergence to a new long run). Because the time subscript is running from next period through the future for which no further population shocks are assumed ($\varepsilon_{t'} = 0, t' > t$), the population shock term can be dropped entirely.

$$(A9) \quad \begin{aligned} \sum_{t'=t+1}^{\infty} (W_{t'} - W_{t'-1}) + \varepsilon_{t'} &= \sum_{t'=t+1}^{\infty} (W_{t'} - W_{t'-1}) \\ &= \dots + (W_{t+T-1} - W_{t+T-2}) + (W_{t+T-2} - W_{t+T-3}) \\ &\quad + \dots + (W_{t+3} - W_{t+2}) + (W_{t+2} - W_{t+1}) + (W_{t+1} - W_t) \\ &= W_{LR,new} - W_t \end{aligned}$$

which for long-run is the difference between the new steady state (log) wage and the (log) wage in the period of the population shock (and not the old steady state (log) wage!).

Now we examine more closely the second element in the vector sum on the left hand side of equation (A8), noting that this time we still have the population shock for period t .

¹¹ This is easily checked by multiplying out $(I - A) (I + A + A^2 + \dots + A^T + \dots) = I$.

$$\begin{aligned}
 \sum_{t'=t+1}^{\infty} [(W_{t'-1} - W_{t'-2}) + \varepsilon_{t'-1}] &= \left(\sum_{t'=t+1}^{\infty} (W_{t'-1} - W_{t'-2}) \right) + \varepsilon_t \\
 &= \dots + (W_{t+T-1} - W_{t+T-2}) + (W_{t+T-2} - W_{t+T-3}) \\
 &\quad + \dots + (W_{t+3} - W_{t+2}) + (W_{t+2} - W_{t+1}) \\
 &\quad + (W_{t+1} - W_t) + (W_t - W_{t-1}) + \varepsilon_t \\
 &= W_{LR,new} - W_{t-1} + \varepsilon_t \\
 &= W_{LR,new} - W_t
 \end{aligned}$$

where the last step uses equation (4), exploiting the fact that we began from a steady state:

$$(4) \quad W_t = W_{t-1} - \beta \underbrace{(W_{t-1} - W_{t-1}^*)}_{\substack{\text{in the old steady state} \\ = 0}} - \varepsilon_t$$

Having completed the left hand side of equation (A7), we turn to its right hand side and calculate the matrix inverse of $(I - A)$

$$(A10) \quad (I - A)^{-1} = \left(\begin{bmatrix} 1 & 0 \\ 0 & 1 \end{bmatrix} - \begin{bmatrix} (1 - \beta - \gamma/2) & -(\gamma/2) \\ 1 & 0 \end{bmatrix} \right)^{-1} \\
 = \frac{1}{\beta + \gamma} \begin{bmatrix} 1 & -\gamma/2 \\ 1 & (\beta + \gamma/2) \end{bmatrix}$$

Thus for the stable case $W_{LR,new} \equiv \lim_{T \rightarrow \infty} W_{t+T} \equiv \lim_{T \rightarrow \infty} W_{t+T-1}$

$$\begin{aligned}
 \begin{bmatrix} W_{LR,new} - W_t \\ W_{LR,new} - W_t \end{bmatrix} &= -\beta (I - A)^{-1} \begin{bmatrix} -\varepsilon_t \\ 0 \end{bmatrix} \\
 &= \frac{-\beta}{\beta + \gamma} \begin{bmatrix} 1 & -\gamma/2 \\ 1 & (\beta + \gamma/2) \end{bmatrix} \begin{bmatrix} -\varepsilon_t \\ 0 \end{bmatrix}
 \end{aligned}$$

$$(A11) \quad W_{LR,new} - W_t = \frac{\beta}{\beta + \gamma} \cdot \varepsilon_t$$

It remains to express the logarithm of the current period wage in terms of the logarithm old long run wage. Again we use equation (4),

$$\begin{aligned}
 W_t &= W_{t-1} - \beta(W_{t-1} - W_{t-1}^*) - \varepsilon_t \\
 &= W_{LR,old} - \beta(W_{LR,old} - W_{LR,old}) - \varepsilon_t \\
 &= W_{LR,old} - \varepsilon_t
 \end{aligned}$$

Substituting this last expression into (A11), we have solved for the logarithm of the new long-run wage:

$$(A12) \quad \begin{aligned} W_{LR,new} &= W_{LR,old} - \varepsilon_t + \frac{\beta}{\beta + \gamma} \cdot \varepsilon_t \\ &= W_{LR,old} - \left(\frac{1}{1 + \beta/\gamma} \right) \cdot \varepsilon_t . \end{aligned}$$

Finally, we note the approximation for a small percentage change (x), $\ln(1 + x) \approx x$

$$W_{LR,new} - W_{LR,old} \approx \frac{\Delta w_{LR}}{w_{LR,old}} = - \left(\frac{1}{1 + \beta/\gamma} \right) \cdot \varepsilon_t .$$